

1

# DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK UND  
WIRTSCHAFT, KUNST UND KULTUR

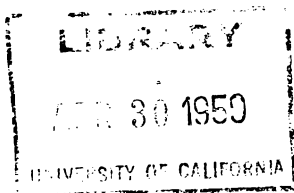
---

---

## INHALTSVERZEICHNIS

11. JAHRGANG · I. BAND  
APRIL/OKTOBER 1925

I



---

---

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. m. b. H., BERLIN SW 68





Berlin,  
4. April 1925

Nr. 1

11. Jahrg. • 1. Bd.

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

ROBERT BREUER:		
<b>Der Aufstieg der Sozialdemokratie . . . . .</b>		
KURT HEINIG:		
<b>Aufwertung als nationales Trauerspiel . . . . .</b>		3
HANNS-ERICH KAMINSKI: England, arbiter mundi . . . . .		7
PERISKOPOS: <u>Das unsoziale Steuerprogramm</u> . . . . .		9
ALWIN SAENGER:		
<b>Branting und Vollmar . . . . .</b>		12
AMBROSIUS NEUMANN: Die Landagitation . . . . .		14
Dr. SIEGFRIED WEINBERG: Richter und Verteidiger . . . . .		16
GEORG BEYER: <u>Der Tod Rudolf Steiners</u> . . . . .		19
CARL DEERBERG: Soziologischer Utopismus . . . . .		22
C. F. W. BEHL: Casanova . . . . .		25
KURT OFFENBURG: Gerhart Hauptmanns Romane . . . . .		27

Kastanien aus Spanien — Der Magdeburger Unfug — Polizeipräsident und Flagge der Republik — Ausmaß der Dummheit — Die Inflation aufgeklärt  
Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeigers“ — Neue Volksmusik-Kultur

UNIVERSITY OF CALIFORNIA  
APR 30 1959

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



**Preis 30 Pfennig**

P-Bulle  
11:1-13  
APR. - JUNE  
1925  
(new)

**HANNS-ERICH KAMINSKI**

---

**FASCISMUS**  
**IN ITALIEN**

---

**MIT DEN WICHTIGSTEN**  
**KAPITELN**  
**AUS DER LETZTEN SCHRIFT**  
**VON**

**MATTEOTTI**  
**EIN JAHR**  
**FASCISTEN-HERRSCHAFT**

---

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68**

HX 6  
G-56  
v. 11.1-13

## Aufstieg der Sozialdemokratie

Von Robert Breuer

Für die Sozialdemokratie ist das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl keine Ueberraschung; sie hat damit gerechnet, daß die Zahl derer, die sich für sie entscheiden würden, gemessen an den Wählern aller übrigen Parteien — also unter Berücksichtigung der zu erwartenden geringeren Wahlbeteiligung —, eine aufsteigende sein wird. Solche Erwartung hat sich verwirklicht. Es hat sich gezeigt, daß die unsachlichen Angriffe, mit denen die Reaktion der Sozialdemokratie das moralische Vertrauen abgraben wollte, vollkommen wirkungslos geblieben sind: ein Beweis für die politische Reife der deutschen Arbeiter und derer, die mit ihnen gemeinsam die Republik sichern und aufbauen wollen. Nur politische Kinder und ganz besonders solche, die noch nicht stubenrein geworden sind, konnten glauben, mit Skandalhürden die Zwangsäußigkeit einer in Wirtschaft und Kultur bedingten Bewegung hemmen zu können. Die Regie des Routiniers vermag viel; aber Instinkt und natürliches Wachstum vermögen mehr. Und das eben ist das Gesunde an dem Aufstieg der Sozialdemokratie, daß sie wie ein Baum systematisch und mit innerer Logik Ring um Ring ansetzt und sich nicht mit künstlichen Lappen zu drapieren braucht, mit aufgeblasenen Dekorationen, die jeder Wind fortfeht. Die Sozialdemokratie wächst in dem gleichen organischen Rhythmus, wie der Kommunismus zerfällt. Man darf annehmen, daß sich auch bei diesem Vorgang die konsequente Tendenz als Quadrat für das Tempo auswirkt. Doch bleibt bei alledem zu beachten, daß solch Wachstum der Sozialdemokratie, das einer Einigung der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands nahekommt, von allen übrigen Parteien mit Argwohn, zum mindesten mit einer gewissen Sorge betrachtet werden dürfte. Die Entwicklung zum Zwei-Parteien-System wird deutlich, und naturgemäß beginnen die Parteien, die nicht gleich wissen und auch nicht gleich wissen können, welchem der beiden großen Blöcke sie sich anzukristallisieren haben, sorgenvoll über ihr Schicksal nachzudenken. Daß solch Nachdenken die Stimmung verderben kann und auch die taktische Sicherheit gefährdet, läßt sich begreifen. Es wird aber nun ein Maßstab für die Reife der bürgerlichen Republikaner sein, wie sie sich auf das Unvermeidliche einstellen, ohne dabei die Gemeinsamkeit der Idee zu gefährden. Die Idee ist der neue Staat, ein freies Volk mit freiem Recht, der Aufstieg der Massen zur Bereicherung und auch zur Beseelung des Ganzen.

Wir denken gar nicht daran, uns täuschen zu wollen. Wir vergessen nicht, daß bei der Reichspräsidentenwahl die Demokraten plötzlich Feuer und Flamme waren für die Sammelkandidatur Geßler, von der sie wissen mußten, daß sie nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie finden

konnte. Und wenn Herr Pachnicke auch nur ein verhältnismäßig belangloser Demokrat ist, bleibt doch sein etwas voreiliger Artikel (im 8 Uhr-Abendblatt) bestehen, mit dem er den Nachweis versuchte, daß die Sozialdemokratie weder würdig noch fähig sei, zum zweiten Male den Reichspräsidenten zu stellen. Wir werden dergleichen nicht nachtragen, aber wir werden es auch nicht völlig vergessen, und wir werden es jedenfalls zu jeder Zeit als eine gewisse symptomatische Mahnung zur Vorsicht bewerten. Es gibt eben auch bei den Demokraten manch einen, der nicht ganz ohne leichten Schauer die schwierigen Fäuste nach der Macht greifen sieht. Daß es solcher Aengstlichen im Zentrum noch weit mehr gibt, wissen wir. Wir sind darum auch nicht gar so empfindlich gegen Gefühlsschwankungen, die sich hier und dort bei den bürgerlichen Republikanern zeigen, und wir lassen uns durch solche Gefühlsschwankungen keineswegs von dem einen und allein richtigen Gedanken, von dem einen großen Willensziel abbringen: daß zunächst einmal und gleichermaßen entscheidend für die Kraftentfaltung aller Beteiligten, für den unvermeidlichen Wettkampf zwischen denen, die sind, und denen, die kommen, die Republik der notwendige Boden ist. Wir brauchen nicht empfindlich zu sein, selbst dann nicht, wenn die andern, die Schwächeren, die, die sich bedroht fühlen, wenn ihnen Aehnliches durch uns geschähe, sich schnurstracks und iglig abwenden würden. Unsere Zuversicht macht uns aber nicht nur friedfertig, sie ist zugleich für die anderen, für die Demokraten und das Zentrum, die beste Versicherung gegen jede erpresserische, einseitige Parteipolitik. Weil wir das Gesetz des Wachstums täglich erkennen und täglich erleben, werden und wollen wir uns vor sinnlosen Sprüngen wohl hüten. Da wir keine agitatorischen Wirkungen brauchen, werden wir auch keine unmöglichen Forderungen stellen. Und da wir wissen, daß die Stunde der Erfüllung kommt, können wir uns in Ruhe gedulden. Kurz: man kann mit uns Politik machen, und um so bessere Politik, je stärker wir uns fühlen. Die Nervösen unter uns, die Zappligen werden wir zu disziplinieren wissen. Richtiger gesagt: die vom Instinkt bewegte Masse wird über solche Literaten oder Literaturgläubige (dazu können auch Alphabeten gehören) einwandfrei hinweggehen. Kurz: wir sind stark genug, um verzichten zu können, wenn wir glauben, dadurch die Entwicklung zu fördern. Auch solch Verzicht ist Vorankommen und letzten Endes Bejahung. Kurz: wir opfern einen eigenen Mann, wenn wir erkannt haben, daß die Förderung eines bürgerlichen Kampfgenossen den Sieg oder wenigstens eine Etappe zum Sieg bedeutet. Der Aufstieg der Sozialdemokratie gestattet ihr, einen bürgerlichen Republikaner zum Reichspräsidenten zu wählen, wenn nur so verhütet werden kann, daß die Reaktion vorstößt.

Gewiß, der Zentrumsmann, dem wir zur Reichspräsidentschaft verhelfen, wird uns hier und da enttäuschen. Aber auch Ebert hat uns zuweilen enttäuscht und — was wir ausdrücklich feststellen — enttäuschen müssen. Denn der Reichspräsident ist eben der Exponent dieses komplizierten und erst in der Klärung begriffenen Volkes der Deutschen. Ein Instrument der politischen Equilibristik, das Gleichgewichtsmoment, die Sicherung für die Stetigkeit der Entwicklung. Es kommt nur darauf an, daß er das alles auch ist und sein will, und es kommt ferner darauf an, mit welchem Grad von Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß er solchen Willen in sich trägt. Es ist

aber immerhin wahrscheinlicher; daß jemand, der im Zeichen der Republik Reichspräsident wird, entschiedener das Gesetz der Republik zu wahren wissen wird als einer, der nur verklaustriert und nur mit spürbar werdendem Widerwillen die Republik notgedrungenenerweise als Zufallsprodukt anerkennt.

Die Sozialdemokratie ist im Aufsteigen, damit ist sie auch einig. Einig wie ein Organismus es sein muß, der mancherlei Gruppen von Zellen enthält, deren jede aber der anderen dient, und die erst in der Zusammenwirkung das Leben bedeuten. Die Sozialdemokratie trägt darum auch starke Belastung, eine stärkere jedenfalls, als die Parteien, die sich für die Anbeter der Macht halten und sich mit schwarz-weiß-roter Banderole künstlich aneinanderbinden, während sie (o armer Stresemann) schon bei einer simplen Apfelsinenprobe anfangen, sich mit faulen Äpfeln zu schmeißen.

## Aufwertung als nationales Trauerspiel

Von Kurt Heinig

Endlich scheint die Sache altpreußisch in die Reihe gebracht.

Was nicht an die Aufwertung glaubt, wird bestraft!

Das ist kein Wahlluk, sondern eine lutherische Wahrheit (Luther aus Essen, nicht Luther von der Wartburg!).

Der § 58 des Entwurfes über die Ablösung öffentlicher Anleihen besagt kurz und bündig:

**„Wer öffentlich oder vor einem größeren Personenkreis auffordert, den Umtausch von Markanleihen zu unter'assen, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark und mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.“**

Der neuen Aufwertungsvorlage fehlt jede Begründung, so mangelt es auch an einer offiziellen Erläuterung des vorstehenden Paragraphen. Sein eindeutiger Wortlaut läßt ohnehin kaum Ausdeutungszweifel zu. Diejenigen, die nicht so wollen wie die hohe Regierung, sollen zur Räson gebracht werden. Wir sehen vor unserem geistigen Auge schon den Sparer- und Hypothekengläubiger-Schutzverband straffällig werden, und — Gott sei uns gnädig — zuletzt wird der deutschnationale Finanzminister v. Schlieben womöglich den deutschnationalen Aufwertungsmann und Reichstagsabgeordneten Best einsperren lassen, weil dieser durchaus nicht an ihn glauben will. —

Nun, jetzt, da die Kinos fast nur noch Militärgeschichten — aus kleinen und großen Garnisonen, von vorn und von hinten — laufen lassen, ist die Erziehung zum Glauben an die Aufwertung durch Geldstrafen und Gefängnis durchaus zeitgemäß. Zu dieser Jarres-Zeit paßt die Strafe als Mittel zur Besserung. Deswegen wollen wir uns den Gesetzentwurf über die „Aufwertung“ der Anleihen vorläufig einmal weiter unter dem Gesichtspunkt der — Strafvorschriften ansehen.

Der § 4 des Gesetzentwurfes sieht vor, daß die Reichsanleihen in einer bestimmten Frist in sogenannte Anleiheablösungs-Schuldverschreibungen umgewandelt werden sollen.

Dazu sagt der § 57:

„Wer bis zum Ablauf der in § 4 bestimmten Frist den Ankauf oder den Verkauf von bestimmten Stücken der Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der Markanleihen des Reiches öffentlich anbietet oder wer nach solchen Stücken öffentlich Nachfrage hält oder die Verbreitung von Angeboten oder Nachfragen dieser Art fördert, wird, sofern nach den allgemeinen Strafgesetzen keine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark und mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

Der § 56 lautet:

„Wer zur Begründung eines Antrags auf Gewährung eines Auslösungsrechts oder einer Anleiherente leichtfertig oder wider besseres Wissen unrichtige Angaben macht, kann ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Reichsmark bestraft werden . . .“

Und der § 55:

„Wer den Ausführungsbestimmungen . . . zuwiderhandelt, obwohl ihm die Erteilung der erforderlichen Auskunft oder Bescheinigung auf Grund seiner Geschäftsbücher oder Geschäftspapiere möglich ist und zugemutet werden kann, oder wer sich der Einsicht in seine Geschäftsbücher durch eine . . . ermächtigte Stelle widersetzt, kann ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft werden. Zuständig für die Festsetzung der Ordnungsstrafe ist der Reichsminister der Finanzen oder die von ihm zu bestimmende Stelle.“

Um die ganze Geschichte in ein Gleis zu bringen, bestimmt dann noch der § 48 — merkwürdig, was es mit Paragraphen und Artikeln Nummer 48 immer auf sich hat! —, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates (und ohne den Reichstag) die für die Durchführung des Gesetzes erforderlichen Reichsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt. Durch diese Bestimmungen können insbesondere

„Verstöße gegen die Durchführungsvorschriften (!) mit Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark und mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit einer dieser Strafen bedroht werden.“

Versuchen wir, das Strafsystem des Anleiheaufwertungsentwurfes in ein System zu bringen.

Es wird „mit Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark und mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft“, wer

- a) gegen das Gesetz, also gegen den Umtausch der Anleihepapiere in Anleiheablösungsschuld-Schuldscheine, spricht oder schreibt;
- b) von der Wahrheit, wie sie das Aufwertungsgesetz vorschreibt, abweicht, um etwas von der Aufwertung abzubekommen;
- c) nicht genügend Auskunft gibt und nicht genügend Einblick in seine Bücher gestattet (das könnte auch gegen die Banken gemeint sein);
- d) Verstöße gegen die Durchführungsbestimmungen begeht.

Und was soll nun der Anleihebesitzer, der sich in seiner berechtigten Sehnsucht nach Aufwertung doch in das Gewirr der drohenden Geld- und

Gefängnisstrafen wagt, eigentlich bekommen, was wird ihm in Aussicht gestellt?

Nach der dritten Steuernotverordnung „ruhten“ bis zur Erledigung aller Reparationsverpflichtungen alle Pflichten der Reichs-, Landes- und Kommunalanleihen. Damit wird jetzt „gründlich aufgeräumt“, im besonderen, soweit die Reichsanleihen in Betracht kommen.

Die Markanleihen des Reiches werden in eine „Ablösungsschuld des Reiches“ umgewandelt.

Die „Ablösungsschuld“ wird nicht verzinst, bevor nicht sämtliche Reparationsverpflichtungen erfüllt sind.

Aus je 1000 Mark Reichsanleihe ergibt sich — 50 Goldmark Anleiheablösungsschuld. (Alle Objekte in Höhe von weniger als 1000 Mark fallen aus! Nur für bedürftige Kriegsanleihealtbesitzer kann aus einem besonderen, einmalig gefüllten Topfe durch den Reichsfinanzminister einiges als Entschädigung gegeben werden.)

Das Kern- und Prunkstück des Anleihe-„Aufwertungs“-Entwurfes ist der sogenannte Anleihe-Altbesitz und dessen Aufwertung.

Der Anleihealtbesitzer muß die Anleihestücke vor dem 1. Juli 1920 erworben haben.

Hier beginnt schon das große Theater.

Es sind seinerzeit (schon während des Krieges) für die Kunden der Banken keine Nummernverzeichnisse der Anleihestücke geführt worden. Deswegen haben die Banken ja auch erklärt, daß sie keine Nachweise dafür zu liefern vermöchten, was bei ihren Kunden alter und was neuer Anleihebesitz sei. Die Regierung soll die Banken dadurch beruhigt haben, daß sie ihnen das Recht zubilligte, für die Nachprüfung der jeweiligen Geschäftsvorgänge des einzelnen Kunden von diesem Provision in doppelter Höhe einzuziehen. Zweitens werden die Auskünfte unter Strafandrohung verlangt und im übrigen soll ein etwa zum Bedürfnis werdender „Nummernhandel“ ebenfalls durch Strafandrohung erstickt werden. (Wir zitierten schon den § 57.)

Wir sind der Auffassung, daß die Scheidung in Alt- und Neubesitz dem Schluen, und damit zumeist dem Nichtbedürftigen, kein Hindernis sein wird, etwa seither verkauften Altbesitz neu als „Altbesitz“ wieder in den Wertpapiertresor zu zaubern. Man frage nur einmal bei den Bankdirektoren nach!

Der Anleihealtbesitzer kann eine Anleihealtbesitzerrente beantragen. Ihr Wert ergibt sich wie folgt:

1000 Mark Anleihe ist 50 Goldmark Anleiheablösungsschuld,

50 Mark Anleiheablösungsschuld ergibt jährlich — 2,50 Mark Anleiherente!

Diese zwei Mark fünfzig Anleiherente für je 1000 Mark Anleihealtbesitz werden erstmalig am 31. Dezember 1926 ausbezahlt, dann 1927 und 1928; ob weitere Zahlungen erfolgen, soll zu dieser Zeit die Gesetzgebung bestimmen (womit die Aufwertungsschwindelei als dauerndes Wahlpropagandamittel „gesetzlich verankert“ ist).

Der Anleihealtbesitzer kann auch mit seinem vollen Anspruch (50 Mark für 1000 Mark) ausgelost werden. Diese Auslosung ist mit einer — Lotterie verbunden (Prämienauslosung). Der Anleihealtbesitzer kann günstigenfalls statt 50 Mark genau 200 Mark erwischen. (Die Lotterie soll 1926 beginnen.)

Ist der Anleihealtbesitzer kein gewöhnlicher Anleihealtbesitzer, sondern ein Kriegsanleihealtbesitzer, und ist er außerdem bedürftig (nicht mehr als — 600 Mark Jahreseinkommen!), dann kann er statt 2,50 Mark 20 Mark Vorzugsrente auf je 1000 Mark Anleihe bekommen. Mehr als 600 Mark im Jahr darf er aber nicht erhalten. Im übrigen: „Bedürftigkeit liegt jedoch nicht vor, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Hilfe nicht benötigt wird.“

Für die Anleiherenten und die Prämienauslosung sind jährlich 100 Millionen Mark vorgesehen, für die Vorzugsrenten der Kriegsanleihealtbesitzer ist im Gesetzentwurf überhaupt kein bestimmter Kapitalaufwand ausgeworfen. Als Trost kann aber festgehalten werden, daß aus den möglicherweise aufkommenden Dividenden der Deutschen Reichsbahngesellschaft jährlich bis 30 Millionen Mark zur Ablösungslotterie verwandt werden dürfen. Und wenn keine Dividenden aufkommen? Bitte, nicht zu viel fragen! Wer . . . usw. . . . 10 000 Goldmark oder drei Monate Gefängnis . . .

Ueberdies sollen einmalig 150 Millionen Mark im wesentlichen zur Abfindung der Anleiherenten der öffentlichen Sparkassen und der Reichsversicherung aufgewendet werden.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Forderungen (Aufwertungsgesetz) ist erst in zweiter Linie politischer Aufwertungsschwindel, er will vor allen Dingen den seit dem Inkrafttreten der dritten Steuernotverordnung durch die Rechtsprechung nahezu völlig zerstörten Rechtsboden wiederherstellen. Inwieweit ihm das überhaupt gelingen kann, soll hier nicht erörtert werden. In zweiter Linie ist dieser Entwurf natürlich auch eine Konzession, die sich aus dem Zwang allzu großmäulig gegebener Versprechen ergibt.

Entscheidend bleibt bei der Hypothekenaufwertung, daß es auch in Zukunft im allgemeinen bei der 15prozentigen Aufwertung sein Bewenden haben soll, denn die in Aussicht gestellten weiteren 10 Proz. Aufwertung (die erst nach 1940 fällig werden!), kommen nur insoweit in Betracht, als nur diejenigen Hypothekengläubiger davon etwas haben werden, deren Hypotheken innerhalb der ersten Hälfte des Grundstückswertes gelegen haben. Die üblichen zweiten Hypotheken, die vor dem Krieg immer hinter den ersten 50 Proz. des Grundstückswertes gestanden haben, werden also auch in Zukunft nicht anders aufgewertet als bisher. Die eben erwähnten Hypotheken in der ersten Hälfte des Grundstückswertes, die meist sogenannte mündelsichere waren, sollen in Zukunft hinter die ersten 50 Proz. des jetzigen Grundstückswertes gestellt werden. Die Ursache zu dieser komplizierten Bestimmung ist die Anerkennung des Tatbestandes, daß viele Grundstücke hinter der 15prozentigen Hypothekenaufwertung schon längst wieder Goldhypotheken haben, die einfach nicht mehr verdrängt werden können.

Die Verzinsung der 15prozentigen Aufwertung soll schon 1926 5 Proz. betragen, gegenüber dem bisherigen Gesetz, das diese Verzinsung erst ab 1928 vorsah.

Die Industrieobligationen sind von der Zusatzaufwertung ausgeschlossen worden. Ebenso will die neue Paragraphierung der Aufwertungsfrage endgültig die Bankguthaben von jeder Aufwertung ausschließen. Hier wird die Interessenpolitik außerordentlich deutlich sichtbar. Wir sind der Auffassung, daß unsere



Juristen sich damit nicht abfinden werden. Das Aufwertungstheater wird deswegen weitergehen.

Unser Gesamturteil über die beiden neuen Gesetzentwürfe, im besonderen über den der Anleiheaufwertung, läßt sich in einem Satze zusammenfassen: Die intellektuellen Urheber sollten „mit Geldstrafe bis zu 10 000 Reichsmark und mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft“ werden.

---

## England, arbiter mundi

*Von Hanns-Erich Kaminski*

Paris, Ende März 1925.

Der größte Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland hat mit Genugtuung von den wiederholten Erklärungen Kenntnis genommen, in denen die englische Regierung den deutschen Vorschlag eines Garantiepaktes zu fünf als „ehrenhaft und aufrichtig“ bezeichnet hat. In Frankreich haben diese Erklärungen dagegen Verstimmung und sogar Verwirrung hervorgerufen, angesichts der Tatsache, daß an den französischen freundlichen Gefühlen Chamberlains nicht zu zweifeln ist. Solange Lloyd George, MacDonald und selbst Curzon die Geschicke der englischen Außenpolitik lenkten, konnte die Pariser Presse ihre Haltung immer als Ergebnis einer persönlichen Animosität definieren. Gegenüber Chamberlain und der „Morning Post“ ist eine solche Auffassung nicht mehr zulässig, und Frankreich sieht sich durch die logische Entwicklung der englischen Politik heute in seiner kontinentalen Vormachtstellung bedroht und sogar isoliert. Die Kritik, die es an der englischen Politik übt, ist daher in erster Linie selbstverständlich der Ausfluß seines nationalen Egoismus. Aber sie ist darum zum guten Teil nicht weniger zutreffend. Sie verdient, in Deutschland bekannt und ernsthaft geprüft zu werden, nicht nur als ein wichtiger Beitrag zur Klärung der europäischen Situation, sondern auch hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, daß der deutsche Vorschlag ja vor allem zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich führen soll.

Herr Chamberlain hat in seiner bekannten Unterhausrede gesagt, daß England nunmehr die „zögernde und ungewisse“ Politik, die es in den letzten Jahren verfolgt habe, aufgebe, und er hat nicht ohne Stolz hinzugefügt, daß der Friede Europas in den Händen Englands liege, ohne dessen Zustimmung kein Krieg mehr möglich sei. In der Tat nimmt die englische Regierung entschlossen ihre klassische Politik des europäischen Gleichgewichts wieder auf, mit der die beiden Pitt das Königreich groß gemacht haben. Das ist der einzige Grund für ihre im Augenblick scheinbar deutschfreundliche Haltung.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, aus der von ihm eingeschlagenen Taktik auf einen prinzipiellen Pazifismus des englischen Kabinetts schließen zu wollen. Austen Chamberlain ist nicht nur physisch der Sohn Joe Chamberlains, der mit Cecil Rhodes der Schöpfer des modernen britischen Imperialismus ist. Und die konservative Partei, der er angehört und deren linker Flügel übrigens nicht einmal in der gegenwärtigen Regierung vertreten ist, hat sich seit dem Burenkriege nicht verändert. Sie hat soeben erst gegenüber Aegypten gezeigt, daß

sie, nach wie vor, den nationalen Egoismus für ihr erstes Gebot, die brutale Gewalt für seine wirksamste Waffe hält. Im Augenblick wünscht sie ohne allen Zweifel Deutschland zu stärken, selbstverständlich nur bis zu einer gewissen Grenze, um dann zwischen Deutschland, Frankreich und vielleicht auch Rußland das Spiel mit den drei Bällen zu treiben, das England schon infolge seiner geographischen Lage immer gut bekommen ist.

Die Gefahren, die sich daraus ergeben müssen, sind klar. Denn diese Politik bedingt, daß die Interessengegensätze der Kontinentalstaaten im Interesse Englands verewigt werden müssen. Die Ablehnung des Genfer Protokolls, das immerhin die Möglichkeit einer universellen Pazifizierung bot, ist ein weiterer Beweis dafür. Mit anderen Worten: Europa soll wieder in feindliche Lager gespalten werden, und die letzten zehn Jahre sollen keine Lehre, sondern nur eine Unterbrechung der Politik des gegenseitigen Belauerns, des ständigen Mißtrauens und der kriegerischen Bedrohungen gewesen sein.

Man darf dabei nicht vergessen, daß England längst keine europäische Macht mehr ist. Es ist nur noch eine Frage der Kommunikationsmittel, daß es auch formell der Weltbundstaat wird, der es seit der Regierung Lloyd Georges de facto bereits ist. Je nach seinen — vorwiegend kolonialen — Interessen wird dann also dieser angelsächsische Block die verschiedenen Appetite der Kontinentalmächte schüren, unterdrücken oder befriedigen.

Eine derartige Entwicklung bedeutet durchaus nicht nur eine Bedrohung Frankreichs. Oder hat man bei uns schon all die Texte vergessen, deren Refrain immer „Gott strafe England“ lautete? Wenn Europa wirklich zu den Grundlagen von 1914 zurückkehren sollte, wird auch das Expansionsbedürfnis der deutschen Industrie bald wieder da sein, nur daß das England, auf das sie dann stoßen wird, unvergleichlich stärker sein wird als vor dem Kriege. Es wird tatsächlich den Frieden Europas in Händen halten, und vor dem Thron seiner Hegemonie werden die territorialen Streitigkeiten unseres kleinen Erdteils nur als Kompensationsobjekte für afrikanische Kolonien, persische und marokkanische Einflußsphären und chinesische und südamerikanische Märkte erscheinen. Die kontinentalen Staaten werden einen Schiedsrichter für all ihre Konflikte haben, aber sie haben allen Grund, die Gerichtskosten zu fürchten.

Sind die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich wirklich groß genug, um diese Entwicklung zu rechtfertigen? Lassen wir die kulturellen Gesichtspunkte dabei ganz außer acht, obgleich die Verteidigung der kontinentalen Kultur gegen den angelsächsischen Einfluß — hier gehören auch die Vereinigten Staaten zu dem englischen Block — vielleicht einiger Mühe wert erscheinen könnte. Aber nachdem Marokko für Deutschland nicht mehr existiert und nachdem sogar die Herren Neuhaus und Schiele bereit sind, endgültig auf Elsaß-Lothringen zu verzichten, sieht man wirklich nicht mehr, warum die beiden Länder sich durch indirekte Gegensätze weiter in eine künstliche Feindschaft hineinetzen lassen sollen. Frankreich fürchtet eine deutsche Revanche, deren Ziele in jedem Falle außerhalb Frankreichs liegen würden. Es nehme Deutschland den Grund dazu, und es wird einen guten Nachbar und vielleicht bald einen guten Freund gewinnen.

Die französische Politik zeigt in letzter Zeit einen bedenklichen Mangel an Konsequenz und Klarheit. Sie klammert sich immer noch an das Protokoll von Genf, das doch in Wirklichkeit schon tot ist, weil sie sonst nur die Alternative der Isolierung oder der Hegemonie Englands sieht. Aber außerhalb dieser Alternative gibt es noch ein Drittes. Das ist eine entschlossene Annäherung an Deutschland, die sich durch keine Hindernisse zurückschrecken läßt, wo immer sie auch liegen mögen. Die Voraussetzung dafür ist, daß Frankreich den nationalen Wünschen Deutschlands entgegenkommt, Wünschen übrigens, die der Tendenz des Jahrhunderts entsprechen und deren Verwirklichung unaufhaltsam ist. Deutschland könnte ihm dagegen ein Wirtschaftsbündnis anbieten, das sich vielleicht in der Richtung zu bewegen hätte, die ich in Nr. 51 des vorangegangenen Jahrgangs der „Glocke“ skizziert habe.

Eine solche deutsch-französische Annäherung brauchte sich nicht gegen England zu richten. Der Garantiepakt zu fünf — denn die Teilnahme Belgiens und Italiens ist nützlich und notwendig — ist darum eine gute Grundlage. Aber damit diese Grundlage wahrhaft fruchtbar gemacht wird, damit die Gefahr einer englischen Hegemonie ausgeschaltet wird, muß sie durch eine endgültige Lösung des deutsch-französischen Problems ergänzt werden. Denn zwischen Deutschland und Frankreich, vielleicht in der Gegend von Aachen, wo Karl der Große begraben ist, liegt der Schlüssel Europas.

---

## Das unsoziale Steuerprogramm

*Von Periskopos*

Die Wirtschaftslage Deutschlands hat sich anders gestaltet, als man im Anfang des vergangenen Jahres annahm. Damals schätzte die Reichsregierung in ihren Angaben für die internationalen Sachverständigen das voraussichtliche Volkseinkommen etwa auf 24 Milliarden Goldmark, damals wurde ein Etat aufgestellt, der mit 5 Milliarden balancierte. In Wirklichkeit ist es anders gekommen. Das Steueraufkommen in Reich und Ländern mit den Einnahmen aus Post und Eisenbahn für das Etatsjahr 1924/25 wird ungefähr 10 bis 11 Milliarden betragen. Von einem Volkseinkommen von 24 Milliarden würden somit 40 Proz. weggesteuert worden sein, und das ist ganz unwahrscheinlich. So muß das Volkseinkommen wesentlich höher liegen, und tatsächlich wird es neuerdings auf 35 bis 40 Milliarden geschätzt. Ferner: die reinen Reichseinnahmen, ohne Länder, Post und Eisenbahn, betragen ungefähr  $8\frac{1}{2}$  Milliarden. Selbst wenn der Reichsfinanzminister inzwischen erklärt hat, daß zur zukünftigen Balancierung des Etats 6 Milliarden notwendig seien, so würden immer noch  $2\frac{1}{2}$  Milliarden an Ueberschuß verbleiben.

Das Reichsfinanzministerium bezweckt angeblich mit seinem neuen Steuerprogramm eine weitere Stabilisierung der Wirtschaft. Nun sind die Verkehrsziffern von Monat zu Monat gestiegen, die Zahl der Kraftfahrzeuge nimmt täglich zu, von der Reichsbahn wurden im Februar 2 767 000 Güterwagen gestellt — gegen 1 539 000 im Februar 1924 — und man sollte eigentlich meinen, daß die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse schon seit einiger Zeit erfolgt sei. Trotzdem versuchen gewisse Stellen, der Oeffentlichkeit hartnäckig einzureden, unserer Wirt-

schaft gehe es äußerst schlecht, trotzdem behauptet die Reichsregierung, das System der „Stabilisierungswirtschaft“ müsse unbedingt beibehalten werden. Gewiß, solange die zwingende Notwendigkeit bestand, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen und die Wirtschaft zu sanieren, konnte man das ganze System der „Stabilisierungswirtschaft“ als Notbehelf gelten lassen. Aber heute? Heute sind die Reichsfinanzen saniert, und darum ist es höchste Zeit, endlich mit einem System Schluß zu machen, durch das die breiten Massen der Lohnempfänger und Konsumenten am allerschwersten bedrückt worden sind. Die Steuereingänge in den letzten vier Monaten bestanden zu beinahe 70 Proz. aus Steuern auf Lohn und Verbrauch: Man hätte erwarten dürfen, daß bei der Aufstellung des Steuerprogramms für das Etatsjahr 1925/26 eine vollständige Neuverteilung der Steuerlast nach Gesichtspunkten vorgenommen worden wäre, die immerhin eine gerechtere Belastung der gesamten Wirtschaft gewährleisten hätten, — und nicht, daß die Reichsregierung dem Parlament einen Steuerplan vorlegen würde, der dem des vergangenen Jahres fast vollständig gleich ist — vielleicht mit dem Unterschied, daß man versucht, seine unsoziale Tendenz mit allerhand mühsam ausgeklügelten Begründungen zu bemänteln.

Vor allem sind es zwei Steuern, deren Beibehaltung angesichts des Resultats des bisherigen Steuersystems unbegreiflich erscheint: die U m s a t z s t e u e r, und die L o h n s t e u e r, zum mindesten in ihrer jetzigen Form. Die Umsatzsteuer belastet den Verbrauch ganz unerträglich. Nach der Struktur der deutschen Wirtschaft wird sie im allgemeinen zu vier verschiedenen Malen erhoben, ehe eine Ware vom Hersteller bis zum letzten Verbraucher gelangt ist. Außerdem aber pflegt der Zwischenhandel den Steuersatz von  $1\frac{1}{2}$  Proz. auf den Verkaufspreis seiner Ware, in dem bereits Unkosten und Gewinn enthalten sind, aufzuschlagen, so daß auch hier durch die Erhebung der Umsatzsteuer eine zusätzliche Verteuerung eintritt und im übrigen der deutsche Warenkonsum nicht mit  $1\frac{1}{2}$ , sondern mit 8 bis 10 Proz. Zuschlägen belastet wird. Müssen da noch weitere Argumente für die Beseitigung der Umsatzsteuer angeführt werden?

Bedrückt die Umsatzsteuer die Verbraucher, so kann die Lohnsteuer für sich in Anspruch nehmen, daß sie die unsozialste der Steuern ist, die die Reichsregierung beizubehalten beabsichtigt. Ist es nicht bezeichnend für den Kurs in der deutschen Wirtschaftspolitik, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute noch einen Antrag einbringen muß, das steuerfreie Einkommen von 60 auf 100 Mark pro Monat zu erhöhen? Niemand wird behaupten können, daß 100 Mark monatlich auch nur annähernd das Existenzminimum darstellen — die Reichsregierung verschanzt sich jedoch hinter dem Standpunkt, daß der Ausfall an Steuereingängen zu groß sein würde, wenn eine Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens in Kraft träte. Sie wagt das zu behaupten, angesichts der Tatsache, daß das Reich aus seinen Steuereinnahmen in den letzten Monaten durchschnittlich 130 Millionen Ueberschuß hatte! — Wie milde wird auf der anderen Seite der Besitz behandelt! Wie kommt man denen entgegen, die wahrhaftig nicht von sich behaupten können, daß sie einen wesentlichen Anteil der Stabilisierungslasten getragen haben! In der Begründung des Reichsbewertungsgesetzes, das zur Durchführung einheitlicher Einschätzungen von Vermögenswerten neu erlassen werden soll, sagt das Reichsfinanzministerium, unter der großen Steuerbelastung dürfe „dem Pflichtigen die Tragung der Steuerlast nicht noch durch

das Bewußtsein erschwert werden, daß die Steuer ungleichmäßig veranlagt wird“. Im Lohnsteuerentwurf haben wir ein solches Verständnis für die Not der Steuerzahler leider nicht finden können!

Der Reichsfinanzminister begründet das Steuerprogramm für 1925/26 neben der Notwendigkeit, die Wirtschaft weiter zu stabilisieren, damit, daß es erforderlich sei, die Bildung von Kapital in der deutschen Wirtschaft mit allen Mitteln zu unterstützen. Sicher ist die Idee richtig, daß die Kapitalbildung, die tatsächlich nur einen Bruchteil der Vorkriegszeit erreicht, energisch gefördert werden muß. Aber die hierfür vom Finanzminister vorgeschlagene Methode ist mehr als bedenklich! Sie stellt nämlich eine Bildung von Kapital auf Kosten der gerechten Verteilung der Steuerlast dar, auf Kosten letzten Endes derjenigen Steuerzahler, die nicht mit den Vorteilen niedriger Steuerbelastung bedacht werden, auf Kosten der breiten Massen. Im Grunde wird es gleich sein, ob die Kapitalbildung aus Preisauflagen oder Steuerabschlagen vorgenommen wird; beide Methoden sind einseitige Vergünstigungen für diejenigen, die das neugebildete Kapital ausnutzen können, ohne Zinsen dafür zahlen zu müssen. Beide Methoden schädigen die Gesamtheit der Volkswirtschaft, da sie preissteigernd wirken. Ueberhaupt wird die Frage der stärkeren wirtschaftlichen Kapitalbildung nicht so sehr Sache des Reichsfinanzministers, als vielmehr des Wirtschaftsministers sein. Allerdings wollen wir damit nicht behaupten, daß sie in den Händen des Herrn Dr. Neuhaus besser aufgehoben sein würde, als in denen des Herrn v. Schlieben: das wird sich gleich bleiben.

Die Durchführung des neuen Steuerprogramms birgt jedoch noch eine weitere Gefahr in sich, und das ist die größte: sie steht in Verbindung mit den Reparationsverpflichtungen des Deutschen Reichs. Auf der Londoner Konferenz wurde uns ein Moratorium gewährt, nach dessen Ablauf wir verpflichtet sind, steigende Beträge aus dem Etat an den Reparationsagenten abzuführen. Zwar fehlte es noch zum Ende des Jahres 1924 nicht an Optimisten, die da glaubten, die Aufbringung dieser Reparationsbeträge werde uns schließlich erlassen werden — die überraschend schnelle Stabilisierung unserer Wirtschaft, verbunden mit den hohen Ueberschüssen der Reichskasse und der großzügigen Zahlung der Ruhr Gelder wird nicht dazu angetan sein, unsere Vertragsgegner von der Forderung der effektiven Aufbringung unserer Schulden abzubringen. Besteht aber bei Fälligkeit der ersten Zahlungen noch das jetzige Steuersystem, so werden den Hauptanteil an der deutschen Reparationslast allein die breiten Massen zu tragen haben. Verhehlen wir uns nicht, daß in dem Moment, in dem Deutschland mit den Zahlungen beginnen muß, seinen Gläubigern das Wie der Aufbringung ganz gleich sein wird; sie werden nur auf der tatsächlichen Zahlung der Schuld bestehen. Aber gerade das Problem, wie und aus wessen Mitteln die Reparationsleistungen, die aus dem Reichsetat zu zahlen sind, aufgebracht werden sollen, ist für die breiten Massen die entscheidende Frage. Und deshalb darf mit der Neuverteilung der Steuerlast unter keinen Umständen gezögert werden, bis die zwingende Notwendigkeit von Reparationszahlungen daran hindert. Die Stabilisierung ist da. Jetzt ist der Moment zur Revision des Steuersystems gekommen, heute, wo gerade noch Zeit genug bleibt, um eine gerechtere Verteilung der Steuern mit Rücksicht auf die Lasten der Zukunft in Ruhe vornehmen zu können.

## Branting und Vollmar

Von Alwin Saenger

Der jüngst verstorbene große Führer der schwedischen Sozialdemokratie und der internationalen Arbeiterbewegung, Hjalmar Branting, war Jahrzehnte hindurch in aufrichtiger Freundschaft mit Georg v. Vollmar verbunden. Diese Freundschaft hat auch die Wirrnisse des Krieges überdauert; sie fand ihr Ende erst mit dem Tode Georg v. Vollmars am 30. Juni 1922.

Vollmar\*) hatte ja besonders enge Beziehungen zu Schweden. Seine Lebensgefährtin wurde Julia Kjellberg, die einem alten schwedischen Geschlecht entstammte, das in Göteborg ansässig war. So machte denn Georg v. Vollmar schon am Ende der achtziger Jahre seine ersten Reisen nach Schweden; er trat dort in enge Verbindung mit der schwedischen Partei und hat wiederholt in den Parteiorganisationen Schwedens und auch in öffentlichen Versammlungen gesprochen. Die geistig unerreicht hochstehende Lebensgefährtin Vollmars hatte schon als junges Mädchen zahlreiche Beziehungen zu der geistigen Welt Schwedens, vor allem zu den Kreisen der Literatur und der Kunst. Mit Ellen Key war Julia v. Vollmar durch Jahrzehnte innig befreundet. Es trat denn auch naturgemäß Vollmar selbst im Laufe seines Lebens sowohl zu dem geistigen Leben wie auch zu den politischen Kreisen des schwedischen Volkes in enge Beziehungen.

Das Bekanntsein mit Branting mußte für die beiden Führer der sozialistischen Partei dem Wesen und Inhalt nach sich mit der Zeit zu einem besondern Vertrauen und Verständnis entwickeln.

Branting war wiederholt in dem Landhaus Julia und Georg v. Vollmars am Walchensee Gast. Noch bei einer dem Schreiber dieser Zeilen im April letzten Jahres im Hause Branting zu Stockholm gewährten Gastfreundschaft sprach der verstorbene schwedische Führer mit warmer Begeisterung von den herrlichen Stunden, die er in dem stillen Heime des Menschenpaares Vollmar, inmitten einer unsagbar schönen Natur vor langen Jahren genossen hatte. Es darf allerdings nicht verhehlt werden, daß Georg v. Vollmar während der Kriegszeit oftmals mit einer sehr schmerzlichen Enttäuschung von der Stellungnahme redete, die sein Freund und Kampfgenosse Branting in dem ausgebrochenen Weltkrieg einnahm. Diese Enttäuschung war um so verständlicher, da Julia v. Vollmar in aufrichtiger Ueberzeugung sich zu den Lebensinteressen Deutschlands in dem Krieg bekannte, obwohl Vollmars Gefährtin bis zu ihrem Hinscheiden eine schwedische Frau war und dem Heimatland ihrer Geburt und ihrer Jugend im Fühlen und Denken sehr nahe blieb. Die hohe Wertschätzung Georg v. Vollmars für die außergewöhnliche Bedeutung Hjalmar Brantings blieb jedoch immer bestehen.

Der Brief, den Vollmar am 19. Mai 1914 an Branting schrieb, ist ein geschichtliches Dokument, das vor allem auch ein Zeugnis für die klare, wahrhaft staatsmännische Führerschaft Vollmars ist.

---

\*) Im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, wird demnächst im Rahmen einer umfassenden Lebensdarstellung der politische Briefwechsel Georg v. Vollmars durch Alwin Saenger herausgegeben werden.

Dieser Brief lautet:

„Mein lieber Freund!

Wie glücklich die schwedische Sozialdemokratie ist, daß sie durch ihre bewunderungswürdigen Fortschritte bei den letzten Wahlen eine Stellung errungen hat, die ihr einen unmittelbaren Einfluß auf die Landesangelegenheiten gegeben hat. Gewiß ladet Euch das eine Verantwortung auf, wie sie so schwer noch keine Bruderpartei zu tragen hatte, und es wird vermutlich da und dort Leute geben, denen vor allem in der Sache der Landesverteidigung die bloße Verneinung viel bequemer wäre. Aber wenn eine Partei erst einmal so weit gekommen ist — und ich wollte, wir in Deutschland wären auch so weit! —, dann geht es mit der Kritik allein nicht mehr. Ich habe mit großer Freude die trefflichen Darlegungen gelesen, die Sie in Christiania über die positive Stellung gesprochen haben, welche die schwedische Sozialdemokratie unter den gegebenen Umständen im Verteidigungswesen einzunehmen haben wird, und ich kann jedes Ihrer Worte unterschreiben. Auch den Ausdruck der Abneigung dagegen, daß Schweden in die gefährliche Politik der Großmächte hineingezogen werden soll, was freilich töricht genug sein würde. Aber andererseits ist es auch sicher, daß die Verteidigung Schwedens gegen die einzige Macht, von der ein Angriff zu befürchten ist, wenn ein Erfolg erzielt werden soll, keine isolierte Handlung wird sein können. Ich glaube, daß Ihnen vor Jahren einmal Bebel — nach einer Rücksprache, die wir beide über diese Sache gepflogen hatten — über diese Dinge geschrieben hat, und es ist seitdem alles beim gleichen geblieben. Vielleicht erspart ein gütiges Geschick, das heißt in der Hauptsache die völlige Ungewisheit aller Mächte, wie sich alle die Millionenheere im Ernstfall bewegen lassen und welches darnach der Ausfall eines europäischen Krieges sein wird, unsern Ländern das Schlimmste.

Die besten Wünsche für Ihr und der Partei ebenso schweres als wichtiges Werk im neuen Reichstag sendet Ihnen in alter Freundschaft

Ihr V.“

Nach dem Kriegsausbruch hielt es Vollmar für seine Pflicht, an Branting wegen seiner Stellungnahme gegenüber der Entente und Deutschland zu schreiben. Branting antwortete am 6. Dezember 1914 mit folgendem Schreiben:

„Lieber und verehrter Genosse!

Die von Ihnen zitierte Darstellung in der ‚Intern. Korresp.‘ ist insofern falsch, als ich mich immer bemüht habe, in dieser furchtbaren Katastrophe das deutsche Volk, das sein gutes Recht verteidigt, ganz und voll zu würdigen. Dagegen war es von Anfang an für uns in Schweden unmöglich, was gegen Belgien geschehen ist gutzuheißen, wie überhaupt der Kampf gegen den Zarismus auf Frankreichs Erde uns sehr fragwürdig vorgekommen ist. Die Sozialdemokratie Deutschlands will gewiß die Selbständigkeit aller Nationen — wird das aber genügen, um eine neue Auflage von der Annexion in 1870/71 vorzubeugen? Leider sind es noch unsere Genossen, die die ausschlaggebende Macht sind!

In den nächsten Tagen sende ich Ihnen eine Sammlung von den Nummern des schwedischen ‚Socialdemokraten‘, die für unsere Haltung

maßgebend sind. Mögen Sie dieselben, lieber Genosse, mit gutem Willen, auch uns zu verstehen, lesen! Mit herzlichen Grüßen Ihnen und Ihrer Gattin von uns beiden

Ihr H. Branting.“

Georg v. Vollmar und Hjalmar Branting waren zu große Persönlichkeiten und Menschen, um einer andern politischen Betrachtung und Ueberzeugung willen menschliche Werte zu übersehen. Sie beide haben in einem langen Kämpferleben vorbildlich bewiesen, daß Politik auch Staatskunst sein kann und nicht in der Verächtlichmachung Andersdenkender und Andershandelnder bestehen muß.

## Die Landagitation

Von Ambrosius Neumann

Es ist eine der schwierigsten Fragen unserer Bewegung, die Landarbeiterbevölkerung für sie zu gewinnen. Nach Ausbruch der Revolution strömten ungeheure Massen des Landarbeiterproletariats zu uns. Von uns glitten sie ins radikale Lager nach links über, dann suchten sie Anschluß nach rechts und für die Gegenwart läßt sich feststellen, daß sie sich langsam, aber ziffernmäßig steigend, wieder zu uns zurückfinden. Man muß aus dieser Bewegung schließen, daß die Landarbeiterbevölkerung im Laufe der Jahre nach dem denkwürdigen 9. November 1918 politisch denken gelernt hat. Sie läuft nicht mehr, wie das bei einem politisch ungeschulten Proletariat der Fall ist, den reinen Phrasendreschern nach, sondern versucht Verständnis zu gewinnen für die politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Die ruhige und sachliche Ueberlegung hat Platz gegriffen, und dies ist um so anerkennenswerter, da nur ein ganz geringer Teil der Landarbeiter sozialistische Zeitungen und Bücher liest. Den Leuten fehlt das Geld, die wenigen Groschen dafür auszugeben. Gelegentlich in den von uns einberufenen Versammlungen hören sie etwas vom Sozialismus und den Zielen und Bestrebungen der sozialistischen Bewegung. Hieraus ziehen sie ihre geistige Nahrung, und jedes Wort, das in diesen Versammlungen von unseren Agitatoren gesprochen wird, wird in der langen Zwischenzeit bis zur nächsten Versammlung tausendmal überlegt. Deshalb ist es wichtig, daß man sich darüber klar ist, was man spricht und wie man spricht.

In den großen Städten ist es keine Kunst, vor Arbeitern eine politische Rede zu halten und damit Beifall zu ernten. Man operiert mit Schlagworten und die Beifallskundgebungen nehmen kein Ende. Bedauerlicherweise sind die meisten unserer Redner darauf eingestellt. Kommen sie dann zur Wahl auf das flache Land, so haspeln sie dort eine hochtrabende Rede runter, die von den Zuhörern mit eisigem Schweigen aufgenommen wird. Wir sprechen hier nur von unserer Partei und lassen ganz unerwähnt, daß wir gegenüber den anderen Parteien noch sehr günstig abstechen. Diese Leute haben gemeiniglich wenig Ahnung von den Sorgen der Landbevölkerung und sind meistens auch sehr schlechte Redner. Das nebenbei. Uns ist die große Aufgabe erstanden, die Landarbeiterbevölkerung für unsere Ideale zu gewinnen. Man kann



das nur, indem man den Leuten näherzukommen versucht. In Berlin und anderen großen Städten Sozialist zu sein und die Bestrebungen der Bewegung zu unterstützen, ist eine Leichtigkeit. Man hat eine eigene Zeitung, man kann jeden Tag in Versammlungen gehen und Vorträge anhören. Es kostet einen keine Mühe, mit Leuten in Verbindung zu kommen, die in der Bewegung oder wenigstens ihr nahestehen. Auf dem Lande fehlt das alles. Trifft man hier opferfreudige Anhänger unserer Bewegung, so ist das zehnfach aner kennenswert, zudem, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, unter denen die Landarbeiter sich zu unserer Anschauung bekennen müssen. Der Gutsherr fühlt sich immer noch als kleiner Gott auf seinem Gute. An Schikanen scheint er nach allem, was ich während der vielen Agitationsreisen auf dem Lande von Landarbeitern gehört habe, seine eigenen Geschmacklosigkeiten der Vorkriegszeit noch überbieten zu wollen.

Der sozialistische Agitator, der auf dem flachen Lande in Versammlungen spricht, muß sich über diese Verhältnisse klar sein. Er hüte sich, Reden zu halten, von denen der Landarbeiter nur das Gefühl mit nach Hause nimmt, eine fließende Rede gehört zu haben. Ganz falsch ist, seine Zuhörer zwei oder drei Stunden lang mit Vorlesen von Zeitungsnotizen zu unterhalten oder gar ganze Abschnitte aus dicken Büchern vorzulesen, ein Gebiet, auf dem die Kommunisten am besten zu Hause zu sein scheinen. Niemals darf es vorkommen, daß einem die Leute im Dorfe sagen: Ihr Vorgänger hat mehr ab- als zugeredet. Man vermeide Fremdwörter und versuche in verständlichen Worten und in kurzen Sätzen zu sprechen. Dann komme man nicht mit Sachen, die der Interessensphäre des Landarbeiters fremd sind. Einige wenige Worte über seinen Lohn, sein Deputat, das Hofgängerwesen und seine Viehhaltung interessieren ihn mehr als eine zweistündige Rede über die Ruhrbesetzung. Einen Vortrag über die Wandlungsfähigkeit der Deutschenationalen hört er mit Interesse, da ihm ja diese Partei von seinem Gutsherrn zu wählen immer empfohlen wird. Der Landarbeiter ist infolge mangelnder Lektüre und Versammlungsbesuch politisch wenig geschult, man kommt ihm deshalb mit einer hochpolitischen Rede nicht näher. Die Worte verhallen, sie bleiben ihm unverständlich und oftmals hört man nach Versammlungsschluß die verdutzte Frage: Was wollte der denn eigentlich? Man vergesse auch nicht, daß der Landarbeiter mit Rücksicht auf seinen Gutsherrn selten seine Meinung frei äußert. Charakteristisch hierfür ist ein Ausspruch, den ein Landarbeiter in unserer Wählerversammlung tat, als vom Versammlungsleiter zur freien Aussprache aufgefordert wurde. Er sagte: Zu sagen haben wir alle etwas, wir dürfen aber nichts sagen. Dabei blickte er in die Ecke, wo der Inspektor und der Pfarrer saßen. Es ist daher sehr angebracht, nach Versammlungsschluß sich mit den Leuten in Gespräche einzulassen; man erfährt dabei, wie die Leute denken und was sie empfinden. Ebenso ist notwendig, vorher sich nach ihren Verhältnissen zu erkundigen. Man bekommt dann regelrecht viele kleine Wünsche mit auf den Weg. Mitunter ganz unbedeutende Vorgänge, die dann und dann im Dorfe oder auf dem Gutshofe vorgekommen sind, die man aber unter keinen Umständen in dem Vortrage unerwähnt lassen soll. Jeder von ihnen hat etwas auf dem Herzen, etwas, worüber sie nicht einmal mit dem Arbeitskollegen sprechen. Wenn jemand einem eine

solche Sache erzählen will, spiele man nicht den Unnahbaren. Es zeugt von einem großen Vertrauen zu unserer Sache, wenn die Leute sich gerade an uns wenden. Man kann hier in mancher Hinsicht nutzbringend wirken. Früher war wohl der Pfarrer derjenige, dem man solche Wünsche vortrug, das Volk fühlt aber, daß er nicht mehr die richtige Stelle ist.

Die Deutschnationalen betrachten das Land als ihre Domäne. Sie tun das heute mit großem Unrecht. Das Landproletariat empfindet sozialistisch, wenn auch die Vorstellungen darüber, was Sozialismus ist, noch sehr unklar sind. Es ist aber ein gutes Zeichen für die Zugkraft unserer Idee, daß mit dem Maße, wie unsere Bestrebungen verstanden werden, in dem gleichen Maße das Volk sich zu uns zurückfindet. Sieht man sich heute die Zahlen an, die bei der Wahl zur Nationalversammlung an Stimmen unter der Landbevölkerung auf uns entfielen und vergleicht diese mit denen bei den folgenden Wahlen, so fällt einem hier die riesige Schwankung auf. Zuerst waren sie, selbst für uns, überraschend hoch, dann sanken sie und dann setzte eine allmähliche Steigerung ein. Man kann bald sagen, daß in dem Maße, wie die Rechtsparteien und besonders die Deutschnationalen, deren Anhängerschaft sich ja in der Mehrzahl aus dem Landvolke zusammensetzt, ihre ganze Stoßkraft gegen uns richteten, in eben diesem Maße wuchs die Erkenntnis in der Landbevölkerung, daß die Sozialdemokratie wohl doch nicht so schlecht ist, wie Deutschnationale und ihr Bruder von rechts es darstellen.

Es ist eine allmähliche und sehr langsame Erziehungsarbeit, die wir zu leisten haben. Weil ja der Sozialismus eine Kulturbewegung ist, ist es schwer, den bloß auf die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse eingestellten Menschen von seinen höheren Zielen zu überzeugen. Er will das Ziel nicht als Ideal sehen, sondern will sofort und sogleich es verwirklicht haben. Daß die Menschheit erst allmählich und unter Ueberwindung vieler Hindernisse die Stufe der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, erklimmen kann, ist vielen ein geheimnisvolles Rätsel. Wie wir selbst uns erst ganz allmählich in diese Ideen hineingearbeitet haben, so müssen es auch andere. Darum poltere man nie mit Schimpfkanonaden über die Landarbeiter her, wenn sie den Sozialismus lediglich als eine Frage auffassen, die den Magen anbetrifft. Streiter sein für Volksrecht und Volkswohl, heißt auch Dulder und duldsam sein.

---

## Richter und Verteidiger

*Von Dr. Siegfried Weinberg, Berlin*

In Nr. 50 der „Glocke“ beschäftigt sich Genosse Schiff unter der Überschrift „Niedner und Samter“ mit dem bekannten Vorkommnis im Leipziger Tscheka-Prozeß, bei welchem der Vorsitzende die Feststellung traf, daß einer der beteiligten Rechtsanwälte durch sein Verhalten die Rechte eines Verteidigers „verwirkt“ habe und der betreffende Verteidiger unter Androhung von Gewaltanwendung aus dem Sitzungszimmer hinausgeworfen ist. Zu meinem lebhaften Befremden kommt Genosse Schiff zu einer Billigung des Verhaltens des Vorsitzenden. Er

ist sich offenbar hierbei der prinzipiellen Bedeutung der Angelegenheit nicht bewußt. Das geht schon aus der Ueberschrift seines Aufsatzes hervor, durch die er das bisher in Gerichtssälen unerhörte Vorkommnis gewissermaßen zu einer Privatangelegenheit der beiden beteiligten Juristen stempelt.

Meines Erachtens kommt es für die Beurteilung der Angelegenheit auf die Persönlichkeit der Beteiligten überhaupt nicht an. Ich will deshalb nicht darauf eingehen, ob Niedner wirklich das Vorbild eines republikanischen Richters ist — meine eigene Erfahrung als Verteidiger vor dem Staatsgerichtshof stimmt mich Herrn Niedner gegenüber erheblich skeptischer — und ob das Verhalten des Rechtsanwalts Samter die scharfe Brandmarkung verdient, die ihm Schiff zuteil werden läßt. Die von den Verteidigern im Tscheka-Prozeß abgegebene Erklärung und ebenso der von dem Vorstand der Strafrechtlichen Vereinigung der Berliner Rechtsanwälte erhobene Protest lassen den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, zur Genüge erkennen, daß die Kollegen Samters sich durchaus nicht mit der Art seiner Verteidigungsführung solidarisieren. Immerhin gebietet die Gerechtigkeit, hervorzuheben, daß das spezielle Vorkommnis, das zur Ausweisung des Verteidigers führte, in keiner Weise geeignet war, diese Ausweisung in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Bestand doch die Veranlassung zu jener Maßnahme darin, daß der Verteidiger die Rücknahme eines Schriftstückes, das ihm auf Anordnung des Vorsitzenden zurückgegeben werden sollte, verweigerte, und es auf den Tisch des Gerichtsschreibers zurücklegte.

Genosse Schiff stellt die Entrüstung, die das Leipziger Vorkommnis geweckt hat, gewissermaßen als eine Standesangelegenheit der Rechtsanwälte hin. Eine derartige Auffassung steht mit der Stellung, welche die Partei seit mehr als einem Menschenalter zur Frage der Rechtsstellung des Verteidigers eingenommen hat, in schroffem Widerspruch. Alle Parteitage und alle offiziellen Schriften der Partei, die sich mit den Fragen des Strafprozesses beschäftigen, haben stets gegen jede Einschränkung der Rechte der Verteidigung protestiert und eine Erweiterung dieser Rechte verlangt. Noch auf dem letzten Parteitag, der sich mit der Frage der Justizreform beschäftigte, dem Parteitag zu Augsburg vom Jahre 1922, hat der Referent, ohne Widerspruch zu finden, diese Forderung erhoben. Meint Genosse Schiff wirklich, daß die Partei diese Stellung nur um der schönen Augen der Verteidiger willen eingenommen hat und nicht aus der Erkenntnis heraus, daß jede Herabwürdigung der Verteidigung gleichzeitig eine Beeinträchtigung der Rechte des Angeklagten bedeutet? Die Zeit ist wahrlich nicht so sehr zurückliegend, in der wir Sozialdemokraten mehr oder minder Freiwild für die bürgerlichen Strafgerichte waren. Ob in dieser Richtung eine grundlegende Aenderung bisher eingetreten ist, wage ich zu bezweifeln, zumal die Richter zu mindestens 90 Prozent nach wie vor monarchistisch gesinnt sind. Ich bin auch überzeugt, daß, wenn die zukünftige politische Entwicklung die Partei nötigt, in ihre alte schroffe Oppositionsstellung zurückzukehren, die sozialdemokratischen Politiker in erhöhtem Maße Objekte der Strafrechtspflege sein werden. Was jüngst in Leipzig dem kommunistischen Verteidiger durch einen angeblich republikanischen Vorsitzenden widerfuhr, kann morgen einem sozialdemokratischen Verteidiger durch einen monarchistischen Vor-

sitzenden geschehen. Der Fall liegt prinzipiell durchaus nicht anders, als wenn beispielsweise im Magdeburger Prozeß Herr Bewersdorff einem der parteigenössischen Rechtsanwälte des „Sattlergesellen“, als diese ihm unbequeme Anträge eindringlich wiederholten, erklärt hätte, er habe die Rechte des Verteidigers „verwirkt“ und sei durch die Schupo aus dem Sitzungssaal abzuführen.

Das Verhalten des Vorsitzenden steht aber auch in krassem Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Der § 177 des Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt ausdrücklich, gegenüber welchen Personen der Vorsitzende das Recht hat, die Entfernung aus dem Sitzungszimmer anzuordnen. Nach dieser Gesetzesbestimmung ist der Vorsitzende zu einer derartigen Maßnahme nur befugt gegenüber „Parteien, Beschuldigten, Zeugen, Sachverständigen oder bei der Verhandlung nicht beteiligten Personen“. Die an der Verhandlung beteiligten Rechtsanwälte sind also ebenso wie die Staatsanwälte von dieser Maßnahme ausgeschlossen. Um die Gleichstellung des Verteidigers mit dem Staatsanwalt gegenüber der Sitzungspolizei des Vorsitzenden hervorzuheben, ist ferner durch ein besonderes Gesetz vom Jahre 1921 die frühere Befugnis des Vorsitzenden, Ordnungsstrafen gegen Rechtsanwälte wegen Ungebühr zu verhängen, beseitigt worden.

Wenn Genosse Schiff es schließlich so hinstellt, als ob es im Belieben jedes Verteidigers liegen würde, jede gedeihliche Verhandlung unmöglich zu machen, wenn der Vorsitzende nicht das Recht haben sollte, ihn gewaltsam aus dem Saal entfernen zu lassen, so ist auch das eine arge Uebertreibung. Die Rechtsanwälte stehen unter einer sehr scharfen disziplinarischen Aufsicht der Ehrengerichte und des Ehrengerichtshofs in Leipzig. Bei letzterem haben sogar die Richter des Reichsgerichts die Mehrheit gegenüber den beisitzenden Rechtsanwälten. Die Strafen können bis zur Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft gehen. Der Vorsitzende braucht also nur, wenn wirklich eine gedeihliche Fortführung der Verhandlung infolge des Verhaltens eines beteiligten Verteidigers unmöglich sein sollte, die Sitzung zu unterbrechen, wozu er jederzeit befugt ist, und die Disziplinarbehörde anzurufen.

Wenn nun Genosse Schiff das Schreckgespenst an die Wand malt, daß ein Verteidiger plötzlich verrückt werden und dem Vorsitzenden ein Tintenfaß an den Kopf werfen könnte, so ist dazu zunächst zu sagen, daß der Vorsitzende demgegenüber selbstverständlich das Recht der Notwehr haben würde. Genosse Schiff wird auch sicherlich nicht so von dem Gedanken des Obrigkeitsstaates angekränkt sein, daß er bestreitet, daß ebensogut wie der Rechtsanwalt auch der Vorsitzende oder der Staatsanwalt verrückt werden könne. Aeltere Genossen entsinnen sich noch des vor Jahrzehnten in Moabit amtierenden Landgerichtsdirektors Brausewetter, von dem alle, die öfters mit ihm zu tun hatten, längst wußten, daß er geisteskrank war, der aber trotzdem als Vorsitzender einer Strafkammer jahrelang auf die Menschheit, darunter auf viele Genossen, losgelassen wurde, bis er schließlich in einer Irrenanstalt interniert werden mußte. Wenn die hier erörterte Maßnahme des Vorsitzenden statt einmütiger Zurückweisung in der Öffentlichkeit Billigung findet, so ist zu befürchten, daß auch in Fällen, in denen auch Genosse Schiff sicherlich nicht auf seiten des Vorsitzenden stehen wird, dieser Vorgang Nachahmung finden wird, und daß gar

mancher Brausewetter redivivus in Zukunft gegenüber Verteidigern, die ihre Pflicht unerschrocken und gewissenhaft erfüllen, erklären wird, daß sie ihre Rechte als Verteidiger „verwirkt“ haben. Eine gedeihliche Verteidigung ist dann geradezu unmöglich. Deshalb heißt es, nicht im Interesse der Rechtsanwälte, sondern im Interesse der Angeklagten und einer gedeihlichen Justizpflege: *principiis obsta!*

## Der Tod Rudolf Steiners

Ein Kapitel vom sozialen Wunderglauben der Gegenwart

Von Georg Beyer

„Wenn die Erde bebte, schwärmen die Menschen.“

Ludwig Börne, 1823.

Rudolf Steiner ist in seinem seltsam verschnörkelten Heim zu Dornach bei Basel gestorben. Die Sekten der Anthroposophen trauern um den großen Weisen, dessen Schrift sie anbeteten, dessen Wort sie inbrünstig von seinen Lippen lasen. Unter den Seelenfängern dieser verworrenen Zeit, die die erlösenden Wunderrezepte feilhielten und lustige Gehirnkonstruktionen an die Stelle harter Erkenntnisse setzten, nahm Rudolf Steiner einen besonderen Platz ein. Mischte sich doch bei ihm die krauseste Mystik mit dem Anspruch lebenswahrer Wissenschaftlichkeit. Erst dadurch wurde es ihm möglich, Tausende, Zehntausende von Intellektuellen, Verirrten und Verzweifelten aus allen Schichten um sein Banner zu sammeln.

Um die Wirkungen ganz zu begreifen, die von Rudolf Steiner ausgingen, mußte man ihn häufiger in Versammlungen seiner Getreuen gehört haben. Mit seiner etwas harten, durchdringenden Stimme, deren südösterreichischer Beiklang besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, redete er zu Menschen, die glauben wollten, glauben um jeden Preis. Sie sahen zu dem würdigen Sprecher, dessen Antlitz weltentrückt schien, und dessen Besonderheit noch durch ein eng geschlossenes Jackett betont wurde, mit verzückten Mienen empor. Sie gleiteten mit ihm in das Jenseitige hinein, dessen Kulissenzipfel er mit seiner „Geisteswissenschaft“ lüftete. Er zeigte, er „bewies“ ihnen, daß es möglich sei, der verschlagenen Welt die letzten Geheimnisse abzulisten und die höhere Weihe letzter Erkenntnisse durch andauernde „Übungen“ im Geiste der Anthroposophie zu erreichen. Er schärfte ihnen die „Geistesaugen“, wie er sagte, gab ihnen hypnotische Zaubertänke, führte sie durch Labyrinth des Okkultismus. Und weil er diese hellseherischen Möglichkeiten dann immer wieder herunter auf die Erde praktizierte und den Gläubigen lehrte, daß auch jede materielle Lebensfunktion durch die Annahme seiner Lehre zur höchsten Steigerung gebracht werden könnte, — deshalb vor allem glühten ihm die Seelen und die Herzen entgegen. Die Logik und die Erfahrung versanken vor den rhetorischen Kaskaden des allwissenden Sprechers. Mit atemloser Spannung gingen sie mit ihm, junge Akademiker, Kaufleute, kleine Handwerker, auch Arbeiter, und vor allem: Frauen, viel Frauen. Die Spannung entlud sich am Ende im rauschenden Beifall. Alle Welträtsel knackten der Lösung entgegen. . . .

Rudolf Steiner ist 64 Jahre alt geworden. Seine Wiege stand in Kraijewatz in Kärnten. Zuerst fesselte den jungen Akademiker der Sozialismus. Zu Beginn der neunziger Jahre sah man ihn einige Zeit als Lehrer an der von Wilhelm Liebknecht gegründeten Berliner Arbeiterbildungsschule. Hier kam es jedoch bald zu Konflikten, weil Steiner allmählich ins Reich der Theosophie übersiedelte. 1904 schrieb er ein grundlegendes Werk über Theosophie, das annähernd zwanzig Auflagen erlebte. Gleichzeitig entstanden einige beachtenswerte Schriften über Goethe und seine Weltanschauung. Doch sein unruhiger Geist fand auch hier keinen Ruhepunkt. Bald setzte er sich lebhaft mit den bisherigen theosophischen Lehrern, Sekten und Vorkämpfern auseinander und wandte sich der Anthroposophie, der „Geisteswissenschaft vom Menschen“ zu. Es war eine Weiterbildung der Theosophie, die er zur Steigerung aller seelischen Verzückungen mit Symbolismen indischer Herkunft bereicherte. In seinem umfangreichen Werke „Die Geheimwissenschaft im Umriss“ entwickelte er folgendes „System“: Nur durch allmähliche Schärfung des Denkvermögens vermag der Berufene in die übersinnlichen Welten einzudringen. Dazu bedarf er einer langwierigen Vorbereitung, bis er die kosmische Musik hört und die ihm umschwebende geistige und seelische Wolke, die „Aura“, empfindet. Sechzehnblättrig rudert die Lotusblume, das geistige Bewegungsorgan des Menschen, höheren Welten entgegen, wo sich neben dem „Astral Leib“ der „Aetherleib“ zum höheren „Ich“ ausbildet. Das alles behandelt Steiner mit größtem sachlichen Ernst, wofür eine kleine Probe zeugen möge:

„Die geistig seelischen Organe bilden sich so, daß sie dem übersinnlichen Bewußtsein an den in Schulung befindlichen Menschen wie in der Nähe bestimmter physischer Körperorgane erscheinen. Aus der Reihe dieser Seelenorgane sollen hier genannt werden: dasjenige, das in der Nähe der Augenbrauenmitte empföhlt wird (die sogenannte zweiblättrige Lotusblume), dasjenige in der Gegend des Kehlkopfes (die sechzehnblättrige Lotusblume). Das dritte in der Herzgegend (die zwölfblättrige Lotusblume), das vierte in der Gegend der Magengrube. Andere solcher Organe erscheinen in der Nähe anderer psychischer Körperteile. (Die Namen zwei- oder sechzehnblättrig können gebraucht werden, weil die betreffenden Organe sich den Blumen mit entsprechender Blätterzahl vergleichen lassen.) Die Lotusblumen werden an dem astralischen Leibe bewußt. In dem Zeitpunkte, in dem man die eine oder die andere entwickelt hat, weiß man auch, daß man sie hat. Man fühlt, daß man sich ihrer bedienen kann und daß man durch ihren Gebrauch in eine höhere Welt wirklich eintritt.“

Die Lotusblumentheorie ist nur ein bescheidener Teil der Steinerschen Mystik. Die ganze Erdentwicklung wird in seltsam schimmernde Begriffe gezwängt. Auf dem Wege vom „Saturn“-Zustand bis zum „Erd“-Zustand muß die Seele mancherlei Leidensstationen passieren, bis nach dem Tode vom Aetherleib noch etwas zurückbleibt, was man „wie ein Extrakt desselben oder eine Essenz desselben bezeichnen kann“. Bei allen Verzückungen in den Schönheiten der jenseitigen Welt hat Steiner merkwürdigerweise niemals Fingerspitzengefühl für die Schönheiten der deutschen Sprache gehabt. Das Letzte, das Allerhöchste, das goldene Tor öffnet er noch nicht, weil die Menschheit noch nicht die dazu erforderliche Reife hat.

Die Steinersche Anthroposophie begnügt sich aber, wie gesagt, nicht mit der Durchleuchtung des Kosmos. Sie will Wissenschaft sein,

ja noch mehr, sie will der Erziehung, der Kunst, ja sogar der Medizin kraft ihrer Erkenntnisse neue Wege weisen. Die Steinersche Schule, in der in den letzten fünf Jahren eine ganze Reihe junger Akademiker präpariert worden ist, und die in Dornach wie in Stuttgart von Hunderten besuchte systematische Lehrkurse abhielt, hat weit über die bloße Theorie übergreifen. Unterrichtsanstalten wurden im Zeichen Rudolf Steiners in vielen Städten eingerichtet. Eine eigene Tanzwissenschaft, die „Eurythmie“, zeigte schwebende junge Mädchen auf seinen Spuren . . .

Eine sachliche Aussprache zwischen Anthroposophen und Männern der Alltagsvernunft war fast immer ergebnislos. Die Steiner-Leute sahen und sehen Welt- und Menschentum im Zeichen mystischer Symbole, wogegen kein erkenntnistheoretisches Handwerkszeug anrennen kann. Steiner selbst hat sich, sieht man von seinen in vielen Auflagen verbreiteten Schriften ab, hinter dem Schleier entrückter Erdenferne verborgen gehalten, obgleich sicherlich bei seinen kosmischen Beschwörungen manches recht real war. Das ergab sich schon aus seiner engen Verbindung mit der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in Stuttgart, die seine Gründungen finanzierte.

Ohne die Anthroposophie Rudolf Steiners ist seine „Dreigliederung des sozialen Organismus“ nicht zu verstehen. 1919 erschien seine Schrift „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“, 1920 wurde bereits das 80. Tausend herausgegeben, und der „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus“ schüttete über alle Großstädte eine wahre Flut von Agitationsmaterial aus. Zeitschriften und die Wochenschrift „Dreigliederung“ arbeiteten in enger Gemeinschaft mit der Aktiengesellschaft „Der kommende Tag“. Steiner ging bei seiner Dreigliederung davon aus, daß man heute alle wirtschaftlichen Fragen mit den juristisch politischen und den geistig kulturellen eng verbunden halte und sie in einem „Eintopfparlament“ zu lösen versuche. Diese drei Glieder oder Kreise müßten wieder voneinander getrennt werden und sich ihr eigenes Sonderleben auf Grund des „Selbstbestimmungsrechts“ verschaffen. Im wirtschaftlichen Kreise sollten sich z. B. Arbeiter- und Unternehmergenossenschaften zusammenschließen, ohne Zwangsverhältnis, mit Ertragsverteilung: „Nicht Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, sondern durch Assoziation aus der notwendigen Konsumtion die beste Art der Produktion und die Wege von dem Produzenten zu dem Konsumenten zu finden.“ Steiner ging sogar so weit, zu verlangen, daß Deutschland in selbständigen Delegationen für sein geistiges, wirtschaftliches und politisches System besonders mit der Entente verhandeln solle!

Es bedarf keines exakten Nachweises, daß die Steinersche Dreigliederung das ist, was sie nicht sein will — eine reine Gedankenkonstruktion im luftleeren Raume, die mit Wunschbildern einer neuen Ordnung arbeitete. Alles geschichtlich Gewordene, alles, was sich unter dem Druck historischer Notwendigkeiten tausendfältig miteinander verflochten hat, wurde von Steiner auf dem Papier auseinanderkonstruiert. Seine Forderungen liefen, um den Wirtschaftskreis herauszugreifen, auf eine Atomisierung des Wirtschaftslebens, auf eine Zersplitterung der ökonomischen Kraftquellen hinaus. Bei all seinem Empfinden für die sozialen Nöte, die der Kapitalismus erzeugt hat, bedeutete sein System Wirtschaftsreaktion weitab vom Wege zentralisierter Bedarfsdeckung. In voller Konsequenz seiner Lehre sagte sich Steiner

daher auch vom Sozialismus los, dem er immer wieder „kalten Entwicklungsmechanismus“ vorwarf.

\*

Rudolf Steiner hatte sich in dem Goetheanum in Dornach bei Basel eine Art architektonischer Zentralsonne beschafft, vor der die Gläubigen ihre Andacht verrichteten. Das Gebäude brannte vor anderthalb Jahren nieder, und von all den lotusblumenhaften Symbolen, die die Räume in seltsamer Verschlingung zierten, blieb nichts mehr übrig. Erst vor wenigen Wochen erhielt Steiner die Genehmigung zum Wiederaufbau. Nun ist er gestorben, ehe noch die Grundmauern wieder erstanden. In der geistigen Geschichte der Nachkriegszeit, in der es von wundergläubiger Mystik und prachtvollen Systemen einer schöneren gesellschaftlichen Ordnung nur so wimmelte, wird Rudolf Steiner seinen besonderen Platz behalten. Den inbrünstigen Drang zur besseren Welt, zur Unterordnung unter neue Gedankenbanner und übersinnliche Kräfte hat er in ein System gebracht. Wie lange wird es nach seinem Tode am Leben bleiben? War Steiner ein ehrlich um Erkenntnis Ringender oder ein Spekulant mit den spekulativen Neigungen dieser kranken und bewegten Zeit? Die blaue Blume der mystischen Romantik ist, wie es scheint, schon wieder am Welken. Und die Welt und die Gesellschaft sammeln sich wieder auf der grünen Weide des Diesseitswissens, um nicht von Irrlichtern in den Sumpf des himmelsbeglückenden Utopismus geführt zu werden. Das aber bedeutet den Abschied von Steiner und den Seinen — für immer.

---

## Soziologischer Utopismus

### Kritik der Steinerschen Dreigliederung

*Von Carl Deerberg*

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Karl Marx im Vorwort der „Kritik der politischen Oekonomie“, 1859.

Diese berühmte Stelle der Marxschen Vorrede zur „Kritik der politischen Oekonomie“ formuliert in großartig knappen Zügen die der sozialistischen Weltanschauung zugrunde liegenden Geschichtsauffassung. Es ist die materialistische Geschichtsauffassung, jene Methode, mit welcher Marx und Engels in überzeugender Weise die entwicklungsgeschichtlichen Tendenzen der menschlichen Gesellschaft aufgedeckt haben. Die Produktionsweise, die Ordnung, unter der die menschliche Gesellschaft die zu ihrer Erhaltung und Fortpflanzung notwendigen Güter erzeugt und verteilt, bestimmt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Jede Umwälzung der materiellen Verhältnisse zieht eine Umgestaltung des juristischen, politischen und geistigen Ueberbaues der Gesellschaft nach sich. Und mit dieser historisch begründeten Erkenntnis zeichnet Marx dann an der gleichen Stelle in



ebenso prägnanten Sätzen seine Auffassung über die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Er sagt:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann; denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“

Im Lichte dieser historischen Erkenntnis versinkt die von dem in letzter Zeit viel genannte Dr. Rudolf Steiner vertretene Idee der Anthroposophie, der Dreigliederung des sozialen Utopismus, in das Reich der Utopie. Steiner geht von der im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung stehenden ideologischen Geschichtsauffassung aus, nach welcher das menschliche Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt, und der menschliche Geist als die ausschließliche Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung erscheint. So will Steiner an eine Neuschöpfung der menschlichen Gesellschaftsorganisation gehen, in der Hoffnung, daß die Kraft des menschlichen Geistes die Spröde der Materie überwindet.

Steiner gliedert sein System in drei Zweige: Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben. Er will eine Verselbständigung des Geisteslebens unter Ausschluß des Staates, der sich lediglich auf die Befriedigung der Rechtsbedürfnisse beschränken soll, während die Wirtschaft, ebenfalls losgelöst vom Staate, auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden soll. Es ist für den Ideologen Steiner bezeichnend, daß ihm der Wirtschaftsorganismus am wenigsten Sorge macht. Viel mehr Bedeutung legt er der Neuformung des Geistes- und des Rechtslebens bei. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Steiner in der Wirtschaft den Grundsatz einer neuen sozialen Ordnung verwirklichen will, nämlich „daß nicht mehr produziert werden darf, um zu profitieren, sondern um zu konsumieren“.

Nun hat die Steinersche Ideologie in den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft und mehr noch in den Kreisen der sozialistischen Intellektuellen Boden gewonnen. Das macht eine klare Präzisierung des sozialistischen Standpunktes notwendig. So sehr man auch die Sehnsucht nach einer Neuordnung unseres wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens verstehen kann, so deutlich gehen aus der Zustimmung zu den Steinerschen Ideen die Unkenntnis oder die Verkennung der wirklich ausschlaggebenden, entwicklungsgeschichtlichen Tendenzen hervor.

Eine Neuformung der menschlichen Gesellschaft in rechtlicher und geistiger Hinsicht ist erst möglich nach einer wirklichen Organisation unserer Produktionsverhältnisse; denn die kapitalistische Produktionsweise ist in Wahrheit ärgste Anarchie. Die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in den Besitz der Gesamtheit und die damit gebundene Kontrolle der Gütererzeugung und Güterverteilung regelt die materiellen Grundlagen der Gesellschaft und schafft die reale Basis, auf welcher sich ein juristischer, politischer und geistiger Ueberbau erhebt, der einer neuen kulturellen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft die Wege in ungeahnter Weise ebnet. Karl Marx deutet dies schon an, wenn er an der vorgenannten Stelle abschließend sagt:

„Mit dieser Gesellschaftsformation (der sozialistischen) schließt daher die Vorgeschichte der Menschheit ab.“

Das soll heißen, daß die Sicherung der materiellen Existenz der menschlichen Gesellschaft die Aufgabe der Vorgeschichte der Menschheit, also der Erkämpfung und Sicherung der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist.

Demgegenüber wandelt die Anthroposophie Steiners utopische Wege, ganz abgesehen von der Verkenning der soziologischen Entwicklungstendenzen des Staates. Steiner will den Staat aus dem Geistes- und Wirtschaftsleben ausschalten und seine Aufgaben allein auf die Betriedigung der Rechtsbedürfnisse beschränken. Eine Ausschaltung des Staates aus dem Geistesleben ist unmöglich, weil die Gestaltung der geistigen Dinge abhängig ist von den materiellen Verhältnissen. Diese Abhängigkeit kann aufhören mit der organischen Sicherung der materiellen Existenzgrundlagen, muß es aber nicht, weil es die Frage ist, ob es je ein anderes Mittel des organisierten Einwirkens auf die Lebenserscheinungen der menschlichen Gesellschaft geben wird als den wirklich demokratischen Staat, in dem der Wille der in diesem Staat zusammengeschlossenen Menschen am klarsten zum Ausdruck kommt. Damit ist auch schon die Möglichkeit der Ausschaltung des Staates aus dem Wirtschaftsleben ad absurdum geführt, denn schon die heutige Staatsform zeigt, daß die Betätigung des Staates die Gestaltung wirtschaftlicher Dinge wesentlich beeinflußt. Der Staat der Gegenwart ist in fast allen Ländern der kapitalistischen Ordnung der ausschlaggebende Faktor in der Wirtschaft geworden. Steiner nähert sich in seiner Negation des Staates der kommunistischen Staatsauffassung, die im Staate, in dogmatischer Anlehnung an historisch bedingt gewesene Auslassungen von Marx und Engels, nichts anderes sieht als ein „Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie über das Proletariat“ und deshalb als erste Aufgabe der proletarischen Revolution die Zertrümmerung der Staatsmaschine bezeichnet. Wohin diese Auffassung führen kann, zeigen die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern, in denen entweder der Krieg oder seine Nachwirkungen oder revolutionäre Ereignisse einen Teil der Staatsmaschinerie funktionsunfähig gemacht haben. Darin liegt gerade die Bedeutung des demokratischen Staates, daß er sich immer mehr von der Beschränkung seiner früheren Tätigkeit, die allein für die Befriedigung des Rechtsbedürfnisses sorgen ließ, frei macht und sich mehr um die die menschliche Gesellschaft tragenden Verhältnisse der Produktivkräfte zueinander kümmert, indem er dem „freien Spiel der Produktivkräfte“ ein Ende bereitet und sie zu planmäßiger organischer Arbeit zusammenfaßt. So ist der demokratische Staat das wichtigste Organ der sozialen Revolution geworden, deren Aufgabe der Abschluß der „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“ ist. Und ihm die Staatsgewalt im demokratischen Staat mit den Mitteln der Demokratie zu erobern und sie einzustellen auf die oben dargelegte Aufgabe des demokratischen Staates, ist die nächste wichtige Aufgabe für eine Neuschöpfung der menschlichen Gesellschaft.

Die historische Bedingtheit des Staates ist nicht zu leugnen. Was sich gestalten wird, wenn die hier dargelegte Aufgabe des demokratischen Staates erfüllt ist, ob sich die menschliche Gesellschaft dann nach dem Ideen Steiners oder nach anderen Formen wird, ist für die gegenwärtige Generation unwesentlich. Unausweichlich aber ist die Notwendigkeit, zuerst eine Neuorganisation der gesellschaftlichen Produktion zu erstreben auf dem Wege über den politischen Kampf um die Eroberung der Staatsgewalt. Diese Notwendigkeit verlangt Zusammenfassung aller Kräfte und verbietet Kraftvergeudung in geistreich-utopischen Spielereien.

# Casanova

Zu seinem 200. Geburtstage

Von C. F. W. Behl

Ich achte diese Welt nach ihrem Wert,  
ein Ding, auf das ich mich mit sieben Sinnen  
so lange werfen soll, als Tag und Nächte  
mich wie ein ächzend Fahrzeug noch ertragen

Hugo v. Hofmannsthal:  
„Der Abenteurer und die Sängerin“.

Am 2. April 1725 ist er in Venedig dem Komödianten Gaetano Giuseppe Giacomo Casanova von der bestrickend schönen Schuhmachertochter Zanetta geboren worden — nach neun Monaten einer Ehe, die mit Entführung begonnen, und über der, in aller Heimlichkeit erlangt, der Segen des venezianischen Patriarchen waltete. Das Licht der Welt, das der Knabe Giacomo als ältestes von fünf Kindern erblickte, war das des graziösesten, buntesten, abenteuerlichsten Jahrhunderts, dessen ungebärdiger, verwegener und verwöhnter Sohn er werden sollte. Als der Zwei- und siebenzigjährige sich im Bibliotheksraum des Schlosses Dux in Böhmen am Schreibtische niederließ, um ungezählte Bogen mit der denkwürdigen Geschichte seines Lebens vollzuschreiben, und das bis zur Neige ausgekostete noch einmal — und zum letzten! — in der Erinnerung nachzuschmecken, da war, mit seiner Jugend und seinem Mannesalter, auch seine Zeit versunken. Die große französische Revolution hatte, einem gewaltigen Erdbeben gleich Europa erschütternd, alle die zierlichen, zauberhaften und süßen Spielzeuge seines Daseins wild und wirr durcheinandergeworfen. Und der greise Lebenskünstler, der sich immer noch wie ein Grandseigneur alten Stiles trug, ja die Haltung eines großen Herrn mit der ver Hundertfachen Eitelkeit eines abgetakelten Mimen bewahrte, dieser schattenhafte Doppelgänger seiner selbst, dieses Gespenst eines eroberungssüchtigen und mit spielerischer Grandezza erobernden Kavaliere war zur Zielscheibe des Gespötte einer mitleidlosen Dienerschaft geworden. So hatte er den schalen Rest seines Seins in dem Asyl, das der Graf von Waldstein ihm als seinem Bibliothekar gewährte, in tiefster Einsamkeit auszukosten. Und wie ein Magier beschwor er nun sein gelebtes Leben und, gebietend über das Allzu-Flüchtige, bevölkerte er seine Verlassenheit mit den tausendundein Gestalten, die einmal um ihn und mit ihm Wirklichkeit gewesen waren. Da er, als Sechzehnjähriger, zum Doktor beider Rechte promoviert und nicht viel später, mit den niederen Priesterweihen versehen, ein Mann von solider geistiger Bildung war und ein beinahe journalistisch gewandter Literat überdies, so ist es ihm und uns beschieden gewesen, daß er das Spiegelbild seines in manchem Betracht merkwürdigen Lebens der Nachwelt überliefern durfte. Die „Erinnerungen des Giacomo Casanova“, in nun schon fast unzählbaren Ausgaben in allen zivilisierten Sprachen verbreitet, sind bis auf den heutigen Tag lebendig geblieben als Gleichnis für das Leben seines Jahrhunderts. Weil er, der sicherlich nicht mehr und nicht weniger erlebt hat als viele tausend Genossen seiner abenteuerlichen Zeit, bei aller Oberflächlichkeit und Naivität seiner Welteinstellung über immerwache Sinne, unbegrenzte Aufnahmefähigkeit und schließlich eine leichte, willige Feder gebot, erschien er ausersehen, hier, gewissermaßen als einer für alle handelnd, sich selber zum Symbol seiner Epoche zu schaffen.

Der Fürst de Ligne, der etwa 100 Jahre nach Casanovas Geburt die Memoiren für die Oeffentlichkeit entdeckte, gab ihnen diese Charak-

terisierung mit auf den Weg, dessen hundertfältige Verzweigung rund um den Erdball hin er freilich nicht ahnen mochte: „Sie sind voll von dramatischem Interesse; schnell, hinreißend, launig erzählt; mit philosophischen Ansichten, neuen, erhabenen und unnachahmlichen Reflektionen erfüllt. Der Zynismus derselben kann nicht ihren Wert, wohl aber ihre Bekanntmachung hindern.“ Ein etwas überschwänglicher Hymnus, der — wie es nur allzu leicht geschieht — die Tausendfältigkeit seines Stoffes dem Autobiographen als schriftstellerische Leistung zurechnet und sich von den meist papierenen Blüten der verschwenderisch eingestreuten Weltweisheit einen Duft suggerieren läßt, der Trug und — Selbsttäuschung des Schreibenden ist. Als merkwürdiges Ergebnis einer eindringlichen und nicht ermüdenden Lektüre der Memoiren des Casanova scheint sich mir vielmehr der Eindruck zu formen, daß dieser zauberhafte, leicht die verworrensten Verknäulungen seiner Schicksale immer wieder entwirrende Lebenskünstler, dieser ruhelose Schmetterling, benommen taumelnd im Wundergarten der Welt und duftberückt an jeder Süße mit flüchtiger Begierde saugend, daß dieser Abenteurer, dessen Dasein von unerhörter Phantastik war, — im tiefsten Grunde eine phantasielose, eine pedantisch registrierende, eine Sammlernatur gewesen ist. Und so wurde er, der von höherem literarischem Ehrgeize besessen war und sich auch für einen bedeutenden Philosophen hielt, der sein Weisheitssprüchelein bei jeder Gelegenheit anzubringen bemüht blieb, der naivste und nüchternste, dem Gegenständlichen peinlich verhaftete Berichterstatter eines gerade durch seine unerschöpfliche Buntheit vielleicht die Phantasie des Erlebenden selber lähmenden Lebens.

Alle großen Plätze des zeitgenössischen Europas haben den venezianischen Komödiantensohn Giacomo Casanova, der sich selber zum Herrn de Seingalt ernannte, kein Frauenmieder verschlossen ließ und kein Spielchen ungespielt, der als echter Glücksritter sich oftmals selber verewegen einsetzte (öfter freilich noch seine etwas zweideutige Gewandtheit und seine das Tageslicht nicht gut vertragenden kleinen Künste) als immer flüchtigen Gast unterwegs gesehen: Rom, Florenz, Konstantinopel, Paris, London, Berlin, Petersburg, Warschau, Wien, Madrid und — immer mal wieder — seine Vaterstadt Venedig, die den Dreißigjährigen ein Jahr lang unter den Bleidächern schmachten ließ und dafür seine tollkühne Flucht erlebte, deren Schilderung — mag sie nun der Wirklichkeit mehr oder weniger gleichkommen — die wahrhaft atemraubende, glänzendste und innerlich jedenfalls wahrste Partie seiner Erinnerungen ist. Hier hat sich das Wesen dieses von der elementaren Sinnlichkeit seiner genießerischen Natur durch das Dasein gelockten Mannes im wirklichen Erleben gewissermaßen symbolisch kristallisiert: wie er in nie erlahmender Vitalität sich buchstäblich mit den Fingernägeln durch Mauern hindurchkratzt, aus der Nacht der Einschließung in das Licht der Welt, das sein unentbehrliches Lebenselement gewesen ist . . . Mit den bedeutenden Persönlichkeiten seiner Zeit hat ihn das Abenteuer seiner Schicksale da und dort zusammengeführt. Friedrich der Große hätte ihn beinahe zum Gouverneur seines Kadettenkorps gemacht, die zweite Katharina von Rußland hat sich interessiert mit ihm unterhalten, und einmal in Aix kreuzte sich sein Weg mit dem des andern großen Glücksritters seines Jahrhunderts, mit Cagliostro, dem genialen Gaukler, der mit dem Stein der Weisen verführerisch und faszinierend zu jonglieren wußte, dem aber das Geschick keinen Grafen von Waldstein, sondern die Mauern eines römischen Kerkers

bescherte, in dem alle Buntheit seines Lebens mit ihm verwelkte und dahinstarb.

Giacomo Casanova aber erreichte das achtundsiebzigste Jahr und verließ diese Welt, die längst nicht mehr die seine war, nachdem seine „alte Seele noch einmal in der Erinnerung gekostet hatte“. Und er verließ sie trotz alledem immer noch in dem Gefühl, ein „aus dem großen Welttheater vorzeitig hinausgejagter aufmerksamer Zuschauer“ zu sein, und mit jenem unerbittlichen Haß gegen den Allesbezwinger Tod, den nur ein leidenschaftlicher Sinnenmensch zu empfinden vermag, dem der Tod die Negation seines tiefsten Wesenselementes bedeutet.

Aber welch seltsames Geschick: in den Werken der Dichter ist der Schatten des Ruhelosen nun wiederum lebendig geworden — in jener Scheinwelt, die den ehemaligen Zuschauer im großen Welttheater als Akteur selber auf die Bühne zwingt — in den vielen kleinen Welttheatern, wo das Gespenst eines toten Kavaliere und Abenteurers nun zum letzten, allerletzten Male sein einst erlebtes Leben kosten darf.

---

## Gerhart Hauptmanns Romane

*Von Kurt Offenburg*

### I.

In den Prosawerken Hauptmanns wiederholt sich das Schicksal des Dramatikers: er ist Herrscher, wenn er mit den Kräften arbeitet, die im primitiven Leben begründet sind; er zeigt sich schwerfällig und phantasielos, wenn er den Kothurn des Pathos besteigt und seine einfachen Probleme allegorisch und mystisch verkleidet.

Hauptmann weiß das Kreatürliche vom Menschen und kennt seine Tiefen und Höhen. Wenn er Differenzierung und Individualismus zu zeichnen versucht, zerstört er die gerade und große Linie der naturhaft drängenden Kräfte und gibt dafür nichts als die wenig interessanten Seelenspiegelungen eines zerrissenen bürgerlichen Geistes.

Hauptmann hat Wichtigeres als Form- und Stoffart, die er später aufgegeben hat, aus der großen Strömung, die in der Heiligsprechung des Natürlichen gipfelte, gewonnen: einen gläubigen Pantheismus; Bekenntnis zu den unbesiegbaren Mächten des Naturwillens im Menschen.

Wenn Hauptmann den Streit zwischen Sinnen und Geist schildert, wie in seinen schwächsten Prosa- und Dramenwerken, dann entsteht ein peinlicher und zwiespältiger Eindruck: denn nicht Geist und Körper in ihrer ewigen Zwiespältigkeit werden gegeneinandergestellt, sondern der bürgerliche Mensch und Pan. Dieses seltsame Gespann kommt nicht zum Kampf, sondern nur zu Differenzen. Nicht nur in „Atlantis“ sind die Argumente nüchtern, kleinbürgerlich und schwächlich gegen die große Gewalt der einfachen Strömungen, denen sie die Wage halten sollen. Der Dichter ist gezwungen, zu tun, was ihm, was der Wahhaftigkeit seiner Seele widerspricht: er muß das Thema mit Spiegel- fechterei, mit Uebermotivierungen und mit Ausflüchten, die keine Lösungen sind, zum bürgerlichen Ende bringen. Im Verborgenen unter- liegt der Held, weil er schon ein unabänderlich Besiegter ist, bevor das Stück beginnt: weil die Triebregungen lebendiger empfunden und erlebter sind als die Welt der geistigen Vorgänge. (Man vergleiche Haupt-

mann mit Ibsen, bei dem das geistige Problem der Schöpfungskern der Dramen ist; man lese „Rosmersholm“, „Gabriel Borkmann“, „Wenn wir Toten erwachen“, in denen der Kampf zwischen Eros und Metaphysik hart auf hart geht und sich tragisch entscheidet.)

In den erfüllten Werken Hauptmanns: in „Der Narr in Christ Emanuel Quint“, im „Ketzer von Soana“ wie im „Fuhrmann Henschel“ und „Florian Geyer“ ist nichts von diesem Kampf mehr zu spüren, sondern Sieg der Natur: Ueberwältigung des Kreatürlichen und ein schicksalhaftes Getragensein des stets passiven Helden zu seinem notwendigen Ziel. Gut und Böse stehen nicht mehr in Frage. Auch nicht Glück und Unglück. Der Gott, der im Menschen, im Tier, in der Natur ist, erfüllt seinen Willen, wie es ihm gefällt: schmerzhaft oder liebend.

## II.

„Emanuel Quint“ wie „Der Ketzer von Soana“ haben ihre Quelle in psychologischen Erschauungen. Die Skizze „Der Apostel“ zeigt die Rohformung des „Emanuel Quint“. Und man sieht hier, daß der „Naturalismus“ Hauptmanns durchaus künstlerische Arbeit ist; daß im großen Roman das Nur-Wirkliche, Nur-Zufällige von der Gestalt abfällt, so daß sie bei aller naturalistischen Wahrhaftigkeit jene dichterische Klarheit, jene mythoshafte Steigerung bekommt, die Emanuel Quint zu einer unvergänglichen Gestalt in der deutschen Literatur macht.

Hauptmann erkennt hier, lange vor Freud und Adler, die ungeheure Rolle, die das Wunschbild des Kindes im Leben des Mannes spielt. Quint hat in Erniedrigung und Schmach seiner Kindheit die Rolle des Heilands geträumt — und er wird der Heiland. Die Nüchternheit der Darstellung in der novellistischen Studie „Der Apostel“, in der Hauptmann die Zusammenhänge zwischen Selbstbespiegelung und Ekstase, zwischen autistischen Halluzinationen und Heilandsverlangen zeichnet, fällt bei Emanuel Quint fort.

Aber wenn auch ein hysterisches Geltungsbedürfnis infolge der Verletzung kindlicher Eigenliebe, Ursprung der Persönlichkeitssteigerung ist, die sich in Quint vollzieht, so wird der arme Narr doch dadurch zum echten Helden, daß er diese Erhöhung seines Seins in innerster Wahrhaftigkeit vollzogen hat. Quint hat Eitelkeit und Schwäche des Geistes „überkompensiert“; Quints gereinigte Seele ist durchsichtig und strahlend geworden; er ist, was er zu sein glaubt: der Mensch, der demütige Sohn Gottes.

So verschmilzt in diesem zwingendsten Roman Hauptmanns, Gott-Natur und die leidende Kreatur zu einem ekstatischen Ganzen. Hauptmann schuf das Gottesgefühl dieses Schwärmers nach dem eigenen pantheistischen Weltgefühl. Derselbe Gleichklang ist im „Ketzer von Soana“ noch dramatischer gesteigert, tiefer in die Handlung verwebt und noch klarer zum Dogmatismus der Kirche gesetzt. Trotzdem ist „Quint“ die reichere Schöpfung; der „Ketzer“ spielt nur auf einer einzigen Saite des Lebens, in „Quint“ aber ist das ganze Leben in einer einzigen Erhöhung zusammengerissen.

Dostojewskis „Idiot“ ist diesem Werk Hauptmanns vorausgegangen. Hauptmann hat wahrscheinlich das Werk des Russen gekannt: daß Quint so deutsch blieb und so erdhaft in seinem Heimatboden steht, seine Sphäre so naturnotwendig in ihrer Begrenztheit bleibt, — das ist

der stärkste Beweis für die Schöpfungskraft Hauptmanns und die Redlichkeit dieser Dichtung.

Aber der reiche Dichter des „Quint“ — der das Gefühlserlebnis dieses armeligen Menschen in jenseitige Hoheit zu steigern vermochte — wird flüchtig, wenn er versucht, das Methaphysische-an-sich einzufangen. — Von „Bahnwärter Thiel“, in dem das sinnlich-übersinnliche Element noch nicht mit der naturalistischen Darstellung verschmolzen ist, bis zu dem Meisterwerk „Der Narr in Christo Emanuel Quint“ — ist ein aufsteigender Weg. Das letzte Prosawerk, „Die Insel der großen Mutter oder das Wunder von Ile des dames“, in dem Hauptmann das phantastische und übersinnliche Element von ihrem Wirklichkeitsgrund zu lösen unternimmt — ist ein Abstieg. Es fehlt Hauptmann die intellektuelle Freiheit, um mit den Gebundenheiten des irdischen Daseins, mit den Gesetzen des instinktiven und kulturellen Seins ein überlegenes Spiel treiben zu können, wie es merkbar die Absicht des Dichters ist. Die philosophische Satire (die darin besteht, daß die einsamen Weiber in ihrem paradiesischen Dasein sich das gesellschaftsnotwendige Tabu in der Vergötterung des zeugenden Knaben schaffen) trifft nicht, weil sie unpsychologisch fundiert, aber psychologisch durchgeführt wird. Die romantisch-klassizistischen Menschen- und Landschaftsschilderungen, so bildhaft sie manchmal wirken, sind überhäuft und in das Leer-Dekorative vergrößert. Es fehlt diesem Roman das naturhafte Muß, das Empfindungserlebnis. Zum artistischen Spiel ist Hauptmann nicht tänzerisch und verwegen genug.

### III.

Die stilistische Form, die Form überhaupt, ist nicht Hauptmanns Stärke. Selbst in „Quint“ ist die Darstellung nicht immer zusammengefaßt und geschlossen, das Gewicht der Einzelszenen nicht immer gegeneinander abgewogen. Aber in „Quint“ wirkt über alles äußerlich Formale hinaus die innere Form, die Einheitlichkeit und Kraft des lebendigen Gefühls. Es gibt keine Schilderung, die nicht trüchtig ist von visioneller Vorstellungskraft und der Sicherheit des Erlebnisses. Man spürt jeden Atemzug dieses Toren, der ein Erlöster ist.

„Der Ketzer von Soana“ erhält seine Geschlossenheit durch die drängende Dramatik der Erzählung, die in einem einzigen Zug von Anfang bis zu Ende geht. Immer wieder fühlt man bei dem Epiker Hauptmann, ähnlich wie bei Romain Rolland, daß nur die Kräfte des Gefühls den Dichter zur lebendigen Gestaltung aufzureißen vermögen. Die Lücken im Seelischen ergeben Lücken in der Darstellung. Im „Griechischen Frühling“ sieht man, wie Hauptmann sich manchmal ohne Erfolg müht, die Seele und den Atem der Landschaft einzufangen. Eindrucksstark sind diese Schilderungen nur dann, wenn Gefühlserlebnis und Gegenständliches sich mischen.

Dies will nicht besagen, daß Hauptmann etwa nicht Prosa schreiben könnte. Im Gegenteil: die schriftstellerische Gewandtheit Hauptmanns, die Geschicklichkeit, Kompliziertes prägnant und klar zu sagen, hat sich von „Quint“ zur „Insel“ hoch entwickelt. Aber Hauptmanns schöpferische Kräfte sind hier nicht zeugend. Sie liegen jenseits des geistigen Könnens und Wollens. Hauptmanns dichterisches Werk wird von dem „Es“ gespeist, das sich darin auswirkt: die schöpferische

Kraft des Gefühls, die Hauptmann zum großen Dichter macht, ist unveränderbar und nicht zu schulen. Hauptmanns Ausdruck in seinen schöpferischen Taten ist so rein und so stark, weil er unwillkürlich ist und durch eine Kluft von der Einwirkung seines Intellekts geschieden ist.

Dieses Dichters Leistung ist so individuell, daß sie keinen Stil bilden und keine Schule machen konnte.

Hauptmann ist unnachahmbar, weil sein Spezifisches nicht in eine erlernbare Form gegossen ist.

## RANDBEMERKUNGEN

### *Kleine Wahrheiten*

#### *Kastanien aus Spanien*

Es handelt sich zwar nicht so sehr um Kastanien als um Apfelsinen, aber es steht jedenfalls fest, daß der Handelsvertrag mit Spanien nicht zuletzt aus Rücksicht auf die notleidenden deutschen Obstzüchter von den Deutschnationalen, unbekümmert um ihre Teilnahme an der Regierung, dieser Regierung abgelehnt worden ist. Der Außenminister scheint in der Tat wahr gesprochen zu haben, als er in Chemnitz ausführte: die Außenpolitik, die Deutschland zu führen habe, werde in der nächsten Zeit eine unpopuläre sein und werde starke Anforderungen an das Ertragen der Zeitgenossen stellen. Es fragt sich nun, wieviel die Deutschnationalen von der Politik des Herrn Stresemann — das heißt also mehr oder weniger von der Außenpolitik, die zwangsläufig gemacht werden muß, zu tragen willens sind, und ob sie ihrer Popularität unentwegt die bekannten fünfzig Prozent von Dawes oder gar die hundert von Siam zumuten dürfen. Die Zuschauenden werden dabei wohl die Gewinnenden sein.

\*

#### *Der Magdeburger Unfug*

Dittmann hat ein wahrhaft erlösendes Wort gesprochen, als er den Prozeß, der in Magdeburg unter dem angeblichen Rubrum „kontra Rothardt“ vor sich geht, einen Mißbrauch der Rechtspflege und obendrein einen groben Unfug nannte. Und ebenso richtig war es, darauf zu verweisen, daß kein vernünftiger Mensch sich um

diese Verhandlungen und deren Destillate noch irgendwie bekümmert. Uns jedenfalls ist es vollkommen gleichgültig, zu welchem Urteil das Magdeourger Gericht kommen mag. Nicht gleichgültig kann es allein der deutschen Rechtsprechung sein, und zwar darum, weil in Magdeburg so etwas wie die Entscheidung darüber fallen könnte, ob nicht nunmehr mit der geheiligten Unabsetzbarkeit der Richter Schluß gemacht werden muß. Auf die Dauer kann ein Rechtsstaat nicht ertragen, daß seine Rechtsprechung als systematische Aushöhlung des Staates betrieben wird.

\*

#### *Polizeipräsident und Flagge der Republik*

Die Monarchisten sind entrüstet darüber, daß der stellvertretende Berliner Polizeipräsident die schwarz-rot-goldenen Farben besser geschützt wissen will als schwarz-weiß-rot. Bei den Monarchisten scheint eine seltsame Gedankenverwirrung sich eingestellt zu haben. Schwarz-rot-gold ist die Reichsfarbe; daß ihr unbedingter Schutz gebührt, ist eine Selbstverständlichkeit. Schwarz-weiß-rot ist genau so wie rot eine Parteifahne. Keine Partei kann verlangen, das Vorrecht der Reichsflagge zu genießen. Man könnte es verstehen, wenn die Schwarz-weiß-roten sich beschwerten, falls etwa die rote Fahne fürsorgende Aufmerksamkeit der Exekutive gefunden hätte. Dessen jedoch wird Herr Polizeipräsident Friedensburg nicht bezichtigt.

Die Monarchisten könnten sich Erleichterung verschaffen, wenn sie



sich soweit zum Staatswillen zu erziehen vermöchten, daß sie, wie die Sozialdemokratie, die Parteilafne mit der schwarz-rot-goldenen Gösch versähen. Es wäre überhaupt zu erwägen, ob nicht durch Verordnung oder sonst auf einem Wege erreicht werden sollte, daß Parteilafnen nur dann öffentlich getragen werden dürfen, wenn sie zugleich Bekenntnis zur Reichsflagge sind. Die Sozialdemokratie würde höchstwahrscheinlich gegen solche Ordnung nichts einzuwenden haben.

\*

### *Ausmaß der Dummheit*

Von der politischen Verdummung, wie sie in der Provinz, selbst in der sogenannten gehobenen, anzutreffen ist, macht sich der Normale keine Vorstellung. Im „Schwäbischen Merkur“, der in Stuttgart erscheint, ist das Nachstehende zu lesen:

### *Die Schuldlüge*

Wir erhalten nachstehende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme:

Der Aufklärungsausschuß betr. die Kriegsschuldfrage (in Langebrück bei Dresden, Hermannstr. 4) fordert zu einer Unterschriftensammlung im ganzen Reich auf. Diese soll in Berlin vorgelegt und die Regierung genötigt werden, ihr Versprechen vom August 1924, eine Note an die Mächte zu richten, endlich einzulösen. Das Volk darf nicht erschlaffen und der Regierung erlauben, zu schweigen. Unsere Freunde im Ausland warten schon lang mit Ungeduld. Im Bezirk Urach hat man die Arbeit begonnen. Auch in den andern Bezirken soll sie in den nächsten Wochen geschehen. Dazu sollen diese Zeilen auffordern. Die Listen sind nach Dresden zu senden. Wer gibt sich her zum heiligen Kampf für das Recht? Wer spendet Gaben? Die Bezirksausschüsse sollen miteinander in Verbindung treten.

So sagt der Kaiser: „Es ist bedauerlich, daß das deutsche Volk so wenig Nutzen gezogen hat aus meiner Mitarbeit an der Beseitigung der Schuldlüge, einer Aufgabe.

deren Lösung wichtiger ist als die Lösung aller innenpolitischen Probleme, einer Aufgabe, deren Lösung ich jede freie Stunde des Tags und viele Nachtstunden opfere. — Ich sollte meinen, daß sich die furchtbare Zersplitterung am ehesten überwinden ließe, wenn sich alle Volksschichten und Parteien im gemeinsamen Kampf gegen die Schuldlüge zusammenfänden.“ (Alfred Niemann, „Wanderungen mit dem Kaiser“, Verlag Köhler, Leipzig.)

Riederich b. Urach.

*Pfarrer Lessing*

Welch kindlich Gemüt muß dieser Pfarrer besitzen, der des Glaubens ist, daß von Urach aus die Weltgeschichte revidiert werden wird.

\*

### *Die Inflation aufgeklärt*

In der völkischen Presse husongt seit einiger Zeit ein Mikrozephale, der auf den urdeutschen Namen Erwin Piechottka hört. Dieser Schiefing hat entdeckt, warum, weshalb und wieso die Inflation über das deutsche Volk gekommen ist. Er behauptet, das Protokoll der entscheidenden Sitzung — wo selbige Inflation beschlossen worden ist — zu besitzen. Die Sitzung habe in Schwanenwerder stattgefunden, und Parvus sei es, der sie, die Inflation, organisiert habe: „Er hat die Konjunktur herbeigeführt, in der die Wirtschaft blühet, und er fing das Opfer des Besitzes, er fing die Vermögen der Kleinrentner, er fing die Spargroschen der Arbeiter in seiner Privatschaulle auf und schuf sich so ein großes Kronvermögen... Er war ein Besessener, besessen von der Idee, jeden Besitz und jedes Vermögen aus den Händen der rechtmäßigen Eigentümer herauszureißen und letzten Endes in öffentliche Hand zu bringen... Dieses sind die Ziele der Sozialdemokratie auch heute noch, die geheimen Ziele, die sie in der Welt fischer mit außerordentlich großem Erfolg durchführen konnten, die sie aber wohlweislich sich hütet, auch nur bei ihren Parteigängern bekannt werden zu lassen... Aber

dieser Parvus könnte uns auch hiernach völlig gleichgültig sein, wenn er nicht der Urheber des deutschen Unglücks und einer der ganz großen Verbrecher der Weltgeschichte wäre, der nach dem Urteil eines intimen Freundes und sozialdemokratischen Führers die ‚geniale Idee der Inflation‘ gehabt und durchgeführt hat.“ Es wäre ja nun ziemlich uninteressant, sich mit dergleichen Blödsinn zu befassen, indessen — dieser Piechottka hat im Namen des Reichsblocks für die Kandidatur des Herrn Jarres in öffentlichen Versammlungen geworben und dort genau so gesprochen, wie vordem geschrieben. Herr Jarres kann auf seine Garde stolz sein, aber er wird sich aus solcher Episode vielleicht seine Niederlage erklären können.

\*

*Die tausend Lügen  
des „Lokal-Anzeigers“*

Am Montag nach der Wahl schreibt Herr Schultze-Pfaelzer in der Nachtausgabe: „Wer sich in dem Chaos der politischen Wahlschwindeleien noch seinen gesunden Verstand bewahrt hatte, wußte, daß es sich zunächst nur um einen Versuch handelte.“ In der Abendausgabe desselben Tages heißt es im „Lokal-Anzeiger“: „Der erste Wahlgang ist vorüber, und wir wissen heute, was nach dem Gesamtverlauf der Wahlvorbereitung von vornherein so gut wie sicher war, daß ein zweiter Wahlgang notwendig ist.“ Danach hat also der „Lokal-Anzeiger“ von vornherein mit einem zweiten Wahlgang gerechnet und solche Wissenschaft seinen Lesern nicht vorenthalten.

Was ist die Wahrheit?

Noch am Sonnabend, den 28. März, schreibt der „Lokal-Anzeiger“ groß und fett:

„Wähler, es kommt auf den ersten Wahlgang an!“

Er setzt unter diese Ueberschrift eine Mitteilung des Reichsblocks,

in der die Worte enthalten sind: „Wir vom Reichsblock wollen unsern Kandidaten Karl Jarres im ersten Wahlgang durchbekommen und wissen, daß wir das können.“

Am 25. März setzt der „Lokal-Anzeiger“ auf die erste Zeile seiner ersten Seite die fette Ueberschrift:

„Im ersten Wahlgang!“

und darunter die Erklärung der Vaterländischen Verbände: „daß die Zuversicht berechtigt erscheine, Dr. Jarres schon im ersten Wahlgang durchzubringen. Im gleichen Sinne hat der „Lokal-Anzeiger“ noch verschiedentlich sich für den Sieg des Herrn Jarres im ersten Wahlgang eingesetzt und die Wahrscheinlichkeit solchen Sieges als beinahe unerschütterlich hingestellt. Die Leser des „Lokal-Anzeigers“ werden ja nun die Methode ihres Blattes am besten nach dem Urteil des „Lokal-Anzeiger“-Schreibers Schultze-Pfaelzer beurteilen können: „Politische Wahlschwindeleien“.

*Bruer*

*Neue Volksmusik-Kultur*

Dr. Alfred Guttmann, der aus seiner Tätigkeit im Deutschen Arbeiter-Sängerbund der Arbeiterschaft bekannt ist, veröffentlicht unter diesem Titel (im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68) eine kleine Schrift, die recht beachtliche Gedanken und Anregungen enthält. In Guttmann vereinigen sich die Eigenschaften des Musikwissenschaftlers mit denen des Pädagogen. Nach kurzen Rückblicken auf die Musikkultur vergangener Zeiten behandelt er die Aufgaben, die unsere Zeit auf dem Gebiet der Volksmusik zu erfüllen hat. Er will keine künstlerische Neubelebung vergangener Perioden, sondern sucht nach Wegen, die es auch dem Arbeiter ermöglichen, in den Genuß musikalischer Darbietungen zu gelangen oder Hausmusik zu pflegen. Das empfehlenswerte Bändchen kostet kart. 0,50 Mark.

*H. Loggow*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

**Demnächst erscheint:**

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft  
Berlin SW 68**

|| Sie lachen sich tot !!!

# PANOPTIKUM MENSCH

VON

||  
**KORAX**  
(JOSEF MARIA FRANK)

||  
DAS  
**ULKIGSTE BUCH**

AUF BÜTTEN  
IN HALBLEINEN  
PREIS 8 MARK

Verlag Deutscher Bücher G.m.b.H. || Berlin SW68

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## LASSALLE

HERMANN WENDEL:

Der lebende Lassalle . . . . . 33

EDUARD BERNSTEIN:

Wie Ferdinand Lassalle für die Arbeiterklasse fortlebt 35

KONRAD HAENISCH:

Der junge Lassalle . . . . . 41

BOURGEOIS UND SOZIALIST . . . . . 50

FRITZ HELLWAG:

Lassalles letzte Tage . . . . . 55

C. F. W. BEHL:

Georg Herwegh . . . . . 59

BRUTUS:

Der Weg Wirths . . . . . 62

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



**Preis 30 Pfennig**

**HANNS-ERICH KAMINSKI**

**FASCISMUS  
IN ITALIEN**

---

MIT DEN WICHTIGSTEN  
KAPITELN  
AUS DER LETZTEN SCHRIFT  
VON

**MATTEOTTI**  
EIN JAHR  
FASCISTEN-HERRSCHAFT

---

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

## Der lebende Lassalle

Von Hermann Wendel

Auf der berühmten Grabplatte des Breslauer Judenfriedhofs stehen, von August Böckh ersonnen, die Worte: Hier ruhet, was sterblich ist von Ferdinand Lassalle, dem Denker und dem Kämpfer! Nicht nur sein Leibliches aber ist dem Los der Sterblichkeit verfallen, sondern auch vieles, was seinen bewundernden Zeitgenossen als Teil des Geistigen, Ewigen, Unsterblichen erschien. Als Johann Baptist von Schweitzer noch in den sechziger Jahren seine Kampfschrift „Der lebende Lassalle gegen den toten Schulze“ herausgab, gehörte für ihn auch das eherne Lohngesetz, an dem er so wenig zweifelte wie an Newtons Fallgesetz, zu dem Unvergänglichen Lassalles — wir heute zucken kaum noch die Achseln darüber, und die einst heiß umstrittenen Produktivassoziationen mit Staatshilfe sind uns Hekuba. Trotzdem hat sich auf dem Bilde Lassalles nie der historische Staub so abgesetzt wie etwa auf den Porträts der großen utopistischen Sozialisten vom Schlage Saint-Simons und Fouriers; er ist noch 1925 lebendig und gegenwärtig, seine Worte dringen packend an unser Herz, und nicht nur, weil wir Wellen des gewaltigen Stromes sind, dessen Quelle an jenem 23. Mai 1863, dem Gründungstag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aus deutschem Boden brach!

Freilich ist die Gegenwärtigkeit und Lebendigkeit Lassalles jederzeit auch für allerhand Nebenzwecke mißbraucht worden. Aufs Dutzend gehen zwölf der braven deutschen Professoren, die ihrem Lassalle die ungebärdige revolutionäre Lockenfülle zu einem glatten patriotischen Scheitel frisiereten, um ihn als nationalen Musterknaben gegen den internationalen Kinderschreck Marx auszuspielen. In diesem Sinn wurde der Sozialdemokratie wie einem kranken Gaul zugeredet, sie solle sich an Lassalle ein Beispiel nehmen und sich zur Monarchie und zum Militarismus bekehren, und nach dem 4. August 1914 triumphierte in der Tat mancher jener Neunmalweisen, daß Lassalle jetzt endgültig über Marx gesiegt habe. Nun ist die verschiedene Stellung von Marx und Lassalle zum Staatsgedanken und zur deutschen Frage ganz gewiß ein der Betrachtung würdiges Problem, das freilich mit der Schablone: national — international mehr verwirrt als gelöst wird. Auch die taktischen Sprünge des Gründers des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins: Getändel mit Bismarck und Geblinzel nach dem „sozialen Königtum“ sind der Erörterung wert und längst in einem Sinn erklärt worden, der Lassalle keine Unehre macht. Am ersten scheint er sich noch mit den imperialistisch und kolonialpolitisch gerichteten Machtmenschen des zwanzigsten Jahrhunderts zu berühren, wo er mit dem „Recht des höheren kulturhistorischen Berufs“ die Beherrschung Indiens durch die Engländer — zur Zeit des grausam niedergeschlagenen Sepoy-Aufstandes! — und Algiers durch die Franzosen rechtfertigt.

Aber wie weit steht der wahrhaft lebende Lassalle jenseits der Möglichkeit, im Ernst den Verfechtern der gepanzerten Faust als Schwurzeuge zu dienen. An Heines höllenbitteres Wort von Preußen als dem „Tartuff unter den Staaten, der seinen Korporalstock in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt“, erinnert sein grimmer Ausspruch: „Viele Regierungen haben Gewalt geübt, doch während man uns das Schwert in die Brust stößt, dabei noch ausrufen: Und das von Rechts wegen!, das ist preußisch!“ In Bismarck sah er, wie jetzt aus seinen Briefen erhellt, einen „durchaus reaktionären Burschen und Junker, von dem nur reaktionäre Versuche zu erwarten sind“, und auf reaktionärem Boden, wie es 1871 geschah, die deutsche Einheit errichten zu wollen, erklärte er für „die lächerlichste, barockste Idee von allen“. Keiner aber hat den kultur- und fortschrittsfeindlichen Widersinn des deutsch-französischen Gegensatzes schärfer erkannt und klarer ausgesprochen und die Notwendigkeit seiner Ueberwindung leidenschaftlicher verkündet als er; aus dem Jahre 1859 tönt es mit unverminderter Frische und nicht abgeschwächter Gültigkeit in das Jahr 1925 hinüber: „Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen — das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt! An diesem Punkt hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — er ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie!“

Wenn auf dem Magdeburger Parteitag Bebel der Partei den Rat gab, jedes Wort der Broschüren „Ueber Verfassungswesen“ und „Was nun?“ auswendig zu lernen, so nicht, weil Lassalles Theorie und Taktik in allen Einzelheiten heute noch hieb- und stichfest wäre. Aber in dem politischen Schlafmützenland Deutschland war der Verfasser des „Offenen Antwortschreibens“ das stärkste politische Temperament des ganzen neunzehnten Jahrhunderts, und wer immer Politik treibt, kann von ihm als einem kühnen und großen Meister lernen. Politik hieß freilich für Lassalle nicht Altweiberklatz in Parlamentswandergängen und Kuhhandel in Fraktionszimmern, Politik war ihm der große Kampf um große Ziele mit großen Mitteln. „Daß sich große Fragen immer nur im großen, nicht im kleinen lösen lassen“, lehrte er; er zeigte, daß die Kunst praktischer Erfolge darin besteht, „alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt, auf den wichtigsten Punkt, zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen“; er hämmerte vor allem in die Köpfe, wie das gewaltigste politische Mittel heißt: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht im Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Niemand wußte auch besser als Lassalle, daß der Demokratie nicht wie den Kabinetten „die Politik der Umstände, der Auskunftsmittel, des Prinzipienbruchs gegönnt“ ist: „Ihre ungeheure Macht, aber auch ihre ganze Existenzfähigkeit beruht auf der Politik der Prinzipien und auf der Treue, mit der sie daran hält.“ Wie klingt es uns keineswegs als historische Erinnerung ans Ohr, wenn er dem deutschen Revolutionsparlament von 1848/49 „übertriebene Versöhnungslust“, „schwächliche Gemütlichkeit“ und „unselbständige Vereinbarungsgeleüste“ vorwirft! Und er schrieb auch mit sicherer Hand das Rezept, nach dem eine entschiedene,



tatkräftige, selbstbewußte Demokratie am Morgen nach der Revolution handelt. Wenn ein Regime gestürzt am Boden liegt, läßt man es im Besitz seiner Machtmittel? Nein, „den Besiegten entwaffnen, das ist die Hauptsache für den Sieger, wenn er nicht will, daß sich der Kampf jeden Augenblick wieder erneuern soll!“ Und wenn das Volk obenauf ist, setzt man dann die alten reaktionären Geheimräte wieder an ihren Schreibtisch und baut mit den alten monarchistischen Offizieren das Heer der Republik auf? Nein, ruft Lassalle „die wirklichen tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande umgestalten, in die Exekutive eingreifen, so sehr eingreifen und sie tatsächlich so sehr umformen, daß sie sich nie wieder selbständig dem Willen der Nation entgegenstellen kann“, das ist es, worauf es ankommt!

Ach, wo war der lebende Lassalle im November 1918 und danach?

---

## Wie Ferdinand Lassalle für die Arbeiterklasse fortlebt

Von Eduard Bernstein

Am hundertsten Jahrestag einer bedeutenden Persönlichkeit liegt es nahe, ihr Schaffen in allen ihren wesentlichen Zügen vor dem geistigen Auge Schau passieren zu lassen. Das würde aber bei einem Ferdinand Lassalle, sofern man ihm gerecht werden, nicht nur Urteile über ihn anführen, sondern zur Anschauung bringen will, was er geschaffen hat, mehr Raum beanspruchen, als eine politische Wochenschrift dafür zur Verfügung hat. Wir können aber auch der Aufgabe einen engeren Rahmen ziehen. Wir können uns darauf verlegen, festzustellen, was von dem Werk dieser Persönlichkeit, von dem, was Ferdinand Lassalle geschaffen hat, heute noch im vollen Sinne des Wortes lebt, Leben in sich trägt.

Es gibt für Produkte geistigen Schaffens zwei wohl zu unterscheidende Arten von Fortleben. Die eine ist das Fortleben durch Befruchtung des, oder der Zweige von Wissenschaft und Kunst, denen sie selbst angehören oder verwandt sind. Sie ist für diese das wichtigste Ferment, man kann sagen, das Lebenselement des Fortschritts. An ihm arbeiten unablässig unzählige fleißige Menschen. Sie tragen unermüdet bei zur Erweiterung der Kenntnisse und Vervollkommnung der Herrschaft des Geistes über die Form, und was jeder einzelne in dieser Hinsicht schafft, wird Gegenstand der Lehrbücher und der Geschichte seines Arbeitsgebiets und befruchtet durch deren Vermittlung das Schaffen aller, die nach ihm auf den gleichen oder verwandten Gebieten sich betätigen. Die Namen der meisten dieser Förderer von Wissenschaft und Kunst bleiben der großen Oeffentlichkeit unbekannt. Ihre Errungenschaften werden als Individualleistungen bestenfalls der Fachwelt überliefert, in den meisten Fällen aber vergessen, und doch hat manches davon, so wenig Sensation es zu seiner Zeit machte, sich in seinen Wirkungen als von der größten Tragweite erwiesen. In andern Fällen geht von Werken, die zu ihrer Zeit großes Aufsehen erregten und von vielen für epochemachend gehalten wurden, nur ein Bruchteil ein in den großen Bau der Wissen-

schaften und Künste, während das andere unbenutzt bleibt und nur als totes Material fortextistiert.

Diesem Schicksal ist nun auch das Buch verfallen, auf dessen Abfassung Ferdinand Lassalle eine Riesenarbeit verwendet hat und von dem er sich eine besonders große Wirkung versprach: sein „System der erworbenen Rechte“. Es ist eine äußerst scharfsinnige Arbeit, voller lesenswerter Einzelheiten, enthält Sätze von unwiderleglicher Beweiskraft. Aber Lassalles Hoffnung, durch es die Rechtswissenschaft nachhaltig zu beeinflussen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Als „System“ ist es von hervorragenden Juristen, die außerhalb des Verdachts stehen, Partei- oder Klassenvorurteilen Rechnung getragen zu haben, darunter ein so bedeutender Rechtsphilosoph wie Rudolf v. Ihering, als verfehlt abgelehnt worden. Auch seine letzte größere Arbeit, die Streitschrift gegen seinen liberalen Gegner Herm. Schu.ze-Delitzsch, die Schrift „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch“, ist gerade in der Frage, um die der Streit sich drehte, die Forderung der staatlich finanzierten Produktivgenossenschaften, allgemein als beweisunkräftig erkannt und im übrigen mit seinen sehr schönen, immer noch lesenswerten Einzelentwicklungen heute wissenschaftlich überholt. Seine erste große Arbeit wiederum, die zweibändige Abhandlung über die Philosophie des Herakleitos von Ephesos, die Zeugnis von hervorragender philosophischer Schulung ablegt und Lassalle als tüchtigen Kenner des Altgriechischen erweist, nimmt zwar in der Literatur der Geschichte der Philosophie einen geachteten Platz ein, ist aber mehr Vorführung und Erläuterung fremden Schaffens als die Entwicklung eigener Ideen schöpferischer Natur.

In ganz anderer Weise als diese drei großen Werke leben dagegen einige Arbeiten Lassalles fort, bei deren Abfassung ihm nichts weniger als Unsterblichkeitsideen vorschwebten, sondern die er einem praktischen Bedürfnis zuliebe, drastisch ausgedrückt, für den Tag verfaßt hat. Sie sind nicht jener Gattung von Arbeiten zuzurechnen, die als befruchtendes Element in die Wissenschaft eingegangen sind, in dieser durch die Frucht fortleben, die sie getragen, und dadurch auch historischen Wert haben. Dafür aber sind sie so, wie sie uns überkommen sind, auch heute noch aktuell, leben sie heute noch fort als Arbeiten „für den Tag“.

Das glaube ich mit gutem Fug von dem Vortrag sagen zu dürfen, den Lassalle am 12. April 1862 im überwiegend aus Arbeitern bestehenden Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt, Berlin, unter dem Titel gehalten hat: „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ und dann mit dem Obertitel „Das Arbeiterprogramm“ als Druckschrift hat erscheinen lassen. Wissenschaftlich betrachtet, ist dieser Vortrag weder in seinen leitenden Gedanken originell, noch in der Wahl der Ausdrücke durchgängig einwandfrei.

Sein Grundgedanke, die Feststellung des Berufs der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft der vorgeschrittenen kapitalistischen Produktion, wo sie die der Zahl nach stärkste und den überlieferten Einrichtungen geistig am freiesten gegenüberstehende Klasse bildet, ihrer „Idee“, das heißt den aus ihrer Klassenlage sich ergebenden sozialen Begriffen die höchste Geltung in der Gesellschaft zu erkämpfen und

eine ihr entsprechende Umwandlung der Gesellschaft zur Durchführung zu bringen, ist in anderer Sprache Wiederholung der von Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ niedergelegten Lehre, und einzelne der Beispiele, an denen sie von Lassalle beleuchtet wird, enthalten Sätze, die vor näherer Prüfung nicht standhalten. Das erste aber ist sicherlich kein Vorwurf, und die anfechtbaren Sätze lassen die Lehre in ihrem Fundament unberührt. Vor einem Menschenalter, zu einer Zeit, wo ich Lassalle noch nicht mit jener Objektivität gegenüberstand, deren ich mir heute mit Bezug auf ihn bewußt bin, schrieb ich in der Einleitungsskizze zur ersten Gesamtausgabe von Lassalles Reden und Schriften von dieser Rede:

„Eine ebenso klare wie schöne Sprache, gedrungene, flüssige, nirgends überladene und doch nie trockene Darstellung, von Satz zu Satz fortschreitende systematische Entwicklung des Grundgedankens sind ihre formellen Vorzüge, während sie ihrem Inhalt nach eine vortreffliche Einleitung in die Gedankenwelt des Sozialismus genannt werden kann.“

Das scheint mir aber die ihr zukommende Anerkennung nicht zu erschöpfen. Es sei mir daher gestattet, ihm noch einige Sätze aus meiner seitdem verfaßten Schrift „Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse“ (Berlin, Verlag Vorwärts) anzufügen. Dort wird vom „Arbeiterprogramm“ gesagt, daß es „als Aufklärungsarbeit mustergültig, dadurch zugleich einen hohen ästhetischen Genuß bereitet, daß es in einer nie zuvor an Schönheit und Eindruckskraft der Bilder übertroffenen Sprache die Mission der Arbeiterklasse feiert“. Man könne es „das hohe Lied der Arbeiterklasse“ nennen. Als dieses verdiene es „fortzuleben, solange es überhaupt noch eine Arbeiterbewegung gibt“. Ja, das „hohe Lied“ — und zwar nicht obgleich, sondern weil Lassalle darin den Arbeitern die unvergeblichen Worte zuzuft:

„Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll“.

Schon vor Jahrzehnten habe ich auf die Frage, welche Propagandaschriften man Leuten empfehlen solle, die noch gar nichts vom Sozialismus verstehen, stets die Antwort gegeben: „Als erste Lassalles „Arbeiterprogramm“.“ Und das kann man mit gutem Gewissen auch heute noch sagen. Statt zu veralten, bleibt diese Schrift unverändert frisch und lebensvoll, führt sie auf noch lange Zeit ein Dauerleben „für den Tag“.

Das nämliche trifft von der Rede zu, die Lassalle schon sechs Tage nach dem Vortrag des „Arbeiterprogramms“ gehalten hat, die Rede „Ueber Verfassungswesen“. Ich glaube, bei keinem, der diese in bezug auf Klarheit von Sprache und Satzbau, Ueberzeugungskraft der Beispiele, Geschlossenheit der Entwicklung und logische Schärfe der Argumentierung schwer zu übertreffende Rede mit Sammlung gelesen und durchdacht hat, auf Widerspruch zu stoßen, wenn ich behaupte, sie ist für die deutsche Arbeiterklasse heute fast noch wichtiger als zu irgendeiner früheren Zeit. Steht doch die Partei der deutschen Arbeiter heute inmitten eines folgenreicheren politischen Kampfes, der sich bei näherer Betrachtung heraus-

stellt als ein Ringen nach rückwärts drängender Gesellschaftsschichten weniger um die geschriebene, als um die reale Verfassung Deutschlands, und für dessen Ausgang es im höchsten Grade darauf ankommt, die Natur und innere Kraft jener Elemente rechtzeitig genau zu erkennen, da nur diese Erkenntnis den notwendigen Blick gibt für die Maßnahmen, durch welche sie am wirksamsten getroffen werden können. Für diesen Zweck nun ist Lassalles „Ueber Verfassungswesen“ auch heute noch ein Wegweiser ohnegleichen. So sehr sich die Struktur, die Gliederung und das Stärkeverhältnis der verschiedenen Gesellschaftsklassen in Deutschland heute von dem Bild unterscheiden, das Lassalle sah, als er die Rede ausarbeitete, so wenig hat es für die Frage von deren heutiger Benutzbarkeit auf sich. Denn es ist einer ihrer Vorzüge und kennzeichnet den wissenschaftlichen Geist, der Lassalles Denken erfüllte, als er ihn ausarbeitete, daß darin nicht lediglich die Tatsachen des gegebenen Gesellschaftszustands und die aus ihm sich ergebende reale Verfassung des Landes scharf gekennzeichnet werden, sondern daß auch auf die mit der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse sich vollziehenden sozialen Veränderungen und deren Rückwirkung auf die politische Machtstellung der Klassen im Staat helles Licht geworfen wird. So daß der Leser überaus wertvolle Winke dafür empfängt, unter welchen Gesichtspunkten er die mittlerweile vor sich gegangenen Veränderungen zu betrachten und welche Schlüsse er aus ihnen für die Politik zu ziehen hat.

Lassalle argumentiert da in einer Weise, die durchaus im Einklang steht mit den Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung, und ergänzt sie obendrein in zwei wichtigen Punkten. Für die Wissenschaft von Bedeutung ist, daß er bei der Darstellung des Einflusses der wirtschaftlichen Veränderungen auf die politische Gestaltung der Staaten an einer Stelle ein Moment hervorhebt, das so ziemlich alle Erklärer der materialistischen Geschichtsauffassung bisher übergangen haben. Nämlich die Bedeutung der Dichtigkeit der Bevölkerung für die Gestaltung der politischen Verfassungen. Nun ist freilich die Bevölkerungsdichtigkeit zumeist eng verbunden mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, in hohem Grade, wenn auch nicht ausschließlich, durch sie bedingt, und Lassalle hebt sie nur in Form eines Beispiels hervor, ohne sich näher mit ihr und ihren Bedingungen zu befassen, wozu ja dort auch nicht der Ort war. Aber sie ist ein Moment, das bedeutungsvoll genug ist, genauer betrachtet zu werden, und man kann es daher nur begrüßen, daß Lassalle bei Vorführung der den Wandlungsprozeß der Verfassungen bestimmenden Faktoren auch auf sie Bezug genommen hat. Indes ist das mehr eine Frage der Wissenschaft als der praktischen Politik.

Für diese aber ist von Wichtigkeit, was Lassalle in dieser Rede bei Charakteristik der Klassen hinsichtlich deren Funktionen in Staat und Gesellschaft auseinandersetzt. Auch das ist eine Frage, über die man in den Abhandlungen über die materialistische Geschichtsauffassung außerordentlich wenig findet. Nur zu viele glauben schon alles gesagt zu haben, was auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung über die von der Partei und den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu bewirkende gesellschaftliche Umwälzung in Betracht zu ziehen ist, wenn sie beständig das Schlagwort wiederholen: Beseitigung des Kapitalismus. Aber im vorgeschrittenen Wirtschaftsleben unserer Tage erfüllen die kapitalistisch betriebenen Unternehmungen, als ein Ganzes genommen,

wie dies das Schlagwort unterstellt, eine Summe von wohl zu unterscheidenden und in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis voneinander stehenden wirtschaftlichen Funktionen, die und deren Verhältnis zueinander wohl erkannt sein müssen, wenn auf dem Wege zur Beseitigung des Kapitalismus nicht Fehler gemacht werden sollen, die, statt dessen Entbehrlichkeit nachzuweisen, Störungen im Wirtschaftsleben herbeiführen, die dem großen Publikum als der Beweis für das Gegenteil erscheinen. Ohne Eindringen in die Bedeutung und die Abhängigkeitsgrade dieser Funktionen ist eine ihre Ziele verwirklichende, Opfer und Ergebnisse ihrer Kämpfe in einem vernünftigen Verhältnis haltende sozialistische Politik auf die Dauer unmöglich.

Sehr wertvoll für die politische Erziehung sind auch die Sätze in „Ueber Verfassungswesen“, die die politische Uebermacht der über die im Heer organisierte Macht des Landes verfügende Instanz feststellen und aufzeigen, welcher verhängnisvoller Fehler es war, daß 1848 in Preußen der Zeitpunkt verfehlt wurde, wo es noch möglich war, der Oberherrschaft der Krone über das Heer mindestens Grenzen zu setzen. Man sage nicht, daß es sich da um eine zum Gemeinplatz gewordene Wahrheit handelt. Was wir 1919 erlebt haben, wo die Parole „Kein Sozialist in die Reichswehr!“ selbst in weiten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Geister gefangen nahm, wäre unmöglich gewesen, wenn die Betreffenden „Ueber Verfassungswesen“ gelesen und durchdacht hätten. Sie hätten dann begriffen, daß es vor allem darauf ankam, in die Reichswehr als organisierte Macht des Landes soviel zuverlässige Anhänger der Republik hineinzubringen, als nur möglich.

Beinahe noch wichtiger für die Gegenwart als der erste Vortrag Lassalles, „Ueber Verfassungswesen“, ist sein unter dem Titel „Was nun?“ veröffentlichter zweiter Vortrag über diese Frage. Es ist dies jene Rede, wo Lassalle den parlamentarischen Streik als das geeignete Mittel empfiehlt, die Regierung zum streng verfassungsmäßigen Verhalten zu zwingen. Nun haben uns zwar gerade in der allerneuesten Zeit Verfechter des alten, monarchistischen Systems in Preußen ein Stück Streik vorgemacht, wiederholt mit Hilfe der Kommunisten gesucht, die parlamentarische Maschine lahmzulegen, um eine ihnen genehme Zusammensetzung der Regierung zu erzwingen. Aber wie sie von jeher im Lügen und Fälschen die größte politische Kunst erblicken, haben sie auch hierbei die Sache umgefälscht. Sie haben eine Verfassungsverletzung konstruiert, die gar nicht vorlag, und sind daher als angebliche „Retter der Verfassung“ elend unterlegen. Jetzt plant man in ihren Reihen, durch einen „Lassalle-Film“ die deutschen Arbeiter für die Politik einzufangen, die sie die „nationale“ nennen, die aber tatsächlich die deutsche Nation in die traurige Lage gebracht hat, in der diese sich heute befindet. Sie mögen es nur versuchen, es wird ihnen wenig helfen. Denn der Lassalle, den sie den deutschen Arbeitern vorführen, wird sich zum wirklichen Lassalle nicht anders verhalten wie in der Lessingschen Fabel das Kamel zum Pferd.

„Was nun?“ enthält eine Stelle, die aufs deutlichste veranschaulicht, wie wenig Lassalle mit einer Politik zu tun hatte, die diese Gesellschaft dem deutschen Volke aufschwätzen will. Es ist dies die Stelle, wo er darlegt, wie sehr der parlamentarische Streik die Stellung der Regierung dem Ausland gegenüber schwächen würde, und seine Hörer ermahnt,

nicht etwa zu glauben, daß dieser Hinweis unpatriotisch sei, denn die Regierungen seien nicht das Volk.

Wir erleben heute jenen Prozeß in Magdeburg, wo deutsche Richter es zulassen, daß verlogene Burschen angeboten werden, eine lügenhafte Anschuldigung des ersten Präsidenten der deutschen Republik, Fritz Ebert, zu unterstützen, von der jeder, der Eberts Haltung während des Weltkriegs nur einigermaßen verfolgt hat, von vornherein weiß, daß Ebert unmöglich so gesprochen haben konnte, wie jene Burschen ihm unterstellten. Lassalle aber schloß seine betreffende Darlegung mit dem Satz:

„Geraten wir also in einen großen äußeren Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsische, preußische, bayerische, zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben das, worauf es uns allein ankommen kann — das deutsche Volk!“

Nach der politischen Rechtsauslegung unserer monarchistischen Reaktionen begreift dieser Satz gegenüber einer monarchistischen Regierung den krassen Hoch- und Landesverrat in sich. Auf ihn konnten sich jedoch 1917/1918 diejenigen berufen, die für den Munitionsarbeiterstreik eintraten. Das Deutsche Reich und, mit drei Ausnahmen, die deutschen Einzelstaaten waren monarchisch regiert, und auf die Kriegspolitik hatten das Volk und seine Vertreter nur dann Einfluß, wenn die Reichsregierung Gefahr lief, daß ihr gegebenenfalls die Mittel zur Kriegführung verweigert wurden. Schlimmer noch, die faktische Bestimmung der Kriegspolitik hatte die Oberste Heeresleitung erlangt und sich über die von der Mehrheit der Volksvertretung beschlossene Friedensresolution kühl hinweggesetzt.

Es hat wenig Sinn, Untersuchungen darüber anzustellen, wie sich ein mittlerweile Verstorbener in einer bestimmten politischen Situation verhalten hätte, wenn er zu ihrer Zeit noch am Leben gewesen wäre. Menschen sind auch in ihrem Denken und Fühlen dem Gesetze der Entwicklung unterworfen, und die Dinge spielen sich nie zweimal unter ganz gleichen Verhältnissen ab. Unbestreitbar ist nur, daß man von dem Standpunkt aus, den Lassalle an jener Stelle entwickelt, sehr wohl zur Haltung kommen konnte, welche die Leiter und Unterstützer des Munitionsarbeiterstreiks einnahmen.

„Aber Lassalle war doch national, im Gegensatz zum Internationalismus der Marxisten?“ Wir wissen längst, wie falsch diese von den Nationalisten ausgegebene Redensart ist. Lassalle hat die Völkerfragen Europas nie anders behandelt als unter denselben Gesichtspunkten, welche die Politik der Internationale bestimmt haben, und nie hat es zwischen ihm und Marx eine politische Meinungsverschiedenheit gegeben, bei der der zu beobachtende prinzipielle Standpunkt strittig war. Lassalles Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ war in bezug auf das nationale Interesse Deutschlands nur eine anders formulierte Wiederholung des Protestes gegen Aenderung der Karte Europas auf Kosten Deutschlands, in den die von Friedrich Engels in Uebereinstimmung mit Marx über den italienischen Krieg verfaßte Schrift „Po und Rhein“ ausgeklungen war. Aber wozu eine erledigte Frage aufnehmen? Heute zetert die nationalistische Bruderschaft in Deutschland darüber, daß Herr

Stresemann vernünftig genug war, bei der Besprechung des Sicherheitsvertrags mit Vertretern der Westmächte die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich als eine Tatsache zu bezeichnen, in die Deutschland sich als unabänderlich schicke. Was aber schrieb Lassalle in der genannten Schrift über die Frage Elsaß-Lothringen? Er stellt fest, „daß diese Landesteile nichts anderes verlangen, als bei Frankreich zu bleiben“ und erklärt es für „unhistorisch und unmöglich“, sie „von Frankreich wiederzugewinnen zu wollen“. Ganz sicher — darüber ist kein Zweifel möglich — hätte er den Protest gegen die Agitation für die Annexion Elsaß-Lothringens mit unterschrieben, wegen dessen ein preußischer General 1870 wider alles Recht, wie später gerichtlich anerkannt wurde, den Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Partei verhaften und in Ketten nach Löten in Ostpreußen transportieren ließ.

Wie der zweite Teil von „Ueber Verfassungswesen“, so lebt auch heute noch fort der zweite Teil des „Arbeiterprogramms“, als den wir Lassalles Verteidigungsrede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ zu betrachten haben, in der er die alberne Anklage zurückweist, in jenem Vortrag „Haß und Verachtung“ wider andere Bevölkerungsklassen gepredigt zu haben. Und nicht minder ihr dritter Teil „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“. Ebenso werden auch andere seiner Agitationsschriften heute noch gern von Arbeitern gelesen. Aber wenn es nur die genannten fünf Schriften wären, in denen er, neben der von ihm geschaffenen politischen Partei der Arbeiter, für die Arbeiterklasse fortlebt, so würde er, der so Großes auf dem Gebiet der Wissenschaft erstrebt hatte, überglücklich gewesen sein, hätte ihm jemand dies vorausgesagt, als er in Genf auf dem Sterbebett lag.

## Der junge Lassalle

Von Konrad Haenisch

Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen einem in den nächsten Tagen erscheinenden Buche, das unter dem Titel „Lassalle, der Mensch in Selbstzeugnissen“, eingeleitet und ausgewählt von Konrad Haenisch, im Verlage von Alfred Kröner in Leipzig erscheinen wird. *Die Red.*

### I.

„Ich habe in Lassalle den Typus des bedeutenden Menschen unserer Zukunft erblickt, welche ich die germanisch-jüdische nennen möchte.“ Dieses seltsame Wort Richard Wagners — doppelt seltsam gerade in diesem Munde — gibt nicht nur einen weiten Blick in allgemeine Zusammenhänge, es ist auch ein Schlüssel zum Verständnis der eigenartigen Persönlichkeit, die auf diesen Blättern durch sich selbst lebendig werden soll. Wagner schrieb jene Worte, ohne zu ahnen, daß ein paar Jahrzehnte vorher der knapp zwanzigjährige Lassalle selbst einmal, in einem Briefe an die Schwester, von der Mischung jüdischen Blutes und germanischen Geistes gesprochen hatte, die in ihm Gestalt gewonnen. In einer Wendung, die im Gewande leichter Selbstverspottung sehr ernst gemeint ist: „Es war am 11. April, kurz nach der eingetretenen Frühlingswende, als wiederum von jüdischen Eltern der neue Geist ge-

boren wurde. Die Wiege seines Aufgangs war wie von je der Osten, diesmal aber war es der Osten im Lande des Geistes selbst, der Osten Germaniens, welcher der Ausgangspunkt und die Geburtsstätte sein sollte des neuen in sich versöhnten Geistes.“

Lassalle ist der klassische Gegenbeweis gegen die Oberflächlichkeit jener Theorie, die nur Rasse und nichts als Rasse kennt, die mit dem Rassebegriff alle Fragen zwischen Himmel und Erde lösen zu können glaubt. Lassalle ist zugleich aber auch der nicht minder klassische Gegenbeweis gegen die kaum geringere Oberflächlichkeit derer, die den Begriff der Rasse und seine Bedeutung für den Geschichtsprozeß wie für das Verständnis des einzelnen Menschen überhaupt leugnen.

Es ist nicht wahr, daß Rasse alles ist. Aber ebenso unwahr ist, daß die Rasse nichts bedeutet. Vieles wirkt zusammen, um eine Persönlichkeit zu bilden: das Blut und all das Dunkle und Unbewußte, das mit ihm sich forterbt durch die Jahrhunderte; Ueberlieferung, sei es der Familie, sei es des Stammes; Eindrücke des Elternhauses und der Jugendzeit. Nicht weniger aber auch alles das, was nicht Stammesgeschichte, sondern Geschichte der Nation ist. Der Nation, in der viele Stämme, viele Rassen zu einem neuen Ganzen zusammenfließen, das mehr ist, als nur die Summe seiner Teile. Was dieser Gesamtnation gemeinsamer Besitz geworden ist an Aeußerem und Innerem, an Boden und Klima, an Sage und Märchen, an Ueberlieferung und Geschichte, an Musik und Bildkunst, an aus gleicher Sprache erwachsener Dichtung und Weltweisheit: auch das alles sind Elemente, die man von dem Komplex der Persönlichkeit so wenig trennen kann, wie das Element der Rasse.

Welches waren die Elemente, die — soweit man in das geheimnisvolle Weben der Persönlichkeitsbildung überhaupt hineinsehen kann — den Komplex Lassalle gebildet haben?

Zunächst sein Judentum. Es war dies nicht das vor einem Jahrhundert schon hoch kultivierte Judentum des deutschen Westens, dem ein Börne, ein Heine, ein Marx entstammten, jenes Judentum der Rheinlande, dem Bonaparte als Testamentsvollstrecker der großen Revolution wenn nicht die ganze Freiheit gebracht, so doch die Fesseln der alten Unfreiheit entscheidend gelockert hatte. Dieses westliche Judentum, dem des deutschen Ostens an Kultur des Seins und der Sitten auch heute noch weit voraus, hatte schon damals vollen Anteil am geistigen Leben der Gesamtnation, und war nicht nur, sondern fühlte sich auch gelöst aus der Enge des Gettos.

Ganz anders das Judentum des preußischen Ostens, zumal Oberschlesiens, aus dessen nicht zu erschöpfendem jüdischen Volksreichtum die Familie Lassalle (ursprünglich Wolfsohn, dann Loslauer, dann Lassal) nach Breslau gekommen ist. Hier standen die Juden noch unter Ausnahmebehandlung. Stärker als im deutschen Westen wirkte hier das Gefühl seelischen Verbundenseins, inniger Schicksalsgemeinschaft mit jenen Stammesbrüdern noch weiter östlich, die gerade in Lassalles Jugendtagen das Opfer grauenvollster Verfolgungen waren. Das Tagebuch des Fünfzehnjährigen — Lassalle war am 11. April 1825 in Breslau geboren — ist voll von leidenschaftlichen Anklagen gegen die Verfolger und von kindlichen Schwüren zukünftiger Rache, als deren Vollstrecker der Knabe selbst sich träumt.



Der mißachtete, getretene Jude, den zugleich keinen Augenblick das Bewußtsein verläßt, einem auserwählten Volke zuzugehören, der in diesem Volke wiederum vor allen sich auserwählt fühlt, und der entschlossen ist, sich Wirkung und Anerkennung zu erzwingen — zu erzwingen um jeden Preis: das ist der junge Lassalle. Stärke im Ertragen des Schwersten, zäheste Kraft des Willens, die nicht abläßt vom einmal gesteckten Ziel, Fähigkeit der Seele, ganz sich hinzugeben, ganz sich zu opfern einer Sache, heiße Leidenschaftlichkeit und schließlich, aber nicht zuletzt, das, was man bei kleineren Menschen Ehrgeiz nennen mag: so kann man die Eigenschaften umreißen, die Blut und erste Kindheitseindrücke Lassalle mitgegeben haben. „Vom Kopf bis zur Zehe bin ich nichts als Wille“, sagt von sich schon der Zwanzigjährige, und das gleiche meint der Mann, wenn er, viel später, einmal schreibt: „Es ist eine Art Notwendigkeit in meiner Persönlichkeit, nie etwas unvollendet zu lassen, was ich jemals angefangen habe.“ Wenn solche Worte Lassalles Willensstärke kennzeichnen, auf die das abgebrauchte Beiwort eisern mit Recht angewandt werden darf, so charakterisiert er jene andere, mit dieser Willenskraft in innigster Wechselwirkung stehende Seite seines Wesens, die Fähigkeit zur vollen Hingabe an eine Sache, selbst einmal sehr schön mit den Worten: „Nicht meine Schuld, sondern höchstens mein Verdienst, wenn auch zugleich meine Dornenkrone, ist es, daß ich empfänglich bin für die Idee und für das in sich Gerechte, und den Mut und die Treue habe, die Gesinnung zur Tat zu treiben.“ Und an anderer Stelle: „Ich bin anders wie andere Menschen. Wenn ich mir was zu Herzen nehme, frißt's mir die Eingeweide entzwei.“

Wie Abstammung, Umwelt und Jugendeindrücke, so gibt auch die Zeit seines Werdens dem Manne das Gepräge. Die Zeit, da Lassalle wurde, ist die Zeit zwischen zwei Revolutionen, die Zeit zwischen 1789 und 1848. Es ist die Zeit der Reaktion und Restauration, die Zeit der Karlsbader Beschlüsse und der preußischen Schmalzgesellen, die Zeit Metternichs und der Demagogenhetze — es ist aber auch die Zeit des nahenden Vormärz, die Zeit der Burschenschaft und des, eben erlebten, Wartburgfestes, die Zeit der Börne und Heine, der Herwegh und Freiligrath, vor allem aber die Zeit des kraftvoll nachwirkenden Fichte und die Epoche Hegels.

Frankreich hatte seine große politische Revolution gehabt, England war mitten drin in einer wirtschaftlichen Revolution von umwälzender Tiefenwirkung — Deutschland aber, politisch zerrissen und im feudalen Absolutismus stecken geblieben, wirtschaftlich, vom Niederrhein und etwa von Sachsen abgesehen, in zünftlerischer Enge gebunden: Deutschland schlug inzwischen die Revolution des Gedankens. Sie hatte begonnen mit Lessing und der bürgerlichen Aufklärung, war über Goethe und Schiller, über Kant und Fichte fortgeschritten und hatte in Hegel ihren Gipfel erreicht. In Hegel und seiner großen Lehre vom ewigen Fluß der Entwicklung, in seiner Lehre von dem Geschichtsverlauf als einem dauernden dialektischen Prozeß, die an die Stelle des ewigen Seins das ewige Werden setzte. Diese Lehre war — zu Ende gedacht — Sprengpulver für den Gedanken von Obrigkeitsstaat und Gottesgnadentum als den von Ewigkeit zu Ewigkeit fest gegründeten, allein möglichen und allein berechtigten Formen staatlichen Lebens. Und so war der aus dem friedlichen Schwaben stammende Professor Hegel für die

Heilige Allianz, bei Lichte besehen, viel gefährlicher als jener Student Sand, der den russischen Staatsrat Kotzebue erschöß ....

Wie die deutsche Revolution eine Revolution des Geistes war, so fand sie ihre Brennpunkte in den Stätten deutschen Geisteslebens, den Hochschulen, und ihre Träger in den Schichten des geistigen Deutschland, unter den Denkern und Dichtern der Nation, unter den akademischen Lehrern und Hörern. Und soweit diese geistige Revolution sich unmittelbar in Politik umsetzte, verkörperte sie sich in dem großen schwarz-rot-goldenen Doppelideal von Deutschlands Einheit und Freiheit, vom Hinwegfegen der Kleinstaaterei auf der einen, von der freien Selbstbestimmung eines mündigen Volkes auf der anderen Seite. Ein einziges Parlament für das ganze Deutschland, Pressfreiheit und freies Vereinsrecht: dafür kämpfte zu jener Zeit politisch jene akademische Generation, die ausgegangen war von der großen Revolution der Philosophie.

Ist in Lassalles Jugendtagen, in jenen Tagen, da man einen Ernst Moritz Arndt und einen Schleiermacher, einen Arnold Ruge und einen Hoffmann von Fallersleben als Staatsverbrecher in hochnotpeinliche Untersuchung zieht, mehr oder weniger die ganze studentische Jugend Deutschlands demokratisch und revolutionär, so sind doppelt demokratisch und revolutionär die jüdischen Studenten, in denen das Aufbäumen gegen die Jahrhunderte alte Unterdrückung ihres Stammes den Kampf um die geistige und politische Freiheit der Gesamtnation zur Weißglut erhitzt. Und neben dieser Leidenschaftlichkeit ihres Wollens macht sie die Schärfe ihres Denkens, die auch vor den kühnsten Folgerungen nicht zurückschreckt, zu den geborenen Führern im großen Freiheitskampfe der Zeit, diese ätzende Säure ihres Verstandes, die keinerlei Tradition anerkennt und keine Autorität, die nicht ruht, bis sie auch das dem treuen Untertanen Heiligste aufgelöst hat in seine Bestandteile — in sein Nichts . . .

Es wäre sonderbar, fänden wir Lassalle nicht unter diesen Führern seiner akademischen Generation.

Vom Breslauer Gymnasium war der junge Mensch etwelcher dummer. Streiche wegen an die Handelsschule zu Leipzig übersiedelt und hatte hier einen tiefen Ekel bekommen vor allem, was Handel heißt. Auch seine Lehrer waren übereinstimmend der Meinung, daß der junge Lassalle zu nichts weniger taugte als zum Kaufmann. Einer von ihnen hatte ihn gewarnt: „Ein Kaufmann, der von Sokrates und Cicero spricht, wird gar bald seinem Bankrott entgegengehen!“ Dem Tagebuch hatte der fünfzehnjährige Handelsschüler anvertraut, er gedenke sich in seinem Leben mehr um die Freiheit als um die Warenpreise zu bekümmern, er beabsichtige, heftiger als die Konkurrenten, die den Preis verschlechtern, „die Hunde von Aristokraten“ zu verwünschen, „die dem Menschen sein erstes höchstes Gut wegnehmen. Aber beim Verwünschen soll's nicht bleiben“. Ein Schriftsteller will der Knabe werden, der hintreten wird vor das deutsche Volk und vor alle Völker, um sie „mit glühenden Worten zum Kampfe um die Freiheit aufzurufen. Ich will den Völkern die Freiheit verkünden und sollte ich im Versuche untergehen. Jetzt ist die Zeit, in der man um die heiligsten Zwecke der Menschheit kämpft.“ Zurück geht es nach Breslau. Vorbereitung auf die Reifeprüfung. Ein bössartiger und beschränkter Konsistorialrat, Staatskommissar bei dieser Reifeprüfung, läßt ungeachtet seiner trefflichen Leistungen und gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Direktors

und der Lehrer Lassalle durchfallen. Den jungen Mann hatten schon seine Leipziger Lehrer einen „sehr, sehr gefährlichen, einen überaus gefährlichen Kopf“ genannt, der „bereits seine Anhänger“ habe. Und so ist es wohl zu verstehen, daß dieser so ganz aus dem Schema herausfallende Jüngling, dessen „antik geformtes griechisches Profil kaum seine semitische Abstammung verrät“, dem prüfenden Konsistoriatrat höchst unheimlich vorkommt.

Lassalle denkt nicht daran, sich das offenbare Unrecht stillschweigend gefallen zu lassen. In tapferen Eingaben und Briefen wendet sich der Primaner unmittelbar an des Konsistorialrats höchsten Vorgesetzten — den Kultusminister. Bekommt aber — begreiflich in dem Preußen des Vormärz! — sein Recht nicht und muß das Examen ein Jahr später wiederholen.

Kennzeichnend für die noble Gesinnung des jungen Lassalle ist, daß er kurz darauf, als dieser selbe Konsistorialrat in einen Konflikt mit der Regierung gerät, öffentlich für ihn eintritt. Galt es die Sache, so ist für diesen als kaltherzigen Egoisten Verschiedenen sein Leben lang alles Kleinlich-Persönliche weit im Hintergrunde verschwunden . . .

Als Breslauer Student stößt Lassalle zum zweiten Male mit den Mächten des Obrigkeitsstaates zusammen. Der später als Dichter und Kritiker bekannt gewordene Rudolf von Gottschall, damals Breslauer Burschenschaftler gleich Lassalle, war seines Eintretens für den demokratischen Gedanken wegen aus der Stadt verwiesen worden, einen anderen Studenten, Wittenburg, hatte man mit dem Consilium abeundi bestraft. Für beide reitet nun Lassalle, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male öffentlich als Redner auftritt, in die Schranken. Und erhält dafür alsbald auch seine erste politische Strafe — zwei Wochen Karzer. Kennzeichnend ist eine in dieser Sache von Lassalle im Namen seiner Kommilitonen verfaßte Eingabe an den akademischen Senat. In ihr heißt es: „Sind wir unschuldig, so ist es Wittenburg im gleichen Grade. Ist er straffällig — wohlan, wir sind's im selben Maße wie er . . . An den Vergehen, deren man Wittenburg beschuldigt, haben wir uns alle gleich beteiligt. Jetzt, da ihn die Folgen dieser Vergehen treffen, ziemt es uns schlecht, wäre es moralisch feige von uns, nur auf unsere Sicherheit bedacht, uns zurückzuziehen und die unheilvollen Folgen der Tat, die von uns allen kam, mit doppelter Wucht auf sein einzig Haupt fallen zu lassen. Wir haben unbesonnen gehandelt — es sei; der unbesonnenen Handlung wollen wir nicht noch die niedrige hinzufügen. Wir haben gegen das geschriebene Gesetz verstoßen, wir wollen wenigstens nicht das ewig ungeschriebene Gesetz verletzen, von dem die Antigone des Sophokles sagt: ‚Denn seit heute und gestern leben nicht, nein, ewig sind sie in Kraft und niemand hat gesehen, von wann sie sind.‘ Darum noch einmal: gleiche Straflosigkeit für Wittenburg oder gleiche Strafe für uns alle!“

Die Kenntnis dieser Eingabe wie auch der meisten in dem vorliegenden Bändchen wiedergegebenen Briefe Lassalles verdanken wir dem unermüdlichen Forscherfleiß Gustav Meyers. Nach einem Suchen von mehr als drei Jahrzehnten, einem Suchen und Spüren, das kein Mißerfolg entmutigen konnte, ist es diesem um die Aufhellung dunkler Partien und um die Ehrenrettung verkannter Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung aufs höchste verdienten Gelehrten endlich im Herbst 1918 gelungen, den längst verschollen geglaubten Schatz

von Lassalles Nachlaß zu heben. Eine Geschichte des Aufspürens verlorenener Handschriften, wie sie kein Roman spannender schildern kann! In sechs stattlichen Bänden wird bis zu Lassalles hundertstem Geburtstag dieser von Gustav Mayer aufs sorgfältigste bearbeitete und eingeleitete Nachlaß vollständig vorliegen. Dem außerordentlich lebenswürdigen Entgegenkommen von Herausgeber und Verleger (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Leipzig) dankt es der Schreiber dieser Blätter, daß er eine Reihe wichtiger Briefe aus dieser Nachlaßsamm lung hier einem größeren Leserkreise zugänglich machen darf. Er ist überzeugt, daß die in diesem Bändchen gegebenen Stücke in vielen Lesern den Wunsch rege machen werden, den ganzen Nachlaß kennen zu lernen. Denn dieser Nachlaß ist für die Beurteilung der Zeitgeschichte von kaum geringerem Wert als für eine vertiefte Erkenntnis des Wissenschaftlers, des Politikers, vor allem aber des Menschen Lassalle.

## II.

Eine vollkommen neue Beleuchtung erfährt durch die Nachlaßausgabe auch die Frage, wie aus dem bürgerlichen Demokraten, zu dem der junge jüdische Nationalist sich schon seit dem Jahre 1840 entwickelt hatte, der Sozialist geworden ist. Bisher hatte man angenommen, daß Lassalle erst in Paris, wohin er im Dezember 1845 zum erstenmal kam, sein sozialistisches Damaskus gefunden habe. Wurden doch damals in Paris die Lehren der großen Utopisten heiß umstritten und war doch vor allem auch die deutsche Emigration in Paris lebhaft von sozialistisch-kommunistischen Ideen bewegt! Aber erst in den Jahren 1848 und 1849, so glaubte man bisher, sei Lassalle unter dem persönlichen Einfluß von Karl Marx das geworden, was man einen wissenschaftlichen Sozialisten nennt. Diese Auffassung ist jetzt durch Gustav Mayer als irrig erwiesen. Der von ihm veröffentlichte Briefwechsel zeigt klar, daß Lassalle mindestens schon zwei Jahre vor jener ersten Pariser Reise ein überzeugter, und zwar ein durchaus wissenschaftlich denkender Sozialist gewesen ist. In einem (schon früher publizierten) Briefe an Marx aus dem Februar 1860 schreibt Lassalle, er sei „seit 1840 Revolutionär, seit 1843 entschiedener Sozialist gewesen“. Und ein Brief an den Vater vom 12. Juni 1844 enthüllt uns den erst Neunzehnjährigen in der Tat schon als Mann, der seine Adern „theoretisch und praktisch vom Kommunismus durchdrungen“ fühlt. Die Hungeraufstände der schlesischen Weber erscheinen ihm als die ersten Wehen der kommenden sozialen Revolution. „Fürchterlich nahe“ sieht er den großen Krieg der Zukunft, „den Krieg der Armen gegen die Reichen“. Andere Briefe wieder zeigen, welchen entscheidenden Einfluß Lassalle schon damals der Entwicklung von Industrie und Handel für das sozialistische Werden beimißt. Das alles jedoch erscheint ihm, dem Hegelianer, noch als materielle Ausstrahlung der alle Dinge bewegenden „Idee“. Besonders merkwürdig ist in diesem Zusammenhange des zwanzigjährigen Lassalle in die Form eines Briefes an drei nahe Freunde gekleidete „Kriegsmanifest gegen die Welt“.

Stark scheint auf die Entwicklung Lassalles zum Sozialismus des genialen Schneidergesellen Wilhelm Weitlings Evangelium von den „Garantien der Harmonie und Freiheit“ eingewirkt zu haben, in dem der naiv-trotzige Kommunismus der deutschen Handwerksburschen der dreißiger und vierziger Jahre Fleisch und Blut gewonnen hatte. Auch

das Werk Karl Grüns über die sozialistische Bewegung in Frankreich und Belgien ist Lassalle damals schon bekannt geworden. Ebenso die Bücher der großen französischen Utopisten Saint Simon und Charles Fourier, endlich die Schriften Louis Blancs. Trotz alledem darf man sagen, daß es im wesentlichen doch der junge Lassalle selbst gewesen ist, der, lange bevor er auch nur den Namen Marx gehört, den großen Entwicklungsgedanken seines Meisters Hegel auf Wirtschaft und Gesellschaft angewandt, daß er auch durch eigenes Denken den Begriff des Klassenkampfes als Hebel des sozialistischen Werdens gefunden hat. Wenn er gewiß auch beides noch keineswegs mit jener wissenschaftlichen Klarheit und Folgerichtigkeit formuliert hat, die herausgearbeitet zu haben stets das Verdienst von Karl Marx bleiben wird!

Unabhängig von Marx sehen wir in dem jetzt erschlossenen Briefwechsel auch Lassalle schon auf dem Wege, Hegels Entwicklungsgedanken „vom Kopf auf die Füße zu stellen“, das heißt, nicht mehr wie Hegel die Idee, sondern die Oekonomie zum Ausgangspunkt des dialektischen Prozesses zu machen, als der sich für beide der Geschichtsverlauf darstellt. Doch ist Lassalle diesen Weg nie mit der Konsequenz von Marx zu Ende gegangen. Bis zuletzt blieb ihm die „Idee“ als solche eine lebendige Macht, eine die Geschichte bewegende Triebkraft, und selbst rein volkswirtschaftliche Tatsachen und Entwicklungsreihen mußte Lassalle sich stets erst in „Ideen“ übersetzen, um sie sich und anderen verständlich zu machen.

In seinen Hochschuljahren zu Breslau und Berlin erfüllte Lassalle sich ganz mit der klassischen deutschen Philosophie. Und die Gedankenwelt der Lessing und Fichte — um diese hier zusammen zu nennen — auf der einen, die Hegels auf der anderen Seite, wird in diesen Jahren ein ebenso bedeutungsvoller Bestandteil seines Wesens wie das jüdische Blut seiner Väter. Ja, man darf vielleicht sagen, daß die Erbschaft dieses Blutes — ungebändigte Leidenschaftlichkeit, Ehrgeiz großen Stils, schärfster kritischer Verstand — mit der Tiefe und Uebestechlichkeit deutschen Denkens, mit der Innigkeit deutschen Fühlens sich kaum je zu solcher Harmonie vermählt hat wie in Lassalle.

Ganz wird nun dieser junge Jude, der sich schon im Jahre 1843 einem bedeutenden Führer des Reformjudentums gegenüber voll Begeisterung zu Deutschland als seinem einzigen Vaterlande bekannt hatte, heimisch in der Welt deutschen Geistes, die er selbst bald durch Gaben hohen Ranges so reich befruchten sollte. Heimisch im deutschen Geist und aufs innigste vertraut mit dem edelsten Werkzeug dieses Geistes, der deutschen Sprache. Als Redner wie als Schreibender weiß er bald das Instrument dieser Sprache meisterlich zu beherrschen. Wenige haben es in so reinen und vollen Akkorden erklingen lassen wie dieser Jude. Voll Zorn wettet er später gegen jene Zeitungsschreiber, „die nicht einmal deutsch zu schreiben vermögen“, und die „durch ein eigentümliches Kauderwelsch des Jüdisch-Deutschen dem Volke langsam und sicher sogar noch seine Sprache und deren Genius verderben“.

Für das Selbstvertrauen und den Ehrgeiz großen Formats, die den Jüngling beseelen, ist nichts kennzeichnender, als daß er schon jetzt sich in die Arbeit zu dem philosophischen Hauptwerk seines Lebens stürzt. Dies Werk hat die Philosophie des „dunkelsten“ aller griechischen Weisen, Heraklits von Ephesos, zum Gegenstand. In Heraklit, dessen berühmte Worte, daß alles fließt, und daß niemand zweimal in den

gleichen Fluß steigt, ihn auch für den nicht in seiner Gedankenwelt Heimischen als ersten großen Propheten des Entwicklungsgedankens erkennen lassen, bewunderte Lassalle den klassischen Vorläufer seines Meisters Hegel. Von Heraklit hat er auch damals schon die tiefe, die beinahe religiöse Inbrunst gewonnen, mit der er stets den Staatsgedanken verehrte. Dieser Kultus des Staates — Lassalle vergleicht ihn einmal mit dem heiligen Vestafeuer der Römer — hat später das politische Wirken des Mannes aufs stärkste beeinflußt und ihn nach zwei Seiten hin zu scharfer Frontstellung gebracht. Einmal gegen die Liberalen seiner Zeit, die ihm vor allem deshalb verächtlich erschienen, weil sie den Staat mit einer elenden „Nachtwächterrolle“ abspeisen wollten, dann aber auch gegen Marx und Engels, die nur den ökonomischen Faktor der Gesellschaft und ihre Entwicklung sahen und daher dem Staate als solchem keine Gesetze eigenen Seins, keinen entscheidenden Einfluß auf den Geschichtsgang zubilligten.

Mit dem ganzen verzehrenden Ehrgeiz eines Mannes, dem die größte Aufgabe nicht groß, die schwerste nicht schwer genug ist, um seine Kräfte an ihr zu messen, stürzt sich Lassalle in die Arbeit an seinem Heraklit, dessen Dunkelheit in gedankliche Helle zu verwandeln von je als eine der schwierigsten Aufgaben philosophischer Forschung gegolten hatte. Und nach zwölf von wilden Kämpfen aller Art durchtobten Jahren löst Lassalle diese Aufgabe, vor der so mancher zurückgeschreckt, in einer Art, die ihm die rückhaltlose Bewunderung der ersten Geister seiner Zeit einträgt. „Die kühnsten Flüge meiner Phantasie sind noch weit übertroffen worden“, schreibt Lassalle kurz nach Erscheinen des Heraklit über den Erfolg des Werkes. Und dann schildert er, wie Varnhagen von Ense und August Boeckh, Lepsius und Humboldt mit vielen, vielen anderen Männern der Wissenschaft ihn zu dem Werke beglückwünschten. Die im zweiten Bande der Nachlaßausgabe abgedruckten Briefe aller dieser Gelehrten zeigen, daß Lassalle nicht übertrieben hat . . .

Ein so gelehrter Philosoph Lassalle gewesen ist, war ihm doch die Philosophie niemals Selbstzweck. Dieser Mann war keine beschauliche Natur, die Genüge daran fand, sich sinnend und spinnend in stille Betrachtung dessen zu versenken, was vor ihm weise Männer gedacht. Wie Lassalle — sein „Franz von Sickingen“ zeigt es — nichts wissen wollte von l'art pour l'art, wie ihm auch das höchste Dichtwerk um seiner selbst willen kaum etwas bedeutete, wie er auf der anderen Seite auch durch sein juristisches Hauptwerk, das „System der erworbenen Rechte“, im Grunde genommen nichts anderes wollte als „die feste Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus in seinem besten und erhabensten Sinne zu erbauen“, einen Bau aufzurichten, der ihm „prächtig gelungen und aus reinem Stahl gegossen“ schien, so war ihm die Philosophie gleichfalls nur Mittel zu den großen Zwecken, zu dem einen großen Zweck seines Lebens: der sozialen Revolution. Der Gedanke dieser Revolution erschöpfte sich für diesen Revolutionär des Gedankens selbstverständlich keineswegs im Begriffe der Revolte. Ja, in der Revolution im Heugabelsinne des Spießbürgers sah Lassalle — merkwürdig reif — schon als Jüngling eine mehr oder minder belanglose Begleiterscheinung des großen gesellschaftlichen und, was ihm noch mehr bedeutete, geistigen Umwandlungsprozesses. „Es ist eine ganz unnötige Furcht, daß ich etwa in

meinem Revolutionspathos auf die Gassen stürzen würde. Gerade ich, der ich in Hegelscher Schule geschult worden bin, weiß am besten, wie man hierzu vor allem die Zeit abwarten muß und ein Individuum auf keine andere Weise zur Beschleunigung eines solchen Ereignisses beitragen kann als der, die Bildung und Philosophie zu verbreiten“, schreibt der kaum Neunzehnjährige dem besorgten Vater.

### III.

Neben der Erbschaft jüdischen Blutes, neben der deutschen Philosophie und neben der englischen Oekonomie, die allerdings für Lassalles sozialistisches Werden niemals die gleiche Bedeutung erlangt hat wie für Marx, ist es besonders die politisch-revolutionäre Tradition Frankreichs, die aus dem Sohne des wackeren alten Kleinbürgers Heymann Lassal, des schlichten Seidenhändlers von Breslau, jene einzigartige Erscheinung gebildet hat, die sofort vor unserem Blick erscheint, wenn uns, schmetternd wie heller Fanfarenruf, die beiden Söhnen Lassalle ins Ohr tönen. Mehr noch als auf das übrige Europa wirkte auf die radikalen Geister Deutschlands die revolutionäre Tradition und das revolutionäre Beispiel Frankreichs ein. Als Land ihrer Sehnsucht erschien dieses ewig bewegliche, ewig revolutionär gärende Frankreich jenen Deutschen, die ihre Heimat wie einen einzigen großen Kerker empfanden, oder, mit Heine, wie jene große Kinderstube, in der das Volk seinen tiefen Untertanenschlaf schlief, väterlich behütet von seinen wohlgezählten sechsunddreißig Monarchen. Besonders — man weiß es wiederum aus Heine — hatte die Juli-Revolution von 1830 in Deutschland starken Widerhall gefunden, und mehr noch als früher jauchzte man jetzt der bewunderten „Lichtstadt an der Seine“ als der heiligen Mutter der Revolution zu, die ihre große Ueberlieferung von 1789 treu bewahre.

In diese Lichtstadt kam Lassalle, vorwiegend, um auf den dortigen Bibliotheken Heraklitstudien zu treiben, zuerst Ende 1845 und etwa ein Jahr später, für mehrere Monate, ein zweites Mal. Von den Männern, die er in Paris kennen lernte, machte er auf keinen einen so starken Eindruck wie auf Heinrich Heine. Aus den in diesem Bande mitgeteilten Tagebuchblättern wird der Leser sehen, wie tief die Verehrung des Knaben für den Dichter gewesen, und wie schwer er erschüttert war, als er hörte, Heine sei „von der Sache der Freiheit abgefallen“, er habe „die Jakobinermütze von seinem Haupte gerissen und einen Tressenhut auf die edlen Locken gedrückt“. Je mehr Lassalle jedoch als Hegelianer die Kraft der „Idee“ über die Macht der Persönlichkeit und als Sozialist die Gesellschaft über das Individuum stellen gelernt hatte, desto kritischer war seine Stellung auch zu dem großen Individualisten Heine geworden. Um so stärker wirkte Lassalle seinerseits auf den Dichter. Hatten schon die ersten Männer Deutschlands, soweit sie dem Heranwachsenden nahegekommen, mit ihrer Anerkennung nicht gespart — Humboldt zum Beispiel pflegte Lassalle nur das „Wunderkind“ zu nennen —, so kannte die Bewunderung des Dichters, der sich hier wahrhaft als Seher erwies, keine Grenzen. „Das ist der neue Mirabeau“, mit diesen Worten stellte er den jungen Lassalle Georg Herwegh vor. Varnhagen von Ense gegenüber aber charakterisiert er den Zwanzigjährigen als einen „jungen Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben. Mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten

Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen, mit der reichsten Begabung der Darstellung verbindet er eine Habilité (Gewandtheit) im Handeln, die mich in Staunen setzen. Diese Vereinigung von Wissen und Können, von Talent und Charakter war für mich eine freudige Erscheinung.“ An Lassalle selbst aber schreibt Heine: „Im Vergleich zu Ihnen bin ich nur eine bescheidene Fliege. Ich habe noch bei niemandem so viel Passion und Verstandesklarheit vereinigt im Handeln gefunden. Wohl haben Sie das Recht, frech zu sein. Wir anderen usurpieren bloß dieses göttliche Recht, dieses himmlische Privilegium. Ich liebe Sie sehr. Es ist ja nicht anders möglich, Sie quälen einen ja so lange, bis man Sie liebt.“

## Bourgeois und Sozialist

In jahrelanger, bewundernswerter Forscherarbeit hat Gustav Mayer dem Nachlaß Ferdinand Lassalles nachgespürt. Fünf stattliche Bände (erschieden in der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart) liegen bis heute vor, erfüllt von den interessantesten, nicht nur für Lassalle selbst, auch für die Ganzheit seiner Zeit im höchsten Maße aufschlußreichen Dokumenten. Für Lassalle ergibt sich zweierlei: die katarakthafte Wucht seiner Produktivität und das weit über normale Menschengröße hinausgehende Ausmaß seines geistigen Radius. Besonders der zuletzt erschienene fünfte Band der Mayerschen Sammlung gewährt einen tiefen und breiten Einblick in den geistigen Kontinent, der in Lassalle meteorhaft durch die Weltgeschichte ging und den Freiheitsbrand des Proletariats entzündete. Dieser fünfte Band enthält überwiegend Briefe anderer an Lassalle. Man darf sagen: alles, was Geist hatte, schrieb an ihn. Und man darf ferner sagen, daß gerade für diesen Band dem Herausgeber Gustav Mayer außerordentlicher Dank gebührt. Auf den 400 Seiten erlebt man die führenden Persönlichkeiten aus den Jahren der ersten sozialistischen Arbeiteragitation in Deutschland und damit diese dumpfen, von schweren Erdstößen erschütterten sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in aller Intimität, aber auch in aller Plastik.

Nachstehend geben wir den überaus interessanten Brief, den Franz Ziegler an Lassalle geschrieben, nachdem dieser ihm das „Offene Antwortschreiben“ zugehen ließ, und im Anschluß daran ein Stück aus dem Brief Lassalles an Gustav Lewy, in dem dieser auf das Schreiben Zieglers zu sprechen kommt. In den beiden Briefen stehen sich die Gegensätze, die auch heute die europäische Welt bewegen, klar gegenüber: Bourgeois und Sozialist. (*Die Red.*)

Berlin, 28. Februar 1863.

In der Nacht.

Lieber Lassalle!

Ihr Manifest<sup>1)</sup> hat mir den ganzen Tag bis zum späten Abend keine Ruhe gelassen und jagt mich wieder aus dem Bette.

Unbestreitbar ist in demselben schlagend nachgewiesen, daß die Schulzeschen Hilfsmittel dem Arbeiter im engeren Sinne teils gar nicht,

<sup>1)</sup> Das „Offene Antwortschreiben“.



teils nicht anders als der ganzen Welt zugute kommen, sowie auch ferner ganz richtig ausgeführt ist, daß, wenn sich der heutige Arbeiter besser befinden sollte als der vor x Jahren, es nicht darauf, sondern auf die relative und im Vergleich mit den anderen Ständen zu bemessende Besserung ankommt, wenn solche Besserung, was sehr problematisch sein dürfte, überhaupt vorhanden ist.

Daß dies nicht neu ist, werden Sie anerkennen; wenigstens weiß ich ganz gewiß, daß ich es irgendwo gelesen habe. Mir hat das alles keine Schwierigkeiten gemacht.

Sie kommen nun zum Mittel, das allein geeignet ist, vom Lohne, und damit nach der Bemessung desselben und des Unterhaltes des Arbeiters, von seiner Herabdrückung auf das äußerste Minimum des Bedürfnisses abzukommen. Er soll Unternehmer oder vielmehr im eigenen Unternehmen arbeitender Arbeiter werden können, und dazu soll ihm der Staat die Hilfe gewähren. Auch das ist nicht neu, wie ja auch „Albert“ ganz richtig ein Budget forderte. Es bliebe also nur die finanzielle Möglichkeit, und darüber ist noch nichts gesagt.

Ich habe mich nun, mit der Feder in der Hand, redlich abgequält, nicht die Sache kritisch anzugreifen, sondern sie ins Leben zu rufen, immer unter der Voraussetzung, daß die Mittel vorhanden wären, und immer wieder bin ich zu dem schließlichen Resultat gelangt:

„Es geht nicht.“

1. Es hat mir bis jetzt nicht glücken wollen, meine Ausarbeitung für eine Fabrikation, die Tuchfabrikation in Brandenburg zu finden. Ich werde sie finden, und Sie werden erstaunen, welche Summe von Spezialkenntnissen, Kraft und Ausarbeitung bis in das geringste Detail dazu gehört, um die Sache ins Leben zu rufen, die doch vielleicht mit meinem Tode zusammengesunken wäre. Der Staat müßte voller ungeahnter Genies sitzen, wenn dergleichen im größeren Umfange möglich wäre. Uebrigens sind schon eine Menge solcher Institute bankrott geworden, z. B. die einfachsten der Welt: die Schneiderassoziationen. Es steht ihnen das entgegen, was ich in meinem gestrigen Schreiben, das ich aufzuheben bitte, so flüchtig es auch ist, über die Unveränderlichkeit der menschlichen Natur gesagt habe.

2. Ferner ein kaum zu überwindendes Moment bei Anlagen dieser Art ist die Verschiedenheit der Fertigkeit auf demselben Gebiete, aber gar nicht zu überwinden ist diese Verschiedenheit der verschiedenen Gebiete und ihr Verhältnis zueinander. Mir haben die Musterzeichner, die Jaquardweber unendliche Not gemacht. Gehen Sie mit mir durch die Borsigsche Fabrik, die Plankammer, die Musterkammer, die Drechselwerkstatt usw., die Lackier-, die Hohltschlereien usw., und nun sagen Sie mir: wie sollen diese zum Ganzen stehen? Sie werden antworten: Vorläufig auf Lohn aus dem Ganzen, später am Jahresschluß nach Maßgabe der Gesamtsumme des Lohnes zur Gesamtsumme des Gewinnes. Da haben Sie gleich den Streit. Ebenso in einer Kattunfabrik. Ein Zeichner, den Sie aus Paris holen und mit 2000 Rt. besolden, hat, wenn er in einer kleineren Stadt, z. B. Mülheim a. d. Rh. arbeitet, schon nach zwei Jahren nur noch den Wert von 1000 Rt. jährlich. Wer soll dies entscheiden, wie soll sich die Rechnung zum Gesamtgewinn machen?

Immer wieder wird ein Teil der Arbeiter den anderen in Lohn nehmen müssen. Es ist ein sehr bedeutsames Zeichen, daß nach Hubers<sup>2)</sup> Bericht die Arbeiter gegen sich selbst gestimmt haben.

3. Ferner, angenommen es ginge im Innern alles nach Wunsch, so liegt ja die Hauptsache der Fabrikation, so wie die Sache bei uns in Deutschland sich gemacht hat, im Vertrieb. In England ist dies weniger der Fall, weil dort Fabrikant und Kaufmann mehr getrennt sind, wobei freilich die Fabrikationsrente viel einbüßt und vermöge der großen Kapitalien viel einbüßen kann. Was wäre z. B. Brandenburg ohne Norwegen, was wäre Waldheim mit seinen Schleifereien von Halbedelsteinen ohne Unteritalien und Sizilien? Kennen Sie die Gefahr, die man mit Agenturreisenden läuft? Und anders ist die Sache nicht zu machen. Nur die Angst des Einzelunternehmers wirft sich mit Schnelligkeit auf eine oder die andere Branche; eine Assoziation ist dazu viel zu schwerfällig. Sie haben gar keine Vorstellung davon, mit welcher Sagazität ein Fabrikant aufpassen muß, um herauszuspüren, worauf wohl das Publikum seinen Geschmack werfen wird. Verrechnet er sich, ist er verloren, und ich habe Lager von 60 000 Rt. von der Leipziger Messe fast ungerührt wiederkehren sehen, worauf denn Akkord oder Fallissement eintrat.

4. Ferner müssen Sie durchaus aufhören, den Arbeiter für besser zu halten als andere Menschen. Er ist nicht schlechter, aber auch nicht besser. Machen Sie ihn zum Unternehmer, so werden Sie selbst alle Erscheinungen an ihm wahrnehmen wie am Bourgeois. Sie werden bald erleben, wie er, ein bißchen wohlhabiger geworden, nicht mehr der vertrauensvoll hingebende Mensch ist, der eben, weil er nichts zu verlieren hatte, sich der Leitung willig überließ. Ich habe Kolossales erlebt und schrie über kolossalen Undank. Aber mit Unrecht; ich hätte nur über die Mangelhaftigkeit der Natur, der Menschen klagen sollen, zu denen ich auch gehöre. Ich bin überzeugt, daß Sie ebenso furchtbares Fiasko machen würden wie Law<sup>3)</sup>, und daß Sie eine Unsterblichkeit erlangen würden, die wir uns gewiß beide nicht wünschen. Aber

5. Ferner ich nehme an, es ginge alles munter fort bis zum Wegfall des Zinses, so graut mir vor der entsetzlichen Welt, die Sie geschaffen hätten. Es ist absolut keine höhere Kultur mehr darin möglich, und wenn ich aus einer Wolke oder dem Himmel diese reichlich fressende, genießende und zeugende Herde ansähe, würde ich mich mit Ekel abwenden. Das Rätsel der Menschheit wäre auf eine scheußliche Weise gelöst. Durchdringen Sie sich nur mit der Notwendigkeit der Existenz des Schmerzenskindes: „die Sorge“, und Sie werden mit der Mangelhaftigkeit der Organisation der Gesellschaft sich aussöhnen. Goethe sagt einmal in seiner Weise: „es gehört ein gutes Maß der Opferung von Knochen und Mark und Fleisch dazu, damit ein einziger wirklicher Mensch leben kann.“ Alle sind berufen, aber sehr wenige sind auserwählt.

Dissentierend wie konsentierend

Ihr getreuer

Ziegler.

<sup>2)</sup> Victor Aimé Huber (1800—1869), der bekannte konservative Sozialpolitiker, mit dem Lassalle bald darauf in Verbindung trat.

<sup>3)</sup> John Law (1671—1729), der bekannte schottische Finanzmann, der mit seinen großen Finanzprojekten, die u. a. das französische Staatsdefizit beseitigen sollten, am Ende zusammenbrach.

1. März.

10. Unser Vaterland, ganz Deutschland und noch manche andere Nationen ringen in diesem Augenblick um die heiligsten Rechte des Menschen. Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende, die ganze Erde sieht mit Spannung darauf, da kommen die Arbeiter und sagen: was Ehre, Freiheit Selbstregiment! Der Magen! Staat hilf! Wer nicht für unseren Magen sorgen will, kann nicht Deputierter werden! Lieber Lassalle! glauben Sie mir, wenn Sie den zweiten Teil Ihres Manifestes in die Welt schicken, sind Sie ein toter Mann, und die Menschheit wendet sich mit horreur von den Arbeitern und ihrem allgemeinen Wahlrecht ab...

D. O.

Berlin, den 9. März 1863.

Ich stehe jetzt an dem „Vorabend“, wie die beliebte Zeitungsphrase lautet, „eines sehr wichtigen Ereignisses“. Ich meine mein Antwortschreiben an die Leipziger Arbeiter, welches bereits im Druck ist. Korrektur erwarte ich heute oder morgen, und noch im Laufe dieser Woche wird es erscheinen. Von den Arbeitern direkt und offen angefragt, ist es meine Pflicht gewesen, direkt und offen mit der Sprache herauszugehen. Die Schwierigkeiten waren immens. Bei den Arbeitern kann nicht einmal die Kenntnis dessen vorausgesetzt werden, was man heute unter Nationalökonomie versteht. Noch weniger kann ich in einer kurzen Broschüre von zweieinhalb Bogen mein nationalökonomisches Werk schreiben. Offenbar war die ganze Arbeit rein unnütz, wenn es nicht gelang, die Arbeiter von innen heraus zum Verständnis ihrer ökonomischen Lage zu bringen und sie gegen alle Lügen, Illusionen und Täuschungen zu befestigen, mit denen man ihnen kommen kann. Dabei mußte es für alle Welt durchaus leicht verständlich sein. Ich hielt selbst, als ich mich hinsetzte, die Schwierigkeiten dieser Aufgabe noch für unüberwindlich, habe sie aber in einer mich selbst überraschenden Weise gelöst. Das Ganze liest sich mit solcher Leichtigkeit, daß es dem Arbeiter sofort sein muß, als wüßte er das Jahre lang und daß niemand es ihm mehr rauben oder mit Trugschlüssen und Sophismen beseitigen kann. Die Wirkungen können erstaunliche sein. Da die Schrift ohnehin in eine bereits bestehende praktische Bewegung fällt, so müßte sie wirken ungefähr wie die Thesen 1517 an der Wittenberger Schloßkirche. Und so muß sie wirken, wenn unser Arbeiterstand nicht noch sehr träge und faul ist! Dies ist die eine Seite der Medaille. Nun kommt die andere: Ich las dieses Manifest im Manuskript zweien meiner Freunde vor. Der eine (Bucher) erklärte mir, daß er mir tags darauf seinen Rat geben werde. Tags darauf erklärte er mir, daß er mir feierlich jeden Rat verweigere, ob ich zur Veröffentlichung des Manifestes schreiten solle, ob nicht. Näher gedrängt, ließ er mir hinreichend deutlich durchblicken, daß er allerdings sehr für die Publikation sei, daß er mir aber nicht dazu raten wolle, weil er sich scheue, dadurch irgendeinen Teil der Verantwortlichkeit vor mir auf sich zu nehmen wegen des wütenden Hasses und der scheußlichen Verunglimpfungen, mit welchem mich die Bourgeoisie verfolgen werde.

Der andere (Ziegler), freilich ein politischer Revolutionär (sonst Bourgeois vom Scheitel bis zur Zehe), war, während ich ihm das Manifest

vorlas, ganz damit einverstanden, daß ich es loslasse. Am Abend aber schrieb er mir einen drei Bogen langen Brief; ich sei, wenn ich das veröffentlichte, ein toter Mann: ich hätte mich auf immer ruiniert; es seien horreurs; die Fortschrittspartei würde himmelhoch jubeln, daß ich mich selbst gestürzt und unmöglich gemacht hätte; ich würde einen Haß gegen mich erregen, in dem ich unterginge usw.

Ich antwortete auf dies alles nur mit dem alten Luther „Hier stehe ich, ich kann nicht anders; Gott helfe mir, Amen!“ — Und wenn ich gleich augenblicklich moralisch tot wäre und selbst physisch in sieben- und siebenzig Stücke zerrissen werden sollte, ich hätte dennoch nicht anders gekonnt! — Eine Arbeiteragitation ist da; es ist nötig, ihr das theoretische Verständnis und das praktische Losungswort zu geben — und wenn es dreihundertmal den Kopf kostete.

So wenig aber Schwanken in mir ist und war über das, was ich zu tun hatte, so wenig übersehe ich die möglichen Folgen. Die Bourgeoisie ist sich, wie jeder herrschende Stand, sehr klar über ihre Interessen, vollkommen klar, und wird mich gerade um so wütender hassen, je praktischer und je leichter ausführbar das Losungswort und je klarer das theoretische Verständnis ist, das ich den Arbeitern gegeben habe.

Der Arbeiterstand im allgemeinen ist aber vielleicht noch nicht reif zur Klarheit, und ist dies der Fall, so bin ich allerdings ein toter Mann und die Fortschrittspartei kann jubeln, daß ich mich gestürzt. Aber auch das soll mich dann nicht kränken! Ich ziehe mich dann in die reine Wissenschaft zurück und habe dann den entscheidenden Beweis erlangt, daß vorläufig die Zeit nur noch für Humbug reif ist. Dann kann ich der Politik mit gutem Gewissen den Rücken kehren und lebe still als toter Mann bei den Toten. Aufgehen wird der Same schon, den ich durch dieses Manifest gestreut; gleichviel wann.

Ich stehe also, wie gesagt, an einem sowohl objektiv als subjektiv für mich sehr verhängnisvollen Ereignis.

Das Urkomische ist, daß ich so gar nichts in meinem Manifest gesagt habe, was nicht — im guten Sinne — streng konservativ ist. Es wäre die konservativste, durchaus legale und friedliche Weise, die Arbeiter zu erlösen! Aber freilich kann das Manifest dennoch nur im entschieden revolutionären Sinne wirken. Denn die herrschenden Klassen wollen eben die Erlösung der Arbeit nicht. Sie wollen nicht nur, daß man ihren bestehenden Besitz respektiert — dies tut mein Manifest durchaus —, sie wollen die Fortdauer ihrer Privilegien, das Fortspielen der jetzigen Erwerbsmonopole auch für die Zukunft. Und gerade je mehr ein Vorschlag auf Erlösung der Arbeit ihren vorhandenen Besitz respektiert und je legitimer und praktischer er dadurch ist, — für um so gefährlicher betrachten sie ihn mit Recht, um so wütender sind sie! Gegen das Interesse hilft kein Disputieren!

Mit herzlichem Händedruck

Ihr

F. Lassalle.

## Lassalles letzte Tage

Von Fritz Hellweg

Lassalles „letzte Tage“ umfassen den Zeitraum von nur fünf Wochen. In dieser kurzen Spanne hat sich sein Schicksal mit einer dramatischen Spannung ohnegleichen entladen. Nicht aus seiner gewaltig aufgetürmten Lebensarbeit, sondern von außen her, unvorhergesehen, nahte sich ihm das Schicksal. Die unberechenbaren Launen eines einundzwanzigjährigen Mädchens brachten den gewaltigen Mann, der, stets auf seinen guten Stern vertrauend, einen Kranz von Siegen und Triumphen um sein Haupt gewunden hatte, jäh zu Fall.

Dieser letzte Lebensmonat Lassalles ist oft literarisch behandelt worden. Zuerst haben seine nächsten Freunde, die die Tragödie miterlebt hatten, sich verpflichtet gefühlt, der Welt eine Darstellung des wahren Hergangs zu liefern. Die treue Freundin des von der Kugel des Duellgegners in blühendem Alter Gefällten, die Gräfin Sophie v. Hatzfeldt, wollte ihrem Freund in einer Gedenkschrift ein Denkmal setzen. Leidenschaftlich machte sie sich an diese Aufgabe heran, doch bald mußte sie erkennen, daß ihre und des Verstorbenen Freunde recht hatten, die ihr von einer zu schnellen Niederschrift abrieten und ihr empfahlen, eine Stunde abzuwarten, in der sie „frei im Geiste und ruhig im Gemüt“ sein werde. Sie wandte sich um Hilfe zuerst an Lothar Bucher, den Testamentsvollstrecker Lassalles, war aber von seiner „juristisch-richterlichen Haltung“ enttäuscht und schrieb nun an Karl Marx nach London. Marx lehnte ab, da er sich, wie viele andere Freunde Lassalles, mit dessen Ende nicht abfinden konnte. Der nächste, der um die Abfassung der Gedenkschrift angegangen wurde, war Bernhard Becker, der Lassalle im Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gefolgt war, diesen Verein aber, was die Gräfin Hatzfeldt allmählich zu erkennen glaubte, nicht im Geiste Lassalles weiterlenkte, sondern in andere Bahnen führte, und sie damit enttäuschte. Nun wandte sie sich an Wilhelm Liebknecht, der wohl die Bearbeitung übernahm, jedoch in den Dokumenten und Berichten viele Stellen kürzte, ja sogar veränderte, wo er glaubte, daß dem Andenken des Freundes Schaden erwachsen könne, weil eben die Zeit zu einer vorurteilslosen Beurteilung mancher Begleitumstände des traurigen Geschehens noch nicht reif zu sein schien. Aber auch diese Bearbeitung gedieh nicht soweit, daß sie veröffentlicht werden konnte, und nun schien die Gräfin Hatzfeldt ihre Absicht aufgegeben zu haben. Da gab plötzlich Bernhard Becker im Jahre 1868 ein Buch heraus „Enthüllungen über das tragische Lebensende Lassalles“. Er behauptete in der Vorrede, für seine Schrift die Originaldokumente benutzt zu haben, die sich sämtlich in seinem Besitz befunden hätten, als er im Auftrage der Gräfin Hatzfeldt die Darstellung der letzten Lebenstage hatte schreiben sollen. Eine soeben im Verlag Axel Juncker in Berlin erschienene Schrift „Lassalles letzte Tage“, nach den Originalbriefen und Dokumenten des Nachlasses, herausgegeben von Ina Britschgischimmer bringt aber den Beweis, daß die Behauptung Beckers un- wahr ist. Die Verfasserin hat nach einer genauen Vergleichung der Originalbriefe mit der Beckerschen Schrift und der nichtveröffentlichten Liebknechtschen Broschüre nachweisen können, daß Becker niemals die

Originalbriefe seinem Buch zugrunde gelegt hat, sondern allein das von Liebknecht bearbeitete und stark gekürzte und redigierte Material. Die Veröffentlichung von Ina Britschgi-Schimmer, die sie mit dem Verwalter des Lassalleschen Nachlasses, Prof. Gustav Mayer, bearbeitet hat, bringt jetzt endlich volle Klarheit, indem in ihr nicht nur alle bisher bekannten Briefe und Dokumente vollkommen ungekürzt, sondern auch noch zahlreiche bisher unbekannte Schriftstücke veröffentlicht werden.

Die Zeiten und Auffassungen haben sich geändert. Damals, als die ganze Welt jäh überrascht war, als die treuen Freunde und Anhänger in ihrem Schmerze sich nicht zu fassen wußten, daß Lassalle, der aufgekklärte Bekämpfer aller Vorurteile, einem unbedeutenden Menschen als Gegner im Duell sich hatte stellen können, damals war das Erstaunen, die Entrüstung und der Schmerz zu groß, als daß man einem Manne wie Lassalle es hätte vergeben und verzeihen können, daß er so aus seiner Rolle als vorbildlicher Mensch und Führer herausgetreten war. Heute, wo wir das gesamte Lebenswerk Lassalles überblicken und seine abgerundete historische Bedeutung viel besser würdigen können, als es seinen Zeitgenossen je möglich war, heute können wir die Schilderung seines tragischen Endes ganz anders erfassen. Das Menschliche tritt voll in seine Rechte, und wenn wir diese Briefe lesen, diese besorgten und angsterfüllten Schilderungen seiner nächsten Freunde, dann empfinden wir mit reinem Mitgefühl die Qual, die in rasendem Tempo einen Unglücklichen zum frühen Ende geführt hat.

Es begann wie eins der vielen Liebesabenteuer, die Lassalle, dessen schöne und feurige Persönlichkeit immer stark auf die Frauen wirkte, schon erlebt hatte. Kein Mensch, am wenigsten Lassalle selbst, konnte ahnen, daß sich die Dinge so tragisch entwickeln würden. Lassalle war im Juli 1864 vor den politischen Kämpfen und Anstrengungen nach Rigi-Kaltbad geflüchtet in die Einsamkeit. Er sehnte sich nach der treuen Freundin Hatzfeldt und schrieb ihr: „Und jetzt bin ich da, mutterseelenallein, liege auf der grünen Matte, denke an den Wechsel des Irdischen und vergangener Zeiten Pracht! Es ist mir, als hätte sich meine Existenz verengert und wäre ärmer geworden, da ich jetzt niemand mehr um mich habe, wo stets sonst welche — und oft so viele — meinen Genuß vermehrend um mich waren! — Ich muß nicht allein reisen. Ich bin dafür nicht gemacht.“ Diese Worte kennzeichnen seine Stimmung; er hatte einen Nervenzusammenbruch erlebt und empfand jetzt den ihm ungewohnten Druck der Einsamkeit nach all dem Kampf und wilden Trubel der letzten Vergangenheit. Da wird ihm gemeldet, daß eine Dame ihn zu sprechen wünsche. „Ich war ganz verblüfft. Wer konnte dies sein? Ich riet — ja, ich wußte gar niemand, auf den ich raten sollte! Ich nehme also Hut und Stock und eile hinunter. Da hält hoch zu Roß mit einer Engländerin und einer Amerikanerin und einem Franzosen — wer? Helene, der Goldfuchs! Sie hatte von Holthoff brieflich erfahren, daß ich auf Rigi-Kaltbad bin und hatte sofort eine Rigi-Partie organisiert, um mich auf Kaltbad abzuholen.“ Lassalle ist sofort aus aller Träumerei gerissen und unterhält sich aufs angenehmste mit dieser Reisegesellschaft. Helene war die Tochter des bayerischen Gesandten in Genf, v. Dönniges, die er schon früher in München kennengelernt hatte. Er verspricht ihr, sie in den nächsten Tagen in Genf zu besuchen, und fordert die Gräfin Hatzfeldt auf, sich mit ihm in Vevey zu treffen. „Helene, der Teufel,

wird schon etwas anzufangen wissen, um uns dahin zu folgen.“ Das klingt alles noch lustig und harmlos. Aber schon am nächsten Tage schreibt Lassalle der Hatzfeldt, er habe einen Brief von Helene erhalten, „einen höchst ernsthaften Brief! Die Sache wird ernst, sehr ernst, und das große Gewicht des Ereignisses fällt mir wieder etwas auf die Brust! Inzwischen — einmal kann ich nicht mehr zurück, und dann wüßte ich auch wahrhaftig nicht, warum ich zurück sollte! Es ist ein schönes Weib, und ihrer Individualität nach das einzige Weib, das sich für mich paßt und eignet. Das einzige, das Sie selbst für geeignet finden würden. Also en avant, über den Rubikon! Er führt zum Glück! Auch für Sie, gute Gräfin, mindestens ebenso wie für mich! Bei alledem ist es in dieser ohnehin so komplizierten Lage eine immense Komplikation mehr! Bin wahrhaftig wieder neugierig, wie ich dies alles zu gutem Ende führen werde, geradeso wie, als ich Ihre Prozesse führte, ich oft diese ganz unpersonliche objektive Neugier hatte — als läse ich einen Roman — wie ich mich und Sie aus dieser Lage erretten würde!“ Seltsam ist diese Vorahnung, die in diesen übermütigen Worten liegt.

Helene hatte sofort nach ihrer Rückkehr nach Wabern, wo sie mit einer englischen Freundin einige Tage verbrachte, noch abends einen langen Brief an Lassalle geschrieben, in dem sie ihm ihren Entschluß mitteilte, seiner Werbung zu folgen und die Seiner zu werden. Eigentümlich ist der Stil ihres Briefes. Sie spricht Lassalle mit „Freund Satan“ an, erklärt, seine „teuflische Verwandtschaft“ zu fühlen; der in ihre Adern gedrungene Tropfen seines „satanischen Blutes“ gebe ihr Kraft und Lust zum Leben. Sie spricht von seinem schönen, herrlichen Geiste und seiner „so großartigen, aber ihr lieben Eitelkeit“. „Ich will, denken Sie, das Kind sagt, ich will — ich will also, daß wir alles versuchen, was in unsern Kräften steht, und in Ihren Kräften, mein schöner satanischer Freund, steht ja so ungeheuer viel — um auf eine anständige, vernünftige Weise zu unserm Ziel zu gelangen.“ Lassalle soll versuchen, die Eltern für sich einzunehmen und ihre Einwilligung zu bekommen; wenn sie aber unerbittlich bleiben, so ist Helene entschlossen, mit ihm nach Aegypten zu fliehen. Immer wieder erklärt sie, sie wünsche, daß „die ganze Sache so schnell als möglich geht“, als ob sie selbst Angst vor ihrer Unbeständigkeit hätte. Sie ist mit einem jungen Wallachen Janko v. Racowitza verlobt. „Ich muß“, schreibt sie, „mit krassem Egoismus einen schönen Jugendtraum vernichten, der, verwirklicht, das Glück, das Lebensglück eines edlen Menschen machen sollte.“ War es eine flüchtige Laune, ein plötzlicher Entschluß, der das junge temperamentvolle Mädchen veranlaßte, sein Lebensziel so entscheidend zu verändern? Fast möchte es so scheinen, wenn man nicht in einem andern Brief an ihren väterlichen Freund Holthoff läse, daß sie ihn zum Zeugen dafür anruft, wie sie seit anderthalb Jahren so sehr gekämpft habe „gegen mein eigenes Herz, und noch mehr gegen meinen Geist“, und daß doch immer das Interesse für „ihn“ durch alles andere durchgebrochen sei. Helene kehrt nach Genf zurück zu ihren Eltern, die Lassalle am nächsten Tag besuchen soll. Gegen die Verabredung gesteht sie ihrer Mutter ihre Liebe zu dem Freunde, stößt aber auf kalte Ablehnung. Die Mutter spricht mit dem Vater und nun ist, schon bevor Lassalle selbst eingreifen kann, alles verdorben, denn der brutale und sehr beschränkte Vater weigert sich brüsk, Lassalle überhaupt zu empfangen; er glaubt, Lassalle wolle sich nur in die Familie drängen, um Verbindungen und eine Stellung

in der Gesellschaft zu erlangen. Wenn man dem brieflichen Bericht, den Helene ihrem Freunde über diese Verhandlungen gab, glauben darf, so hat sie fest zu ihm gestanden und hat erklärt, das elterliche Haus für immer zu verlassen. Vielleicht schrieb sie die Wahrheit, — die nun folgende impulsive Handlung spricht dafür. Helene erschien plötzlich in der Pension Lassalles, warf sich in Verzweiflung auf sein Bett und rief aus: „Ich bin das unglücklichste Geschöpf auf der Erde. Hier hast du deine Sache, mach mit mir, was du willst!“ In diesem Augenblick entschied sich Lassalles Geschick. Er wollte ehrenhaft bleiben, wollte es Helene ersparen, sich und ihm künftig Vorwürfe machen zu müssen, er beruhigte sie, ergriff sie bei der Hand und führte sie selbst unberührt ihrer Mutter wieder zu. Aber, als sich die Türe hinter ihm schloß, hatte er die Geliebte auf ewig verloren. Helene wird von ihren Eltern eingesperrt, darf keine Briefe empfangen und keine schreiben. Man quält sie mit Vorwürfen und bestürmt sie, auf den Knien, mit flehenden Bitten, der Verirrung zu entsagen; man läßt ihren Verlobten kommen und drängt sie, an dem früher gegebenen Versprechen festzuhalten. Lassalle, dessen Briefe nicht bestellt werden können, der keine Nachricht erhält, der seine edle Handlung so schnöde belohnt sieht, gerät in vollkommene Verzweiflung. In ihm streiten sich enttäuschte Liebe, verletzter Stolz und gekränkte Eitelkeit. Seine ruhige Ueberlegung ist dahin. Er weiß nicht mehr, was er tun soll, und er, der so vielen geholfen, wendet sich nun flehend an seine Freunde. An die Gräfin Hatzfeldt schreibt er: „Wenn ich diese Sache nicht durchsetze — ich zweifle sehr daran, so bin ich für immer gebrochen und fertig mit allem. Noch viel mehr vielleicht als des Mädchens Verlust zerbricht mich meine Gimpel. Wenn ich sie nicht durch Sieg ausgleichen kann, verachte ich mich selbst für immer auf das schönste.“ — Ein Freund, Oberst Wilhelm Rüstow in Zürich, meldet seine sofortige Ankunft und ist derjenige, der mit größter Aufopferung und Hingabe zu retten sucht, was zu retten ist. Aber es ist nichts mehr zu retten. Helene ist schnell mürbe geworden und alle Versuche, von ihr eine Antwort zu erlangen, ihre ehemals so spontan geäußerte Zuneigung wieder zu beleben, sind vergebens. Ja, als es dem Freunde Lassalles endlich gelingt, bei den Dönniges vorgelassen zu werden, übergibt sie ihm in kühler Ruhe ein kaltes Absageschreiben, in dem sie ihre Freiheit zurückverlangt. Weder Lassalle noch seine Freunde können an eine solche Herzlosigkeit glauben. Alle sind überzeugt, daß das Verhalten des Mädchens und seine Aeußerungen von dem brutalen und gewalttätigen Vater erzwungen wurden. Lassalle hat inzwischen, um den Vermittlern ihre Tätigkeit zu erleichtern, Genf verlassen und war zur Gräfin Hatzfeldt nach Karlsruhe und von dort nach München geeilt, um hier durch Hrn v. Eüow und Richard Wagner das diktatorische Eingreifen — des Königs zu erlangen! Die Hatzfeldt mußte inzwischen den Erzbischof von Mainz besuchen, um die Stellung der Kirche entmenschten Eltern gegenüber, die ihr bereits mündiges Kind vergewaltigen, zu erkunden. Auch sonst setzte Lassalle Himmel und Hölle in Bewegung. Er scheint zunächst Glück zu haben. Ein bayerischer Minister und Vorgesetzter des Gesandten v. Dönniges erklärt sich bereit, diesen zur Zustimmung für eine Begegnung Lassalles mit Helene vor einem Notar zu nötigen. In fieberhafter Hast eilt Lassalle nach Genf zurück, obwohl ihm die Freunde schon telegraphieren, daß alles vergebens sei und ihn anflehen, doch nur dieses eine Mal auf sie zu hören.



Helene hatte in einer Zusammenkunft mit der Gräfin Hatzfeldt ihren wahren Charakter bereits offen enthüllt. In kaltem und verletzendem Ton hatte sie auf die Erinnerung an ihre Schwüre geantwortet: „Schwüre! Oh, ich schwöre ja nicht!“ Die Bitte um eine ganz kurze Unterredung mit Lassalle verweigerte sie lächelnd mit den Worten: Lassalle spreche gern und viel, und es würden wohl kaum zwei Stunden dafür ausreichen. Endlich waren dem zurückgekehrten Lassalle die Augen geöffnet, man glaubte ihn beruhigt, als er ausrief: „Dieses Mädchen ist eine verworfene Dirne, es ist vorbei, ich denke gar nicht mehr an sie.“ Leider war es noch nicht vorbei, denn bald darauf geriet Lassalle wieder in die höchste Aufregung; wie die Freunde berichteten, rannte er wie ein gefangener Löwe im Zimmer umher, sich die Haare raufend. Nun wollte er Rache haben. Den Freunden, die ihm erklärten, daß er als prinzipieller Gegner des Duells doch nicht selbst ein Duell eingehen könne, antwortete er: „Dies ist kein Duell, es ist Rachel!“ Er ließ sich nicht davon abhalten, dem alten Dönniges eine Forderung zu schicken. Dönniges floh nach Bern und an seine Stelle trat der Schwigersohn Racowitza. Am 28. August, frühmorgens, traf Lassalle die tödliche Kugel und am 31. August ist er seiner Verletzung erlegen.

## Georg Herwegh

Zu seinem 50. Todestage

Von C. F. W. Behl

Im Jahre 1841 wurde die bittere Regel, daß man mit Lyrik auf keinen grünen Zweig kommen könne, durch eine einzigartige Ausnahme bestätigt: den sensationellen Erfolg einer Gedichtsammlung, die ein kleiner Schweizer Verlag herausbrachte und bald in mehr als zehntausend Exemplaren absetzen konnte. „Lieder eines Lebendigen“ nannte sie sich, und ihr Verfasser war Georg Herwegh, ein 24-jähriger Schwabe, Sohn eines Stuttgarter Gastwirts, schon als Kind nach dem Zeugnis seiner Mutter von verträumter, sensibler Art, der, zum Theologen bestimmt, in seinen Werdejahren sich mit Haß gegen jegliches Autokraten- und Pfaffentum vollgesogen hatte und durch einen Konflikt mit den Militärbehörden seines Vaterlandes über die Schweizer Grenze ins Exil verweht worden war. Die Leidenschaft seines Empfindens, in eine hinreißende Diktion umgesetzt, erfüllte alle seine Strophen mit einer flammenden Glut. Es waren politische Gedichte, einstimmend in den Chor des „Jungen Deutschlands“, das im Geiste Börnes, Gutzkows und des gemäßigteren Heine damals die geistige Bewegung gegen jene Reaktion in den deutschen Ländern anführte, die seit dem Verfassungswortbruch nach den Freiheitskriegen schwer auf allem Volk lastete und einen Genius wie den früh verstorbenen Georg Büchner (dessen Gedächtnis Herwegh eines seiner allerschönsten Gedichte widmete) außer Landes gehetzt hatte. Wie ein Morgenruf der Freiheit erklangen nun die temperamentvollen Rhythmen des schwäbischen Béranger, der den poetischen Ausdruck des Zeitgeistes gefunden hatte und mächtig alle Gewissen aufrührte. Freiligrath, der damals gerade von Friedrich Wilhelm IV. mit einer Pension gekauft worden war, gab, durch Herweghs Spottvers: „Ja, ich bin es in der Tat, — Den Bediente Bruder nennen, —

Bin der Sänger Freiligrath“ bekehrt, den Preis für seine innere Freiheit zurück und reihete sich in Phalanx der revolutionären Geister ein. Die Zeit schien reif geworden für das politische Lied, das nur noch dem Spießer „garstig“ klingen wollte. Wie mehr denn vierzig Jahre später Arno Holz mit dem „Buche der Zeit“, das in Haltung, Gesinnung und Diktion (manchmal bis aufs Wort) an Herwegh erinnert, dem steilsten Aufstieg des Sozialismus in Deutschland voraufging, so wetterleuchtete in den „Liedern eines Lebendigen“ die Revolution von 1848. Kein Wunder, daß sich für Herwegh, als er ein Jahr nach dem Erscheinen seiner Gedichte durch die deutschen Lande reiste, diese Fahrt zu einem Triumphzug gestaltete, der, ihn von Bankett zu Bankett geleitend, ihm die enthusiastische Huldigung der Jugend bescherte. Bis zu jener, seither von mancherlei Legenden umwobenen Audienz bei dem vierten Friedrich Wilhelm, dem geistvollen, romantischen Reaktionar, den wohl der Reiz einer zu erlebenden Marquis-Posa-Szene dazu beweg, seinen „ehrliehen Gegner“ kennenzulernen und mit einigen schönen Phrasen, wie der von der „gesinnungsvollen Opposition“, vielleicht gar zu blenden. Auch Herwegh, mehr ein Rhetoriker als ein Mann der Tat, bestand bei dieser Gelegenheit nicht allzu rühmlich. Und als bald nach der Zusammenkunft ihn ein bösartiger Streich der preußischen Zensur traf, richtete er einen ungeschickt provokatorischen Brief an den König, der des Freiheitsangers unverzüglichen Abschub zur Folge hatte. Auch sein schweizerischer Zufluchtsort Zürich, wo damals reaktionäre Elemente wateten, wollte nun nichts mehr von ihm wissen, und so zog er denn in das Paris des Burgerkonigs Louis Philippe, dessen spieburgerliche Atmosphère ihn wiederum schwer enttäuschte. Einen Gewinn für das Leben trug er immerhin aus diesem ersten deutschen Abenteuer davon: seine Gattin Emma, die Tochter eines reichen Berliner Seidenhandlers, deren Vermögen ihm ein freigewahltes Dasein ermöglichte und deren Geistesverwandtschaft ihn treu und gleichgestimmt durch die ferneren Jahre geleitete.

Der Dichter Herwegh hatte sein Wesentlichstes in den „Liedern eines Lebendigen“ erschöpft. Schon der zweite Teil, der 1843 erschien, wirkte schwächer und versagte im Erfolg, obwohl sich gerade in ihm so hinreißende Hymnen, wie „Die deutsche Flotte“, finden. Der Dichter bog jetzt entschieden zur Satire ab, die, an Heines Manier geschult, in den Vordergrund seines Schaffens trat. Durch die Erfahrungen mit dem Preuenkonige war Herwegh, der noch 1841 von einem innerlich erneuerten Herrschertum geträumt hatte, zum entschiedenen Republikaner geworden, und so mußte ihm die Pariser Februarrevolution mit der Ausrufung der zweiten französischen Republik zum gluckvollsten Erlebnis werden. Als bald darauf aus Deutschland die Kunde von revolutionären Bewegungen über den Rhein drang, ließ er sich darum gerne und den Warnungen wohlmeinender Freunde zum Trotz dazu hinreißen, mit einer Freischar von einigen tausend Pariser Deutschen dem badischen Aufstande Heckers zu Hilfe zu eilen. Dabei mußte er, dessen Persönlichkeit sich im Rausche des Wortes erschöpfte und über keinen Maßstab für die realen Dinge gebot, notwendig Schiffbruch leiden. Das denkwürdige Gefecht von Niederdossenbach zersprengte seine Truppe, und er selbst rettete, von seiner tapferen Frau begleitet, mit knapper Not das nackte Leben über die Grenze. Für Hohn und Spott über seinen „Schwabenstreich“ brauchte er

nicht erst zu sorgen, und die immer geschäftige Verleumdung seiner politischen Gegner, den heutigen Gepflogenheiten der deutschen Reaktion ebenbürtig, sorgte überdies für die Ausstreuung eines Märchens, das ihn durch den Anschein persönlicher Feigheit vollends erledigen sollte. Ist dieser Schwindel auch längst entlarvt, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß Herwegh spielerisch und im unholden Wahn eines lebensfremden Literaten in sein Abenteuer hineingeriet, wie er überhaupt die Geste liebte und als Jüngling gerne eine Jakobinermütze auf der Straße spazieren führte. Ebenso bezeichnend ist es, daß ihn auf dem Kriegspfade als Lieblingslektüre der „Don Quichotte“ begleitet hat.

Seit dem Mißerfolg überkam Herwegh mit den Jahren wachsende Verbitterung. Seine Produktivität schien gelähmt, und er lenkte seinen Geist auf wissenschaftliche Gebiete ab, auf denen er sich so intensiv fortbildete, daß ihm eines Tages eine Professur in Neapel angeboten ward. Seine Berufung wurde schließlich durch das Bonapartistische Frankreich und das Hohenzollernsche Preußen in schöner Eintracht hintertrieben. Bis 1866 lebte er wieder in der Schweiz, und hier trat er, der mit dem großen Russen Bakunin befreundet gewesen und auch Karl Marx in Paris begegnet war, in ein inniges Freundschaftsverhältnis zu Lassalle, den Heine ihm erstmals als „Nouveau Mirabeau“ vorgestellt hatte. Lassalle ließ es sich mit Erfolg angelegen sein, den unentwegten deutschen Freiheitsmann für die aufblühende sozialistische Bewegung zu gewinnen. Seiner Anregung danken wir die seither berühmt gewordene Dichtung Herweghs, das „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, das er auf dringende Bitten des Freundes 1864 verfaßte und das die geflügelten, zur Losung gewordenen Worte enthält:

Mann der Arbeit, aufgewacht!  
Und erkenne deine Macht!  
Alle Räder stehen still,  
Wenn dein starker Arm es will.

Bis zu Lassalles tragischem Ende währte der treue Freundschaftsbund des großen Organisationsmit dem schwärmenden Dichter, und beredtes Zeugnis legen für ihn die Briefe Lassalles an Herwegh ab, die dessen Witwe auf Veranlassung Frank Wedekinds 1894 in der Schweiz erscheinen ließ.

Wenn auch die dichterische Produktion Herweghs, dessen Rhetorik eine Steigerung nicht vertrug, auf die Dauer leer lief, so hat er doch als Mensch bis an sein Lebensende vor 50 Jahren sich jedenfalls als selbstgetreuer, standhafter Charakter erwiesen. Seit der politischen Amnestie von 1866 in Baden-Baden ansässig, ist er vor dem neuen deutschen Kaiserthum nicht, wie fast alle seine Zeit- und einstigen Gesinnungsgenossen, zu Kreuze gekrochen. Er konnte und wollte in dem Reich aus Blut und Eisen nicht die endgültige politische Form eines neuen, von ihm erträumten Deutschlands erkennen. Seine Hoffnung blieb bei den Arbeitern, denen er in seinem wuchtigen Gedicht vom „18. März“ das Jahr 1848 als Mahnung ins Gedächtnis hämmerte. Georg Herwegh, die „eiserne Lerche“, der Heine auf ihrem erdfernen Flug ins Blaue nachgerufen hatte: „Nur in deinem Gedichte lebt jener Lenz, den du besingst!“, wäre, hätte er nicht am 7. April 1875 diese Welt verlassen, der erste und leidenschaftlichste Sänger unserer deutschen Republik.

# Der Weg Wirths

Von Brutus

Der Haß, mit dem die Rechtsparteien den Reichskanzler a. D. Josef Wirth verfolgen, hat schon seine Gründe. Dieser Haß ist nicht geringer geworden, seitdem Josef Wirth den Sessel des Reichskanzlers wieder mit dem Platz des Reichstagsabgeordneten vertauscht hat. Diejenigen, die ihn heute noch so hassen wie im Jahre 1922, haben immer die dunkle Ahnung: eines Tages wird dieser Mann vielleicht wieder auf der Regierungstribüne stehen, und er wird wieder wie dama's seine Politik mit Zähnen und Fäusten verteidigen. Seine Gegner wissen ganz genau, daß sie dann einen schweren Stand haben werden. Denn mit dem Schlagwort der Erfüllungspolitik ist nicht mehr viel anzufangen, nachdem diese Erfüllungspolitik zur Londoner Konferenz geführt hat und nachdem Luther und Stresemann auch nichts anderes haben tun können, als Erfüllungspolitik zu treiben. Wenn man heute auf die Kanzlerschaft Wirths zurückblickt, kann der Gedanke kommen, daß durch das Schlagwort der Erfüllungspolitik der Druck auf der Rechten so gesteigert worden ist, daß durch diese Formel der Reichskanzler Wirth gestürzt wurde. Man kann sich fragen, ob es nicht klüger und zweckmäßiger gewesen wäre, eine andere Formel in das Volk zu werfen, die weniger zu Angriffen, weniger zu Widerständen gereizt hätte. Herr Stresemann hat natürlich auch diesen Gedanken gehabt, als er während der Zeit seiner Kanzlerschaft und bei den Reichstagswahlen im Mai das Wort „durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ prägte. Selbst diese Formel ist aber Herrn Stresemann, der sich ja jüngst in Sachsen rühmte, den Mut zu unpopulärer Politik zu haben, noch zu unpopulär gewesen, und deshalb erfand er, um den Deutschnationalen das Wasser abzugraben, für die Dezemberwahlen das Wort von der „nationalen Realpolitik“. Josef Wirth aber hat das Odium der Erfüllungspolitik auf sich genommen, und er hat dabei die innerpolitischen Schwierigkeiten gewiß vorausgesehen. Für ihn kam es aber auf die außenpolitische Zielsetzung an, und dieses außenpolitische Ziel konnte in kürzerer oder längerer Zeit nur erreicht werden, wenn man dem Auslande und dem Inlande gegenüber auch den Mut zur Erfüllungspolitik und zu dem Worte Erfüllungspolitik aufbrachte. Ohne diese Erfüllungspolitik ist die Londoner Konferenz, ist das Dawes-Abkommen nicht denkbar. Die große Regelung der Reparationsfrage konnte nur erfolgen im Sinne der Wirthschen Politik, und sie ist ja auch tatsächlich in diesem Sinne erfolgt. Wenn jetzt Dr. Heinrich Hemmer, Wirths Staatssekretär in der Reichskanzlei während seiner Kanzlerschaft, die Reden in Buchform herausgegeben hat, die Josef Wirth während seiner Amtszeit gehalten hat (Verlag der Germania A.-G., Berlin C 2), so ist daraus wieder aufs deutlichste zu erkennen, wie einheitlich, innerlich klar und geschlossen die Politik Wirths gewesen ist. Die Veröffentlichung Hemmers gibt ein gutes Bild dieser Wirth-Linie. Diese Veröffentlichung bedarf freilich noch gewisser Ergänzungen, denn die Gesamtpolitik dieses republikanischen Zentrumskanzlers gibt erst dann ein wirklich vollständiges Bild, wenn auch die Widerstände geschildert werden, denen zum Trotz die Politik Wirths durchgeführt wurde.

In dem Buche Hemmers erlebt man den politischen Redner Josef Wirth. Wir haben in Deutschland wenig politische Redner großen Stils

gehabt. In der Frankfurter Pauls-Kirche gab es einige, im Bismarckschen Reichstage hat es einige gegeben, aber im ganzen ist die Mischung vom politischen Redner und Volksredner bei uns nicht sehr häufig gewesen. Wirth ist einer der wenigen Volksredner großen Stils. Ihm ist auch das Temperament, das innere Feuer Lassalles zu eigen, das dann nicht fehlen darf, wenn das Volk wirklich innerlich gepackt werden soll. Am unmittelbarsten zeigt sich das bei der großen Reichstagsrede vom 25. Juni 1922, die wohl die imposanteste und schärfste Abrechnung mit den Rechtsparteien darstellt, die Deutschland nach dem Kriege erlebt hat. Diese Rede offenbart Wirth als Kampfnatur, der schonungslos das bekämpft, was er als bekämpfungswert erkannt hat. Um dieser Rede willen wird Wirth noch heute so glühend gehabt, denn die Reaktion in Deutschland weiß, was sie von diesem Manne zu erwarten hat, wenn seine politische Stunde wieder einmal schlagen sollte.

Es ist aber auch nützlich und notwendig, einmal die übrigen Reden des Kanzlers Wirth wieder durchzulesen, denn dann ist zu erkennen, daß von dem politischen Kapital dieses Mannes auch die Männer zehren, die nach ihm gekommen sind. Wenn wir heute nicht mehr unter dem Druck der Politik auf Termine stehen, so muß darauf verwiesen werden, daß gerade Josef Wirth sich immer gegen diese Politik gewehrt hat. Wirth hat auch den Zusammenhang dieser Politik mit der Sicherheitsfrage gesehen. Wenn heute Stresemann und Luther in der Sicherheitsfrage Angebote, Vorschläge oder, wie man es sonst nennen will, machen konnten, die unter Umständen Verhandlungsmöglichkeiten bieten, so liegt das in der gleichen Richtung der Treuga Dei, für die sich auch Wirth in Genua und nach Genua einsetzte. Der wesentlichste Unterschied ist doch nur, daß Luther und Stresemann in einer andern Situation sprechen können, aber diese andere, bessere Situation ist nicht zuletzt auf das Konto des früheren Freiburger Mathematiklehrers Wirth zu verbuchen. Luther glaubt im besonderen, das Wort von der sachlichen Politik erfunden zu haben. Aber auch dieses Wort ist nicht neu, es ist eine Erbschaft Wirths, der bei der Beratung der Gesetzentwürfe über die Wahl des Reichspräsidenten am 20. Oktober 1922 im Reichstag erklärt hat: „Ich habe die Politik in diesem Sommer, und gerade die Außenpolitik, geführt ohne Rücksicht auf Parteien und Personen. Wenn ich etwas in Anspruch nehmen kann, ist es die sachliche Führung der Reichsgeschäfte, der ich die letzte Kraft moralischer und materieller Art gewidmet habe.“

Das Buch Hemmers zeigt so, daß es sich nicht um das Vermächtnis eines politisch toten Mannes handelt, sondern es ist das Zeugnis eines höchst lebendigen Politikers. Es ist besonders deshalb wertvoll, weil es politische Grundsatztreue offenbart. Es war nur natürlich, daß Wirth bei neuen politischen Szenen im Hintergrunde blieb. Aber Wirth ist sich ja auch im Hintergrund treu geblieben. Seine Nein-Karte für das Kabinett Luther ist doch wohl deutlich genug. Die deutsche Republik kann diesen Mann nicht feiern lassen, und Wirth wird nicht ewig unter der Komparserie stehenbleiben: eines Tages wird ihm eine führende Rolle in dem Stück, das sich „Deutschlands Aufstieg“ nennt, gewiß sein.

---

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

Zum 100. Geburtstag Lassalles erschien soeben:

# FERDINAND LASSALLE

11. April 1825 — 31. August 1864

*Ein Lebensbild in z. T. unveröffentlichten Porträts  
von Ferd. Lassalle, der Gräfin Hatzfeldt, Helene v. Dönniges*

*Mit Geleitwort in drei Sprachen (Deutsch, französisch und englisch)  
und einer chronologischen Tafel von P. Thompson*

*Einmalige Luxus-Ausgabe in 4°, die Bilder in Heliodruck auf Karton  
aufgezogen, in nur 400 nummerierten Exemplaren*

*Preis Mark 5.—*

*Früher erschien:*

## MARX — ENGELS — LASSALLE

*Eine Bibliographie des Sozialismus*

*Drei Teile. Mit Aufsätzen von Prof. Dr. Gust. Mayer und Ernst Drahn, und  
der Wiedergabe von Schriften von Marx, Engels, Lassalle, Bakunin und Lenin*

*3 Teil., mit Sach- und Autorenregister, 260 S.*

*jedes Heft M. 1.—, in Lwd. geb. M. 4,75, auf besserem Papier in Lwd. M. 6.50*

VERLAG von R. L. PRAGER in BERLIN NW 7



Zum 100. Geburtstage, 11. April 1925 erschien

# FERDINAND LASSALLE

DER MENSCH UND POLITIKER  
IN SELBSTZEUGNISSEN

Herausgegeben und eingeleitet von Konrad Haenisch

Kl. 8°, 215 Seiten. In Halbleinen geb. M. 2.—

(Kröners Taschen-Ausgabe Bd. 43)



In dem Bande sind vornehmlich solche Stücke ausgewählt, die nach mehr als  
einer Richtung hin geeignet sind, das nicht nur politisch, sondern auch mensch-  
lich so überaus fesselnde Problem Lassalle in neue Beleuchtung zu rücken.

*Zu beziehen durch jede Buchhandlung. Verlangen Sie Prospekte vom Verlag*

ALFRED KRÖNER VERLAG / LEIPZIG

## Neuigkeiten

### Sozialismus und Nation

von Hermann Heller

Aus dem Inhalt: I. Vom Wesen des Sozialismus • II. Wesen und Werden des nationalen Gedankens • Die Bedeutung des nationalen Gedankens für den Sozialismus • 102 Seiten • 1,20 M

### Die deutschen Arbeiterdichter

Neben den bereits erschienenen fünf Gedichtbändchen geben wir nunmehr heraus:

**Die jüngste Arbeiterdichtung**, zusammengestellt von Karl Bröger, Doppelband

**Franz Diederich**, „Jungfreudig Volk“, Gedichte

**Otto Krille**, „Aufschrei und Einklang“, Gedichte

**Bruno Schönfank**, „Sei uns — Du Erde!“, Gedichte

Jeder Band in Halbleinen 0,80 M, kart. 0,45 M, Doppelband in Halbl. 1,50 M, kart. 0,80 M, die ganze Serie (7 einfache u. 2 Doppelb.) Halbl. 8,60 M, kart. 4,75 M

Die Sammlung wird fortgesetzt

### Neue Volks- Musik-Kultur

Von Dr. Adolf Guttman, 32 Seit., 0,50 M

### Vom Basteln

Eine erste Anleitung und Einführung für Kinder- und Jugendgruppen von Kurt Witthauer, Preis 0,80 M

### Das große Wanderbuch

„Heimatwandern“

Ein Buch für die Jugend (reich illustriert) von Johann Charlet. Erscheint im Frühjahr. Preis ca. 2,50 M

Vollständige Verlagsliste  
steht zur Verfügung

**Arbeiterjugend-Verlag**  
Berlin SW 61  
Belle-Alliance-Platz 8

Zum 100. Geburtstag **Ferdinand Lassalles** (11. 4. 1925)  
erscheint Mitte April

## LASSALLES letzte Tage

nach Originalbriefen und Dokumenten aus dem Nachlaß

Herausgegeben von

**Ina Britschgi-Schimmer**

Preis in Leinen 7 Mark

Broschiert 4,50 Mark

Motto: *Ich habe die Inventur meines Lebens gemacht. Es war groß, brav, wacker, tapfer und glänzend genug. Eine künftige Zeit wird mir gerecht zu werden wissen.*

Das vorliegende Werk enthält den Briefwechsel von Ferdinand Lassalle mit Helene von Dönniges, Sophie von Hatzfeldt, Oberst Rüstow, Hans von Bülow usw., sowie Berichte der Freunde über das Duell und die letzten Tage Ferdinand Lassalles  
Bildbeigaben: Ferdinand Lassalle · Helene von Dönniges · Faksimilierte Briefe

Zu beziehen  
durch jede Buchhandlung

**AXEL JUNCKER VERLAG**  
BERLIN W 15  
Kurlürstendamm 29

*Sie lachen sich tot !!!*

# PANOPTIKUM MENSCH

VON

**KORAX**  
(JOSEF MARIA FRANK)

DAS  
**ULKIGSTE BUCH**

AUF BÜTTEN  
IN HALBLEINEN  
PREIS 8 MARK

Verlag Deutscher Bücher G.m.b.H. Berlin SW68



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

ROBERT BREUER:	
<b>Kein Mitleid mit Hindenburg</b> . . . . .	65
RUD. BREITSCHEID:	
<b>Hüben und drüben</b> . . . . .	68
KURT HEINIG:	
<b>Der regierende Bund der Landwirte</b> . . . . .	71
BRUTUS:	
<b>Vom Reichskanzler zum Reichspräsidenten</b>	74
ALBIN MICHEL: Kolonialfragen . . . . .	77
Polizeioberst SCHÜTZINGER: Staatspolizei u. Arbeiterschaft	80
ANTON SEILER: Schifffahrt tut not! . . . . .	85
PAPYRUS: Papierpatrioten . . . . .	87
EUGEN LEWIN-DORSCH:	
Durch die Slowakei nach Karpatho-Rußland . . . . .	88
ELSE KOLLINER:	
Richard Strauß' „Intermezzo“ in der Staatsoper . . . . .	91

Christliche Theaterreformer

Der Prozeß des Reichspräsidenten — Zwei Bekenntnisbücher: Lebensgeschichte eines Rebellen, Die Geister des Hauses

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

|| *Sie lachen sich tot ! ! !*

# PANOPTIKUM MENSCH

VON



**KORAX**  
(JOSEF MARIA FRANK)



DAS

**ULKIGSTE BUCH**

AUF BÜTTEN  
IN HALBLEINEN  
PREIS 8 MARK

Verlag Deutscher Bücher G.m.b.H. || Berlin SW68

## Kein Mitleid mit Hindenburg

Von Robert Breuer

Es gibt endlich etwas Neues unter der Sonne, etwas, was es wirklich noch nicht gegeben hat. Kaum wurde Hindenburg als Kandidat für die Präsidentschaft der deutschen Republik genannt, so hoben seine Freunde auch schon sämtliche Arme und flehten, daß ihm etwaige Feinde nichts tun möchten, denn er sei doch nun einmal Deutschlands größter Mann. Es wäre beinahe Gotteslästerung — so hieß es — gegen Hindenburg auch nur ein kleines Wörtchen zu sagen, ja es müsse als Blasphemie erklärt werden, wenn es überhaupt jemand wage, gegen ihn zu löcken, und Wilhelm Marx, der darauf beharre, sich gleichfalls um die Präsidentschaft zu bewerben, sei leibhaftiger Gottseibeius. Es ist in Deutschland, zum mindesten in dessen politisch verrückt gewordenen Kreisen, schließlich alles möglich, und so kann man sich immerhin vorstellen, daß Gymnasiasten, Luisenschülerinnen, Oberlehrer, Mitglieder des evangelischen Bundes, Kollegen des Herrn Roethe und andere Narren, Ostelbier und Hinterwäldler mancher Art allen Ernstes und mit Herzinnigkeit des Glaubens gewesen sein mögen, vor Hindenburg würde ganz Deutschland und würden darüber hinaus die Kontinente in die Knie sinken. Der sogenannte Reichsblock wird sich jedenfalls einen Bombenerfolg versprochen haben. Der ist nun allerdings ausgeblieben, und statt dessen scheint schon heute ein recht kapitaler Katzenjammer zu gespenstern. Und darum eben und für den Fall, daß der Bombenerfolg ausbliebe, von vornherein aus Vorsicht: mildernde Umstände. Es sei, wie man männiglich wisse, ein älterer Herr, der Retter Deutschlands, der größte Feldherr aller Zeiten; mit Politik habe er sich bis heute nicht befaßt und sei darum auch mit deren rauhen Sitten nicht vertraut, aber er sei ein edler Mensch und, wie wiederum bekannt, beinahe ein Greis. Darum — so schreien die Herolde — Hände weg von Hindenburg. Sie scheinen vergessen zu haben, daß die Geschichte und ihr Prozeß nach grausamen Gesetzen abzulaufen pflegen, und daß Milde ein seltsamer Anspruch ist für einen Kämpfer, der sich in die Arena begibt.

Es war in Deutschland wirklich niemand so böse, dem alten Hindenburg irgend etwas zu tun. Man hat ihm nicht einmal vorgeworfen, daß er schließlich doch — das läßt sich kaum leugnen — der General eines verlorenen Krieges gewesen ist, und daß immerhin mancherlei dafür spricht, daß dieser Krieg nicht ganz ohne seine Schuld — nämlich durch seinen Mangel an politischer Einsicht — verlorengegangen ist. Das alles war vollkommen ins Vergessen geraten; auch hat niemand in Deutschland sich mehr damit beschäftigt, zu untersuchen, inwiefern Hindenburg überhaupt aktiv an dem Krieg beteiligt gewesen ist oder inwieweit er schon während des Krieges nur Attrappe und Aushängeschild gewesen war. Die Milde, die heute für Hindenburg von seinen Wahlgängern verlangt wird, ist ihm seit den Tagen des Zusammenbruchs im

vollkommensten Maße widerfahren. Seine Freunde hätten es nicht notwendig, für ihren Heros um Milde zu bitten, wenn sie die Milde besessen hätten, ihn dort zu lassen, wo er war: nämlich in guter Ruh. Wir aber, wir können beim besten Willen nicht einsehen, weshalb wir mit Hindenburg größeres Mitleid haben sollten, als seine eigenen Freunde mit ihm gehabt haben. Sie haben ihn aus der ihm von ganz Deutschland gegönnten Ruhe herausgelockt, haben ihn in den Kampfring gestellt — sie können sich jetzt nicht darüber beklagen, wenn er niedergeboxt wird.

Der Kampf gegen Hindenburg macht wahrscheinlich niemandem in Deutschland besonderes Vergnügen. Man hat nicht das Gefühl, daß das der Kampf gegen einen Großen ist. Es kann ja sein, daß die Kriegsgeschichte Hindenburg eine hervorragende Stelle einräumen wird, und es ist ganz gewiß richtig, daß auch geschlagene Generale große Generale gewesen sind. Man braucht nur an Hannibal und Napoleon zu denken. Aber Hindenburg soll sich ja nicht wieder als Feldherr bewähren, sondern als Politiker, als der Politiker über der Politik Deutschlands — und da bleibt es eben dabei, daß der Kampf gegen ihn kein Vergnügen ist, weil es ein Kampf gegen ein Nichts ist, weil es der Kampf gegen einen Vorgeschobenen, gegen einen Mißbrauchten, gegen eine von hinten angedrehte und gestoßene Strohuppe, gegen einen alten Mann ist, der spürbar nicht einmal mehr zu erkennen vermag, welcher Vergewaltigung er unterlegen ist. Man wird erinnert an das Auftreten Hindenburgs vor dem Untersuchungsausschuß, eine überaus peinliche, ja schmerzhafteste Erinnerung. Wer menschliches Gefühl sich selbst in den Kriegsjahren und im Jahre des Zusammenbruchs bewahrt hatte, mußte bedauern, daß Hindenburg vor den Untersuchungsausschuß gestellt worden war. Der Eindruck, den dieser vollkommen aus seiner Umwelt herausgerissene, in eine ihm völlig fremde Umgebung hineingeratene Mann auf den Unbefangenen machte, war erschütternd. Eine so vollkommene kindhafte Hilflosigkeit mußte unwillkürlich für ihn einnehmen, und es gab damals nicht wenige grundsätzliche Gegner des Generals, die von Herzen gewünscht hätten, daß solch Verfahren mit politischem Instrument am völlig unzulänglichen Objekt hätte vermieden werden sollen. Gerade diese Wohlmeinenden aber — sie müssen und sie werden heute mit harter und unerbittlicher Kritik den Irrweg Hindenburgs ins Politische hinein, die Freiwilligkeit, mit der er heute tut, wozu er damals gezwungen war, zurückweisen und mit allen erfolgversprechenden Mitteln bekämpfen. Hilflosigkeit kann unmöglich Entschuldigung für vermeintliche Tapferkeit sein, und soviel Einsicht muß von einem beinahe Achtzigjährigen verlangt werden, daß er — mögen die Schmeichler auch noch so sehr flöten — erkennt, wozu er nach seiner ganzen Lebenserfahrung nun einmal nicht berufen ist. Erkennt er es aber nicht, dann können weder er noch die Schmeichler sich darüber wundern, daß die Abwehr gegen solch gefährliches Dilettieren der nötigen Energie nicht entbehrt. Wir sind darum nicht in der Lage, dem Greisenexzeß des Herrn Hindenburg irgendwelche Milde widerfahren zu lassen. Wir müssen aber alles, was in dem Kampf gegen Hindenburg vielleicht unschön ausfallen mag, auf die abwälzen, die ihren angeblichen Heros in solche Verlegenheit und Pein gebracht haben. Rücksicht kann auf Hindenburg und seine vorhandenen oder nicht vorhandenen Lorbeeren jedenfalls nicht genommen werden. Er greift als Monarchist, der zu sein er das Recht hat, nach dem höchsten Amt der Republik — er will auf die Verfassung einen Eid leisten, von dem man

anzunehmen berechtigt ist, daß er nicht einmal seinen Wortlaut zu erkennen vermag. Er will an weithin sichtbarer Stelle Politik machen, obgleich jedermann weiß, daß er die primitivsten Vorgänge des politischen Lebens nicht überblicken kann; er wird sich nicht darüber wundern dürfen, wenn die Republik alle ihre Kräfte anspannt, um ihn, wie alle ihre Feinde, unter die Füße zu treten. Wir haben in dem Deutschland des letzten Jahrzehnts schon einmal einen Greis an entscheidender Stelle sitzen gehabt: es war der Graf Hertling. Er pflegte bei wichtigen Beratungen einzuschlafen. Anfangs weckte man ihn, später unterließ man es, weil die Erfahrung gelehrt hatte, daß dies nützlicher war. Ein kaiserlicher Reichskanzler konnte vielleicht schlafend sein Amt verrichten. Das zu entscheiden war Angelegenheit der damaligen Machthaber. Der Präsident der Republik darf als Ersatz für ersehnte Kaiserkrone nicht nach der Schlafmütze greifen. Wir wollen Hindenburg jede Ruhe gönnen, aber nicht in der Wilhelmstraße, sondern auf seinem wohlverdienten Alterssitz in Hannover, oder wo es ihm sonst gefällt.

Die erste Kundgebung des unglücklichen Kandidaten, die herzerquickende Offenheit, mit der er seinem Vorgänger Jarres bestätigte, daß die Wahlaussichten für ihn, den nicht vom Schlachtenruhm Umglänzten, recht miserable seien — diese erste Kundgebung genügt vollkommen, um zu erkennen, welch Vergnügen Hindenburg seinen eigenen Freunden bereiten kann, und welche glorreichen Aussichten er für das politische Hochamt hat, das er anstrebt. Wir möchten aber meinen, daß Deutschland ein zu wertvolles Objekt ist, als daß es Experimentierkabinchen solcher harmlosen Tapsereien werden dürfte. Wir finden es sehr wenig national, um irgendeiner Wahnvorstellung willen, um aus irgendeinem Trotz heraus, um irgendwelcher Parteiinteressen wegen das deutsche Volk vor aller Welt dem öffentlichen Gelächter auszusetzen. Die Kandidatur Hindenburgs ist eine unnationale Tat und auch darum mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Wir hätten gern die Hände von ihm gelassen, jetzt aber kann ihn auch die vorsichtigste Taktik nicht davor bewahren, niedergekämpft zu werden. Seine Wahlpioniere müssen — so möchten wir annehmen — durch die Zurückhaltung, die sie sich auferlegen, bittere Qualen leiden. Nicht einmal Schwarz-Weiß-Rot haben sie so recht herzlich geflaggt. Aber sie werden es uns nicht verübeln, wenn wir an solcher Zurückhaltung ein wenig herumkratzen, und sie werden sich selber kaum wundern, wenn wir dabei sehr bald hinter der harmlosen Deckung die böse Grimasse des Balkenbiegers Tirpitz und der Schöninger Schlange finden. Und selbst wenn Hindenburg seine Wahlrede unter der Fahne der Republik halten würde — unser Vertrauen könnte solcher Geste nicht gehören. Aber er wird sich unter die Fahne der Republik nicht stellen — er wird nicht einmal das Wort Republik über die Lippen bringen. Er wird — was richtiger ist — seine Manager werden in schleimiger Schläue um alles herumgehen, um was es sich bei dieser Wahl an Entscheidendem handelt, und immer dann, wenn klipp und klar Antwort begehrt wird, werden sie trompeten: Respekt, Deutschlands größter Mann. Wir aber denken, daß es besser sein wird, den teutonischen Golem von seinen tönernen Füßen zu stoßen. Das deutsche Volk würde sich vor allen Völkern der Erde und nicht zuletzt vor sich selbst politisch, kulturell und sittlich schänden, wenn es dem ersten Präsidenten der Republik, Friedrich Ebert, dem opferwilligen Kämpfer um die Be-

währung des Volksstaates, die verglimmende Sternschnuppe der Monarchie folgen liebe. Die berüchtigsten Nichtwähler werden sich durch ein verpuffendes und verpufftes Feuerwerk nicht dazu verleiten lassen, in hysterischem Anlauf eine Handlung zu vollziehen, die ihnen schon morgen ein für allemal jede Freude an der Politik, und zwar für immer, nehmen müßte.

Kein Mitleid mit Hindenburg!  
Jede Stimme für Marx!

## Hüben und drüben

Von Rud. Breitscheid

Die französische Ministerkrise sollte, wie es bei ihrem Ausbruch hieß, wegen der auf den Nägeln brennenden Finanz- und Währungsfragen eine besonders schnelle Lösung erfahren, aber sie zieht sich trotz dieser Ankündigung recht lange hin, und im Augenblick, wo diese Zeilen niedergeschrieben werden — fünf Tage nach dem Sturz des Kabinetts Herriot —, läßt sich der schließliche Ausgang noch nicht mit Gewißheit absehen. Man darf es nur als wahrscheinlich bezeichnen, daß wieder eine Regierung der Linken die Geschäfte übernehmen wird.

Die Schwierigkeiten rühren vor allem aus dem Gegensatz zwischen Senat und Deputiertenkammer her. Am Donnerstag der vergangenen Woche hatte das Kabinett in der Kammer mit 290 gegen 246 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten, am Freitag sprach ihm der Senat mit 156 gegen 132 Stimmen sein Mißtrauen aus. Da die Kammermehrheit, das sogenannte Kartell der Linken, auch nach der Entscheidung des Senats fortfuhr, sich mit der Politik Herriots solidarisch zu erklären, war die Frage von Anfang an, ob bei der Neubildung dem Standpunkt des einen oder des anderen Hauses Rechnung getragen werden solle. Die Unmöglichkeit eines Zweikammersystems, in dem beide Körperschaften gleiche politische Rechte genießen, tritt in diesem Fall wieder einmal klar zutage.

\*

Nach den Regeln des Parlamentarismus wäre es nun das Gegebene gewesen, wenn der Präsident der Republik einen Vertreter der Gruppen, die diese Krise heraufbeschworen haben, mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut hätte. Das ist nicht geschehen, offenbar weil es sich sofort herausstellte, daß ein solcher Vertrauensmann des Nationalen Blocks gleich bei seinem ersten Auftreten in der Kammer in die Minderheit geraten würde. Die Ministerstürzer hatten wohl mit der Möglichkeit der sogenannten Konzentration gerechnet, das heißt darauf gehofft, daß von der Fraktion der Radikalen eine für die Schaffung eines von der Rechten unterstützten Kabinetts genügende Anzahl von Deputierten abspringen werde. Diese Erwartung aber hat getrogen und die Radikalen haben sogar den bei den sehr locker organisierten bürgerlichen Gruppen bemerkenswerten Beschluß gefaßt, daß keins ihrer Mitglieder ohne Zustimmung der Partei ein Portefeuille annehmen dürfe.

\*

So wurde zunächst dem gegenwärtigen Kammerpräsidenten Painlevé die Kabinettsbildung angeboten. Doch Painlevé lehnte mit der Begründung ab, daß er in allen wesentlichen Fragen die Auffassung

Herriots teile und demzufolge der Sinn des Wechsels nicht erkennbar sei. Der Präsident Doumergue gab den Auftrag dann an Aristide Briand, der ihn nicht grundsätzlich ablehnte, aber seine Bereitwilligkeit von dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung abhängig machte.

Was Briand zur Aufstellung dieser Bedingung veranlaßt hat, ist einstweilen nicht ganz klar. Man kann wohl annehmen, daß sich der schlaue Politiker durch die von ihm erwartete Ablehnung der sozialistischen Fraktion die Hände frei machen wollte, um jetzt oder später als Leiter eines Konzentrationskabinetts in Betracht zu kommen. Aber auf der anderen Seite darf ich vielleicht daran erinnern, daß Briand bereits im Sommer vorigen Jahres mir persönlich gegenüber in einem Gespräch die Weigerung der Sozialisten, in das Ministerium Herriot einzutreten, lebhaft bedauerte. Er hielt nicht allzuviel von den Führern der Radikalen und sprach voll Bewunderung von einzelnen sozialistischen Deputierten, die in der Regierung Hervorragendes leisten könnten. Er bekannte sich bei der Gelegenheit nebenbei als Schüler von Karl Marx, der mit dem Meister die Politik als den Ueberbau der Oekonomie ansehe; nur wolle er nicht als Schüler von Jules Guesde angesprochen werden. Hinzu kommt, daß der Vorgänger von Poincaré einen tiefen Groll gegen seinen Amtsnachfolger und Herrn Millerand hegt, denen er seinen plötzlichen Sturz nach den Konferenzen von Cannes im Jahre 1922 nicht vergißt. Er hat seit den Wahlen vom 11. Mai zusammen mit seiner Gruppe, den sozialistischen Republikanern, Herriot, abgesehen von der Frage der Botschaft beim Vatikan, Heerfolge geleistet und teilte insbesondere in der auswärtigen Politik die Auffassungen des jetzt gestürzten Ministerpräsidenten.

Indessen, wer will mit Sicherheit sagen, welche Kalkulationen er jetzt angestellt hat, und es ist zum mindesten sehr wahrscheinlich, daß es ihm unbequem schien, sich als Regierungschef von einer nicht unmittelbar an der Verantwortung beteiligten Partei Ratschläge und Weisungen erteilen zu lassen. Wie dem auch sei: der Nationalrat der französischen Sozialisten hat einstimmig das Ansinnen Briands zurückgewiesen, und er konnte nicht wohl anders. Was man Herriot verweigert hatte, vermochte man Briand nicht zu gewähren. Schon aus dem Grunde nicht, weil die Sozialisten nach wie vor in ihm den Abtrünnigen erblicken, der ebenso wie Millerand, Viviani und andere um des Ministerialismus willen ihre Fahne verlassen hat.

Nun ist der Präsident der Republik aufs neue an Painlevé herangetreten, und dieser hat sich der wiederholten Aufforderung gegenüber nicht von Hause aus ablehnend verhalten. Painlevé ist ein ausgesprochener Linkspolitiker. Man kann vielleicht sagen, daß er teilweise noch radikaleren Anschauungen huldigt als Herriot. Er wird seinerseits die Politik der Verständigung mit idealistischem Eifer fortsetzen, und er wird als unbedingter Demokrat im Innern den Gewalten der Reaktion auf allen Gebieten entgegenreten. Die Frage ist nur, ob er als Persönlichkeit stark genug ist, den schweren Kampf erfolgreich zu bestehen. Von Hause aus ist er ein Mann der Wissenschaft, und es werden gewisse Zweifel laut, ob er über all die politischen Eigenschaften verfügt, die neben dem ernststen Willen für die Bewältigung der sich auftürmenden Schwierigkeiten notwendig sind. Viel wird von seinen Mitarbeitern abhängen, und wenn sich Männer wie Loucheur darunter befinden sollten,

so wird das zwar an der auswärtigen Politik wenig ändern, aber es könnte die Klarheit der Linie in der Innenpolitik beeinträchtigen.

\*

Der berühmte Historiker, Professor Aulard, bezeichnete dieser Tage im „Quotidien“ den Sturz Herriots als eine Episode in der großen Schlacht zwischen konservativem und fortschrittlichem Geist, zwischen der Republik der Bourgeoisie und der sozialen Republik. Verkörpert werden diese Gegensätze durch die Mehrheit der aus Volkswahlen hervorgegangenen Kammer auf der einen und die des indirekt durch die General-, Arrondissements- und Munizipalräte gewählten Senats. Die Kammer vertritt mehr oder weniger das arbeitende Frankreich, der Senat das Frankreich des Besitzes. Es ist eine Art von Klassenkampf, was sich zurzeit zwischen den beiden Körperschaften abspielt. Die Tatsache, daß sich mehr als ein Dutzend Mitglieder der radikalen Partei des Senats bei der entscheidenden Abstimmung gegen Herriot erklärt hat, ist bezeichnend genug.

Das Mißtrauensvotum wurde damit begründet, daß die französische Wirtschaft und der französische Sparer kein Vertrauen mehr zum Kabinett besäßen. Mit seiner Hilfe vermöge man aus der Währungs- und Finanzkrise nicht herauszukommen. In der Tat ist die Lage alles andere eher, denn erfreulich. Der Etat ist zwar auf dem Papier balanciert, aber der Frank steht schlecht, und da die privaten Besitzer der kurzfristigen Schatzanweisungen auf Einlösung drängen, droht die Valuta noch mehr abzurücken. Das Notenkontingent ist durch Gesetz von 1920 auf 41 Milliarden fixiert, aber die Regierung hat sich genötigt gesehen, seine Erhöhung um etwa 5 Milliarden zu beantragen, und damit, wenn nicht auf andere Weise, Dämme errichtet werden, der Inflation die Bahn zu öffnen. Der Industrie, die noch im letzten Jahre sehr stark beschäftigt war, beginnt es schlechter zu gehen. Es fehlt ihr vor allem an Kredit, was zum guten Teil mit der gewaltigen Kapitalflucht zusammenhängt. Für private Kredite werden bis zu 18 Prozent gefordert, was in Frankreich als unerhört gilt. Die Arbeitslosigkeit wächst, Unmut macht sich geltend, und für alles wird nun die radikale und sozialistische Politik verantwortlich gemacht.

Mangel an Vertrauen! Man hört jetzt in Frankreich ungefähr dieselben Vorwürfe gegen das Kabinett Herriot richten, die wir in Deutschland oft genug aus dem Munde des Herrn Stinnes und seiner Gesinnungsgenossen gegen die Regierung Wirth vernommen haben. Die Vertrauenswürdigkeit und die Diskontfähigkeit werden hier wie dort bestritten. Und hier wie dort haben die, die sich erüsten, nichts unversucht gelassen, um den Kredit der Regierung ihrerseits zu erschüttern.

Von der Kapitalflucht der Besitzenden, die Herriot in seinen letzten Reden mit unerbittlicher Schärfe geißelte, wurde schon gesprochen. Die Steuerdrückebergerei ist in Frankreich fast ebenso ausgebildet wie in Deutschland. Der Sturz des Franken ist nicht zuletzt durch die Manöver der Schwerindustrie und der Großfinanz verursacht. Die Sucht nach Inflationsgewinn macht sich dort drüben ebenso geltend wie bei uns. Man fürchtet, die Exportfähigkeit durch die Stabilisierung der Währung zu verlieren. Es mutet uns außerordentlich vertraut an, wenn wir aus Frankreich Klagen über den verhängnisvollen Einfluß sozialistischer Ideen auf die Regierungspolitik vernehmen. Es wird der Kampf „wider den Marxismus“ gepredigt. Und Marxismus, das ist



hüben und drüben alles, was den robust vertretenen Interessen des Besitzes zuwiderläuft; ist vor allem im Augenblick der Versuch, die Inflation durch eine Vermögensabgabe oder Zwangsanleihe zu hemmen.

Die Industrie und die Finanz wollen keine Regierung, die ihrem Charakter und ihrer Zusammensetzung nach Rücksichten auf das arbeitende Volk nimmt. Wenn der Senat Herriot nicht wegen finanzieller Fragen gestürzt hätte, so würde er morgen oder übermorgen einen anderen Grund gesucht haben. Es geht um die Frage, wer in der Republik herrschen soll, ob die Republik in den Händen der Kapitalisten bleiben oder ob sie mit sozialem Geist erfüllt werden soll. Es spielt sich auf anderer Bühne dasselbe Schauspiel ab, das wir in Deutschland erleben, höchstens mit dem Unterschied, daß bei uns auch noch um die Staatsform selbst gerungen wird. Europa ist gespalten, aber in seinen wichtigsten Teilen gehen dieselben Auseinandersetzungen vor sich. Die künstlich geschaffenen Grenzen vermögen die Einheitlichkeit des Bildes nicht zu stören, und schließlich wird auch das Ergebnis des Kampfes in dem einen Lande den Ausgang der Schlacht in dem anderen mitbestimmen. Versteht man jetzt, warum das Proletariat international ist und warum es sich das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa setzt?

\*

Wenn das Kabinett, das jetzt in Paris ans Ruder kommt, sich über die Probleme des Augenblicks hinausblickend der Situation und der hohen Bedeutung seiner Aufgabe bewußt ist, dann kann es Außerordentliches nicht nur zum Fortschritt in Frankreich, sondern auch zur Umgestaltung Europas beitragen. Im andern Fall wird es nach aller Wahrscheinlichkeit eine kurze und wenig fruchtbare Episode bleiben. Allerdings müssen wir uns auch klar darüber sein, daß seine Erfolgsmöglichkeit und sein Schicksal in hohem Grade davon abhängen, ob am 26. April in Deutschland Hindenburg oder Marx als Sieger aus der Präsidentenwahl hervorgeht.

---

## Der regierende Bund der Landwirte

Von Kurt Heinig

„Die Winzer wollen wissen, welcher Interessengruppe sie geopfert werden sollen.“

(*Deutsche Tageszeitung*, 28. 10. 24.)

Der deutschnationale Wirtschaftskrieg gegen Spanien ist vorläufig nichts anderes als blauer Dunst. Den knurrenden Anhängern draußen im Lande werden „tausend schöne Beinchen“ gezeigt, ohne daß allzu sinnfällig gemacht würde, wer damit denn eigentlich getreten werden soll oder gestoßen worden ist; es handelt sich vorläufig nur um eine „Augenweide“ für die Wähler!

Zuerst der T a t b e s t a n d :

Spanien hat vor dem Krieg in Deutschland ganz erhebliche Warenmengen gekauft, ebenso war es umgekehrt; die beiderseitigen Ziffern schwankten zwischen je 150 bis 200 Millionen Goldmark jährlich.

In Auswirkung des Krieges und durch den deutschen Hochflutexport der Inflationszeit ausgelöst, kam es zu spanischen Antidumping-

zöllen gegen Deutschland; sie betrug 80 Prozent des Wertes jeder deutschen Ware, die nach Spanien hinein wollte.

Die deutsche Ausfuhr nach Spanien sank katastrophal; 1923 wurde kaum die Hälfte der Warenmengen von 1913 dorthin ausgeführt, 1924 verkleinerten sich die Ziffern ständig weiter.

Nach dreijährigen Verhandlungen kam am 25. Juli 1924 in Madrid ein deutsch-spanisches Handelsabkommen endlich wieder zustande. Der Antidumpingzoll fiel, wir gewährten Meistbegünstigung (im Rahmen der durch Notverordnungen erhöhten Vorkriegszölle!). Das Entscheidende ist, daß man das Handelsabkommen, vorbehaltlich der Ratifikation, am 1. August 1924 praktisch in Kraft setzte. Der deutsch-spanische Handelsverkehr hat sich seither recht beachtlich gehoben, wenn er auch auf keiner Seite bisher den Vorkriegszustand erreicht hat. (Die Gründe dafür werden weiter unten angedeutet.)

Jetzt hat nun der einundzwanzigste Ausschuß des Reichstages am 1. April mit beachtlicher Mehrheit beschlossen, das deutsch-spanische Handelsabkommen abzulehnen. (In diesem Fall ist der erste April nur eine unfreiwillige Kennzeichnung; der Beschluß war durchaus ernst gemeint.)

Das ist der allgemeine Tatbestand.

Aus diesem Tatbestand geht hervor, daß das deutsch-spanische Handelsabkommen, solange nicht der Reichstag die Ratifikation ablehnt, praktisch weiterläuft. Der Leser wird bescheiden fragen: Wozu dann der Lärm?

Die Sache liegt tiefer!

1. wirkt sich der Beschluß beim Kampf um den Weinzoll im Handelsvertrag mit Frankreich aus;
2. haben wir in Deutschland 327 000 Weinbaubetriebe, darunter 236 000 Kleinbetriebe (unter 1 ha Weinberg);
3. zweifeln die Anhänger des Bundes der Landwirte immer mehr an der raschen, hindernislosen Einführung der gewünschten Zölle;
4. Reichstagsmandat verpflichtet!

Im besonderen der vierte Punkt ist zu beachten. Jahrelang ist den Winzern, vorwiegend den zahlreichen kleinen Weinbauern, gepredigt worden, daß nur die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei sie von der Konkurrenz des spanischen Weins befreien könnten. Aber ebenso überzeugend ließen die Industriellen in ihren Zeitungen verkünden, daß das Handelsabkommen mit Spanien auf der Grundlage der Meistbegünstigung ein wahres Labsal für die ausgedörrte deutsche Wirtschaft sein werde.

Im Preußischen Landtag trat demzufolge — um es beiden Teilen gerecht zu machen — die deutschvolksparteiliche Fraktion als Stresemannsche Schaukelgruppe auf, sie beantragte, daß entweder der praktisch in Kraft befindliche deutsch-spanische Handelsvertrag vor Annahme im Reichstag gekündigt oder nach Annahme über höhere Weinzölle verhandelt werden solle. Das Staatsministerium möge ersucht werden, in diesem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken.

Diese Einwirkung ist in ihren Ausstrahlungen reichlich kompliziert, denn der hervorragendste Geldgeber der Deutschen Volkspartei, die deutsche verarbeitende Industrie, wird dadurch mit Skorpionen gezüchtigt.

Der Direktor der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Siemens & Halske A.-G., Dr. Fellingner, hat eben erst in der „Elektrotechnischen Zeitschrift“, in der „Berliner Börsenzeitung“, der „Industrie- und Handelszeitung“ usw. sich die Finger wund geschrieben. Fellingner meint: „Nachlassen der Ausfuhr bedeutet bekanntlich Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit aber hat Verarmung zur Folge. Ein armes Volk ist nicht in der Lage, Wein zu trinken.“ Die Winzer möchten also vernünftig sein.

Der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels, die Deutsche Handelskammer in Barcelona, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Verband der Württembergischen Industriellen, der Verband der Sächsischen Industriellen — sie alle schreien nach der Ratifizierung des deutsch-spanischen Handelsabkommens. Die stinnesische „Industrie- und Handelszeitung“ hat sogar vorgeschlagen, der Reichspräsident — damals lebte noch Genosse Ebert — möge durch eine Notverordnung, durch ein Ausnahmegesetz, die Ratifikation vornehmen. Sie schrieb begründend: „Nichts gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr, als ein Stocken der deutschen Ausfuhr, mangelnde Beschäftigung der deutschen Industrie und die damit verbundene Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Notlage weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung.“

Aber der Bund der Landwirte blieb kalt. Seine „Deutsche Tageszeitung“ antwortete gelassen, daß man sich bisher nicht einmal die Mühe gemacht habe, den Nachweis der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in Spanien zu erbringen! Sie verkündete Anfang Januar 1925, daß „der größte Teil des deutschen Weins zum Untergang verurteilt“ sei. „Ohne eine wesentliche Erhöhung der Weinzollsätze muß der spanische Vertrag für den deutschen Weinbau immer ein untragbares Opfer bedeuten.“

Dieser wahrhaft alkoholische Lärm verfehlt seinen Zweck nicht, im Ausschub des Reichstages wurde, wie erwähnt, das deutsch-spanische Handelsabkommen abgelehnt. Womit allerdings den Winzern noch nicht geholfen ist. Erst muß das Plenum sprechen.

Wird Stresemann das erzwingen? Wird er die Fünfzigprozentigen noch einmal zum Kotau bringen? Werden sie ihn und damit seine Regierung hochfliegen lassen?

Inzwischen haben wir noch einige Zeit, uns die deutsch-spanischen Handelsabmachungen sachlich zu betrachten.

Es ist richtig, daß die deutsche Industrie sich einen Teil des spanischen Vorkriegsmarktes seit dem praktisch gewordenen Handelsprovisorium wieder erobert hat. Wir haben für Porzellan, bearbeitete Eisenwaren, eiserne Ausrüstungsstücke, Eisenzeug, Schrauben, Nägel usw., für Messingwaren, Küchengeräte, Motoren, Elektroartikel, Maschinen usw. usw. ganz leidlichen Absatz nach Spanien. Unsere Industriellen übersehen nur eines, nämlich, daß sich während des Krieges die spanische Industrie sehr weitgehend vergrößert und verselbständigt hat, daß also der alte Markt — von dem sie träumen — auch durch den besten Handelsvertrag nicht wieder errungen werden kann. Handelsabkommen sollen deswegen heute in erster Linie Brücken zur neuen europäischen Wirtschaftsverständigung sein.

Unsere deutschnationalen Zollphantasten übersehen völlig, daß sie ihre demagogischen Wahlversprechungen niemals erfüllen können, und

daß sie deswegen auf dem Wege sind, durch eigene Unzuverlässigkeit die Wähler von sich zu scheuchen. Wenn sie wirklich gegen Spanien, Frankreich und Italien höhere Weinzölle einhandeln, so muß das die deutsche Industrie mit erschwertem Export nach jenen Ländern bezahlen.

Wir leiden in Deutschland darunter, daß viele Politiker sich nur als Interessentenvertreter fühlen und nicht als Interessenverteidiger des Gesamtwohles. Jeder will den anderen verkaufen oder doch zum mindesten betrügen. Wenn das alles wäre, dann könnten die breiten Massen dem Zank der anderen ganz vergnüglich zusehen. Leider gibt es bei dem Streit der Interessenten aber noch andere Mängel. Sie überlassen nicht nur gern der Sozialdemokratie die Aufklärung der Winzer darüber, daß es noch andere Mittel als Zölle gibt, um ihnen zu helfen, sie haben auch alle Neigung dazu, sich auf dem Rücken des Volkes letzten Endes doch noch zu verständigen! Gelingt es beim deutsch-spanischen Handelsabkommen im kleinen, dann klappt das Geschäft auch beim großen Ausgleich: Industrieschutzzölle gegen Agrarzölle.

---

## Vom Reichskanzler zum Reichspräsidenten

*Von Brutus*

Karl Spiecker, der kluge und geschickte Pressechef des Reichskanzlers Marx, schrieb im Januar dieses Jahres, daß die Bestimmung von Wilhelm Marx sich sicherlich noch nicht erschöpft und erfüllt habe. Jetzt im April ist Marx aussichtsreicher Anwärter für das Amt des Reichspräsidenten, und am 26. April wird er mit Hilfe der Parteien der Weimarer Koalition und mit Unterstützung aller, die in den letzten zehn Jahren die Augen offen gehalten und vernünftig politisch denken gelernt haben, gewählt werden. Worauf gründet sich das Vertrauen der Weimarer Koalition? Sozialdemokraten und Demokraten wählen nicht den Zentrumsmann Marx, sondern sie wählen den Mann zum Reichspräsidenten, der sich als Reichskanzler Marx und als Hüter der republikanischen Verfassung, als Mann der Versöhnung und Verständigung bewährt hat. Wir wählen also Marx nicht auf blauen Dunst und auf Osterbotschaften hin, sondern in Marx wird ein Politiker gewählt, dessen politische Führerschaft bewiesen ist. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn der Ministerialdirektor z. D. Spiecker seiner Darstellung „Ein Jahr Marx“ (Verlag der Germania A.-G., Berlin) den Untertitel „Die Rettung Deutschlands“ gibt. Spiecker hat schon recht, wenn er fragt: „Wie vielen fehlt Zeit und Neigung, sich in Erinnerung zu rufen, was seit dem November 1923 gerungen, geschafft, gedarbt werden mußte, um das Reich zu erhalten und das Volk vor der Verzweiflung und dem wirtschaftlichen Untergang zu bewahren! Wir vergessen so schnell und am allerschnellsten Unglück und Ungemach.“ Es ist aber auch wertvoll, heute zu erfahren, wie der politische Vertrauensmann des Herrn Marx, Spiecker, die Dinge im Herbst 1923 gesehen hat. Spiecker schreibt darüber: „Das große politische Kapital, das Dr. Stresemann, der als erster der seit langem erstrebten großen Koalition von der Sozial-

demokratie bis zur Deutschen Volkspartei Leben gab, anvertraut ward, war in weniger als drei Monaten vertan. Stresemann hinterließ am 22. November, als sein zweites Kabinett stürzte, eine ins Riesenhafte angewachsene soziale, wirtschaftliche und finanzielle Not und innerpolitisches Durcheinander, dessen Entwirrung und Ordnung schier unmöglich schien.“ Marx trat am 1. Dezember 1923 sein schweres Amt an, und man kann seinem Pressechef schon darin beistimmen, daß es kaum übertrieben ist, zu sagen, daß schon in den ersten Unterredungen der Rheinländer mit dem Reichskanzler Marx wenigstens seelisch das Rheinland für das Reich gerettet war. Denn Marx gab seinen Landsleuten sofort die Zusicherung und das Versprechen, daß ganz selbstverständlich das ganze Volk die Lasten tragen müsse, die von den Besatzungsmächten nur der Bevölkerung der besetzten Gebiete aufgebürdet worden waren. Dann kam das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923. Es wird niemand behaupten wollen, daß alles gut war, was auf Grund dieser Ermächtigungsgesetze zusammenregiert wurde. Damals bekamen die Amtsstuben Oberwasser, die Referenten fühlten sich als Halbgötter und die Bürokratie feierte in mehr als einer Hinsicht Triumphe; es bedurfte allen Anstrengungen der politischen Köpfe, um das Regierungsschiff durch die Klippen zu steuern. Wenn es auch hier und da ein Leck gab, so kam das Schiff im ganzen doch gesichert durch den Sturm. Der Reichshaushalt wurde ins Gleichgewicht gebracht, die Wirtschaft erholte sich langsam, das Geld entwertete sich nicht mehr in der Lohntüte des Arbeiters auf dem Heimwege. Gleichzeitig mit der Uebernahme der Regierung durch Marx waren von der Reparationskommission die beiden Sachverständigenausschüsse eingesetzt, die im Januar 1924 nach Berlin kamen. Ihre Gutachten wurden während des Wahlkampfes im April von den Deutschnationalen und den Kommunisten als zweites Versailles, als Versklavung, Wahnsinn und Verbrechen bezeichnet. Aber Marx ließ sich doch nicht beirren und erklärte, daß die deutsche Regierung in diesen Gutachten eine praktische Grundlage für eine schnelle Lösung des Reparationsproblems erblicke. Am 4. Juni trat Marx mit seinem neuen Kabinett vor den Reichstag. Die Sozialdemokratie stand Gewehr bei Fuß, sie unterstützte aber die Außenpolitik besonders in Beziehung auf die Reparationsfrage. Dann kam die Londoner Konferenz. Marx, Stresemann und Luther fuhren nach London. Die erste Aufnahme war wirklich nicht glänzend. Beim Eintritt der deutschen Delegation und ihrer Mitglieder, die von MacDonald an der Tür mit einem Händedruck empfangen wurden, hatten sich die übrigen Anwesenden sehr kühl und abweisend gezeigt; auch die Begrüßungsworte MacDonalds wurden ohne Beifall aufgenommen. Die meisten Gesichter der Anwesenden zeigten deutlich Abwehr und Argwohn, als Reichskanzler Marx sich erhob. Eine eisige Atmosphäre gezwungener Korrektheit überlagerte die Sitzung. Aber schon nach wenigen Worten des Reichskanzlers, die, da sie deutsch gesprochen wurden, nur von wenigen verstanden wurden, änderte sich für den Beobachter das Bild. Die verkniffenen Gesichter hellten sich sichtlich auf, aus der verschlossenen Neugierde wurde Verwunderung und Staunen. Diese sichtbare Wandlung entsprang des ruhigen, schon im Klang der Stimme ehrlichen und versöhnlichen Vortrages, der auf den

ersten Blick durch ihre selbstlose Lauterkeit faszinierenden Persönlichkeit des Reichskanzlers Marx. Es ist unbestreitbar, daß das Vertrauen, das Marx sich in London erworben hatte, ein wertvolles politisches Aktivum war und ist, und daß nicht zuletzt dieses Vertrauen zum Erfolge geführt hat. Daran ändern auch die Verkleinerungsversuche der Deutschen Volkspartei nichts, die später Stresemann als den Befreier des Ruhrgebietes preisen wollte. Richtig ist, daß Marx weit deutlicher als Stresemann den Wert nach der wirtschaftlichen und politischen Seite hin erkannt hatte, der in der Regelung der Reparationsfrage an sich lag. Die Räumung des Ruhrgebietes war nichts weiter als eine logische Konsequenz der Regelung der Reparationsfrage. So kam Marx wieder nach Deutschland und stellte die Deutschnationalen vor die Gewissensfrage, die sie am 29. August in einer Weise beantworteten, die bis dahin im Deutschen Reichstag unbekannt geblieben war.

Es ist gerade in diesen Tagen des Wahlkampfes zweckmäßig, auch einmal die Reden des Reichskanzlers nach der innerpolitischen Seite hin durchzulesen. So sagte am 23. November 1924 Marx in Köln: „Die Staatsform ist für Deutschland in der Weimarer Verfassung festgelegt, und diese Staatsform ist die Republik. Wenn wir unsere Kräfte nicht in unfruchtbaren inneren Kämpfen vergeuden wollen, müssen wir uns damit abfinden, daß der Wiederaufbau Deutschlands durch die deutsche Republik erfolgt.“ Und über Schwarz-Rot-Gold sagte Marx ein andermal, daß es die Fahne des neuen Deutschlands ist, das wir aus den Trümmern des Weltkrieges und der Revolution gerettet haben, die Fahne eines Deutschland, das noch Millionen deutscher Brüder in sich aufnehmen will.

Die Dezemberwahlen des Jahres 1924, die infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei notwendig geworden waren, brachten einen Sieg der Politik der Mitte, aber sie brachten keine eindeutige Regierungsmehrheit. Die Partei Stresemanns versetzte dem Kanzler Marx den Dolchstoß. Marx trat für die Schaffung der großen Koalition ein und wandte sich gegen eine einseitige Erweiterung der Regierung nach rechts. So kam Luther und mit ihm kamen Stresemann, Neuhaus, Schiele und Schlieben. Eine Erinnerung aber an dieses Jahr Marx ist geblieben. Diese Erinnerung ist schon heute eine historische Feststellung, die darin gipfelt, daß im Jahre, da Wilhelm Marx Reichskanzler war, Deutschland gerettet worden ist. Das ist, wie Spiecker sagt, eine einfache, aber, weiß Gott, gewaltige Wahrheit!

Um dieser Feststellung, um dieses einen Jahres willen soll am 26. April der Republikaner Marx zum Reichspräsidenten gewählt werden!

---

# Kolonialfragen

Von Albin Michel

Schon vor reichlich einem Jahre ging einmal die Nachricht durch die deutsche Presse, die deutsche Regierung habe bei der Entente Führer über die Zurückgabe der deutschen Kolonien ausgestreckt. Die gleiche Nachricht kam jetzt aus London, ist allerdings von der deutschen Regierung dementiert worden. Diese Nachricht, die Abhaltung der Kolonialwoche in Berlin, sowie der Umstand, daß jetzt den Kolonien und den vielfachen Fragen, die damit zusammenhängen, eine noch größere Aufmerksamkeit zugewendet wird als in früheren Zeiten, läßt es angezeigt erscheinen, die Kolonialprobleme einmal in großen Umrissen zu betrachten.

Unter den Sozialisten der verschiedenen europäischen Länder ließen sich vordem zwei Gruppen unterscheiden: die eine Gruppe wandte sich gegen jede Kolonialpolitik, gegen jede „Bevormundung“ fremder Völker, die andere Gruppe fand sich zwar mit der Kolonialpolitik ab, wandte sich aber gegen jede gewalttätig auftretende Politik in den Kolonien und wollte die Kolonisierung nur gelten lassen, wenn sich diese ausschließlich in der Höherführung kulturell und wirtschaftlich zurückgebliebener Völkerschaften geltend macht. Die Gruppen, die sich grundsätzlich gegen die Kolonisierung wandten — in Deutschland besonders Ledebour — waren dabei insofern in einen Irrtum und in einen Trugschluß geraten, als sie glaubten, die Aufgabe oder von vornherein die Nichterwerbung von Kolonien müßten der Ausbeutung fremder Völkerschaften einen Riegel vorschieben. Dies wäre aber nur möglich gewesen, wenn die Gebiete, die bereits als Kolonien unterworfen waren, und die, die noch unterworfen wurden, von allen Außenverbindungen hätten abgeschlossen werden können, wenn Händler und Abenteurer keinen Zutritt in solche Gebiete gehabt hätten. Mag der Satz noch so richtig sein, daß Kolonialpolitik stets Ausbeutungspolitik ist, so läßt sich aber doch nicht verkennen, daß auch die Ausbeutung graduell wesentlich voneinander abweichende Formen annehmen kann.

Zudem steht es durchaus noch nicht fest, ob die Ausbeutung in kulturell und wirtschaftlich weit zurückgebliebenen Gebieten, wie z. B. in Afrika, ohne Besitznahme durch die Kolonialmächte nicht noch größer wäre als sie es jetzt ist. Wer sich einmal über die Sklavenjagden in Afrika während der Zeit des Sklavenhandels etwas genauer orientiert hat, der muß zugeben, daß annähernd gleiche Grausamkeiten unter einer europäischen Oberverwaltung nicht hätten vorkommen können. Im allgemeinen wird angenommen, daß auf einen Sklaven, der an die afrikanische Küste kam und von dort nach Amerika eingeschifft wurde, mindestens zwei andere kamen, die bei den Sklavenjagden, beim Transport usw. ihr Leben einbüßten. Auch in Marokko, in Tunesien und in anderen afrikanischen Gebieten bestand ein Ausbeutungssystem, das viel grausamer war, als es heute unter französischer oder englischer Oberverwaltung ist.

Der Uebergang einer Länderstrecke vom Barbareskengebiet zur europäischen Kolonie hat für die große Masse der Bevölkerung keine größere Verelendung zur Folge, sondern höchstens eine andersgeartete. In alten Kulturländern, wie in Ostindien, liegen allerdings die Verhältnisse anders als in Afrika, aber auch dort muß man sich hüten, die früheren Zustände

als eine Idylle anzusehen. Durch die Kolonisierung sind in Afrika vielfach die Eingeborenenkulturen zerstört worden und an ihre Stelle ist die Plantagenkultur getreten, in Britisch-Indien und in anderen Teilen Asiens wurde die alte Manufaktur zum größten Teil zerstört, an Stelle der hausgewerblich angefertigten Erzeugnisse traten europäische und amerikanische Waren oder auch solche, die in Asien selbst schon industriell hergestellt wurden. Dies alles als Wirkungen der Kolonisierung und des europäischen Kapitalismus feststellen, heißt noch nicht anerkennen, daß vordem die große Masse der Bevölkerung in den Kolonialgebieten Asiens auf einem höheren Lebensniveau gestanden hätte, daß in Afrika früher weniger Ummenschlichkeiten vorgekommen wären als unter der Herrschaft der Kolonialmächte. Wie überall wirkt der mit der Kolonisierung einziehende Kapitalismus revolutionierend, alte Werte zerstörend, aber dies ist eine Erscheinung, die auch ohne direkte Besitznahme des Landes, vielleicht da und dort langsamer, hervorgetreten wäre. Mit Fragen aus dem Vokabularium der Ethik ist den Problemen der Kolonialpolitik am wenigsten beizukommen, schon deshalb nicht, weil bei der ganzen Art, wie heute Kolonialmächte zu den Kolonien stehen, derartige Betrachtungen nur einen theoretischen Wert haben.

Ueber jeden Kolonialbesitz lassen sich Erörterungen mindestens dreierlei Art anstellen. Zunächst bleibt zu erörtern, wie wirkt das Kolonialsystem wirtschaftlich, politisch und sozial auf die Eingeborenen, welche Wirkungen übt es aus auf die beherrschende Kolonialmacht und welche Auswirkungen strahlen von ihm auf die Weltwirtschaft und damit auf die Gesamtheit der Menschen aus. Was zunächst den ersten Punkt anbetrifft, so läßt sich heute beobachten, daß die unterworfenen Kolonialvölker den herrschenden Mächten fast überall zumindest passiven Widerstand entgegensetzen. Das sehen wir in Asien so gut wie in Afrika. Wenigstens dort, wo das Volksleben auf alten Kulturen fußt, wie in Britisch-Indien, in Aegypten, vielleicht auch in einigen Teilen Vorderasiens, muß die Beherrschung durch europäische Mächte zu immer schwächeren Situationen und schließlich zur Abweisung des fremden Joches führen. Anders ist es, Aegypten ausgenommen, in Afrika. Trotz aller Agitation der Neger, die sich in die Worte zusammenfassen läßt, Afrika den Afrikanern, dürfte dort die Kolonialherrschaft der Europäer noch am längsten erhalten bleiben. Ein Kapitel für sich sind die sogenannten An siedlungskolonien, die englischen Dominions: Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Wie später einmal die Stellung der Dominions zum Mutterland sein wird, läßt sich nicht im geringsten voraussagen, wird aber gewiß auch davon abhängen, wie das Großbritannien der Zukunft aussehen wird. Ein geschwächtes Mutterland in Europa müßte die Anziehungskraft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kanada, Australien und Neuseeland sehr wesentlich verstärken. Namentlich für England ist also die Frage seines Kolonialbesitzes eine Frage ersten Ranges. Ein Britannien, das Ostindien verloren hätte, würde auch Australien und Neuseeland kaum im britischen Reichsgefüge halten können. Mit dem mittelbaren und unmittelbaren Anschluß Australiens an die nordamerikanische Union könnte aber auch Kanada nicht im Schlepptau des britischen Empire bleiben.

Recht verschieden wirken sich die Folgen der kolonialen Beherrschung im Wirtschaftsleben der beherrschten und der beherrschenden Völker aus, besonders deutlich hervortretend in Kolonien mit einer dichten Bevölkerung. Aegypten konnte in den achtziger Jahren des vergangenen Jahr-



hunderts noch Nahrungsmittel ausführen, im nächsten Jahrzehnt war es schon zu einem Land mit einer Nahrungsmiteleinfuhr geworden. Beinahe die Hälfte der Kulturfläche Aegyptens ist heute mit Baumwolle bestanden, weiter dienen große Flächen der Zuckerrohrkultur. Auch in Britisch-Indien und in Holländisch-Indien wurden große Flächen, die vorher zum Anbau von Nahrungsmitteln benutzt wurden, zu Kaffee-, Tee-, Baumwollplantagen usw. umgewandelt. Dadurch mußte die einheimische Wirtschaft abhängig werden vom Weltmarkt, einmal bei dem Verkauf der Produkte der Plantagenwirtschaft und dann beim Einkauf von Lebensmitteln. Andererseits hat aber die Plantagenwirtschaft in den Kolonien die Verflechtung des Welthandels und dessen, was man, wenn auch noch nicht ganz zutreffend, Weltwirtschaft nennt, sehr gefördert. Lebten wir bereits in einer Weltwirtschaft ohne politische Ueberordnung und Unterordnung von Land zu Land, ohne geistige, kulturelle und politische Unterdrückung der Einwohner in den Kolonien, so hätte eine Verringerung der zur Deckung des Inlandsbedarfes an Nahrungsmitteln notwendigen Bodenfläche zugunsten solcher Erzeugnisse, die im Ausland abgesetzt werden müssen, wenig zu bedeuten. Eignet sich der Boden Aegyptens besonders gut zum Anbau von Baumwolle, so ist unter dem Gesichtspunkt einer rationellen Weltwirtschaft nur richtig, wenn in Aegypten in großem Umfange Baumwolle gezogen wird. Anders steht naturgemäß die Frage unter den heutigen Umständen vom Standpunkt eines Nationalägypters aus betrachtet, der für sein Land die Unabhängigkeit erkämpfen will und der dabei als Voraussetzung ansieht, in den Ernährungsverhältnissen weniger vom Ausland abhängig zu sein.

Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts und noch weiter darüber hinaus hat es Zeiten gegeben, in denen der Besitz von Kolonien sehr gering angeschlagen wurde. Selbst in England wurde häufig, und nicht nur von Leuten ohne politische Verantwortung, die Frage aufgeworfen, ob es sich lohne, Ausgaben für Kolonien zu machen und die Kolonien zu halten. Der nachher aufkommende Imperialismus, die rasche Ausweitung des internationalen Wirtschaftslebens, das Suchen nach neuen Absatz- und Rohstoffmärkten und weiter die Entstehung hoher Schutzzölle haben dann wieder einen Stimmungsumschwung gebracht, so daß in unserer Zeit der Drang nach Kolonien stärker geworden ist, als er jemals war. Bei diesem Ausdehnungsdrang sprechen überall verschiedene Gründe mit, vor allem die Aneignung von Rohstoffen und, seit einem Jahrzehnt besonders hervortretend, die Aneignung von Erdölgebieten. Dabei läßt sich aber zwischen England und Frankreich noch ein weiterer Unterschied machen. Sucht England seine Herrschaft in den verschiedenen Kolonien auszudehnen und zu befestigen, um überall feste Klammern für das britische Weltreich einzuschlagen, so suchen die militäristischen Kreise in Frankreich in den Kolonien vornehmlich Soldaten für das französische Landheer.

Die Einrichtung der Kolonialmandate ist vorläufig nichts weiter als eine Verstärkung der kolonialen Machtposition Englands und Frankreichs. Immerhin können diese Mandate aber schon als erster Ansatz angesehen werden, die Beherrschung der Kolonien durch eine Macht einzuschränken und diese Gebiete unter die Oberaufsicht der gesamten Kulturvölker zu stellen. Wird auf diesem Wege weitergegangen, und bleibt die Kontrolle nicht eine leere Formalität, so könnten dabei die Gegensätze, die aus dem verschiedenen Kolonialbesitz entstehen, verringert werden.

# Staatspolizei und Arbeiterschaft

Von *Polizeoberst Schützinger*

Einer der wichtigsten Punkte der Entwaffnungsforderungen an Deutschland ist die angebliche „Militarisierung“ der deutschen Schutzpolizei, die nach Morgan und Foch wie „ein Schatten“ als wichtigstes Glied der angeblichen deutschen „Reservearmee“ hinter der Reichswehr stehe. Nun läge der Gedanke nahe, aus außenpolitischen Gründen einer „Entstaatlichung“ und einer „Entkasernierung“ der deutschen Schutzpolizei zuzustimmen — um des lieben Friedens willen.

Dem kann nicht scharf genug widersprochen werden — im Interesse der Republik und der Arbeiterklasse!

Die Freunde der deutschen Demokratie jenseits des Rheins und des Kanals könnten der deutschen Republik — weiß Gott! — keinen größeren Bärendienst erweisen, als daß sie unter Bezug auf engstirnige, von reinen Militärs aufgestellten Forderungen uns des machtpolitischen Rückgrats der Republik, der zum mobilen Einsatz gegen Putschversuche von rechts und links verwendbaren Schutzpolizei, beraubten.

In den modernen Kulturstaaten ist die Entwicklung des Polizeiwesens unter dem Einfluß politischer und sozialer Wandlungen ganz verschiedene Wege gegangen. Staaten mit stetiger Wirtschaftspolitik, mit innerpolitischer und sozialer Befriedung, Staaten, denen die schweren Erschütterungen des Weltkriegs erspart geblieben sind, können sich heute mit dem Minimum einer „Bereitschaftspolizei“ in ihren Großstädten begnügen. Es ist ganz selbstverständlich, daß in den angelsächsischen Ländern, vor allem in den überseeischen Staaten, sowie in den während des Weltkrieges neutral gebliebenen nordischen Ländern nur verschwindend kleine „Polizei-reserven“ gehalten zu werden brauchen.

Nehmen wir als den Typ einer derartigen Großstadt etwa Kopenhagen, so überrascht uns Deutsche die Tatsache, daß eine Polizeibereitschaft von 100 Mann genügt, um diese in zehn Stationen zu je zehn Beamten untergebrachten Schutzpolizisten mit Hilfe der modernen „Schnellpatrouillenwagen“ an irgendeinem Punkt zusammenzuziehen. Die Beamten werden lediglich allwöchentlich zum Boxen und zu gymnastischen Übungen zusammengezogen.

Selbst in New York, der größten Stadt dieser Staatenkategorie, sind Schutzpolizeiformationen in unserem Sinne kaum vorhanden. Die zahlenmäßig beschränkten „Ueberfallkommandos“ im Stadtteil Manhattan, Hoboken und den Hafenvierteln sind ganz im Kopenhagener Stil durchorganisiert. Auch hier werden die Beamten lediglich wöchentlich ein- bis zweimal zur „police training school“ zusammengezogen. Ich bin überzeugt, daß wir in Deutschland in einem oder in mehr Jahrzehnten zu diesem polizeilichen Idealzustand gelangen werden, dem Zustand, daß eine erdrückende Mehrzahl der Staatsbürger selbst für Ruhe und Ordnung sowie für die präzise Einhaltung der Verkehrsvorschriften sorgt und die Polizei lediglich gewisse Ordnerdienste zu versehen hat. Daß wir in Deutschland von diesem Idealzustand auf Jahre hinaus noch weit entfernt sind, ist die natürliche Folge der gewaltigen sozialen und politischen Gärungen, welche das Gefüge unseres Staates bis in seine Grundfesten erschüttert hat.

Stellen wir einmal den Haupthafen des europäischen Kontinents (H a m b u r g) dem des amerikanischen Kontinents (New York) gegenüber. Hamburg hat, wie so manche andere deutsche Großstadt, durch die Verminderung der Wehrmacht seine Garnison verloren und ist zur Bekämpfung spontaner innerer Unruhen lediglich auf seine Polizeiverbände angewiesen. Die Hauptaufgabe der Hamburger Ordnungspolizei ist also nicht wie in New York die Verkehrsregelung und die Verbrechensbekämpfung, sondern die Erhaltung der Staatsautorität gegenüber staatsfeindlichen Handstreichen auf das volkswirtschaftlich und verkehrstechnisch hochbedeutsame Städtegebiet des deutschen Welthafens. Der im April 1923 aufgedeckte Rechtsputschversuch des Oberst Hellfritz wäre bei seiner Verwirklichung wohl noch viel gefährlicher ausgefallen wie der tatsächlich mit allem Raffinement ausgeführte Kommunistenputsch im Oktober desselben Jahres, der von der Hamburger „Orpo“ ein Höchstmaß von Führungstechnik und von Verwendbarkeit geschlossener Polizeikörper im Straßenkampf verlangte. Dementsprechend muß in einem Stadtstaat wie Hamburg die geschlossene Bereitschaftspolizei einen ganz andern Grad der „Militarisierung“ besitzen wie etwa in New York.

Was hier von Hamburg gesagt wird, gilt natürlich in demselben Maße für das industrielle Sachsen und die preußischen Hoheitsgebiete der schwerindustriellen Provinzen. Auch hier fordern die fortgesetzten sozialen und politischen Explosionen in den Zentren der sächsischen Metall-, Textil- und Montanindustrie eine stets griffbereite Landespolizeireserve mit der Aufgabe, auf dem Land- oder Schienenweg blitzschnell am Tatort von Massenausschreitungen aufzutauchen — und wieder zu verschwinden, wenn der polizeiliche Zweck es erfordert.

Wenn die Militärkontrollkommission behauptet, dazu wäre wohl die Reichswehr vorhanden, so zeigt sie ihre völlige Fremdheit gegenüber innerdeutschen Verhältnissen.

Wenn die Herren Militärs der I.M.K.K. eine Ahnung hätten von den technischen und psychologischen Schwierigkeiten eines modernen Polizeimasseneinsatzes, so würden sie sich nicht über die „Ausrüstung und Kasernierung“ dieser angeblichen „zweiten Armee“ entrüsten! Gerade der vorjährige Ausnahmezustand hat uns doch gezeigt, daß unsere Reichswehr keineswegs dazu erzogen ist, innerpolitische Unruhen einzudämmen nach den Grundsätzen der Polizeitechnik und der Menschlichkeit. Jede wahre Truppe sieht nur den „Feind“; und den gilt es zu „vernichten“. Der Polizeieinsatz hat damit nichts zu tun. Bedauerlicherweise wird die Reichswehr zu der Umstellung auf innerpolitische Aufgaben nicht gezwungen werden können — bis wir eine Linksmehrheit im Reichstag besitzen! Solange aber brauchen wir unsere Schutzpolizei, als den Garanten der Republik und des Friedens.

Die Note von Boulogne vom 22. Juni 1920 hat in Preußen die sechs Schutzpolizeigruppenstäbe mit provinzieller Befehlsbefugnis aufgelöst und an deren Stelle lediglich die örtlichen „Kommandos der Schutzpolizei“ gesetzt. In den übrigen deutschen Ländern wurde sinngemäß verfahren. Wenige Monate danach war zur Bekämpfung des mitteldeutschen Aufstandes die Zusammenziehung von 37 Hundertschaften, geführt von acht Unterstäben, und die Bildung eines mobilen großen Kommandos nötig. An die Stelle der militärisch gegliederten, mit schweren Waffen und eigenem Verwaltungsapparat ausgestatteten Polizei-

formationen ist nun eine bewegliche Masse kleinerer, aus den benachbarten Großstädten zusammengezogener Polizeikörper getreten, denen ein umfangreicher Wagenpark und ein vervollkommnetes Nachrichtennetz zur Verfügung steht. Nach wie vor aber werden wir im heutigen Deutschland kasernierte Polizeiverbände zusammenfassen, je nach den politischen, ökonomischen und psychologischen „Entzündungsgraden“ vorwärtsbewegen, entfalten, zusammenballen und rechtzeitig verschwinden lassen müssen. Die Technik eines derartigen „geschmeidigen“ Polizeieinsatzes aber erfordert haarscharf geschliffene Instrumente der Staatsgewalt mit einheitlicher Erziehung und Ausbildung der staatlichen Schutzpolizei.

Die Schutzpolizei Preußens und der übrigen deutschen Länder, in schlagkräftige Kontingente gegliedert, mit ihren jungen Jahrgängen und mit ihren Schulen in Polizeigebäuden kaserniert, im Geist der Republik und des Rechtsgedankens zwischen den Völkern erzogen, als machtpolitisches und führungstechnisches Rückgrat für die im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ organisierten republikanischen alten Soldaten ausgestattet, ist der machtpolitische Grundstein der deutschen Republik und der Angelpunkt der Befriedung Europas. Das demokratische Frankreich und das demokratische England sollen wissen, daß man uns, dem republikanischen Deutschland, das Rückgrat bricht, wenn man uns die Schlagkraft unserer Schutzpolizei zerstört! Auf der Schutzpolizei hoffen wir einmal das Instrument des europäischen Rechtsgedankens mit aufzubauen, wenn man uns Zeit läßt, auf deutschem Boden um den Frieden Europas zu ringen.

Jetzt endlich beginnt man im „cartel de gauche“ einzusehen, daß man mit der schematischen Eingliederung der deutschen Schutzpolizei in den Komplex der „Entwaffnung“ ohne Rücksicht auf innerpolitische Lebensfragen der deutschen Republik einen schweren Fehler gemacht hat und wagt es, der Auffassung zünftiger Militärs über die deutsche Schutzpolizei entschieden zu widersprechen. Von den Aufsätzen in der französischen Linkspresse, die der deutschen Schutzpolizei zum erstenmal Gerechtigkeit angedeihen lassen, ist der eingehende Artikel der „Ere nouvelle“ vom 27. Februar „Faut-il reduire la police allemande?“ (Soll die deutsche Schutzpolizei geschwächt werden?), am bemerkenswertesten. In ihm heißt es:

„Die Militärkontrollkommission will die Entkasernierung und den Abbau der Schutzpolizei. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die deutsche Schutzpolizei zahlenmäßig als zu gering einzuschätzen. In den häufigen Fällen von bewaffneten Demonstrationen, von Aufständen und Putschen von rechts und links kann die Regierung die Wehrmacht nur im äußersten Fall einsetzen, da diese in kleinen Grenzgarnisonen und auf dem flachen Lande zerstreut ist.

Wo sollen aber die Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Großstädten und Industriezentren herkommen, wenn die Beamten der Bereitschaftspolizei in der ganzen Stadt zerstreut sind?

Die deutsche Regierung ist entschlossen, allen gerechtfertigten Entwaffnungsforderungen der I.M.K.K. nachzukommen. Aber die Schutzpolizeifrage ist ein Problem, viel zu schwierig, um im Sinne der Militärkommission und der Botschafterkonferenzen gelöst zu werden.

Die innere Lage in Deutschland ist eine derartige, daß die Regierung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, für die Ab-

wehr von Putschversuchen eine disziplinierte Polizeiarmerie braucht, die sie sich völlig in die Hände spielen kann.

Deutschland entwaffnen heißt nicht, Deutschland ohne Polizeischutz zu lassen, ohne die Möglichkeit, sich gegen innere Feinde zu wehren. Ein Deutschland ohne Schutzpolizei wäre eine ständige Gefahr für seine Nachbarn, auf die die Funken neuer Staatsstrieche überspringen müßten. Deutschland ohne Schutzpolizei zu lassen — das heißt, den Willen zum Staat und den Wehrgedanken der Republik zu erschlagen, heißt das Londoner Protokoll und den Dawes-Plan gefährden und damit das Gesamtwerk des Wiederaufbaus Europas.

Deutschland ohne Schutzpolizei ist ein Fahrzeug ohne Steuer, den schlimmsten Katastrophen ausgeliefert.“

Es dämmert also im „ändern Frankreich“, und der Wert der deutschen Staatspolizei als Garant der Demokratie und des Friedens beginnt sich auch über dem Rhein durchzusetzen. — — —

Leider hat sich die deutsche Schutzpolizei auch im eigenen Land ihrer Haut zu wehren.

So hat der Verbandstag der preußischen Polizeibeamten kürzlich die Auflösung des Severingschen Verstaatlichungswerkes und die Kommunalisierung der Sicherheitspolizei gefordert und sich damit in schroffem Gegensatz zu demjenigen unserer Ministergenossen gestellt, der sich zweifellos die größten Verdienste an der machtpolitischen Verankerung der Republik in Deutschland erworben hat. Nun ist dem „Verband preußischer Polizeibeamter“, dessen Mitglieder zu einem ansehnlichen Bruchteil ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei angehören, durch den Spandauer Stadtrat, den Genossen Carl Herz, ein beachtenswerter Verbündeter erwachsen, der in unserer jungen kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ in einer tiefgründigen Aufsatzreihe „Polizei und Selbstverwaltung“ an die Seite des preußischen Polizeibeamtenverbandes tritt. So erscheint es angezeigt, vom führungs- und schutzpolizeitechnischen Standpunkt aus den Wert oder Unwert unserer staatlichen Schutzpolizeikörper festzustellen, als Vorarbeit für künftige, folgenschwere Entscheidungen.

Die Schutzpolizei-„Truppe“ kann aus Gründen der Ausbildung, des Einsatzes und der Führung nur staatlich sein; ihre „ortspolizeilichen“ und „landespolizeilichen“ Funktionen sind aber nicht zu trennen, da auch die zum Einsatz gelangende Polizei„abteilung“ aus Beamten zusammengesetzt sein muß, die polizeiliches Gefühl besitzen und den Einzeldienst mit seinen sozialen Berührungs- und Ausgleichstendenzen kennen.

Die staatsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Argumente gegen das staatliche Polizeipräsidium und die aus dem alten Polizeistaat übernommene Polizeipraxis, die in Preußen zufolge des nachmärzlichen „Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850“ „im Auftrag“ des Königs, bzw. des Staatsministeriums noch ausgeübt wird, sind zweifellos richtig. Auch wir werden einmal daran gehen müssen, den deutschen „Selbstverwaltungsstaat“ im Sinne des englischen „selfgovernment“ zu verwirklichen durch die Uebertragung der örtlichen Polizeigewalt auf die Gemeinde — aber die schematische Beseitigung des Severingschen Verstaatlichungswerkes wird uns diesem Ziel nicht näher bringen.

Auch die Argumentation, daß im Sicherheitsdienst der heutigen staatlichen Schutzpolizei in zweckwidriger Weise die Funktionen des „Einzeldienstes“ und der „Truppenpolizei“, der „Ortspolizei“ und der „Landespolizei“ zusammengeworfen seien, vermag die Vorteile der staatlichen Schutzpolizei nicht zu entkräften.

Der Sturmlauf gegen die angeblich zu militärische und zu wenig polizeiliche Schutzpolizei hat seine berechtigten Untergründe nicht in der angeblich falschen Eingliederung der Staatspolizei in den Sicherheitsdienst der Gemeinden, sondern in der verbesserungsfähigen Gestaltung und Gruppierung des Dienstes der Schutzpolizei.

Hier steht die Führerfrage, die Offizierfrage, voran. An diese „Offizierfrage“ muß endlich einmal im Interesse der staatlichen Schutzpolizei — ohne jegliche persönliche Spitze gegen das aus der alten Armee übernommene Offizierkorps — herangegangen werden. Das Grundübel der „teuren“ staatlichen Schutzpolizei ist in Schiefeiten der Etatisierung, in der außerordentlich üppigen Ausstattung der Polizeiformationen mit Majorstellen und dem dadurch ausgelösten Anreiz zur Bildung von „Stäben und Unterstäben“ und zur Verlegung des dienstlichen Schwerwichts vom „Revier“ zur „Inspektion“ und zum „Kommando“ zu suchen.

Die Gründe für die Verschwendung mit Majorstellen sind meiner Auffassung nach weniger in dem Streben nach einer „Kader“bildung für einen sagenhaften Revanchekrieg als nach „Versorgungsstellen“ für das alte Offizierkorps zu suchen. Der Reichswehretat 1924 weist auf: 373 Majore und 1090 Hauptleute und Rittmeister; also etwa  $2\frac{1}{2}$  Hauptleute pro Major; der preußische Schutzpolizeietat 1924: 470 Polizeimajore und 651 Polizeihauptleute, also nicht einmal  $1\frac{1}{2}$  Polizeihauptleute pro Polizeimajor. Wenn auch 131 der preußischen Polizeimajorstellen nicht wieder zu besetzen sind und zu den Polizeihauptleuten eine Anzahl von dienstlich gleichgestellten „Kommissaren“ zuzurechnen sind, muß doch in der Reichswehr sowohl wie in der Schutzpolizei das Aufstiegsverhältnis, wie es sogar in der alten Armee festgehalten wurde, nämlich 3:1 oder 4:1, als Minimum einer gesunden Staffe lung nach oben betragen.

Alle, gewiß in mancher Hinsicht berechtigten, Klagen des Verbandes preußischer Polizeibeamter über „die Zerschlagung der Einheitsreviere, die Beseitigung des Kleindienstes und dessen Ersatz durch truppenpolizeiliche Geländestreifen“ (s. Protokoll des Verbandstages) sind demnach nicht der Ausfluß eines „militaristischen“ Geistes, sondern einer durch Mängel des Etats erzwungenen fehlerhaften Organisation. Hier hilft aber nicht Zerschlagung, sondern Verbesserung der Staatspolizei.

„Entstaatlichung“ der Schutzpolizeiverbände bedeutet zweifellos einen Rückschritt und eine Lockerung des Reichsgefüges; „Eingliederung der Polizeigewalt in den künftigen Selbstverwaltungsstaat“ muß die Parole sein.

Der verwaltungsrechtliche Trennungsstrich soll also in der Zukunft durch die Person des „Polizeiverwalters“ der Gemeinde und der Provinz gezogen werden. Er, der „staatlich-kommunale“ Polizeipräsident, muß in den verwaltungsrechtlichen Umbau so eingemauert werden, daß er der sich selbst verwaltenden Kommune in Fragen der Ortspolizei und des Polizeiverordnungsrechts ver-

antwortlich wird; die ihm unterstellten Organe aber, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Leiter der Kriminalpolizei mit ihren Verbänden, kurz, sein Beamtenkörper, muß im Rahmen der Staatspolizei bleiben.

Beamteninteressen sind zweifellos für eine Partei der Lohn- und Gehaltsempfänger von größter Bedeutung; darüber aber steht der deutschen Arbeiterschaft der Staat! Dieser Staat aber hat zurzeit seine festeste Stütze in der staatlichen Schutzpolizei Preußens und der übrigen deutschen Länder. Darum muß sie der Arbeiterklasse, als der Erbin des heutigen Staates, unantastbar sein!

## Schiffahrt tut not!

Von Anton Seiler

Trotz niedrigster Löhne und günstiger Produktionsbedingungen liegen die deutschen Verkaufspreise allgemein über den Weltmarktpreisen — ja, noch mehr, über den Preisen der Goldmarkländer England und Nordamerika.

Ursache? Sie wird nach der wirtschaftlichen Einstellung des Befragten verschieden angegeben. Zur Erlangung eines klaren Bildes lohnt sich die Betrachtung vom Standpunkt eines neutralen Landes aus. Hier fällt vor allem eins auf: die maßlose, durch nichts gerechtfertigte Steigerung der Seefrachten nach einzelnen Ländern: die Frachthöhe wird ausschließlich bestimmt von Konkurrenzrücksichten, gelingt es, einen Pool zusammenzubringen, so schießen die Frachten gleich Raketen in die Höhe, gibt es alsdann weniger Frachtangebot, nun, dann läßt man eben die Dampfer aufliegen. Ein typisches Beispiel ist der Westindien- (Kuba-) und Mexikodienst. Vor einigen Wochen gelang es, mit Hilfe der Stinnes-Reederei einen Zusammenschluß aller beteiligten Schiffahrtsgesellschaften zusammenzubringen. Infolgedessen entwickelten sich die Frachten wie folgt:

Von Hamburg nach Mexiko		
	früher	jetzt
	(vor der Reedervereinigung)	(nach derselben)
Tampiko (Hafen)	\$ 10.—	15.— per Tonne (1000 kg)
Von Hamburg nach Kuba		
	früher	jetzt
Klasse I	\$ 9.—	22.50 per Tonne (1000 kg)

Das ist für die deutsche Industrie um so katastrophaler, als diese Absatzgebiete für die Vereinigten Staaten von Nordamerika bedeutend günstiger liegen, als für Deutschland. Der Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Ländern war dort von jeher ein äußerst heftiger. Nun kommt dem amerikanischen Wettbewerber der deutsche Reeder zu Hilfe, der seine Flotte mit dem Gelde des deutschen Steuerzahlers aufgebaut hat.

Daß gar kein wirtschaftlicher Grund vorlag, die Frachten zu erhöhen, ergibt sich daraus, daß z. B. die Frachtzuschläge nach den brasilianischen Häfen sogar teilweise ermäßigt wurden — weil die reichen Nordamerikaner auch ihre Sätze heruntergesetzt hatten.

Durch die Frachtkatastrophe nach Westindien ist der deutsche Wettbewerb in einigen Artikeln direkt unmöglich geworden: der überseeische Kaufmann rechnet sich aus, was ihn die Ware bis in sein Lagerhaus kostet: also Kaufpreis der Ware zuzüglich Fracht und Zoll. Was nützen alle Handelsverträge und Zollfestsetzungen, wenn durch die Frachtpolitik der eigenen Reedereien der Handel lahmgelegt wird? Zeitungsdruckpapier, Zuckerrohrmesser, billigere Textilwaren sind mit einer Prohibitivfracht (nicht Prohibitivzoll) belegt worden. Was tut dagegen das Reich, was der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat?

Kanada zeigt, wie es gemacht werden kann, wenn man will! Kanada braucht — trotz seiner eigenen Industrie — gewaltige Mengen fertiger Erzeugnisse, wie Maschinen usw. Sind diese billig, kann auch billig im eigenen Lande produziert werden. Um nun auf die Frachten einen Druck auszuüben, hat die kanadische Regierung mit dem Vorsitzenden der London American Trading Co. einen Vertrag abgeschlossen. Nach diesem Vertrag zahlt die kanadische Regierung dieser Schiffahrtsgesellschaft so viel an Unterstützung (Subsidien), als deren Raten unter denen der Konferenzlinien (Kartelllinien) liegen. Durch diesen Vertrag werden nicht allein die Einfuhrgüter billig befördert, sondern auch die eigenen Erzeugnisse des Landes günstig auf die Absatzmärkte gebracht, also kanadisches Fleisch, Getreide usw. Die Hauptgegner dieses Frachtvertrages waren die kanadischen Maschinenfabrikanten, denen es außerordentlich erschwert wird, nunmehr außer Einfuhrzoll auch noch die Fracht, die sie gar nicht bezahlen, sondern nur verdienen, auf ihre Preise hinaufzukalkulieren\*).

Infolge der wirtschaftspolitischen Verhältnisse ist es Deutschland ja leider nicht möglich, derartige Vereinbarungen mit den Schiffahrtsgesellschaften zu treffen. Dagegen dürfte es für das Kartellgericht von Interesse sein, die Abmachungen der Konferenz-Reedereien zu untersuchen. Wohl gibt es auch Schiffahrtsgesellschaften außerhalb der Konferenzen, aber diese erhöhen auch ihre Frachtsätze genau so gut, nur daß sie immer einige Prozente unter deren Sätzen bleiben.

Die Transportarbeiter haben erneute Lohnforderungen gestellt — durch deren Bewilligung angeblich der Hamburger Hafenverkehr gegenüber Rotterdam und Antwerpen konkurrenzunfähig gemacht werden würde —, es handelt sich um 20 Proz. Zulage. Dagegen soll die staatliche Schlichtungsstelle angerufen werden. Schön! Wer macht das Reich mobil gegen Frachtsätze, die den ganzen Handel vernichten? Die Frachtenfrage ist von außerordentlicher Bedeutung, das deutsche Volk, aus dessen Mitteln, durch dessen Opfermut Schulschiffe, die Handelsflotte wieder erbaut wurde, hat ein Interesse und Recht darauf, daß dies ihr Werk nicht vernichtet wird durch einige Profitjäger — hat Albert Ballin solch beschränkte Nachfolger gefunden, sind Adolf Woermann, dem „königlichen Kaufmann“ (ein politischer Feind der Sozialdemokratie), solch kleinliche Krämer als Hüter seines Werkes erstanden?

Schiffahrt ist not — nicht Schifffliegen wegen Frachtenmangel durch Tarifgier.

\*) Vgl. „Hamburger Fremdenblatt“ vom 9. Februar 1925.



# Papierpatrioten

Von Papyrus

Beim Reichswirtschaftsministerium, der Außenhandelsstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingezogenen Erkundigungen ergaben, daß neuerdings unter besonderen Bedingungen ausländische Papiere zur Verarbeitung und Wiederausfuhr ins Zollinland vorübergehend eingeführt werden dürfen. Dagegen ist eine Papiereinfuhr für den Inlandsbedarf generell verboten.

Daß Schwerindustrie und chemische Werke den Patriotismus gepachtet haben, kann man tagtäglich in ihren Blättern („Lokal-Anzeiger“, „Deutsche Allgemeine Zeitung“) lesen. Da will die Papierindustrie nicht nachstehen: Bei Annahme des Dawes-Gutachtens trat der Verband Deutscher Druckpapierfabriken, G. m. b. H., Berlin, aus dem Reichsverband der Deutschen Industrie aus, der Inhaber der bedeutendsten deutschen Druckpapierfabrik, Kommerzienrat Niethammer, i. Fa. Kübler & Niethammer, Kriebstein i. Sa., ist Führer der Rechtsparteien des Sächsischen Landtags. Also in ihren Blüten zweifellos — „Patrioten“ vom reinsten neudeutschen Schlage.

Nun die Früchte! Seit Stabilisierung der Währung sind die Papierpreise von allen Fabrikaten in Deutschland am meisten gestiegen: Es kosteten 100 kg billiges Kuvertpapier 1914: 23 M., Januar 1924: 30 M., Juli 1924: 33 M., Oktober 1924: 38 M., Dezember 1924: 40 M., April 1925: 48 M.

Nun ist die Ausfuhr von Kuverts bei diesen Preisen direkt unmöglich, und infolgedessen gewähren die Papierfabriken einen Sonderrabatt, wenn die Kuvertfabrikanten nachweisen, daß sie das Papier für Ausfuhraufträge verarbeitet haben. Die im innerdeutschen Wirtschaftsleben verbleibenden Kuverts müssen also höhere Papierpreise zahlen — der Typus des Dumping in Reinkultur. Nun braucht das Ausland aber nicht nur fertige Kuverts, sondern auch Kuvertpapier, um sich die Kuverts selbst zu fertigen. Hier machen nun die Fabriken wesentlich billigere Preise als ihren inländischen Kunden.

So kosteten z. B. 100 kg holzfreies Schreibpapier in Deutschland 1914: 36 M., 1924/25: 72 M., im Ausland 1925: 52 M.

Die Folge davon ist, daß die Papierausfuhr 1924 um 33 $\frac{1}{3}$ % gestiegen, der Papierwarenexport dagegen um 33 $\frac{1}{3}$ % gegen 1913 gefallen ist. Die Papierfabrikanten haben also durch ihre Preispolitik der deutschen Papierverarbeitung die Ausfuhrmöglichkeiten abgeschnitten und künstlich die ausländische Papierindustrie großgezogen. Infolgedessen ist auch die deutsche Papierverarbeitungsindustrie schwach beschäftigt — aber die Papierfabriken verdienen glänzend.

Selbst in ausgesprochenen Unternehmerblättern wird das Vorgehen der Papierfabriken gebrandmarkt — aber diese Firmen fühlen sich sicher. Die Sachlage wäre mit einem Schlage anders, wenn das Einfuhrverbot für Papier aufgehoben würde: Vor dem Kriege betrug der Zoll für 100 kg 4 Mark. Man könnte also alsdann deutsches Papier in London, Paris, Brüssel usw. kaufen lassen, es von dort — oder einem Hafenplatz — nach Deutschland — importieren und noch einen glänzenden Preisgewinn erzielen. Aber so unbescheiden ist die Papierverarbeitungs-

industrie gar nicht, sie kämpft nur darum, daß die Einfuhr von ausländischem Papier für die Wiederausfuhr in verarbeitetem Zustande gestattet wird — bisher vergeblich.

Im Jahre 1913 zählte man im Deutschen Reiche 4391 Betriebe der Papierindustrie mit rund 200 000 Arbeitern, in den polygraphischen Gewerben wurden ebenfalls 200 000 Arbeitnehmer beschäftigt, diesen 400 000 stehen ganze 58 000 Papierfabrikarbeiter gegenüber. Der Durchschnittslohn letzterer betrug pro Kopf 992 Mark, gehörte also mit zu den niedrigsten.

Aber mit den billigeren Auslandspreisen der Papierfabrikanten ist es noch nicht getan, auch die Verkaufsbedingungen sind für das Ausland günstiger:

Das Ausland hat feste Preise (und niedrigere). Dem Inland wird freibleibend verkauft — berechnet zum Konventionspreis am Tage der Lieferung. Das Ausland hat einen langen Wechselkredit. Das Inland muß nach 14 Tagen bezahlen, längeres Ziel ist Gefälligkeit und nur gegen Diskontberechnung.

Die Papierfabrikation ist durch Einfuhrverbot und Zoll glänzend geschützt — Schutz dem, der des Schutzes bedarf und sich desselben würdig zeigt, ob dies bei den Papierpatrioten der Fall ist, überlasse ich dem Urteil der Leser.

---

## Durch die Slowakei nach Karpatho-Rußland

*Von Eugen Lewin-Dorsch*

Seltsam: es gibt im Herzen Europas, dicht vor den Toren Deutschlands, Landschaften, die uns fremder sind als irgendein Winkel in Asien oder Afrika. Dazu gehört der Osten der Tschechoslowakei. Wir reisen zur Kur nach Karlsbad oder Marienbad, fahren in Geschäften nach Prag und nach Brünn und blicken vom Gipfel der Schneekoppe hinunter auf tschechoslowakisches Land. Was aber wissen wir von den östlichen Bezirken dieses jugendlichen Staates, der gleichaltrigen Schwester unserer Republik? Was von jenen weiten Gebieten, die sich von der südlichsten Spitze Schlesiens bis hin nach Rumänien dehnen? Es ist unbekannter Boden. Vier, fünf Monate lebte ich in einem weltfernen Dörfchen am äußersten Ende der Slowakei; niemals bin ich in dieser Zeit dort einem Berliner begegnet. Und doch war ich nur zwölf Schnellzugsstunden von der oberschlesischen Grenze entfernt. Fast verklungen sind uns die Namen der Städte, die sich dort, in den Tälern der Tatra, überragt von Waldbergen und Eisgipfeln, verbergen oder am Abhange der Karpathen aus sonnenverbranntem Gelände farbig emporwachsen, umrankt von Weinlaub, von verwitterten Burgen gekrönt, mit überwältigendem Ausblick auf die grandiose Monotonie der Pußta. Hierhin sind deutsche Kolonisten rheinfränkischen Ursprungs schon im frühen Mittelalter gewandert, haben Städte gebaut und sich mit ihrer Sprache und Sitte bis auf den heutigen Tag erhalten, am östlichen Abhang der Tatra, im slowakischen Erzgebirge und, in versprengten Siedlungen, bis hinab zur Landschaft von Munkacz.

Hier liegt Kaschau mit einem herrlichen Dom in gotischem Stil; Uzhorod mit einer zerfallenen Veste aus den Zeiten der siebenbürgischen

Fürsten; Munkacz, auf dessen „hohem Turm“, nach einem von jedem deutschen Gymnasiasten pathetisch erlernten Gedichte, der Grieche Alexander Ypsilanti gefangen saß. Fremd ist uns die wildbewegte, abenteuerhafte Geschichte dieses Bodens, um dessen Besitz in verflissenen Jahrhunderten Deutsche und Ungarn, Polen und Türken heiß gestritten haben. Voll von fremdartiger Schönheit ist das Land; bunt besiedelt von vielerlei Völkerstämmen und von Sonnenschein überströmt in allen Zeiten des Jahres.

\*

Das Territorium der Tschechoslowakei ist ein wunderliches Gebilde. Lang und schmal dehnt es sich von Bayern bis zur Bukowina. 980 Kilometer, in der Luftlinie gemessen, beträgt die Entfernung von der westlichsten, im Fichtelgebirge gelegenen Stadt Asch bis zur östlichsten Ortschaft Jasina, hoch oben in den Waldkarpathen, im Quellengebiet der Theiß. Das ist so weit wie von Berlin nach Bologna. Doch nur 290 Kilometer beträgt die größte Breite des Landes. Die Gestalt dieses Gebietes gleicht einem Fische, der in fast horizontaler Haltung durch Mitteleuropa schwimmt.

Janusköpfig ist der tschechoslowakische Staat, westöstlich sein ethnisches und kulturelles Gepräge. Sein eines Antlitz mit Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien, Teilen des alten Oesterreich, ist nach Westen gerichtet. Das andere aber mit der Slowakei und mit Karpatho-Rußland, dem Norden des früheren Ungarn, ist östlich bestimmt. Heute liegt der Schwerpunkt des Ganzen im Westen. Doch möglich ist es, daß die geschichtliche Aufgabe der Tschechoslowakei in Zukunft durch ihren Charakter als Brücke zwischen dem Westen und Osten Europas entscheidend gestaltet wird.

In einer nebelgrauen Herbstnacht kam ich, von Berlin her, in Oderberg an. Sechs Stunden Aufenthalt bis zu dem Zuge, der von Prag her den langgestreckten Osten der Tschechoslowakei von der deutschen und polnischen Grenze bis nach Rumänien durchheilt. Im hell erleuchteten, fröhlich belebten Wartesaal hängt — wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! —, weithin sichtbar, das Bild Masaryks, des Präsidenten der Republik, der von allen Schichten und Stämmen seines vielgestaltigen Volkes verehrt wird und sicher eine der bemerkenswertesten europäischen Persönlichkeiten ist.

In diesen Tagen, da er am 7. März 75 Jahre alt wurde, erinnerten wir uns, daß auch Thomas Garrigue Masaryk aus der Tiefe des Volkes stammt, der Sohn eines slowakischen Kutschers. Er war, glaube ich, Schlosserlehrling, dann Volksschullehrer, besuchte in Brünn und Wien das Gymnasium, in Wien und Leipzig die Universität, habilitierte sich mit einer Schrift über den „Selbstmord als soziale Massenerscheinung der modernen Zivilisation“ in Wien als Privatdozent, und wurde Professor in Prag. Sein Buch über „Rußland und Europa“, seine soziologischen Theorien haben ihn auch in Deutschland bekanntgemacht. Er wurde Führer der tschechischen Volkspartei, verteidigte kühn einen des Ritualmordes fälschlich bezichtigten Juden, kam 1907 ins österreichische Parlament, und wurde zuletzt, im Weltkriege, der Gründer des tschechoslowakischen Staates. Ein fruchtbares Leben und ein gewaltiger Aufstieg.

Im Wartesaal des Oderberger Bahnhofs grüßte mich sein Bild als das Symbol eines gesicherten republikanischen Willens. Später sah ich

es auf allen Amtsstuben, in denen ich meinen Reisepaß vorwies: in Cop und in Tarkan, in Kirhaly Helmezc und in Uzhorod; in den kleinsten Nestern, auf den entlegensten Bahnhöfen.

\*

Noch ist es stichdunkel, als der Schnellzug von Oderberg abfährt und durch Dampf und Nebel in südlicher Richtung hart an der polnischen Grenze entlangeilt. Schnaufend steigt er, an der Stadt Teschen vorüber, im Quellgebiet der Oder die Terrasse des Beskidengebirges hinauf. Dicht sind die Wagen besetzt, weniger mit Menschen als mit Gepäck. Ueberall Kisten, Koffer und vor allem dick gestopfte Bündel, elefantenhaft groß, in ihrer wulstig geschwollenen Form die expansive Massigkeit des europäischen Ostens verkörpernd: als ob der Reisende nicht in das nächste Dorf, sondern in die letzte Unendlichkeit führe.

Mühsam finde ich Platz zwischen Tschechen und Slowaken. Neben mir ein Ostjude mit wallendem Barte und spiralig geringelten „Peies“. Es wird munter tschechisch geplaudert. Plötzlich, da sich der Nebel draußen zu teilen beginnt, erhebt sich der Jude und sagt zu den Reisegefährten in östlich parfümiertem Deutsch: „Die Herrschaften mögen gestatten, daß ich meine Morgenandacht verrichte.“ Und während die laute Unterhaltung zu leisem Geflüster herabrennt und schließlich völlig erlischt, holt mein Jude aus einem kleinen Koffer den weißen, schwarz geränderten Gebetsmantel heraus, legt ihn breit über Kopf und Schultern, zieht die Gebetsriemen aus einem Beutel, schlingt sie in vorgeschriebenen Windungen um Arm und Kopf, so daß das schwarze Kästchen mit den heiligen Pergamenten wie ein Horn aus der Stirn hervorwächst, und betet, nach Osten, der eben aufgehenden Sonne entgegen gewendet.

\*

Der Nebel ist zerstoßen, und die Strahlen der Sonne funkeln wie gezückte Schwerter. Ein tiefblauer Himmel läßt noch einmal, wie zum Abschied alle Glut des Sommers herniederströmen. Sämtliche Farben auf der unerschöpflichen Palette des Herbstes leuchten, wie von einem inwendigen Lichte ausgestrahlt. Immer höher klettert der Zug, er überquert den Jablunka-Paß, der das Eingangstor in die Slowakei bildet. Links und rechts vom Bahndamm heben sich die Berge kühner empor. Dunkle Tannenforste, in das Geheimnis ihrer Einsamkeit gehüllt, und lachend helle Birkenwälder mit goldgelben Blätterfahnen klimmen an den felsigen Hängen aufwärts. Schäumende Bäche stürzen sich kopfüber in Abgründe, über die der Zug auf hochgespannten Brücken hinwegdonnert. Ueber steilen Halden, zwischen Steingeröll und koboldhaften Wacholderbüschen springen scheckige Ziegen, und auf breiten Matten weiden läutende Rinderherden. Hier und da grüßt am Wege ein slowakisches Bauernhaus. Hirten in farbiger Tracht blicken dem Zuge nach.

Bei dem Städtchen Sillein ist längerer Aufenthalt. Hier zweigt eine Bahnlinie nach Süden ab, nach Bratislawa (Preßburg), das einstmals die uralte Krönungsstadt Ungarns war und jetzt die Hauptstadt der Slowakei, der Sitz des slowakischen Ministeriums ist. Mein Zug biegt hier nach Osten um und steigt von nun an im Tale der Waag weiter, der Hohen Tatra entgegen.

Wild und schroff baut sich die Landschaft auf. Dicht neben dem Geleise der Bahn braust das smaragdgrüne Bergwasser der Waag. Bald

verengt sich die Sohle des Tales zur felsigen Schlucht, bald erweitert sie sich zu breitem Gelände.

Da steigen fast plötzlich zur linken Seite des Zuges, hinter weitgedehnten Wiesengründen, von Fichtenwäldern umkränzt, die schnee-behangenen Gipfel der Hohen Tatra empor. In blendendem Glanze des Mittags leuchtet das gelbe Gestein der Felsen, funkelt das silberne Eis der Spitzen hoch über dem dunklen Grün. Schritt für Schritt entrollt sich das ganze herrliche Hochgebirge, Berg neben Berg, zu einer einzigen Riesenmauer verbunden. Eine gewaltig heranbrausende Meeresflut, von weißem Gischt überschäumt, scheint durch ein Zauberwort mitten im stärksten Ansturm für alle Ewigkeit erstarrt zu sein in kristallischem Glanze.

(Fortsetzung folgt.)

## Richard Strauß' „Intermezzo“ in der Staatsoper

Von Else Kolliner

In Richard Strauß trafen sich die stärkste Musikernatur einer Epoche und eine historische Aufgabe. Wagner hatte der Tonsprache die Farben des sensualistisch-nervenhaften Ausdrucks gegeben, aber er tat es mit bösem Gewissen. Dieses schlechte Gewissen gab ihm bei seinen Stoffen die Wendung ins Religiöse, ins Nationale, also in eine ethische Ordnung ein. Tristan und Isolde wurde deshalb sein größtes Werk, weil hier das Erlebnis so stark, so selbstbehauptend war, daß es das Gewissen besiegte. Strauß führte diese sensualistisch-nervöse, alle Reizmittel auskostende Tonsprache in Salome und noch in Elektra bis zu einem Punkt, wo es nicht mehr weiter ging. Aber da er aus einer verbürgerlichten kleinen Zeit des rückgratschwachen Liberalismus der bequemen Skepsis kam, hatte er keinen inneren Zwang, sich pathetisch zu rechtfertigen. Er entlud dieselben Ausdrucksmittel von aller ideellen Schwere und schrieb die schwingend-tänzerische, sinnlich erfüllte Komödie. Diese Entspannung, diese Entgötterung war seine historische Leistung. Was sich dieser Basis an Entwicklung entringen sollte, konnte nicht von ihm ausgehen, weil er keine aufbauenden Inhalte zu geben hatte. Vieles in der Musik der Modernen lehnt auch alle Beziehung zum Ueberrealen ab. Aber bei den Heutigen ist es Auseinandersetzung und Entscheidung. Während die bürgerliche Skepsis eine brüchig gewordene Hauswand noch mit unverbindlichen Illusionen tapeziert.

Verdi, der eine Natur und ein Mensch von aufbäumender Leidenschaftlichkeit war, konnte noch im späten Alter seinen Stil entwickeln. Strauß, der Exponent seiner Zeit und ihr in nichts voraus, kann es nicht. Es ist außerordentlich, wie er im Intermezzo seine Mittel wendet, zusammenrafft, mit ihnen schaltet, ihnen an vielen Stellen feinsten artistischen Reiz abgewinnt! Aber die musikalisch-technische Meisterlichkeit kann den Eindruck einer abklingenden, schon abgelösten Epoche nicht verwischen.

Christine, die Frau des Hofkapellmeisters Robert Storch — Richard Strauß hat alles getan, um nicht zu verbergen, daß es sich um ihn und seine Frau handelt —, bleibt allein im verschneiten Landhaus zurück. Ihr Mann ist nach der üblichen Streitszene auf zwei Monate ins hauptstädtische Engagement gefahren. Frau Christine, die zu einem fremden

Herrn auf der Rodelbahn: „Sie Esel!“ und zu ihrem Hausmädchen sagt: „Machen Sie doch Ihre blöden Augen auf!“ markiert auch vor sich den Trieb, den geliebten Mann zu nennen, über ihn zu sprechen, indem sie ihn quält und ihn vor anderen herabsetzt. Für den Herrn von der Rodelbahn, der sich als Sohn alter, heimatlicher Bekannter entpuppt, schleicht sich aus lauter Opposition unter dem Deckmantel patronisierender Sympathie ein wenig phantastisches Gefühl in das ewig aufbegehrende Gemüt der Frau. Aber dieser Baron, der eine kleine, leichtsinnige Bindung selbst an diesem Ort eines kurzen Aufenthaltes hat, sieht die neue Bekanntschaft nur unter dem Gesichtswinkel der 1000 Mark, die er ihr herauslocken möchte. In die Unterhaltung platzt wie eine Petarde ein Brief von „Mizzi Meyer“ an den Hofkapellmeister mit der Anrede: „Lieber Schatz“. Ihm wird sofort telegraphisch die Ehe gekündigt, und er verbringt die „drei schlimmsten Tage seines Lebens“, bis sich die Verwechslung mit dem Kollegen Stroh herausstellt. Stroh muß persönlich alles aufklären, aber der sehnsüchtig heimkehrende Gatte hat noch einen harten Strauß mit seinem Hausteufel zu bestehen, ehe es durch den Hinweis auf die Baron-Episode zu der die 14 Bilder abschließenden Versöhnung kommt.

Es hat sich um die Handlung überall der Streit entsponnen, wie sich dieses Abdecken des eigenen Hauses, diese freigelegte Ansicht intimster Lebensräume und Vorgänge mit innerem Anstand vereinigen läßt. In dem Text stände kein Wort, heißt es, das nicht im Leben gesprochen worden wäre. Die Frage ist damit entschieden, daß das Erlebnis nicht anonym im Kunstwerk aufgeht. Es ist eine Gefühllosigkeit, die sich den Anschein des Gefühls gibt und die nicht dadurch gemildert wird, daß Strauß, der den Text selbst schrieb, als Schriftsteller die süddeutsch-plastische, sinnfällig modellierende Hand hat.

Auf der Bühne werden Koffer gepackt, Nägel manikürt, es wird telephoniert, telegraphiert, gerodelt, Skat gespielt, Zeitung gelesen, ein Zimmer wird gemietet, die Zofe gekündigt, der Notar mit der Scheidung beschäftigt — als Textdichter sprengt Strauß die Fesseln des bisher als opernmäßig Gültigen und stellt den Gegenwartsmenschen mit zivilisatorischem Zubehör auf die Bühne, der uns nähersteht, als verbrauchte Kostümromantik. Als Musiker zieht er nicht die selbstverständlichen Konsequenzen daraus. Sein Stil bleibt bei der anmutig gezeichneten, pointierten Konversation, die sich zu erregten oder lyrischen Steigerungen weitet, wo die inneren Vorgänge nicht redend übertönt werden. Niemand würde aus der Musik zum Rodelbild entnehmen, daß es sich um eine Sportszene handelt. Die Zwischenspiele, die Musik zu der Szene am Kinderbett, zur Versöhnungsszene leben in einem andern Schritt, andern Pulsschlag, als die Gestalten, die sich in ihnen äußern sollen. Der Rhythmus und die Dynamik haben die Bewegungen der alles durchdringenden sinnlichen Nervosität, und die Menschen haben ein ganz verändertes Wissen um die Dinge, haben ihr sinnliches Leben unter abrupten Temperaments-Undiszipliniertheiten vergraben. Das Orchester glitzert und gleitet künstlerisch geschwungene Konturen auf und ab, und die Menschen reden das Blech des modernen Alltagsmenschen. Daß die musikalische Haut so lose und unverwachsen über den Muskeln des Textbuches sitzt, daß der einheitliche Impuls fehlt, schreckt zurück, kühlt ab.

Georg Szell leitet den musikalischen Teil der Aufführung. Er hat die Musik ganz in sich aufgenommen, in sein gesundes, frei gestaltendes Temperament, die außerordentliche Beherrschung des Apparates. Manches würde durchsichtiger, süßer, hingebener sein, hätte Strauß für das große Berliner Haus die Instrumentgruppen nicht verstärkt. Die Regie hat — bis auf das Skatbild — das Aeußerliche der Szenen nicht bewältigt, das innere Leben nicht erfaßt. Sie hätte aus der liebenden, sich wehrenden Widerspenstigen der Maria Hus'sa noch ganz andere Wirkungen herausholen können. Aus dem guten Ensemble fällt die Fehlbesetzung des aristokratischen Windhundes durch einen schwerblütigen, gehemmten Sänger auf.

Die Berliner Staatsoper legt noch immer Wert auf ihren reservierten Platz am Rande der musikalischen Ereignisse. Zwischen Pfitzner und Strauß hätte Bartok oder Hindemith gehört. Hoffentlich hat jetzt nichts mehr den Vortritt vor Stravinsky.

## RANDBEMERKUNGEN

### *Christliche Theaterreformer*

Der christliche Bühnenvolksbund ist mit der bewußten Absicht geschaffen worden, in die Volksbühnenbewegung eine Tendenz einzutragen. Gegenüber den „sozialistisch-jüdisch“ verseuchten Volksbühnen wollte Herr Gerst mit seiner Organisation ein „christlich-nationaldeutsches“ Unternehmen schaffen. Trotz der erheblichen Geldmittel, die Herrn Gerst zur Verfügung standen, ist es ihm bisher noch nicht gelungen, sich eine eigene Bühne für seine Organisation zu schaffen. Der vor wenigen Monaten unternommene Versuch, das Dramatische Theater in Berlin zu erobern, scheiterte an dem schnellen Konkurs dieses Unternehmens. Um aber trotzdem den Mitgliedern des Bühnenvolksbundes eigene Vorstellungen zu bieten und außerdem für die Idee der Organisation zu werben, unterhält der Bühnenvolksbund einige Wanderbühnen. Mit der „künstlerischen“ Arbeit einer dieser Truppen müssen wir uns etwas eingehender befassen.

Zu Beginn der vorigen Saison wurde in Hannover das „Künstlertheater Hannover“ gegründet. Das neue Unternehmen, dessen Hauptgelddgeber der Bühnenvolksbund war, beabsichtigte, seine Erstaufführungen in Hannover zu haben,

einige Male dort zu spielen und dann auf Tournee zu gehen. Unter anderem beabsichtigte man in Braunschweig, Dresden, Paderborn und Chemnitz zu gastieren. Der Spielplan sollte durchaus tendenzlos sein. Zur Aufführung waren u. a. „Ostern“, „Hanneles Himmelfahrt“, „Emilia Galotti“, „Dame Kobold“, „Candida“ und „Vater“ vorgesehen. Die Truppe sollte in großen Autos reisen. Eine komplette Bühne samt den notwendigen Dekorationen sollte auf diese Weise transportiert werden. Kurz — man wollte ein vorbildliches Unternehmen mit allen modernen technischen Einrichtungen schaffen. Als Intendant wurde der tüchtige und bekannte Harten gewonnen. Sein Name lockte eine Reihe trefflicher Künstler von verschiedenen deutschen Bühnen an.

So sah es um die Absichten des „Künstlertheaters Hannover“ aus, so versicherte man es den Schauspielern bei Abschluß der Verträge. Und dann begannen die Taten der neuen Bühne. Man spielte zuerst „Mariechen von Nymwegen“. Die Proben fanden in Biersälen Hannovers statt, und da die finanziellen Verhältnisse der Bühne nicht gerade die besten waren, so wurden die Säle häufig gewechselt. Die Erstaufführung fand in einem Saale der Stadthalle in Hannover statt.

Die Bühne war klein und dürrig, und da man es nicht für notwendig gehalten hatte, eine Bühnenprobe abzuhalten, stürzte einer der Darsteller und verletzte sich schwer am Ohr. Da weitere Zahlungsschwierigkeiten eintraten, mußte die letzte Aufführung abgesagt werden. Herr Gerst berief die Truppe nach Berlin, um dort im Dramatischen Theater zu spielen. Das „Künstlertheater Hannover“ sah seine Heimatstadt nicht wieder. In Berlin bereitete man das Lustspiel „Donna Diana“ vor. Die Proben zu dem Stück fanden in dem Turnsaal einer Berliner Schule statt, wobei Turngeräte die Bühne ersetzten. Unter diesen Umständen hatte das Ensemble wenig Neigung, im Dramatischen Theater aufzutreten. Trotzdem fand wider Willen der Schauspieler die Aufführung statt. Die Berliner Theaterkritik war geladen — und der Erfolg war ein vollkommener „Mißerfolg“. Nachdem das Dramatische Theater, wie schon bemerkt, in Konkurs geraten war, siedelte man nach Breslau über. Im christlichen Hospiz „Herberge zur Heimat“ wurde ein Teil des Ensembles untergebracht, das zwar hundertmänniges Essen bot, dafür aber Ungeziefer in den Schlafzimmern hatte. In Breslau spielte man ein kitschiges Märchen, „Hans, der Glöckner“. Als Theatersaal hatte man einen riesigen Raum mit schlechter Bühne und unmöglicher Akustik. Trotzdem die Schauspieler sich fast heiser schrien, wurde fortgesetzt „lauter“ gerufen. Nach diesem Abstecher kehrte man wieder nach Berlin zurück. Vor einer nationalistischen Organisation wurde „Der Vetter aus Bremen“ und „Philotas“ gegeben. Zwischen den Stücken wurden Heeresmärsche geblasen. Die Aufführung fand in einem Biersaal statt, in dem man ungeniert während der Aufführung rauchen und essen konnte. Um aber auch künstlerischen Bedürfnissen gerecht zu werden, studierte man „Was ihr wollt?“ ein. Die Premiere fand in einem Spandauer Saal statt. Hier gab es zur Abwechslung keine getrennten Garderoben, ja, die Garderobe war anfangs sogar den Be-

suchern zugänglich — Tatsachen, die doch wirklich gegen christlichen Anstand und Sitte verstoßen. In Berlin setzte man in Biersälen die Aufführungen vor jungen Volksschulkindern fort, die ihr Verständnis für das Stück dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie nach Herzenslust auf der Bühne herumturnten.

Mit einem „Apostelspiel“, einem christlichen Tendenzstück, und einem Einakter von Leo Weißmantel, einem begabten, aber auch ausgesprochen tendenziösen Dichter, reiste die Truppe nach Stettin. Hier war die Szenerie bei der Aufführung so „vollkommen“, daß man eine Bank durch Zusammensetzen mehrerer Stühle markieren mußte. Erwähnt sei noch nebenbei, daß bei den Aufführungen Werbereden für den Bühnenvolksbund am Anfang gehalten wurden.

Schließlich ging es nach Sachsen, wo man in „Großstädten“ wie Meuselwitz, Grotkau und Seifen spielte.

Der Intendant Harten legte unter diesen Umständen bald die Leitung des Theaters nieder. An seine Stelle trat ein Herr Marowski; dessen künstlerische Eignung für diesen Posten darin bestand, daß Herr Marowski „als Volontär“ vorübergehend am „Dramatischen Theater“ tätig war. Er unternahm einen vergeblichen Versuch, „Was ihr wollt?“ zu inszenieren, gab es aber nach zwei Proben auf und machte dem begabten jungen Regisseur Walter Oehmichen Platz.

Walter Oehmichen war als Regisseur engagiert worden. So nebenbei mußte er noch den Bühnenarbeiter, Installateur und Gepäckablander spielen. Er hielt das für eine „ungeeignete“ Beschäftigung und verließ darum die Truppe. Dieser Tage klagte er erfolgreich vor dem Bühnenschiedsgericht auf Weiterzahlung seiner Gage, da man ihn entgegen dem Vertrage beschäftigt hatte.

Seinem Beispiel ist das gesamte Ensemble gefolgt und hat Herrn Gerst auf Schadenersatz wegen künstlerischer Schädigung verklagt. Mit Recht behauptet das Personal, daß es arglistig getäuscht worden



ist und statt an eine ernsthafte Bühne an eine „Schmiere“ geraten ist.

Unterdessen bemüht sich die Leitung der Bühne, den Schaden wieder gutzumachen, und bereitet in Berlin (in apropos 14 Tagen) „Ostern“ und einen Einakterabend mit Tschschowschen und Strindbergschen Sachen vor. Die Proben finden wieder in einem Saal statt, der manchmal frei — manchmal aber auch besetzt ist. Wenn ein Schauspieler krank ist, muß die Probe ausfallen, da kein Ersatz da ist. Kurz — in zehn Tagen dürfte wohl die Hälfte der Proben ausgefallen sein.

Die Künstler haben bisher geschwiegen. Eine begriffliche Scham

hielt sie davon ab, über die Zustände der Bühne zu berichten. Da aber nun die Sache zur Verhandlung kommt, glaube ich im Interesse des Ensembles zu handeln, wenn ich rücksichtslos auf diese Zustände hinweise.

Verantwortlich dafür sind nicht die jungen Künstler, die ein halbes Jahr lang gefoltert worden sind, — sondern der Bühnenvolksbund.

Wer von Erneuerung des Theaters schwätzt, — übelste Schmierenaufführungen aber darbietet, der ist unfähig, eine Bewegung zu leiten, die die Kunst dem Volke bringen will. Für die breiten Massen muß das Beste gerade gut genug sein.

*Wolfgang Benning*

## B Ü C H E R S C H A U

*Der Prozeß des Reichspräsidenten*  
Bearbeitet von Karl Brammer. Mit juristischen Gutachten. Verlag für Sozialwissenschaft. Berlin 1925.

Die Geschichte hat gesprochen: Friedrich Ebert ist gestorben und ist mit seinem Tode in die Unsterblichkeit eingegangen. Die Geschichte selbst, der das Magdeburger Urteil die letzte Entscheidung zuerkennt, hat gerichtet und dieses Urteil zerrissen und vernichtet, ehe noch der menschliche Berufungsrichter die Möglichkeit bekam, durch den juristischen Unsinn der ersten Instanz einen Strich zu machen. Das ist das Schlimmste an dem Magdeburger Urteil, daß die Unfähigkeit seines Verfassers, der seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen war, die gesamte deutsche Justiz vor der ganzen Welt bloßstellte. Das Hauptverdienst des Brammerschen Buches erblicke ich darin, durch die Zusammenstellung kritischer Betrachtungen namhaftester deutscher Juristen aus allen Parteilagern unwiderleglich verdeutlicht zu haben, wie vollständig der Magdeburger Richter die elementarsten strafrechtlichen Grundbegriffe verkannt hat. In dieser Auffassung treffen sich so

vorsichtig abwägende Juristen wie der ehemalige Reichskanzler Marx und der volksparteiliche Professor Kahl, und Juristen, deren Scharfsinn internationalen Ruf genießt, wie die früheren Reichsjustizminister Schiffer und Radbruch und der Frankfurter Professor Sinzheimer, die mit anderen in glanzvollen Gutachten, die einen dauernden Wert besitzen, die Unhaltbarkeit des Magdeburger Urteils nachweisen. Demgegenüber tritt die auszugswise Wiedergabe des Prozeßverlaufs, trotz des größeren Raums, den sie in Anspruch nimmt, in den Hintergrund. Sie ist nur insofern interessant, als sie die würdelose Gemeinheit und Niedertracht widerspiegelt, mit der die deutsche Rechte das Oberhaupt des Deutschen Reiches andauernd mit Schmutz beworfen hat. Auch das wird in die Geschichte eingehen, und es wird noch weniger ein Ehrenmal für das deutsche Volk sein, als das Urteil, mit dem die Verhandlungen des Prozesses gekrönt worden sind.

Ueberblickt man nochmals den ganzen Prozeß, so drängt sich einem wieder und wieder die Frage auf, die man sich schon vor seinem

Beginn vorlegte, ob Ebert gut beraten war, als er die Klage erheben ließ. Ich habe die Frage stets verneint, und ich bin überzeugt, daß heute viele mit mir verneinen, die zuvor anderer Ansicht waren. Die Geschichte muß sprechen und sie hat gesprochen.

*Staatsanwalt Marx*

### *Zwei Bekenntnisbücher*

Arthur Holitscher: *Lebensgeschichte eines Rebellen*. Dieses Erinnerungsbuch (S. Fischer, Verlag, Berlin) ist nicht nur ein Kulturdokument durch seinen Inhalt: durch die atmosphärische Beschreibung eines Budapester Kaufmannshauses, eines Milieus, aus dem viele Talente der österreichischen Schule hervorgegangen sind; nicht nur wegen der Darstellung des Dichterkreises im jungen Albert - Langen - Verlag (Wedekind, Wassermann, Holm, Dauthendey, Rüderer usw.), sondern dieses Buch ist auch ein Kulturdokument durch die Art seiner Schilderung, durch die künstlerische Gewissenhaftigkeit, die ein Zeichen der Stilperiode von 1900 ist. Da ist nichts überzeichnet, nichts emphatisch gesteigert; da ist nur versucht, den künstlerischen Werdegang eines sensiblen und feinnervigen Talentes in Wahrhaftigkeit lebendig zu machen.

Holitscher erzählt nur das Wesentliche: die Kinderjahre, deren Eindrücke wieder, wie bei allen Dichtern dieser stillen Art, überlebendig geblieben sind und den Schaffensprozeß beeinflusst und gehemmt hat; den ungeheuren Eindruck, den die Schöpfungen Hamsons damals auf die junge Generation gemacht haben; charakterisiert Wedekinds aus ambivalenten und gegensätzlichen Instinkten zusammengesetzte Persönlichkeit, und schließlich die revolutionäre Neuheit des „Simplicissi-

mus“ in Bild und Wort. — Holitschers Buch ist um so beweiskräftiger, als es uneitel und im nobelsten Sinn objektiv ist und von des Verfassers eigenem Leben nur die Zeit gibt, die in ihren künstlerischen und menschlichen Spannungen interessant und uns Heutigen fast schon entrückt ist.

\*

Oscar A. H. Schmitz: *Die Geister des Hauses*. Diese Jugenderinnerungen (Georg Müller, Verlag, München) schildern in ihrem wesentlichsten Teil Kindheitsumwelt und Empfindungen. Die Geister des Hauses, das sind die dunklen Mächte, die der Knabe sowohl außerhalb seines edel bürgerlichen Milieus ahnt und manchmal erschaut, wie auch atavistische und mysteriös urhafte Wallungen, die aus seinem Inneren zu dem schrecklichen Außen hinstreben.

Schmitz berichtet nur erinnerungssichere Erlebnisse. Er ist ebenso davon entfernt im Sinne der jüngsten Expressionisten als Ankläger gegen die Eltern für die Jugend aufzutreten, als er sich bemüht, die entscheidenden Momente festzuhalten, in denen negativ oder positiv wirkende Erziehungseinflüsse, erschreckende, seltsame, gefährliche oder beglückende Erlebnisse in die Psyche des Kindes hemmend oder indirekt fördernd eingriffen. — So beschreibt Schmitz seine Jugend mit einer zurückhaltenden Besonnenheit, die seinem natürlich gewachsenen Stil und seiner Weltanschauung (die immer bemüht ist, sich in einer objektiven und gerechten Mitte zu halten) wohl ansteht. Man liest dieses Buch, von dem bisher nur der erste Band vorliegt, das keine großen äußeren Ereignisse enthält und das manchmal in der Erklärung von Familienzusammenhängen weit ausholt, wie einen guten und ehrlich gearbeiteten Roman.

*Kurt Offenburg*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin N O 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

# **DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS**

**VON KURT HEINIG**

**5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK**

---

## **Wir haben die Herausforderung angenommen!**

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre des berüchtigten Schieber- und Gründersumpfes der Vorkriegszeit zu steigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:

**18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.**

---

Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder dem Landtag an.

## **Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?**

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68**

**Demnächst erscheint:**

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft  
Berlin NW 68**

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

ROBERT BREUER:	
<b>Die unerträgliche Niederlage Hindenburgs</b>	97
BRUTUS:	
<b>Dolch oder Gift?</b> . . . . .	100
<b>Hindenburg und der Gaskrieg</b> . . . . .	105
PETER KRAMER:	
<b>Der schwarz-weiß-rote Gott</b> . . . . .	107
<b>Auf zur Kaiserwahl!</b> . . . . .	110
PERISKOPOS:	
Frankreichs Wirtschaftskrisis . . . . .	112
WOLFGANG SCHUMANN:	
Wider das Wahlrecht der Greise . . . . .	115
WOLFGANG BENNING:	
Jugendbewegung und Sozialismus . . . . .	117
EUGEN LEWIN-DORSCH:	
Durch die Slowakei nach Karpatho-Rußland (Schluß)	120

Zwei bedeutsame Bücher zum „Schutzzoll“: „Zölle und Produktionskraft“, „Um die Handelspolitik. Schutzzoll oder Freihandel?“ — Ein Buch vom Soldaten — Der englische Boccaccio — Der Erdkreis im Bilde

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin SW 68



Lindenstr. 114

**Preis 30 Pfennig**

Ein neues, glänzendes Memoirenwerk

---

# AM ZARENHOF WÄHREND DES WELTKRIEGES

Tagebücher  
und Betrachtungen von  
*Maurice Paléologue*  
Französischer Botschafter  
in Petersburg

Mit einer Einleitung von Benno v. Siebert. 2 Bände, 986 Seiten  
Elegant in Ganzleinen gebunden M. 22.—, broschiert M. 18.—

*I*n diesen Memoiren, die an literarischem Wert, Glanz der Darstellung und kulturhistorischer Bedeutung sich den großen Memoirenwerken der vergangenen Jahrhunderte ebenbürtig an die Seite stellen, spiegelt sich in erschütternder Anschaulichkeit das Drama der letzten zwei Jahre der Romanows wider. Das Buch ist nicht nur in seinem politischen Teil eine Auseinandersetzung mit all den Ereignissen in Rußland von Kriegsausbruch an bis zur Revolution und dem Ende des Zarismus, sondern es zeigt die handelnden Personen, den Zaren, die Zarin, Hof und Regierung und vor allem Rasputin, durch seinen dämonischen Einfluß der eigentliche Herrscher, in nächster Nähe gesehen, gibt völlig neue Einblicke in Intrigen und Einflüsse, die die Haltung des Kaisers und der regierenden Kreise mitbestimmten. Was dem Buche, welches durch die Form des Tagebuches höchste Lebendigkeit erhält, über das Politische hinaus besonderen unverlierbaren Wert verleiht, sind die ebenso gründlichen wie prachtvoll geschriebenen Teile, in welchen Paléologue zu allen Fragen der russischen Kultur Stellung nimmt, wie: Hof und Gesellschaft, Kirche, Klerus, Religion, russische Frömmigkeit, Mystizismus und Volkspsyche, die russische Frau, Arbeiter- und Bauernfragen, Literatur, Musik, Theater usw. Die Memoiren sind für die Geschichte der letzten zwei Jahre der Romanows ein allererstes Quellenwerk, dem durch die

Ungunst der Verhältnisse kaum mehr viel anderes  
authentisches Material an die Seite  
treten wird.

---

VERLAG VON F. BRUCKMANN A.-G. IN MÜNCHEN

## Die unerträgliche Niederlage Hindenburgs

Von Robert Breuer

Eine Niederlage Hindenburgs wäre unerträglich — sagt Herr von Loebell, und der Minister Schiele erklärt: bei Niederlage dürfte die letzte Hoffnung der Deutschnationalen zum mindesten für die nächsten sieben Jahre völlig vernichtet sein. Die Herren müssen wissen, welche Pläne und welche Hoffnungen ihnen zusammenbrechen, wenn Hindenburg durchfällt, und es hat gewiß vieles für sich, anzunehmen, daß eine Niederlage Hindenburgs für die Monarchie und alles, was schwarz-weiß-rot auf Hochverrat und Reaktion sinnt, eine empfindliche Abfuhr, wenn nicht Zerschmetterung bedeuten wird. Für die Republik und im besonderen für die deutsche Arbeiterschaft sehen die Dinge wesentlich anders aus. Für uns würde nicht einmal die Wahl Hindenburgs unerträglich sein, und sie würde weder für die Republik noch für die Demokratie siebenjährige Vernichtung bedeuten. Im Gegenteil, wenn die Republikaner — das heißt die in Deutschland berechtigten Deutschen — nur an sich dächten, so könnten sie beinahe bestrebt sein, die Wahl Hindenburgs gelingen zu lassen. Es würde einen grandiosen Zusammenbruch geben: die Präsidentschaft der von Tirpitz und Ludendorff, von Hergt und Schlange-Schöningen bewegten Mumie. Es würde eine Angriffsfreudigkeit und einen Vernichtungswillen erzeugen: Erledigung und Vollendung alles dessen, was am 9. November 1918 verabsäumt worden ist. In solcher Beziehung könnten die Republikaner sehr ruhig die Wahl des Herrn Hindenburg geschehen lassen. Aber sie sind der Auffassung, daß Deutschlands Entwicklung ruhiger und darum ungefährdeter vor sich gehen wird, wenn Deutschland vor dem Hindenburg-Fieber bewahrt bleibt. Die Republik bedarf nicht des Anreizes, den ihr eine Präsidentschaft des Herrn Hindenburg geben würde, des Anreizes, gegen ihre Todfeinde zu kämpfen bis zum Weißbluten. Es ist besser, daß Deutschland dieser Kampf, den man vielleicht auch mehr ein Schlachten als eine Schlacht würde nennen können, erspart bleibt. Und so, aus Liebe zum inneren Frieden und aus Bekefnis zu der für Deutschland notwendigen Politik der Mitte werden die Republikaner und werden im besonderen die deutschen Arbeiter alles daran setzen, das lächerliche Abenteuer des kaiserlichen Generals zuschanden zu machen. Und jeder, dem nicht der letzte Tropfen Vernunft ausgedörnt ist, wird dabei helfen. Die Republik kann mit größter Zuversicht dem kommenden Sonntag entgegensehen. Es wäre ein gar zu närrischer Irrweg und Umweg der Weltgeschichte, wenn das neue Deutschland noch einmal über einen zwar grell bronzierten, aber doch verwesenden Scherbenhaufen des Kaiserreichs und des Obrigkeitsstaates hinweg müßte.

\*

Das Wahlgeheimnis ist gewiß eine sehr schöne Sache, und wir wollen es auch nicht preisgeben. Aber gar zu gern möchten wir doch

wissen, wie am kommenden Sonntag der Reichskanzler Luther und der Außenminister Stresemann wählen werden. Nach den verschiedenen Enthüllungen, die während der letzten acht Tage stattgefunden haben, kann nur — wer glaubt, daß Stresemann seinen eigenen Metzger wählen würde — annehmen, daß er Herrn Hindenburg wählen wird. Für so opferwillig können wir Herrn Stresemann nicht halten. Wir möchten aber darüber hinaus nicht glauben, und möchten dies auch aus den verschiedenen Anmerkungen, die sowohl Luther wie Stresemann zur letzten Weltgeschichte gegeben haben, schließen, daß sowohl der Reichskanzler wie der Außenminister um der politischen Vernunft willen für Marx stimmen werden. Dann aber bleibt die Frage offen: warum haben beide nicht den Mut, zu erklären, daß die Kandidatschaft des Herrn Hindenburg ein grober Unfug ist?

Herr Stresemann wollte — wir müssen abermals darauf hinweisen — die Deutschnationalen regierungsfähig machen, wollte sie spalten in solche, die Vernunft annehmen, und in die anderen, die Desperados bleiben. Der Plan schien anfangs zu gelingen; aber inzwischen haben die schwarz-weiß-roten Rasseltänzer wieder die Vorhand gewonnen. Jedenfalls die Parole der Deutschnationalen ist: Nieder mit Stresemann! Und nieder zugleich mit der Außenpolitik, die er bisher vertreten hat. Daran kann auch die groteske Beschwichtigungsgeste, die der Außenminister Stresemann zu verschiedenen Malen spielen ließ, nichts ändern. Oder ist es etwa nicht grotesk, wenn der deutsche Vertreter in Washington erklären muß, daß Vorgänge der inneren Politik Deutschlands an dessen äußerer Politik nichts zu ändern vermögen, und ist es nicht mehr als lächerlich, ist es nicht geradezu im politischen Sinne unsittlich, wenn der Herr Außenminister höchstselbst deklarieren muß, daß Hindenburgs Wahl die Zwangsläufigkeit der äußeren Politik Deutschlands nicht beeindrucken könne. Solche Katzenpfotendiplomatie grenzt — man kann es bei aller Höflichkeit nicht anders nennen — an Affentheater und ist eines großen Volkes schlechthin unwürdig. Ein Popanz wird aus der Remise geholt und zugleich wird festgestellt, er bedeutet nichts; ein Götze soll aufgerichtet werden, aber noch bevor er steht, wird innerhalb und außerhalb der Mauern verkündet, daß er eine wirkungslose Null sei und bleiben werde. Dergleichen Firlefanz kann kein Vernünftiger begreifen, dergleichen Gartenlaubenromantik wird kein politisch erzogenes Volk und werden am wenigsten Engländer und Amerikaner verstehen.



Es soll eine besondere Schwäche der Republikaner sein, auf das Ausland zu blicken. Damit kein Mißverständnis entstehe: nicht um dem Ausland gefällig zu sein, sondern um Deutschlands Außenpolitik den Erfolg zu sichern, will die Republik überflüssige Schwierigkeiten vermeiden, will sie sich nicht mit Problemen noch mit Subjekten belasten, die ganz unnütz den komplizierten Prozeß der Auseinandersetzung und des Zusammenarbeitens zwischen Deutschland und der übrigen Welt stören. Ganz etwas anderes war allerdings die Präsentation des Herrn Hindenburg in Hannover. Da fehlte nur noch das Herumreichen eines Urinfläschchens: kein Eiweiß und kein Zucker. Und: keine schwarz-weiß-rote Fahne. Aber: auch keine schwarz-rot-goldene. Zu feige, um die wahre Gesinnung zu enthüllen, und zu dumm, um nicht



zu wissen, mit welcher Verachtung das Ausland auf Leute blicken muß, die sich ihrer Landesfahne schämen. Das Vexierspiel, das auf der hannoverschen Dreh- und Schiebebühne den Vertretern des Auslandes vorgemimt worden ist, dürfte kein Ruhmesblatt der nationalen Geschichte werden.

Immerhin: was Herr Hindenburg im Anschluß daran von sich gegeben hat, ist eine geradezu verblüffende Anerkennung der bisherigen deutschen Außenpolitik. Was aber sagen die Stahlhelm-Jünglinge, die gestern noch siegreich Frankreich schlagen wollten, zu seinen herben Worten: „Deutschland ist nach meiner fachmännischen militärischen Ansicht nicht einmal in der Lage, sich gegen irgendeinen kleinen Nachbarstaat kriegerisch zu verteidigen“. Und: „Soweit an militärische Dinge gedacht ist, kann ich versichern, daß mir a's alten Soldaten die militärische Ohnmacht Deutschlands viel zu bekannt ist, als daß ich kriegerische Abenteuer irgendwie befürworten könnte“. Wenn dergleichen von Wirth gesagt worden ist, so war das beinahe Landesverrat. Man begreift: wozu die Deutschnationalen des alten Generals bedürfen. Sie müssen mit ihm die Mäuler stopfen, die gierig nach dem schnappen, was ihnen von den deutschnationalen Revanchepredigern verheißen worden ist. Herr Hindenburg soll serviert werden, weil man Elsaß-Lothringen nicht mehr zu servieren vermag. Es bestätigt sich, was wir hier wohl ein dutzendmal festgestellt haben: vor Poincaré werden sie kuschen, um nach innen zu treten. Sie benötigen des alten Generals, um ihre Kapitulation vor dem Vertrag von Versailles, vor dem Dawes-Gutachten und vor dem Sicherheitspakt zu vergülden; aber sie werden nicht vergessen, sich solchen Verzicht bezahlen zu lassen. Und darum und immer wieder: der Kotau Hindenburgs vor der Erfüllungspolitik ist ein Wetterzeichen für die ungeheuren Gefahren, die der Republik, der Demokratie, dem Volksstaat und im besonderen der deutschen Arbeiterschaft drohen. Im Innern soll geerntet werden, was im Kampf gegen den äußeren Feind nicht — selbst nach der Ansicht Hindenburgs nicht — mehr erreicht werden kann. Man könnte ob solcher Posse herzhaft lachen, wenn es sich nicht um ein gar zu gefährliches Spiel handelte. Wer von den Gläubigen in Ostpreußen und in Pommern hat wohl angenommen, daß Hindenburg geholt werden solle, um die Richtigkeit der verruchten Erfüllungspolitik zu besiegeln, um die Abtretung Elsaß-Lothringens zu verbriefen, um ein für allemal die schimmernde Wehr von Germaniens Schultern zu heben. Dazu also war der Sieger von Tannenberg aufbewahrt worden? So zugespitzt sieht man die innere Verlogenheit dieses ganzen Komplexes, erkennt man dieses Drehen und Winden von Trug und Versteckspiel. Warum hat Herr Hindenburg solche Ansicht nicht schon vor fünf Jahren verkündet; wieviel Kampf, wieviel Selbstzerfleischung wäre dem deutschen Volke dann erspart geblieben? Was will er eigentlich anderes, als was bisher die ganze Phalanx derer von Erzberger und Rathenau bis zu Wirth und Ebert wollte? Die Lüge ist angespannt bis zum Zerbersten. Es ist Wahlbetrug, was der General Hindenburg zum Deklamieren aufbekam. Wahlbetrug — dafür sprechen die Finessen, mit der alle diese Erklärungen abgegeben worden sind, die Hintertüren, die offen blieben. Wahlbetrug, wie er eben charakteristisch ist für einen Monarchisten, der sich um die Präsidentschaft der Republik bewirbt, ohne

es über sich zu bekommen, auch nur das Wort „Republik“ auszusprechen. Wahlbetrug, der letzten Endes auch die gesamte deutsche Außenpolitik neu vergiften muß. Oder: es ist nicht Wahlbetrug, vielmehr letzter, selbstschänderischer Verzweiflungsakt, grausamer Exhibitionismus, um in der Stunde, wo die Festigung der Republik unvermeidbar bleibt, noch einmal das monarchistische Spielerglück zu riskieren. Hindenburg ist Trumpf, er deckt das Unvermeidliche: aber die Beherrschung des Pöbels, Getreidepreise und gütige Zölle werden sich vielleicht im letzten großen Ramsch doch noch einheimen lassen. Das deutsche Volk will aber weder Wahllüge, noch will es Herrn Hindenburg als glorreiche, zwar abgetakelte, aber doch noch hypnotisch wirkende Deckkulissee für letzten Ritt verzweifelter Quitzows. Das deutsche Volk will nüchternen Sinnes den begonnenen Weg zu Ende gehen, es will die Republik sichern und ausbauen, es will in ruhiger Zusammenarbeit mit den übrigen Völkern in Freiheit sich selbst erziehen. Es bedarf weder eines Fetisches noch eines Harlekins, und es will darum dem Herrn Hindenburg und noch mehr den hinter ihm stehenden Gaunern die unerträgliche Niederlage bereiten.

## Dolch oder Gift?

Von Brutus

Es hat sich ein sehr ehrenwerter Zeitgenosse zum Wort gemeldet, der zum Thema Dolchstoß einiges sagen will. „Der aus allgemeinen, agitatorischen Gründen geprägte Ausdruck des Dolchstoßes, unter dem man schlechthin die Revolutionierung des deutschen Volkes während der Kriegsjahre versteht, muß bei einem genauen, geschichtlichen Studium der Revolutionierung Deutschlands als eine Irreführung fallen gelassen werden.“ Mit dem Dolchstoß ist es also nichts. Der Dolchstoß, das wäre ja nur eine Handlung des Augenblicks. Viel Schlimmeres ist passiert — das deutsche Volk ist planmäßig vergiftet worden. Hurra, Ludendorff ist übertrumpft, Giftmord heißt die Parole. Der junge Mann, der diesen Giftmord beweisen will, veröffentlicht deshalb sein ganzes Archiv alter Zeitungsausschnitte und Ententeflugblätter aus dem Weltkrieg, die für niemanden ein Geheimnis sind. Aus eigenem gibt er dann noch Sätze wie diesen: „Die Sozialdemokratie war niemals eine deutsche Partei, sondern ein internationaler Fremdkörper im deutschen Staate.“ Der Haß dieses Herrn beschränkt sich aber nicht allein auf die Sozialdemokratie, sondern auch auf Persönlichkeiten außerhalb dieser Partei, auf Pazifisten und ähnliches Gesindel, nicht zuletzt auch auf Erzberger, der der „ultramontane Schrittmacher der Revolution“ genannt wird.

Was ist das für ein merkwürdiger Heiliger, der dem Obersten Nicolai und dem General von Wrisberg Konkurrenz machen will? Wolfgang Breithaupt heißt der Bursche, und der Verlag K. F. Koehler hat es sich nicht nehmen lassen, diesen Unsinn, der sich „Volksvergiftung“ betitelt, auch drucken zu lassen. Im einzelnen auf die Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten einzugehen, erübrigt sich vollkommen. Leider aber ist es notwendig, sich den

sauberen Verfasser etwas näher zu besehen, um einmal festzustellen, wer sich hier hinter der Rolle des Anklägers verbirgt. Also plaudert der Waschzettel des Verlages aus: „Wolfgang Breithaupt begann seine politische Laufbahn im Zentralbüro der Nationalliberalen Partei in Berlin, wandte sich jedoch bald der Jugendbewegung, die von pazifistischen Gedanken stark beeinflusst war, zu, in der Hoffnung, dort seine Ideale verwirklichen zu können. Feind jeder Partei und niemals Angehöriger einer solchen, vertrat er in den letzten Monaten seiner Tätigkeit in Deutschland 1917 eine eigene religiöse Auffassung, die den Menschen, nicht die Masse revolutionieren wollte. Nach seiner Flucht nach Holland erkannte er sehr bald, daß Völkerbefreiung und Demokratie nur Ententelügen waren. Er trat hierauf in den deutschen Nachrichtendienst ein und leistete dem Vaterlande wertvolle Dienste, wenn auch seine wiederholten Hinweise auf den Zusammenbruch nicht beachtet wurden.“ Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Wolfgang Breithaupt, der jetzt die deutschen Sozialisten politische Hasardeure nennt, und der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Handlanger der Entente bezeichnet, ist nichts anderes als ein kümmerlicher Deserteur, der zwölf Stunden nach seiner Einberufung im Juni 1917 sich seiner Dienstpflicht entzog, der erst versuchte, nach Dänemark zu flüchten, und der dann seinen kostbaren Leib ins Holländische hinüber rettete. Fürwahr, dieser Bursche hat alles Zeug dazu, einen Mann wie Ebert, der zwei Söhne im Felde verloren hat, zu beschimpfen. Man kann nur staunen über den Grad von Unverschämtheit, den ein solcher Geselle aufbringen kann. Natürlich ist Breithaupt nur aus innerer Ueberzeugung desertiert. Es gab Leute, die aus innerer Ueberzeugung desertierten. Wer geneigt sein sollte, eine Fahnenflucht aus solchen Gründen anders zu bewerten, der muß sich mit einem Ekelgefühl abwenden von einem Verleumder wie Breithaupt, der hier den überzeugungstreuen Mann markieren will. Was sind das für Ueberzeugungen? Erst sitzt er bei den Säbelrasselern in der Nationalliberalen Partei, dann wird er angeblich Pazifist, kneift aus und beschimpft später, als die Konjunktur sich ändert, mit dem ganzen Eifer des Renegaten das, was er früher angebetet hat. Nach dem Waschzettel des Verlages ist Breithaupt in Holland in den deutschen Nachrichtendienst eingetreten und hat dem Vaterlande „wertvolle Dienste“ geleistet. Soweit ich unterrichtet bin, hat Breithaupt damals eine untergeordnete Stellung beim Vas Diaz-Büro innegehabt und hat dort Wolff-Telegramme gegen Reuter-Telegramme eingetauscht. Er hat dort in aller Ruhe holländischen Käse, holländische Milch und andere gute Sachen vertilgen können, während tausende wirklicher Pazifisten in den Schützengräben ihr Leben ließen. Heute entblödet sich der Verlag nicht, in seinem Waschzettel anreißerisch mitzuteilen, daß der Volksvergifter Breithaupt dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet habe. Mir liegen starke Worte nicht, aber wenn einem als alten Soldaten solche Erbärmlichkeiten vor die Augen kommen, da muß denn doch ein kräftig Wörtlein gesagt werden.

Es ist ja an sich bedauerlich, diesen Knaben Breithaupt, wenn auch überhaupt, mit der Feuerzange anfassen zu müssen, aber es ist notwendig, um darzutun, wer sich heute eigentlich alles als Ankläger berufen fühlt. Wenn diejenigen Kreise, denen die Beschimpfung des

eigenen Volkes anscheinend über alles geht, Dunkelmänner wie Breithaupt ins Treffen schicken müssen, dann muß es um ihre Sache verdammt schlecht bestellt sein.

Allem Anschein nach fehlt aber den Männern der Dolchstoßlegende überhaupt die Fähigkeit, ernsthaft über die Kernfragen des Weltkrieges nachzudenken und zu urteilen. Man hat da eine sehr einfache Methode: Unbequemes Material zur Widerlegung der Dolchstoßlüge wird ganz einfach totgeschwiegen. Das reaktionäre Grammophon kann nichts anderes als die Worte herunterschnurren: Die Heimat hat versagt und deshalb mußte auch das Heer versagen. Wo die Fehlerquellen in Wirklichkeit lagen, darum kümmert man sich nicht. Nun sind aber zwei Leute gekommen, die während des Krieges infolge ihrer Stellung Gelegenheit hatten, die Dinge recht genau zu sehen. Richard Sichler, der jetzt Direktor eines großindustriellen Unternehmens ist, und Joachim Tiburtius, ein geschickter Beamter des Reichsarbeitsministeriums, haben sich ihrerseits zum Thema Dolchstoß geäußert. (Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges, Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin W 9.) Diese beiden Männer, die sich während des Krieges an verantwortlicher Stelle mit der Arbeiterfrage und der Frage des Heeresersatzes an Mannschaften beschäftigen mußten, geben die Antwort auf die Frage, was im Frieden versäumt worden ist, was im Kriege gefehlt hat, was man nachzuholen versuchte und wie diese Versuche gehemmt und zerstört worden sind. Sichler und Tiburtius wenden sich nachdrücklich gegen die innere Schuldlüge, gegen die Dolchstoßlegende des Generals Ludendorff. Sie haben diesem General eine auf die Akten gestützte Erörterung der Arbeiter- und Heeresersatzfragen vorgeschlagen, um zu einer Verständigung zu kommen. Ludendorff aber hat einen taktischen Rückzug angetreten, er wollte einen sogenannten Sachverständigen vorschicken. Was aber von einem Sachverständigen Ludendorffscher Prägung zu halten ist, darüber kann man sich nach der Politik der Sachverständigen, die wir in den letzten Jahren schauernd erlebt haben, wohl zur Genüge eine Vorstellung machen.

Sichler und Tiburtius weisen übereinstimmend darauf hin, daß vor 1914 eine wirtschaftliche Verwendung der Menschenkräfte für Heeresersatz und Kriegsbedarfsherstellung überhaupt nicht erkannt worden ist. Mit der Notwendigkeit einer neuen Herstellung von Kriegsmaterial in größerem Umfange wurde nicht gerechnet, die Verwendung der Menschenkräfte des deutschen Volkes wurde lediglich unter den Gesichtspunkten des Heeresersatzes gewürdigt. Die beiden Verfasser gehen dann ausführlich darauf ein, wie bei uns Kriegsgewinnler durch die Einschaltung gänzlich unproduktiver Zwischenglieder gezüchtet wurden. Der allgemeine Wirrwarr mußte dann auch bald für die Heeresersatzfrage verhängnisvolle Folgen haben. Ende 1914 ging man erst daran, das Zurückstellungsverfahren für Kriegsbetriebe grundsätzlich zu regeln. Im Januar 1915 lautete die Grundidee noch, für das Feldheer die ausgebildeten Leute aus der Heimat freizumachen, die unausgebildeten dagegen, auch der jüngeren Jahre, in der Heimat zu belassen, da für sie eine Verwendung an der Front nicht mehr in Frage käme. Aus der Verfolgung dieses Grundgedankens ergab sich Unzufriedenheit der Familien, deren Väter im Felde standen und an den steigenden Löhnen der

heimischen Industrie keinen Anteil haben durften, während unverheiratete junge Burschen daheim in Sicherheit reichlichen Erwerb finden konnten. Doch auch die Truppe fuhr bei diesem System keineswegs immer gut, da der jüngere, von Sorgen unbeschwerte Mann, vielfach militärisch verwendbarer war als der ältere, für gesundheitliche Schäden empfindliche Landwehrmann. Erst im Laufe des Jahres 1915 trat hier eine Aenderung der Grundauffassung ein. Die Arbeiterfrage wurde aber immer noch erschwert durch Fehler beim Einkauf von Kriegsmaterial und durch Fehler bei der Ausfuhr kriegswichtiger Waren aus Deutschland. Es muß zugegeben werden, daß sich das zuständige Referat im Kriegsministerium bemüht hat, in der Arbeiterfrage durchaus das seinige zu tun. Die Generalkommandos wurden angewiesen, dahin zu wirken, daß die Einziehung Wehrpflichtiger keine Disziplinarmaßnahme im Interesse der Unternehmer würde. Wenn das neue Referat über Arbeiterfragen im Kriegsministerium sich indessen nicht völlig durchsetzen konnte, so lag das daran, daß die Offiziere des Kriegsministeriums dem Leiter dieses Referats seine Eigenschaft als Zivilist nicht verzeihen konnten. Erst als später die O.H.L. Offiziere an die Spitze setzte, änderte sich das Bild. Infolge der mangelhaften Verbindungen zwischen dem Kriegsministerium und der Obersten Heeresleitung gewann die Oberste Heeresleitung über die Kräfteverhältnisse der Heimat falsche Ansichten und baute darauf unausführbare Pläne und stellte unerfüllbare Anforderungen an Material und Mannschaftersatz; eine weitere Erschwerung lag darin, daß das Preußische Kriegsministerium sich bei Maßnahmen, die nur bei gleichmäßiger Durchführung für das ganze Reich Erfolg haben konnten, mit den drei Kriegsministerien in Bayern, Sachsen und Württemberg ins Einvernehmen setzen mußte. Den stärksten Widerstand gegen die gutgemeinten Absichten des Kriegsministeriums leisteten aber die industriellen Betriebe, darunter namentlich die Schwerindustrie des Westens und die großen Werften. Den Leitern dieser Werke erschienen die Eingriffe militärischer wie sozialer Art in ihre Betriebe, die Einziehung kriegsverwendungsfähiger Facharbeiter sowohl, wie das Heranziehen wie die Inanspruchnahme der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterinteressen als eine Gefährdung ihrer überlieferten Unternehmerstellung im Betriebe, die sie weder mit dem Staate, noch mit den Gewerkschaften zu teilen wünschten. Die Widersprüche, die aus den Reihen der Schwerindustrie gegen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsvertretern und gegen alle äußeren Formen paritätischer Arbeit, namentlich gegen Errichtung von Schlichtungsausschüssen erhoben wurden, sind zahlreich. Die Schwerindustrie wurde natürlich auch bei den Zivilministerien vorstellig. Die Zivilministerien konnten diesem Druck nicht standhalten und so ergab sich auch hier ein reizendes Durcheinander. Der Widerstand der Industrie wurde besonders stark unterstützt von einer Reihe staatlicher Betriebe, besonders von der preußischen Bergverwaltung, den kaiserlichen Werften und einigen Fabriken der Heeresverwaltung, bei denen in sozialer Beziehung das Arbeitgeberinteresse sich als weit stärker erwies wie die Einstellung in die Gesamtverantwortung der Staatsverwaltung. Kein privater Unternehmer hat sich hartnäckiger

gegen die Freigabe kriegsverwendungsfähiger Arbeitskräfte zur Wehr gesetzt oder schärferen Einspruch gegen paritätische Schlichtungsausschüsse erhoben als die kaiserlichen Werften und die preußische Bergverwaltung.

Tiburtius und Sichler bezeichnen als Ergebnisse der militärischen Sozialpolitik vom Januar 1915 bis Oktober 1916 die Tatsache, daß die Heeresverwaltung die Gewerkschaften zu Organen der Staatsarbeit gemacht und damit das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat und auch zum Unternehmer positiv umgestellt habe. Die Heeresverwaltung hat im gleichen Dienste Einrichtungen, die fehlten, wie Schlichtungsausschüsse, neu geschaffen, und andere, die zurückgeblieben waren, wie z. B. Arbeitsnachweise, fortentwickelt.

Durch den Wechsel der O.H.L. im August 1916 trat bei Behandlung der kriegswirtschaftlichen Fragen eine grundsätzliche Änderung ein. Die Vorschläge der O.H.L. wurden nun bestimmt durch Persönlichkeiten aus der Industrie, zu denen General Ludendorff Vertrauen gewonnen hatte. Unter den näheren Ratgebern Ludendorffs standen einzelne Persönlichkeiten der Großindustrie, mit denen ihn wohl ältere Beziehungen aus der Zeit verbinden mochten, in der er noch Regimentskommandeur in Düsseldorf gewesen war. Vor allem mußte natürlich neu organisiert werden, denn Organisation war alles. So entstand das „Kriegsamt“, dessen Chef General Gröner war, der gleich bei der Amtsübernahme mitteilte, daß die O.H.L. mit dem Staatssekretär Helfferich den Plan eines Hilfsdienstgesetzes vereinbart hatte. Ueber dieses Hilfsdienstgesetz ist ja genug geredet und geschrieben worden. Sichler und Tiburtius machen nur noch einmal darauf aufmerksam, daß jetzt in die Truppe Zivilisten eintraten, welche die gleiche Arbeit zu wesentlich höheren Löhnen und in der rechtlichen Freiheit leisten sollten, die ein behördlicher Arbeitsvertrag ihnen verschaffte. Hierdurch geriet Zwiespalt und Verstimmung in die Truppe, besonders in die Etappen- und Ersatztruppenteile, bei denen sich schädliche Folgen im inneren Zusammenhalt und in der Disziplin dann auch am ersten und stärksten geltend machten. Dazu kam noch, daß das Kriegsamt in seinen leitenden Stellen mit Offizieren besetzt war, die weder über die Kriegswirtschaft in ihrer allgemeinen Natur, noch über die bisher zu ihrer Ordnung, besonders in der Arbeiterfrage, getroffenen Maßnahmen unterrichtet waren. So äußerte z. B. der Oberst Marquard, der neue Leiter der Menschenökonomie des Krieges, sein tiefes Erstaunen darüber, daß man es im Kriegsministerium für erforderlich gehalten habe, sogar einen eingehend gegliederten Plan zur Vorbereitung der Demobilmachung aufzustellen, trotzdem es doch sonnenklar sei, daß diese sich „wie 1870“ regeln. Dieser Leiter des Kriegsarbeitssamtes schlug als geeignetes Mittel zur Hebung der Kriegsstimmung im Volke „mehr Rücksichtslosigkeit in der Durchführung der erlassenen Verordnungen“ vor. Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiter- und Ersatzfrage brachten diese Herren nicht in ihr Amt mit, Versuche, sich eine innere Einfühlung in diese Fragen zu verschaffen, wurde nicht unternommen.

General Gröner sah als Chef des Kriegsamtes wohl die Schäden ein, die aus der unheilvollen Preis- und Lohnpolitik im Zeichen des Hin-

denburg-Programms erwachsen waren. Er schlug u. a. vor, die Industriegewinne auf einen angemessenen Betrag zu begrenzen, und verlangte die Einführung einer gebundenen Preis- und Lohnbewegung nach dem Muster der englischen Kriegswirtschaft. Die O.H.L. hat sich diesen Gedanken nicht zu eigen gemacht, und die Industrie wandte sich aufs schärfste gegen die Denkschrift des Generals Gröner, der dann auch bald von seinem Posten abberufen wurde. Das alles erzeugte in der Arbeiterschaft Mißstimmung. Hier wurde auch bald bekannt, daß Oberst Bauer, der böse Geist Ludendorffs, der wichtigste Berater in den Fragen der Kriegswirtschaft geworden war. Ludendorff befahl, ohne daß er eine Kenntnis derjenigen Verhältnisse besaß, die er durch seine Befehle und Gegenbefehle regeln wollte. Die O.H.L. baute ihre Urteile über diese Dinge überwiegend auf den Eindrücken auf, die sie im Umgang mit den Vertretern der Großindustrie bekommen hatte. Die Urteile dieser Vertreter waren natürlich rein von privatwirtschaftlichen Interessen diktiert. So konnte es kommen, daß die Zersetzung innerhalb der Arbeiterschaft die von Oktober 1916, also von dem Zeitpunkt an, von dem die O.H.L. für diese Dinge verantwortlich wurde, begonnen hatte, ihren Fortgang nahm, ohne daß Gewerkschaften und Behörden sie hätten hemmen können. Die inneren Kräfte der Kriegswirtschaft schwanden allmählich dahin, gingen dem Zusammenbruch entgegen, der in dem Augenblick eintreten mußte, in dem die O.H.L. das blinde Vertrauen des Volkes, das sie bereits so vielfach auf dem politischen Gebiete enttäuscht hatte, am 5. Oktober 1918 auch militärisch vernichtete.

Kein Dolchstoß, wie Ludendorff ihn predigt, keine Volksvergiftung im Sinne des Ehrenmannes Breithaupt. Wenn es sich um eine Volksvergiftung handelt, so handelt es sich, wie Sichler und Tiburtius ohne Phrasen, auf Grund von Tatsachen, belegt durch Dokumente, überzeugend ausgeführt haben, um „ein allmählich wirkendes Gift, das tragischerweise gerade die Aerzte bereiten halfen, die im Herbst 1916 dem deutschen Volke einen rettenden Heiltrank bringen wollten“.

---

## Hindenburg und der Gaskrieg

Die Diplomaten haben große Arbeit! Turmhoch schwellen ihre Akten an. Es handelt sich darum, ob künftig das Mordgas den „humanen“ Kriegswaffen zuzurechnen sein wird oder nicht. Die Frage ist um so brennender, als die chemische Mordwissenschaft inzwischen „erfreulich“ weitergekommen ist. Die Vorsitzende des Laboratoriums für physikalisch-chemische Biologie der Universität Bern, Dr. Gertrud Woker, hat mit einer Studienkommission die Arsenale und chemischen Versuchswerkstätten des amerikanischen Kriegsamtbesichtigungs- und Beobachtungs im Auftrage der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ unter dem Titel „Der kommende Giftgaskrieg“, herausgegeben (Leipzig, Ernst Oldenburg, Verlag, Preis 1,50). Angeschlossen ist der Bericht einer Studienkommission des Völkerbundes über den chemischen Krieg. Was in dieser Broschüre an Entsetzlichkeiten, an kalter, grau-

samer Voraussicht, an bestialischer Vorbereitung geschildert wird, kann hier nur ganz oberflächlich angedeutet werden. Die Einzelheiten möge jeder, dem die Bekämpfung dieses Wahnsinns am Herzen liegt, selber nachlesen. An der Spitze aller kriegsvorbereitenden Mächte marschiert augenblicklich Amerika; trotz der Abrüstungskonferenz in Washington, wo die Anwendung von Giftgasen erneut verboten wurde, ist aus dem chemischen Arsenal des Kriegsamtens in Edgewood ein 400 ha umfassender Komplex geworden, dessen Ausführung mehr als 30 Millionen Dollars gekostet hat. Dr. Gertrud Woker findet für die ungeheure Wirkung der neuen Giftgaswaffen keinen andern Vergleich als die elementaren Naturkatastrophen des Vesuvausbruches und der Zerstörung von Tokio, mit der erschwerenden Einschränkung, daß bei jenen Naturkatastrophen auch große unbewohnte Gebiete zerstört werden, während der Mensch in teuflischer Bosheit gerade die dicht bevölkertsten Zentren heinzusuchen beabsichtigt.

Außer dem fürchterlichen Lewisitegas, das unsere Kinder wegen ihrer zarten Haut zuerst dem entsetzlichen Verbrennungstode überliefern wird, gibt es jetzt „Fliegerrauchschirme“ und „Fliegerrauchvorhänge“, d. h. undurchsichtige Rauchschwaden, die in beliebig großen Kreisen, die ein Luftschiff zieht, das ganze in diesem Kreise liegende Terrain bedecken und ohne die Möglichkeit einer Gegenwirkung der Vernichtung durch Gasbomben aussetzen. Wir hören von sogenannten „Kerzen“, nach deren Entzündung weiteste Strecken unmittelbar dem Erstickungstod überliefert werden, von Granaten für den Nah- und Fernkampf, die, wo sie platzen, ein Meer von weißen Flammen und Rauch kilometerweit verbreiten, und von ähnlichen Instrumenten, von denen vier bis sechs Stück genügen, um Städte wie Berlin oder Chicago bis auf das letzte Lebewesen zu vernichten. Das Schrecklichste ist, daß man die letzten Wirkungen dieser Mordwaffen noch nicht kennt und an einer Kompagnie armer Soldaten versucht, denen der einzige Trost gewährt wird, daß diensthabende Aerzte bereitstehen, um Gegenmittel an ihnen auszuprobieren. Daneben mag man sich erinnern, daß noch heute in Amerika achtzig- bis hunderttausend amerikanische Kriegsteilnehmer sich nur durch großen Verbrauch von Morphium und anderen Opiaten über die Krämpfe und Erstickungsanfälle hinweghelfen können, von denen sie immer wieder heimgesucht werden.

Genug von diesen schrecklichen Schilderungen. Feldmarschall Hindenburg hat vor einigen Tagen erklärt, er sei infolge seiner Erfahrungen ein überzeugter Gegner des Krieges. Wie kann er die völkischen Kriegshetzer, die nach Revanche dürsten und sich nur augenblicklich so lange zurückhalten, bis sie an die Macht gelangt sind, in seiner Gefolgschaft dulden? Wer bürgt uns dafür, daß er als Präsident Kraft und Willen genug besitzen würde, diesen Horden dauernd Widerstand entgegenzusetzen? Wer garantiert dafür, daß nicht schließlich doch der fröhliche Krieg und damit auch das siegende Gas wieder die wahre Politik des Unpolitischen werden? Kann es einen vernünftigen Menschen geben, der das deutsche Volk der Möglichkeit einer solchen Gefahr auszusetzen magt?



## Der schwarz-weiß-rote Gott

Von Peter Kramer

Daß die Deutschvölkischen in erster Linie und ohne Ausnahme Antisemiten sind, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden. Wenn sie die Juden bekämpfen, so pflegen sie dies mit großem Pathos als Verteidiger des Christentums, dem durch die jüdische Rasse und durch die jüdische Kultur Gefahr drohe, zu tun. Nun weigern sie sich aber mit Entrüstung, den anerkannten Exponenten frommer und echt christlicher Gesinnung, Wilhelm Marx, zum Reichspräsidenten zu wählen. Warum das? Ihr sorgsam verhüllter Pferdefuß kommt zum Vorschein. Sie entpuppen sich als fanatische Gegner des Christentums. Eine soeben im Verlag der „Germania“ erschienene Schrift „Der neudeutsche Heide im Kampf gegen Christen und Juden“ von Dr. Alfons Steiger, können wir zwecks solcher Erkenntnis jedem Leser sehr empfehlen. Heute wollen wir nur eine kleine Blütenlese aus diesem reichhaltigen Quellenmaterial veröffentlichen.

Unser lieber alter Freund, Dr. Arthur Dinter, sagt von sich selbst: „Ich bin ein einfacher, gottsuchender Christ.“ Sein Genosse Wulle erklärt offenherzig: „Jeder evangelische gute Deutsche ist zuerst Deutscher, dann evangelischer Christ.“ Was die Andersgläubigen betrifft, so gibt er mit Reserve zu: „Katholiken können echte Deutsche sein.“ Leider dürfen wir es nicht unterlassen, diesen beiden „Bekennern“ etwas näher auf die Finger zu sehen. Und da finden wir, daß Wulle, mit der Gründung einer „Deutschkirche“ beschäftigt, im „Deutschen Tageblatt“ schreibt: „Außer dem Judentum muß auch Rom und das Jesuitentum in Deutschland unmöglich gemacht werden. Die katholische Kirche hat sich als unfähig erwiesen, der Welt, wie sie sich selber vortauscht, Heil bringen zu können.“ Arthur Dinter geht in seinem Buch „Das Evangelium“ schon schärfer ins Zeug; er schreibt auf Seite 203: „Weil uns Deutschen das Christentum der Italiker aufgezwungen wurde, deshalb konnte es im deutschen Herzen nicht Wurzel fassen, deshalb führt es heute in Deutschland ein Leben abseits des Volkes.“ Er ist aber nicht nur gegen die katholische Kirche, sondern nennt den Protestantismus „nur ein verkrüppeltes römisch-jüdisches Christentum“.

In der Gefolgschaft dieser beiden Prominenten betätigt sich ein Heer von kleinen Religionskritikern. Der deutschvölkische Schriftsteller Gustav Müller sagt in einer Broschüre: „Wahrheit ist, daß das heutige Christentum mit seinen Lehrmängeln den vorn herausgeworfenen Judengeist hinten wieder hereinläßt.“ In der Zeitschrift „Neues Leben“ finden wir das Bekenntnis: „Darum wollen wir uns vom Judentum in beiderlei Gestalt, in mosaischer und christlicher, endgültig lossagen!“ Als in derselben Zeitschrift ein Leser Berücksichtigung der völkisch empfindenden Christgläubigen forderte, wurde ihm geantwortet: „Entweder ist Christentum etwas mit dem deutschen Wesen und unserer Weltanschauung Uebereinstimmendes, dann ist es überflüssig; oder es ist etwas dem deutschen Wesen und unserer Welterkenntnis Widersprechendes, dann ist es schädlich.“ An gleicher Stelle sprach es der Herausgeber des Blattes, Dr. Hunkel, noch deutlicher aus: „Man kann Christ sein und kann deutschgläubig sein. Ein Mittelding gibt es nicht.“ Wir könnten

noch Dutzende von Beweisen dafür zitieren, daß die deutschvölkische Weltanschauung in ihrem Kern antichristlich ist, aber die angezogenen Beispiele werden schon genügen.

Was aber wollen die Deutschvölkischen, nachdem sie dem Christentum solche deutliche Absage erteilt haben?

Auf der in Berlin vom 15. bis 22. Juni 1924 abgehaltenen „Völkischen Woche“ beschäftigte man sich eingehend mit der „deutschen Religion“. Ein Pfarrer Stolze erklärte: „Gott ist Gott, aber wir verlangen das Recht, ihn deutsch aufzufassen.“ Der bekannte Leipziger Antisemit Theodor Fritsch wünscht einen „Lichtgott“, ohne näher zu begründen, was er sich darunter vorstellt. Gustav Hildebrandt formuliert seine Sehnsucht: „Hin zum Germanenkristus der Zukunft, der der größte Geistesaristokrat sein muß und wird, der je gewesen sein kann.“ Ernst v. Wolzogen erklärt: „Als Deutscher schreibe ich meinem Gotte alle Eigenschaften zu, die meiner Rasse als höchste Vorbilder gelten.“ Der „Bund für deutsche Kirche“ (Sitz in Berlin W. 15, Kurfürstendamm 225) entwickelt das Programm einer Kirche, „die uns ein Bekenntnis zu unserm deutschen Jesus und Luther gibt!“ — Bekannt sind ja die Bestrebungen, Jesus zu einem Arier zu stempeln; es werden deshalb zwei Zitate hierfür genügen. Ein Deutschvölkischer schreibt im „Germanen-Kalender“ unter dem Pseudonym Tannhäuser über „Kristi Herkunft und Weltendung“: „Nein und abermals nein, Kristus, als die von den Juden ans Kreuz geschlagene Wahrheit und Gerechtigkeit war kein Hebräer, war kein Jude, sondern in Wahrheit ein echtes Nordlandskind, ein adliges (!) Götterkind.“ — In der deutschvölkischen Zeitschrift „Heimdall“ steht zu lesen, wer Christi Vater war: ein germanischer Beamter des römischen Reiches war auf kurze Zeit nach Palästina versetzt, allwo er „die Liebe der Maria gewann“. Deren Eltern „waren froh, daß ein älterer Mann, Joseph, bereit war, die schwangere Jungfrau zu ehelichen“. Andere Deutschvölkische haben doch Bedenken dagegen, Christus die Qualität eines Ariers zu verleihen; auf keinen Fall könnte er ein Deutscher gewesen sein. In der Zeitschrift „Neues Leben“ (Juni-August 1922) argumentiert ein Anonymus folgendermaßen: „Wenn Herakles oder Siegfried, wenn Wolfram v. Eschenbach, ja selbst wenn Goethe oder Schiller zum Leben erweckt wären und etwa im Weltkrieg eine Kompagnie hätten führen müssen: Sie hätten es alle gekonnt. Aber Jesus Christus? Nach den Grundsätzen der Bergpredigt? — Das Christentum versagt (!) immer wieder. Ich wage jetzt zu sagen, daß die christliche Lehre gottlos ist.“ Friedrich Karl Otto stellt fest: „Jesus kann nie der deutsche Heiland sein, weil er eben kein Deutscher ist.“ — Wieder andere Völkischen erscheint es doch praktischer, das ganze Milieu Jesu Christi nach Deutschland zu verlegen. Franz v. Wendrin ließ im Mai 1924 im Verlag Westermann in Braunschweig eine luxuriös ausgestattete Kampfschrift erscheinen unter dem Titel: „Die Entdeckung des Paradieses.“ Unter anderem wird darin festgestellt, daß die Hebräer nicht von den Amalekitem geschlagen worden sind, wie Moses behauptete, „vielmehr sind die ebräischen Räuberhorden in der Doppelschlacht bei Katscher-Bauerwitz in Oberschlesien, 18 Kilometer westlich von Ratibor, geschlagen worden“. Uebrigens war Fritz Reuter der Erkenntnis, daß das Paradies in Mecklenburg gelegen war, in seiner bekannten Parodie bereits sehr nahegekommen. Franz v. Wendrin behauptet hierzu: „Ein Jesuit und ein ebräischer Spitzel

haben dem nichtsahnenden Reuter diesen Gedanken eingeblasen, um eine ernsthafte Vermutung des Paradieses in Mecklenburg — denn das wäre für Rom und Jerusalem eine sehr gefährliche Sache, wenn das der deutsche Michel wissen würde — gar nicht aufkommen zu lassen oder von vornherein mit dem Fluch der Lächerlichkeit zu behaften.“

Wie dem auch sei, eine deutsche Religion soll und muß begründet werden. Eine große Reihe von Gesellschaften und Bündnis ist zu diesem Zweck ins Leben getreten. Wir führen nur einige davon auf: Das Weimarer Kartell, die Deutschgläubige Gemeinschaft, der Deutsche Orden, die Deutsche Schwesternschaft, die Deutsche Erneuerungsgemeinde, der All-Arier-Bund, der Germanenorden, der Treubund für aufsteigendes Leben, der Orden der Gottsucher, der Jungdeutsche Orden, die Germanische Glaubensgemeinschaft, der Deutsche Schafferbund, der Deutschbund, die Deutsche Gotteskirche usw. usw. Das ausführlichste Programm finden wir in den Statuten der „Deutschgläubigen Gemeinschaft“, die von Ernst v. Wolzogen verfaßt worden sind. An einer Stelle bekennen sich die Deutschvölkischen zu folgenden Erb-Lastern: „Die Freß- und Saufgier, die Rauflust, das Kleingezänk und der kindliche Eigensinn, die Unflätigkeit in Worten und Werken, das Würfeln und Wetten um mühe-losen Gewinn.“ Herr v. Wolzogen empfiehlt, diese Laster künftig zu meiden. Er sagt ferner: „In der Heilsbotschaft des Christentums steht kein einziges Wort zu lesen von allen den männlichen Tugenden, die der Germane an seinen heidnischen Vorbildern verehrte, kein Hauch von dem, was wir vornehme Gesinnung nennen, ist darin zu spüren.“ Wenn die liebgewordenen Erb-Laster ausgeschaltet werden sollen, worin besteht aber dann künftig die „vornehme Gesinnung“ der Deutschvölkischen? Theodor Fritsch (Fritz Thor) verlangt eine „Religion der mannhaften Tat, nicht mehr eine Religion der schwächlichen Duldung“. An anderer Stelle wünscht er ausdrücklich „Unduldsamkeit gegen das Gemeinschaftliche“. In den „Alldeutschen Blättern“ wurde im Jahre 1913, S. 282, die Forderung des „Herrenvolkes“ einmal folgendermaßen formuliert: „Die Hauptsache für die Eroberer ist der ausgesprochene Wille zur Herrschaft und zur politischen und völkischen Vernichtung der Ueberwundenen.“ Der „Deutsche Orden“ lehnt „jede Gemeinschaft ab, die ein allgemeines Menschentum als erstrebenswertes Ziel über das völkische Deutschtum stellt“. Auch Ernst v. Wolzogen betont in den 24 Geboten der „Deutschgläubigen Gemeinschaft“: „Du sollst dich hüten, daß nicht schlaffes Mitleid dich ungerecht mache wider die Starken, Gesunden und Hochstehenden.“ Im Gegenteil: „Freudig gehorchen sollst du deinem geborenen und bewährten Führer.“ Mit diesen Worten scheint sich der politische Charakter der neuen deutschen Religion zu enthüllen; man braucht jetzt nur noch den Namen des „geborenen“ Führers (Dinter oder Wulle) einzusetzen — und das Reglement ist fertig für den praktischen Gebrauch.

---

## Auf zur Kaiserwahl!

### Wie ein Hohenzoller sechsmal seine Stimme verkaufte

Fast ein Jahr vor dem Tode des alten Kaisers Maximilian machte sich der Brandenburger Kurfürst, Joachim I., auf den Weg zum kaiserlichen Hof und regte dort die Kandidatur des kaiserlichen Enkels Karl an. Joachims Forderungen für diese Wahlhilfe sind noch sehr bescheiden: eine spanische Prinzessin für den 12jährigen Kurprinzen.

Zu gleicher Zeit verhandelt er aber auch mit dem französischen Könige, dem er Aussicht auf den deutschen Kaiserthron eröffnet. Die Verhandlungen führen hier zu einer festen Abmachung im August 1517. Der Kurprinz, für den der Vater bereits um die Hand einer spanischen Prinzessin angehalten hatte, wird jetzt mit einer Französin verlobt. Für den standesgemäßen Unterhalt des jungen, angehenden Ehemannes verlangt der Vater 4000 Lire jährlich und für sich doppelt soviel, also 8000 Lire, als jährliche Rente. Außerdem wird eine sehr beträchtliche Summe als Mitgift vom französischen Könige zugesagt. Joachim bietet dafür Frankreich ein lebenslängliches Bündnis mit Brandenburg an; im Kriegsfall verpflichtet er sich sogar, Werbungen für Frankreich in seinem Lande zuzulassen, handelt also mit seinen Landeskindern. Für die Wahl sagt er dem König von Frankreich seine Stimme, wenn sie ausschlaggebend ist, zu.

Sein Bruder Albrecht, dem Joachim alsbald Mitteilung von diesem Vertrag gemacht hatte, war schon bei seinen großen Schulden sehr geneigt, Gelder von den französischen Königen entgegenzunehmen. Auch der Mainzer hat sich eine namhafte Summe auszahlen lassen, versprach ebenfalls seine Stimme, trat aber bald von dem Vertrage zurück, welches Recht er sich ausdrücklich bei Vertragsschluß vorbehalten hatte. Das Geld hat er aber nicht mehr herausgegeben. Der Kaiser hatte nämlich ihm inzwischen ein noch besseres Angebot gemacht, als der französische König. Er verwandte sich beim Papst für die Verleihung des Kardinalshutes an Albrecht ohne die festgesetzten Gebühren. Bald nach der Wahl seines Bruders zum Kardinal berichtet Joachim seinem französischen Freund von den schlechten Aussichten der französischen Thronkandidatur infolge der habsburgischen Ueberbietungen. Nur Geld könne helfen, doch das müsse reichlich und bald übersandt werden. Trotzdem schließt Joachim, ohne die Antwort des Franzosen abzuwarten, wiederum mit dem alten Kaiser ab. Die Verlobung des Kurprinzen mit der Französin wird aufgehoben; er soll jetzt mit einer spanischen Prinzessin beglückt werden. Für „Ehegeld und Schmuck“ erbietet sich der Kaiser, 100 000 Gulden sofort und 300 000 Gulden später zu bezahlen. Das französische Geld für Vater und Sohn, zusammen 12 000 Lire im Jahr, hatte Frankreich vor kurzem erst an die Hohenzollern bezahlt, als diese schon mit einem anderen Thronbewerber abschließen. Die Prinzessin gab man zurück; das französische Geld verblieb aber in Berlin. Als der alte Kaiser den Entwurf des neuen Wahlabkommens mit dem Hohenzoller nach Spanien zur Bestätigung schickte, riet er trotz der hohen Bestechungsgelder für den Kurfürsten zur Annahme mit den Worten: „Der Markgraf kostet viel, aber seine Habgier ist meinem Enkel (dem späteren Kaiser Karl V.) vorteilhaft.“ Im Januar des folgenden Jahres stirbt der alte Kaiser. Das

Abkommen für die Wahl war von Spanien aus noch nicht bestätigt. Joachim wartet das Schreiben aus Spanien nicht erst ab, sondern verhandelt alsbald wieder mit dem französischen König. Da dessen Unterhändler die Instruktion hatten, „nichts zu sparen“, sondern den Kurfürsten zu „sättigen“, erhält Joachim, zumal jetzt die Neubesetzung des Kaiserthrones durch den Tod Maximilians brennend geworden ist, bedeutend mehr als im Jahre zuvor. Früher war die Mitgift auf 150 000 Taler festgesetzt worden; sie wird erhöht auf 200 000, wovon die Hälfte gleich, die andere nach der Wahl zahlbar wird. Der Kurprinz wird wiederum mit der schnöde verlassenen Französin verlobt. Joachim, der zum drittenmal seine Stimme verkauft, erhält vom französischen König das Versprechen, im Falle seiner Wahl zu seinem Statthalter in Deutschland ernannt zu werden. Sollte die Wahl des Franzosen nicht erreichbar sein, so verpflichtet sich ferner der französische König, die von ihm gekauften deutschen Kurstimmen auf Joachim zu vereinigen. Man gewinnt den Anschein, als ob der Brandenburger Kurfürst von vornherein seine eigene Kandidatur betreibt, sie aber mit französischem Gelde finanziert. Von Frankreichs Gnaden deutscher Kaiser! Die Geldforderungen Joachims überstiegen selbst die damals üblichen Begriffe von Bestechungsgeldern, so daß die französischen Unterhändler ihrem König von dem „Laster des Geizes“ des Kurfürsten klagen, während die Spanier ihn als den „Vater aller Habgier“ bezeichnen.

Als Karl endlich gewählt war, schlug Joachim das böse Gewissen; er befürchtete die Rache des jungen Kaisers. Charakterlos, wie er ist, bietet er ihm zwei Jahre nach seinem Regierungsantritt an, gegen eine jährliche Rente in kaiserliche Dienste zu treten. Karl V. gibt ihm eine deutliche Antwort: „Wenn er dem König von Frankreich sein Dienstgeld abschreibe und sein Diener nicht mehr sein wolle, könne von der Sache weiter gehandelt werden. Geschähe das aber nicht, so werde der Kaiser sich gegen ihn dermaßen erzeigen, daß er befinden werde, der Kaiser sei sein Herr.“

Der Handel mit der Kurstimme muß, selbst nach den Aeüßerungen der Unterhändler, abstoßend auch für die damalige Zeit gewirkt haben. Bezold faßt in seiner Geschichte der deutschen Reformation sein Urteil über diese Käuflichkeit im Wahlkampf dahin zusammen:

„Fünf-, sechsmal wechselten der Pfalzgraf und die Hohenzollern ihre Partei, wobei die Forderungen immer höher geschraubt wurden. Der bedeutendste unter den habsburgischen Agenten, der Niederländer Zevenberghen, erklärte, noch nie so geldgierige Leute gesehen zu haben wie die Kurfürsten. Besonders über den Kurfürsten Joachim, den „Vater aller Habsucht“, entlud sich der Unwille der beiderseitigen Agenten, aber Franz II. befahl nachdrücklich, den Markgrafen zu sättigen, koste es was es wolle. Unendlich abstoßend berührt bei diesem Handel das schamlose Kokettieren mit Fürstenehre und Patriotismus. Albrecht von Mainz ließ sich von einem Unterhändler Karls ins Gesicht sagen, es sei eine Schande, sich so von Frankreich kaufen zu lassen; er gab mit zynischer Offenheit zu, daß Spanien ihn haben könne, wenn es mehr biete, und ließ sich sogar nach dreitägigem Feilschen von 100 000 auf 20 000 Goldgulden weitere Zulage herunterhandeln, worauf er seinem

Bruder einen Brief voll patriotischer Phrasen zugunsten Karls schrieb. Er erklärte, es sei für ihn Ehrensache, den Schein zu vermeiden, als sei es ihm nur um das spanische Geld zu tun; er wagte es, über Mangel an Treue und Biederkeit bei den Franzosen zu klagen. Freilich, die Vaterlandsliebe ließ sich ebensogut wie das Wohl der Christenheit auch für Frankreich ins Gefecht führen . . . Man begreift angesichts eines solchen Gebarens das harte Wort jenes habsburgischen Unterhändlers über Albrecht von Mainz: „Ich schäme mich seiner Schande.“

Im Jahre 1530 wird von neuem über den Nachfolger auf dem Throne verhandelt. Karl beabsichtigt, seinen Bruder Ferdinand schon bei seinen Lebzeiten zu seinem Nachfolger bestimmt zu sehen. Für Joachim ist dies wieder eine Gelegenheit, für seinen Sohn Hans eine reiche Prinzessin zu suchen. Wiederum gelingt es ihm, mehrere hunderttausend Gulden zugleich mit einer entsprechenden Braut seinem Sohne zuzuführen. Für ihn hat die Wahl kein höheres politisches Interesse, nur finanzielle Gesichtspunkte sind für ihn maßgebend: wer am meisten bietet, dem gebe ich meine Stimme. Er gibt dies bei der Wahl Ferdinands auch offen zu. „Die Sache wird eine redliche Summe Geldes und jährliche Rente einbringen.“

(Aus einer im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, erscheinenden Broschüre „Die unmöglichen Hohenzollern“.)

## Frankreichs Wirtschaftskrisis

Von Periskopos

Die wirtschaftliche Krisis Frankreichs ähnelt in ihrem Verlauf sehr stark der deutschen Inflationskrisis, die im Jahre 1922 begann, und auch die Mittel, mit denen man drüben die Uebelstände zu bekämpfen suchte, sind nicht mehr neu. Unter etwas anderen Bedingungen sind sie fast alle auch in Deutschland — mit mehr oder weniger negativem Resultat — ausgeprobt worden. Die Lage der französischen Staatsfinanzen ist verzweifelt. Die Budgetrechnungen der vergangenen Jahre schlossen regelmäßig mit einem Defizit, und die Verschuldung ist ins Unermeßliche angewachsen. Augenblicklich beträgt die Staatsschuld ungefähr 305 Milliarden Franks, von denen 278 Milliarden nicht fundiert sind, also in der Luft schweben. Der französische Staat wendet andere Mittel zur Beschaffung der notwendigen Gelder an als die deutsche Finanzverwaltung während der Inflationsjahre, er verkauft nämlich kurzfristige Schatzanweisungen, sogenannte „Bons de défense“, direkt an das Publikum, besonders an kleine Sparer. So fällt für ihn die Notenpresse als Finanzierungsinstrument fort, und gerade der Umstand, daß kleine Sparer Gläubiger des Staates auf kurze Fristen werden, ist für Frankreich sehr bedenklich, denn diese Leute werden heute durch beunruhigende Gerüchte über bevorstehende Verschlechterungen der Währung veranlaßt, ihren Besitz an „Bons de défense“ am Fälligkeitstage zur Zahlung zu präsentieren und die Uebernahme neuer Schatzanweisungen zu verweigern. Den Anstoß zur gegenwärtigen Krise der Wirtschaft bildete die Fälligkeit von 22 Milliarden Bons, deren Rückzahlung augen-

blicklich für die französische Finanzverwaltung ein Ding der Unmöglichkeit sein würde. Ein schon bezahlter Teilbetrag konnte nur durch eine Anleihe bei der Banque de France aufgebracht werden, die genötigt war, daraufhin die Höchstgrenze für den Notenumlauf von 41 Milliarden durch Neuausgabe von 2 Milliarden Franks zu überschreiten.

Aber neben der Krisis der Staatsfinanzen läuft die Krisis, in der sich die französische Privatwirtschaft seit einiger Zeit befindet. Während des Absinkens des Frank konnte die Industrie teilweise durch Dumping Absatz für ihre Produkte auf dem Weltmarkt finden. Sobald aber ein gewisser Ausgleich zwischen den innerfranzösischen und den Weltmarktpreisen stattfand, wie er bei längerer Stabilität der Währung eintreten mußte, wurden die Absatzmöglichkeiten beschränkt, und gleichzeitig griff eine Verknappung des Kredits Platz, die weiter die bestehenden Absatzschwierigkeiten verschärfte. Wie gefährlich es ist, wenn eine Industrie sich so sehr auf Dumping einstellt, daß sie nur mit seiner Hilfe Geschäfte machen kann, haben wir während der Inflation in Deutschland erleben können. Der französischen Industrie geht es heute ähnlich. Sie braucht Geld und Absatzmöglichkeiten. Weil nun während des Falls der Währung die Exportziffern gestiegen sind, und die Geldflüssigkeit relativ größer war als heute, kämpft sie gegen Stabilisierungsmaßnahmen, die ihr den Markt verschließen und die Geldschwierigkeiten noch erhöhen. Sie operiert besonders gern mit der Ausführung der Tatsache, daß zum ersten Male seit zehn Jahren im vergangenen Jahr die Handelsbilanz aktiv gewesen ist. Die Aktivität der französischen Handelsbilanz von 1924 hat aber besondere Gründe. Der 10. Januar 1925 beendete die Meistbegünstigungspflicht, die Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt war, und damit erlosch die Verpflichtung Deutschlands, gewisse Roheisenkontingente aus Lothringen zollfrei abzunehmen. Da Ende des vorigen Jahres außerdem der deutschen eisenverarbeitenden Industrie bekannt wurde, daß die Schwer-Eisenindustrie einen hohen Einfuhrzoll für den Import von Roheisen nach Deutschland durchsetzen würde, sicherte sie sich noch vor dem 10. Januar 1925 riesige Mengen lothringischen Eisens. Der Wert der Mehreinfuhr von Eisen aus Frankreich im Jahre 1924 wird auf ungefähr 500 Millionen Goldmark geschätzt. Zieht man diesen Betrag vom Wert der französischen Gesamtausfuhr ab, so wird die Handelsbilanz Frankreichs für 1924 sogar in geringem Grade passiv. Die Richtigkeit dieser Berechnung bestätigt die französische Außenhandelsstatistik selbst:

Ausfuhr aus Frankreich in Millionen Tonnen	1923	1924
Nahrungsmittel	1,3	1,6
Industrielle Rohstoffe	20,5	24,1
Fertigfabrikate	3,1	3,6

Die Ausfuhrmengen sind tatsächlich nur in der Rubrik „Industrielle Rohstoffe“ wesentlich gestiegen, was nur auf die Deckungskäufe der deutschen Eisenverarbeiter zurückgeführt werden kann. Als Argument für Gesundung der Wirtschaft trotz herrschender Inflation ist damit die aktive Handelsbilanz von 1924 ganz wertlos geworden.

Der eigentliche Grund für die wirtschaftliche Beunruhigung Frankreichs ist das Drängen seiner Industrie nach Krediten. Der Frank-Kurs war eine Zeitlang unstabil. Die Mittel der Banque de France waren

damals noch nicht so knapp, wie heute. So gab es Kredite, erhöhte Produktion auf Grund dieser Kredite und der zu erwartenden Dumpingmöglichkeiten, bis durch Stabilisierung des Kursniveaus jedes Dumping unmöglich wurde und der Absatz zu stocken begann. Das fehlende Geld steckt wahrscheinlich heute zum großen Teil in den vollen Lägern des Handels und der Industrie, deren Bestände auch vom Inlandsmarkt nicht aufgenommen werden können. Ohne Neuausgabe von Geld, ohne künstliche Kaufkraftschöpfung würden viele unrationelle Betriebe in Frankreich zum Untergang verdammt sein. Das will man natürlich vermeiden!

Die Voraussetzungen der Sanierung von Frankreichs Wirtschaft liegen zunächst in der Balancierung des Etats. Aber gerade in der Balancierung des Etats liegen die größten Schwierigkeiten. Allein die Zinsenlast für die innere Schuld beträgt etwa 18 Milliarden Franks pro Jahr — und dazu treten dann noch die übrigen notwendigen Staatsausgaben. Wie soll da für die Zukunft ein Ausgleich gefunden werden? Das Allernotwendigste ist ohne Zweifel eine Verringerung der inneren Schuld, und theoretisch gibt es dafür zwei Möglichkeiten: die eine ist: Entwertung der Staatsschuld durch Fortsetzung der Inflation, die andere eine Abgabe vom Vermögen. Bequemer wäre sicher die Entwertung durch Inflation — aber sie wäre äußerst gefährlich! Denn praktisch ergibt sich aus der Verstärkung der Inflation nicht allein eine Entwertung der Staatsschuld — mag das auch zunächst ihr einziger Zweck gewesen sein —, sondern allzu leicht kann die neugeschaffene Kaufkraft dazu benutzt werden, den immer bestehenden Geldbedarf des Staates zu decken und so neue Schulden den alten hinzuzufügen. Sie kann ferner dazu dienen, eine Aktivität der Wirtschaft vorzutäuschen, die in Wirklichkeit nichts anderes als ein „Inflationsausverkauf“ sein wird. Die Gefahren der Inflationspolitik sind also bestimmt größer als ihr Nutzen. — Es bleibt die Vermögensabgabe unter gleichzeitiger Stabilisierung der Währung. Dagegen wird jedoch in Frankreich vom Besitz der stärkste Widerstand geleistet, so daß ihre Durchführung noch keineswegs gesichert erscheint.

Frankreich steht am Scheidewege: entweder Vermögensabgabe oder Inflation. Alle anderen Versuche, die man machen kann, um die Sanierung der Wirtschaft durchzuführen, werden der Regierung höchstens eine Galgenfrist verschaffen, nach deren Ablauf sie den alten Problemen gegenübersteht. Die Technik der Sanierung ist leicht. Aber keine Technik hilft, wenn nicht die grundlegenden Voraussetzungen für ihre Anwendung gegeben sind. Und diese Voraussetzungen bestehen für die französische Volkswirtschaft vor allem in einem Steuersystem, das elastisch genug ist, um unter allen Umständen die Balancierung des Etats zu gewährleisten. Jede Sanierung ist mit Krisen verbunden. Sie werden auch in Frankreich nicht ausbleiben, und die Industrie fürchtet sie — Krisen kommen immer ungelegen. Für den Augenblick hängt alles davon ab, ob die Regierung Painlevé stark genug ist, gegen den Widerstand der französischen Privatwirtschaft die Stabilisierung heute durchzusetzen, die irgendwann doch erfolgen muß, und die das Land um so härter bedrücken wird, je später sie kommt.



## Wider das Wahlrecht der Greise

Von Wolfgang Schumann

Neben den sozialen Kämpfen, die durch die Wirtschaftsordnung unabänderlich verursacht und gesetzt sind, durchziehen große Gruppenkämpfe die Gesellschaft, welche in dauernd unentrinnbaren, natürlichen Verhältnissen ihre Ursache haben und daher auch die wechselnden sozialen Kämpfe überleben. Von diesen ist der Kampf der Geschlechter um die Vorherrschaft im historischen Augenblick zwar etwas zur Ruhe gekommen — es kann nicht allzulange dauern mit dieser Ruhe! —, doch wurde er gerade neuerdings Gegenstand interessanter Theorien\*). Der Kampf der Altersstufen ist in einer bestimmten Richtung, obzwar abgemildert, doch noch aktuell: er wird noch immer durch gewisse Teile der „Jugendbewegung“ geführt, und von seiten der herrschenden Altersstufe werden diese abgewehrt. Dieser Kampf, dessen Ziele in der öffentlichen Aussprache gewöhnlich durch einen beträchtlichen Phrasenschwall mehr verschleiert und verdeckt als geklärt werden, geht in Wahrheit um gesellschaftliche Macht, genau wie alle anderen solche Gruppenkämpfe. Es handelt sich nicht um Lautenspiel, Schillerkragen, Wanderfreiheit und Schulform — diese Dinge sind Symptome eines bestimmten Zeitabschnittes im Kampf —, sondern um die Vorherrschaft einer Altersstufe auf jedem Gebiet, welche von der andern angegriffen wird und zerbröckelt werden soll. Welche tieferen Ursachen diesen unentrinnbaren Kampf bewirken, zeigt jede umfassendere Betrachtung des Durchschnittsverhältnisses zwischen Söhnen und Vätern, das nicht zufällig heute zumeist „Kampf“ heißt, sondern immer ein Kampfverhältnis gewesen ist. Nur die bürgerliche Familien-Phraseologie hat diese Art von Konflikten zu Zeit- und Zufallserscheinungen abgestempelt, während die Literatur und die Geschichte der Völker und Zeiten darüber eine ganz andere Sprache reden. Uebrigens ermangelt trotz des Schwall der Jugendbewegungsliteratur der Altersstufenkampf noch völlig seiner Geschichtschreibung und seiner Theorie. Vor allem aber fehlen dem Kampf der angreifenden jüngeren Vereinheitlichung der Fronten — hieran dürfte er noch auf absehbare Zeit lahmen — und die Form des Gesetzesvorschlags für die Ziele (während z. B. der Kampf der Geschlechter in Gestalt der Frauenbewegung solche Gesetzesvorschläge von seiten des angreifenden Geschlechts kannte und daher auch in schärferen Formen geführt wurde). Das letztere gibt dahin den Ausschlag, daß die herrschende mittlere (angegriffene Generation) den Kampf teils nicht als politischen begreift, teils eben deswegen sorglos führt. Denn ihr Interesse ist politischer Natur. Und gerade auf rein politischem Gebiet erscheint der Altersstufenkampf durchkreuzt oder überdeckt, ja in gewissem Sinne aufgehoben durch eine andere Interessenlagerung, welche aus dem Klassenkampf hervorgeht. Ich spreche natürlich vom Wahlrechtsalter. Auf diesem Gebiet geht das Interesse der Jugend naturgemäß dahin, schon möglichst früh das Wahlrecht zu erhalten. In der gleichen Richtung aber geht das Interesse des Proletariats, da dieses vorwiegend

\*) Vaerting, Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat, Karlsruhe 1921 ff., bisher 2 Bände. Auch englisch.

aus Jüngeren besteht als das Bürgertum, und mit großer Sicherheit auf die ihm angehörende Jugend als Wahlhilfe rechnen kann. Dies gilt in abgeschwächtem Maße von allen Linksparteien, und darum ist es ganz natürlich, daß die „Revolution“ das Wahlalter auf die sehr geringe Zahl von zwanzig Jahren herabgesetzt hat. Ob das praktisch auf die Dauer ein Gewinn bleibt, könnte nur eine sehr sorgfältige Wahlstatistik allmählich klären, zu der die Unterlagen fehlen. Genug, in dieser Richtung, welche der Jugend ohnehin nicht liegt, erscheint die herrschende Generation nicht bedroht, und das erklärt zur Genüge ihr abwartend-wohlwollendes Verhalten im Altersstufenkampf.

In der entgegengesetzten Richtung aber ist die Achtlosigkeit sowohl der vorherrschenden Altersstufe wie des Proletariats auffällig und sträflich. Beide haben einen gemeinsamen und gewichtigen Gegner in der abtretenden Generation! Diese Gegnerschaft, welche der zwischen mittlerer (angegriffener) und kommender (angreifender) Altersstufe durchaus an Bedeutung gleichkommt, wird auf wirtschaftlichem Gebiete meist empfunden und betätigt. Der private Kampf um den rechtzeitigen Erbgang und um die moralisch-ideelle Vorherrschaft in der Familie, soweit eine solche gegeben ist, um Selbstgeltung und Selbstbestimmung wird allenthalben geführt; der öffentliche Kampf ist erst kürzlich sehr durchdringend gestaltet worden durch das Abbaugesetz mit seiner einschneidenden Grenze von 65 Jahren.

Merkwürdigerweise aber ist der politische Kampf zwischen herrschender und abtretender Altersstufe noch kaum eröffnet. Und doch liegt nach Menschenermessen ein ausgesprochenes Altersstufen-Interesse wie besonders auch ein proletarisches Interesse daran in der Luft. Man muß nur einmal die Wahlen ansehen und beobachten, wie eifrig und überzeugt die Greislein und Greisinnen sich zur Urne drängen, um den Kandidaten „ihrer“ Zeit, heute der Schwarz-Weiß-Roten, ihre Stimme zu geben, und man weiß, was das bedeutet! In Zeiten rascher Umwälzung ist das Greisentum selbstverständlich reaktionär. Das ist schon schlimm genug. Die Sachlage ändert sich aber heute auch noch jährlich zugunsten des Alters, da das Durchschnittsalter der Deutschen infolge der Geburt- und Sterbeverhältnisse bei gleichzeitiger Abnahme der Volksziffer zunimmt. Hat es nicht etwas Ungesundes und Widriges, daß eine Generation sehr maßgebend ist und noch immer maßgebender wird, welche die Folgen ihrer politischen Handlungen keineswegs selber tragen wird, sondern ganz einfach die Auswirkungen ihrer Altersstimmung der jüngeren Generation aufbürdet? Wir sollten daraus die Konsequenz ziehen und das Wahlalter nach oben abgrenzen! Mit dem begonnenen 66. Lebensjahr hätte unbedingt das Wahlrecht aufzuhören. Es ist geradezu grotesk, viel grotesker, als wenn ein Achtzehn- oder Zwanzigjähriger wählt, daß ein Fünfundsiebzigjähriger oder Neunzigjähriger noch zu Entscheidungen aufgerufen wird, deren Sinn und Tragweite ihm zu allermeist fremd und vielfach gemäß dem Zeitenwandel ganz unverständlich ist. Hier liegt übrigens auch ein starkes proletarisch-sozialistisches Interesse. Denn, wie gezeigt, stützt sich die proletarisch-sozialistische Bewegung prinzipiell mehr auf die Jugend als auf das Alter, teils aus seelischen Gründen wegen ihres revolutionären Grund-

sinn, teils aus sozialen; weil das Proletariat früher abwelkt als das Bürgertum. Man wende um Himmels willen nicht die Weisheit und Erfahrungheit des Alters oder Gründe der Pietät ein. Diese bürgerlich-patriarchalischen Vorstellungen sind; man mag es bedauern oder begrüßen, in nahezu vollem Umfang überlebt. Unsere Zeit verbraucht die Menschen wie keine frühere. Ein alter Mensch ist heute ein abgelebter Mensch, „Weisheit“ aber ist das Kennzeichen äußerer Schwäche und innerer Unverbrauchtheit. Erfahrung war solange ein andauernder bedeutsamer Vorsprung aller Aelteren, wie es Arbeitsgeheimnisse und eine echte Altersstufengliederung der Gesellschaft gab. Aber man frage sich, ob man im Erwerbskampf heute noch ohne weiteres die „Erfahrungheit“ des Aelteren als sicheren Faktor einsetzt. Keineswegs! Und mit Recht unterläßt man es; der Erfolg entscheidet; was man an Erfahrungen erwirbt, ist unvergleichlich mittelbarer und wird sofort weit mehr Gemeingut als früher, und dem Vorzug der Erfahrungheit steht heute bedrohlich der Nachteil des Eigensinns, des Nicht-mehr-mit-Könnens gegenüber. Vollends mag Pietät privatim gelten und auswirken, soviel dem einzelnen beliebt — hat man sie bei dem Abbaugesetz befragt? Nein! Und mit Recht nicht! Es wäre eine uneuropäische und eine nackt sentimentale Politik, welche politischen Einfluß nach den Sittenvorstellungen des Patriarchalismus verteilen wollte. Politische Macht gebührt denen, die die Folgen ihrer Ausübung zu tragen, die Verantwortung zu übernehmen geeignet und gewillt sind, und niemand anders. Sie gebührt daher der abtretenden Generation nicht!

Wir, die herrschende Altersstufe, haben, empfinden und betonen unsere Verantwortlichkeit. An uns ist das Spiel. Die Zeit hat uns das Böseste auferlegt, das Deutschland seit hundert Jahren sah. Es ist mühselig und arm an Frucht. In dem dämonischen Strudel raschester Umdrehung bedarf es zum bloßen Umblick und Ueberblick der frischesten Kraft. Da bedeutet die Mitwirkung des Alters nichts als Hemmung. Weg mit dem Wahlrecht der Greise und Greisinnen!

## Jugendbewegung und Sozialismus

Worte zur 3. Jugendkulturtagung vom 10.—13. April in Halle

Von Wolfgang Benning

Gustav Wynekens pädagogische Verdienste gehören der Geschichte an. Niemand aus dem marxistischen Lager wird abstreiten, daß er Wertvollstes für die Jugend geleistet hat. Die Erkenntnis, daß die Jugend eigene Lebensgesetze hat, bedeutete eine Revolution innerhalb der Pädagogik. Mit Trauer aber verfolgt die sozialistische Jugend die Entwicklung, die Wyneken genommen hat, seit er von seiner eigentlichen Schöpfung Wickersdorf getrennt wurde. Wie fern dem Sozialismus Wyneken heute steht, bewies er durch seine Vorträge auf der 3. Jugendkulturtagung. Ein Kreis junger Menschen veranstaltet seit zwei Jahren jeweils zu Ostern diese Tagungen. Es werden Fragen, die die Jugend besonders berühren, behandelt.

Die diesjährige Tagung war nur der Behandlung politischer Themen gewidmet. Wyneken eröffnete die Tagung mit folgenden Gedanken:

„Wo steht die deutsche Jugendbewegung? Die Jugendbewegung steht nicht auf seiten der Parteien. Die Einstellung der Jugendbewegung ist zeitlos, unabhängig und unbedingt. Wir dürfen an Geist, Vernunft und Ideen jenseits der sozialen Dinge glauben. Deutsche Sendung scheint nur zu sein: Den Glauben an Geist und Ideen aufrechtzuerhalten gegenüber der Mechanisierung Amerikas und Rußlands.“

Wie, weiß Wyneken nichts von den hunderttausenden junger Menschen, die der sozialistischen Jugendbewegung angehören, von den Hunderttausenden, die zu ihm standen, als ein Klassengericht ihn vernichten wollte? Wyneken weiß von ihnen — aber sie gehören seiner Meinung nach nicht zur Jugendbewegung, denn sie kämpfen ja um soziale, um ökonomische Dinge! Sie haben keine rechte Freude an Philosophie, Kunst und Dichtung, während Millionen von hartherzigen Kapitalisten ausgebeutet werden. Sie — die Menschen der sozialistischen Jugendbewegung — arbeiten selbst acht Stunden und oft mehr täglich und haben nicht Zeit, an Geist und Ideen zu denken. Die Hungerpeitsche, die drohende Arbeitslosigkeit schwebt über ihren Häuptern. Sie alle will Wyneken ausschließen aus der Jugendbewegung.

Am ersten Vormittag sprach Wyneken über „Kapitalismus und Imperialismus“. Er zeigte, wie der Kapitalismus ursprünglich die Forderung nach wirtschaftlicher Freiheit bedeutete. Dann aber ballte sich unter seinem Einfluß die Wirtschaft immer mehr zusammen, konzentrierte das Kapital sich in immer weniger Händen und so wandelte sich der Kapitalismus in Monopolismus um, der die wirtschaftliche Freiheit wieder unterband. Da der innere Markt der einzelnen Länder meistens vollkommen aufgeteilt war, suchte der Kapitalismus sich neue Absatzgebiete auf der ganzen Welt zu schaffen. Er verwandelte sich in den Imperialismus.

Diese Darstellung ist im wesentlichen richtig. Zu welchen Schlußfolgerungen aber kam Wyneken? Er sagte: „Der Kapitalismus hat nicht die Tendenz, zu einer Verelendung zu führen. Die unteren Klassen leben im Kapitalismus besser als früher.“

Nun gut, es mag richtig sein, daß das europäische Proletariat besser lebt als die unterdrückten Klassen in der Feudalzeit. Vergißt aber Wyneken das ungeheure Elend der Kolonialvölker, zu denen Deutschland heute in mancher Beziehung gehört?

Der zweite Vormittag galt der Behandlung des „Marxismus“. An Hand des kommunistischen Manifestes zeigte Wyneken die Hauptgedankengänge des historischen Materialismus. Es war etwas dürftig, bei einer Darstellung des Marxismus nur das kommunistische Manifest heranzuziehen. Die Hauptwerke von Marx und Engels liegen doch hinter dem Manifest und in mancher Beziehung korrigierte sich das ursprüngliche Bild. Ja, man hätte sogar verlangen können, daß Wyneken die wesentlichen Forschungen seit Marx mitherangezogen hätte. Bernstein und Kautsky, Hilferding und Rosa Luxemburg, Lenin u. a. haben Wesentliches zur Ausarbeitung der marxistischen Lehren beigetragen.

Wyneken stellte fest, daß der Marxismus ein System neben anderen sei. Er riet zwar der Jugend, die Geschichte einmal vom Gesichtspunkt des historischen Materialismus aus zu betrachten, meinte aber, daß diese Methode nicht immer zu Ergebnissen führen würde. Für diese Behauptung blieb Wyneken den Beweis schuldig. Oder ist es ein

Beweis, wenn er die Studien, die Lu Märten vom Standpunkt des historischen Materialismus über Kunst und Veränderung der Kunstformen angestellt hat, für blödsinnig erklärt? Beweise, Wyneken, Beweise! Vorläufig ist der Marxismus die einzige Methode, die wir zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Ereignisse haben. Und ehe man uns nicht eine richtigere Methode gezeigt hat, müssen wir Wynekens Eklektizismus ablehnen. Gewiß — es gibt Theorien von Marx, die korrigierbar geworden sind. Aber das Gesamtgebäude des historischen Materialismus steht unerschüttert da.

Ueber „Rußland“ sprach Wyneken am dritten Tage. Er gab ein bemerkenswert objektives Bild der Entwicklung und des heutigen Zustandes von Rußland. Als Hauptmotor der heutigen russischen Politik bezeichnete Wyneken den Willen zur Macht. Unter allen Umständen wollen die russischen Machthaber sich behaupten. Darum kamen sie mit der „Nep“-Politik dem Kapitalismus entgegen, darum gaben sie den Bauern das Land als Eigentum und darum unterdrücken sie auch alle Andersdenkenden. Rußland handelt nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten. Wyneken wies auf die Schwierigkeiten hin, die der Sowjetregierung durch das Nationalitätenproblem entstehen. Annähernd hundert verschiedene Sprachen werden in Rußland gesprochen. Aber auch der Menschewismus sei nicht ein für allemal erledigt. Er existiert selbstverständlich illegal weiter, und es bleibt dahingestellt, ob er nicht doch noch einmal die Macht wiedererobert. Wyneken sagt, daß er selbst Einladungen nach Rußland abgelehnt habe, da er nicht die Sprache beherrsche. Ohne Sprachkenntnis aber sei man auf die russischen Bolschewisten angewiesen, so daß man doch kein objektives Bild bekäme.

Auf der Tagesordnung des vierten Vormittags stand: „Pazifismus, Völkerbund und europäische Einigung“. Wyneken wies zunächst auf die Entwicklung des Völkerbundes hin. Dann setzte er sich mit den Haupttheorien des Pazifismus auseinander. Während er den relativen Pazifismus als Vernunftpazifismus anerkannte, lehnte er den absoluten Pazifismus ab. Schließlich stellte Wyneken die Frage: Hat der Kapitalismus heute noch die Tendenz zum Krieg? Er verneinte diese Frage. In Amerika, England und Frankreich sei keine Kriegsstimmung vorhanden, weil der Friedensvertrag diese Länder gesättigt habe. Hierbei übersah Wyneken die Entwicklung in Asien. Die unterdrückten asiatischen Völker beginnen, sich gegen das englische Imperium zu erheben. Hier liegen die Keime eines neuen Krieges! Zum Schluß forderte Wyneken die Vereinigten Staaten von Europa. Die europäische Kultur sei in Gefahr, gegenüber dem Ansturm Asiens und Amerikas, zugrunde zu gehen. Paneuropa sei die einzige Rettung vor dieser Entwicklung.

Nach den Vorträgen fanden jeweils Diskussionen statt. Bezeichnenderweise aber sprachen jedesmal nur Vertreter der marxistischen Weltanschauung. Sie zeigten gegenüber den Ausführungen von Wyneken die klare Linie des historischen Materialismus auf. Sie zwangen aber vor allem Wyneken in seinen Schlußworten zu einer klaren Stellungnahme. Wyneken ist nicht Sozialist, auch wenn er mit der Methode des historischen Materialismus gelegentlich arbeitet. Er ist in seiner Weltanschauung letzten Endes Aristokrat und glaubt an die Absolutheit der Ideen!

Die Tagung war insofern ein Erfolg für den Sozialismus, als daß durch die Diskussionsreden gezeigt wurde, daß nur der Marxismus die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft erkennen und lösen kann. Den jungen Menschen aber wurde doch zu einem Teil klar, daß Jugend nicht auf seiten der Parteilosen zu stehen, sondern sich um die Fahne des Sozialismus, des Marxismus, zu scharen habe.

## Durch die Slowakei nach Karpatho-Rußland

(Schluß)

Von Eugen Lewin-Dorsch

Kralovany, Rosenberg, Poprad, Zipser Neudorf heißen die Städte, die der Zug berührt. Bei Poprad, in der von Deutschen seit alters besiedelten Landschaft der Zips, erreicht der Zug den Höhepunkt seiner Bergfahrt. Nun geht es mit wachsender Schnelligkeit abwärts in südöstlicher Wendung aus dem Gebirge hinaus und der ungarischen Tiefe, der Pußta, entgegen. Alle Bergwasser fließen von jetzt an in der gleichen Richtung zur Theiß, dem mächtigen Nebenflusse der Donau.

Am Nachmittage sind wir in Kaschau, der zweitgrößten Stadt der Slowakei, mit mehr als 50 000 Einwohnern, am Ufer des Hernal, eines Nebenflusses der Theiß. Hier auf dem Kaschauer Bahnhof atmet man fühlbar das Aroma einer fremdartigen Welt. Die Ankunft eines jeden Schnellzuges ist in den Bezirken des Ostens stets ein Ereignis, das zahlreiche Müßiggänger zum Bahnhof lockt. Da stehen sie und staunen wie Kinder. Hier gibt es viel Zeit, Zeit im Ueberfluß; sie fließt in breiter, langsamer Flut wie ein Strom in der Ebene.

Das Gemisch der Völkerstämme reflektiert sich in dem Kunterbunt der Sprachen, der Trachten, der Gesten, der Physiognomien. Deutsch, Jiddisch, Slowakisch, Ruthenisch und Magyarisch tönen durcheinander. Da steht eine Gruppe tschechischer Offiziere in khakigelben Uniformen mit roten Aufschlägen; Zollbeamte und Grenzpolizisten. Dann sehr alttestamentarische Juden mit seltsam geformten Filzhüten neben ungarischen Gentlemans in farbigen Seidenstrümpfen und Shimmyschuhen. Dazwischen slowakische Bauern in grauen Friesjacken und gestickten Hemden, die durch breite, mit schöner Metallarbeit geschmückte Leder-gürtel zusammengehalten werden. Slowakische Bäuerinnen mit grellgeblühten, steif gefälten Röcken und derben Schaftstiefeln. Eine hübsche Zigeunerin, sehr wenig gewaschen, steigt heftig gestikulierend und einen ganzen Wasserfall von Worten hervorsprudelnd in den Zug. „Jo estet kiwanok!“ (Guten Tag wünsche ich!), lächelt sie mit blitzenden Zähnen und öffnet den Deckel eines Körbchens. Da hüpfte girrend ein zierliches Täubchen hervor, setzt sich vertraulich jedem Reisenden auf die Hand, weissagt ihm für ein paar Heller sein zukünftiges Schicksal und ist im übrigen auf einer Reise nach Bukarest zu einem großen Jahrmarkt begriffen.

Bald hinter Kaschau zieht sich das Gebirge zurück; die ungarische Ebene öffnet sich in ihrer weiten, lichtüberströmten Unendlichkeit. Hart streift der Zug die Grenze des ungarischen Landes. Dort drüben, nur wenig von der Bahnlinie entfernt, erhebt sich noch ein Ausläufer der Karpathen, das Hegyalla-Gebirge, an dessen südlichem Rande Tokaj,

die Weinstadt, liegt. Karpathenströme, die eilig, eilig in tief eingeschnittenen Flußbetten der Ebene zuwandern, werden auf hohen Viadukten überbrückt. Der Zug saust in die flimmernde Ebene hinein. Die weißen, langgehörnten Steppenrinder Ungarns schweben als helle Pünktchen auf der glatten Fläche, die in unbestimmten Weiten verdämmert. Hier und da starrt, fast gespenstisch, das hochaufgerekte Gestänge eines Ziehbrunnens in die Luft. Niedrige, langgestreckte Bauernhäuser, aus gelben Lehmziegeln errichtet, mit Stroh gedeckt, tauchen auf zwischen Sümpfen und fruchtbarem, schwerscholligem Ackerland.

Legina Michalany. Satoralja-Ujhely. Cop. — Cop, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, ist ein dürftiges Dorf, von einem verkehrsreichen und stattlichen Bahnhof überragt. Nach allen vier Winden laufen hier die Linien auseinander: nach Böhmen und Deutschland, nach Polen, Ungarn und Rumänien.

Fast immer herrscht auf dem Bahnhof in Cop eine babylonische Völker- und Sprachenverwirrung, die unvergleichlich ist: laute Bewegung, rastloses Spiel ausdrucksvoller Gebärden und Trachtenfarbigkeit. Hochaufgeschossene, strohblonde ruthenische Bauern, die weiße Lammfellmütze auf dem Kopfe, den weißen, rot eingesäumten Lammfellmantel um die Schultern geschlungen; tschechische Beamte, magyrische Bäuerinnen, den Kopf in das bunte Frauentuch eingehüllt; Slowaken aus den Waldkarpathen; Zigeunerinnen, vorn und hinten mit Kindern und Bündeln bepackt. Dazwischen ein Pope der griechischen Kirche, im kaftanartigen Gewande, einen hohen schwarzen Stab in der Hand. Und wieder Juden. Alttestamentarische Juden in Schafstiefeln, mit langen Bärten und Haarspiralen.

Bei Cop stößt, durch eine von Norden nach Süden verlaufende Grenze geschieden, die Slowakei an Karpatho-Rußland. Uzhorod, die Hauptstadt dieses äußersten Zipfels des tschechoslowakischen Staates, ist kaum noch eine Stunde entfernt. Von einem eisernen Brückensteg, der die Gleise überquert, erblickt man in der Ferne, in zartestem Blau, die Karpathen, an deren Fuß Uzhorod liegt. Und auf der andern Seite, gen Süden, sieht man zur nahen Grenze Ungarns hinüber, die streckenweise durch den Lauf der Theiß gebildet wird. Schon hier oben ist die Theiß ein gewaltiger Strom, dessen Fluten, zumal nach Regenfällen im Bergland, hoch anschwellen und die Ufer weithin überspülen. Hier, bei Cop, erreicht sie den nördlichsten Punkt ihres Laufes und biegt in scharfem Knick nach Süden um. Eine mächtige Brücke springt in drei kühnen Sätzen vom tschechoslowakischen zum ungarischen Ufer hinüber. Tief unter ihr jagt mit lehmgelben Wogen der Fluß.

\*

Karpatho-Rußland? Der Name enthält eine Frage. Aus den Zaubergeschichten Gogols, aus der Geschichte des Weltkriegs und den Nationalitätskämpfen in Polen ist es bekannt, daß sich in verflossenen Jahrhunderten die Kleinrussen der Ukraine von ihren Stammsitzen nach Westen bis in den Süden Galiziens hinein verbreitet haben. Von dort aus drangen sie in die Karpathen hinein und besiedelten das fast urwaldhafte Gebirgsland, das einst die nördliche Grenze von Ungarn war. Die fruchtbare Ebene im Süden des Gebirges, dort, wo in schwerer Fülle Weizen und Mais und auf den sonnigen Hügeln ein süßer, bernsteingelber Wein reift, war schon seit Jahrhunderten von Magyaren besetzt. Im

westlicheren Teil der Karpathen hausten Slowaken. Spaziert man durch die unterhaltsamen Straßen von Uzhorod, so sieht man, daß jedes Straßenschild zugleich in drei oder vier Sprachen und in zwei oder drei Schriftarten geschrieben ist: in lateinischen Buchstaben die slowakische und magyarische, in hebräischen Buchstaben die jiddische und in zyrillischen die ruthenische Aufschrift. Die kleinrussische Bevölkerung also hat diesem Gebiete den Namen gegeben. — In dem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen Handbuch finden wir unter dem Adressenverzeichnis derjenigen Parteien, die der Internationale angeschlossen sind, auch die Ruthenische Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, deren Sekretariat sich in Uzhorod befindet.

Karpatho-Rußland ist auf Grund freiwilligen Anschlusses an den tschechoslowakischen Staat nach dem Vertrage von Saint Germain en Laye (September 1919) ein autonomes Gebiet mit erheblicher Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung. Es hat einen eigenen Landtag, der sich selbst sein Präsidium wählt und befugt ist, über Angelegenheiten der Sprache, des Unterrichts, der Religion und der lokalen Verwaltung Landesgesetze zu erlassen. Sie werden in einer besonderen Gesetzesammlung publiziert, bedürfen jedoch der Sanktion des Präsidenten der Republik und müssen von ihm und dem Gouverneur von Karpatho-Rußland gezeichnet werden. Dieser wird, auf Antrag der Regierung, vom Präsidenten ernannt und ist dem karpatorussischen Landtag verantwortlich. Sitz der Verwaltung ist Uzhorod. Gegenwärtig ist der Gouverneur ein Mann ruthenischer Herkunft, Dr. Beskid mit Namen.

\*

Ruthenen und Juden sind unter den Rassen, die Karpatho-Rußland bewohnen, am stärksten vertreten. Hoch oben in der Werchowina, einer schwer zugänglichen Landschaft der Waldkarpathen, hausen Ruthenen und Juden, fern von aller Kultur, unter dem Alpdruk eines entsetzlichen Schicksals. Von der einstigen ungarischen Regierung gänzlich vernachlässigt, sind sie durch ununterbrochene, für europäische Phantasie unvorstellbare Armut zerrüttet, durch Krankheit zermürbt, durch Unterernährung an Körper und Seele entartet, vielfach verkrüppelt und völlig verwerlost. Kartoffeln sind fast die einzige Nahrung im Jahre. Vieh und Menschen vereint der gleiche Raum, die gleiche armselige Hütte. Schornsteine fehlen; durch das Gebälk des Daches zieht der Rauch schwelend ins Freie. Kultur und Hygiene sind fremde Dinge. Einmal brachte ein Freund eine Ladung von Zahnbürsten in ein Dorf der Werchowina hinauf. Als er nach Wochen zurückkehrte, fand er die Bürsten zum Striegeln des Viehes, zum Reinigen von Geräten verwendet. Ein jüdischer Knabe aus einer vorwiegend von Juden bewohnten Ortschaft dort oben erlebt, als man ihn zum Besuch einer Schule nach Uzhorod bringt, mit sechzehn Jahren zum erstenmal die Eisenbahn. Erstaunt und angstvoll betastet er die geheimnisvollen Schienen. Als der Zug heranbraust, bricht er schreiend und betend zusammen.

Erstaunlich groß ist die Zahl der Juden in Karpatho-Rußland. In Uzhorod sind etwa 45 Proz., in Munkacz ungefähr 80 Proz. der Einwohner Juden. Konservativ, wie das jüdische Volkstum in Wirklichkeit ist, haben sie die Sprache ihrer vor Jahrhunderten aus Deutschland hier eingewanderten Vorfahren bis auf den heutigen Tag bewahrt, gleich den



Juden von Polen und Rußland. Aber ihr „Jiddisch“ ist reiner als das der russischen und polnischen Juden; denn die slawischen Lehnwörter fehlen. In meinem kleinen Dorfe, in dem die Bauern alle magyarisch sprachen, konnte ich mich nur mit den Juden und mit einer dort angesiedelten deutschen Bäuerin aus der Zips verständigen. An langen Winterabenden las ich mit Piroshka, der lustigen Tochter einer alten Jüdin, im warmen Zimmer eines magyarischen Bauernhofes die Märchen von Grimm.

So tragen diese in Deutschland geschmähten und verachteten Ostjuden die deutsche Sprache, nur wenig verzerrt, in die entlegensten Dörfer, die ein deutscher Fuß noch niemals betrat; verbreiten die Lebenssphäre der deutschen Sprache weithin nach Osten und mit ihr zugleich ein auffälliges Interesse für deutsches Schicksal und deutsche Kultur.

In Karpatho-Rußland findet man Juden in allen Berufen. Sie sind Schlosser und Schmiede, Bäcker und Barbieri, Kutscher und Lastträger, Fabrikarbeiter und Händler, Bankiers und Bettler. Man kann Juden mit „Peies“ und wallenden Bärten hoch zu Roß über Land reiten sehen. Es gibt jüdische Bauern, die den Pflug auf dem Acker führen, und es gab sogar eine jüdische Kleinbauernpartei. Fast alle Läden und Wirtschaften, Kaffeehäuser und Hotels sind in jüdischen Händen. Juden sind die Träger des wirtschaftlichen Verkehrs von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Am Sabbat sind die Eisenbahnzüge, sonst immer dicht von reisenden Juden besetzt, vollkommen leer; die Straßen von Munkacz und Uzhorod mit den geschlossenen Läden, den stillen Straßen wie ausgestorben.

Seltene Dinge geschehen in diesem jüdischen Lande. Der Rabbi von Munkacz läßt einen aus Galizien eingewanderten Wunderrabbi, der eine eigene Gemeinde gegründet hat, ausweisen wegen unlauteren Wettbewerbs auf religiösem Gebiet und mit Gendarmen an die polnische Grenze geleiten; mitten im Gottesdienst läßt er das Bethaus der neuen Gemeinde durch Polizisten verschließen. Heftiger Kampf und tiefe Erregung zerwühlen die Munkaczer Judenheit.

Unter Slowaken, Ruthenen, Magyaren leben die Juden Karpatho-Rußlands als nationale Gemeinschaft in leidlichem Frieden; als Volkstum gekennzeichnet durch ihre äußere Erscheinung, ihre jiddische Sprache, ihre Lebensformen und ihre religiösen Gebräuche. Als nationale Minderheit werden sie von der amtlichen Statistik gezählt und von der staatlichen Verwaltung freundlich behandelt.

\*

Man kommt aus der ethnographischen Verwunderung nicht heraus. Dort, fern im Osten der Tschechoslowakei, und doch nur zwölf Reisestunden von Deutschlands Grenzen entfernt, ist Osteuropa, schon ein wenig mit balkanischen Düften gewürzt. Hier ist man weit abseits von der zertretenen Heerstraße westeuropäischer Zivilisation. Ja, es gibt auch dort ein paar Eisenbahnen, es gibt Telephone und Telegraphen, Kinos, sogar elektrische Straßen- und Wohnungsbeleuchtung in Uzhorod; daselbst ein hübsches Hotel, die „Krone“, mit einem großen Kaffeehaus, in dem es angenehm budapestelt. Abends spielt eine Zigeunerkapelle. Behaglich blickt man durch die Scheiben auf die spielende Buntheit des Uzhoroder Straßenlebens, auf den „Korso“, hinaus.

Verschiedene Zeitalter leben hier ineinander. Die magyrische Bäuerin telephonierte im Bahnhofspostamt in Cop. Aber daheim, in ihrem Bauernhause, dessen Boden allwöchentlich mit einer feuchten, klebrigen Mischung von Sand, Lehm und Pferdemist überstrichen wird, spinnt sie zur Herbstzeit ihren Hanf selber, nicht am Spinnrad, sondern mit einem weit primitiveren Werkzeug. Von einer hohen Stange, die den Hanfrocken trägt, zieht sie den Faden herab, indem sie das Werg mit Speichel befeuchtet und den fertigen Faden auf die Spindel dreht, die sie geschickt und geschwind in den Fingern der Rechten bewegt. Einmal bin ich als Gast in einer Bauernstube gewesen, in der beim gelben Schein der Petroleumlampe zehn oder zwölf spinnende Frauen versammelt waren. Es wurde geplaudert, gesungen, es wurden Märchen erzählt. Ein andermal war ich auf einer dörflichen Hochzeit. Zigeuner fidelten stürmisch den Czardas und die Begleitmusik zu den uralten Bräuchen und Sprüchen, mit denen die Einholung der Braut, der Gang zur Kirche, das festliche Mahl und der erste Tanz des jungen Paares gefeiert werden.

Alte Jahrhunderte, längst bei uns tot, leben hier noch und verbinden sich seltsam mit jüngeren Zeiten. Ein Auto hupt durch die Straße, auf der zu gleicher Zeit der Meister Seiler, hin- und hergehend, mit seinen Gesellen an altmodischem Werkzeug das Seil dreht. Und je weiter nach Osten man fährt, um so tiefer steigt man in die Vergangenheit zurück.

\*

Uzhorod. Ueber der Stadt wölbt sich ein Hügel. Um seinen Fuß biegt sich ein Fluß, der in den Karpathen entspringt, nicht weit vom Passe von Uzsok, dicht an der polnischen Grenze. Auf dem Gipfel des Hügelns liegt eine halb zerfallene Burg aus den Zeiten der Rakoczys, der mächtigen siebenbürgischen Fürsten. Die schweren Mauern sind von Efeu umrankt. Dicht daneben die griechisch-russische Kirche und der bischöfliche Palast in heiterem Barock. Schön ist es, dort oben im Glanze des Mittags auf den grauen Trümmern zu sitzen; feierlich still und der Rundblick von berauscher Weite. Drunten die farbige, gewürfelte Stadt, am Weinberge gelehnt. Im Süden die unendliche Ebene, flimmernd im Licht und im leuchtenden Nebel verschwimmend. Im Norden aber hoch aufragend, von bläulichen Tälern durchzogen, das Karpathengebirge, von tiefen Wäldern bedeckt, einsam und still.

---

## B Ü C H E R S C H A U

### *Zwei bedeutsame Bücher zum „Schutzzoll“*

„Zölle und Produktionskraft“. Von Arthur Saturnus, Wirtschaftsredakteur des „Vorwärts“. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena.

In den ersten Kapiteln behandelt der Verfasser die innere und äußere Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Die verheerenden Wirkungen der Inflation auf die Produktionskraft und den Innen- und Außenmarkt,

der Einfluß der Reparationen auf den inneren Markt und die Zollpolitik schließen sich dem an. Nachdem die Zollfrage im politischen Machtkampf und ihr Mißbrauch durch die Interessenverbände erläutert, folgt eine Abhandlung über die Arten der Zölle. Im Kapitel „Zollschutz und Außenhandelspolitik“ wird die Wirkung der Schutzzollfrage auf die Entwicklung des Außenhandels, bei Abschluß von Handelsverträgen

usw. eingehend behandelt. Bei der Schilderung über die Wirkung der Agrarschutzzölle der Vorkriegszeit auf die inländischen Verbraucher stellt Genosse Saturnus durch statistische Berechnungen fest, daß 83% des Zollbetrages vom Inland getragen werden mußten, also das Preisniveau für die wichtigsten Nahrungsmittel um diese Summen gehoben wurde. Dies sei für die Nachkriegszeit untragbar, vielmehr sei notwendig „eine Produktions- und Handelspolitik, die auf die volle Entfaltung der gesamten Produktionskraft abzielt, und für die eine Stärkung der Kaufkraft der Industriebevölkerung heute mehr Vorbedingung ist als je“.

Nach einer gründlichen Untersuchung des ganzen Problems kommt Genosse Saturnus zur Ablehnung der beabsichtigten Schutzzölle: „Dasjenige Land wird den Weltmarkt beherrschen, dem es gelingt, aus der gleichen Menge von Material Energie und Menschenkraft das höchstwertige Produkt zu erzeugen. Die Schutzzölle sind diesem Ziele feind. Sie sind es schon seit jeher gewesen, sie müssen es erst recht heute sein, wo die deutsche Wirtschaft praktisch seit einem Jahrzehnt fast gänzlich vom Weltmarkt abgeschlossen war, mit dem Erfolg einer Minderung seines Produktionsertrags und seiner Wettbewerbsfähigkeit.“ Die Schlußfolgerungen, die Genosse Saturnus aus seinen Untersuchungen zog, waren die gleichen, welche dem Verein für Sozialpolitik auf seiner Stuttgarter Tagung im Herbst 1924 zu dem Vorstoß gegen die Schutzzölle veranlaßten. Bekanntlich befanden sich hierunter Sachverständige wie Professor *Sering*, und es ist von Interesse, daß Genosse Saturnus bereits einige Monate früher diese grundsätzlichen Feststellungen zu treffen vermochte.

Zum Studium der zoll- und handelspolitischen Fragen ist das gut ausgestattete Buch ein unentbehrlich. Die Anschaffung kann daher dringend empfohlen werden. Was auf knappstem Raum über die Wirkungen der Schutzzölle in der

Vergangenheit und deren Gefahren für die Gegenwart und Zukunft gesagt werden konnte, wird der Leser dort finden. Als Anhang bringt das Buch überdies eine Fülle von statistischem Material.

\*

*„Um die Handelspolitik. Schutzzoll oder Freihandel?“ Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin S 14.*

Obige Besprechung war bereits geschrieben, als uns diese vom ADGB. herausgegebene Vortragsdisposition zu Gesicht kam. Es ist zu begrüßen, daß der ADGB. seinerseits die Funktionäre der Gewerkschaften mit dem notwendigen Material versorgt. Die beste Form hierzu war zweifellos eine Disposition, wie sie zu Vorträgen verwandt werden kann, wo in knappen, fast stichwortartigen Sätzen das Wichtigste über die ganze Frage, unterstützt von statistischen Unterlagen, gesagt wird. Auf 25 losen Blättern findet der Funktionär hier alles zur Beurteilung der Frage Notwendige vereinigt. Die Dispositionen haben das Vorstandsmitglied des ADGB. *Eggert* zum Verfasser. Von Wert ist diese Veröffentlichung auch deshalb, weil hier die Bemühungen des ADGB. zum Ausdruck kommen, die notwendig waren, um beim Abschluß von Handelsverträgen eine Vertretung der Arbeiterschaft bei der Regierung zu erreichen. Die Eisen- und Stahlverhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustrie sind gebührend berücksichtigt. Das verwandte Material reicht bis in die allerneueste Zeit. Kein Funktionär kann an dieser Schrift vorübergehen.

Die Schrift des Genossen Saturnus und die Vortragsdispositionen des ADGB. bilden eine vorzügliche Grundlage zur Erforschung des schwierigen, aber für die heutige Zeit so wichtigen Gebietes der Zoll- und Handelspolitik.

*Paul Ufermann*

### *Ein Buch vom Soldaten*

Der Pontos-Verlag in Freiburg hat unlängst das einst viel bemerkte und gelesene Buch von Alfred de Vigny: „Sklaventum und Größe des Soldaten“ in sauberer und sorgfältiger Uebersetzung herausgegeben und sich damit ein unbestreitbares Verdienst erworben.

In dem Buch stehen Sätze wie diese: „Man kann die Epoche, in der die Armeen mit den Nationen gleichgesetzt sein werden, nicht genug beschleunigen, wenn sie zu den Zeiten den Weg bereiten soll, wo die Armeen und der Krieg nicht mehr sein werden und wo der Erdball nur noch eine, wenigstens in ihren sozialen Formen, einmütige Nation tragen wird. Etwas, das schon längst vollbracht sein sollte“; und: „Die moderne Armee ist ein von dem großen Körper der Nation getrennter Körper, welcher der eines Kindes zu sein scheint, so sehr ist er, was die Intelligenz betrifft, zurückgeblieben, und so sehr ist ihm das Wachsen untersagt“; und endlich: „Es ist nicht wahr, daß der Krieg ‚göttlich‘ ist; es ist nicht wahr, daß die Erde nach Blut dürstet. Der Krieg ist von Gott verflucht und von den Menschen selbst, die ihn führen, und die vor ihm ein geheimes Grauen haben, und die Erde schreit nur zum Himmel, um von ihm das frische Wasser seiner Ströme zu fordern und den reinen Tau seiner Wetterwolken.“ Wenn man aber hört, daß dieses Buch bereits 1835 geschrieben ist, und wenn man vergleicht wie weit wir heute noch in allen diesen Dingen zurück sind, dann weiß man auch aus diesen wenigen Sätzen schon, daß der, der sie geschrieben hat, von hoher Kultur erfüllt war.

Alfred de Vigny wurde 1797 in Loches in der Tomaine geboren. Er war der Enkel und Sohn von Offizieren, und er selbst trat 1814 bei der Armee ein, bei jener französischen Armee, die im Schatten des Titanen Napoleon lebte. Vier-

zehn Jahre führte er ein leeres und lustloses Leben als Offizier, dann schied er aus und wurde ein Dichter. Seine Poesien, seine „Poems“ und seine „Poëms antiques et modernes“ sind von eigenartigem Reiz. Sie haben alle die Seele eines Menschen, der die ganze Welt liebt. Auch seine Romane haben einst viele Leser gefunden, während er mit seinen Dramen auf der Bühne nicht festen Fuß zu fassen vermochte. 1835 erschien dieses sein Buch hier, das Aufsehen erregte. 1863 starb Alfred de Vigny.

Der Autor wählt in diesem zarten und doch starken Buch, um zu beweisen und zu erschüttern, nicht die Form funkelnden Feuilletons, wie sie nur der Franzose, aus dem Nichts möchte man sagen, zu schaffen vermag, sondern er erzählt, lebendig und unendlich einprägsam, Novellen. Drei solcher Erzählungen sind in dem Buch, und die Geschichte „Laurette, oder das rote Siegel“ namentlich packt einen und läßt das Blut stürmischer durch das Herz strömen. Ein französischer Subalternoffizier führt durch viele Jahre und Feldzüge, durch Schlachten und alle Schrecken des Rückzuges der französischen Armee aus Rußland in einem Karren die junge Laurette mit, die Frau eines Franzosen, den zu erschießen den Offizier ein brutaler Befehl veranlaßte. Die junge Frau Laurette, die irrsinnig über den Tod des heißgeliebten Mannes wurde. Dieser Offizier fiel schließlich bei Waterloo, und Laurette starb bald darauf im Irrenhaus. Er war ein edler Mann, sagt schlicht und ergreifend Alfred de Vigny von ihm.

Ein paar Jahre vor dem Kriege erschien in Frankreich ein Buch von La Hire: „Die Hölle des Soldaten“. Man fand darin alle Grausamkeiten, die an Soldaten verübt worden sind, und es war eine einzige wilde Verwünschung des Militarismus. Auch Alfred de Vigny klagt an, und sein Urteil ist unerbittlich. Und doch ist sein Buch nicht wild und wühlend in Grau-

samkeiten. Es ist wie sanftes Abendrot über einer lieblichen Landschaft — der Zukunft.

Karl Fischer †

### Der englische Boccaccio

(Den beschaulichen und kecken Canterbury-Geschichten des seligen Herrn Chaucer nacherzählt von Kurt Offenburg. Sibyllen-Verlag, Dresden.)

Erstaunlich, daß Chaucer, dieser weiseste und humorreichste aller mittelalterlichen Erzähler, der einzige unter den englischen Dichtern, der neben Shakespeare bestehen kann, in Deutschland niemals populär geworden, auch den Gebildeten fast unbekannt geblieben ist. Denn die Canterbury-Geschichten sind keineswegs eine philologische Angelegenheit: Sie wirken heute noch mit ihrer verwegenen, sprühenden und drolligen Wahrhaftigkeit lebendig wie je. Ihre Unbekanntheit ist nur dadurch zu erklären, daß die bisherigen Uebersetzer in wissenschaftlichem Respekt vor dem Original die 17000 Verse Chaucers in ihrer ganzen behaglichen Weitschweifigkeit wörtlich wiedergegeben haben, eine Ausführlichkeit, die für den modernen Leser kaum zu bewältigen ist. Der neue Nach-erzähler hat den Mut und Stil gehabt, die einzelnen Geschichten eng zusammenzufassen; er bringt es fertig, in dieser volkstümlichen Fassung die frische Derbheit und amüsante Gescheitheit des großen Originals zu packen. Chaucer, der am Ende des 14. Jahrhunderts gelebt hat, hat die souveränste Stellung zu den Schwächen und Eitelkeiten der menschlichen Kreatur. Diese sehr heiteren und dann wieder frommen Geschichten stehen an Ursprünglichkeit der Darstellung und an Witz und Klugheit noch über dem italienischen Boccaccio, mit dem sie den Stoffkreis gemein haben. Entzückend für den modernen Leser ist die Naivität, mit der bei Chaucer das erotischste und amoralischste Motiv neben dem frömmsten steht;

beides ist mit gleicher Fabulierlust gestaltet. Schade, daß der Bearbeiter, wahrscheinlich aus der Erwägung, daß die Handlungsarmut des zierlichen Rankenwerks den Fluß der Geschichten unterbrochen hätte, die Rahmenerzählung weggelassen hat.

C. Bachert

### Der Erdkreis im Bilde

(Nordafrika)

Ein Jahrzehnt erzwungener Welt-abgeschlossenheit hatte unsere schweifende Phantasie mit magischer Gewalt in die Ferne entrückt. In jener Zeit unerfüllbarer Sehnsucht des deutschen Wandertriebes begann der Verlag Ernst Wasmuth, Berlin, seine Veröffentlichungen des „Orbis Terrarum“, einer großzügig angelegten Sammlung künstlerisch ausgezeichnete Aufnahmen aus allen Ländern rund um den Erdball. Ueber die entdeckungsreichen Bände vom „Unbekannten Spanien“ und von dem in seinen heimlichsten Verwunschenheiten mit der Kamera aufgesuchten „China“, über das von Hofmannsthal eingeleitete „Griechenland“-Buch und Hielschers „Deutschland“ sind wir zuletzt mit einem kühnen Sprunge von „Skandinavien“ gleich nach „Nordafrika“ gelangt.

Wieder wird uns hier uraltes Kultur- und Zivilisationsland in mehr als zweihundert ausgewählten Bildern vermittelt: Tripolis, Tunis, Algier, Marokko schließen sich zu einem einheitlichen Weltabschnitt zusammen. Aus den ältesten Sagenzeiten weht Erinnerung herüber von des flüchtenden Aeneas Besuch bei Dido, der Gründerin Karthagos. Von dem hartnäckigsten Weltmacht-kampfe des Altertums zwischen dieser Stadt und Rom, von dem vernichtenden Untergange der blühenden Handelsmetropole kündigt die Geschichte. Wüste und leer ist heute die Stätte, wo die stolze Siedlung der Punier einst ragte. Die nackte Landschaft hat sich, über die letzten spärlichen

Steintrümmer hinwegdringend, allmählich alles zurückerobert. Und so sind die heutigen Bilder von Karthago berechte Zeugen für die Gründlichkeit, mit der des alten Cato eigensinnige Weisheit „Carthaginiem esse delendam“ vollzogen worden ist. Nur ein hoch gen Himmel ragendes Mausoleum bei Dougga scheint noch von der punischen Kultur übrig geblieben zu sein — als einsames Wahrzeichen eines toten Volkes. Wie Wellen des Meeres sind seither die Völkerzüge über die nordafrikanische Erde dahingegangen; die römischen Eroberer, an die in unserem Buche noch gar manches Bild von Thermen, hochbogig die Landschaft durchquerenden Wasserleitungen, monumentalen Arenen und halberfallenen Triumphbögen erinnert — die aus dem Wüstensande wie eine Vision vergangenen Lebens wiederauferstandene Stadt Timgad ist das afrikanische Pompeji —; dann die Vandalen, die Araber- und Berbersämme, die noch heute dem Leben Nordafrikas das wesentliche Gepräge geben. Portugiesen und Spanier endlich, die den Schauplatz ihres jahrhundertlangen Ringens mit dem Islam von der pyrenäischen Halbinsel herüberverlegt haben. So ist hier im steten Hin und Wider ein aus den verschiedensten Elementen gefügtes Kulturbild entstanden. Und heute dringt mit der erobertungssüchtigen europäischen Zivilisation auch die europäische zweckhafte Gleichförmigkeit, alle Lebensstile nivellierend, in die großen Hafenstädte ein. Aber das ist doch nur eine oberflächliche Tünche, wenig haltbar und so unsolid, daß das wahre Antlitz Nordafrikas allenthalben hindurchblickt. Noch sind die Märchen von Tausendundeiner Nacht hier wenigstens halbe Wirklichkeit, und selbst Nomaden- und

Piratenabenteuer haben sich neben Cooks Reisebüro einen Rest von Realität bewahrt. Die Bilder des Wasmuthschen Buches sind so ausgewählt, daß man von der eigentlichen Wesenheit des Landes einen starken und unmittelbaren Eindruck empfängt. Die hohen Sandhügel in der Unendlichkeit der Sahara bekommt man zu sehen, und Karawanen, die sich mühsam im Sonnenbrand zwischen den windverwehten Dünen hindurcharbeiten. Man rastet mit ihnen in der üppigen Fülle der Oasen mit ihren dichten Palmenhainen, Teichen, Heiligengräbern und weißen Märkten. Man sieht den Muezzin auf schlankem Turm hoch über die flachen, blendend hellen Dächer von Tunis hin sein Abendgebet singen und wandert betrachtsam durch die Gassenengen der Eingeborenenviertel, die von bewachsenen schiefen Steinbögen überschragt sind, besucht die Händler in ihren schattigen Basaren und versucht vergeblich, das spitzenfeine Gitterwerk eines geheimnisvollen Haremsfensters mit neugierigem Blick zu durchdringen. Aus kühlen, braunen, bärtigen Gesichtern schauen uns die Kunsthandwerker Altarabiens an, und die rassige Schönheit eines Berbermädchens bezaubert das Auge. Man kann die Blätter dieses Buches, für das Ernst Kühnel eine kurz zusammenfassende Einführung geschrieben hat, hin- und zurückblättern. Immer befindet man sich dabei auf neuen Entdeckungsfahrten. Und so erfüllt es seine Aufgabe in hohem Maße: durch die reine Anschauung zu dem Wesen eines Landes hinzuführen, das dem Beschauer in so unmittelbarer Lebendigkeit keine noch so phantasiebeschwungte Darstellung des Wortes zu erschließen vermöchte. C. F. W. Beh!

*Demnächst erscheint:*

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft**  
Berlin SW 68

|| *Sie lachen sich tot !!!*

# PANOPTIKUM MENSCH

VON

||  
**KORAX**  
(JOSEF MARIA FRANK)

||  
DAS  
**ULKIGSTE BUCH**

AUF BÜTTEN  
IN HALBLEINEN  
PREIS 8 MARK

Verlag Deutscher Bücher G.m.b.H. || Berlin SW68



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

**Inhalt:**

## Hindenburg-Mai

ROBERT BREUER: **Hindenburg — Gefangener von Schwarz-Rot-Gold** . . . . . 129

\* \* \*

**Das Konto Stresemann** . . . . . 130

FRANZ KLÜHS:

**Konrad Haenisch** . . . . . 134

ERWIN FREHE: Pan-Europa und Pan-Welt . . . . . 137

WALTHER G. OSCHILEWSKI: Deutschland und Europa 141

F. M. HUEBNER (Den Haag):

Das Erwachen einer internationalen Ethik . . . . . 144

HUGO SCHULZ (Wien): Rassenokkultismus . . . . . 147

Dr. HEINZ POTTHOF (München):

Die Kulturbedeutung des Sozialen . . . . . 150

R. G. HAEBLER (Karlsruhe): Sittlichkeit und Religion . 153

Das internationale Institut für intellektuelle Zusammenarbeit — Die  
fascistische Internationale — Südosteuropa

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



**Preis 30 Pfennig**

**HANNS-ERICH KAMINSKI**

---

**FASCISMUS**  
**IN ITALIEN**

---

**MIT DEN WICHTIGSTEN**  
**KAPITELN**  
**AUS DER LETZTEN SCHRIFT**  
**VON**

**MATTEOTTI**  
**EIN JAHR**  
**FASCISTEN-HERRSCHAFT**

---

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

## Hindenburg — Gefangener von Schwarz-Rot-Gold

Von Robert Breuer

Die Republikaner blasen zum Sammeln. Nicht um eine Operation durchzuführen, mit der der Generalfeldmarschall Hindenburg dank politischen Kurzblickes seine Siegerlaufbahn beenden mußte: den Rückzug. Die Republikaner sammeln sich zu neuem Angriff, zu neuem Sturm, und schließlich dazu, Herrn Hindenburg auf dem Felde der Politik das Schicksal zu bereiten, das er auf dem seines Berufes erstaunlich gut überstanden hat: das des Zusammenbruchs. Zunächst wollen wir den seltsamen Bodenseereiter republikanisch einkreisen, um so ihn von dem Mutterboden abzuschneiden, aus dem er hervorkam. Im Zeichen von Schwarz-Weiß-Rot ist er von Monarchisten, Militaristen, Revanchefreunden, von Stahlhelm und Werwolf gewählt worden. Denen soll er fürs erste schwarz-rot-gold entfremdet werden. Herr Hindenburg wird sich an Schwarz-Rot-Gold gewöhnen müssen, er wird sich bis zum Estrich vor dem Hoheitszeichen der Republik zu neigen haben. Wenn er das Banner des Reichs als ein Joch empfinden sollte, so wird er unter dies Joch treten und dort beharren müssen. Die Schwarz-Weiß-Roten werden sich diesen Vorgang wohl nicht allzu lebhaft vorgestellt haben — gerade darum soll er ihnen demonstriert werden. Ueber dem Haus, in dem Herr Hindenburg wohnen wird, wird die Präsidentenflagge der Republik wehen. Und die Fahne der Republik wird auch vierfach wehen über dem Hause, dem Reichstag, in dem er in die Hand des Sozialdemokraten Loebe den Eid auf die Verfassung schwören wird. Wenn Herr Hindenburg auch nur mit der Wimper zucken würde, dem Schwarz-Rot-Gold, das seine Wähler bespeien, strammen Respekt zu erweisen, so wäre das bereits Bruch seines Schwurs und Ursache genug, ihn von dem Platze, den er einnehmen zu können glaubt, zu entfernen. Im öffentlichen Leben darf die Fahne des Hochverrats nicht in die Nähe des Reichspräsidenten kommen. In seinem Schlafzimmer mag er sich damit zudecken, und er kann auch heimlich zu ihr beten; aber vor der Welt gilt für ihn einzig und allein der Artikel 3 der Reichsverfassung. Die Aufruhrorganisationen werden demgemäß, wenn sie Herrn Hindenburg huldigen wollen, die Farben der Monarchie streichen und aus dem Knopfloch nehmen müssen. Wenn Herr Hindenburg seinen Einzugsmarsch etwa durch schwarz-weiß-rotes Spalier zu nehmen gedenkt, so würde das die erste Gelegenheit sein, um den zu neuer Sammlung aufmarschierten Republikanern das Stichwort zu geben: daß ein Protektor des Hochverrats und der Monarchie nicht länger Präsident der deutschen Republik bleiben kann. Herr Hindenburg wird sich auch des Reichsbanners huldvoll annehmen müssen; die Schutztruppe der Republik wird er auch zu der seinen erküren müssen und wird so, wenn er sich nicht der Eidesverletzung schuldig machen will, die schwarz-weiß-

roten Rotten, deren Spezialität es ist, Republikaner abzuschließen oder zu schmähen, von sich zu weisen haben. Insofern kann die Tätigkeit des Herrn Hindenburg für die Republik unter Umständen ganz nützliche Arbeit sein.

Herr Hindenburg wird dann weiterhin einige Unterschriften zu leisten haben, die den schwarz-weiß-roten Gegnern der Erfüllungspolitik etliche Verblüffung erwecken dürften. Er wird den Sicherheitspakt, der endgültig Elsaß-Lothringen abtritt, er wird den spanischen Handelsvertrag, der das dritte Versailles sein soll, er wird den Eintritt in den Völkerbund, und er wird die Erledigung der demnächst eintreffenden, von Herrn Foch redigierten Kontrollnote mit Zustimmung zu versehen haben. Es ist anzunehmen, daß dann die Gläubigen, die den Retter wählen wollten, lange Gesichter bekommen werden: Auch das kann eine ganz nützliche Erziehung für die sein, die Herrn Hindenburg förderten, mit der Verheißung, er werde die deutsche Nation wieder zu Ehren bringen. Insofern hat es sogar seine Gerechtigkeit, daß Herr Hindenburg als Reichspräsident all die Quittungen vollzieht, zu deren Begleichung Deutschland durch die glorreiche Niederlage, die der einstige General ihm bereitet hat, gezwungen ist. Auf das katzenjämmerliche Miau, in das sich das Hurra von heute dann verwandeln wird, kann die Republik mit dem Lächeln der Mona Lisa warten. Die Republik kann überhaupt mit größter Ruhe abwarten, was werden wird. Für sie ist die Präsidentschaft des Herrn Hindenburg, diese Ausgeburt politischer Narrheit, dies Ergebnis törichter Romantik der Dummen und der Wundergläubigen keine Schwächung, sondern ein Anstoß zu neuer Kraftentfaltung. Herr Hindenburg wird als Reichspräsident Republikaner sein, oder er wird nicht sein. Er wird die Außenpolitik machen müssen, die seine Wähler Landesverrat nennen, oder er wird Deutschland in ein Chaos stürzen, aus dem es nur durch eine Wiederholung des 9. November gerettet werden kann. Die Republik steht bereit, sie bläst zum Sammeln, sie bezieht nicht eine Hindenburg-Linie — das wäre ihr zu blamabel — sie rüstet zum Sturm, der ausgelöst wird, wenn der Präsident der Republik vergessen sollte, was Verfassung und dreizehndreiviertel Millionen Republikaner von ihm zu fordern das Recht haben. Wenn Herr Hindenburg sich auch nur um Haaresbreite monarchistisch oder antidemokratisch verirren sollte, wird er zum zweitenmal das Wunder aus dem Walde von Compiègne erleben.

---

## Das Konto Stresemann

Von \* \* \*

„Nur die allerdümmsten Kälber  
Wählen ihre Metzger selber.“  
Alte Volksweisheit.

Es gab in diesen Wochen einen Mann, der das Geschick Deutschlands in seinen beiden Händen hielt, den Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann. Er hat, vielleicht mit Recht, gegen die Kandidatur Geßler protestiert. Wenn er an dem Tage, an welchem sich der Rechtsblock auf die Kandidatur Hindenburg festlegte, aufgestanden wäre und erklärt hätte: „Diese Kandidatur ist im außenpolitischen Interesse unerträglich!“, so wäre sie unmöglich gewesen. Man wende nicht ein, daß Stresemann das nicht konnte. Er hat zweimal in den letzten Jahren früher als mancher

andere die Situation erkannt und den Mut gehabt, sich der landläufigen Meinung entgegenzustemmen, einmal, als er den Ruhrwiderstand abbaute, das andere Mal, als er in London auf die sofortige Ruhräumung verzichtete. In Parenthese: Daß dieser Verzicht eine so mutige Tat war, war freilich seine Schuld, denn er hatte die deutsche Öffentlichkeit fortwährend falsch über die Lage informiert. Jetzt hatte ihm das Schicksal die Gelegenheit geboten, eine historische Tat von großem Ausmaß zu vollbringen, und über den arrivierten Syndikus, den die Großen der Industrie immer noch wie einen Angestellten behandeln, hinauszuwachsen zum Staatsmann. Nach guter deutscher Tradition hat Stresemann diese Gelegenheit verpaßt. Er bleibt, was er war, ein mittlerer Opportunist, der zuweilen glückliche Eingebungen hat, oder um mit dem hübschen Dichterwort zu sprechen, ein Talent, doch kein Charakter. Man kann auch noch weiter zitieren: Eure Rede sei ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist von Stresemann.

Es ist hier gelegentlich von Stresemann gesagt worden, daß er geneigt sei, das, was er stark wünsche, schon als in die Tat umgesetzt zu sehen. Imagination und Phantasie gehören allerdings zum schöpferischen Staatsmann, aber dazu muß eine gehörige Dosis Skepsis kommen. Niemand hält Stresemann für so dumm, daß er nicht gewußt hätte, was ein Sieg Hindenburgs außenpolitisch bedeuten würde. Aber alle die ihn kennen, auch die zu seinem Amte gehören, sind der Ansicht, daß er die Chancen dieser Kandidatur unterschätzt hat, daß er geglaubt hat, Marx werde mit einer knappen Majorität durchs Ziel gehen, und daß er es darum nicht für nötig gehalten hat, sich Unannehmlichkeiten zu machen. Denn die hätte er freilich bekommen, wenn er sich mannhaft der Kandidatur widersetzt hätte. Aber wenn er klug gewesen wäre, dann hätte er die Chance doppelt ausnützen können, denn die Ueberzeugung, daß die Bettgenossenschaft mit den Deutschnationalen ein höchst fragwürdiges Vergnügen ist und oft genug an Notzucht grenzt, ist ihm in den letzten Monaten doch aufgedämmert, und unterrichtete Leute behaupten, daß er langsam eine kleine Linksorientierung vorbereite. Am Tage vor der Aufstellung fand eine Pressebesprechung statt, an der Luther und Stresemann teilnahmen. In dieser Besprechung — es handelte sich um den Sicherheitspakt — fragte ein Journalist, wie Stresemann sich nun aber die Lage denke, wenn Hindenburg kandidiere. Die Antwort war, darüber solle sich der Fragesteller keine Sorge machen, denn der endgültige Verzicht Hindenburgs sei soeben eingelaufen. Am anderen Tage war Tirpitz in Hannover und hatte dem alten Herrn das Ja abgepreßt. Darauf wiederholte der Fragesteller die Frage in seiner Zeitung. Stresemanns Organ gab die Antwort, die Frage sei naiv, äußerte sich aber sonst nicht zur Sache. Und dann blieben Stresemann und sein Blättchen stumm. Erst eine Anzapfung des „Vorwärts“ entlockte dem Stresemann-Blättchen einige Hindenburg-Begeisterung. Sie steigerte sich schließlich zu einem Vergleich zwischen Hindenburg und Marx, der höchst taktlos war, so taktlos, daß Stresemann von diesem Artikel abrückte. Wie er das tat, war wieder recht merkwürdig. Im „Berliner Tageblatt“ stand ein bitterernster Artikel über die außenpolitischen Folgen einer Wahl Hindenburgs, der mit Stresemann nicht ganz sanft umging und einiges über Stresemanns Haltung in London erzählte, was den Kundigen zwar nicht neu war, aber dem Betroffenen doch nicht angenehm in die Ohren klang. Gegen diesen Artikel zog Stresemann gleichzeitig

vom Leder und rutschte dabei bedenklich aus, denn er machte dem Artikelschreiber den Vorwurf, er ermuntere Frankreich und England, im Falle der Wahl Hindenburgs das Ruhrgebiet nicht zu räumen. Wie groß diese Gefahr ist, sollte niemand besser wissen, als der Außenminister des Deutschen Reiches, und wenn er es nicht weiß, soll er sich bei dem jüngsten seiner Legationssekretäre erkundigen. Jedenfalls war dies die einzige Aeußerung des Außenministers zur Kandidatur Hindenburg, und sie ist interessant deswegen, weil dieser Außenminister, derselbe, der gegen die Kandidatur Geßler außenpolitische Bedenken geltend machte, die Stirn hat, die Präsidentenwahl hier eine „innenpolitische Entscheidung“ zu nennen, derselbe Außenminister, der genau weiß, aus welchem Grunde die Botschafterkonferenz die Beratung des Fochschen Gutachtens über die Entwaffnung bis nach der Präsidentenwahl verschoben hat.

Man darf den Außenminister an eine kleine Episode von der Londoner Konferenz erinnern. In dem zähen Ringen um die Ruhräumung schlugen die deutschen Delegierten Herriot vor, man solle doch den 10. Januar 1925, also den Tag, an dem die Kölner Zone geräumt werden sollte, auch für die Ruhräumung vereinbaren. Das lehnte Herriot ab mit der ausdrücklichen Begründung, an diesem Tage seien die Franzosen ja längst nicht mehr im Ruhrrevier. Daran, daß Herriot damals der festen Ansicht war, die Räumung werde sich früher, als vereinbart, bewerkstelligen lassen, ist kein Zweifel möglich. Und die Ursachen, aus denen Herriot diese Absicht nicht wahr machen konnte, sind dem Außenminister wohl bekannt. Wir haben den Unfug der Zeitfreiwilligen teuer bezahlt; wir werden die Wahl Hindenburgs noch teurer bezahlen müssen. Wer's nicht glaubt, wird es sehen, wenn er die Entwaffnungsnote sieht. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Engländer durchaus nicht so wollten, wie Marschall Foch gern möchte. Im Obersten Kriegsrat, wo sie durch einen tüchtigen, aber doch noch jungen Generalmajor vertreten sind, können sie gegen die Autorität Fochs schwer etwas durchsetzen. Sie mußten also die Gegenarbeit in die Botschafterkonferenz verlegen. Die Wahl Hindenburgs wird die Einheitsfront der Alliierten in dieser Frage glücklich wiederhergestellt haben. Und man glaube nicht, daß es sich da um kleine Dinge handelt. Die Restforderungen, wenn sie im vollen Umfange aufrechterhalten werden, bedeuten gewaltige Opfer für die deutsche Industrie und eine vollständige und kostspielige Umorganisation der Schutzpolizei. Man hat nach Andeutungen aus London angenommen, daß die Erfüllung der Restforderungen, wenn die englischen Vorschläge angenommen werden, zwei Monate in Anspruch nehmen würden, daß dann also die Befreiung des Kölner Gebietes erfolgen würde. Die Rheinländer können sich bei Stresemann bedanken, wenn es anders kommt.

Das ist, wie gesagt, die nächste Folge. Was uns weiter noch blüht, ist heute, am ersten Tage nach der Wahl, wo nur die ersten Auslandsstimmen vorliegen, die aber schon niederschmetternd genug sind, noch nicht zu übersehen. Man könnte prophezeien, und das Prophetspielen wäre sogar leicht, aber Herr Stresemann würde schnell bei der Hand sein, wiederum zu verdächtigen, daß man die Entente zu scheußlichen Handlungen gegen Deutschland ermuntere. Ach, Herr Stresemann, solcher Ermunterungen bedarf es nicht, seit Sie nicht nur die Kandidatur Hindenburgs

burgs, sondern auch seine Wahl möglich gemacht haben. Man kann ja zugeben, daß Sie zwischen den Zeilen oft genug zu verstehen gegeben haben, wie unangenehm Ihnen diese Wahl wäre, aber die Leute, die das zu lesen verstanden, haben Hindenburg sowieso nicht gewählt, und mit den Leuten, die imstande waren, Hindenburg zu wählen, durften Sie nicht in halben Andeutungen sprechen, mit denen mußten Sie **F r a k t u r** reden. Ein Redekünstler wie Sie, der sich schon durch manche schwere Sache hindurchgepaukt hat, ein Kenner der sogenannten Volksseele, mußte doch die richtigen Ausdrücke finden. Sie haben sich als genauer Kenner dieser Volksseele erwiesen, als Sie die Deutsche Volkspartei gründeten, diese Partei, die gar keine ist, sondern eine Zusammenballung von Gnatzköpfen und gescheiterten Konjunkturleuten. Ist inzwischen Ihr Auge ganz verblendet?

Wieviel von der Politik von London übrig bleiben wird, wird sich weisen. Vielleicht werden wir, wenn dieser Artikel gedruckt ist, schon viel klüger sein. Aber eines muß man Herrn Stresemann heute schon fragen: Was wird aus dem **S i c h e r h e i t s p a k t**? Wir wissen nicht, wer Vater des Gedankens ist, wir wissen nur, daß Stresemann höchstens der Adoptivvater dieses Kindes ist, daß er sich freilich in einem Grade dafür eingesetzt hat, als hätte er es selbst gezeugt. Der Sicherheitspakt ist in den letzten Monaten der feste Punkt in der deutschen Außenpolitik geworden. Und nicht Stresemann selbst, aber einer, der sicher an der Vaterschaft des Gedankens beteiligt ist, hat erklärt, dies sei das erste Mal, daß Deutschland wieder aktive Außenpolitik treibe. Man hat in den letzten Wochen wenig von Fortschritten in den Verhandlungen gehört. Wie wird es werden, wenn Hindenburg in Fritz Eberts Haus eingezogen ist? Zwar der alte Mann hat in den Reden, die ihm zum Vorlesen hingelegt waren, erklärt, es werde keine Aenderung in der Außenpolitik eintreten. Aber die Aenderung ist ja schon da, wenn nicht bei uns, dann bei den anderen. Es geht mit diesen Dingen wie mit den Sybillinischen Büchern, sie werden um so teurer, je länger man zaudert. Der Preis, den wir heute zahlen, ist der Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Was wir eintauschen, ist ein, freilich auf Jahrzehnte hinaus platonischer Anspruch auf eine Revision der Ostgrenze und auf den Anschluß Oesterreichs. Ein Pakt ist ein Blatt Papier mit einer Reihe von Artikeln, feierlich verbrieft und besiegelt, unterzeichnet und ratifiziert. Aber die Macht, die von diesem Papier ausgeht, ist eine Frage des Vertrauens. Ein Wechsel ist auch ein Stück Papier, das viel wert sein kann, wenn die Unterschrift kreditwürdig ist. Werden unsere Gegenkontrahenten Ihre Unterschrift, Herr Außenminister, heute noch für ebenso kreditwürdig halten, nachdem sie glauben, daß mit der Wahl Hindenburgs das deutsche Volk sich zu jenem Deutschland wieder bekannt hat, das, als es zum Kriege kam, mit furchtbarem Entsetzen erkennen mußte, daß es in der ganzen Welt kaum einen Freund hatte? Sie haben in dem Blättchen, das Sie zu Ihrem Privatvergnügen drucken lassen, die Frage nach den außenpolitischen Folgen der Kandidatur Hindenburg für naiv erklären lassen. Es würde uns freuen, wenn Sie sich jetzt nicht um die Antwort drücken würden und wenn Sie jetzt wenigstens den Mut aufbrächten, was zu retten ist. Daß Sie den Mut haben können, haben Sie in London und bei Ihrer ersten Kabinettsbildung bewiesen.

# Konrad Haenisch

Von Franz Klühs

Vor wenigen Wochen erst widmete Konrad Haenisch in der „Glocke“ dem verstorbenen Freunde Friedrich Ebert einen feinsinnigen Nachruf, der ein Zeugnis seiner Wesensart war.

Jetzt liegt er selber auf der Bahre, von einer überraschend aufgetretenen Erkrankung noch überraschender dahingerafft. Seine fruchtbare Feder ist zum Stillstand verurteilt. Seine arbeitsame Natur kann nicht mehr schaffen. Seine bis ans Ende wirkende kindliche Begeisterung kann nicht mehr anfeuern. Unmittelbar nach dem Siege der Politisch-Gestrigen hat sein Herz zu schlagen aufgehört, das seit der Kindheit für die bessere Zukunft pochte.

\*

Ende 1895 kam ich als Achtzehnjähriger in die pommersche Universitätsstadt Greifswald, wo ich bald den kleinen Kreis von Parteigenossen aufsuchte, der inmitten altjunkerlicher Wüstenei unter schwierigsten Kampfbedingungen den sozialistischen Gedanken pflegte. Da erzählten die Genossen noch viel und fast täglich von Konrad Haenisch, der im Jahre zuvor wegen „sozialistischer Umtriebe“ vom dortigen Gymnasium relegiert worden war. Seine Maßregelung hatte ihn für unsere Genossen um so mehr zum Märtyrer gestempelt, als an ihr die Spitzen der reaktionären Gesellschaft beteiligt waren. Besonders der Polizeidirektor Dr. Gesterding, ein bössartiger Bürokrat, der gleichzeitig als Universitätsrichter fungierte und zur Familie Haenisch in Beziehungen stand, hatte für die Beseitigung des schwärmerischen Idealisten von der Penne gesorgt und dadurch verhindert, daß dieser als Student die Universität beziehen konnte.

Der Vater — ein bekannter Arzt — war frühzeitig gestorben. Dessen Bruder war damals Landgerichtspräsident. Die Verwandten von der mütterlichen Seite her gehörten alten Adelsgeschlechtern an. Vormund für den minderjährigen Konrad war ein früherer Oberstleutnant von Forstner, aus der gleichen Familie, aus der jener Forstner stammt, der als deutschnationaler Parteisekretär die Hetze gegen den Reichspräsidenten Ebert schürte. Ein Onkel Konrads war der Agrarier Graf Schwerin-Löwitz, der später dem Reichstag und dem Preußischen Abgeordnetenhaus präsiidierte.

Der Gedanke, einen der ihren, noch bevor er die übliche Leiter zu gesellschaftlicher Stellung emporgekrochen war, an den dreimal erwünschten Sozialismus abgeben zu müssen, erschien der reaktionären Sippe unerträglich. Sie ließ den Ungeratenen lieber von der Schule und Universität verbannen. Zwar versuchte sie noch durch Ueberweisung des Primaners in die Anstalt Bethel-Bielefeld, die der Heilung von Epileptikern diente, was zu retten sei. Aber an Konrad Haenisch war nichts mehr zu retten. Er war unheilbar der sozialistischen Bewegung verfallen, die ihm den geistigen Aufstieg aus der bedrückenden Enge kastenmäßiger Abgeschlossenheit bedeutete.

Gleichzeitig mit Haenisch war der Sohn eines jüdischen Kaufmanns vom Gymnasium „entfernt“ worden wegen des gleichen Vergehens



„sozialistischer Umtriebe“. Der junge Mann nahm sich die Sache so zu Herzen, daß er seinem Leben vorzeitig ein Ende machte. Konrad Haenisch aber machte nur seinen familiären Beziehungen ein Ende. Er brach kurz entschlossen alle Brücken zur Vergangenheit ab, verließ die Anstalt des Pastors Bodelschwingh und ging nach Leipzig, wo er sich mit der ganzen Begeisterungsfähigkeit, die ihm bis zum Tode eigen blieb, in den Kampf für die Sache des Sozialismus stürzte.

\*

Als er mündig geworden, kehrte er noch einmal nach Greifswald zurück, um mit seinem Vormund geschäftliche Dinge zu ordnen. Der alte Herr glaubte einen besonderen Trumpf ausspielen zu können, als er nach Beendigung der geschäftlichen Unterredung erklärte: „Jetzt haben wir beide wohl nichts mehr miteinander zu sprechen.“ Ach — es war niemand froher, als Konrad Haenisch, daß nun endlich auch der letzte Faden zu der junkerlichen Sippe zerrissen war. Am Nachmittag jenes Tages sprach Konrad Haenisch für die Partei in einer öffentlichen Versammlung. Zwar hatte die Reaktion alle dafür in Aussicht genommenen größeren Säle abgetrieben, aber die Anwesenheit Konrad Haenischs, des Relegierten und Verfeimten, stellte sich ihr doch als so gefahrvoll dar, daß der Herr Vormund höchstselbst mit dem antisemitischen Theologie-Professor v. Nathusius und einer Sicherheitswache aus antisemitischen Studenten in dem kleinen Saal der Gewerkschaftsherberge erschien, um dort öffentlich gegen Haenisch zu polemisieren, dem er ein privates Wort verweigert hatte!

\*

Aus jenen Tagen des Jahres 1897, in denen ich seine Bekanntschaft machte, datiert meine Freundschaft mit dem jetzt Verstorbenen. Er erschien uns damals nicht zu Unrecht als ein Held, der mit dem Mute besserer Erkenntnis nicht nur gegen eine Welt von Dummheit und Niedertracht kämpfte, sondern der auch alle Vorzüge der Abstammung und der dadurch gesicherten Protektion von sich warf, um für die Sache der Enterbten und Bedrückten zu kämpfen. Noch jahrelang hat man in unserer vorpommerischen Heimat mit einem Ton der Bewunderung von Konrad Haenisch gesprochen, und selbst im letzten Sommer, als mich der Weg wieder einmal durch Greifswald führte, war eine der ersten Fragen der alten Freunde: „Hast du etwas von Konrad Haenisch gehört? Wie geht es ihm?“

\*

Der Weg, den der Relegierte einschlagen mußte, um seinem Ziele nicht untreu zu werden, war nicht mit Rosen bestreut. Nach seinem Fortgang aus der Epileptiker-Anstalt kam er nach Leipzig, wo er zunächst Beschäftigung in einer Buchhandlung fand, die freigeistige Literatur vertrieb. Daneben besuchte er als Hörer die Universität und trieb nationalökonomische und geschichtliche Studien. Gleichzeitig arbeitete er in der Parteiorganisation mit und fand Anschluß an die Genossen in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, denen er als Mitarbeiter willkommen war und die ihn auch in die Geheimnisse der redaktionellen Technik einweihten.

Seit dem Jahre 1898 war Haenisch Parteiredakteur. Von Ludwigs-  
hafen, wo er begann, führte ihn der Weg über Dresden nach Dortmund,

wo er, mit nur einjähriger Unterbrechung, das Parteiblatt von 1900 bis 1911 leitete. Dann berief ihn der Parteivorstand nach Berlin, wo er eine Flugschriften-Zentrale einrichtete. Ihr stand Haenisch bis in die Kriegsjahre hinein vor. 1915 übernahm er die Redaktion der „Glocke“, der er ursprünglich Gestalt und Gepräge gab.

\*

Bei den letzten Dreiklassenwahlen wurde Haenisch vom Wahlkreise Niederbarnim in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Dort bot sich seinem wirkungsfrohen Eifer ein besonderes Feld der Betätigung. Er widmete sich mit großer Hingabe den Fragen kultureller Bedeutung, die mit dem Etat des Kultusministeriums zusammenhängen. Die Schule freizumachen aus der klassenmäßigen Abgeschlossenheit, sie in all ihren Entwicklungsmöglichkeiten den Begabten aus allen Volkskreisen zu öffnen, sie mit flutendem Leben und seiner Gestaltungskraft zu verbinden, das war das Ziel, auf das der Abgeordnete Haenisch immer wieder hinwies. Vergeblich, solange die Junker durch ihren Trott zu Solz auch für den Kultus firmierten.

Der November 1918 berief Haenisch an die Spitze des Kultusministeriums, das unter seiner Leitung den Namen „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ annahm. Aus dem Stadium der oppositionellen Kritik kam Haenisch sozusagen über Nacht in das der positiven Beeinflussung. In einer Zeit, da alles in Deutschland drunter und drüber ging, wurde ihm die Aufgabe gestellt, die Klassenschule des Kaiserreichs in demokratische Formen überzuführen und sie mit dem Geiste des neuen Deutschland zu erfüllen. Eine Aufgabe, groß genug, um einen Mann von gigantischen Kräften zu verbrauchen. Haenisch griff sie mit frischem Mute an, aber das Material war zu hart und spröde, als daß es sich seiner weichen Hand ohne weiteres gefügt hätte. Im Lehrkörper der Universitäten und der höheren Schulen, nicht zuletzt auch in den Provinzialschulkollegien hatte sich die Reaktion verschanzt. Nur hier und dort, leider nicht überall, gelang es, in ihre Befestigungen Bresche zu legen.

Der Kampf gegen die Widerstände hätte auch einen Stärkeren zermürbt. Man erinnert sich der Ausschreitungen, die die Jünglinge der ehemaligen Kadettenanstalt in Lichterfelde verübten, eines Instituts, das Haenisch unter der Bezeichnung einer „Staatlichen Bildungsanstalt“ weiter bestehen ließ. Man erinnert sich der Ausschreitungen hakenkreuzlerischer Studenten unter Assistenz mancher Professoren. Und man man denkt an die freundlichen Ueberredungsversuche, durch die Haenisch diese verannten und verhetzten Jünglinge und Alten für den neuen Staatsgedanken zu gewinnen suchte.

Den Kreisen, die lediglich den Bakel des Obrigkeitsstaates respektierten, erschienen diese demokratischen Manieren des Ministers zumeist nur als ein Zeichen der Schwäche. Sie waren an den „Schulmonarchen“ gewöhnt, der kommandierte, sie wollten daher nichts wissen von der kameradschaftlichen Art, in der der Minister zu ihnen redete. Haenisch aber, der ein menschlich liebenswürdiger und allzeit hilfsbereiter Mensch war, lebte in Erinnerung an die Schmach, die man ihm selbst in seiner Jugend angetan hatte. Er hatte Verständnis für den jugendlichen Oppositionsgeist, der ihm entgegenwirkte, und entschloß sich nur schwer zu harten Maßnahmen, die die notwendige Disziplin sichern konnten.

Trotz vieler Enttäuschungen, die er erlebte, verlor er seinen Optimismus nicht. Und ein Rückblick auf seine Amtstätigkeit im Ministerium, die 1921 zu Ende ging, wird reichlich Spuren demokratischer Entwicklung finden, die auf seine Anregung entstanden sind. Konnte er nicht alles durchsetzen, was ihm als erreichbar vorschwebte, so wird doch die spätere Generation als selbstverständlich ansehen, was der Revolutionsminister nur unter Ueberwindung großer Widerstände schaffen konnte.

\*

Seit 1923 war Haenisch Regierungspräsident in Wiesbaden. Dort hat ihn der Knochenmann gefällt. Im rüstigsten Mannesalter ist er uns entrissen worden, mitten aus der Arbeit heraus. Seine Arbeit für den Sozialismus und die republikanische Idee aber wird über sein Grab fortwirken in die Zukunft, nachdem er der Gegenwart so vieles geleistet. Seine fruchtbare Schriftstellertätigkeit hat zudem eine Reihe von gedankenreichen Schriften hinterlassen, die auch nach seinem Tode Zeugnis ablegen von der Reinheit seiner Gesinnung und der Vornehmheit seines Charakters.

Jemand, der im vordersten Treffen politischen Kampfes steht, wird nach den Ergebnissen seines Wirkens beurteilt und umstritten. Das trifft auch für Konrad Haenisch zu, unsern Freund und Kampfgefährten. Aber unumstritten bleibt der laubere Wille dieses Mannes, der aus feudal-konservativen Schichten seiner Heimat entflohen, um als Proletarier dem Proletariat zu dienen. Die Narben, die er im Kampfe für die Arbeiterklasse davontrug, haben ihn nur gefestigt in seinem Wollen und angefeuert zu neuem Schlagen.

So wird sein Bild fortleben, nachdem sein Körperliches bestattet wurde. Die Sozialdemokratie, der er sein Alles gab, weiß, was sie an ihm verloren, und ehrt sein Gedenken durch Aufmarsch zu neuem Kampfe gegen jene Gewalt, die einst den Jüngling relegierten und jetzt glauben, mit der Wahl des Greises von Hannover den Weg nach rückwärts antreten zu können!

---

## Pan-Europa und Pan-Welt

*Von Erwin Frehe*

Der Gedanke einer Staatengemeinschaft zur Erreichung bestimmter Zwecke, der augenblicklich von der einen Seite leidenschaftlich gefordert und von der anderen Seite ebenso abgelehnt wird, ist keine Neugeburt unserer Tage. Schon Immanuel Kant fordert in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ den Zusammenschluß aller zivilisierten Völker zu einem Völkerbunde, der auf der Basis des objektiven Rechts aufgebaut sein sollte. War damals diese Idee die Arbeit eines Philosophen, der der geistigen Mentalität seiner Zeitgenossen, die seine theoretischen Darlegungen in der Praxis gestalten sollten, weit voraus-eilte, so liegt uns Heutigen das alles viel näher. Wir sind uns einig darüber, daß das Chaos der Gegenwart kein Ruhepunkt ist, von dem aus man träumen könnte; daß wir aber auch da nicht stehen, von wo aus man das Schicksal statisch schaffend bezwingt; wo der verrinnende

Abend Ausblick gibt auf einen Morgen, der geregelt ist durch Gesetz und Pflicht. Die Worte, die stammelnd und auch nüchtern in uns liegen, heißen Umwandlung, Neuformung, Schöpfung, Geburt.

Groß sind die Gefahren, von denen der Erdteil Europa mit seinen Menschen bedroht wird. R. N. Choudenhove-Kaleryi, der Führer der pan-europäischen Bewegung, faßt sie in drei Punkten zusammen. Jeder einzelne kann den Tod Europas herbeiführen. Gelöst versprechen sie eine sonnige Zukunft.

Da ist zuerst das Sensengespenst am Horizont: ein neuer Krieg. Noch sitzen die Schändlichkeiten, die Greuel, die Wahnsinnstaten des grauenhaften Krieges uns fest im Blut. Unzähligmal haben in den letzten Jahren die Arbeiter der Welt ihren eindeutigen, festen Willen zum Frieden bekundet. Ein Wille, der sich zuletzt konzentrierte in den beiden Worten Nie wieder — —. Aber die eine Täuschung am Anfang des großen Krieges verscheucht alle frohe Zuversicht. Unzählige Konfliktstoffe sind da. Es gibt mehr als ein Elsaß-Lothringen in Europa. Ihre Erlösung durch friedliche Verständigung ist durch das Vorhandensein der chauvinistischen Mehr- oder Minderheiten psychologisch nicht gut denkbar. Der Ausweg scheint früher oder später doch nur in jenem Zurückgreifen auf das tierhafte Mittel des Faustrechts zu bestehen. Diese Aussicht ist in Verbindung mit der entwickelten Kriegstechnik eine wahrhaft entsetzliche. Es ist bekannt, daß man sich 1914 von Gaskampf, Tank und Flammenwerfer kein richtiges Bild machen konnte. Dasselbe wäre bei einem zukünftigen Kriege der Fall. Das Auge sieht dann ins Leere, ahnt aber, daß dann von dem, was wir Kultur nennen, nichts übrig bleiben würde. Der Ueberlebende, der Sieger, hätte den Anschluß wiedergefunden an das tierische Sein, das ihn einst losließ. Die Rettung, der Wall vor dem gähnenden Abgrunde heißt — Pan-Europa.

Im Osten Europas hat der Zusammenbruch des Imperialismus einen Staat geschaffen, von dem man nicht weiß, ob man ihn zu Europa oder Asien schlagen soll. Unverkennbar liegt im bolschewistischen Prinzip etwas Asiatisches, Primitiv-Körperliches, etwas, das an Dschingis-Khan und die Mongolenstürme erinnert. Der Westen aber hat jene geistige, tolerante Haltung, die in der Ueberzeugungskraft des ethischen Ideals ihr erstes sieht und notwendigerweise zur Demokratie führt. Der grundsätzliche Unterschied ist klar. Rußland, das allgemein immer noch als Land der unerschöpften Möglichkeiten gilt, wird zwar im eigentlichen Europa nur auf kalte Ablehnung stoßen. Doch schon an sich die Gefahr einer russischen Invasion ist geeignet, jene Statik, die zum Aufbau nun einmal gehört, zu hintertreiben. Auch dieser passive Terror darf nicht existieren. Wieder scheint die Lösung nur im Zusammenschluß der europäischen Staaten zu liegen, die dann eine scharfe Grenze zwischen sich und ihrem östlichen Nachbarn ziehen.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch ist das dritte Grab, dem wir entgegengehen. Die zwischenstaatlichen Zölle werden das Wirtschaftsleben erdrosseln und jenen Gegner herbeiwinken, der voll von Tatkraft und Optimismus, mit dem sicheren Blick für Notwendigkeiten über dem Ozean wartet. Europas heutige zersplitterte Wirtschaft kann einen Konkurrenzkampf mit Amerika nicht ertragen. Es wird nicht mehr eine gelbe, sondern eine amerikanische Gefahr geben. Die Vermei-

dung dieser Katastrophe geht über den organisatorischen Zusammenschluß der Staaten Europas.

Rußland und England, die im allgemeinen als zu Europa zugehörig betrachtet werden, fallen aus Pan-Europa heraus. Rußland, weil es sich durch seine Methoden selbst isoliert hat und ideologisch schon zu jenem Zwischenkontinent Eurasien gehört, England, weil es in seiner Gliederung auch ein Pan-Gebilde darstellt.

Mag der Kritiker zur Idee Pan-Europa Einwand über Einwand erheben: der Gedanke ist in seiner politisch-wirtschaftlichen Auswirkung revolutionär. Allerdings wird das europäische Proletariat — eine Zusammenfassung einer Klasse, von der Choudenhove-Kaleryi nicht spricht — die Schicksalslösung wesentlich anders finden. Entgegenstemmen wird es sich dieser Forderung nicht.

Das europäische Proletariat stellt als Tatsache fest: Der Kapitalismus ist von der begrenzten Nation fortgeschritten zum Zusammenschluß der Kapitalsmächte aller Staaten. Er bildet damit eine Pan-Zusammenfassung ohne ethischen Wert. Die Polypenarme des Kapitals langen ebenso zu den Eskimos in den Eisfeldern Alaskas, wie nach den Eingeborenen Borneos, sie bewegen sich geschäftig in den hochindustriellen Ländern und werfen sich kraftvoll auf die von der neuesten Entwicklung noch wenig berührten, östlich gelegenen Staaten Westeuropas. Der Allbund des Kapitals hat jene Gegenüberstellung national-international in klarer Weise zugunsten des letzteren entschieden. Die Nation als Gefühlswert ist vollkommen ausgeschaltet. Sie war einmal sehr nützlich als Basis der Wirtschaft. Die Entwicklung hat sie zu den Requisiten in der Rumpelkammer gepackt, die man später nur noch mit einem Lächeln ansehen kann.

Von der Tatsache der internationalen Trust-, Kartell- und Konzernbewegung ausgehend, bekommt die Forderung der pan-europäischen Union eine grundsätzlich andere Gestalt.

Die Proklamierer dieses Staatenbundes schalten bei ihren Erwägungen die soziale Frage als maßgebenden Faktor aus. Die Politik ist nach Choudenhove-Kaleryi nicht in der Lage, die soziale Frage zu lösen. Das kann nur Ethik und Technik. Daß Politik allerdings nur Mittel zur Erreichung ethischer Ideale ist, entgeht ihm vollkommen. Erreichen könnte sie höchstens „die Verallgemeinerung der Unfreiheit, Armut und Zwangsarbeit“. Zu diesem Denken bildet die sozialistische Gedankenwelt einen klaren Gegenpol.

Das Proletariat braucht seine weltgespannte Stellung nicht erst zu betonen. Die sozialistische Bewegung hat immer die Verbundenheit aller Schaffenden betont. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist das nicht geschehen. Alle Aktionen wirtschaftlicher und politischer Art blieben doch auf die Nation beschränkt. Dahinter steckte der beflamnte Schwung eines Gedankens, der die Verbundenheit all derer verkündigte, die heraufstiegen aus dem Schacht der Qualen zum lichten Tag.

Pan-Europa als ein Bund der Werktätigen dieses Kontinents fliegt nicht als Phantasma am Himmel, getrieben von den Winden. Die brüderliche Zuneigung der Schaffenden, ob sie in Madrid unter heißer Sonne frönen, in Skandinavien an silbergrünen Fjords arbeiten oder an der Themse ihre schwieligen Hände regen, beruht auf der Verwandt-

schaft ihres ganzen, fragwürdigen Daseins. Das ist Sittlichkeit, die aus gleichem Schicksal quillt. Daß man noch froh vorwärts sehen kann, daß man sich fühlt als der künftige Meister, der die schrillen Dissonanzen bändigt und eint zum Strom des neuen Lebensgefühls: das ist der Wagemut des Sichereren, der seine Bestimmung kennt. Pan-Europa und Pan-Welt, gesehen aus der Perspektive des proletarischen Menschen, sind Endziele einer wollenden, an das Dynamische glaubenden Klasse.

Die Exponenten der jetzt so stark im Tagespolitischen stehenden pan-europäischen Bewegung heißen Staaten und Völker. Es geht um den Bestand eines Erdteils überhaupt. Das nur besitzt den Rang des Primären. Auseinandersetzungen jeder Art haben nur Berechtigung im gesicherten Hause.

Vor hier aus kann gesagt werden: Pan-Europa ist der Schritt unseres Erdteils ins Titanische hinein. Ein Schritt, der in einer Richtung liegt mit der Ueberquerung des Ozeans im Luftraum und der rasenden Geschwindigkeit des Funkens, der über die Länder saust. Der Intellekt wird langsam die scharfschneidige Waffe, mit der man behaupten kann, daß nur der gesicherte Unterbau, die Existenzsicherheit der Menschen und Völker überhaupt die Gewähr gibt, daß der Ueberbau sich schwebend, voll von Kraft und Energie entfalten kann.

Wer ein wenig Feingefühl hat, merkt die Fahrtrichtung des Schiffes Zeit, darauf er steht. Wir müssen uns damit abfinden, daß das feine Klingen aus dem rätselhaften Bronnen der Vergangenheit nicht das Recht hat, unser Ohr in Anspruch zu nehmen. Derjenige, der schwärmt für blaue Mondnächte in alten Gassen, der das geraniengeschmückte Haus am Weghange sucht sein ganzes Leben lang, der sich inbrünstig versenkt in die Totalität des Einst, wo die Stadtmauer die sichtbare Grenze des Seins bedeutete, den wird man nur noch als atavistisch bezeichnen können. Das war einmal. Heute erglühn wir vor einer Präzisionsmaschine. Es ist etwas anderes, ob ich mich dem Sturm entgegenstemme, der mir das Antlitz zerpeitscht, dem ich aber Scholle um Scholle abringe, oder ob die Lüfte mich selig packen und dahin bringen, woher ich kam. Die zeitliche Notwendigkeit der europäischen Union bedarf keiner weiteren Definition. Zwar bildet der Vertrag, das Bündnis das einzige „rechtliche“ Zeugnis, dessen sich die Staaten bedienen. Wie sollte es auch anders sein. Die Atmosphäre wird vorläufig die der eigenen Sicherheit sein.

So ist Pan-Europa die notwendige Steigerung des nationalen Staates. Die Grundqualitäten seiner Menschen, die wesentlich in der Landschaft ruhen, werden dadurch nicht berührt. Die Melancholie des Russen, der Esprit des Franzosen, die Leidenschaftlichkeit des Italieners, die Sachlichkeit des Engländer, die Zerrissenheit des Deutschen: das sind Gegebenheiten, an die niemand heran kann. Wir erkennen: Pan-Europa ist pragmatische Lösung einer Lage, die den Untergang eines ganzen Erdteils nach sich ziehen kann.

Und doch schlummert in uns ein Bewußtsein, das uns sagt, daß der europäische Staatenbund nur eine Vorlösung sein kann. Es wäre dumme Bescheidenheit, wollten wir bei dieser Frage den Träger künftiger Kultur nicht beachten: den Proletarier. Der alte Streit zwischen Form und Inhalt drängt sich heran. Und zwar mit vollem Recht. Es ist ja gar nicht die Hülle, die Umhüllung, die uns anzieht. Das ist

vielmehr der Kern, der geistige Inhalt, um den alles andere rotiert. Der allein zieht an mit der Kraft des Magneten. Auf ihn bezieht sich jedes Werturteil.

Vor uns steht jetzt die Form aufgerichtet: groß und in barbarischen Dimensionen. Und da das Wollen schreit nach dem Inhalt, so bejahen wir die notwendige Hülle: Pan-Europa. Diese Umhüllung bildet Dach und Wände des steinernen Hauses. Das Feuer im Innern, das erst alle Lebendigkeit ermöglicht, dieses Feuer wird von uns angezündet. Von ihm geht aus der Geist, der sich dem Geschaffenen und dem zu Schaffenden mitteilt.

Aber auch die Form hat schon ihre Erweiterung gefunden, wenn auch weit entrückt ins Kommende. Es geht nicht nur um den einen Erdteil, sondern es geht um alle Kontinente. Nicht die Menschen einzelner Staaten bilden das Letzte, sondern — um das arg abgegriffene Wort zu gebrauchen — die Menschheit. Pan-Welt, das ist der Schlachtruf, der alles Sichtbare in sich begreift. Da erst leuchtet der bunte Regenbogen des fröhlichen Werkes, da flammt die Sonne wild-heiße Verbrüderung.

Pan-Europa, eine Stufe zum Plateau des endlich-unendlichen Daseins, wird kommen. Auch wenn Oswald Spengler behauptet, daß die Vereinigten Staaten von Europa „zum Zufälligen des Geschichtsbildes“ gehörten. Es mag wohl manches als zufällig erscheinen, was nicht in ausgerechnete Schemata und erschaute Zukünftigkeiten hineinpaßt. Für uns gilt es auszufüllen die Spannung, die zwischen Ziel und Stand besteht, durch stete Arbeit. Jede Annäherung aber weckt den Jubel derer, die zwar sehnsüchtig, aber ausgerüstet mit dem stählernen Willen des Vorwärtsgerichteten, ihre Hände ausrecken nach jenem Land, über dem noch Frühlicht liegt.

---

## Deutschland und Europa

*Von Walther G. Oschilewski*

Daß Deutschland zu den geschichtslosen Angelegenheiten einer sich in Zersetzung befindlichen Welt gehört und seine Kraftlosigkeit mit fremden Erzeugnissen aufzufüllen versucht, hat scheinbar jetzt die Spitze der heutigen Generation begriffen. Mag dieses Begreifen auch noch nicht der Rhythmus einer neuen Lebendigkeit sein, mag es nur aus dem Ungefähr mittelbarer Situationen und Zufälligkeiten entstehen — es ist jedoch ein liebenswürdiger Versuch. Kommt es doch darauf an, daß in einem Lande von 60 Millionen Einwohnern wenigstens fünftausend Leute sind, deren Gehirnformen man genießen kann.

Und doch scheint es, daß sich auch dieser Vortrupp noch in der Atmosphäre einer Trunkenheit befindet, obwohl dieser Zustand kaum die augenblickliche Situation der Zeit mehr nähren kann. Es mag richtig sein, daß zur Geburt einer neuen Welt Begeisterung gehört — wir glauben es alle aus dem letzten Rest unserer Hingabe heraus —, aber es sieht so aus, als ob die Begeisterung sich wieder in Begeisterung erschöpft, ihr eigenes Gesicht zum Spiegel ihres Selbst nimmt und darum wohl immer sich, aber immer falsch sieht. Die deutsche Jugendbewegung,

deren tragische Sendung uns dies tausendfach verbeispielt, zeigt uns, daß ihre Psychologie auch die der Zeit ist: Schwäche; die vielen Phraseure passen sich ein — das gleiche Format ist die trostlose Konstitution der Zeit.

Daß darum der Aufbruch der deutschen Seele sich bisher nur beschränkt in Literaturen ankündigt, ist zu verstehen; wo sollte eine Generation die Elementarität und Kraft hernehmen, um den Bau Deutschlands an einem Tage in die Gegenwart zu stellen? Aber der Ruf ist dadurch ausgegeben; wer ihn hört und getroffen wird, wird wissen, wie man sich bereiten muß.

Es wurde in diesen Blättern einmal gesagt, daß Deutschland in Europa läge. Diese scheinbar banale Feststellung ist aber nicht nur ein Wurf aus journalistischer Sicherheit heraus, sie hat Gewicht, und sie ist die schicksalsverhaftete Erklärung einer Jugend; denn damit wird angezeigt, daß Deutschland nur groß und lebendig im Ringe der Völker sein kann, wenn es aus der Bedingtheit der nationalen Abgeschlossenheit ins Herz einer europäischen Gesinnung wächst. Diesen Anschluß zu finden, scheint mir die Marschrichtung der Jugend zu sein.

Es würde aber ein Mißverständnis bedeuten, wollte man annehmen, mit diesem Auftrag sei einem vagen Internationalismus das Wort geredet. Wir wissen, daß Homunkuluse Perversitäten einer Nation sind — aber auch die nationale Abgeschlossenheit würde eine sein. Deutschland aus sich allein heraus zu gestalten und politisch, wirtschaftlich und kulturell den Willen zur Abgeschlossenheit akademisch beweisen zu wollen, heißt, in einem völkischen Dilettantismus landen, der zwischen Miesbach und München nicht weiterkommt. Mögen beide Dörfer in Bayern liegen, wir glauben es; es ist darum wenig verwunderlich, daß ihre Politik im Provinzialen endigen muß. Leute, die nur auf Blutsprobe, Nacktkultur und Hakenkreuz Wert legen, haben ganz sicher die Erhebung eines noch jungen Volkes, dessen Schicksal schon Hunderte von Jahren am Rhein und an der Weichsel liegt, noch lange nicht begriffen. Worauf kommt es an? Deutschland aus einem geographischen Begriff in die Anerkennung der Menschheit zu erheben, indem man aus seinem Willen zum Leben, aus dem Können seiner Jugend, aus der Bejahung der Zivilisation den Nerv in den Körper Europas einmünden läßt. Das heißt begreifen, daß die Feinde Deutschlands nicht im Westen liegen, sondern daß das Schicksal seiner Seele das Schicksal Europas ist.

Denn es gibt eine große Gefahr, die man schon vor Jahren als die gelbe erkannt hat. Sie ist so groß, daß selbst die kleine Sekte der Wechsler und Händler, die Deutschland beherrscht, Angst bekommt, sie könnte mit 25 Staaten darin ersaufen. Asien steht vor der Tür und wartet nicht, bis es uns beliebt, zu öffnen. Rußland ist ein sehr deutliches Vordergesicht. Die Eröffnung. In diesem Lande liegen mehr Möglichkeiten, als es die politischen Redaktionen glauben wollen. Durch seine wirtschaftliche Hegemonie, durch Anleihen bei den europäischen Ententestaaten, durch amerikanische Dollars und durch die Haltung Englands ist es eher in den Sattel gehoben, als man annimmt. Das fressende Maul öffnet sich: allein Rußland könnte fünfmal alle europäischen Staaten schlucken.



Daß wir den östlichen Geist als Befruchtung unserer aus dem Kriege taub heimgekehrten Volksseele nehmen mußten, ist gewiß und fordert keinen Widerspruch heraus. Er hat uns die Köpfe verwirrt, er hat Erhebungen inszeniert und Verleger reich gemacht. Mögen es Dummheiten gewesen sein oder nicht, wir waren mit Herz und Hirn dabei, und wußten nicht, daß die literarischen Cafés Zürichs Anfangs- und Endstationen zweifelhafter Gesinnungen waren. Die Kunst beginnt jetzt wieder aus der Versauung emporzusteigen, die Landschaft erhält ihre Söhne wieder, das menschliche Herz paart sich mit dem Erdgeruch der heimatlichen Scholle, und schon ein halbes Volk gibt es, das den Bolschewismus in allen seinen Variationen für krank und verunglückt hält. Wenigstens für Deutschland. Es hieße seine Bedeutung verkennen, wollte man ihn aber nur als ein europäisches Gewächs betrachten — er ist es nicht. Trüge er nicht die Wildheit der Skythen, die Landschaften Asiens im Blute, man würde ihn bald als eine vorübergehende Angelegenheit betrachten können. Wenn das eine Frankreich die Geschicke unserer Nation bestimmen will, so ist dies aus dem schwülen Erbfeindhaß zu verstehen; wenn wir als müde der Konferenzen, Gutachten und Unterschriften erscheinen, so ist dies die selbstverständliche Folge einer Uebersättigung. Wenn aber Asiaten 25 europäische Staaten der Willkür ihrer Bestimmung ausliefern wollen und dabei kein Schrei den Kontinent erschüttert, dann ist dies das Wahnsinnssymbol eines Geschlechtes, das noch im Sterben seinen Widersachern die Stiefel küßt. Wir glauben nicht, daß Heldentum dazu gehört; nur Dichter können Hymnen darauf machen.

Die Sachlage ist ernster. Wir wollen etwas tun. Eine Jugend, die sich an Tagore und Kon-fut-se genährt hat und noch Kleist und Goethe kennt, ruft sich auf. Das Erkennen der Gefahr heißt, sie beseitigen wollen. Alles Tun schreckte sie bisher. Mögen sich endlich die fünftausend Leute sammeln; sie können die Erneuerung, die Mahnung zum Aufmerken sein. Je schneller sie vermögen, ihre Begeisterung durch Zucht zu gestalten, ihr somit Aktivität verleihen, Europa die Fahne reichen, desto schneller wird mit dem Bau der großen Mauer begonnen werden können. Die Mauer, die durch den Rhein, die Alpen, die Adria die Grenzen Europas interpunktiert und Asien die Schranke gibt: Bis hierher und nicht weiter!

Es fragt sich nicht: Europa oder Asien. Es fragt sich überhaupt nicht. Dies ist die Schulaufgabe der Geschichtsschreiber und Romanschriftsteller, die leider nach uns kommen. Wir haben heute nur zu sagen, daß die Erdteile dort ihre Blumen und Nirwanas züchten sollen, wo ein Allgewaltiger sie hingesezt. Wohl bricht aus der Dämonie des Lebens oft die Welle aus, die die Unerkennbarkeiten, Gefahren und Verbotenheiten des Daseins einschlingen will. Wir respektieren das. Mag es das sein, was jetzt Asien gegen Europa wirft. Diese Gesetze des Lebens der Völker regulieren, kann nicht heißen, den Strom ihrer Schicksale abschneiden. Nur der Hinweis auf Organisation will sagen, daß Distanz gewahrt werden muß, da doch noch andere Völker leben wollen, die an der Sinngebung der Erde nicht ganz unschuldig sind. Auch unsere Rotation will laufen.

Brauchen wir den starken Mann dazu? Er wird da sein, wenn eine Generation ihn am dringendsten braucht. Manifestationen und Vorbe-

reitungsanstalten züchten keine Führer. Denken wir an Rodin, der seinen im Hofe des Palazzo Farnesa in Rom stehenden Torso „Wanderer“ ohne Haupt sein ließ. Er hat gezeigt, daß man auch ohne Kopf gehen kann. Der Rhythmus der Unsichtbaren und Betriebslosen formt den Gesang, darunter wir marschieren. Wohin? An die Grenzen: Deutschland den Deutschen, Europa den Europäern!

## Das Erwachen einer internationalen Ethik

Von F. M. Huebner (Den Haag)

Pierre de Lanux, der kürzlich ein Buch über „das Erwachen einer internationalen Ethik“ hat erscheinen lassen, ist der Typus jenes Franzosen, den man in Deutschland noch zu wenig kennt: ein neuer Menschenschlag hat sich seit dem Kriege unter den französischen Geistesarbeitern herausgebildet, der in die alten, die herkömmlichen Formeln des Franzosentums nur noch wenig paßt. Diese jüngeren Schriftsteller denken nicht mehr nur heimatgeschichtlich, sie denken erdgeschichtlich und stehen zum Zusammenschlußgedanken, der nationalen Zusammenschluß vorbehalten hatte. „Denn heute sind es ja gar nicht mehr nur Wünsche und Rechtsauffassungen, die zum Zusammengehen aller Nationen hintreiben; es sind die Tatsachen selber, welche diese Schlußforderung verlangen. Was heute einem einzigen Lande zustößt, das geht nicht dieses allein, es geht alle an. Wir haben heute nicht mehr mit einer orientalischen Frage, nicht mehr mit einer Frage des Pazifischen Ozeans zu tun, so, als ob jede abgesondert und einzeln nur von den nächsten Anrainern behandelt und entschieden werden könnte. Wir sind schon weit entfernt von jener Zeit, da Rußland und Oesterreich allein befugt waren, in den Problemen des Balkan — ‚vitale‘ Interessen zu erblicken. Inzwischen haben die Soldaten von mehr als zwanzig Nationen gemerkt, daß für sie die Balkankrise ‚vitaler‘ war, als sie gedacht hatten. Der Frieden eines jeden ist bedroht, wo der Frieden eines einzelnen gestört wird. So ist ein Zurückschrauben der Entwicklung seit 1914 nicht möglich. Was die Nationalisten in den verschiedenen Ländern aus der Katastrophe herauslesen, nämlich, daß diese die Vaterländer mehr als je miteinander verfeindet habe, hat nur einen äußerlichen Schein des Rechts. Es ist just die Katastrophe, welche den Weg zur Förderung geöffnet und erzwungen hat: „Die Katastrophe hat vereinheitlicht. Sie hat den Anbruch allgemeiner Gesetzlichkeiten verschnellt, mindestens in jenem Bezirk, wo sie sich ausgetobt hat, im Bezirk der körperlichen Wirklichkeiten. Wir brauchen also Wirklichkeitsuntersucher, eine Wissenschaft der physiko-chemikalischen Prüfungsweise hinsichtlich der internationalen Beziehungen, Leute also, die nicht zufrieden sind mit dem überlieferten Wissensvorrat.“ In dieser Absicht hat de Lanux sein Buch über die internationale Ethik geschrieben.

Hinreichen können ja nicht die wirtschaftlichen internationalen Bänder, die sich rasch nach Kriegsende wieder geknüpft haben: hinzutreten muß eine Sinnggebung geistiger Art, durch welche dieses internationale Zusammenfluten den Völkern nicht als ein erlittenes, sondern ein gewolltes erscheint. Aber dieser Imperativ braucht nicht von den Intellektuellen gestellt zu werden, die gierig sind, mit Lösungen auf-

warten zu können. Dieser Imperativ wurde bereits gestellt, er wurde durch die Wirklichkeiten selber gestellt und hat auch schon begonnen, sich selber zu Antworten und Erfüllungen zu verhelfen. De Lanux behandelt sein Problem folglich nicht als ein begriffliches; er zeigt auf, wie überall auf der Welt das Problem der Annäherung und der Völkerförderung sich von allein Gehör erzwungen und von allein Lösungen in Vorschlag gebracht hat. Die internationale Ethik braucht nicht erst ins Leben gerufen zu werden; sie ist bereits da; es handelt sich nur darum, den Leuten die Augen zu öffnen, damit sie vor der Fülle der Bäume auch richtig den Wald sehen.

De Lanux stellt fest, daß die „internationale Formel“, die heute nötig ist, gefunden und der Welt auferlegt werden muß, entweder von der Moskauer Internationale, von den gegenwärtigen Regierungen oder von irgendeiner dritten Macht. Von den ersten beiden Gruppen erwartet er nicht viel. Wohl aber setzt er seine ganze Hoffnung in die dritte Macht, das ist die Jugend aller Länder, die im Kriege gewesen ist und die sich für ehrgeizige Politiker, Industrielle, Parteien ein zweites Mal zur Schlächtereier nicht hergeben wird. Diese Jugend sei recht eigentlich der Träger der internationalen Ethik, weil für sie das Problem sich weder im Wirtschaftlichen noch im Politischen erschöpfe. Diese Ethik könne keine andere Ordnung befürworten als die demokratische. „Ich sage Ordnung; keineswegs begreift diese notwendigerweise die Gerechtigkeit in sich; selbige steht außerhalb der Wirklichkeitsdinge und wird erreicht durch eine Betätigung anderen Ranges.“ Man sieht also, wohin de Lanux steuert, nach einer Ethik der Wirklichkeitserfordernisse, nicht der moralischen Zielpunkte. Wichtiger als alle Moral ist ihm das Leben und die Wohlfahrt des Menschen. Er ist in dieser Hinsicht vollkommen Franzose; einer, der den Boden nicht unter den Füßen verliert, der nicht nach Traumgesichten, der nach dem Realisierbaren ausschaut.

Die internationalistische Verschmelzung hält de Lanux nicht für realisierbar: Die Herrschaft Moskaus über die Welt werde sich nicht halten können. Jedes Volk sei ethnographisch und ethnologisch dermaßen in sich gefestigt, daß das Vaterland immerhin mehr sei als ein leerer Wahn: die Vaterländer müßten erhalten bleiben. Die Vaterländer aber dürften untereinander nicht dadurch die Verbindung aufrechterhalten, daß sie konkurrieren, sondern daß sie sich assoziieren. Ueber Nacht sozusagen, sei ja dieser Zustand auch schon erreicht: die brennendsten Probleme von heute seien nicht die Probleme des Wettbewerbes, sondern des Zusammenschlusses. Oder noch besser: Nur ein einziges Zentralproblem liegt vor, das die Frage des Auskommens der Menschen auf dieser Erde als Ganzes umfaßt und danach sucht, wie die Hilfsmittel, die Bedürfnisse, die Möglichkeiten von Fall zu Fall den Mitgliedern der Menschenfamilie angepaßt werden können. Ausführlich verweilt de Lanux dementsprechend beim Genfer Völkerbund, den er nicht für vollkommen hält, den er aber als wichtigen ersten Einigungsversuch hinzunehmen empfiehlt. Er bespricht die New-Yorker internationale Handelskammer und die mancherlei Zusammenschlußbestrebungen Privater. Er destilliert aus diesen Strömungen jene Sinnggebung, die ihm die nutzbringendste erscheint: den Gedanken der Weltdemokratie. Denn so genau de Lanux weiß, daß die Formulierung schöpferischer Doktrinen nicht durch Mehrheiten, sondern nur durch einzelne vorgenommen werden kann, so genau

weiß er auch, daß den Ideen an einem gewissen Punkte die Guttheißung der Zahl unentbehrlich ist. Die Zahl gebiert zwar nicht die Ideen, aber ihnen erwirkt die in den Tatversammlungen führende Majorität den Durchschlag.

Gewisse Triebe, die meinen, sich nur durch den Krieg entladen und sättigen zu können, wird es in der Menschheit immer geben. Aus dem Vorhandensein dieser Triebe die Begründung der Unvermeidlichkeit des Krieges zu lesen, ist ein Fehlschuß. Zwischen die Ursache gibt es einen trennenden Faktor einzuschieben, der die alten Ursachen verhindert, notwendigerweise ihre herkömmlichen Folgen zu zeitigen. „Zu sagen, daß es so lange Kriege geben wird als menschliche Ehrgeiztriebe bestehen, heißt Vernunftschlüsse wie ein Kannibale ziehen, der sagt, er brauche ewiglich Menschenfleisch, da er Menschenfresserzähne habe.“ Der Krieg stellt sich als ein Experiment dar, durch welches man dummerweise etwas mit großen Kosten zu erzielen hofft, das man durch vertieftes Studium wohlfeiler an sich bringen könnte. Gegen den Krieg aufzutreten, ist in dieser Gegenwart der günstigste Augenblick, die Ausrottung zu unternehmen, ist Sache der Demokratien. „Wir sehen nirgendwo Hoffnung, daß diese zeitliche Welt durch andere Mittel als die der Gewalt regiert werden könnte — was heute der Fall ist, wie es stets der Fall war. Eine pazifistische Ordnung indessen, die selbstverständlicherweise auf der Gewalt einer absoluten Mehrheit ruht, wie die Ordnung in den Städten auf den öffentlichen Gewalten, eine für die Ziele des materiellen Wohlseins aufgerichtete und in Gesetzen sowie in einer bestimmten internationalen Ethik verankerte Ordnung hat mehr Wert als der Mischmasch von scheinheiligem Idealismus und brutaler Willkür, darin wir treiben.“

Die Rolle der Arbeiterschaft ist in diesem Kampfe wider den Krieg eine deutlich umschriebene. „Die Hoffnung auf unmittelbaren Erfolg ist in dem Falle aussichtsreich, wo die Arbeiterschaft ihre Anstrengung und ihre Taktik zu einer universalen macht. Ein Generalangriff gegen den Krieg, den die Geistesarbeiter zu leiten hätten, und der sich auf die demokratischen und weltwirtschaftlichen Werte stützt, könnte heute schon den Sieg davontragen. Dazu aber ist es nötig, daß man zunächst dem Zustande des Guerillakrieges ein Ende macht, bei dem man sich fauler- und sentimentalerweise aufhält, und wo jeder Pazifist sich vor allem damit beschäftigt, auf die Regierung und diejenigen Parteien, die ihm unliebsam sind, das Gewehr anzulegen.“ Die größten Erwartungen erhofft de Lanux von einer Reform des Schulunterrichts.

De Lanux hat sein Buch als Mahnung für die eigenen Landsleute geschrieben, aber just, indem er die Probleme für diese mit der größten geistigen Leidenschaftlichkeit durchdenkt und darstellt, hat sein Buch Wert und Bedeutung für die Anbahner einer neuen Kultur nicht bloß in seinem Lande. „Mein Buch wendet sich an diejenigen,“ schreibt er, „die inmitten der gegenwärtigen Verwüstungen und inmitten vielleicht der sich ankündigenden Neuordnung an den Aufbau gehen wollen, an jene neuen, deutlich wahrnehmbaren Gruppen, die sich dem Schaffenspiel des Geistes selbst dann hingeben wollen, wenn die Mehrheit der Menschen sich in einer anderen Wegerichtung davonmacht.“

# Rassenokkultismus

Von Hugo Schulz (Wien)

Man kann Menschen nicht züchten wie kurzlebige Tiere. Wollte man das und fänden sich in hinreichender Anzahl Individuen beiderlei Geschlechtes, die sich berufsmäßig und unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle der Rassenkreuzung widmen, so würden 150 Jahre vergehen, ehe man zu einigermaßen gesicherten Feststellungen gelangen könnte. Die Pseudowissenschaft unserer bald biologisierenden, bald historisierenden Rassentheoretiker verzichtet aber von vornherein auf exakte Forschung, das okkulte Wesen der Rasse und ihrer Mischungen erschließt sich ihr aus Vermutungen, aus Gegenüberstellungen, aus oberflächlichen Analogien, aus geschickter Gruppierung von Einzeltatsachen, die aus großen Erscheinungszusammenhängen gerissen sind, sogar aus der Intuition des Seherblickes, der sieht, was er eben sehen will, und übersieht, was ihm nicht paßt. Zweck der Uebung ist reaktionäre Gewissensbeschwichtigung mit wissenschaftlichen Vorwänden. Die konservativen Faktoren sind eben durch edleres Blut rassenmäßig vorherbestimmt, über die dunkle Masse der „mongoloid“ oder „alpin“ oder „mediterrän“ verseuchten Arbeitsbienen zu herrschen. Bis dann wieder einmal, wie Anno 1914, an diese Masse der Appell ergeht, unter Aufgebot überirdischer Kräfte gegen eine ganze Welt Krieg zu führen. Dann sind wieder alle — ob „slawoide“ Ostpreußen oder „keltoide“ Oberbayern oder selbst Juden — reine Germanen. Es gibt dann nur Deutsche — Alemannen.

Nichts ist charakteristischer für den Schwindel dieser okkulten Rassenwissenschaft als folgendes: Bekanntlich ist das berühmte Buch von Chamberlain „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“, obgleich vielfach im Widerspruch mit den Theorien anderer „Rassenforscher“, und noch mehr natürlich mit den Ergebnissen der seriösen anthropologischen Wissenschaft noch immer die populäre Bibel aller blutecht Völkischen. In diesem Buch wird bewiesen, daß auch bei den romanischen Nationen, insbesondere bei den Italienern alle geschichtlichen Persönlichkeiten von schöpferischer Qualität eigentlich Deutsche sind. Eine endlose Reihe von Namen mit romanischem Suffix und germanischer Wurzel marschiert auf: Alighieri, Aldobrandeschi, Grimaldi usw. Doch ein Name fehlt. Der germanischste von allen. Germanischer kann man überhaupt gar nicht heißen, als der Träger dieses Namens. Wozu noch kommt, daß er dem äußersten Norden Italiens entstammte, daß er hochgewachsen, blond und blauäugig war, dazu ein Ritter ohne Furcht und Tadel, an Mut eine wahre Wikingergestalt, dem kühnen Wagnis und dem Abenteuer zugetan mit leidenschaftlicher Opferbereitschaft, Sterbensfreudigkeit, Selbstlosigkeit und Tatkraft einer großen Idee hingegeben — kurz, das beismahlmögliche Musterbild eines germanischen Helden. Er wird aber von Chamberlain totgeschwiegen. Er hieß nämlich Garibaldi! Garibald, Geribald; — hei, wie langobardisch! Aber die idealistische Kampfnatur dieses Mannes hat leider eine Richtung eingeschlagen, die Herrn Chamberlain nicht paßt. Nämlich eine Richtung nach links, eine Richtung zur Demokratie.

Diese Feststellung wird unsere Rassentümler in ihrem Glauben an das, was ihres Glaubens Ziel ist, wohl kaum erschüttern. Glauben ist eben nach Chamberlain eine Willensangelegenheit und hat eine ganz andere psychologische Wurzel als der Trieb zur Wahrheit. Es gibt aber

auch Leute, die ohne verbohrt Rassenfümler zu sein, sich von den biologischen und historischen Spiegelfechtereien dieser Pseudowissenschaftler verblenden lassen, so wie es Leute gibt, die ohne sonderliche Neigung über das nationale Erkennen hinauszugehen, doch bei okkultistischen Seancen vor den Kniffen geschickter Medien die geistigen Waffen strecken. Für solche Amateure der Rassenmystik gäbe es meines Erachtens nichts heilsameres, als einmal nachzusehen, wie sich die Folgerungen unserer Rassentheoretiker in der Umkehrung ausnehmen, die sie bei anderen Nationen — der Rassenokkultismus ist nämlich eine internationale Mode geworden — erfahren haben. Etwa bei den schwedischen oder angelsächsischen Rassenfümlern, in deren Augen wir Deutsche ein tief minderwertiges Rassenkonglomerat sind.

Wie leicht sich diese Umkehrungen vollziehen, das habe ich einmal in sehr drastischer Weise erfahren. Es war im Herbst des Jahres 1908, als ich anlässlich der ominösen Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn diese beiden mir schon längst wohlbekannten Länder durchreiste, um die Stimmung ihrer Bevölkerung kennenzulernen. Zu diesem Zwecke besuchte ich allerorten zunächst jene Persönlichkeiten, die mir als maßvolle und realpolitisch denkende Männer der mittleren Linie bezeichnet worden waren. In Sarajevo sprach ich zuerst beim Sektionschef Hörmann vor, in dessen Händen damals die gesamte Verwaltung des formell durch Herrn v. Kallay repräsentierten Okkupationsgebietes lag, und der sich in die bosnischen Angelegenheiten nicht nur als bürokratischer Machthaber — Hörmann-Pascha nannte man ihn in Sarajevo — sondern auch als wissenschaftlich interessierter Slawist und Folklorist vollständig eingelebt hatte.

Im Verlaufe des mehrstündigen Gesprächs, das mir zunächst erschöpfende Belehrungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse und Aussichten des Landes bot, hatte ich es an kritischen Einwürfen nicht fehlen lassen. Sichtliche Verlegenheit aber bereitete Hörmann-Pascha erst meine Frage, was denn eigentlich zwischen den beiden sogenannten Nationen, die sich auf diesem Boden spinnefeind gegenüberstehen — zwischen den Serben und den Kroaten für ein Unterschied sei, wenn man von der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses absehe. Die Serben vorwiegend griechisch-orthodox, die Kroaten vorwiegend katholisch, aber sonst eine Sprache, bei der nicht einmal die Dialekte einen Gegensatz begründen, eine gemeinsame Literatur, die sich nur im Druck unterscheidet, indem dieselben Werke für die Kroaten in lateinischen, für die Serben in zyrillischen Schriftzeichen ausgegeben werden. Zweifellos begründe der konfessionelle Unterschied in diesem Falle auch eine Zugehörigkeit zu verschiedenen Kulturkreisen, zum lateinischen und byzantinischen-orientalischen. Aber auch das falle für Bosnien weg, denn die Türkenherrschaft habe da auch die Katholiken kulturell orientalisiert. „Es ist mir wohl bekannt“, fügte ich hinzu, „daß sich die österreichische Herrschaft, obgleich sie sich vorwiegend auf die mohammedanische Herrenklasse der Agos stützt, mit dem kroatischen Element, das den Agos die gefügigsten Zinsbauern stellt, aus begreiflichen Gründen sympathisiert, wie vermag ich aber diese staaterhaltenden Kroaten von den ewig rebellischen und aufsässigen Serben äußerlich unterscheiden?“

„Das ist sehr einfach“, erwiderte Sektionschef Hörmann, „denn es ist ein ausgeprägter und deutlich erkennbarer Rassenunterschied zwischen den beiden Nationen. Bemerken muß ich vorerst, daß die mohammeda-

nische Herrenklasse, deren edler körperlicher Habitus und Gesichtsschnitt Ihnen zweifellos aufgefallen ist, nach ihrem Rassenursprung den Kroaten zugezählt werden muß, denn sie entstammt der patarenischen Sekte der Bogumilen, die nach der Schlacht auf dem Amselfelde aus ketzerischem Trotz zum Islam übergingen. Die Bogumilen aber sind nach meiner Auffassung, die sich auch wissenschaftlich begründen läßt, Kroaten gewesen. Wenn Sie also hochwüchsige, blonde Menschen mit ovalen Gesichtern sehen, dann haben Sie in den meisten Fällen Kroaten vor sich, während sie einen Mann von gedrungener Gestalt mit breitem Gesicht und dunklem Haar mit Sicherheit als einen Serben, einen slawisierten Abkömmling der illyrischen Spielart des ‚homo alpinus‘ agnoszieren können.“

„Dem widerspricht aber“, wendete ich nun ein, „daß sich gerade die ebenso hochwüchsigen wie blonden Herzegowiner nicht anders als ihre nach meiner Beobachtung ebenso gearteten montenegrinischen Nachbarn mit leidenschaftlichem Eifer den Serben zuzählen.“

„Das muß ich zugeben“, meinte der Sektionschef, „aber sie sind eben in Wirklichkeit nichts anderes als Kroaten, die sich vor fast einem Jahrtausend bei Annahme des Christentums byzantinisch orientiert haben.“

Schön, dachte ich, jetzt ist die Sache bewiesen. Und ich begab mich noch am selben Tage zu Dr. Dinovic, dem Führer der gemäßigten Serbenfraktion im Gemeinderate von Sarajevo. Auf ihn stimmte der ‚homo alpinus‘ einmal nicht. Er war zwar klein, sogar sehr klein, aber gar nicht gedrunge, ein zierliches Filigranfigürchen mit Gesichtszügen, die ein gelernter Rassenphysiognomiker als ‚armenoid‘ bezeichnen würde. Immerhin war aber auch das Gegenteil ausgeschlossen, von jener nordisch gefärbten Edelrassigkeit, die der Kroatenfreund Hörmann für die Kroaten in Anspruch nahm, zeigte er nicht ein einziges Merkmal. Sonst aber ein tadelloser Europäer, geistig beweglich, hoch gebildet, und gewandt im Ausdrucke. Er hatte in Wien studiert und sprach vorzüglich deutsch. Auch ihn fragte ich im Verlaufe des Gespräches, wie ich eigentlich in Bosnien Kroaten und Serben nach äußerlichen Merkmalen unterscheiden könne, worauf ich prompt folgende Antwort erhielt: „Ja, wissen Sie, verehrter Herr, das ist im Grunde sehr einfach, weil da verschiedene Rassen einander gegenüberstehen, die somalisch ebenso sehr wie geistig schroffe Gegensätze bilden.“

Ich spitzte die Ohren. Dieser Serbenführer wird doch nicht am Ende die für sein Volk so wenig schmeichelhaften wissenschaftlichen Feststellungen Hörmann-Paschas bestätigen? Ach nein — es kam ganz anders.

„Sie dürften wohl wissen“, setzte Dr. Dimovic fort, „daß wir Serben das langschädligste und hochwüchsigste Volk von Europa sind. Das ist ja notorisch und wird nicht bestritten. Die Kroaten dagegen sind eine andersrassige Einsprengung, sie sind durchwegs kurzschädlig und mittelgroß. Ebenso wie die Deutschen, die ja auch kurzschädlig sind. Daraus ergibt sich aber ein großer Unterschied im Charakter und in der Geistigkeit. Wir Serben sind feurig und temperamentvoll, überaus freiheitsliebend und zur Rebellion geneigt, geborene Revolutionäre. Die Kroaten aber haben die Eigenschaften der kurzköpfigen Deutschen. Sie sind fügsam und gehorchen ohne Widerstreben jeder Obrigkeit, sie sind geborene Knechte.“

Dr. Dimovic, dem es doch nicht entgangen sein konnte, daß ich mich zur deutschen Nation zähle, sagte das zweifellos ohne jede beleidigende Absicht. Ich las nur aus seinen Mienen: „Bitte, das ist ja eine rein

wissenschaftliche Feststellung. Ich kann nichts dafür, daß unsere Gelehrten in exakter Forschung zu diesen Ergebnissen gelangt sind.“ Nicht einmal der Kontrast seiner eigenen körperlichen Erscheinung zu den Theorien, die er vertrat, schien ihm Anlaß zu Skrupeln zu geben. Unter solchen Umständen hielt ich es für das geeignetste, dem Gespräch eine andere Wendung zu geben, und ich weiß bis heute nicht, welches die Faktoren sind, die — nicht den historischen, sondern den nationalen Gegensatz der Kroaten zu den Serben begründen.

## Die Kulturbedeutung des Sozialen

Von Dr. Heinz Potthof, München

Das Aufsehen des Spenglerschen Buches „Untergang des Abendlandes“ ist vorübergerauscht; ein weiterer Beweis dafür, wie sehr diese Sensation, eine vom packenden (wenn auch irreführenden) Titel genährte Delikatesse der Saison war. Viele von denen, die den Untergang des Abendlandes bereits als etwas Selbstverständliches ausplauderten, haben das Buch nicht gelesen, geschweige denn verstanden. Deswegen ist es notwendig, jetzt noch einmal darauf zurückzukommen, und den Teil der Kritik nachzuholen, der sehr vernachlässigt wurde, obgleich er das Wichtigste war: die Frage nämlich, ob bei Anerkennung der Spenglerschen Voraussetzungen auch seine Folgerungen schlüssig und zwingend sind? Diese Frage ist zu verneinen.

Einigen Grundgedanken Spenglers muß man zustimmen:

Es gibt nicht eine Menschheitskultur, sondern eine Reihe von Kulturen, die an Raum und Zeit gebunden, sicherlich sich gegenseitig stark beeinflußt haben, die aber doch jede für sich etwas Geschlossenes, Eigenartiges sind, die wie ein Organismus wachsen und deswegen auch altern und vergehen müssen.

Die gesamten Erscheinungen einer Kulturepoche stehen in engem Zusammenhange miteinander, sind Ausdrücke einer „Kulturseele“, d. h., einer besonderen Einstellung auf die Welt. Der faustische Mensch der westeuropäischen Gegenwart ist etwas anderes als der apollinische der Antike, als der ägyptische oder chinesische. Ganz begreifen können wir die Menschen und Werke jener Epoche nicht, weil wir faustisch und nicht apollinisch empfinden müssen, denn die Kulturseele läßt sich nicht kausal erklären, und nicht willkürlich beeinflussen; sie ist schicksalsmäßig bestimmt. Wer es nicht empfindet, daß er seine Kulturbestimmung im Blute trägt, dem kann es nicht bewiesen werden. Zwingt die Anerkennung dieser Grundgedanken (deren Originalität hier ganz auf sich beruhen mag) dazu nun auch die Folgerungen anzuerkennen, daß unsere Kultur, die Spengler als Teil der abendländischen oder hauptsächlichlichen schildert, vor etwa 100 Jahren ihren Höhepunkt überschritten habe, seitdem im Altern begriffen sei und nach wenigen Jahrhunderten erlöschen müsse?

Der entscheidende Zeitpunkt für den Altersbeginn ist das Ersetzen der Kultur durch Zivilisation. Diese knüpft sich an das Uebergehen der Führung im Volksleben auf die Großstadt. Mit der Konzentrierung des geistigen Lebens in der Weltstadt hört das organische Wachsen auf, entströmt der Seele nicht mehr neues Kulturleben, sondern alles stellt



sich auf Nationalismus, Technik, Journalismus ein. An Stelle des Ringens tritt der Wunsch nach Wohlfahrt, an Stelle religiösen Glaubens treten Materialismus und Rechnen. Daß solch großstädtisch zivilisatorische Stadium in Deutschland weit fortgeschritten, ist unbestreitbar. Der Spenglersche Schluß, daß wir also dem gleichen Schicksal wie etwa das Alexandrinertum schon verfallen seien, übersieht aber drei wichtige Dinge.

Spengler mißt die Kultur an dem höchsten Ausdrücke, den sie in einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten gefunden hat. Drei Dutzend Namen sind es, die immer wiederkehren. Aber ist berechtigt, die Kultur eines Volkes zu messen nur an den Gipfeln, ohne Rücksicht darauf, wie hoch diese aus dem allgemeinen Niveau hervorragen? Ist es gleichgültig für den Kulturstaat, ob die Volksmasse aus Analphabeten und stumpfsinnigen Hörigen besteht, oder ob das ganze Volk teil hat an dem was Fremden, Späteren als Ausdruck der Kultur erscheint — weil es allein überliefert ist? Muß man nicht fragen, ob dieses Ueberlieferte überhaupt Ausdruck der Kultur, der Seele eines Volkes gewesen ist? Und ist es nicht eine Kulturtat, wenn Leistungen eines Großen zum Gemeingute eines Volkes werden?

Spengler weist sehr scharf auf den Unterschied hin, daß die antike Kultur gemeinverständlich, die faustische aber immer exklusiver geworden ist. Wie viel verstehen denn heute einen Shakespeare, einen Beethoven, einen Rembrandt? Aber sind diese Gewaltigen denn überhaupt Bestandteil und Ausdruck der Volkskultur? Die modernste Mathematik ist das Vorrecht von einigen Dutzend Menschen in ganz Europa; kaum ein Tausendstel aller Deutschen weiß von ihr. Alle anderen lernen und kennen nur die antike-euklidische Mathematik. Ist nicht diese noch unsere Mathematik? Müssen wir nicht Kultur als Massenerscheinung auffassen, und neben der Höhe auch die Breite einer Kulturbewegung messen?

Die griechische Kultur war Volkskultur. Aber, sie war es nur, weil die Zahl der Griechen gering war, und Griechenland die Sklaverei hatte. Ähnliches gilt von den Blütezeiten abendländischer Kultur, bis zu Goethe hin. Immer war es eine dünne Oberschicht, die Kultur genoß und schuf, während die Mehrheit des Volkes draußen stand. Unsere Aufgabe ist soziale Kultur im Sinne von Massenkultur. Wir haben seit hundert Jahren die Menschenzahl verdreifacht, haben den 70 Millionen bessere Lebensbedingungen gegeben, als 20 Millionen zu Goethes Zeit hatten; haben sie durch allgemeine Schulpflicht — soweit gehoben, daß sie zu verstehen beginnen, was faustische Kultur in den Leistungen der Führer bedeutet. Goethe ist heute seinem Volke unendlich mehr als wohl je zu seinen Lebzeiten.

Ist ein Schritt vorwärt auf diesem Wege nicht auch stets ein Schritt aufwärts? Entfaltet sich die Seele deutscher Kultur nicht auch dadurch, daß Millionen Einzelseelen sich öffnen und sich bereichern an dem, was ein Großer, ein Einzelner geschaffen? Könnte man nicht sagen, wir ständen heute in einer Uebergangszeit, in der erst die Grundgedanken für die volle Entfaltung des deutschen Volkes geschaffen würden? — das führt zu einer weiteren Lücke in Spenglers Auffassung.

Er nennt Kultur nur das, was sich in „Werken“ darstellt, sei es in Malereien, Bildhauereien, Bauwerk, sei es in Dichtung, Musik, wissenschaftlicher Theorie. Aber das ist doch nicht der einzige Ausdruck der Kulturseele. Kulturwerte brauchen nicht geschrieben, gedruckt, gemalt, gebaut zu werden, um vorhanden zu sein. Sie können vor allem gelebt

werden. Wenn ein Volk sein Dasein kulturgemäß einrichtet, wenn es nicht nur in Tempeln und an Feiertagen, sondern auch in der Werkstatt und am Werktag, Arbeit und Lebenshaltung im Einklang hat mit dem, was seine besten Geister an Seelenkultur geschaffen, so ist das eine Kulturleistung, die sich mit jeder anderen messen darf.

Das war ja das Elend unserer letzten Vergangenheit und hat zum Zusammenbruche geführt, daß unser Massenleben in vollem Widerspruche stand zu dem, was wir als Kultur priesen, aber als Maßstab des Alltags verachteten. Wir führten ein Leben auf doppeltem Boden und gerieten immer tiefer in Verwirrung und Lüge. Aus solchem Chaos suchen wir jetzt den Weg zur Wahrheit.

Das Hauptfeld solcher Kulturgestaltung liegt allerdings auf anderem Gebiet, als wo es bisher meist gesucht und auch von Spengler gefunden wird. Seine Behauptung unserer Unfruchtbarkeit auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Religion sei dahingestellt; sie wird bekanntlich lebhaft bestritten. Aber gibt es nicht daneben das weite Gebiet staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung, auf dem uns gewaltige Aufgaben erwarten? Sind das wirklich nur Angelegenheiten der Zivilisation? Ist ein Staat der Gerechtigkeit nicht auch Ausdruck eines Seelenhaften? Hat er nicht unendlich höheren Kulturwert als die erhabendste Mathematik? Und ist nicht gerade Deutschland nach seinem Niederbruche in Staat und Wirtschaft berufen, gegenüber dem Imperialismus der Sieger den Kulturstaat zu verwirklichen? Einen Staat gerechter, sinnvoller Ordnung, der möglichst die Gesamtheit der Bürger dazu bringt, Kultur zu genießen und dadurch erst lebendig zu machen, der seine Bürger dazu bringt, ihr Leben dieser Kultur gemäß einzurichten und die dadurch erst zu vollenden?

Ich sehe hierin die große Aufgabe unserer Zeit, und halte sie für eine Kultur aufgabe allerersten Ranges; ich glaube, daß die Seele des Deutschen darin lebendig werden und uns auch neuen Glauben bringen kann. Gewiß, wir sind heute „älter“ als unsere Vorfahren vor dreihundert Jahren; ganz sicher sind wir anders. Darin hat Spengler recht. Auch darin, daß in mancher Hinsicht die faustische Seele sich wohl erschöpfend ausgesprochen hat. Aber daraus folgt nur, daß unsere Aufgaben andere sind, als die der Väter. Nicht, daß wir leistungsunfähig geworden, oder daß unsere Aufgaben keine Kulturaufgaben mehr seien.

Goethe, der uns als Gipfel deutscher Kultur gilt, und den auch Spengler unermüdlich anruft, sei Zeuge gegen ihn. Wenn Faust den ersten Vers des Johannes-Evangeliums übersetzt: „Im Anfang war die Tat“, so gibt er damit eine Richtung vom Geistigen zum Praktischen, die Richtung vom Selbstischen ins Soziale. Wenn wir Faust als beste Verkörperung unserer Kulturseele anerkennen, so dürfen wir nicht die Augen von seiner Entwicklung verschließen. Durch alle Höhen und Tiefen des Erdendaseins stürmt er unbefriedigt, erst den letzten schlechten Augenblick sucht er festzuhalten, denn der bringt ihm eine Befriedigung, wie er sie nie erfahren hat: die soziale Tat! Raum zu schaffen für Millionen Lebensmöglichkeiten, für die Mitmenschen, ist mehr wert als alle Wissenschaft, Kunst und Sinnesgenüsse. Das allein befriedigt die Seele, die rastlos ins Unendliche strebt.

Am Ende ist die Tat! Faustische Kultur vollendet sich in sozialem Wirken. Die höchste Aufgabe unseres Seelentumes liegt noch vor uns.

# Sittlichkeit und Religion

Von R. G. Haebler (Karlsruhe)

Das Wesen des modernen Menschen, dessen Symbol uns heute immer noch am tiefsten und schöpferischsten in dem „Faust“ Goethes geschaffen erscheint, ist sein Recht und seine Pflicht, von seinem Ich aus die Welt in ihren Erscheinungsformen zu bejahen oder zu verneinen. Es ist das Recht, daß Ich: ich selbst sein darf, daß man mir grundsätzlich Gewissensfreiheit zubilligt, daß ich meine Weltanschauung leben darf: alles Forderungen und Rechte, für die in der religiös geschlossenen Kultur des Mittelalters kein Bedürfnis, also auch kein Verständnis sein konnte. Deshalb ist uns heute das Thema: Religion und Sittlichkeit ein Problem, ein ungemein differenziertes Problem, weil wir Menschen von heute keine Form des Religiösen mehr haben, die sich aus einem allgemein anerkannten Inhalt heraus kristallisiert, und weil Sittlichkeit uns ein relativer Begriff geworden ist, da ihm die Beziehung auf eine für alle gültige Lebensanschauung fehlt.

Und nun zur Begriffsbestimmung: Religion ist eine bestimmte Art, die Welt zu erleben; Sittlichkeit ist eine bestimmte Art, in der Welt zu leben. Das bedeutet, daß Religion eine Weltanschauung, Sittlichkeit eine Lebensanschauung ist. Religion heißt: Verknüpfung, Bindung: Bindung an einen letzten, allerletzten Sinn, der jenseits aller Zwecke liegt. Jeder Mensch hat in seinem geistigen Sein die innere Notwendigkeit, zu einer Bindung dieser Art; aber in der Stärke der Bindung bestehen unter den Menschen wesentliche Verschiedenheiten. Auch Religion ist Begabung: es gibt religiöse Genies, religiöse Kitscher und religiös indifferente Menschen, wie es künstlerische, sprachliche, technische, mathematische, reindenkerische Begabte und Indifferente gibt.

Was ist nun das Kennzeichnende an den religiösen Menschen? Doch wohl das eine vor allem, daß sie ganz in ihrer Idee leben, daß sie in Gott leben. Welchen Inhalt der einzelne Gottesbegriff hat, tut dabei nichts zur Sache. Etwas ganz anderes ist wichtig: ihr Verhältnis zur Welt. Alle großen Religiösen haben die Welt abgelehnt. Das Dasein ist ihnen nicht wesentlich. Sie sehen in dem Sein auf Erden nur eine Hemmung, im günstigsten Falle eine schwierige Aufgabe, um das Leben zu können, was eigentlich in ihnen lebt und ihre tiefste Sehnsucht ist: Leben in Gott, Ruhen in Gott. Sie haben kein Verständnis für das, was der Welt wichtig ist.

Was aber ist der Welt wichtig? Wenn wir unter „Welt“ die menschliche Gesellschaft verstehen — denn was eigentlich die Welt als Kosmos ist, wissen wir gar nicht — dann können wir in groben Umrissen vielleicht sagen: ihre Erhaltung. Die menschliche Gesellschaft will sich erhalten, sie will sein. Da aber im Laufe der Entwicklungsgeschichte der Menschheit die Sicherung des Daseins über das Animalische hinaus immer komplizierter wurde, so genügte es schließlich nicht allein, sich nur materiell zu erhalten: man schuf sich darüber eine Ideologie. Bestimmte Formen der Erhaltung erwiesen sich auf Grund der Erfahrung als nützlich; Ueberlegung sagte sich, man müsse diese Formen erhalten, um sich erhalten zu können. Ein primitives Beispiel ist die „Heiligkeit des Lebens“, das Gebot „Du sollst nicht töten“. Auf den ersten

Blick eine große Selbstverständlichkeit. Sie ist es aber gar nicht. Es ist an sich gar nicht einzusehen, warum ich eigentlich einen Menschen nicht töten sollte, wenn ich dazu in der Lage bin. Es gab eine Zeit und es gibt Zeiten, in denen das Töten von Menschen etwas „natürliches“ ist. Aber an irgendeinem Punkte der Entwicklung fand man, daß das Recht des Raubtieres nicht mehr in die Sicherung und Erhaltung der Gesellschaft hineinpaße. Man kam zu der Ueberzeugung: es ist „unsittlich“, einen Menschen zu töten. Das gilt heute ohne weiteres in der ganzen Kulturwelt, soweit sich dieses Töten auf den einzelnen bezieht. Noch im Altertum konnte der Herr seinen Sklaven töten, aus Strafe, aus Laune, niemand hätte daran ein sittliches Aergernis genommen. Heute gilt das Töten als sittlich berechtigte Strafe, sofern es vom Staat vollzogen wird. Auch der Krieg wird nicht als unsittliche Handlung betrachtet, unter Umständen gilt er sogar als hohe sittliche Tat. Oder: wir töten heute eine Unmenge Tiere, ohne daß wir etwa das Schlachthaus als eine unsittliche Einrichtung betrachten; ein Bordell erscheint uns durchaus unsittlich; dem Inder aber ist die Tötung von Schlachttieren eine unsittliche Handlung, während in Japan ein Mädchen, das als Geisha lebt, dadurch nicht in der sittlichen Achtung fällt. Sittlichkeit ist also nach Raum und Zeit sehr verschieden; sie ist demnach eine bestimmte Art, Formen des Zusammenlebens als richtig oder falsch zu betrachten. Sittlichkeit ist die Moral der Sitte.

Gilt nun diese Relativität des Sittlichen auch für die Religion? Ändert sich auch der Inhalt der Religion, das Religiöse, ebenso wie der Inhalt der Ethik, das Sittliche? Ich glaube — und das wird von sehr vielen Menschen übersehen und daher kommen sehr viele Irrtümer — hier besteht eine wesentliche Verschiedenheit.

Was sich auch hier ändert, das sind die Formen der Religion, die Konfessionen, die Kirchen, die Kulte, die dogmatischen Inhalte. Hier kommen wir nämlich zu einer außerordentlich wichtigen Erkenntnis: daß im Grunde Religion gar nicht mit den Mitteln der Vernunft, der ratio, erfaßt werden kann. Es ist der Unterschied zwischen Religion und Theologie. Sobald ich nämlich irgendwie festlegen will, was Religion nun eigentlich sei, muß ich mich eines Instrumentes bedienen, das der schroffe Widersacher des Religiösen ist: nämlich der Logik. Es gehört aber zum Wesen des religiösen Denkens und des religiösen Menschen, daß es alogisch ist, daß er irrational denkt. Alle großen religiösen Persönlichkeiten haben so gelebt, daß sie wider das geltende Leben lebten. Was Jesus sagte, war entweder Gleichnis oder, auf die Wirklichkeit der bestehenden Gesellschaft bezogen,barer Unsinn — religiös gewertet freilich Worte von einer das Wesen des Religiösen offenbarenden Tiefe. Paulus, der kein religiöses Genie war, sondern ein religiös begabter Mensch, aber auch ein Intellektueller, vor allem ein wissenschaftlich gebildeter Theologe, machte aus dem ihm nur zum Teil verständlichen Phänomen Jesus eine Christologie, eine Konfession, er kristallisierte gewissermaßen das Erlebnis Jesus. Später schufen dann religiös absolut unbegabte Menschen, aber große Politiker, daraus den gewaltigen Bau der katholischen Kirche, die nach meiner Auffassung das radikalste Mißverständnis dessen ist, was Jesus oder der ihm am ehesten verstehende Verfasser des Johannes-Evangeliums wollten.

Und nun geschieht in solchen Situationen folgendes: die intellektuellen Systematiker der Religion suchen die geltenden sittlichen Anschauungen der Gesellschaft mit den religiösen Vorstellungen zu vereinen; ein Vorgang, der die Ethik religiös färbt und die Religion verweltlicht. Denn jetzt wird Religion intellektuell faßbar, wird historisch und damit lehrbar. Es ist Erziehung zur „Religion“ möglich. Erziehung ist aber eine Funktion des Lebens im Sinne der Sicherung und Erhaltung der Gesellschaft. Dieser Prozeß schreitet dann immer stärker fort in der Richtung einer Erstarrung und Dogmatisierung der Religion, und es bedarf nach Jahrhunderten wieder eine Revolution des Religiösen, um diese Erstarrung, in der schließlich die Religion ganz in der Sittlichkeit aufgeht, mit ihr identisch wird, zu lösen.

Ich bin ausgegangen von der Auffassung, daß religiöses Denken und Fühlen eine Begabung ist wie andere Begabungen auch. Es wird eine Aufgabe der Religionspsychologie sein, diese Tatsache immer klarer herauszuarbeiten. Dazu kommt, von einer anderen Seite her, eine Entwicklung dieser Erkenntnis entgegen: Was vor wenigen Jahrhunderten noch für alle religiös nicht stark veranlagten Menschen eine wesentliche Begründung ihres pseudoreligiösen Denkens war, nämlich eine Reihe von damals unerklärbaren Vorgängen des Lebens, ist heute wissenschaftlich klar und damit für die „religiöse Erziehung“ unwesentlich geworden. Je mehr die Welt entgöttert wird, um so eher wird man Gott erkennen. Dann erst wird man verstehen lernen, was eigentlich Religion ist. Und wird auch erkennen, daß Religion ebenso wie Kunst oder Philosophie nicht für alle Menschen verbindlich sein kann. Verbindlich für alle wird aber stets die Ethik sein, denn sie ist eine gesellschaftliche Pflicht, ohne sie kann eine Gesellschaft nicht existieren. Religiöse Erziehung ist allgemein im Grunde nicht möglich, weil sie bestimmte Begabung voraussetzt; sittliche Erziehung aber ist möglich und notwendig für alle, weil sie die Erkenntnis ist des Guten, Wahren und Schönen, das über allen Zweckmäßigkeiten der Wirklichkeit leuchtet als heilige Flamme einer Lebensanschauung, welche mit aller Bejahung des Seins den Idealismus des Sollens vereint.

---

## RANDBEMERKUNGEN

### *Das internationale Institut für intellektuelle Zusammenarbeit*

Eine böse Folge des Krieges ist das überall zu beobachtende Sinken des geistigen Niveaus und die hierdurch gesteigerte Schwierigkeit, die vielen zerrissenen kulturellen Fäden zwischen den verschiedenen intellektuellen Zentren wieder zu verknüpfen. Gegen diese beiden Erscheinungen soll hauptsächlich das oben genannte Institut ankämpfen; es ist die Frucht der vierjährigen Vorarbeit einer Kommission, über

die das Wesentliche damit gesagt ist, daß in ihr Forscher wie Einstein, Bergson oder Frau Curie am aktivsten tätig waren.

Wie bekannt, wird der Sitz dieses Instituts Paris sein, welcher Umstand mancherseits gewisse Befürchtungen erweckte. Was man hierüber im maßgebenden Frankreich selbst denkt, hat wohl am besten und unlängst Herr Julien Luchaire gesagt, der Generalinspektor des öffentlichen Unterrichts in Frankreich: „Nehmen wir ein-

mal an, daß das Anerbieten, dieses Institut zu beherbergen, einem andern großen Volke gemacht worden wäre, einem Volke, das um die Bedeutung der geistigen Dinge weiß, sagen wir also etwa dem deutschen Volke, welchen Palast hätte dies zur Verfügung gestellt! Doch Frankreich wird also diesen Palast schenken und alles, was zur Unterhaltung nötig ist. Frankreich weiß wohl Bescheid über den moralischen Vorteil, der ihm hiermit zufällt. Aber die andern Nationen wissen auch, warum: als sie das Geschenk Frankreichs annahmen, haben sie diesem zu verstehen gegeben, daß sie Frankreich mit einer Mission des Vertrauens beauftragen wollten. Die Ausübung dieser Mission ist einer absoluten Bedingung unterworfen, die wir nur recht und billig nennen können: die vollkommene Internationalität dieses Instituts; sein Personal muß aus allen Staaten rekrutiert werden, und Frankreich, das diese Stiftung gemacht hat, darf keinerlei Vorrecht für sich in Anspruch nehmen; der Völkerbund muß der Herr und Meister sein.“ Ich habe schon mit mehreren Franzosen über das gleiche Thema gesprochen, alle waren derselben Meinung. Welches wird nun die Organisation dieses Unternehmens sein?

Vor allem wird es keine Akademie, kein Zentrum wissenschaftlicher Forschungen, keine wie immer geartete höhere Lehranstalt sein, es wird keinerlei Werke der Wissenschaft, der Kunst oder des Geistes überhaupt produzieren, sondern es wird lediglich die Mittel zur Steigerung, Beschleunigung und Sicherstellung der geistigen Arbeit in allen Ländern prüfen und vervollkommen. Dies Institut wird also eine Art von Verwaltung sein, eingeteilt in folgende sechs Abteilungen:

Die erste Abteilung ist mit der statistischen Erfassung aller Strömungen und Bewegungen des gesamten kulturellen Lebens in allen Schichten der menschlichen Gesell-

schaft beauftragt, ferner mit dem Studium aller Dinge, die einer internationalen Organisation des geistigen Lebens dienlich sein können.

Die zweite Abteilung wird als Arbeitsgebiet die praktischen Probleme der internationalen wissenschaftlichen Organisation haben, sie wird in Verbindung stehen mit den schon existierenden großen Organisationen und Instituten dieser Art, sie wird es versuchen, deren Bestrebungen einheitlich zu gestalten, sie wird neue Institute dieser Art errichten und sie wird schließlich Ordnung in das Chaos der internationalen Kongresse bringen.

Die dritte Abteilung wird eine ähnliche Aufgabe auf dem Gebiet der literarischen und künstlerischen Produktion zu bewältigen haben. Der Zweck der vierten Abteilung ist es, die Verbindung zwischen den höheren Lehranstalten der ganzen Welt herzustellen; mit dieser Aufgabe hat sich übrigens die zwecks Organisation des Instituts gebildete Kommission schon eingehend befaßt, sie hat schon voriges Jahr eine besondere Stelle für zwischenakademische Beziehungen gegründet, die nun dieser vierten Abteilung eingegliedert worden ist.

Die fünfte Abteilung hat juristischen und volkswirtschaftlichen Charakter. Sie wird einerseits die Pläne der internationalen Abkommen für ein geistiges Zusammenarbeiten vom juristischen Standpunkt aus prüfen, und andererseits wird sie sich auch intensiv mit dem Problem der materiellen Lage der geistigen Arbeiter befassen, und dies unter Zusammenarbeit mit den schon existierenden großen Verbänden der geistigen Arbeiter (so etwa mit der „Internationalen Konföderation der intellektuellen Arbeiter“).

Die Aufgabe der sechsten Abteilung, des Pressedienstes nämlich, ist es, unaufhörlich die Aufmerksamkeit der großen Presse aller Länder auf das Werk der intellektuellen Zusammenarbeit und auf den kulturellen Fortschritt im allgemeinen

zu lenken; es soll besonders danach gestrebt werden, daß die große Presse allen Dingen des Geistes einen größeren Platz einräumt. Auch die Tätigkeit der periodischen Publikationen auf den verschiedenen Gebieten des intellektuellen Lebens soll von dieser Abteilung aus geregelt werden.

Dies die augenblickliche Organisation, sie ging von selbst hervor aus den Vorarbeiten der Kommission; natürlich wird sich noch mancher Wandel ergeben, ein Institut von dem geplanten Ausmaß und von so weit gesteckten Zielen kann sich nur historisch gewissermaßen entwickeln. Hier in Paris hofft man, das Internationale Institut für intellektuelle Zusammenarbeit schon in den ersten Monaten 1925 in Tätigkeit zu sehen; die bisherige Kommission würde dann automatisch als Verwaltungsrat arbeiten, sie würde die hauptsächlichen Beamten ernennen usw. Rechtlich wird dies Institut eine autonome Stiftung sein, die nicht nur Unterstützungen durch den französischen Staat, sondern von jeder Seite aus annehmen darf. Angesichts des großen Interesses, das man dieser Neugründung entgegenbringt, wird es an Unterstützungen ganz gewiß nicht fehlen.

*Dr. M. Uebelhör (Paris)*

### *Die fascistische Internationale*

Nach seinen ersten Erfolgen proklamierte der italienische Fascismus die These, er „fuße auf einem Bedürfnis unserer Zeit, was ja schon daraus hervorgehe, daß er sich gleichzeitig in den verschiedensten Ländern entwickle, ein Vorgang, der von der ganzen Welt mit fassungloser Verwunderung verfolgt werde“ und stolz wurde hinzugefügt, „ein Fascismus mit so viel Siegen und so viel glänzenden Persönlichkeiten, so bodenständig und kraftvoll wie der italienische, könne in keinem andern Lande entstehen“. Die Idee, den Internationalen der Arbeiter, der Sozialisten, der Katholiken eine fascistische „Universalität“ entgegen-

zustellen, ist von Mussolini bereits in seinen ersten Reden ausgesprochen und dann in den Zukunftsverheißungen der fascistischen Parteitreiber wieder aufgegriffen worden. Heute spricht man in führenden italienischen Kreisen davon, die Möglichkeit einer Verbindung des Fascismus mit jenen politischen Parteien des Auslandes zu überprüfen, die ihrem Wesen und ihren Zielen nach ihm ähneln, und zwar in den Ländern, in denen ein Primo de Rivera, ein Hitler, ein Horthy usw. leben, und darüber hinaus auch mit schon bestehenden oder doch im Entstehen begriffenen wesensverwandten Organisationen in Griechenland, in Bulgarien, in Rumänien, in den baltischen Randstaaten oder gar in Japan in Fühlung zu treten. Aber man darf mit dem „Giornale d'Italia“ doch annehmen, daß die Anzeichen, die sich heute in Frankreich bemerkbar machen, die führenden Köpfe des Fascismus mehr beschäftigen als alles andere. In Frankreich müßte diejenige Bewegung, die dem italienischen Fascismus am meisten entspricht, selbstverständlich die sein, die sich um Léon Daudet und die „Action Française“ kristallisiert. Aber hier taucht nun am Horizont eine Art von aktivem Neowelfismus auf, der in der Presse durch eine neue Tageszeitung, die „Energie“, vertreten wird. Diese Bewegung hat sich nicht nur die Bekämpfung der französischen Demokratie mit allen ihren Schattierungen zum Ziel gesetzt — vom Sozialismus bis zum Radikalismus —, sondern auch die Gegnerschaft gegen jene streitbaren Katholiken, die sich um die Zeitungen „La Croix“, „L'Echo de Paris“ und den „Figaro“ gruppieren. Die Regierung und die Öffentlichkeit in Frankreich verfolgen wachsamem Auges die Vorbereitungen, die dieser lokale Fascismus zu seinem Kampfe trifft, und sind gespannt darauf, wie der Vatikan sich dazu verhalten wird.

Der Fascismus, der die mehr oder weniger klaren Ideen dessen geliehen hat, was vom italienischen

Nationalismus noch übriggeblieben ist, will seinem Programm eine „universelle“ Idealität verleihen. Ein Bündnis der verschiedenen nationalistischen und fascistischen Bewegungen in Europa und anderswo, also eine „Internationale des Nationalismus“ — welche Widersprüche allein schon im Begriffe selbst! —, das also ist die letzte Ueberaschung, die Mussolini in Bereitschaft hält! Diese Gedanken hat er in der letzten Sitzung des fascistischen Nationalrates tatsächlich erläutert, vorgetragen und bis auf die letzten Konsequenzen ausgeführt. Es genügt deshalb, darauf hinzuweisen, daß der Fascismus und mit ihm der Nationalismus der andern Länder uns selbst jeden Kommentar zu derartigen illusorischen und unmöglichen Plänen ersparen. Es ist unerfindlich und mehr als schwer zu begreifen, wie ein Mann wie Mussolini, der bisher alle Internationalen befehdet hat und die Geschichte als einen ständigen Kampf der gegnerischen Nationalismen auffaßt, zu dem Gedanken einer solchen Verbrüderung gelangen konnte. Eine solche Entente würde nur dazu führen, auch in den andern Ländern eine antiliberale und antidemokratische Innenpolitik zu verstärken und zu verallgemeinern, wobei auch das Recht der freien Aussprache und der friedlichen Ueberredung in die Brüche gehen müßte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es dem Fascismus, der in Italien von Tag zu Tag mehr Boden verliert, gelingen wird, in Gemeinschaft mit den ausländischen Parteien der äußersten Rechten Einfluß auf die allgemeine Politik zu gewinnen. Es wäre, nebenbei bemerkt, sehr interessant, zu erfahren, welche europäische Regierung, mit Ausnahme der Primo de Riveras und Horthys, bereit wäre, sich selbst als fascistisch zu bezeichnen und welche Organisationen in Europa Anspruch auf dieses Epitheton erheben.

Ogleich diese Idee einer fascistischen Internationale natürlich erst im Entwurfe besteht, scheint es

doch so, daß Mussolini die im Auslande lebenden italienischen fascistischen Gruppen zu Propagandazentren für diesen Gedanken zu machen beabsichtigt. Diese Gruppen haben die Aufgabe, ihre Wirtsländer auszuspionieren, eine ständige Bewachung der im Auslande weilenden Italiener auszuführen und vor allem die Tatsache zu verschleiern, daß in Italien eine kleine bewaffnete Minderheit ein Volk von 40 Millionen mit der Drohung in Schach hält, daß sie einen blutigen Bürgerkrieg heraufbeschwören werde. Das Ausland ist über die Zustände in Italien besser unterrichtet als die Italiener selbst, denen man ihr Presse- und ihr Vereins- und Versammlungsrecht genommen hat. Es steht fest, daß die Lage Italiens unter dem fascistischen Regime einzig in der ganzen zivilisierten Welt ist; sie kann mit Recht eine traurige Parantese der heutigen Geschichte genannt werden. Mussolini vergißt ganz, daß das Ausland nicht nur eine Meinung, sondern auch eine Moralität besitzt, mit der man rechnen muß. Es ist eine gewaltige Täuschung, wenn er die Tatsachen übersieht und das Ansehen Italiens im Auslande dadurch wiederherzustellen versucht, daß er das Recht der Kritik und der Opposition beseitigt.

Der italienische Innenminister, Federzoni, hat jüngst erst in einem Presseinterview versichert, daß der innere Frieden auf der Appeninenhalbinsel herrsche und daß die Situation völlig normal sei. Niemand wird das aufs Wort glauben wollen, denn wenn die Regierung sich so sehr Herr der Lage fühlte, wie sie es behauptet, hätte sie es nicht notwendig, immer wieder Zeitungen zu verbieten und die Mitglieder der Opposition zu verfolgen. Ein fascistisches Organ veröffentlichte soeben erst auf seiner ersten Seite eine Karikatur mit folgendem Begleittext „Das beste Mittel gegen die Entstellungen der auswärtigen Blätter ist, ihnen ihre sämtlichen Korrespon-



dentem heimzuschicken.“ So also sieht der Geist aus, mit dem der Fascismus, der die Wahrheit fürchtet, seine „Internationale“ begründen will!

Zweifelloos ist der Gedanke, eine Internationale der „Schwarzhemden“ ins Leben zu rufen, so eigenartig, daß es schon lohnt, ihm in seiner Entwicklung zu folgen. Aber hier ist es auch am Platze zu fragen, ob sich Herr Mussolini schon überlegt hat, ob seine Ideen nicht zu bösen diplomatischen Verwicklungen führen könnten.

*Dalmo Carnévali (Rom)*

### **Südosteuropa**

Wir müssen uns daran gewöhnen, Europa als einheitlichen Komplex zu betrachten, europäisch denken zu lernen. Neben dem Reparationsproblem werden uns dann vor allem die südosteuropäischen Fragen beschäftigen. Beide versprechen uns Ansätze zu sein, zu dem Gebilde, das wir heute meistens die **Vereinigten Staaten von Europa** nennen. Darum ist es für Sozialisten besonders notwendig, die Vorgänge dieser Assoziationsbildungen scharf zu beobachten und von vornherein einen sozialistischen Einfluß gemäß der Machtstellung des Proletariats dabei zur Geltung zu bringen.

Soll der Balkan nicht ewig Kriegsherd bleiben, und sollen die Nachfolgestaaten der österreich-ungarischen Monarchie nicht eine dauernde Krisenzone darstellen, so ist eine Zusammenfassung dieser Länder aus wirtschaftlichen, wie aus politischen Gründen dringend geboten. Nicht, daß das **Nationalitätenprinzip**, eben erst zum Siege gekommen, schon überwunden wäre, vielmehr weisen die Lebensinteressen der Staaten selber sie auf eine Lösung hin, die weder den gegenwärtigen Zustand der Zollschranken noch die Vorkriegsdiktatur enthalten darf. Nach der Entstehung der jungen Nationalstaaten unter dem Einfluß eines starken Nationalismus hat sich eine Art ökonomischer Militarismus ausgebildet,

der in dauernden Fehden wirtschaftspolitischer Art um Zölle und Grenzstreitigkeiten, um Minoritätenschutz und Rüstungen sich auswirkt. Dabei folgt eine Wirtschaftskrise der anderen. Valutaschwierigkeiten und Ausfuhrfragen, Agrarreformen und Nationalisierungsexperimente bewirkten aber nach sechs Jahren doch schließlich eine so große Ernüchterung, das es heute klar ist: So geht es nicht mehr weiter. Solange noch die Empörung über die Wirtschaftskrise sich in nationalem Fanatismus äußerte, war dies dem Staate nur einträglich. Die Entwicklung aber zeigt deutliche Ansätze, vor allem aber in der Tschecho-Slowakei und in Jugoslawien zu einer Umgruppierung der nationalen Gegensätze in soziale. Das Proletariat regt sich — und zwar als Einheit. Finden sich erst die tschechische und deutsche Sozialdemokratie zueinander, wozu ja alle Hoffnung vorhanden ist, so ist auch der Weg der Einigung für die andern sozialdemokratischen Parteien gegeben. In der permanenten Regierungskrise Jugoslawiens, in der starken Ausbreitung der südslawischen Einheitsbewegung in Bulgarien mit der Forderung der föderativen Republik von der Adria bis ans Schwarze Meer drückt sich dieselbe Umschichtung aus. Das Bauern- und Industrieproletariat ist hier Träger einer mehr sozialen als nationalen Bewegung.

Diesen Notwendigkeiten eines Zusammenschlusses, die immer mehr in den Staaten selber sich durchsetzen, kommt man von westeuropäischer Seite entgegen vor allem durch den Genfer Beschluß des Völkerbundsrates, den tschechischen Außenminister Dr. Benesch damit zu beauftragen, einen Plan zur Bildung einer Donauföderation vorzulegen. Wenn nicht faktisch die wirtschaftlichen Verhältnisse darauf drängten, wäre es nie dazu gekommen. **Eddo Fimmen\*)**

\*) Eddo Fimmen: Vereinte Staaten von Europa oder Europa A.-G., Thüringer Verlagsanstalt, Jena. S. 43—48.

weist darauf hin, wie Südosteuropa als Absatzgebiet für westeuropäische Konzerne von größter Bedeutung ist zur Kolonisierung Europas und durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Westeuropa wiederum zur Bildung dieser Konzerne Veranlassung bildet. Seine Beispiele ließen sich durch eine Fülle anderer ergänzen. Eine besondere Rolle spielt hierbei das von Firmen ganz übersehene rumänische Petroleum sowie die Goldgruben der Karpathen. Hier machen sich ebenfalls vor allem deutsch-belgisch-schweizerische Gruppen bemerkbar, die in Umgehung der nationalistischen Wirtschaftsgesetze der rumänischen liberalen Regierung es sehr geschickt verstehen, sich der zahlreichen Auslandsdeutschen zu bedienen. Die wirtschaftliche Donauföderation ist also eine Tatsache, mit der wir in kürzester Zeit schon zu rechnen haben werden, zumal eine gewisse Entspannung im Reparationsproblem eingetreten ist und sich der amerikansiche Anleihesegen auch über diese Länder ergießen wird. Wieweit eine besondere jugoslawisch-bulgarische Gruppe sich gegen eine rumänisch-tschechisch-ungarisch-österreichische abgrenzen wird, hängt wesentlich von der Weiterentwicklung des Bolschewismus und Rußlands, des Panlawismus und der bessarabischen Frage ab. Daß eine derartige wirtschaftliche Verbindung natürlich sich auch staatlich äußern würde, läßt schon das Abflauen der nationalen Kämpfe innerhalb des Proletariats erkennen. Die soziale Gliederung wird dabei eine ganz deutliche sein. Mit Hilfe halbfeudaler Großagrarien und der industriellen Banken versucht man das zivilisatorisch ungebildete, politisch machtlose Volk in seiner großen

Masse vom Landbau zur Industrie zu ziehen und so dem ihm fremd-nationalen Kapitalismus dienstbar zu machen. Wer weiß, daß in deutschen Spinnereien heute rumänische Arbeiterinnen bei 16- bis 18stündiger Arbeitszeit (gesetzlich gilt der Achtstundentag) den täglichen Lohn von 50 Lei = 1,20 M. erhalten, wird wohl frei sein von allen Illusionen über die Formen der Ausbeutung auf diesen an Bodenschätzen und Rohprodukten so ungeheuer reichem Gebiet, das einer rationalistischen Bewirtschaftung überhaupt noch nicht erschlossen wurde. Hier werden Kornkammern von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft Europas erschlossen werden. Hier werden gewaltige Industriebezirke entstehen mit allen Erscheinungen einer Gründerzeit.

Auch die österreichische Frage ist durch die verlängerte Völkerbundskontrolle wohl für die Donauföderation entschieden worden und gegen den Anschluß an Deutschland. Das alles weist nicht nur auf eine hochkapitalistische Lösung der europäischen Frage hin, eine „Europa-A.-G.“, sondern zwingt auch das Proletariat West- und Mitteleuropas, entschieden dazu Stellung zu nehmen. Es ist eine Lebensfrage gerade des deutschen Proletariats, daß dort unten nicht zu allem willige Massen als Konkurrenz gegen teure westeuropäische Arbeitskräfte ausgespielt werden. Hier gilt es, jetzt schon die Tendenzen der Entwicklung zu erkennen, praktisch Solidarität zu üben, an bestehendes Schwaches anknüpfend, Organisationen aufzubauen und mühselige sozialistische Bildungsarbeit auf sich zu nehmen. Nur ein einheitliches Proletariat schafft ein einheitliches Europa.

*Heinrich Geißler (Hermannstadt)*

---

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

Wissen und Können machen Dich frei  
Sammlung Götschen ist Helfer dabei.

# Sammlung Götschen

Jeder Band gebunden M. 1,25

## Die Bibliothek des Wissensdurstigen

Ueber folgende Gebiete sind zahlreiche Bände erschienen:

Unterrichtswesen / Philosophie / Religionswissenschaft und Theologie /  
Sprachwissenschaft / Literaturgeschichte / Geschichte und Kulturgeschichte  
/ Erdkunde / Kunst / Musik / Mathematik und Astronomie / Natur-  
wissenschaften / Physik und Chemie / Technologie / Medizin, Hygiene  
und Pharmazie / Elektrotechnik / Maschinenbautechnik / Tiefbautechnik /  
Hochbautechnik / Rechtswissenschaft / Handelswissenschaft  
Volkswirtschaft

Bisher über 900 Bände erschienen

Jeder Band gebunden M. 1,25

Vollständiges Verzeichnis kostenlos durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

**Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10**

Leiden Sie an

# Sommersprossen?

so wenden Sie sich vertrauensvoll an **Gertrud Hasselhorst,**  
**Hannover A 239, Schließfach 206**

# PARVUS

**VON KONRAD HAENISCH**

*mit zwei Bildern und zwei Faksimiles in Kupfertiefdruck  
und farbigem Umschlag, auf starkem, holzfreiem Papier  
gedruckt, in Halbleinen Mark 2,50, kartoniert Mark 0,75*

*Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. • Berlin SW68*

**Demnächst erscheint:**

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft  
Berlin SW 68**

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

EDUARD BERNSTEIN: <b>Der Eid auf die Verfassung</b>	161
JOSEF MARIA FRANK: Das achte Weltwunder . . . . .	165
W. Thurau (Berlin): Republikanische Beamte . . . . .	165
KURT HEINIG: <b>Herrn v. Schliebens Hindenburg- Programm</b> . . . . .	167
ROBERT BREUER: <u>Die sozialistische Presse</u> . . . . .	170
ALBIN MICHEL: Neuorganisation der liberalen Partei in England? . . . . .	173
Oberregierungsrat TALMON-GROS (Stuttgart): Bodenbe- steuerung und Lebensmittelzölle . . . . .	175
Prof. R. NEUNZIG: Der Schiedsmann . . . . .	176
ALFONS FEDOR COHN: Pariser Theater . . . . .	179

**Hindenburg, der Erfüller** — Amnestie und anderer Beruhigungsnebel —  
Schwarz-weiß-roter Patriotismus — **Hindenburgs Leibwache** — Das  
Wahlrecht der Greise oder die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“ — **Empfang  
bei Hindenburg**

Fechenbachs Rache — Heinrich Mann: Der Kopf — Jahrbuch des Allge-  
meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923 — Weltkrieg und Alkohol —  
Internationale Genossenschaftsbewegung

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68



Lindenstr. 114

Preis 30 Pfennig

**HANNS-ERICH KAMINSKI**

**FASCISMUS  
IN ITALIEN**

---

**MIT DEN WICHTIGSTEN  
KAPITELN  
AUS DER LETZTEN SCHRIFT  
VON**

**MATTEOTTI**  
**EIN JAHR  
FASCISTEN-HERRSCHAFT**

---

**9 Bogen, in Halbleinen 2,75 Mark**

**VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68**

# Der Eid auf die Verfassung

Die Gewissensfrage für General v. Hindenburg

Von Eduard Bernstein

General v. Hindenburg hat die vom Reichswahlleiter an ihn gerichtete Frage, ob er die gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten auf in gefallene Wahl zu diesem Amt annehme, mit ja beantwortet. Das schließt ein; daß er bereit ist, den im Art. 42 der Reichsverfassung für die Uebernahme des Postens vorgeschriebenen Eid zu leisten, und er hat denn auch zugesagt, diesen Akt am dafür festgesetzten Tage in aller Form vor dem Reichstag zu vollziehen. Tut er aber das, so widerlegt er damit die Bemerkung, die ich am Tage der Bekanntmachung des Wahlergebnisses zu einem mich über meine Stellung zu diesem ausfragenden deutschen Journalisten gemacht habe, ich könne mir nicht denken, daß Hindenburg den besagten Eid leisten werde.

Was mich zu dieser Bemerkung veranlaßte, wird man verstehen, wenn man den genannten Artikel der Reichsverfassung nachliest und seine Tragweite überdenkt. Nach ihm lautet nämlich der zu leistende Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde!“

Dem scharf urteilenden Sozialdemokraten wird manches in diesem Eid als reichlich verschwommen und darum unzulänglich erscheinen, in einem Punkte aber ist er klar und unzweideutig: der ihn Leistende schwört, „die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren“, das heißt, er verpflichtet sich eidlich, die Gesetze und die Verfassung des Reiches nicht bloß, wie es in manchen Blättern dargestellt wird, schlechthin zu beobachten, sondern auch, sie zu hüten, nach Maßgabe seines Könnens für ihre Aufrechterhaltung sich einzusetzen. Das und nicht weniger liegt, wie man in jedem Wörterbuch ausgesprochen finden wird, in dem Begriff des Wortes wahren. Der Eid des Reichspräsidenten ist damit vor allen Dingen ein Eid auf die Verfassung, die nicht ein beliebiges Gesetz des Landes, sondern sein Grundgesetz ist und deshalb durch besondere Bestimmungen dagegen geschützt ist, durch Beschlüsse einer einfachen Parlamentsmehrheit in irgendeinem Punkt abgeändert oder verletzt zu werden (Art. 76 der Reichsverfassung). Die Verfassung selbst aber bestimmt in ihrem ersten, ihre Urkunde einleitenden Artikel kurz und bündig: „das Deutsche Reich ist eine Republik“. Wer sie zu wahren schwört, schwört damit, den republikanischen Charakter des Deutschen Reiches jederzeit wahrzunehmen und aufrechtzuerhalten. Daran ist nicht zu rütteln. Ein Eid auf den

Art. 42 der Verfassung, abgegeben mit dem inneren Vorbehalt, letzteres doch zu tun, würde damit von vornherein ein Falscheid sein.

Ob General Hindenburg sich das vergegenwärtigt hat, als er sich von den Tirpitz und Genossen überreden ließ, die Kandidatur für den Posten des Präsidenten der Republik Deutschland anzunehmen, weiß ich nicht und will es ihm auch nicht unterstellen. Herr v. Tirpitz dürfte ihn kaum darauf aufmerksam gemacht haben. Und ebensowenig wird ihm seine deutschnationale Umgebung den Artikel „Der Politiker Hindenburg“ im Abendblatt des „Vorwärts“ vom 18. April vorgelegt haben, worin der Schreiber dieses ausführte, daß, wenn Hindenburg auf Gradheit im öffentlichen Leben Wert lege, er als überzeugter und sich noch immer als Untergebener Wilhelms II. fühlender Monarchist entweder die Zumutung, für den Posten des Präsidenten der Republik zu kandidieren, mit Entrüstung zurückweisen oder aber sich ausbedingen müsse, für seine Kandidatur ein Programm aufzustellen, das letzteres offen aussprach. Es ist weder das eine noch das andere geschehen. Die Macher der Kandidatur Hindenburg haben im Wahlkampf das Möglichste aufgeboten, sie in diesen wie in andern Punkten — man denke an die Fragen der auswärtigen Politik — mit einem ganzen Netz von Zweideutigkeiten zu umhüllen. Jetzt geht mit der Auslegung des von ihm zu leistenden Eides dasselbe Spiel los. Es braucht aber keine lange Abhandlung, um darzulegen, daß es im Hinblick auf die großen Kämpfe, denen das deutsche Volk mit Bezug auf seine innere Politik entgegengeht, für dieses von nicht geringer Wichtigkeit ist, im klaren darüber zu sein, was der von General Hindenburg zu leistende Eid in Wirklichkeit bedeutet.

Darum keine Winkelzüge darüber, daß dieser Eid mit Bezug auf die Frage Monarchie oder Republik das rückhaltlose Bekenntnis zur Republik und damit das ebenso rückhaltlose Abschwören jeder Unterstützung monarchistischer Bestrebungen bedeutet.

Hindenburg hat in seiner bekannten Kundgebung an die Wähler einer bestimmten Stellungnahme zu dieser Frage durch die Erklärung ausweichen zu können geglaubt, es handle sich „zurzeit“ nicht um die Staatsform, sondern um den Geist der Politik. Indes — ganz abgesehen davon, daß, wie die Dinge in Deutschland liegen, die Frage der Staatsform auch die Frage der im Staat bei wichtigen Entscheidungen den maßgebenden Einfluß ausübenden Klassen und Klassenteile und damit auch der Geist dieser Entscheidungen heißt — waren es nicht die Gegner, sondern waren es die Betreiber der Kandidatur Hindenburg, sind es die hinter diesen stehenden Parteien und Cliquen, welche für die Aenderung der bestehenden Staatsform agitieren, die Republik durch Wiederherstellung der Monarchie beseitigen wollen. Der Eid aber legt Hindenburg die Pflicht auf, sich von diesen Elementen loszusagen und ihren auf den Sturz der Republik abzielenden Bestrebungen mit aller Kraft entgegenzuwirken.

Noch mehr. Hindenburg hat bisher geglaubt, die Pflichten des loyalen Staatsbürgers mit der Untertanengesinnung gegenüber Wilhelm II. verbinden zu können. Es mag hier unerörtert bleiben, warum das bestenfalls eine vage Selbsttäuschung war. Wir haben es da mit einer eigenartigen Geistesposition in den oberen Regionen preußischer



Militärs zu tun. Im Reichstagswahlkampf des Frühjahrs 1924 trat mir in einer märkischen Kleinstadt ein aus einem alten preußischen Adelsgeschlecht stammender ehemaliger Militär, nachdem ich in meiner Wahlrede einen Ausspruch des Generals Deimling zitiert hatte, mit der Bemerkung entgegen, auf Deimlings Aeußerungen sei nicht viel zu geben, aus ihm spreche offenbar Verbitterung über persönliche Zurücksetzung, auch habe er seinem Kaiser die Treue gebrochen, und erwiderte auf meinen Zwischenruf, Wilhelm II. habe ja selbst abgedankt, das stehe auf einem ganz andern Kapitel. Ich will nicht verschweigen, daß mir der Herr, der sich als Deutschnationaler zu erkennen gab, von Parteigenossen am Ort als eine recht sympathische Persönlichkeit geschildert worden ist, die im Kreisaußschuß nicht selten reformfreundliche Anschauungen vertrete, und sein Auftreten in der Versammlung, in der wir Sozialisten in der Minderheit waren, unterschied sich jedenfalls sehr wohltätig von dem, was wir von dieser Seite anderwärts erlebt haben. Um so mehr beleuchtet sein Vorwurf gegen General Deimling, bis zu welchem Widersinn das seinerzeit faktisch in die Reichsverfassung von 1871 hineingenommene staatsrechtliche Verhältnis des Heeres zum Träger der Krone in Preußen ausgedeutet werden konnte. Ferdinand Lassalle hat dieses Verhältnis in seinem heute wieder sehr aktuell gewordenen Vortrag über Verfassungswesen treffend dahin gekennzeichnet, daß in dem Art. 108 der preußischen Verfassung: „Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt“, im Prinzip ausgesprochen sei, daß das Heer „lediglich und ausschließlich ein Verhältnis zu der Person des Königs und nicht zum Lande haben solle\*“.

Dieses, das Verhältnis des Heeres zum Kronenträger als ein feudales Verhältnis begreifende Prinzip steht im Einklang mit der ganzen Staatsdoktrin der alten preußischen Konservativen, die mit all ihren Fehlern weniger unehrlich waren, weniger in jeder Lüge Vorschub leistenden schönklingenden Phrasen machten als die an ihre Stelle getretenen Deutschnationalen, in deren Lager sich die waschecht gebliebenen alten Konservativen denn auch gar nicht recht wohl fühlen. Wenn General Deimling für die preußisch-feudale Auffassung, daß der König in bezug auf das Heer, wie Lassalle an der angegebenen Stelle schreibt, „nicht nur König, sondern auch noch etwas ganz anderes, ganz Besonderes, Geheimnisvolles und Unbekanntes sei, wofür man das Wort ‚Kriegsherr‘ erfindet“, kein Verständnis hat, sondern das Land höher als den Träger der Krone stellt, so erklärt sich das zur Genüge daraus, daß er dem Lande entstammt — Baden —, wo man schon seit Generationen mit der preußischen Spielart des Monarchismus gebrochen hatte. Umgekehrt mag man für das sachlich durchaus antirepublikanische bisherige Verhalten Hindenburgs mit Bezug auf Wilhelm II. einen mildernden Umstand darin finden, daß ihm die sich darin ausprägende feudale Denkweise des preußischen Altkonservativen von Jugend auf in Fleisch und Blut übergegangen war. Wie aber soll von diesem mildernden Umstand noch die Rede sein können, nachdem Hindenburg den Eid auf die Verfassung der Republik Deutschland geleistet haben wird?

---

\*) Seite 25 der neuen Ausgabe von 1907 usw. Das ganze diese Frage behandelnde Stück des Vortrags ist besonders lesenswert.

Denn darüber kann Hindenburg keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Leistung des Eides auf diese Verfassung den radikalen Bruch mit jener monarchistischen Doktrin darstellt, daß, so wenig man nach dem englischen Sprichwort gleichzeitig einen Kuchen aufessen und aufbewahren kann, man zugleich Untergebener Wilhelms II. und Wahrer der republikanischen Verfassung Deutschlands sein kann. Man kann, da das eine das andere politisch ausschließt, als ehrlicher Mensch immer nur das eine, nie aber beides zusammen sein. Der Präsident der deutschen Republik darf, auch in der Vorstellung nicht, sich nicht als Untergebener eines ehemaligen Regenten von Gottes Gnaden fühlen und sich dieser Idee entsprechend zu ihm verhalten. Was immer er für ihn als Menschen fühlt, darf ihn, sofern er sich nicht des Eidbruchs schuldig machen will, unter keinen Umständen verleiten, Bestrebungen auf Wiedereinsetzung des Mannes oder von dessen Dynastie auch den allergeringsten Vorschub zu leisten.

Und ebenso mit den Farben des Banners. Für Hindenburg mögen die Farben Schwarz-Weiß-Rot sich mit noch so liebgewordenen Erinnerungen verbinden: von dem Augenblick an, wo er den Eid auf die Verfassung der Republik leistet, deren Artikel 3 kurz und klar vorschreibt, „die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold“, können die Farben Schwarz-Weiß-Rot für ihn als Symbol nur noch Gegenstand der Vergangenheit sein, muß er sich als Mann von Charakter jede Huldigung mit ihnen als Symbol energisch verbitten. Daran dürfte denn auch der Plan der verschiedenen „völkischen“ Kameraderien scheitern, ihm, wenn er am 11. Mai für den Zweck der Ablegung des von der Verfassung vorgeschriebenen Eides in Berlin eintrifft, in möglichst großen Zügen mit wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen zu begrüßen. Hindenburg kann sich so etwas nicht bieten lassen, ohne damit dem Eid, zu dessen Ablegung er nach Berlin kommt, selbst den Stempel einer unwahrhaftigen Komödie aufzudrücken. Wortlaut und Geist der Verfassung, die zu wahren er beschwört, verbieten es dem Präsidenten der Republik, eine Demonstration gegen die von dieser Verfassung verkündeten Reichsfarben entgegenzunehmen. Und daß jener Plan besteht, kann ihm ja kein Geheimnis sein. Er wird also — sofern es nicht, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, schon geschehen ist — über seine Stellung zu ihm Entscheidung zu treffen haben. Sie mag ihm schwer fallen, aber keine Macht der Erde nimmt ihm diese Pflicht ab\*).

Das Geschilderte sind nur zwei der Gewissensfragen, vor die General v. Hindenburg durch Annahme des Amtes als Präsident der Republik sich gestellt sieht. Sie werden nicht die einzigen bleiben. Ueber noch ganz andere wird er Entscheidung zu treffen haben. Und wie die Handlungen der Regierung der Rechtsparteien, werden seine Entscheidungen eine nach der andern die demagogischen Schlagworte Lügen strafen, mit denen diese Parteien seine Wahl betrieben haben.

\*) Nachtrag. Das Oblige war bereits im Satz, als in der Presse bekanntgegeben wurde, daß Hindenburg die Leiter der Vereinigungen, die ihn begrüßen wollen, sprechen wird, bevor er die Fahrt antritt, die ihn an diesen vorbeiführt. Man wird also sehen, was er mit ihnen vereinbart.

## Das achte Weltwunder<sup>\*)</sup>

Von Josef Maria Frank

Es thront auf seinem unnahbaren Thron  
und wird von der gesamten anwesenden Bürgerschaft  
als das achte Weltwunder bestaunt und begafft  
und ist Sensation.

Und wurde diese, weil die Masse munkelte  
und wonders raunte, was er alles nur ist und hat und kann;  
und weil er sich darauf als orientaisierter Mann  
mystisch verdunkelte.

(Nach der Masse Meinung kann ihm keiner den Rang abschmieren  
und kann er mit dem Herrgott selbst konkurrieren.)  
Als solches Weltwunder und gerissenes Luda  
zeigt Korax den berühmten stinnesischen Buddha,  
mit Mona-Lisa-Lächeln und hypnotischem Blick  
ein bewährtes und renommiertes Panoptikumstück,  
made in Germany, D. R. P. und gesetzlich geschützt,  
was ihm nicht weh tut, aber immerhin nützt;  
immer zu gebrauchen und immer ein Schlager  
für Spießer, Interviewer und politische Lager.

*Nachwort:*

Ihm gehört alles, von dem man nicht weiß, wem es gehört,  
was dann diesen und jenen in der Ruhe stört.  
Vielleicht gehört ihm aber auch gar nichts und ist er ein armer Mann,  
was man bei einem Spieler und Bluffer nie wissen kann.  
(Man schließe und beachte: selbst Castiglioni  
verstrickte sich schließlich in zuviel Makkaroni!)

---

## Republikanische Beamte

Von W. Thureau (Berlin)

Es war voraussehen, daß der gelegentlich der letzten Reichspräsidentenwahl geführte Flaggenkampf zwischen den Farben des alten und des neuen Staates in denjenigen Bezirken, die vorwiegend von Beamten, Lehrern und Offizieren bevölkert werden, zugunsten der alten Reaktion entschieden werden würde. Wer an der politischen Einstellung dieser Kreise noch den leisesten Zweifel hatte, wurde eines besseren belehrt, wenn er sich den nationalistischen Mob in der Gegend des Kurfürstendamms ansah. Höhere und mittlere Beamte aller Grade, Offiziere und Lehrer höherer Schulen waren es, die, behängt mit den Farben des alten Reiches, in oftmals geradezu lächerlicher Aufmachung ihre sattsam bekannten Instinkte austobten und jeden Träger der geltenden Reichsfarben in pöbelhaftester Form begeiferten.

<sup>\*)</sup> Aus dem soeben erschienenen Band satirischer Gedichte: „Korax, Panoptikum Mensch“, Berlin SW 68, „Verlag Deutscher Bücher“, auf Büttchen in Halbleinen 8 M.

Man sollte allerdings annehmen, daß die aus Mitteln der Allgemeinheit bezahlten Staatsbürger die jetzt geltenden Reichsfarben mit derselben Energie verteidigen müßten, mit der sie früher für Schwarz-Weiß-Rot eintraten. Es lohnt daher eine Untersuchung der Umstände, aus denen die Beamtenschaft glaubt, denselben Staat, der sie besoldet, in der gehässigsten Form zu bekämpfen und von innen heraus unterminieren zu können.

Man stützt sich in diesen Kreisen auf Art. 129 Abs. 1 der Reichsverfassung, nach der die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten unverletzlich erklärt wurden. In lächerlicher Verdrehung des Sinnes dieses Satzes nimmt man als eins dieser Rechte für sich in Anspruch, den jetzigen Staat straflos bekämpfen zu können. Dabei waren mit diesen wohlerworbenen Rechten bei den Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar lediglich der Schutz des Berufsbeamtentums, die Anstellungs- und Pensionierungsverhältnisse sowie die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten gemeint. Niemand der an den damaligen Beratungen beteiligten Kreise dachte auch nur im entferntesten daran, als eines dieser „wohlerworbenen Rechte“ der Beamtenschaft ein Recht zur Aushöhlung des Staates selbst zu gewährleisten. Es muß doch daran festgehalten werden, daß jeder Beamte seinen Diensteid: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung“, freiwillig und ohne Hintergedanken ablegt. Nun kennt aber dieselbe Reichsverfassung einen Artikel 3, in dem es heißt: Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold. Wenn die Vereidigung überhaupt einen Sinn hat, dann ist jeder Beamte und Offizier auf diese Farben eidlich verpflichtet. Wer als Beamter und Offizier diese Farben bekämpft oder, wie es äußerst häufig geschieht, öffentlich schmätzt, macht sich damit selbstverständlich eines groben Verstoßes gegen seinen Diensteid und die durch ihn übernommenen Pflichten schuldig. Den Schutz des Art. 118 der Verfassung, der die persönliche Meinungsfreiheit gewährleistet, kann keiner dieser Eidesbrecher beanspruchen, denn diese Meinungsfreiheit wird ausdrücklich nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze gewährt. Nun lautet aber der § 10 des Reichsbeamtengesetzes: „Jeder Reichsbeamte hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu zeigen.“ Darüber kann doch aber kein Streit herrschen, daß jeder Beamte, der seinen der Reichsverfassung freiwillig geleisteten Eid wissentlich und absichtlich durch Verhöhnung der Reichsfarben verletzt, sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig erweist und den Disziplinargerichten überwiesen werden müßte.

Der Unterschied zwischen den kommunistischen und deutschnationalen Beamten, die beide den jetzigen Staat bekämpfen, besteht doch nur darin, daß der Kommunist seine Agitation lediglich außerhalb seines Dienstes betreiben kann, der deutschnationale Beamte dagegen denselben Staat, der ihn erhält, im Dienste mit den Mitteln desselben Staates unter Einsetzung des gesamten Verwaltungsapparats bekämpft.

Wer diese Unterminierung des geltenden Staatswesens durch die reaktionäre Beamtenschaft kennt, muß sich wundern, daß der Staat trotz dieser Maulwurfsarbeit überhaupt noch besteht. Dabei ist es ver-

hältnismäßig leicht, die Beamtenschaft zu zwingen, ihre freiwillig übernommenen eidlichen Pflichten auch zu erfüllen. Man ändere den Art. 129 in dem Sinne, in dem er seinerzeit geschaffen wurde, dahin ab, daß als „wohlerworbene Rechte“ lediglich die Anstellungs- und Pensionierungsverhältnisse gelten, und verfolge offenbare Verstöße gegen die Verfassung so, wie man es vor 1914 getan hat, und man wird sein blaues Wunder erleben. Diese großmäulige Gesellschaft ist ja im Grunde so feige, wie man es sich kaum vorstellt. Sie schwenkt, sobald sie den Willen zur Staatsbejahung fühlt, ein wie eine Rotte Unteroffiziere.

Durchaus zutreffend sagte der demokratische Abg. Dr. Preuß im Preußischen Landtag:

„Herr v. Richter will Sozialdemokraten und Deutschnationale gleichmäßig am Staatsleben und an der Staatsverwaltung beteiligen; das würde doch den Deutschnationalen zum größten Schaden gereichen, denn dann müßten ja 90 Prozent der jetzigen antirepublikanischen preußischen Beamtenschaft entfernt und durch Republikaner ersetzt werden. Das heutige Verhältnis im Beamtenapparat ist ja nur die Folge einer geradezu sträflichen Nachsicht; die Republik läßt mit sich Schindluder treiben. Wir werden sorgsam wachen, daß Reichspräsident und Republik nicht auseinandergelassen werden, daß die Republik von reaktionären Einflüssen freigehalten wird.“

Auf, Herr Reichspräsident Hindenburg! Hier bietet sich ein weites und dankbares Feld zur Befestigung der Staatsidee. Zeigen Sie, daß Sie unter Treuebekenntnis zur Verfassung etwas anderes verstehen als diejenige Beamtenschaft, die Ihren Namen fortgesetzt im Munde führt.

---

## Herrn v. Schliebens Hindenburg-Programm

*Von Kurt Heinig*

Der Satz in der Begründung des Hindenburg-Programms, der das Schicksal des ganzen deutschen Volkes umschloß, lautete dahin, daß zwar die Frauen durch ihre Heranziehung zur Männerarbeit schweren gesundheitlichen Schädigungen unterworfen worden seien, daß aber ohne Rücksicht darauf die Frauen und die Jugendlichen noch weit mehr herangezogen werden müßten.

Von jenem gleichen „sozialen Geiste“ sind die elf Steuergesetzesentwürfe erfüllt, die das Kabinett Luther-v. Schlieben jetzt eben dem Reichstag zur Beratung präsentiert hat.

Greifen wir aus der Fülle der Einzelheiten den Punkt heraus, um den sich der politische Kampf seit Jahren dreht, betrachten wir die deutschnational-volksparteiliche Erfüllung jener Forderung, die die Sieger vom 4. Mai 1924 auf ihre Fahne geschrieben hatten. Was ist aus der Aufwertung geworden?

Herr v. Schlieben stellte in der programmatischen Einführungsrede zu seinen elf Steuergesetzesentwürfen fest, daß vom Krieganleihebesitz jetzt etwa nur noch ganze zwei Milliarden Mark in den Händen der Altbesitzer seien. Die anderen haben eben verkaufen müssen;

und was sagt ihnen der Steuermann der Deutschnationalen? Seine Antwort lautet nach dem stenographischen Bericht:

„Wer jedoch seinen Anleihebesitz abgestoßen hat, mag es auch aus Not geschehen sein, kann auf eine Hilfe im Rahmen der Anleiheaufwertung keinen Anspruch erheben. Wohin sollte es führen, wenn man auch die bedenkt, die einst Besitzer von Anleihe waren?“

Ist das nicht ein wahrhaft sittlicher Standpunkt? Und ist die Antwort nicht auch im Ton schon durchaus der „vaterländischen Aufwertung“ des deutschen Volkes angepaßt, wie sie sich aus der Reichspräsidentenwahl eben erst ergeben hat?

Gehen wir von den Einzelheiten einmal zum Grundsätzlichen. Der Reichsfinanzminister, Dr. v. Schlieben, begründete seine Gesetzentwürfe einwandfrei richtig damit, daß sie auf Jahre hinaus die Entwicklung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft beeinflussen werden. Das ist zweifelsfreie Wahrheit. Aber wie sieht nun der Inhalt dieser Gesetzentwürfe eigentlich aus?

Herr v. Schlieben sagte dazu in der gleichen Rede:

„Das einzige Gesetz, das zum Zweck hat, die Einnahmen des Reichs zu vermehren, das Gesetz über die Erhöhung der Tabak- und Biersteuern, ist dringend notwendig, wenn wir zu einer ordnungsmäßigen Etatsgarantie kommen sollen.“

Also das ganze Gesetzgebungswerk enthält nur ein Gesetz, das den Zweck hat, die Einnahmen des Reiches zu vermehren! Was wollen dann die anderen Gesetzentwürfe?

Auf einem Umwege läßt sich untersuchen, was die anderen Gesetzentwürfe des Herrn v. Schlieben wollen.

Bekanntlich ist der Haushaltsvoranschlag für 1925/26 nichts anderes als eine Abschrift des Haushaltsvoranschlages für 1924/25. Nun haben sich für 1924/25 rund zwei Milliarden Mark mehr Reichseinnahmen ergeben, als veranschlagt waren! Demnach mußte der Voranschlag für 1925/26 positiv falsch sein. Weiter erfährt er naturgemäß auch eine entscheidende Korrektur durch die vorliegenden elf Steuergesetzentwürfe. Herr v. Schlieben hat in seiner Rede, die wir hier zur Grundlage der Erörterung genommen haben, sehr vorsichtig und nebenbei einen ehrlicheren Voranschlag für 1925/26 in wenigen Hauptziffern mitgeteilt, die von ihm auf Grund der voraussichtlichen Auswirkung der vorliegenden Steuerentwürfe errechnet worden sind. Dabei zeigt sich das Folgende:

	tatsächliche Einnahmen 1924/25	Schliebensche Schätzung 1925/26
	in Millionen Mark	
Besitz- und Verkehrssteuern	5700	5000
Zölle und Verbrauchssteuern	1500	1500

Was geht aus diesen Zahlen hervor?

Da die Verkehrssteuern, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer aus Lohn- und Gehaltsabzug nach den vorliegenden Gesetzentwürfen nicht abgebaut werden sollen, werden nach der Schliebenschen Berechnung die Besitzsteuern in der Zeit vom 1. April 1925 bis Ende März 1926 für sich allein rund drei Viertel Milliarde weniger erbringen als im abgelaufenen Steuerjahr! Das ist die Steuervermin-

derung zugunsten des Besitzes, die der Herr Reichsfinanzminister heute schon zugibt.

Die Zölle und Verbrauchssteuern sollen nach der Schätzung des Herrn Reichsfinanzministers im laufenden Steuerjahre ebensoviel erbringen wie im abgeschlossenen Fiskaljahre. Dazu kommen nach seinen eigenen Angaben aber 338 Millionen Mark Mehreinnahme aus der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Weiter hat Herr v. Schlieben verschwiegen, daß nach dem Wunsch seiner politischen Freunde und nach seiner eigenen Absicht im laufenden Steuerjahre eine gewaltige Zollmauer um Deutschland gezogen werden soll. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich nicht geniert, dies am 1. Mai zur Erläuterung der im Dunkel gebliebenen Stellen der Schliebenschen Etatsrede offen anzukündigen. Sie schrieb, daß die Verknüpfung zwischen den Komplexen der Steuergesetzgebung und des Zollschatzes nachdrücklich unterstrichen und damit die Stellungnahme des Reichsfinanzministers erweitert werden müsse! Bei vorsichtiger Ueberprüfung der Möglichkeiten kommt man so zur Vorkalkulation einer Zolllast — wenn die Deutschnationalen mit ihrem Hindenburg-Programm an der Herrschaft bleiben — von mindestens einer Milliarde gegenüber der vorjährigen Einnahme von 360 Millionen Mark.

Der wirkliche Voranschlag für das laufende Steuerjahre muß also unter Berücksichtigung der vorliegenden Steuergesetzesentwürfe etwa so aussehen:

Abbau der Besitzsteuern mindestens	700 Goldmillionen Mark.
Erhöhung der Zölle und der Tabak- und Biersteuer mindestens	1100 Goldmillionen Mark
im übrigen Beibehaltung des hohen Lohnsteuer-Abzuges, der Umsatzsteuer und der sonstigen Massenbelastungen.	

Wie sagte doch Herr v. Schlieben in der Einleitung zu seiner Etatsrede? „Auf Jahre hinaus wird die Entwicklung der deutschen zurzeit noch nicht wieder zur vollen inneren Festigung gelangten Staats- und Volkswirtschaft von der Gestaltung abhängig sein, die der Reichstag diesem Gesetzgebungswerk gibt!“ Weiter sagte er aber auch, daß alle Hemmungen für die Wirtschaft beseitigt werden müssen, die einer normalen Entwicklung entgegenstehen, und daß daher die neuen Steuergesetzesentwürfe der Wirtschaft die „Voraussetzungen zu einer freien Entwicklung“ sichern.

„So verfolgt die Milderung der Steuertarife im Gegensatz zu den Steuertarifen, die nach dem Zusammenbruch Gesetz geworden sind, das Ziel, die Produktionsfähigkeit und die Arbeitslust in Deutschland wieder zu heben und den Kampf der Steuertechnik gegen die bei überspannten Tarifen immer mehr sinkende Steuermoral aussichtsreicher zu gestalten.“

Herr v. Schlieben will also die Steuermoral auf die Art heben, daß er die Besitzsteuern abbaut!

Auch im übrigen ist Herr v. Schlieben um die Hebung der öffentlichen Moral außerordentlich bemüht. Betont er doch ausdrücklich, daß er kein abfälliges Urteil über die aussprechen wolle, die in der Zeit der Geldentwertung Anleihen an sich gezogen und so auf die Aufwertung spekuliert haben. „Auch sie hofften auf eine Besserung der

Währung und trugen bis zu einem gewissen Grade zur Stützung der Mark bei. Aus diesem Grunde soll ihnen auch der gleiche Aufwertungs-Kapitalbetrag in Reichsmark-Anleihe zufließen, wie den Altbesitzern.“

Zur Schande kommt also der Hohn. Die Spekulant trugen „zur Stützung der Mark“ bei und sollen deswegen an der Aufwertung der Reichsanleihen teilnehmen. Und diejenigen, die aus Not ihren Anleihebesitz abstoßen mußten, sie bekommen — wie wir schon weiter oben zitierten — nichts.

In einem sind wir mit Herrn v. Schlieben einig:

Er hat in seiner Etatsrede betont, daß das Londoner Protokoll für Deutschland das wichtige Ergebnis gehabt habe, daß ihm genau festgelegte Jahresleistungen auferlegt worden sind, dafür sei aber „eine unmittelbare Einwirkung des Auslandes auf die Finanzgebarung des Reichs und seiner Glieder, also auf die Gestaltung der Art und Höhe von Ausgaben und Einnahmen ausgeschlossen worden“. In der Art seiner Steuergesetzgebung ist Deutschland durch das Dawes-Gutachten also nicht gebunden worden, sondern frei geworden. Es bleibt dem deutschen Volke überlassen, ob es das steuerliche Hindenburg-Programm der Herren v. Schlieben und Luther verwirklichen will.

Optimisten meinen, daß die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sehr bald den wilden Flügel der Deutschnationalen gegen die derzeitige Reichsregierung vordrängen lassen wird. Wir fürchten, daß sich diese Annahme als falsch erweist. Stresemann und Luther, Herr v. Schlieben und noch ein halbes Dutzend andere von der gleichen Sorte, sie können sich sämtlich hinter dem breiten Rücken des „jungen“ Reichspräsidenten, in einer wahren Hindenburg-Stellung, gegen die politisch Rechtsverrückten möglicherweise viel länger halten, als für das Volk erträglich ist. Deswegen ist der Kampf um die elf Steuergesetzentwürfe und sein Ausgang für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Mit den Erträgen der elf Steuergesetzentwürfe, wie sie jetzt aussehen, kommen wir in den Wohlfahrtsindex des Dawes-Gutachtens hinein! Und wenn das deutsche Volk über seine bisher festgelegten Verpflichtungen in Zukunft hinaus einmal noch weitere, erhöhte Zahlungen leisten muß, so wird es sich dann bei denen bedanken können, die das „großzügige Steuerreformwerk“ von 1925 siegreich erzwungen haben.

---

## Die sozialistische Presse

Von Robert Breuer

Es war ein ausgezeichneter Gedanke, endlich einmal ein sinnfälliges Panorama der sozialistischen Presse aufzutun. Man konnte es auf der Reichsreklammesse, die in Berlin, in dem durch seinen Treppenthrhythmus markanten Funkhaus stattfand, betrachten. In fünf Räumen, die einheitlich durch Farbe und architektonische Anordnung zusammengefaßt wurden, waren die Parteizeitungen Deutschlands versammelt; ein Hintergrund, der instruktiv und amüsant die einzelnen Herrschaftsgebiete der sozialistischen Presse illustrierte und daneben die Leistungsfähigkeit der Druckereien durch mannigfache Qualitätserzeugnisse bewies, gab



solcher Versammlung von mehr als 160 Blättern einen festen Zusammenhalt und zugleich einen aussichtsreichen Horizont. Man darf annehmen, daß so mancher Besucher dieser roten Zeitungsparade einigermaßen erstaut und vielleicht sogar erschüttert gewesen sein mag. Manch Bürger wird die Augen aufgerissen haben: daß die Arbeiter solch eine geistige Macht in Deutschland darstellen. Denn diese 160 proletarischen Zeitungen sind tägliche Wirksamkeit, sie haben einen Aktionsradius, der Deutschland in seinen Achsen vom Westen zum Osten und vom Norden zum Süden umfaßt. Nur der Osten ist ein wenig vernachlässigt. Man sah es am besten auf einem großen geographischen Tableau, in das die einzelnen Blätter der Partei als Fähnchen eingesteckt waren. Das gab einen Wald von Zeitungen, den Leib der Republik überschattend, und man darf hinzufügen: ihn schützend und wehrhaft machend.

Aber nicht nur eine Geistesmacht wurde durch diese Ausstellung enthüllt, auch eine Wirtschaftsmacht. Die meisten dieser Zeitungen haben eigene Druckereien, eigene Buchhandlungen. In diesen Druckereien wird nicht nur das Blatt gedruckt, daneben entstehen noch Zeitschriften, Fachblätter aller Art, Reklamedrucksachen und was sonst buchgewerblich zu leisten ist. Einige dieser Druckereien zeigten hervorragende Druckwerke, im besonderen mustergültige Akzidenzen, die sachlich und doch empfindungsvoll angeordnet, zu den besten Stücken der hochentwickelten deutschen Typographie gerechnet werden dürfen.

Noch in einem andern Sinne bilden diese 160 sozialistischen Zeitungen eine Wirtschaftsmacht und greifen in das Wirtschaftsleben Deutschlands ein. Sie zwingen zum Inserat. Eine gut aufgemachte Statistik zeigte, welche Leserkreise von dieser vielgliedrigen sozialistischen Presse erfaßt werden. Leserkreis bedeutet Kundschaft. Kundschaft will gerufen werden, also muß — ob einem das Rot gefällt oder nicht — auch in den Arbeiterblättern inseriert werden. Diese Wirtschaftsmacht wollen wir nicht unterschätzen, sie läßt sich im übrigen und besonders, wenn es sein muß, wirksam ausbauen. So betrachtet, war der Aufmarsch der sozialistischen Presse und der in ihr gegebenen Wirtschaftskraft eine recht beachtenswerte Hilfsstellung für politische Absichten und Möglichkeiten. Wir sind auch darum für diese, soweit wir unterrichtet sind, von der Druckerei des „Vorwärts“ redigierte Ausstellung außerordentlich dankbar, und wir möchten nur wünschen, daß diese fünf Räume auch über die Zeit der Reklamemesse hinaus uns irgendwie erhalten blieben.

Die bedeutsame Entwicklung der sozialistischen Presse ist von den Unternehmern nicht unbeachtet geblieben. In dem soeben erschienenen umfangreichen Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird hierauf mit anerkennenden, aber auch ein wenig grollenden und unwillig die Gefahr witternden Worten hingewiesen. Es heißt da: „Mit ganz besonderem Nachdruck ist der Aufbau der Presse und im Zusammenhang damit auch der Ausbau sonstiger publizistischer Tätigkeit von seiten der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften betrieben worden. In diesem Zusammenhang sei auf die außerordentlich rührige Verlagsanstalt des A.D.G.B. verwiesen, die es sich besonders in letzter Zeit zur Aufgabe gemacht hat, ihre kulturpolitischen und sozialpolitischen Veröffentlichungen auch in für jugendliche Kreise geeigneten Ausgaben herauszubringen. Daneben hat die sozialdemokratische Fachpresse eine beachtliche Bereicherung in einigen gut geleiteten Zeitschriften

erfahren. Eine weitgehende Zentralisation der Leitung dieser Veröffentlichungen scheint eingetreten zu sein, da man feststellen muß, daß sie gedanklich nahezu völlig übereinstimmen. Unzweifelhaft liegt in dieser publizistischen Tätigkeit eine große Kraftquelle, die um so mehr in die Erscheinung tritt, als die sozialdemokratische Tagespresse sich des vielseitigen von ihrer Fachpresse gebotenen Stoffes mit Geschick zu bedienen versteht. Auf den großen Einfluß, welchen die sozialdemokratische offizielle Korrespondenz, der sozialdemokratische Parlamentsdienst, ausübt, muß bei Würdigung dieser Frage besonders hingewiesen werden. Der mehrfach festzustellende Versuch, die öffentliche Meinung durch unrichtige Nachrichten zu beeinflussen, sei hier nur kurz erwähnt. Es kommt hinzu, daß die sozialdemokratische Presse ihre an sich schon erheblich günstiger gewordene wirtschaftliche Lage durch eine geschickte Bearbeitung des Anzeigenteils noch weiter zu verstärken versteht. Ein naheliegender Vergleich mit der Fachpresse des deutschen Unternehmertums führt zu der keineswegs erfreulichen Erkenntnis, daß dieser, soweit es sich nicht um ganz ausgesprochen nur einem Industriezweck dienende Fachblätter handelt, eine viel geringere Unterstützung in dieser Beziehung zuteil wird, als das nötig wäre, um diese wichtigen Organe so auszubauen und erweitern zu können, wie das der Bedeutung der innerpolitischen Auseinandersetzungen entsprechen würde. Das Verständnis für die Bedeutung und den Wert, aber auch für die Aufgaben der Tages- und Fachpresse scheint auf seiten der Arbeitgeberschaft leider noch immer weniger klar vorhanden zu sein, als das bei den Arbeitnehmern der Fall ist.“

Wir können getrost lächeln, wenn der Chronist der Arbeitgeberverbände von der Arbeiterpresse feststellen möchte, daß sie mehrfach den Versuch gemacht habe, die öffentliche Meinung durch unrichtige Nachrichten zu beeinflussen. In dieser Spezialität ist die bürgerliche Presse der sozialistischen und ist ganz besonders die Presse der Schwerindustrie reichlich überlegen. Uns genügt, daß die Arbeitgeberschaft vor der sozialistischen Presse Respekt bekommen hat, und gerade darum war das Panorama der sozialistischen Presse so nützlich, weil es solchen Respekt notwendig gefördert haben muß.

Mehr als dürftig war, was es auf der Reklamemesse an demokratischen Blättern zu sehen gab. Man darf sagen, daß — ausgenommen Berlin und Frankfurt, und vielleicht noch zwei, drei größere Städte — die demokratische Presse tot, mausetot ist. Die Schwerindustrie hat alles aufgefressen. Girardet, Huck, Broschek, Huggenberg, Stinnes: das sind die Großfabrikanten der öffentlichen Meinung für die deutsche Provinz. Sie fabrizieren Dummheit und Lüge per Rotation; sie besorgten die Wahl des Herrn Hindenburg. Wahrscheinlich wären wir längst bis zum Rhein hin ostelbisch, wenn nicht die sozialistische Presse ihren Wald von Zeitungen der Republik zum Schutz und zur Wehr machtvoll gepflanzt und entfaltet hätte.

## Neuorganisation der liberalen Partei in England?

Von Albin Michel

Bei den Liberalen in England ist nach ihrer schweren Niederlage bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen ein Johannistrieb eingeleitet. Die Führer dieser Partei können es noch nicht überwinden, daß sie im Unterhaus nicht nur gegenüber den Tories, sondern auch gegenüber der Arbeiterpartei zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Lloyd George und die andern liberalen Parteiführer glauben, daß die liberale Partei Englands noch eine Zukunft hat und wollen eine Neuorganisation durchführen, die die Partei wieder in die Höhe bringen soll. Rein organisatorisch wird zunächst an eine bessere finanzielle Unterlage gedacht. Durch einmalige Beiträge reicher Parteifreunde und durch Einführung von regelmäßigen Parteisteuern will man einen Fonds von einer Million Pfund Sterling schaffen, der bei den nächsten Wahlen das finanzielle Rückgrat von 500 liberalen Kandidaten sein soll. Auch ein festes Parteiprogramm wollen sich die Liberalen schaffen. Dabei sollen Forderungen in den Vordergrund geschoben werden, die zum größten Teil auf Arbeiterwähler berechnet sind. Dazu gehören: die Forderung eines Minimallohnes für die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Reform der ländlichen Besitzverhältnisse; die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Industrie; die Bekämpfung der Trusts, Kartelle und Preiskonventionen; die Reform des Wohnungswesens. Im Kohlenbergbau wird vorgeschlagen eine gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter, die darauf hinausgeht, die Bergarbeiter zu Kleinaktionären zu machen; das Frauenwahlrecht soll verbessert werden; die Altersversorgung soll schon mit 65 Jahren beginnen. Die Liberalen wollen sich weiter für eine weitgehende Reform des Hauses der Lords einsetzen, verlangen die Neuorganisation und Weiterbildung der Selbstverwaltung und vor allem die Einführung des Proportionalwahlrechts. Dabei machen die Liberalen auch noch geltend, eine besondere Weltanschauung zu haben, die von der der Konservativen und der der Arbeiterpartei abweicht.

Zunächst scheint bei den englischen Liberalen durch diese in Aussicht gestellte Wiedergeburt der Partei eine ziemlich hoffnungsfrohe Stimmung eingeleitet zu sein, aber es dürfte sich bald zeigen, daß diese Hoffnungen trügerisch sind, daß gar keine Aussicht mehr besteht, die liberale Partei wieder zu einer großen Macht im politischen Leben Englands gelangen zu lassen. Eine Hauptforderung der Liberalen ist die Einführung des Proportionalwahlrechts. Ein derartiges Wahlrecht würde zwar die Zahl der liberalen Abgeordneten im Unterhaus ziemlich stark in die Höhe schnellen lassen, da die liberale Partei immer noch über einige Millionen Wähler aus den Mittelklassen und zum Teil auch noch aus der Arbeiterschaft verfügt, aber auch dann wäre eine vorherrschende Stellung der liberalen Partei kaum mehr möglich. Nun müßte aber über das Proportionalwahlrecht im englischen Volke eine Schwenkung von Grund auf vor sich gehen, ehe sich die Gegner der Liberalen, Tories so gut wie Arbeiterpartei, zur Einführung dieses Wahlrechts entschließen könnten. Wie der große Sieg der Tories bei den letzten englischen Parlamentswahlen zu einem wesentlichen Teil auf den Umstand zurückgeführt werden

muß, daß große Teile der Wählerschaft im Unterhaus wieder feste Mehrheitsverhältnisse herbeiführen wollten, und weil die Wählerschaft noch nicht das Vertrauen hatte, die Arbeiterpartei könne jetzt schon klare Mehrheitsverhältnisse schaffen, für die Konservativen gestimmt hat, so sind die meisten Engländer gegen das Proportionalwahlsystem, weil dieses die Mehrheitsverhältnisse im Parlament unklarer zu machen geeignet ist.

Vor Jahrzehnten galten die englischen Liberalen als die Partei für „Frieden, Sparsamkeit und Reform“. Unter Gladstone gab es Zeiten, da man in der liberalen Partei und in der von den Liberalen gestellten Regierung recht geringschätzig über die Kolonien dachte. Die meisten Liberalen vertraten die Ansicht, daß der Besitz von Kolonien an sich noch nicht dem einheimischen Handel zugute komme und daß nicht viel verloren sei, wenn die Kolonien aufgegeben würden. Deswegen erhielten die liberalen Parteiführer den etwas spöttischen Namen „Kleinengländer“. Aber bereits in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gingen imperialistische Neigungen auch auf die „Kleinengländer“ über. Jetzt ist ein Teil der Liberalen nicht weniger imperialistisch gesinnt wie die Tories, und nur noch in der Forderung auf Aufrechterhaltung des Freihandels unterscheiden sich Liberale und Konservative. Auch wenn sich die liberale Partei ein Programm gibt, das im Innern für Reformen und nach außen für den Völkerfrieden und für die Schaffung eines starken Völkerbundes eintritt, wird in der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung Englands immer mehr erkannt werden, daß eine liberale Reform notwendigerweise immer in Halbheiten stecken bleiben muß. Kann aber die liberale Partei von den Arbeitern nur recht wenig Wähler für sich zurückgewinnen, so ist ein Wiedezuströmen von rechts ebenso unwahrscheinlich. Auch unter der konservativen Wählerschaft gibt es viel „Treibholz“, Schwankende, deren Abstimmung immer von unklaren Gefühlen und von Zufälligkeiten abhängt, aber der Kern der Tories neigt sich dem Schutzzoll zu, wird sich für weitgehende innere Reformen nicht begeistern können, und wird im Völkerbund immer nur ein Machtinstrument zugunsten Englands oder wenigstens der Großmächte sehen.

Auch den Tories werden also die Liberalen kaum soviel Wähler abjagen können, um wieder zu einer machtvollen Stellung zu kommen. Machen die Konservativen in den nächsten vier Jahren große Fehler, verstimmen sie durch ihre Politik die Massen, so wird bei den nächsten allgemeinen Wahlen das Pendel der Wahlstimmung nicht zu den Liberalen hinüber ausschlagen, sondern weiter nach links, hinüber zur Arbeiterpartei. Kommt bei den englischen Wählern erst einmal stimmungsmäßig die Anschauung zum Durchbruch, daß die Arbeiterpartei imstande ist, im Unterhaus eine feste Mehrheit zu stellen, so werden nicht nur Wähler von den Tories, sondern auch von der liberalen Partei zur Arbeiterpartei hinüberwandern, und die liberale Partei wird noch bedeutungsloser werden, als sie es jetzt schon ist. Lloyd George ist im Parlament immer ein geschickter Taktiker gewesen, aber die Aufgabe, die liberale Partei von neuem auf die Füße zu stellen, wird er nicht durchführen können. Asquith, der andere Hauptführer der Liberalen, zieht sich jetzt als Graf von Oxford in das Haus der Lords zurück, und auch Lloyd George wird sich damit abfinden müssen, daß er kaum mehr als Staatsmann auf den Regierungsbänken des englischen Unterhauses sitzen wird.

# Bodenbesteuerung und Lebensmittelzölle

*Von Oberregierungsrat Talmon-Gros in Stuttgart*

Zwei Dinge, die anscheinend auf ganz verschiedenen Gebieten liegen — aber nur anscheinend.

In Nr. 32 der „Glocke“ vom vorigen Jahr habe ich mich darzulegen bemüht, daß und aus welchen Gründen es absolut notwendig ist, mit dem bisherigen System der Bodenbesteuerung zu brechen und zum Prinzip der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert für jeden Boden ohne Ausnahme überzugehen mit der Maßgabe, daß der Grundsteuer nur der reine Boden, nicht aber die durch menschliche Arbeits- und Kapitalaufwendungen geschaffenen Verbesserungen, wie Bauwerke usw., unterstellt werden. Zu den dort erörterten Gesichtspunkten ist nun ein neuer von besonderer Tragweite getreten: Das Verlangen der Landwirtschaft nach neuen Lebensmittelzöllen und sonstigen Staatsfürsorgemaßnahmen. Die Zeitungen, namentlich die Fachblätter der Landwirtschaft und die politische Presse der Rechtsparteien, sind seit einiger Zeit voll von diesen Forderungen; die süddeutschen Landwirtschaftskammern haben auf ihrer Konferenz in Darmstadt u. a. sogar verlangt: Ermäßigung der Steuerlast im ganzen, Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer, Beseitigung der Umsatzsteuer, sofortige Wiederherstellung eines ausreichenden Zollschatzes für die Landwirtschaft, Förderung der Vorbereitungen für den Abschluß langfristiger Handelsverträge, Beschränkung der Einfuhr von lebendem Vieh, Gefrierfleisch, frischer und kondensierter Milch sowie von Butter auf ein Mindestmaß.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die parteipolitische Seite der Sache mit keinem Worte eingehen. Daß wir eine lebenskräftige Landwirtschaft absolut nötig haben, ist selbstverständlich; und ebenso selbstverständlich ist, daß wir im Interesse unserer Volksernährung und zur Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt niedrige Nahrungsmittelpreise brauchen. Hier zwischen den Interessen der Erzeuger, der Landwirtschaft, die naturnotwendig nach auskömmlichen Erzeugerpreisen streben muß, und der Verbraucher, die billiger Ladenpreise bedürfen, den gerechten Ausgleich zu finden, ist das Gebot der Stunde. Er wird zunächst auf dem Wege der Steigerung der Produktion durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik (die sicher noch nicht auf dem Gipfelpunkt des Erreichbaren angelangt ist) und der Ausschaltung entbehrlicher Zwischenglieder auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher zu suchen sein. Anderweite Maßnahmen direkten Staatsschutzes, wie Schutzzölle, Einfuhrbeschränkungen usw., werden erst dann in Frage kommen, wenn alle andern Mittel bis zur Grenze des nach den Umständen Möglichen ausgenutzt sind. Vorausgehen muß aber eine grundsätzliche Aenderung unserer Bodenpolitik. Wer ein wenig über volkswirtschaftliche Dinge unterrichtet ist, weiß, daß der jeweilige Stand jeder Volkswirtschaft sich in den Bodenpreisen niederschlägt und daß dies am unmittelbarsten bei demjenigen Wirtschaftszweig der Fall ist, bei dem der Boden das hauptsächlichste Produktionsmittel ist, bei der Landwirtschaft. Wenn nun durch staatliche Fürsorgemaßnahmen, wie Schutzzölle und ähnliches, die Rentabilität der Landwirtschaft gesteigert wird, so geht sofort der Bodenpreis in die Höhe, der augenblickliche Be-

sitzer fordert und erhält den Rentenzuwachs beim nächsten Verkauf kapitalisiert im Kaufpreis; der neue Besitzer hat von der Schutzmaßnahme keinen Vorteil mehr, er produziert unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor Einführung des Schutzzolls usw. bestanden, und schreit natürlich nach einem neuen Schutzzoll. Und wenn so ein großer Teil des landwirtschaftlichen Bodens den Eigentümer gewechselt hat, so ist eine neue Notlage der Landwirtschaft da, die nach Zollerhöhung usw. verlangt, eine Schraube ohne Ende, unter deren Auswirkung unsere Volkswirtschaft zugrunde gehen muß.

Ehe man derartigen künstlichen Förderungsmaßnahmen, wie es Schutzzölle usw. zweifellos sind, nähertritt, muß zuerst Art. 155 der Reichsverfassung in die Tat umgesetzt werden; es muß dafür gesorgt werden, daß die Wertsteigerung, die ohne eine Arbeits- und Kapitalsaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Dies kann nur geschehen im Wege der Zusatzbesteuerung, und diese ihrerseits muß aufgebaut werden auf einer allgemeinen Grundwertsteuer, einer Steuer vom Wert des reinen Bodens ohne die durch menschliche Arbeits- und Kapitalaufwendungen geschaffenen Wertverbesserungen. Die Zeit drängt; denn die Vertreter der Landwirtschaft, deren Einfluß bei der derzeitigen Parteikonstellation sehr groß ist, sind mit Macht hinterher, um einschneidende Schutzmaßnahmen durchzusetzen; und es besteht große Gefahr, daß es ihnen bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gelingt, ihren Willen durchzusetzen. Geschieht dies vor Durchführung des in Art. 155 der Weimarer Verfassung aufgestellten Bodenreformprogramms, so geht unsere Volkswirtschaft unfehlbar zugrunde; denn zu der bestehenden schweren Belastung der Lebenshaltung jedes einzelnen und damit der Gestehekosten unserer Wirtschaft würde eine neue gewaltige Tributpflicht, nicht zugunsten der Allgemeinheit, sondern eines einzelnen Standes treten, und diese Belastung würde dem bevorzugten Stand nur vorübergehend, nicht aber auf längere Dauer nützen, die übrigen Stände aber aufs schwerste schädigen und namentlich die Gestehekosten unserer Industrie gewaltig in die Höhe treiben, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt vernichten und so die Ausfuhr deutscher Arbeit ins Ausland, mit der allein wir unsere Verschuldung an das Ausland abtragen können, unmöglich machen. Es heißt also jetzt: Alle Mann an Deck! Wir stehen vor einer Entscheidung, die über Sein und Nichtsein des deutschen Volkes entscheiden wird.

---

## Der Schiedsmann

Von Prof. R. Neunzig

Für das Maß der Beschäftigung der Strafjustiz ist neben den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen in hohem Grade bestimmend die psychologische Beschaffenheit des Volkes. Sie bedingt jenen seelischen Zustand, der von den Strafrechtlern als die „kriminelle Reizbarkeit“ bezeichnet wird.

In seiner im Felde verfaßten trefflichen Schrift „Der Krieg und die Kriminalität der Jugendlichen“ (Halle a. d. S. 1916, Verlag der Buch-

handlung des Waisenhauses, S. 23ff.) weist der Amtsrichter Dr. A. Hellwig nach, wie der Eifer der Verfolgung von Straftaten der Jugendlichen, sowohl bei den Geschädigten wie bei den Behörden und Gerichten, durch den Krieg mit dem anfänglichen Aufflammen der Begeisterung vermindert, bei der allmählichen Gewöhnung an den Kriegszustand wieder gesteigert wurde. Ohne weiteres läßt sich annehmen, daß ähnliche Erfahrungen hinsichtlich der Kriminalität der Erwachsenen und des Verhaltens der Betroffenen in bezug auf sie sich nachweisen lassen. Für die Statistik der kriminellen Reizbarkeit und ihrer Auswirkung besonders lehrreich dürfte das Gebiet der Beleidigungsklagen im weitesten Sinne sich erweisen. Handelt es sich hier doch um die Auslösung der persönlichsten Empfindungsreize. Jeder Schiedsmann kann ein Lied singen von dem Haß, der Erbitterung, dem Verfolgungseifer, der Rachsucht, die durch Ehrkränkungen, Verleumdungen und üble Nachrede geweckt werden und selbst vor nächster Verwandtschaft, Freundschaft und Dankespflicht nicht Halt machen. Allerdings wirkt ja die Tätigkeit des Schiedsmanns als Hemmnis jener Statistik, weil sie eben die Strafverfolgung durch die Sühne zu ersetzen bestimmt ist. Sie ist in gewissem Umfang der Blitzableiter der „kriminellen Reizbarkeit“, dieses Seelenzustandes, der letzten Endes dem Rechtsgefühl, oft genug aber auch weniger ethischen Empfindungen entspringt.

Die schiedsmännische Tätigkeit wird von den Laien noch immer nicht genügend gekannt und gewürdigt — im Gegensatz zu den Juristen; denn sie haben vor nicht allzulanger Zeit die Grenzen dieser Tätigkeit nicht unwesentlich erweitert.

„Schiedsrichter“ pflegt den Träger dieses Ehrenamts mißverständlich die große Masse der wenig juristisch denkenden Laien anzureden und anzuschreiben und macht sich keine Gedanken darüber, daß der Angerufene nicht im geringsten zu richten oder zu entscheiden hat, sondern nur als ein Schlichtungsorgan amtiert, das in bestimmten Fällen streitende Parteien davor bewahren soll, vom Kadi abgeurteilt zu werden; allerdings auch diesen, sich mit allerlei Bagatellen zu befassen, die sich auf dem Wege gütlicher Einigung viel besser erledigen lassen. „Nun wünsche ich Ihnen, daß Sie recht viel Erfolg haben!“ Diesen Wunsch pflegt der Landgerichtspräsident dem neugewählten Schiedsmann nach der Vereidigung mit auf den Weg zu geben. Nicht unzutreffend würde die Antwort des also Beglückwünschten lauten: „Daß ich viel Erfolg habe, das wünsche ich in erster Linie Ihnen!“

Denn daß die schiedsmännische Betätigung geeignet ist, zur Entlastung der Gerichte nicht unerheblich beizutragen, das hat auch der glücklicherweise verflossene Emminger erkannt und darum den Wirkungskreis dieser Ehrenbeamten bedeutend erweitert. War nämlich bisher nur für die auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungen und Körperverletzungen der Schiedsmann die zum Zwecke der Sühneverhandlung zuständige Vergleichsbehörde, so gilt jetzt auch das Vergehen des Hausfriedensbruchs, der leichten vorsätzlichen und fahrlässigen Körperverletzung, der Verletzung fremder Geheimnisse, der Sachbeschädigung und der Bedrohung erst dann als verfolgbar, wenn der Sühneversuch ohne Erfolg geblieben ist.

Dieser Erfolg hängt nun natürlich nicht bloß vom Schiedsmann ab, obwohl seinem Geschick, seiner Menschenkenntnis und Lebenserfahrung

eine nicht geringe Rolle dabei zufällt, sondern wesentlich auch vom guten Willen und der Versöhnlichkeit der Parteien. Ist doch der Beklagte gesetzlich berechtigt, durch sein Nichterscheinen zum Termin den Schiedsmann ohne weiteres auszuschalten. Er braucht dabei sein Verhalten nicht einmal zu begründen, sondern hat — bei einer Ordnungsstrafe in verschiedener Höhe — lediglich rechtzeitig mitzuteilen, daß er der an ihn ergangenen Vorladung zum Sühneversuch nicht Folge leisten werde.

Aber nicht gering ist die Zahl derer, die es bereut haben, die Möglichkeit des friedlichen Ausgleichs, wie sie sich vor dem Schiedsmann bietet, aus Eigensinn, aus Trotz oder auch aus Leichtsinne von sich gewiesen zu haben. Schreibereien, Anwaltskosten, Zeitversäumnis, ärgerliche Auseinandersetzungen, Enttäuschung und gerichtliche Bestrafung wären vielleicht erspart geblieben, und an Stelle des immerhin peinlichen Gefühls einer Verurteilung und der Freude des Gegners über seinen Triumph hätte eine gegenseitige Aussprache und friedliche Beilegung des Konflikts wenigstens zu einem *modus vivendi*, wenn nicht gar zur freiwilligen Versöhnung geführt. Wenn somit die Tätigkeit des Schiedsmanns geeignet ist, mancherlei Hindernisse des friedlichen Zusammenlebens der Menschen durch leichte Mittel zu beseitigen, so ergibt sich daraus die hohe soziale Bedeutung dieser Einrichtung.

Um nun auch ein paar Worte über die Träger des Ehrenamts hinzuzufügen, so versteht es sich von selbst, daß die Auswahl der richtigen Personen — sie werden von der Gemeinde gewählt und bedürfen der Bestätigung durch den Landgerichtspräsidenten — die Grundgewähr für ihre Wirksamkeit bietet. Fachliche Vorbildung ist keineswegs erforderlich, nicht einmal erwünscht — bei einer Betätigung, die rein menschlich durch Einwirkung auf den gesunden Menschenverstand, auf das Gemüt und das Billigkeitsgefühl ausgeübt wird. Diese Fähigkeit ist an keinen Beruf oder Stand gebunden, sie findet sich überall da, wo sich soziales Empfinden mit demokratischem Gleichheits- und Gerechtigkeitsgefühl verbindet. Da die Tätigkeit des Schiedsmanns rein ehrenamtlich, also ohne Entgelt, und infolge des mancherlei Schreibwerks — Vorladungen, Verhandlungen, Bescheinigungen und Ausfertigungen — und infolge der eigentlichen, bisweilen ausgedehnten Terminverhandlungen und der außerterminlichen Rücksprache mit den Parteien ziemlich zeitraubend und mühevoll ist, so setzt die Uebernahme des Amtes ein nicht geringes Maß an Opferwilligkeit voraus. Sie ist ein Dienst am Volke, zu dem sich jeder wahre Demokrat freudig bereitfinden sollte.

Das „Institut des Schiedsmanns“ wird im Jahre 1927 auf sein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Möge es, bis dahin weiter ausgebaut, seine innerpazifistische Tätigkeit in immer stärkerem Maße entfalten und weiterhin einen Damm bilden gegen das Uebermaß und die Auswüchse der kriminellen Reizbarkeit.



# Pariser Theater

Von Alfons Fedor Cohn

Die Pariser Theater haben hinsichtlich der Billetpreise dieselben bauernfängerischen Sitten wie die Berliner. Man verlangt an der Kasse für einen guten Platz den für Franksverdiener ungeheuerlichen Preis von etwa 240 Franks, was doch immerhin über 50 Mark ist. Aber man bekommt, wenn man die Stellen kennt, allenthalben Bons, auf die man erhebliche Ermäßigungen beanspruchen kann, und sieht so z. B. eine anständige Pirandello-Aufführung im „Atelier“, dem alten „Théâtre Montmartre“, für ganze 5 Franks, also für etwas über eine Mark. Nun ist ja das Theater als rücksichtsloses Geschäftsunternehmen in Paris zu einer Zeit längst anerkannt worden, als man sich bei uns noch einbildete, mit bloßem Idealismus eine gute Schaubühne am Leben zu erhalten; aber jetzt müssen eben alle Kräfte und Einfälle der Reklame heran, um für das Theater in der Öffentlichkeit zu werben, um im Theater selbst für andere Interessenten Reklame zu machen. Es ist ja ganz bekannt, daß nur dasjenige Theater, das interessiert, überhaupt auf Besprechungen in der Presse rechnen kann. Manch einer mit einer kleinen Bühne und einem festen Stamm von Publikum, wie Lugné-Poe mit seinem „Theatre de l'Oeuvre“, hat es allerdings nicht nötig, die Reklamespesen aufzubringen; er kommt auch so durch. Aber in seinem Programmheft scheut er die (ihm bezahlte) Reklame natürlich ebensowenig wie die großen Ausstattungsbühnen, die ihre Kosten offenbar zu einem wesentlichen Teil aus den gedruckten und vielfach gesprochenen Anpreisungen aller möglichen Firmen bestreiten, wie wir es ja auch von unsern Revuetheatern her gewohnt sind. Es ist doch aber ein bißchen viel, unter dem Personenverzeichnis eine Angabe zu finden, von welcher Firma die in einem Einakter gebrauchte Zigarettenspitze stammt, und es ist geradezu ein Witz der Reklame, wenn einem Revuebild „Karneval im Regen“, der übrigens auf den Hintergrund gestrichelt ist, auf dem Zettel der Zusatz folgt: „Die Künstler sind gegen den Regen durch die wasserdichten Röcke der Firma Soundso geschützt.“

Das Theater dient aber nicht nur dem eigenen Geschäft und der geschäftlichen Reklame, sondern auch im Notfalle der Politik. So spielte die Kopenhagener Schauspielerinnen Betty Nansen mit ihrem Manne Bentzon bei Lugné-Poe im „L'Oeuvre“ inmitten eines französischen Ensembles Ibsens „Gespenster“ auf dänisch. Trotzdem das Stück in Paris bekannt ist, waren die bei der Premiere anwesenden Franzosen an den Fingern herzuzählen, und bei den Wiederholungen fehlten auch die bei der Premiere ehrenhalber paradierenden Skandinavier. Noch dazu ist diese Rolle für Betty Nansen, die ihre Eigenart in der Wiedergabe der stummen, dumpfen weiblichen Passion hat, eine unglückliche Wahl; sie spielte und konnte ihrem Wesen nach die Frau Alving nicht wie Oswalds Mutter, sondern wie seine Geliebte spielen. Das zerbrach die Wirkung mehr, als das scheinbar unorganische der beiden einander völlig fremden Sprachen. Und der Zweck des Ganzen wird nicht ersichtlich, wenn man es nicht als eine recht gekünstelte Huldigung des französischen Geschmacks vor dem dänischen Theater auffassen will, die gleichzeitig politisch Stimmung machen möchte. Betty Nansen hat ihr recht gut geleitetes lite-

rarisches Theater in Kopenhagen verkaufen müssen, da es sich auf diesem Niveau nicht rentierte; kann sie dabei auf eigenes Risiko, wie behauptet wird, in Paris gastieren? Ein paar Tage darauf erhielt sie eine Dekoration durch das Kultusministerium; Lugné-Poe aber lehnte die in denselben Tagen seiner Frau Suzanne Désprès zgedachte Ehrenlegion in ihrem Namen ab, weil sie „unabhängig“ bleiben wollte.

Irgendein neues, grundstürzendes Talent unter den Autoren gibt es nicht; man sucht es kaum und würde es, fände es sich, sicherlich nicht gern aufführen. Pirandello grassiert natürlich, ein alter Reißer wie Henri Bernsteins „Dieb“ steht immer noch auf dem Zettel, jüngere Macher wenden sich immerhin der Zeitgeschichte zu und wagen so etwas, anderswo Undenkbares, wie Krieg und Kriegsfolgen pazifistisch zu glossieren. Immerhin in dem Siegerlande, in dem heute bei Menschen und Einrichtungen so sichtbar wenig an Krieg und Sieg erinnern will.

Aber die literarische Linie, die vor nunmehr mindestens einem Menschenalter auf der Pariser Szene mit Antoine begann, von Lugné-Poe und Gémier fortgeführt wurde, wird auch weiter innegehalten. Gémiers Schüler, Gaston Baty, der 1921 in der „Comédie Molière“, die beiden folgenden Jahre in der „Chimère“ seine strengen Grundsätze eine gewissermaßen transzendental wirkenden Bühnenkunst durchzuführen bemüht war, inszeniert jetzt im „Studio des Champs-Élysées“, einer ausgesprochenen Kammerspielbühne, einen symbolisch-ironischen Dreiakter von Albert-Jean „Die seltsame Gattin des Professors Stierbecke“. Dieser verfliegene spekulierende Schulmeister heiratet, kurz gesagt, den einen zweier weiblicher zusammengewachsener Zwillinge aus einer Schaubude — in Wirklichkeit waren sie nicht zusammengewachsen, brauchten also auch nicht getrennt zu werden. Aber der Makel des ehemaligen Wundertiers haftet dem guten Mädchen so stark an, daß sie im Mutterhause des Mannes, ja im ganzen Kreise seiner heimatlichen Kleinstadt bedrängt und bedroht wird, bis sie der Schaubudenbesitzer im letzten Moment wieder rettet und seinen frommen Betrug von neuem beginnt. Der Autor bezeichnet Zeit, Land und Kostüme als gleichgültig, jedoch phantastisch, und die faustdicke Symbolik stiert den Figuren denn auch aus Maske und Gewand, aus Sinn und Rede. Das ist solange ganz gut und schön, als der irrlicherierende Sonderling sich mit seinen Wahnrealitäten herumbalgt; sobald aber die Handlung ins Moralisch-Soziale umzubiegen beginnt, reicht der Atem des transzendentalen Humors nicht mehr aus, und drei Akte erscheinen bereits als zu viel.

Die gröbere Phantastik war ja von je in dem „Grand-Guignol“, beim „Großen Kasperle“ zu Hause, bei dem die verwegensten Großstädter sich einbildeten, das Gruseln zu lernen. Da gab es die raffiniertesten Todesarten, Meuterei im Unterseeboot, Ersticken im Gipsblock, Selbstmord durch Suggestion und viele andere mehr, die durch ein, höchstens zwei Akte mit atemraubender Spannung langsam durchfiltriert wurden. Aber diesem Genre hat nunmehr, es läßt sich nicht verkennen, ein wenig die Wirklichkeit des Krieges, sehr viel der Film das Wasser abgegraben. Der „Grand-Guignol“ kann mit seinen Gruselstücken heute nur noch ein mitleidiges Lächeln hervorrufen und seinen Ruf nur durch gute Charakterkomödien retten, von denen er leider zu wenig und zu schwache hat. Ganz amüsant ist ein Einakter von Henri Duvernois, in der die väterliche Geschäfts- und Erziehungsmoral durch einen kessen, hoffnungsvollen Sprößling ad absurdum geführt wird. Der junge Majorat hat in der Schule

seinen Mitschüler Edouard Ecacheur, den Sohn des besten Kunden seines Vaters, einen eiteln, sanften Heinrich, verhauen und soll nun auf Antrag des alten Ecacheur, auf Befehl des eigenen Vaters, dem Opfer unter vier Augen Abbitte leisten. Er tut das Gegenteil, er schüchtert den andern vielmehr so rettungslos ein, daß dieser ihm bis ans Lebensende hörig bleiben dürfte — aber mit Mitteln, die seiner frühreifen Menschenkenntnis und seiner tatkräftigen Entschlußfähigkeit alle Ehre machen. Der junge Jean Rauzéna stellte diese Figur mit allen spröden Reizen des mutierenden Lümmels äußerst glaubhaft und sympathisch dar.

Ewige Provinzler, sie mögen sich noch so hauptstädtisch und pariserisch gebärden, dieselben, die auch in die nunmehr museumreifen Montmartre-Kabarets laufen und sich einbilden, sie seien die einzigen Fremden dort, flüstern einem von den fabelhaften Nuditäten der Revue im „Casino de Paris“ zu. Da gibt es allerdings ein Bild unter den 28, in dem etwa ein Dutzend fast gänzlich entblößter, sehr gut geschminkter und charakteristisch drapierter Frauen im Tanzschritt an die Rampe gestelzt kommen. Aber erstens haben wir solche Sensationen nun auch bei uns erlebt und dann ist das weder aufregend noch anstößig. Als Clou dieses Bildes erscheint die heute 57 jährige Mistinguett, und das allein beweist, daß sie es wagen kann, an dieser Stelle ihren noch völlig jugendlichen, bewundernswert trainierten Körper zu zeigen. Aber dies ist nur eine der zehn Rollen, die sie in der Revue hinlegt, eine Vielseitigkeit, von der man sich schwer einen Begriff machen kann. Sie kommt z. B. als Lumpenliese mit dem Lumpenmatz draußen in der dunklen gefährvollen Vorstadt, tauscht auf der Bühne mit dem Partner das Kostüm, tanzt und singt hingebungsvoll für ihren Liebling, sie macht die duftende Pflanze in einem Schneideratelier und versorgt einen Herrn mit den unzweideutigsten Mißverständnissen auf dieselbe graziöse Manier, mit der sie einen ganzen Chor von tanzenden Verehrern oder ein weibliches Ballett als vollendete Prima Ballerina anführt. Die Mistinguett war vor mehr als 30 Jahren der böse Bube des Pariser Theaters, ein Typ für sich, weil sie als Frau den Mut zur Häßlichkeit und Groteske hatte; jetzt ist sie eine vollendete Schauspielerin mindestens ihres Genres und eine Tänzerin mannigfachster Spielarten, an der man nur immer wieder die rastlose Energie und strenge Arbeit staunend bewundern muß. Sie ist eins der vernichtendsten Argumente gegen die leichte Muse nicht nur, sondern auch gegen die leichtfertige Französin. Denn das Privatleben spielt doch wohl bei der selbständigen Frau dieselbe untergeordnete Rolle wie beim Manne?

## RANDBEMERKUNGEN

### *Kleine Wahrheiten Hindenburg, der Erfüller*

Wenn man jetzt mit Franzosen spricht, mit solchen, die etwas von den Dingen wissen, so lächeln sie: Hindenburg ist schlimm, aber für uns wahrscheinlich ein gutes Geschäft; wir werden mehr fordern, und wir werden mehr erhalten. Die Franzosen haben vollkommen recht.

Es wiederholt sich, was schon des öfteren geschah, wenn die sogenannten Nationalen, die berühmten Zerreißer des Versailler Vertrags, sich regierungsfähig erwiesen. Poincaré konnte flaggen. Erst ein Kabinett, in dem Deutschnationale saßen, wagte den Sicherheitspakt hinauszuschicken und endgültig auf Elsaß-Lothringen zu verzichten. Ein Kabi-

nett Scheidemann oder ein Kabinett Wirth hätte sich dergleichen nicht erlauben dürfen. Unter diesem Verzicht wird demnächst Hindenburgs Name stehen; Hindenburg wird der eigentliche Erfüller sein. Alle Sorgen werden in Frankreich schweigen, wenn man durch Hindenburgs Unterschrift erfährt, daß es in Deutschland niemanden mehr gibt, der ernsthaft sich dem Vertrag von Versailles entziehen will. Die Verlogenheit der sogenannten nationalen Politik wird offenkundig: in der Opposition war sie immerhin eine Stosskraft, in der Regierung ist sie die Vollendung der Kapitulation. Nachdem Herr Hindenburg — um die Gemüter des Auslandes zu beruhigen — erklärt hat, daß die deutsche Armee nicht einmal ausreiche, den Angriff eines kleinen Nachfolgestaates abzuwehren, wird man in Paris einen Revanchekrieg wohl kaum noch fürchten. Herr Hindenburg ist der fleischgewordene Pazifismus; mit ihm wird Herr Foch ausgezeichnet wirtschaften können. Und solches nennen die Narren nationale Auferstehung.

Zwar haben einige schwarz-weiße Blätter aufgebeht und in Herrn Luther, der die unbedingte Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik wieder einmal deklarierte, auch Herrn Hindenburg getadelt, mit dem der Reichskanzler soeben das außenpolitische Programm durchgesprochen hatte. Selbst der „Lokal-Anzeiger“, der Herrn Hindenburg egalweg Schalmeyen bläst, konnte sich nicht verkneifen, in bezug auf die Bemerkung des französischen Außenministers, daß die Räumung der ersten rheinischen Zone hinausgezögert werden könne, zu bemerken: „Man hatte angenommen, daß der Reichskanzler gerade nach seiner Besprechung mit dem Reichspräsidenten Hindenburg den Äußerungen Briands die notwendige scharfe Antwort erteilen werde.“ Herr Hindenburg hat durch Herrn Luther diese scharfe Antwort nicht erteilen lassen, und das Organ des Herrn Außenministers, die „Zeit“, ist dar-

um auch überglücklich und verkündet strahlend: „Die wiederholten außenpolitischen Erklärungen des Reichspräsidenten bewegen sich klar und deutlich auf dem gegenwärtigen Boden der Außenpolitik, so wie sie vom Kabinett Luther mit Einschluß der deutschnationalen Minister vertreten wird, so daß das Ausland heute vielfach die Wahl Hindenburgs in Pressestimmen begrüßt. Die Billigung einer auf der bisherigen Grundlage beruhenden Außenpolitik durch einen der Rechten nahestehenden Präsidenten wird eben dort als wertvoller eingeschätzt, wie dies bei einem Präsidenten der Linken der Fall gewesen wäre.“ Die Naivität dieses Geständnisses ist beinahe rührend; das Geständnis selbst aber bestätigt, was wir oben und was wir seit einem Jahr hier immer wieder gesagt haben, und was man heute nicht besser formulieren kann als so: Hindenburg, der absolute Erfüller.

bleibt immer nur zu fragen, was das deutsche Volk denen zu zahlen haben soll, die so glorreich der Entente die Schulden bezahlen. Auch darüber hat sich das Blatt des Herrn Außenministers im Taumel ersten Glücks und wohl auch in einem Anfall von Größenwahn vernehmen lassen. Wohlwollend spricht es davon, daß im Einzelfall eine praktische Mitarbeit der Sozialdemokratie durchaus möglich wäre. Das soll doch wohl heißen, daß im allgemeinen die Sozialdemokratie ausgeschaltet werden soll. Wir können Herrn Stresemanns Heiterkeit über den Umstand, daß er voraussichtlich seinen einzigen Wunsch erfüllt bekommt und Minister bleiben wird, begreifen, aber wir dürfen ihn wohl auch daran erinnern, daß die Sozialdemokratie noch immer die stärkste Partei Deutschlands ist und daß schon eine starke Dosis egoistischer Borniertheit dazu gehört, mit geölter Bonhomie von neun Millionen Wählern zu reden, so wie Herr Stresemann dies tat. Wir möchten immer noch meinen, daß der Herr Außenminister früher zum Flaschen-

bierhandel zurückkehren dürfte, als die Sozialdemokratie durch ihn und seinen neuen Schutzgott, den Herrn Hindenburg, sich ausschalten lassen wird.

\*

#### *Amnestie und anderer Beruhigungsnebel*

Es wird eine Amnestie angekündigt. Die Kommunisten werden frohlocken, und sie werden sich gewiß nicht genieren, die Amnestie aus den Händen des dankbaren Hindenburg entgegenzunehmen. Vielleicht werden sie in Aussicht solcher Wohltat das Höllenkonzert, mit dem sie vermutlich andernfalls Herrn Hindenburgs Vereidigung begleitet hätten, etwas dämpfen; vielleicht ist die fixe Ankündigung der Hindenburglichen Gnade zu solcher Milderung des kommunistischen Chores erfolgt.

Auch sonst werden Umnebelungsversuche betrieben; die, denen Herr Hindenburg letzten Endes am unheimlichsten ist, sind am eifrigsten dabei, Narkotika auszuspritzen. Selbstverständlich betätigt sich der Herr Außenminister auch hier als Spritzenmeister. Das von ihm inspirierte Papier erinnert an Königgrätz und an die Weisheit Bismarcks, die es vermied, den Sieg gegen die Brudernation auszubuten. So solle auch jetzt kein schwarz-weiß-roter Triumph gefeiert werden. Mit Katzenpfotigkeit, die Herr Stresemann wahrscheinlich für Diplomatie hält, wird erklärt, daß am 26. April 1925 in dem deutschen Bruderkrieg der Gegenwart die Entscheidung gefallen sei. Sie laute: das künftige Deutschland wird mit schwarz-weiß-rottem Geist und Inhalt und nicht mit neu-schwarz-rot-goldenem erfüllt sein. „Die Streitfrage ist also entschieden, nun heißt es den Gegner versöhnen.“ Wir möchten glauben, daß der Herr Außenminister auch in dieser Beziehung noch manche Enttäuschung erleben wird. Zunächst hat sich die Mehrheit des deutschen Volkes nicht für Schwarz-Weiß-Rot, sondern gegen diese Farben des Hochverrats entschieden. Und dann be-

steht noch ein kleiner Unterschied zwischen denen, die auf Herrn Hindenburg hineinfelen, den alten Weibern und den mißgünstigen höheren Töchtern, den Spießern aller Kategorien und den Toren, die sich wieder einmal einen Retter aufschwätzen ließen. Es besteht ein Unterschied zwischen diesem Hindenburg-Brei aus Sentimentalität und Dummheit und der Phalanx derer, die in klarer Erkenntnis hinter den Fahnen der Republik stehen. Mit Versöhnungsschwandel ist hier sehr wenig zu machen, und wenn Herr Hindenburg mit noch so freundlicher Miene seine Hand jetzt nicht nur denen, die nach seiner Meinung vaterländisch denken, sondern sogar seinen bisherigen Gegnern anbietet, so wird diese Hand zurückgewiesen. Ein Präsident der Republik, der seine Wahl durch die Todfeinde der Republik organisieren will, wird niemals das Vertrauen der Republik erhalten. Die Republikaner und im besondern neun Millionen Sozialdemokraten, stehen ihm in einem durch nichts zu beseitigenden Mißtrauen ablehnend gegenüber. Wenn Herr Hindenburg es beklagen sollte, daß Deutschland nunmehr noch stärker als bisher in zwei Völker zerrissen ist, so soll er die Schuld hierfür bei sich und seinen Wahlmachern suchen. Wenn Herr Stresemann aber glaubt, das Märchen von Königgrätz erzählen zu können, so wird er erleben, daß er wenigstens diesmal sich nicht als Bismarck bewährt.

\*

#### *Schwarz-weiß-roter Patriotismus*

Die Offenherzigkeit des Herrn Reichskanzlers hat ihn enthüllt: „Die Ruhrindustrie wollte eine Grundlage dafür haben, daß das Reich, sobald es in der Lage war zu zahlen, auch zahlte.“ Die Variationen, die sich hierzu schreiben ließen, wären überwältigend, wenn man sie zum Exempel auf die Kriegerwitwe, auf die Inflationsopfer und auf die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets einstellte. Jedenfalls hat der offenherzige Ausspruch des

Herrn Reichskanzlers ein wenig beleuchtet, was sich die Schwerindustrie unter dem neuen Inhalt der Republik vorstellt.

\*

### *Hindenburgs Leibwache*

Zur Leibwache des Herrn Hindenburg gehören auch die Horden des Herrn Wulle. In dessen Mordmoniteur stand am 29. April das folgende: „Frau Rathenau, die Mutter des seinerzeit beseitigten ‚Ministers‘ Walther Rathenau, hat die gesammelten Werke ihres Sohnes in Erstdrucken der Nationalbibliothek in Palästina geschenkt. Die Werke Rathenaus scheinen also für das jüdisch-zionistische Geistesleben von erheblicher Bedeutung zu sein. Warum hat man sie dann aber jahrelang mit ungeheuerem Reklametamtam als erste deutsche Geistesblüte ausgeschrien?“ Solch Gesindel gehört zu den Wählern Hindenburgs, durch das Spalier solcher Banditen wird Herr Hindenburg seinen Einzug in das Berlin nehmen, das ihn mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hat. Herr Hindenburg wird sich nicht wundern dürfen, wenn alle anständigen Republikaner jemandem, dem solch Gesindel nahen darf, nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen können.

\*

### *Das Wahlrecht der Greise*

oder:

#### *Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“*

Der launige Artikel, den wir im letzten Heft unserer Zeitschrift über das Wahlrecht der Greise veröffentlichten, hat geradezu erschreckliche Wirkungen gehabt. Sämtliche Trottel sahen sich bedroht und zeterten ob solcher Pietätlosigkeit. In ihren Angstträumen merkten sie nicht, daß die Anrempelung des Greisenwahlrechts nur eine kleine Malice gegen den Umstand sein sollte, daß es jetzt anscheinend Gepflogenheit wird, mit 78 Jahren das Alphabet der Politik zu erlernen. Mangel an Humor ist immer ein Zeichen von Schwäche. Wir quittieren das dankend.

Ein besonderes Vergnügen macht es uns aber auch bei dieser Gelegenheit, in unsere Sammlung der tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“ ein neues Exemplar aufzuspießen. Herr Nordhausen, der sich daselbst als Kaliban verummmt, produziert, entwürgte seiner heiseren Leier Verse, deren Talentlosigkeit leider noch größer ist als die Unwahrheit, mit der er sie adressierte. Aus einem Scherz der „Glocke“ machte er eine feierliche Parteideklaration des „Vorwärts“. Herr Nordhausen sollte einmal Shakespeare, übersetzt von Schlegel und Tieck, zur Hand nehmen und das Personalverzeichnis des „Sturm“ aufschlagen. Dort wird er finden: Kaliban — ein wilder und mißgestalteter Sklave. Das „Wilde“ ist ihm freilich inzwischen abhanden gekommen, — aber „mißgestaltet“ und „Sklave“, das können wir bestätigen. Seine Anhänger werden ihn freilich für einen Teutonen halten. Das Ergebnis aber auch dieses unseres Fanges sei: fegt das Ungeziefer aus dem Haus, lest nicht den „Lokal-Anzeiger“.

\*

### *Empfang bei Hindenburg*

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, ist die Liste für den ersten Empfang bei Hindenburg fertiggestellt. Als Vertreter der Presse stehen an erster Stelle die Redakteure der „B. Z. a. M.“, was neuerdings „Beziehungen zum alten Mann“ heißen soll. Unter den Dichtern marschirt Gerhart Hauptmann an der Spitze, nachdem er festgestellt hat, daß fast alle Päpste erst im Greisenalter den Heiligen Stuhl bestiegen haben und selbst auf Krücken noch Vortreffliches für die Kirche zu leisten vermochten. Herr Roethe, der bekanntlich zu Hauptmanns Gegnern gehört, ist von dem Empfang ausgeschlossen, weil er nicht umzulernen vermag und ein Charakter bleibt.

Uebrigens, für die, die das Wahlrecht der Greise ernsthaft bedroht fühlen:

! Es ist alles nicht wahr!

Robert Breuer

*Das Loch in der Haut*

Professor Dr. Paul Lensch, Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, schreibt in „seinem“ Blatt über die Sozialdemokratische Partei:

„Sie ist der früheren alten Sozialdemokratie heute so ähnlich wie der Bär am Himmel dem Bären auf der Erde. Es wäre Zeit, daß sie ihren Namen ablegte. Sie ist jetzt eine brave kleinbürgerliche Partei geworden und sollte ihre alte löchrige Löwenhaut endlich in die Ecke schmeißern.“

Nun, der Paul Lensch von heute sieht dem Genossen Lensch von der „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht einmal so ähnlich wie der Bär auf der Erde seinem Kollegen am Himmel, wobei wir freilich glauben, daß sich der heutige Lensch bei Stinnes wie im Himmel fühlt. Er schreibt dort gegen ein Irdstriedirektorengelalt, was von ihm verlangt wird; so wie etwa ein anderer sich im Panoptikum für Geld sehen läßt. Er ist so eine Art „Dame ohne Unterleib“. Mit dem Kopf der „D. A. Z.“ als Aushängeschild wird er dort als gezähmter Marxist gehalten. Ob es ihm wirklich im Innersten Spaß macht, jeden Tag das zu verdammen, was er früher angebetet, bezweifeln wir. Aber der Wein ist teuer! Der dicke Paul ist nämlich keine „Dame ohne Unterleib“ und führt seinen professoralen Lebenswandel nicht umsonst.

Die rote Löwenhaut hat dem Genossen Lensch in seiner Sünden Maienblüte einmal sehr gut gepaßt; er war sozusagen ein Stück von ihr. Mancher freilich hat seine Haut verkauft, und nicht nur seine Haut, und hat sich aus dem Löwenfell losgelöst. So entstanden die Löcher in der roten Löwenhaut. Auch Lensch ist so ein Loch. Der Haut aber geht es trotzdem sehr gut. Sie regeneriert. Und tut es doppelt, wenn es Hindenburg rieselt.

*Murx*

*M. G. d. R.*

Monarchisten haben gegen die Republik, ehe sie da war, Absolutisten gegen den Parlamentarismus, ehe wir ihn trotz der schon vorhandenen Parlamente hatten, immer eingewendet, daß die Staats- und Regierungsformen einen zu großen Ministerverbrauch hätten, so daß die Stetigkeit des Regierungskurses bedroht würde. Dem Deutschland des wilhelminischen Zickzackkurses standen solche Argumente freilich schlecht an, denn alerhöchstseine Minister jagte der Oberste Jagdherr ja so wie die Teckel, die er ihnen bei den Vorträgen zwischen die exzellenten Beine trieb. Ist aber auch im Ministerverbrauch kein allzu großer Unterschied eingetreten, kann sich vielmehr die Republik hierin auf dasjenige berufen, wessen sie sich sonst sehr übertrieben befissen hat, nämlich daß sie nur der Tradition folge, so ist der Unterschied desto größer zwischen dem Verhalten der Minister von einst und jetzt. Wenn heute die Hermann Müller, Wilhelm Marx, Koch-Weser usw. von ihren Parteien als Redner oder Wahlkandidaten vorgeschickt werden, dann bezeichnet man sie stets als Minister a. D. Ganz anders die von Wilhelm ernannten Minister, Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte usw., wenn sie für die Reaktion ihr Jahrhundert in die Schranken fordern: da sind sie meistens „Königlich“, jedenfalls aber nicht a. D. So fertigte der wackere Loebell, der einst das Preußenwahlrecht nach der Geldsackgröße orientieren wollte und jetzt sich orientierte, wie man die großen Geldsäcke zur Wahl ausfressen könnte, seine Schnorrbriefe schlicht und einfach mit „Staatsminister“, wohl um auf die Inhaber einer Bedientenseele mehr Eindruck zu machen. Daß sich der alte Hindenburg Generalfeldmarschall ohne a. D., Ludendorff sich auch General ohne a. D. nennen, fällt mehr ins Komische, da ja das Substrat und Betätigungsfeld für solche Chargengrade fehlt. Wenn

die Republik nun nicht imstande ist, den verschiedenen Loebells das wahrheitsgemäße a. D. aufzuzwingen, dann sollte sie ihnen ein paar andere Buchstaben als obligatorisch der verflissenen Rangbezeichnung hinzusetzend verleihen, so daß solch eine Visitenkarte etwa zu lauten hätte:

v. Loebell  
Kgl. Staatsminister m. G. d. R.

Was zu lesen wäre: mit Gehalt der Republik. *Ribe*

### *Wilhelminische Demokratie*

Die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Elsaß-Lothringen, Heimstimmen“ wurde an dieser Stelle schon einmal wegen einer schätzbaren Denunziation, die sich ihr Herausgeber Dr. Robert Ernst geleistet hatte, nicht gerade rühmend erwähnt. Aber wem an der friedlichen Entwicklung Europas gelegen ist, kann diesem Blatt nicht oft und scharf genug auf die Finger passen, das durch die aufdringliche und einseitige Art, in der es das elsäß-lothringische Problem behandelt, allen schwarz-weißen Revanchards Wasser auf die Mühlen treibt. Dabei ist seine

Argumentation manchmal so hanebüchen plump, daß die Vermutung auftaucht, seine Mitarbeiter machten sich parodistische Scherze mit Dr. Ernst oder suchten auf die Probe zu stellen, wie weit seine Geneigtheit geht, offenkundigen Blödsinn abzudrucken. So ist in Heft 4 vom April d. J. in einer angeblich aus Metz stammenden Zuschrift zu lesen:

Wir (Lothringer) haben einsehen müssen, daß in der preussischen aller Verwaltungen, in der deutschen Militärverwaltung, mehr wahre Demokratie vorhanden war, als in ganz Frankreich zusammengenommen. Denn in Frankreich besteht die Demokratie nur in Worten, in dem monarchischen Deutschland aber bestand sie in der Achtung vor dem einfachen Mann, die alle Verwaltungen durchwehte.

Warum hat dieser Schwärmer für das Pickelhauben-Deutschland nicht gleich als Beweis die Gelegenheit angeführt, bei der sich auf elsässischem Boden die „wahre Demokratie“ der preussischen Kommissköpfe und die „Achtung vor dem einfachen Mann“ gar herrlich offenbarte: Zabern?

*Hermann Wendel*

## B Ü C H E R S C H A U

### *Fechenbachs Rache*

Länger als zwei Jahre hat ein Mann hinter Zuchthausmauern gesessen, dessen Unschuld für jeden normal empfindenden Deutschen feststand, noch ehe er verurteilt worden war. Seine Strafverfolgung und Verurteilung war offenkundig nichts anderes als eine posthume Rache an Kurt Eisner. Den wildgewordenen bayerischen Spießern genügte die Ermordung des Führers der Münchener Revolution ebensowenig wie die virtuelle Freilassung seines angeblich verurteilten

Mörders. Deshalb war eine „Landesverrats“-Anklage gegen seinen jungen Sekretär konstruiert worden, über die jeder Jurist oder noch mehr jeder Politiker auf den ersten Blick hätte hell auflachen müssen, wenn es nicht so unsagbar traurig gewesen wäre.

Ueber zwei Jahre hat der Unschuldige leiden müssen, ehe es dem Druck der republikanischen öffentlichen Meinung gelang, seine Freilassung zu erzwingen. Und nun, wo er frei ist, rächt er sich an seinen Peinigern. Er rächt sich auf



die gleiche Art wie andere, die vor ihm ähnliches Unrecht erdulden mußten: mit der Feder. Auch der Hauptmann Dreyfus hatte nach seiner Rückkehr aus der tropischen Teufelsinsel ein Erinnerungsbuch geschrieben: „Fünf Jahre meines Lebens“. Ebenso Caillaux, der nach seiner Verurteilung durch den Staatsgerichtshof unter Anlehnung an den Titel des weltberühmten Werkes Silvio Pellicos das Anklagebuch „Meine Gefängnisse“ schrieb.

Felix Fechenbachs Rache ist das im Verlag J. H. W. Dietz erschienene Buch „Das Haus der Freudlosen“. Ein schlichtes Buch, schlicht in der Aufmachung, im Stil, ja sogar im Inhalt. Aber gerade durch diese Schlichtheit wirkt es um so eindrucksvoller, ergreifender und vernichtender. Fast jede Zeile ist ein Petschenhieb in die Fratze seiner Peiniger.

Er hat in diesem Zuchthausbuch ganz nüchtern, ohne Pathos und meist sogar ohne Leidenschaft seine Erlebnisse geschildert, von dem Tage der Verurteilung durch das Münchener „Volksgesicht“ bis zur Stunde, in der er das Zuchthaus von Ebrach bei Bamberg verließ. Die Monotonie, die drückende, die tödliche Eintönigkeit des Zuchthauslebens gestattet selbstredend nicht jene bunten, abwechslungsreichen Schilderungen, die den Reiz sonstiger Erinnerungsbücher bilden. Und doch ist es erstaunlich, wie kurzweilig die Lektüre dieses Buches ist. Fechenbach hat es eben ausgezeichnet verstanden, unter gesteigerter Anspannung seines Erinnerungsvermögens und seiner Beobachtungsgabe so vieles zur Sprache zu bringen, daß sich dem Leser immer wieder neue Bilder, neue Momente offenbaren, die manchmal beinahe über die grauenhafte Langeweile hinwegtäuschen, unter der der Verfasser zwei endlose Jahre lang litt. Fechenbach ist eben nicht nur ein guter Schriftsteller, sondern auch ein guter Journalist. Abwechslungsreich ist auch der Ton, der Stil: die beißende Anklage verändert sich oft in

humorvolle oder, richtiger gesagt: in galgenhumoristische Betrachtungen. Daß diese launigen Stellen nicht erst nachträglich, in der Freiheit, entstanden sind, sondern dem Wesen des mutigen, an seinem Recht nicht verzweifelnden Gefangenen durchaus entsprachen, ist ihm ohne weiteres zu glauben: sonst hätte er wohl kaum diese furchtbaren Zuchthausmonate mit ungebrochener physischer und geistiger Kraft ertragen können, sondern er wäre wohl, wie sein Schicksalsgenosse Gargas, zusammengebrochen.

Fechenbachs Zuchthausbuch ist aber nicht nur ein persönliches Erinnerungswerk, es ist auch ein nützlich-kulturhistorisches Dokument, an dem kein Strafrechtslehrer, kein mit Fragen des Strafvollzugs sich befassender Beamter oder Politiker vorbeigehen darf. Es enthüllt geradezu mittelalterlich-barbarische Methoden der bayerischen Justiz, die vielleicht bis zu einem gewissen Grade in allen deutschen Zuchthäusern gelten. Fechenbachs ergreifende Schilderung des sogenannten Lebens der „Himmelblauen“ — so heißen im Zuchthausjargon die lebenslänglich Verurteilten — läßt die Frage aufwerfen, ob solche Zustände, solche Strafen, die offenkundig weit schlimmer sind als schnelle Hinrichtungen, eines Kulturstaates im 20. Jahrhundert würdig sind.

Für uns liegt indessen der hauptsächlichste Wert des Fechenbachschen Buches in der kalten Abrechnung mit den Schuldigen: zwei Jahre und noch länger saß er im Zuchthaus durch die Schuld der bayerischen Kahr-Regierung und ihrer Justizdirne, der „Volksgesichte“. Und in dieser Zeit haben nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland Millionen von Männern und Frauen von diesem Justizmord gewußt, ihn geduldet, ihn gebilligt, ihn begrüßt. Nicht nur der Richter mit dem symbolischen Namen Haß ist schuld, nicht nur die Beisitzer, nicht nur der Staatsanwalt, nicht nur die bayerische Regierung und ihre Mehrheit im Landtage, nicht nur der traurige Reichs-„Justiz“-Minister Em-

minger, der noch im Reichstage gegen die brandende Welle des empörten Rechtsgefühls einen Damm juristischer Paragraphen und partikularistischer Bedenken zu bauen versuchte — auch die Rechtsparteien schlechthin, auch die Rechtspresse ganz Deutschlands hat sich an diesem Justizverbrechen aktiv und passiv beteiligt: sie alle sind mitschuldig — sie alle sind gebrandmarkt, jede Zeile von Fechenbach schreit nach Rache, ist eine Rache!

*Victor Schiff*

### **Heinrich Mann: Der Kopf**

(Paul Zsolnay Verlag)

Der letzte Band von Heinrich Manns Trilogie „Das Kaiserreich“ (Die Romane der deutschen Gesellschaft im Zeitalter Wilhelms II.) ist noch weniger das, was der Leser unter der Ueberschrift „Gesellschaftsroman“ erwartet. In „Der Kopf“, dem Roman der Führer, und in „Die Armen“, dem Roman des Proletariats, ist das Gesellschaftsbild wie durch ein Prisma zerlegt und zerstückelt dargeboten. Die Phantasie des Dichters vergrößert und vergrößert das gesellschaftliche Bild und trägt es, wie sein wider und zugleich gehemmter Stil, über die Wirklichkeit und Möglichkeit in eine Sphäre, die künstlich und doch Kunst zugleich ist. Es entsteht ein verzerrtes und erhöhtes, ein wie in rasender Bewegung erstarrtes Abbild des gesellschaftlichen Lebens und der phantastischen Ueberkreuzungen des politischen Spiels in der wilhelminischen Ära.

Die Helden des Romans — Terra und sein Gegenspieler Mangolf — sind schon im Vorspiel symbolisiert: zwei Menschen verschiedenster Artung, unlösbar verkettet in Haß und Freundschaft; zwei Pole, die sich anziehen und abstoßen müssen. Aber mit diesen Freunden, mit dem Pazifisten Terra und dem Chauvinisten Mangolf, tritt etwas wie der Spuk E. T. A. Hoffmannscher Gestalten in die

Wirklichkeit des Romans. — Beide sind getriebene Treiber. Terra, der pazifistische Idealist, der das reiche Vaterhaus um eines Traumes von der Liebe aufgibt, muß sich von Weibern aushalten lassen und schließlich zum Werkzeug der Rüstungsindustrie werden; sein Gegenspieler Mangolf, Materialist und Machtgieriger, hat nicht die zynische Kraft, „seinen Krieg“, den er mit allen Mitteln geschoben hat, seelisch zu tragen und tötet sich in dem Augenblick, als er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mitverantworten soll. Er tötet sich zusammen mit Terra. — Nicht nur in diesem mystischen und gespenstischen Austausch der Regungen, nicht nur in diesen Geschehnissen, in denen jede Idee ihren inneren Zusammenbruch erlebt; nicht nur in dem Hin und Her dieser beiden Gestalten liegt das eigentümlich Spukhafte: daß diese Helden, die personifizierte Ideen sind (ebenso wie in „Die Armen“), in eine kaum karikierte, lebendige Umwelt hineingestellt werden, macht sie so gespenstisch.

Terra, Sohn eines Großkaufmanns, und sein Freund Mangolf, streberischer und gescheiter Kleinbürgerssohn, gehen jeder auf seine Art ins Leben hinaus. Terra, der letzte übertriebene und überfeine Sproß eines alten Geschlechts, gerät, phantastisch ergriffen von einer Abenteuerin, die er sich zur Göttin macht, in Not und Verlorenheit. Mangolf verläßt, um vorwärts zu kommen, die Heimatstadt und Terras schöne Schwester, die er sich hörig gemacht hat. Terras verwegene Mystifikationssucht führt ihn (und mit ihm Mangolf, der sich bisher vergebens darum bemüht hat) in die Sphäre der hohen Politik: in das Haus des Reichskanzlers Lannas, der den Typus Bülow in seiner politischen Macht und Verkettung zeigt. Um ihn die „Großen“ der Krone: der Großadmiral, duckmäusiger und dummer Intrigant, der sich nach berühmtem Muster als rauher und biederer Seebär gibt; Knack, der Kanonenkönig, skrupellos für Blut, Eisen

und Verdienst; die Professoren Hasse und Pillnitz, die vollbärtigen, schlecht gebürsteten und rauhdeutschen Männer des Flottenvereins; und Tyrann und Opfer zugleich ER — Wilhelm II. — der Kranke, von dessen depressiven und manischen Perioden der geistreiche und verantwortungsbewußte Kanzler wie von einem unberechenbaren Glücksspiel abhängt.

Alle politischen Figuren, die aus dem Leben gegriffen sind, das Gewimmel der kleinen Leute, die nach der Manier Heinrich Manns wie mit einem Stichwort charakteristisch getroffen sind, leben und stehen auf festen Füßen. Aber die Frauen, die durch diesen Roman gehen: Fürstin Lili, die Hure; Alice Lannas, unsterbliche Geliebte Terras, die er nie besitzt und vielleicht nicht einmal physisch zu besitzen begehrt; Bellona Knack, „erst übermütiges Kraushaar, gezielte Aesthetin und Ruhelose der äußersten Stunde“; die beiden Kinder der Fürstin Lili, der Sohn Terras und die Tochter Mangolfs (Widerspiele der Väter) und vor allem Gubitz, der wahnsinnige und prophetische „Kanzleidämon“, — sie alle sind Konstruktionen Heinrich Manns aus Leben und seltsamem Theater. — Lea, die Schwester Terras, ist eine Verwandte der Herzogin von Assy: lebensgierig und schwermütig, — keine Frau, trotzdem sie mit alier Liebe und Verzweiflung geschildert ist. — Die Liebesaffären bleiben im „Kopf“ eine merkwürdige Angelegenheit in ihrer gesteigerten Sinnlichkeit und unwirklichen Kühle.

Ein klassischer Vergleich drängt sich auf: auch in „Rot und Schwarz“ von Stendhal, dringt ein Jüngling, dessen Seele aus wilder Phantasie und rationaler Nüchternheit seltsam gemischt ist, in einen Kreis, der ihm kulturell und gesellschaftlich überlegen ist. Ehrgeiz und nüchterne Machtucht mengen sich in die leidenschaftliche Liebe des Sekretärs Julian Sorel zu der Tochter des Grafen de la Mole. Aber wie schlicht und wirklich sind diese komplizierten Empfindungen,

wie organisch der Fluß der Handlungen im Vergleich zu den zerrissenen und aufrührerischen Fanfarenstößen Heinrich Manns. Stendhal will nichts als wahr sein; Heinrich Mann kann nicht anders als aus dem Leben die bizarren Möglichkeiten, die im alltäglichen Dasein nicht zu ihrer vollen Auswirkung kommen, herausreißen.

Aus diesem Werk Heinrich Manns könnte man drei gute und zwei billige Romane machen, so reich ist diese Schöpfung an Beziehungen, an Gestaltung, an Dramatik und an Sensation. Dem Maßstab von gefällig und ungefällig, von richtig und falsch entgleitet dieses Werk. Dieser Roman ist ein Phänomen für sich, und die Hemmungen des Stils so gut wie seine großen dramatischen Steigerungen, die Kraft der Anschauung so gut wie die groteske Kolportage des Lebens, gehören zur Eigenart dieses Dichters, der selbst noch in seinen Schwächen ein Besonderer ist.

Kurt Offenburg

#### *Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923,*

Berlin, Verlag des A.D.G.

Das Buch ist mehr denn ein Jahrbuch: Aus nüchternen statistischen Zahlen erkennt man den Leidensweg eines Volkes — aber nicht das ganze Volk schreitet diesen Weg, sondern nur die, welche „am sausenden Webstuhl der Zeit“ ihr Tagewerk im Dienste anderer verbringen. Und diese anderen? — Nun, über die wird vielleicht das Jahrbuch 1925 berichten, wenn es von den 700 000 000 Goldmark, siebenhundert Millionen Goldmark, die die Schlotbarone den Arbeitern erpreßten, erzählt. Doch bleiben wir bei 1923! Die Löhne der verschiedenen Arbeitergruppen sind statistisch festgelegt — leider nur in Papiermark. Das Buch erschien 1924, also als jeder bereits in Goldmark rechnete. Warum hat man nicht wenigstens die Millionen- und Milliardenbeträge neben die Goldpfennige gesetzt? Durchschnittlich

betrug der Arbeitslohn zu Beginn des Jahres etwa 35 Pfennig die Stunde, sank dann zeitweise auf 12 und 10 Pfennig für den „gelernten“ Handwerker — während die Rohmaterialienpreise etwa 20 bis 30 Prozent über den Vorkriegspreisen lagen. Und doch, diese darben und hungerten für ihr Land — ihre Heimat — sie blieben fest. Als für „die anderen“ nichts mehr durch Inflation zu verdienen war, versuchte man das letzte Geschäft: man feischte um ihre Arbeitskraft mit dem Feind im Lande — denn 1 290 000 Mitglieder hatten die Gewerkschaften eingebüßt, die Kassen leer —. Dies letzte Geschäft glückte nicht — dank der Geschicklichkeit der Gewerkschaften.

Vom Todeskampf der Markwährung, der Steigerung der Preise und Profite (der Unternehmer) gibt das Buch ein Bild, wie man es sonstwo nirgends findet — da alle Welt ein Interesse daran hat, diese Zeit niemanden zu veranschaulichen.

Das Buch ist eine wirtschaftliche Kriegsgeschichte, ein unschätzbare Quellenmaterial für soziologische Studien, denn trotz Not und Leid erfährt der Leser von Bildungswesen und Siedlungsbestrebungen, Lehrlingsentwicklung und Jugendorganisationen.

Das nüchtern geschriebene, alles rein sachlich darstellende Werk ist der Beweis der Praxis auf den Dichterspruch: Deutschland, dein ärmster Sohn ist auch dein treuester Sohn.

*Papyrus*

### *Weltkrieg und Alkohol*

Der Gießener Universitätsprofessor Hans Schmidt hat die Literatur über den militärischen Zusammenbruch 1918 um eine wertvolle Schrift bereichert („Warum haben wir den Krieg verloren?“ — Neuland-Verlag, Hamburg), welche die verderbliche Wirkung des Alkohols auf die im Großkampf stehende Truppe durch eine erdrückende Zahl

von Einzelberichten und durch deren Auswertung zu einem abgerundeten Bild dokumentiert. Hans Schmidt geht mit aller Schonungslosigkeit gegen Alkoholexzesse von Offizier und Mann vor und scheut sich nicht — etwa aus „patriotischen“ Gründen vor dem Offizierkorps und selbst vor der Obersten Heeresleitung Halt zu machen.

In einem Punkt aber irrt Hans Schmidt: Die deutsche Offensive 1918 ist nie und nimmer an den Weinkellern bei Albert, Moreuil, Montdidier, Ham und Noyon „festgelaufen“! Diese Offensive mußte scheitern zufolge der klaren Gesetze der Operation, der Transportfrage und der Reservenschiebung. Sie hätte nie und nimmer unternommen werden dürfen, wenn man den Feind, dessen Truppe, Material und dessen Führung einschätzte nach den Maximen des gesunden Menschenverstandes und nicht nach den Phantastereien des militärischen Größenwahns.

Es ist richtig: Wir haben im Frühjahr 1918 „geplündert“ nach allen Regeln der Kunst zwischen Ypern und Reims und keine Konservenbüchse verschont und keine Pulle Wein, die uns zwischen die Finger kam. Kostbare Zeit ist dabei versäumt worden, das ist kein Zweifel! Daß aber das Zurückbleiben einzelner Truppenteile vor den im allgemeinen recht dünn gesäten Weinkellern sich operativ ausgewirkt hätte, das muß jeder, der die Breite der in Betracht kommenden Angriffsräume kennt, rundweg verneinen.

Wenn Hans Schmidt den Nachweis zu erbringen sucht, daß die künstliche „Alkoholisierung“ der Truppe deren Stoßkraft schwer geschadet hat, so gebe ich ihm recht; wenn er den Beweis erbringt, daß der Heißhunger nach Lebens- und Genußmitteln die Truppe im Frühjahr 1918 zu gierigen Bestien gemacht hat, die ihr eigenes Leben wegwarfen um einer Hartwurst, um einer Pulle Rotwein willen — dann muß ich ihm voll und ganz beistimmen. War es aber nicht die Pflicht der O. H. L., auch diese menschlichen Momente des Truppen-

einsatzes mit in Rechnung zu stellen! Zum Teufel nochmal — der Mensch ist nun einmal keine Maschine, die man endlos zu irrsinnigen Zwecken mißbrauchen kann und die sich über Berge von Konserven und Marmelade automatisch hinwegbewegt, während der Hunger wie toll in den Gedärmen wühlt!

Hans Schmidt zeichnet grauenvolle Bilder: Menschen, die sich im Feuer besaufen; einen Major, wie er im Suff durch das Bombardement von Armentieres torkelt; Bierleichen zwischen krepiernten Menschen und Pferden!

Erich Ludendorff aber entblödet sich nicht, diesem Prediger der Abstinenz zu schreiben: „Sie irren — die Einflüsse der Heimat sind es gewesen!“

Soll man da noch diskutieren — oder soll man das Höllengelächter verhallen lassen — über dem Berg voll Leichen, Fusel und Führerwahn?

*Hermann Schützinger*

### *Internationale Genossenschaftsbewegung*

*Prof. Dr. Hans Müller, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, H. Meyers Buchdruckerei, Halberstadt.*

Das Buch bildet den ersten Band einer Schriftenfolge: Soziale Organisationen der Gegenwart, herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Grünfeld, Halle a. d. Saale. Der Verfasser gibt seinen Anschauungen über das Genossenschaftswesen in der Einleitung Ausdruck: „Je rationeller und damit auch menschenwürdiger in einer Wirtschaftsform die Arbeit der in ihr tätigen Menschen gestaltet und angewendet wird, desto unzweifelhafter ist auch ihr schließlicher Sieg. Der Genossenschaft liegt nicht der Gedanke zugrunde, daß jeder sich selbst, sondern daß sich eine Mehrzahl von Menschen gegenseitig helfen soll... Das Bestreben des Faktors Arbeit, sich der Bevormundung durch den Faktor Besitz zu entziehen, sich eine Organisation der Wirtschaft

im Interesse aller Menschen, die Arbeit leisten, zu schaffen, ist es, was das innerste und tiefste Wesen, den Geist der Genossenschaft, ausmacht... und damit hängt auch der freiheitlich demokratische Charakter jeder genossenschaftlichen Verfassung zusammen.“ — Der eigentliche Inhalt des Buches beginnt mit Robert Owen, der im Jahre 1835 in London eine „Gesellschaft aller Klassen und Nationen“ ins Leben rief, um seine Ideen in die Praxis umzusetzen. Allein erst 50 Jahre später, 1885 in Paris, kam eine internationale Genossenschaftsbewegung zustande, deren Kongresse hauptsächlich in England nach Ueberwindung vieler Widerstände auch späterhin stattfanden. Als ein Wendepunkt im internationalen Genossenschaftsbund kann der Kongreß zu Budapest im Jahre 1904 angesehen werden: Hier, wo die Delegierten von 14 Staaten erschienen waren, drang der Gedanke durch, daß die Genossenschaft als Wirtschaftsform den Kapitalismus zu ersetzen habe, während die „bürgerliche“ Richtung, unter Führung des Deutschen Dr. Crüger, die genossenschaftliche Organisation neben der kapitalistischen, ja in Anlehnung an diese, wünschte. 1910 tagte der Internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg, im Gegensatz zu den vorangegangenen Tagungen in Paris, London, Budapest äußerst frostige Aufnahme durch die Behörden — das kaiserliche Deutschland hatte für Angelegenheiten, an denen die Großfinanz nichts verdienen konnte, nichts übrig. Der Ausbruch und Verlauf des Weltkrieges zerstörte natürlich die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen internationalen Gedankens, aber bereits im Januar 1919 versuchten französische Genossenschaftler die neue Anbahnung der internationalen Beziehungen, sie hofften, auf den Friedenskongressen bereits eine Verwirklichung der Ziele der internationalen genossenschaftlichen Bestrebungen festlegen zu können, doch vergebens, internationale Generale und Finanzgrößen setzten sich durch —

ihr Portemonnaie war in Gefahr. 1921 fand dann ein internationaler Genossenschaftskongreß in Basel statt, an dem sowohl die Delegierten der Zentralmächte wie auch die der Feindstaaten und Neutrale teilnahmen. —

Müller sagt ganz richtig, daß die Genossenschaft ursprünglich nur kommunale Bedeutung gehabt habe, dann, aus der kommunalen Grenze herauswachsend, nationale und schließlich internationale Bedeutung erlangt habe. Wie man alsdann schreiben kann, daß der erste nachweisbare Versuch, auf internationaler Grundlage eine Organisation zur Umgestaltung der Wirtschaft zu schaffen, von Robert Owen im Jahre 1835 unternommen sei, ist mir unverständlich. Kautsky, sowie Beer in seiner „Allg. Geschichte des

Sozialismus“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin), gaben hier bedeutend ältere Daten an; und auch mit Recht. Bei aller Gründlichkeit der Arbeit fällt auf, daß z. B. von Elm an einigen Stellen nur kurz erwähnt, seine Bedeutung nirgends gewürdigt wird, Namen wie Molkenbuhr, Abbe (Jena) sucht man vergebens in dem Buche. Ebenso hat es der Verfasser unterlassen, Literaturangaben oder ein Quellenverzeichnis zu geben. Hiervon abgesehen, stellt das Buch eine schätzenswerte Bereicherung der Genossenschaftsliteratur dar. Auf die weiteren Erscheinungen des Verlages über soziale Organisationen der Gegenwart darf man nach diesem wohl gelungenen Anfang mit Interesse sehen.

Nöllenburg

IN  
WENIGEN  
TAGEN ERSCHEINT:  
***EIN FRÜHLINGS-MYSTERIUM***  
DRAMATISCHES CHORWERK  
VON  
***BRUNO SCHÖNLANK***

☆

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

# Unter dem Banner des Marxismus

DIE NEUE WISSENSCHAFTLICHE ZWEIMONATSSCHRIFT

## INHALT DES ERSTEN HEFTES:

### Geleitwort

N. LENIN: Unter dem Banner des  
Marxismus • N. BUCHARIN: Der  
Imperialismus und die Akkumula-  
tion des Kapitals • A. DEBORIN:  
Des Revisionismus letzte Weisheit  
W. JURINETZ: Psychoanalyse und  
Marxismus • D. RJASANOW: Eine  
neue Arbeit von Marx über den Ar-  
beitslohn • KARL MARX: Ar-  
beitslohn (bisher unveröffentlicht)  
D. RJASANOW: Engels Einleitung  
zu Marx' „Klassenkämpfe in Frank-  
reich“ • Bibliographie • W. JURI-  
NETZ: Die Relativitätstheorie und  
die russische marxistische Literatur  
G. JAKOBSON: Der Widerhall der  
Kant-Feier in der Sowjet-Presse  
M. I. LONSKI: Karl Marx- und  
Friedrich Engels-  
Archiv

Umfang 200 Seiten

Preis Einzelheft 3 GM, 3 Hefte 9 GM

6 Hefte 18 GM

Bestellungen aus Oesterreich und den Sukzessionsstaaten an unsere Adresse  
in Wien VIII, Albertgasse 26. Alle übrigen Bestellungen an unsere Berliner  
Adresse (Berlin SW 48, Friedrichstraße 225)

**Verlag für Literatur und Politik**

# **N. LENIN**

## **Ausgewählte Werke**

---

**S A M M E L B A N D**

**INHALT:**

**I.**

*Die Aufgaben  
der Sozialdemokratie*

**II.**

*Die Organisation der Partei und  
Kampf gegen die Opportunisten*

**III.**

*Zwei Taktiken  
der Revolution 1905*

**IV.**

*Der Parlamentarismus und die  
Taktik der Bolschewiki*

**V.**

*Der imperialistische Krieg  
1914-17*

**VI.**

*Die Eroberung der Macht*

**VII.**

*Die Diktatur  
des Proletariats und die  
Kommunistische Internationale*

*784 Seiten*

*Preis broschiert 6 GM, gebunden 8 GM*

---

**Verlag für Literatur und Sofitik**

Wien VIII, Albertgasse 26

Zweigstelle Berlin SW48, Friedrichstraße 225



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

ROBERT BREUER:	
<b>Zwischen Tat und Wort</b> . . . . .	193
HANS LEPKE:	
<b>Der Fetisch siegte</b> . . . . .	196
ALBIN MICHEL: <u>Reaktionäre Wellen</u> . . . . .	198
Rechtsanwalt Dr. BRANDT (Berlin):	
<u>Der Fall Höfle</u> . . . . .	201
* * *	
<b>Konservative Republik oder Volksstaat</b> . . . . .	205
HEDWIG WACHENHEIM:	
An der Rhone . . . . .	207
Dr. ROBERT MÜLLERS (Essen-Ruhr):	
Der Weltkohlenmarkt und seine Wettbewerbsver- hältnisse . . . . .	211
ARTHUR ELOESSER: Theater . . . . .	214
Dr. HERMANN HIEBER: Der edle Kaiser Josef . . . . .	218

**Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“**

Demokratische Presse

Jüngste Arbeiterdichtung — Knut Hamsuns „Letztes Kapitel“

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



**Preis 30 Pfennig**

*Demnächst erscheint:*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt („Kladderadatsch“-Karikatur)*

*FRIEDRICH WENDEL:*

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**

## Zwischen Tat und Wort

Von Robert Breuer

Und Mose forderte alle Aeltesten Israels und sprach zu ihnen: Leset aus und nehmet Schafe jedermann für sein Gesinde und schlachtet das Passah. Und nehmet ein Bündel Ysop und tunket in das Blut in den Becken und berühret damit die Ueberschwelle und die zween Pfosten. Und gehe kein Mensch vor seiner Haustür heraus bis an den Morgen. Denn der Herr wird umhergehen und die Aegypter plagen. Und wenn er das Blut sehen wird an der Ueberschwelle an den zween Pfosten, wird er an der Tür vorübergehen und den Verderber nicht in eure Häuser kommen lassen. . . . Und zu Mitternacht schlug der Herr alle Erstgeburt in Aegyptenland . . . und ward ein groß Geschrei in Aegypten; es war kein Haus, da nicht ein Toter innen wäre.

(II. Buch Mose, Kap. 12.)

Der Generalfeldmarschall Hindenburg wollte als Sieger in Paris einziehen. Der Arc de Triomphe bekam ihn nicht zu sehen. Der Reichspräsident Hindenburg ist durch das Brandenburger Tor eingezogen. Sieger über die Staatsfreudigkeit des deutschen Proletariats.

Als der Generalfeldmarschall den Entschluß faßte, die Deutschland feind gewordene Welt in die Knie zu zwingen, wußte er scheinbar nichts von der Schwere und der Unlösbarkeit der Aufgabe. Ohne politisches Augenmaß, das Verhängnis herausfordernd und heraufbeschwörend, die Amerikaner mißachtend, Brest-Litowsk nicht nutzend und die drohende Auflösung durch die Methode des Anbindens fördernd, tappte er, ein blinder Riese, in den Abgrund. Seine Siege besiegten das eigene Volk. Was weiß Herr Hindenburg, der Reichspräsident, von seinem heutigen Triumph; was weiß er von den Gefahren, in die auch dieser Sieg Deutschland hineinstößt. Gutgläubig meint er Einheit und Frieden zu fördern; in Wahrheit zerrißt er die letzten Bande deutscher Gemeinsamkeit: Im Siegeszeichen Hindenburgs, der von den Todfeinden der Republik zu deren Präsidenten gewählt worden ist, zerfällt Deutschland in zwei Völker, wird Deutschland ein katalaunisches Feld, über dem scharfe Augen schon heute die Geister der Toten sich würgen sehen. Des Generalfeldmarschalls Kurzsichtigkeit bezahlte das deutsche Volk mit Strömen unnütz vergossenen Blutes. Wer vermag zu sagen, ob die verwirrte und verwirrende Fremdheit dieses Reichspräsidenten Deutschland nicht zum zweitenmal in Blut beinahe ertränken wird. Schon einmal wurde dieser Retter zum Totengräber. Wer Ohren hat, der hört

zum andern Mal das harte Knirschen des Spaten und das grausame Poltern der Schollen.

Das Unfaßbare, das Schmachvolle, das Unverzeihliche ist Tatsächlichkeit geworden: dem Präsidenten der deutschen Republik, dem Verwirrungsprodukt einer staatsfeindlichen Minderheit, ist beim Einzug in Berlin, das ihm mit überwältigender Mehrheit ein Nein erteilt hatte, von den entschlossenen Gegnern des Volksstaates, von der Kanaille des Feudalismus, von dessen raffgierigen und vertrottelten Zuhältern gehuldigt worden. Schwarz-Weiß-Rot war der Empfang dessen, der auf Schwarz-Rot-Gold schwören sollte. Das war nicht der Empfang des Schützers und Bauers der Republik; das war der Auftakt der Gegenrevolution, Das war das Aufheulen des Fascismus, der hoffte, den Exponenten der Rebellion einholen zu können.

Hindenburg mag von alledem nichts wissen; aber er wußte eben auch nichts von dem Aufmarsch der Armeen, durch die Deutschland mit mechanischer Notwendigkeit besiegt worden ist. Er wußte nichts von der Unwirksamkeit der Unterseeboote und hielt Teilerfolge für Sicherung des Endergebnisses. Er hat vor seiner Wahl und nach seiner Vereidigung manch gutes Wort vorgelesen, offenes Bekenntnis zur Republik und zur Souveränität des Volkes; aber er hatte nicht die Tatkraft und anscheinend auch nicht die Macht, die Fahrt durch das Spalier derer, denen Republik und Volkssouveränität nur Hohn und Haß sind, zu vermeiden. Die Tat dieser Fahrt geschah noch früher als das Wort vor dem Reichstag. Binnen vierundzwanzig Stunden steht der Reichspräsident Hindenburg zwischen Tat und Wort. Was könnte uns veranlassen, seinem Worte mehr zu vertrauen als seinen Taten? Er ließ sich Willkommen entgegenschreien von Händen, die rot sind vom Blut ermordeter Republikaner, von Augen, aus denen wütender Trotz gegen die Republik funkelt, von Zungen, die vom Fluch gegen die Republik triefen. Er fuhr vorbei an Fahnen, auf denen weithin zu lesen war: Mit Gott für Kaiser und Reich. Wo ist nun die Wahrheit? Wer betrügt hier wen; oder richtiger: wer wird hier nicht betrogen? Trotz aller guten Worte Hindenburgs können die Republikaner zu ihm kein Vertrauen fassen. Das Aeußerste, was sie zu tun vermögen, ist, daß sie abwarten. Die Hoffnung ist gering, daß Hindenburg sich der schwarz-weiß-roten Umgarnung wird entziehen können. Wer vermag zu glauben, daß die Deutschnationalen, die Völkischen und das gesamte Fascistengesindel Hindenburg gewählt haben, um sich von ihm zur Republik und zum Gehorsam unter Schwarz-Rot-Gold erziehen zu lassen? Was liegt hier näher als die Furcht, daß auch diesmal Hindenburg sich über seine Kraft täuscht. Die Republik hat jedenfalls alle Ursache, mit größter Aufmerksamkeit zu beobachten, ob Hindenburg seine Worte in Taten wandeln wird oder ob er schließlich dazu kommt, zu seinen Taten die Worte zu finden. Hindenburgs erste Tat wirkte jedenfalls verhängnisvoll; dieser Triumphzug durch schwarz-weiß-roten Fanatismus hat wie eine Herde von Tanks niedergewälzt, was Deutschlands Kraft, vielleicht seine einzige, ist: den Staatswillen der Arbeiter. Die Sozialdemokratie soll herausgedrängt werden, soll wieder vaterlandsloser Geselle werden. So wollen die Geheimräte und die Strolche, die für Hindenburg monarchistisch flaggten, so wollen die Getreidemagnaten und die Eisen-

barone, die seine Wahl und seine Presse bezahlten. Wie wird sich Hindenburg entscheiden, wie wird er sich entscheiden können? Denkt er sich die Einigung des deutschen Volkes, wie einige seiner witzigen Trabanten schreiben, herbeigeführt durch Unterwerfung der Republik unter deren Gegner, glaubt er durch väterliches Zureden das deutsche Proletariat wieder in die Hörigkeit führen zu können, so wird ihm eine Enttäuschung zuteil werden, größer als die war des Pharaos und aller seiner Knechte, da der Herr alle Erstgeburt schlug in Aegypten, aber an den Häusern vorbeiging, die das Blutzzeichen trugen. Die deutschen Proletarier haben dies Blutzzeichen in vier Jahren Krieg und sechs Jahren bitterer Nachkriegszeit aus ihren eigenen Adern quellen lassen. Sie stehen bereit, nicht um auf den Trümmern ihrer Leistung, ihres Staates sich umschmeicheln und einfangen zu lassen; sie stehen bereit, um diesen ihren Staat gegen jedermann und mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie werden dabei nicht nach Worten, sondern nach Taten prüfen, was zu tun, wie die Abwehr zu leisten, wie der Kampf und bis zu welchem Ende er zu führen ist. Noch liegt es bei der deutschen Republik und bei den Republikanern, einem Feinde, wenn er Feind sein will, den Willen aufzuzwingen.

Wer möchte glauben, daß Friedrich Ebert es geduldet hätte, von der Berliner Arbeiterschaft mit roten Fahnen begrüßt zu werden? Wer ist nicht davon überzeugt, daß es dem Reichspräsidenten Ebert gelungen wäre, das Berliner Proletariat zu einem Bekenntnis für die Republik zu zwingen? Es ist ihm gelungen. Herrn Hindenburg ist es nicht gelungen. Neben ihm ist Friedrich Ebert ein Gigant, und neben Friedrich Ebert ist Hindenburg fürs erste nur ein politisches Versprechen. Hindenburg spricht von der Einigkeit des deutschen Volkes, aber er duldet die schwarz-weiß-rote Revolte. Ebert schlug rote Revolten nieder, schonte dabei weder Tradition noch innerstes Empfinden, weder Freundschaft noch Klassenbewußtsein; er diente wahrhaft der Gemeinsamkeit und der Ganzheit des Volkes. Hindenburg spricht von alledem; er hat einen langen Weg vor sich, um Friedrich Ebert auch nur nahezukommen.

Wenn Hindenburg ein Staatsmann wäre, so hätte er die Autorität, die er bei den Vertretern des ehemaligen Obrigkeitsstaates, den Ostelbiern und der Schwerindustrie, hat, dazu benutzt, um diesen Unbändigen zu sagen: Geduldet euch. Lernt dienen. Viele hundert Jahre habt ihr geherrscht. Laßt jetzt einmal die bisher Beherrschten sich regen und bewähren. Nutzt nicht brutal, nach Raubrittersitte, die Schwächen, die sie nicht vermeiden können, die Nöte, die auch ihr nicht beseitigen könnt, um zu berennen, was hoffnungsvoll keimt. Gewöhnt euch daran, daß ein Sattler die höchste Spitze des Staates einnimmt, daß Metallarbeiter und Kommis dort sitzen, wo bisher nur der Korpsstudent und der Sohn des guten Hauses saßen. Wenn Herr Hindenburg wirklich etwas für Deutschland Unvergängliches hätte tun wollen, so hätte er der Demokratie und im besondern der deutschen Arbeiterschaft den Weg zur Ausgestaltung des Staates breit öffnen helfen müssen. Das tat er nicht. Nach seinen Worten möchte er kalmieren, während die Herren von gestern sich neu einnisten. Nach seinen Taten fördert er deren brutale Reaktion. Hindenburg ist kein Staatsmann; wir wollen warten

und prüfen, ob er nicht gar ein Gefangener ist. Denen aber, die ihn gefangen halten, oder zum mindesten gefangennehmen möchten, sei in Umkehrung jenes rettenden Erlebnisses aus den Tagen, da der Herr die Aegypter schlug, gesagt, daß die Republik weiß, wen sie zu schlagen hat: alle die, die des Reichspräsidenten Schwur auf Schwarz-Rot-Gold durch schwarz-weiß-rotes Hauszeichen unwirksam zu machen trachten.

## Der Fetisch siegte

Von Hans Lepke

... Die Rute auf den Hintern.

Der deutsche Generalissimus des Weltkrieges konnte am 26. April einen neuen Sieg verzeichnen, einen traurigen Sieg allerdings. —

Als er vom 23. bis 30. August 1914 bei Tannenberg eine Bataille gewann, leistete er seinem Lande einen unvergeßlichen Dienst. Das deutsche Volk dankte es ihm, die deutschen Ostprovinzen von der russischen Invasion befreit zu haben. Der Sieg bei Tannenberg war damals nicht nur ein bedeutender strategischer, sondern ein ebenso großer psychologischer Erfolg. Die „russische Dampfwalze“ war zum Stehen gebracht, die Gefahr im Osten schien gebannt, das militärische Geschick Deutschlands war an der russischen Front gesichert, und so blieb freie Hand für die Operationen auf den übrigen Kriegsschauplätzen. Und schließlich ist die Bedeutung in Rechnung zu stellen, die dieser Erfolg durch seine Einwirkung auf die Gemütsverfassung des Heeres und des Volkes gewann. Die Massen waren noch aufnahmefähig für den Gedanken des Sieges. Tannenberg und Masuren gaben dem General die Gloriole des Heldentums.

Aber mit den Anfangserfolgen im Osten, mit der Ueberführung der Kämpfe auf russischen Boden und mit der Sicherung Deutschlands gegen Rußland war der Krieg nicht beendet. Die Blätter fielen im Herbst, doch der Kampf ging weiter. Das war kein Krieg, der entschieden werden konnte mit einigen großen und siegreichen Schlachten. Das war ein Krieg der Technik, der wirtschaftlichen Macht und der organisierten Welträume.

Wir lernten, auf große Erfolge zu verzichten, und wir mußten erkennen, daß die siegreichen Schlachten zu Kriegsbeginn einer vergangenen Epoche der Kriegsführung angehörten. Siegen mußte, wer über die größeren technischen Hilfsmittel verfügte; an die Stelle des persönlichen Mutes trat die materielle Macht. Ein großer Name ist uns aus den späteren Kriegsjahren kaum noch geläufig. Wir rechneten nur noch mit Flammenwerfern und Gasangriffen, mit schweren Geschützen, Tanks und anderen Maschinen. Der Mensch erschien mehr als Objekt, weniger als Subjekt des Kampfes. Und Hindenburg? Wir erinnern uns kaum an einen glänzenden Zusammenhang, in dem der Name noch einmal genannt wurde; der General unterzeichnete seit August 1916 als Chef des Generalstabes die Kriegsberichte. Für einen Augenblick spricht es in uns: Hindenburg-Front und Hindenburg-Jahr. Dann aber quillt grauenhaft Zusammenbruch und Ende hervor; wir denken nicht

mehr an glänzende Episoden des Krieges: der zum Idol gewordene Name überstrahlt nicht die Erinnerung an die Not und die Schrecknisse des aussichtslosen Stellungskrieges im Westen und an den Hunger in der Heimat.

Hätte Hindenburg 1915 den Frieden gefordert, so würde man heute vielleicht kaum noch an ihn denken; die Kriegsinteressenten hätten sich eines solchen Generals bald entledigt. — So aber war ihm der Krieg eine „Badekur“, und er durfte verherrlicht werden. Soldat und Strategie, ohne Blick für die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge glaubte er an eine Entscheidung an der Front. Seine Verdienste sollen nicht geschmälert sein, aber sein Hekdentum ist weniger wahr als angedichtet. Hindenburg ist der „Held eines verlorenen Krieges“, er gewann eine Bataille durch deutsche Jugend und deutschen Opfermut, er opferte die Jugend und verlor den Endkampf. Und doch ist er „der Retter“. Die Masse machte sich einen Helden. Das sind die Imponderabilien des Namens. Das ist der Fetischglaube.

Mit diesem Namen spielten die deutschen Nationalisten, als sie seinen Träger zum Kandidaten machten für das höchste Amt, das das Volk zu vergeben hat. Es gehörten eine beispiellose politische Verantwortunglosigkeit und ein nicht zu überbietender Parteiegoismus zu einer solchen Spekulation. Wer bereit ist, allein um seinen politischen Sonderinteressen zu dienen, die höchste politische Stellung durch einen Mann zu besetzen, der bis zum letzten Tage bekannte, unpolitisch zu sein, und der durch nichts zu einem solchen Amte qualifiziert ist, der verletzt die Interessen der Gesamtheit und beschwört ein gefährliches Wagnis.

Bei einer solchen Beurteilung der politischen Hintermänner Hindenburgs muß auch die Entscheidung des 78jährigen Generals recht sonderbar wirken. Wir durften es ihm als ein Verdienst anrechnen, daß er nach Beendigung des Krieges sich den neuen Bedingungen staatlicher Ordnung unterwarf und sich fern hielt von den politischen Treibereien der deutschen Nationalisten. — Wie war es möglich, daß dieser Mann, der noch gestern erklärte, dem politischen Leben fernzustehen, heute die Kandidatur und das Amt des Reichspräsidenten annimmt? Wir können diesen Entschluß vielleicht seinem unpolitischen Geist zugute rechnen. Es gibt wohl nur die Erklärung, die der Alterspräsident des deutschen Reichstages gab, daß Alter nicht vor Torheit schützt. Dadurch aber wird an der Tatsache nichts geändert, daß mit seiner Wahl den Interessen des Staates nicht gedient wurde.

Fragen wir nun nach den Wählern Hindenburgs, so sind es zuerst die unentwegten Nationalisten. Der bayerische Partikularist wählte lieber den großdeutschen General, der ostpreußische Bauer und Knecht lieber den Vertreter preußischen Junkertums, und der deutsche Kleinbürger lieber einen Mann der „guten alten Zeit“, als einen Vertreter der Republik. Die nationalistischen Wähler hätten jedoch nicht allein genügt; der General wurde gewählt von den Massen, die sich blenden ließen durch den Glanz seines Namens. Sie fragten nicht nach seiner Eignung, sein Alter gab ihnen keine Bedenken, sie wählten ein Phantom; der Name mobilisierte die 3 Millionen, die sonst bei politischen Entscheidungen abseits standen; die „nationalistischen Kaffeeschwester“ besannen sich, berufen zu sein, mitzuwirken bei der Wahl des Oberhauptes im Staate. — Und auch dann wurde die Wahl erst möglich durch die Absplitterung nahezu

2 Millionen republikanischer Stimmen infolge der Sonderkandidatur der Kommunisten, die nichts gelernt haben von der Taktik Lenins im bürgerlichen Staate. Diesmal haben die Kommunisten einem reaktionären General den Weg gebahnt. So konnte Hindenburg „siegen“ durch das Zusammenwirken völlig heterogener Elemente — ein trauriger Sieg.

Für die Republikaner war diese Wahl immerhin ein Beweis ihrer Macht. Man muß es in Rechnung stellen, daß in den protestantischen Bezirken viele Stimmen, die sonst dem Volksblock zugute gekommen wären, infolge konfessioneller Bedenken für Marx verloren gingen, daß infolge nationalistisch-antisemitischer Verhetzung die demokratische Partei für weite Kreise als eine rein jüdische und „volksfremde“ Partei erscheint, und daß schließlich bei dem kleinstädtischen Bourgeois das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ gegenüber den Sozialdemokraten auch heute noch seine Wirkung nicht völlig eingebüßt hat. So belastet konnten wir die Zahl der republikanischen Stimmen gegenüber dem ersten Wahlgang doch noch um ca. eine halbe Million steigern. — Auf unserer Seite ist ein vernünftiges politisches Urteil und politische Aktivität, auf der anderen sind die Imponderabilien eines Fetisches und politische Unreife. Wir können deshalb mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen.

Es könnten nach dieser Wahl Bedenken aufkommen gegenüber dem demokratischen Staatsideal. Das Wort — „Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht“ — hat sich diesmal als wahr erwiesen. Darum wird selbst der überzeugte Demokrat, für den die Demokratie die in einem Kulturvolke einzig mögliche Staatsform ist, den nationalistischen Wählern gegenüber das Wort gelten lassen:

„Ihr lieben Deutschen, glaubt mir doch,  
Ihr denkt nicht und gleicht noch den Kindern  
Und darum gehört euch lange noch  
Die Rute auf den Hintern.“

## Reaktionäre Wellen

Von Albin Michel

Es hieße nichts anderes als die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man leugnen wollte, daß Deutschland in den letzten Jahren von einer reaktionären Welle überflutet worden ist und noch überflutet wird. Mag man die innere Kraft der republikanischen Parteien noch so hoch einschätzen: auch die Reaktionäre haben an Kraft zugenommen; denn viele, die einst nur stumme Mitläufer der Reaktion waren, sind heute, gleichgültig ob aus Dummheit, Stumpf- und Geschäftssinn, politischer Romantik usw., zu fanatischen Streitern im reaktionären Heerhaufen geworden. Wie viele Spießer niedrigsten Kalibers, Leute, die in der Politik von einer geradezu zum Lachen anreizenden Unwissenheit sind, und die früher in ihrer spießberlichen Art, also ungefährlich, gegen das alte Regime, gegen Polizei, Militär und Verwaltung, gewettert haben, sind heute mit ihren Familienangehörigkeiten eifrige Mitkämpfer von Junkern, Großkapitalisten, abgetakelten monarchistisch gesinnten Kreisen. Es soll hier nicht untersucht werden, aus welchen Hintergründen dies so geworden ist, aber es ist nicht ohne Interesse, unter anderen Gesichtspunkten etwas



näher auf diese reaktionäre Welle in Deutschland und auf reaktionäre Strömungen im allgemeinen einzugehen.

Zunächst ist es eine durch die Geschichte immer wieder bestätigte Erscheinung, daß Fortschritte nur in Wellenlinien gemacht werden. Jede große Bewegung, sei sie religiöser, wirtschaftlicher, politischer oder sozialer Art, geht über eine Linie von auf- und abgehenden Wogen, jeder größeren Bewegung setzen sich Hindernisse entgegen, die zeitweilig größer, zeitweilig geringer sind, die zwar den endgültigen Sieg aufhalten, aber nicht verhindern können. Das sehen wir, um zunächst zwei religiöse Bewegungen zu nennen, beim Mohammedismus und beim Christentum, beim Emporkommen des Bürgertums, bei der Ueberwindung des Kleinstaatswesens, bei der Abschaffung der Sklaverei, bei der Beseitigung der Hörigkeit, bei der Emanzipation der Juden usw. Und besonders tritt dies Auf und Ab nach großen geschichtlichen Ereignissen, nach Revolutionen und nach Zusammenbrüchen alter Regime hervor. Geschichtsphilosophen haben dies schon damit begründen wollen, daß Regierungssysteme, die unter dem Stern von Revolutionen und Zusammenbrüchen aufkommen, ihre Kraft zu rasch verausgaben oder, ans Herrschen noch nicht gewöhnt, sie nicht in nachhaltiger Weise wahrnehmen. Die Wahrheit aber ist, daß politische Revolutionen und Zusammenbrüche von Regierungssystemen meist unter ganz außergewöhnlichen Umständen vor sich gehen, in Zeiten, die unter normalen Verhältnissen noch nicht so weit gediehen sind, das alte Regierungssystem zu beseitigen.

Die Stellung Napoleons III. in Frankreich war nie so gefestigt wie die der Hohenzollern in Preußen, aber ohne die militärischen Niederlagen von 1870 wäre seine Dynastie sicher noch nicht zusammengebrochen, ohne den Weltkrieg war der Zarismus in Rußland noch nicht auszurotten, und ebensowenig wäre ohne den großen europäischen Krieg in Deutschland die Einführung der Republik schon möglich gewesen. Wenn Revolutionen und Zusammenbrüche alter Regierungssysteme fast stets unter außergewöhnlichen Umständen vor sich gehen, unter Verhältnissen, die in den alten regierenden Kasten zwar eine zeitweilige Depression hervorrufen müssen, deren Macht aber immerhin noch nicht verschwinden lassen, so ist es auch nicht verwunderlich, daß später, nachdem die Ueberschwenglichkeiten der Revolution oder das niederdrückende Gefühl des Zusammenbruchs vorüber sind, die alten Mächte von neuem vorzudringen suchen. In Deutschland wiederholte sich also in den letzten Jahren nur eine Erscheinung, die als natürliche Rückwirkung des — geschichtlich und nach den wirklichen Kräfteverhältnissen betrachtet — vorzeitigen Zusammenbruchs des alten Regierungssystems anzusehen ist.

Heute, wo in allen Ländern weit mehr politische Erregung herrscht als in vergangenen Zeiten, muß naturgemäß die Wahl eines so ausgesprochenen Vertreters des alten Regimes, wie es Hindenburg ist, aufregend wirken, aber dabei bleibt doch zu untersuchen, ob die seit Jahren in Deutschland wieder hervorgetretene Reaktion wirklich so außergewöhnlich erscheint. Dabei braucht nur auf einige reaktionäre Bewegungen in fremden Ländern hingewiesen zu werden. Italien gehörte zu den „Siegerstaaten“, aber eine so reaktionäre und kulturfeindliche Bewegung, wie der Fascismus ist, konnte nach Deutschland nur in seinen Anfängen exportiert werden, Spanien war ein neutrales Land geblieben,

wird aber schon seit  $1\frac{1}{2}$  Jahren von einem unwissenden General malträtirt, in Ungarn herrschte lange Zeit der weiße Terror, und zum Teil ist er auch jetzt noch nicht verschwunden, in Nordamerika wurde der Ku-Klux-Klan zu einer Kulturgefahr und zu einer Kulturschande. Gewiß hat sich auch in Deutschland die wildeste Reaktion ausgetobt, unzählige Republikaner wurden gemordet. Aber dies waren Einzelmorde und Einzelbestialitäten. Im ganzen betrachtet, gingen bisher in Deutschland die reaktionären Kräfte nur einmal zu einem großen Schlag über: beim Kapp-Putsch. Dabei verloren sie aber die Partie. Das deutsche Republikanertum im allgemeinen und die Arbeiterklasse im besonderen werden es nicht dahin gelangen lassen, daß fascistische Großbanden Gewerkschafts- und Genossenschaftshäuser zerstören können, daß ein reaktionärer militärischer Diktator das Parlament auseinanderjagt und die Presse unterdrückt, in Deutschland ist trotz alledem die Republik schon so erstarkt, daß weißgardistische Methoden nach ungarischer Art nicht eingeführt werden können. Diese Gegenüberstellung dürfte schon genügen, um darzutun, daß die Reaktion in Deutschland doch nicht soviel Kraft hat, wie sie selbst vorzutäuschen sucht und wie es nach außen hin manchmal scheinen mag. Auch wenn wir bedenken, daß Deutschland bis zum Jahre 1914 allgemein als das Land galt, in dem die Monarchie — trotz Erstarkens der Sozialdemokratie — noch am sichersten verankert war, ist die reaktionäre Bewegung in Deutschland nicht so, daß man sie als ein politisches Phänomen ansehen müßte.

Unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß Druck Gegendruck hervorruft, brachte uns das turbulente Auftreten der wilden Männer von rechts sogar Vorteile, den Drang weiter Volkskreise zum eigenen Verbundensein mit der Republik, die mehr hervortretende Betonung der republikanischen Gesinnung und den erstarkenden Kampfwillen, die republikanische Staatsform gegen alle Widersacher zu verteidigen. Aus der Geschichte wissen wir, daß solche reaktionären Wellen auch wieder zerschellen, daß sie schließlich in Schaum zerfließen. So wird es auch der reaktionären Welle ergehen, die seit einigen Jahren durch Deutschland flutet. Auch sie wird zerschellen an dem Felsen, den Deutschland in der Republik aufgerichtet hat. Dabei ist noch auf eins hinzuweisen: Reaktionäre Wellen in der Politik sind immer mit einer gewissen Versteinerung des politischen Denkens, mit einer gewissen Romantik in der Betrachtung vergangener Zeiten und mit einem Mangel an vorwärtsschauenden Gedanken verbunden. Dies trifft ganz besonders auf Deutschland, aber auch auf andere europäische Länder zu. Was heute noch beiderseits des Rheins bis hinüber nach Polen und bis hinunter nach Italien von einem Krieg gefaselt wird, ist weiter nichts als das letzte Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten. Denn ein neuer Krieg in Europa, wenigstens ein Krieg zwischen europäischen Großstaaten, würde ganz sicher das Ende der europäischen Kultur bedeuten. Die Zeit, da dies zum Allgemeinbewußtsein der europäischen Völker kommen wird, liegt vielleicht gar nicht so fern, wie es nach dem Geschrei vieler Stammtischstrategen angesehen werden kann. So manche unter den jetzt Lebenden werden noch die Zeiten kennen lernen, in denen der, der von einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland spricht, ebenso angesehen wird wie jemand, der einen Krieg zwischen den Städten Leipzig und Breslau oder Hamburg und München prophezeit.

## Der Fall Höfle

Von Rechtsanwalt Dr. Brandt (Berlin)

Wäre es kein Minister, kein Hahn hätte nach ihm gekräht. Er wäre gestorben wie all jene andern, hinter denen sich die Pforte des Untersuchungsgefängnisses auf ewig schloß. Nun aber beginnt man aufzuhorchen in unserm Kulturstaate. Es ist ja kein galizischer Taschendieb, kein revolutionärer Arbeiter, — ein Reichsminister ist es, an dem hier die Todesstrafe vollzogen wurde, in einer Form, die mittelalterlichen Foltertraditionen alle Ehre macht. Kein Mensch kann sich dagegen schützen, daß er einmal Minister wird. Kein Mensch weiß, ob ihm Moabit immer ein Haus mit sieben Riegeln bleiben wird. Man kann an diesem Falle nicht vorbeigehen, wie man Menschenschicksale beim Frühstück zu überlesen gewohnt ist. Man ist doch ein Mensch, mit hochentwickeltem Rechtsgefühl, mit einem Herzen, das warm für seinesgleichen schlägt.

\*

So erfuhren denn die empörten Parteifreunde und Mätkbürger, daß Höfle noch kurz vor seinem Tode als haftfähig befunden worden ist. Nicht etwa von den Gerichtsärzten, auf die man die Verantwortung nunmehr abzuwälzen sucht, sondern vom Untersuchungsrichter und Staatsanwalt. Fragt man einen Laien, einen Menschen also, der mit Jurisprudenz noch nicht infiziert ist, dem höchstens gewisse Paragraphen des Strafgesetzbuches dem Vernehmen nach bekannt sind, was er unter „Haftfähigkeit“ verstehe, so wird er prompt antworten: Die Fähigkeit, die Haft auszuhalten, sie ohne Gefährdung der Gesundheit zu überstehen. Und er wird, da er sich als Laie offen bekennt, niemals Anspruch darauf erheben, diese Fähigkeit ohne ärztliche Fachkenntnisse bejahen oder verneinen zu können. Fragt man den Juristen, so wird er erwidern: Haftfähigkeit ist die Fähigkeit, zu fliehen oder den Tatbestand zu verdunkeln. Und wenn ihn der Laie verständnislos anblickt, wird sich der Jurist, der diesen Blick bei Laien gewöhnt ist, wohlwollend zu folgender Erklärung herbeilassen: Der Begriff der Haftfähigkeit ist dem Gesetze fremd. Der erkrankte Untersuchungsgefangene ist daher nicht anders zu behandeln als der gesunde. Nur wenn die Krankheit so vorgeschritten ist, daß Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr beiseitig erscheinen, kann mithin der Haftbefehl aufgehoben werden.

Die praktischen Konsequenzen dieser einleuchtenden Deduktion liegen auf der Hand. Nicht jedem bekommt die Untersuchungshaft; zumal wenn er vermessen genug ist, sich für unschuldig zu halten. Mancher erkrankt sogar lebensgefährlich. Hört er damit auf, fluchtverdächtig zu sein? Hier taucht ein neues Problem auf. Wann ist der Beschuldigte fluchtverdächtig? Man sollte meinen, wenn der Verdacht gerechtfertigt ist, daß er fliehen werde. Weit gefehlt — für den Staatsanwalt genügt die Möglichkeit, daß er fliehen könne, mit andern Worten, die Reisefähigkeit. Nach dieser Definition, nach der schlechterdings jeder Beschuldigte in Haft genommen werden müßte, ist man offenbar auch bei der Verhaftung Höfles verfahren. Tatsächliche Indizien, die auf eine Absicht der Flucht schließen ließen, kamen ja bei dem Manne, der sein Mandat freiwillig niederlegte und sich selbst nach Moabit begab, nicht in Frage. So wie der Fluchtverdacht, wie ihn die Staats-

anwaltschaft auffaßt, immer vorliegt, wird er auch durch keine noch so schwere Erkrankung beseitigt. Auch der Sterbende kann mit fremder Hilfe noch transportiert werden. Genau genommen ist eigentlich auch die Leiche fluchtverdächtig. Ein intensiv juristisch arbeitendes Gehirn wirft sonderbare Blasen auf.

Und der Arzt? Hier schließt sich die Kette unerbittlicher Logik. Ihm wird nicht etwa die Frage vorgelegt, ob der Beschuldigte haftfähig sei, ob gar Lebensgefahr zu befürchten sei. Ein solches Vorgehen widerspricht dem gesunden Juristenverständnis. Der Arzt ist ja nur Gehilfe des Richters. Man fragt ihn pflichtgemäß, ob der Grad der Krankheit jede Fluchtgefahr ausschließe. Und man bekommt die pflichtgemäße, vorgeschriebene, verneinende Antwort. Quod erat demonstrandum. Die Ärzte, die etwa aus der Reihe tanzen wollten, sind durch den Erlaß ihrer vorgesetzten Behörde genügend gewarnt und auf die Folgen für ihre Existenz hingewiesen. Der Verteidiger aber wird in einem freundlichen Schreiben dahin beschieden, daß „der Haftentlassungsantrag im Hinblick auf das Gutachten des Gefängnisarztes abgelehnt worden sei“. Wozu die Anfrage an den Arzt, dessen Antwort das Gericht im Voraus kennt? Wozu die Farce einer ärztlichen Untersuchung, die für die Entscheidung absolut irrelevant ist? „Wär' der Gedank' nicht so ver wünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen“ ...

\*

Nun wird die Schuldfrage geprüft. Die Untersuchung gegen die Untersuchungsbehörde wird eingeleitet. Das Gericht beruft sich auf den Gerichtsarzt, der Gerichtsarzt auf die Anweisung des Ministers, der Minister auf die Praxis des Gerichts. Ein circulus vitiosus, wie es scheint, aber doch insofern richtig, als tatsächlich die Gerichtsärzte keine Schuld trifft. Gewiß, sie hätten aufbegehren können, sie hätten jede Verantwortung ablehnen, ja, die Enthaftung fordern können. Sie sind Gerichtsärzte, angestellt vom Staate, gebunden an die Weisungen der vorgesetzten Behörde, in deren Hand ihre Zukunft und ihr Schicksal liegt. Das sagt alles. Der Minister wiederum beruft sich nicht zu Unrecht auf die gerichtliche Praxis. Mag auch der ominöse Geheimerlaß auf andern Gebieten von einschneidender Bedeutung sein, im Punkte der Haftfähigkeit bei Untersuchungsgefangenen wiederholt er lediglich einen Grundsatz, der vom Kammergericht aufgestellt und von den Gerichten regelmäßig befolgt wurde. Somit trüge das Kammergericht die Schuld? Die Richter des zweiten Strafsenats, die an jener Entscheidung mitgewirkt haben, werden sich dagegen wehren und sich auf das Gesetz berufen, dessen Anwendung ihnen lediglich obliege. Es ist müßig, dieser Erörterung weiterzuspinnen, eine Individualschuld konstruieren zu wollen. Schuld ist das System. Es ist nun einmal im Wesen unseres Rechtsstaates begründet, daß jedes seiner Organe den Schein des Rechts für seine Handlungsweise in Anspruch nehmen kann, daß jeder seiner Beamten sich auf irgendeine vorgesetzte Stelle, auf eine übergeordnete Instanz berufen kann. Das Kriterium des Rechtsstaates, wie wir ihn kennen, liegt ja gerade darin, daß man nicht den Mut zur offenen Gewalt hat. Man umkleidet die Mißachtung der persönlichen Freiheit, die politische Unterdrückung stets mit dem Mantel des Rechts. Rechtsgüter, deren Schutz die Verfassung dem dankbaren Volke laut verheißt, werden im Namen des Volkes mit Füßen getreten. Ein System,

welches so kultiviert ist, daß das Volk nicht einmal merkt, welch Unrecht ihm geschieht. Betrachtet man den Endeffekt, so bleibt nichts als Willkür und Gewalt. Zuweilen nur wird, wie im Falle Höfle, der Schleier gelüftet. Man erkennt, daß eigentlich der Untersuchungsgefangene nach der Rechtsauffassung der Justiz und Verwaltungsbehörden völlig rechtlos ist. Allein vom richterlichen Belieben hängt Leben, Gesundheit, Freiheit ab. Nicht nur der Untersuchungsgefangene ist rechtlos. Man entsinnt sich noch der seltsamen Verhaftungsmethoden einzelner auf schnelle Karriere bedachter Staatsanwälte. Das Institut der vorläufigen Festnahme berechtigt jeden schneidigen Assessor der Staatsanwaltschaft zur Freiheitsentziehung. Fluchtverdacht und Kollusionsgefahr sind schnell begründet. Fluchtverdächtig ist man, wenn man reisefähig ist. Verdunkelungsgefahr liegt vor, wenn die Sache dunkel ist. Das Gesetz verlangt mehr. Ich habe indessen kaum einen Fall erlebt, in dem die Praxis diese gesetzlichen Erfordernisse erfüllt hätte. Man kann sogar getrost sagen, daß Verdunkelungsgefahr regelmäßig schon dann angenommen wird, wenn der Beschuldigte die Schuld bestreitet. Auch die Verhaftung hängt also von behördlicher Willkür ab. Es genügt hiernach ein bloßer Verdacht, um einen Menschen ins Gefängnis und zu Tode zu bringen. Ein Trost ist freilich vorhanden. Nicht alle werden in Haft genommen, nicht alle sterben im Gefängnis. Der Staatsanwalt und seine Polizeiorgane brauchen nicht festzunehmen, der Richter braucht den Haftbefehl nicht zu erlassen, er kann ihn aufheben, wenn er nach Lage des Falles und nach der Persönlichkeit des Beschuldigten die Haftgründe nicht mehr als fortbestehend ansieht. Es hängt, wie gesagt, von seinem Ermessen ab. Merkt ihr das System? —

\*

Bemerkenswert ist die Bekundung des Gerichtsarztes Dr. Thiele, den ich stets als einen der humansten und objektivsten Amtsärzte kennengelernt habe. Seit dem Geheimerlaß des Wohlfahrtsministers hat dieser Arzt keinen Untersuchungsgefangenen mehr für haftunfähig erklären können. Er hat wiederholt mit Rücksicht auf seine Ueberlastung um Bewilligung eines Assistenten gebeten. Es wurde ihm rundweg abgelehnt. Er hat sogar in einer Fachzeitschrift einen Artikel veröffentlicht, in dem er darauf hinwies, daß nach dem Erlaß und der gerichtlichen Praxis eine geordnete gerichtsärztliche Tätigkeit unmöglich sei. Der Erfolg war eine Mißbilligung seiner vorgesetzten Behörde. Und das Unglaublichste: Der Vorsitzende des Strafvollzugsamts weist den Gerichtsarzt persönlich darauf hin, daß er sich nach dem Geheimerlaß richten müsse, da er in dem Verdacht stehe, bisher zu nachsichtig gewesen zu sein.

Sieht man sich den Erlaß näher an, so wird einem manches verständlich. Der Minister wirft den Gerichtsärzten ihre „unangebrachte Milde gegenüber den ihr Mitleid erregenden Beschuldigten“ vor, „Mangel an der erforderlichen Gewissenhaftigkeit“, das Bestreben, durch die Ausstellung privater Atteste das „ärztliche Einkommen zu erhöhen“. Offenbar sei manchen ärztlichen Gutachtern, so heißt es weiter, „das Bewußtsein dafür verlorengegangen, daß für den Gerichtsarzt der Grundsatz gelten müsse, daß er in seiner Eigenschaft als Sachverständiger vor Gericht in der Hauptsache ein Gehilfe des Richters zur Durchführung einer geordneten Rechtspflege sein solle“. Und dann kommt ein Satz, der festgehalten werden muß:

„Wie wenig manche Aerzte für diese notwendige Voraussetzung gerichtlicher Sachverständigentätigkeit das erforderliche Verständnis besitzen, geht unter anderm aus der Beobachtung hervor, daß sie nicht selten in den Gerichtsverhandlungen ihre Gutachten in einer Form und mit Redewendungen abgeben, die den Anschein erwecken, als ob sie sich berufen fühlten, neben dem Verteidiger die Sache des Angeklagten zu führen, und alle nur möglichen Gesichtspunkte herausarbeiten, die irgendwie zu direkter oder indirekter Entlastung des Beschuldigten dienen könnten.“

Der Arzt wird als Gehilfe des Richters bezeichnet. Man wirft ihm unangebrachte Milde vor, verdächtigt ihn der Korruption und mißbilligt — *horribile dictu* — daß er sich berufen fühle, auch die zur Entlastung dienenden Momente vorzubringen. Und dann läßt man sich den Arzt kommen und deutet an, daß gerade er persönlich im Verdachte zu großer Nachsicht stehe. Und man läßt ihn herausfühlen, was man von einem Gerichtsarzt in Zukunft erwarte. Die so erzeugten Gutachten bilden dann die Grundlage für die gerichtlichen Entscheidungen. Erkennt ihr das System? — Mir will scheinen, als ob der Gerichtsarzt nicht nur Gehilfe des Richters sei, als ob er vielmehr zum Gehilfen des Unrechts degradiert werden soll.

\*

Vorschläge für die Zukunft? Der Gesetzgeber hat tatsächlich die Haftunfähigkeit von Untersuchungsgefangenen nicht ausdrücklich geregelt. Er hatte wohl eine sehr hohe Meinung von unsern zünftigen Juristen und brachte deshalb Selbstverständliches nicht zum Ausdruck. Selbstverständlich ist es aber, daß man den Untersuchungsgefangenen, der lediglich verdächtigt ist, nicht schlechter stellen kann, als den bereits überführten und verurteilten Strafgefangenen. Selbstverständlich ist, daß nur derjenige in Untersuchungshaft genommen werden kann, der die Haft ohne schwere Gesundheitsschädigung zu ertragen vermag. Selbstverständlich müßte es in einem Rechtsstaate sein, daß der Untersuchungsgefangene, wenn man ihm schon die Freiheit entziehen muß, alle erdenklichen Freiheiten genießt, soweit nicht der Untersuchungszweck dadurch gefährdet wird. So sagt es übrigens der § 116 Str.P.O. ausdrücklich. In der Praxis besteht zwischen Untersuchungs- und Strafgefangenen kaum ein Unterschied. Nachdem nun einmal die Rechtlosigkeit der Untersuchungsgefangenen der Oeffentlichkeit am Falle Höfle zu Gehirn geführt worden ist (zu „Gemüte“ kann man bei der Mentalität der Oeffentlichkeit schlecht sagen), ist Abhilfe durch gesetzliche Regelung dringend erforderlich. Behördliche Willkür muß durch gesetzliche Umschreibung des Begriffes der Haftunfähigkeit ausgeschaltet werden. Vorzuschlagen ist weiterhin eine dem englischen Recht eigentümliche Vorschrift. Dort wird in mündlicher Verhandlung über die Aufrechterhaltung der Haft entschieden. Jedem Untersuchungsgefangenen muß das übrigens selbstverständliche, in der Praxis stets sabotierte Recht zustehen, sich durch einen Privat- arzt untersuchen zu lassen.

Vor allem muß der bei uns gebräuchliche Mißstand einer unerträglich langen Dauer der Untersuchungshaft verschwinden. Kommt es doch nicht selten vor, daß Beschuldigte bei uns mehrere Jahre im Gefängnis ausharren müssen, bis die Verhandlung stattfindet, die vielleicht mit ihrer Freisprechung endet. Was hilft hier ein Gesetz über die Entschädigung

für unschuldig erlittene Untersuchungshaft? Glaubt man überhaupt, die seelischen und körperlichen Qualen eines unschuldig in Haft befindlichen Menschen durch Geldentschädigung abgelten zu können? Hinzu kommt, daß diese Entschädigung regelmäßig dann nicht gewährt wird, wenn die Freisprechung nur „mangels Beweises“ erfolgt.

Wir brauchen ein „right to a speedy trial“, einen Anspruch auf kurzen Prozeß, wie ihn das amerikanische Recht dem Beschuldigten gewährt. Die Untersuchungshaft darf eine bestimmte Zeitdauer, die für den Regelfall auf etwa sechs Monate zu bemessen wäre, nicht übersteigen. Kann die Schuld des Beschuldigten innerhalb dieser Frist nicht soweit geklärt werden, daß Anklage erhoben werden kann, so muß der Beschuldigte auf freien Fuß gesetzt werden.

\*

Der Fall Höfle ist typisch für das System. Er ist aber auch symptomatisch für die Tendenz. Einer der Kriminalbeamten, die bei dem Sturmangriff auf Schwanenwerder in vorderster Linie kämpften, ließ am Silvesterabend die unbedachte Aeußerung fallen: „Die Sache kostet der Republik den Kopf!“ Diese Aeußerung erhellt schlaglichtartig die Situation. Man freut sich über den enormen Kräfteaufwand und die unvergleichliche Energie und Tatkraft, mit der die Staatsanwaltschaft in den Fällen Barmat und Höfle arbeitet. Man würde sich ebenso freuen, wenn die Staatsanwaltschaft und ihre Organe die gleiche Energie auch aufbrächten, wenn es gilt, die Angriffe gegen die Republik zu sühnen. Wir hoffen nicht, daß die Prophezeiung jenes vorwitzigen Beamten eintreffen wird. Wir hoffen, daß die Republik nicht den Kopf verliert, den Kopf, der notwendig ist, um zu erkennen, daß ihre schärfsten Feinde im eigenen Lager sitzen.

## Konservative Republik oder Volksstaat

Von . . .

Reichspräsident Ebert war immer bestrebt, die Feiertage der Republik — es waren häufiger Trauer- als Festtage — zu Erlebnissen des Volkes, besonders des proletarischen Teils des Volkes, werden zu lassen, um das Band zwischen dem republikanischen Staat und seinem Volk fester zu knüpfen. Der Trauertag um Rathenau und die Verfassungsfeiern waren Versuche, dem Massenerlebnis künstlerischen Ausdruck zu geben. Nie aber verschmolzen Staatsereignis und Massenerlebnis so ineinander, wie an den Tagen, da das republikanische Volk seinen ersten Präsidenten, das Proletariat seinen Führer zu Grabe trug. Die Republik schuf in den Berliner Straßen, an den Geleisen nach Baden und auf dem Weg zum Heidelberger Friedhof einen Massenchor mit gewaltiger Ausdruckskraft.

Jetzt schickt die bisher bei Staatsgestaltung und Staatsformgebung übersprungene Bourgeoisie sich an, Deutschland den Stempel ihrer Herrschaft aufzudrücken. Sie ist sich dabei klar bewußt, so klar wie es auf unserer Seite leider nur wenige waren, welche politische Werbe- und Festigungskraft solche Stempelung hat. Noch ist sie traditions- und formlos, denn in Wilhelms feudalistisch-militaristischer Repräsentation spielte sie willig den Reserveleutnant. Nun hat sie es in München erstmalig versucht.

Die Eröffnung des längst vollendeten Erweiterungsbaues eines alten Museums bot willkommene Gelegenheit, sich in einer Stadt, in der der republikanische Gedanke nie bildhafte Kraft gewonnen hatte, zu feiern. Nicht mit stiller Selbstverständlichkeit, sondern mit lauter Reklame wird das modernste, wegen seiner Preise exklusive Verkehrsmittel benutzt. Ein wahrhaftiger einstiger Kronprinz sitzt zwischen einer Reihe „Köpfe“, zu denen auch die der Herren Wallraf und Cuno gehören. Mit knalligem Tamtam wird eine Akademie mit lauter Prominenten eröffnet, deren Sinn und Aufgaben niemand ahnt. Ein Ehrenring soll die den Herren Luther und Stresemann, Held und Rupprecht Genehmen aus der Reihe der übrigen Deutschen herausheben. Da man gut nationalliberal ist, spricht man nicht etwa von der Rotte Menschen, nicht wert den Namen Deutscher zu tragen, und fordert sie nicht auf, den deutschen Staub von ihren Füßen zu schütteln, sondern in Tönen freundlicher Anerkennung von der Arbeiterschaft. Die selige Zeit des Nationalvereins mit den Arbeitern als geborene Ehrenmitglieder, die nichts zu sagen haben, soll jetzt in der Politik Wirklichkeit werden. Man rasselt auch nicht mit dem Säbel, sondern spricht vom Weltfrieden, wie das Geschäft es erfordert. Wenn man Renken ist, läßt man sich gewissermaßen als Allegorie des Sees, von dem aus er in die Magen der erlauchten Festgäste kommt, eine trotz Anwesenheit des Kardinals Faulhaber mäßig bekleidete Melusine vorführen. Zum Schluß darf jeder der Geladenen zur Erinnerung an das Fest der Bourgeoisie in München seinen Maßkrug mitnehmen. Da in München überwiegend dünnkel eingebraut wird, kann niemand darin eine andere Anspielung erblicken, wie eben die auf den seit Jahren in München herrlich gepflegten Ortsgeist. Wer eine besonders üppige Phantasie hat, kann im Geiste schon die Siegesallee dieser neuen deutschen Epoche sehen, ihre Führer, nicht aus Marmor, sondern aus Spritzbeton, nicht mit charakteristischer Fuß-, sondern Maßkrughaltung darin aufgestellt.

Die Herren Luther und Stresemann werden nicht verfehlen, genau so, wie sie politisch den feudalistisch-militaristischen Flügel der Deutsch-nationalen niederhalten, am Marschallhof zu Berlin die Königs- und Kriegsspieler auszuschalten. Der Tag, an dem man die lange Aufmarschstraße füllen muß und demonstrieren will, daß Berlin doch nicht so links ist, wie es am 3. März und 26. April den Anschein hatte, wird eine Ausnahme bleiben. In der Regel werden nicht Wiking-, Jungdo- und Stahlhelmmannschaften, sondern die Herren aus der Schokoladen- und Lederindustrie, der Schiffahrts- und Weißbierbranche die Hofgesellschaft ausmachen und dem Deutschland der Gegenwart das Gesicht geben.

In einer Wahlversammlung hat ein Zentrumsmann mitgeteilt, ein Sozialdemokrat habe am Tage der Abfahrt Eberts von Berlin, auf der Reichstagsrampe auf die Massen auf dem Königsplatz deutend, zu ihm gesagt: „Das Proletariat nimmt Abschied vom Staat.“ — Die letzte Machtposition im Reich, das letzte lebendige Symbol eines neuen deutschen Staates ging dahin.

Die sozialistische Arbeiterbewegung ist so groß und hat gerade in der letzten Zeit ihrer kulturellen Einrichtungen so ausgebaut, daß sie wiederum, wie einst, sich selbst genug, für sich ihr Dasein führen kann. In dieser Möglichkeit liegt die Gefahr, daß sie sich abkapseln und ihre Verachtung für das ihr feindliche offizielle Deutschland wieder auf den



Staat selbst übertragen wird. Jahre mühsamer Erziehung zur Staatsgesinnung und zum Machtwillen sind dann vergebens gewesen.

Nun gibt es ja immer noch Parteigenossen, die meinen, es käme überhaupt nicht auf staatliche Machtstellungen, sondern nur auf die Stärke der sozialistischen Energie in den Massen an. Die jungsozialistische Reichskonferenz hat ja neulich von sich aus den Staat erledigt. Für die politische Situation der Sozialdemokratie ist zweifellos der Wille der Massen zu ihrer Politik entscheidend. Aber von welcher Bedeutung für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten einmal eroberte Positionen, selbst in ganz veränderten Situationen, sind, sollte uns allein die Geschichte der Bürokratie nach der Revolution in Deutschland lehren. Es geht doch auch von staatlichen Positionen, wenn sie richtig ausgefüllt werden, ein Drang nach Macht und ein Wille zur politischen Gestaltung aus, der häufig mehr revolutioniert als wirtschaftliche Umwälzungen. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, wie auf der einen Seite der Nimbus einstiger Macht und die Generalsaufschläge als Symbol einer, wenn auch völlig zerfallenen, staatlichen Konzentration aufwühlender wirken als die schrecklichste Proletarisierung, und wie auf der andern Seite das Proletariat abfällt von einer Bewegung, die nur aufwühlen, aber in der Gegenwart nichts leisten kann.

Es gibt für uns jetzt nur das eine Ziel, die Rückeroberung der politischen Macht. Dem reaktionären Wirtschaftsprogramm der Regierung müssen wir ein soziales entgegensetzen. Aber wir müssen auch in unsern Genossen eine unüberwindliche Sehnsucht wachrufen, es selber durchzuführen. Der Abschied vom Staat darf nur die äußere Erscheinung eines augenblicklichen Zwanges sein. Innerlich werde der Drang zu ihm stärker denn je.

Die heutigen politischen Machthaber verschieben das Bild der deutschen Republik. Wir sind es der über alle Landesgrenzen reichenden absoluten Idee von der Republik als des Staates der Freiheit und Gerechtigkeit, wie sein Inhalt auch in unserer Reichsverfassung festgelegt ist, schuldig, der deutschen Republik bald wieder das Gesicht eines Volksstaats zu geben.

---

## An der Rhone

*Von Hedwig Wachenheim*

Die Bahn hinter Basel ist ohne Aufdringlichkeit wohlgeordnet und bequem. Die Schweizer Hotels sind in aller Stille zu sorgfältigster Pflege der Gäste bereit.

In heißer Sonne liegen der Spiegel des Genfer Sees, Montreux und Territet. Noch sind Bäume und Sträucher kahl. Aber blumige Beete zeigen die günstige klimatische Lage. Steil im Schatten gehen die Berge am Nordufer in die Höhe, bergen den See in Ruhe vor Wind und Welt. Nichts stört völlige Hingabe an die wundervolle Verkündigung, die in diesem ersten Streicheln warmer Lüfte ist.

Schmerzlich ist das Verlassen der behütenden Ruhe, die das kostenlose Schweizer Visum nur für einen Tag gestattet.

Gleich hinter der Grenze werde ich aufgestört. Eine alte Schwedin im Abteil erklärt, Frankreich ließe den Franc nicht fallen wie die Deutschen die Mark, es habe mehr Stolz als die schmutzigen Boches. Mein Nachbar, ein Franzose, meint: „Das kommt von der Republik; so lang wir die haben, wird es nicht anders.“ Und dann drängt er sich danach, mir meine Schweizer Franken zu wechseln. Neben mir und in allen Nachbarabteilen lösen die weiblichen Wesen eifrig Kreuzworträtsel.

Lyon ist Fabrikstadt ohne den großen Rhythmus der Arbeit, ist provinziell, ohne jene wohligh-heiße Verschlafenheit der Provinzstädte im Süden.

Breit, ruhig und ohne Umschweife zum Meere drängend, fließt die Rhone durch eine weite lichte Ebene. Wellige Hügel wachsen hier und da. Das Frühlingsgrün, das erst nur an den Sträuchern am Fluß keimt und dann immer mehr sich an Obstbäumen, Kastanien und Weiden entfaltet, bis es zu üppigster Pracht am Meere anschwillt, ist dünn und hell und hat doch eine Nuance, die ihm die Keuschheit deutschen Frühlings nimmt. Es lockt und zeigt sich am blauen Fluß, die Wiesen sind saftig und von Blumen übersät, und darüber spannt sich blauer Himmel. Das Grün der Oliven und das der Pinien, das durch Kieferngbüsch schimmernde Gelb des nackten Bodens vollenden das Bild südlicher Landschaft. Aber sie ist nicht pathetisch wie die italienische. Immer wieder liegen Felder zwischen Olivenhainen, blühende Obstbäume geben Frische und Anmut, die Formen der Hügel sind mild. Diese Mischung von Vertrautem und Fremdem gibt dem Land der Minnesänger romantischen Zauber. Es ist nicht, wie Italien, erhabener Hintergrund für Antike und Renaissance, sondern Raum für wildes, mächtig bewegtes Mittelalter. Kleine Bergdörfer, an große Kirchen gelehnt, gewaltige Schloß- und Klostermauern in die Rhone gesenkt oder an die Hügel gelehnt; massige alte Brücken bestätigen es. Das ganze Land drängt zur Helle des Südens, zur leuchtenden Mischung von Meer und Himmel, die einst die Rhone aufnehmen.

Gelb in der Sonne stehen die breiten Mauern, die Avignon einkreisen, die Heimat der Laura und der Liebe Petrarca's. Sie werden weit überragt vom ungeheuern Palast der Päpste. „Das Königliche Haus am Tiber und das ritterliche an der Rhone sind nicht Gotteshäuser, sondern Priesterpaläste im Zeichen guelfischer Ideen“, las ich dieser Tage in Péladans Dévotes d'Avignon. Und „Es gibt außer dieser Festung nur noch drei Bauwerke, die von solchem Despotismus zeugen: die Drei großen Pyramiden.“ In gelbem Stein steigen die flachen, von Pfeilern gegliederten Mauern des Palastes beinahe ohne gewollte Form auf, hoch oben mit Zinnen oder flach abbrechend. Sie zeugen von unverwüthlichem Willen zu Macht und Herrschaft. Nur wenige Reste sienesischer Malerei färben hin und wieder die steinernen Wände der Turmzimmer, Kapellen und Säle. Dennoch lebt hier die stolze Pracht des Papsthofes, Zentrum einer Welt trotz der Verbannung der Päpste, klingen in der königlichen Hallen die letzten Töne des Mittelalters wider.

Aber nicht erst das Mittelalter hat dieses Land erweckt, durch das schon Hannibal zog. Die höchste Mauer der Provence ist nicht die

des Papstpalastes. Sie ist um 1200 Jahre älter. Es ist die Mauer des römischen Theaters in Orange.

Im Rhonetal ist noch zu sehen, steht noch gemauert da, mit welchen Mitteln Rom die Welt beherrscht hat. Nicht nur die Legionen, nicht nur der blühende Handel und die Fabrikation für Italien fesselten Gallien ans Reich, sondern vor allem die Teilnahme an der Kultur der Stadt Rom. Von der überwältigenden Bedeutung dieser Teilnahme zeugen die Theater in Orange und Arles, der Triumphbogen in Orange, die Amphitheater in Arles und Nimes, die Maison Carrée und der Diana-tempel in Nimes und der Pont du Gard.

Die Mauer der Bühne des Theaters in Orange, die Ludwig XIV. die schönste seines Königreichs genannt hat, ist von grandioser Einfachheit, ihr Schmuck ist die edle Regelmäßigkeit ihrer Blendarkaden und Tore.

Von derselben erhabenen Einfachheit ist der Pont du Gard, ein Teil der römischen Wasserleitung für Nimes. Er besteht aus drei Bogenreihen, unten mächtige aus Quadern, oben kleinere aus Backstein. Schon von weitem, wenn man das zur Ebene sich öffnende Flußtal des Gard erblickt, beherrscht die Brücke die Landschaft, in der Nähe überwältigt die Selbstverständlichkeit ihrer Formen. Da ist nichts Unvollendetes, nichts Ueberflüssiges, keine Sehnsucht und kein Geheimnis. Da ist nur die klare, die selbstsichere Schönheit, der Geist der Antike.

Die römischen Amphitheater von Arles und Nimes, auch die an der Riviera, von Frejus und Nizza, beherrschen von ihrem Platz Stadt oder Landschaft. Noch heute fühlt man sich auf ihren Stufen von Rom eingeladen und von Rom in seinen Ring gezogen, auch wenn, wie in Nimes und Arles, die Gänge voll Stullenpapieren und Konservendbüchsen sind und Scheuerfrauen die Ränge beherrschen, weil am nächsten Sonntag die Stiergefechte der neuen Saison beginnen.

Das Rhonetal besitzt auch Denkmäler griechisch-römischer Kunst, das Theater in Arles, wo man die Venus von Arles des Louvre gefunden hat. Nur noch die Sitzreihen im Gras und drei Säulen aus afrikanischem und karrarischem Marmor stehen von ihm. Aber unberührt von Verwüstung ist die Maison Carrée in Nimes, der den Enkeln des Cäsar geweihte Tempel von göttlicher Anmut.

Nimes ist eine Stadt mit 80 000 Einwohnern mit breiten, eleganten Esplanaden, aber still und provinziell. Avignon und Arles sind halb so groß, und besonders Arles, das kaum Fremdenverkehr hat, noch kleinstädtischer. Orange, die Stammstadt der Oranier, ist heute ein großes Dorf. Daran ändern auch die vielen Bank- und Kaffeehäuser in diesen Städten nichts, und nichts die den Pariser Magasins nachgebildeten Kaufhäuser mit ihren Spiegeln und Stuckverzierungen und ihren pariserischen Namen: An printemps, aux galeries Lafayette, Zum kleinen Paris, Pariser neueste Moden.

Man sieht in den Straßen elegante junge Leute, vollbärtige Spießer und die im Süden immer anmutigen Leute aus dem Volke. Die Frauen aus allen Schichten haben in Gebärde und Unterhaltung oft etwas von

einer mondänen, hochgebildeten Pariserin, aber dann sieht man auch wieder den grobschlächtigen Marseiller Typ. Die jungen Mädchen, selbst die ärmlichsten, einfachsten, bemühen sich, irgendwo an sich zu zeigen, daß sie gefallen wollen, und wenn sie schließlich nur ihre Lippen mit dem Rot eines Kleidungsstücks oder einer Borte in Uebereinstimmung bringen. Darin unterscheiden sie sich vor allem von der Engländerin, die oft aussieht, als trachte sie, zu mißfallen. Und Engländerinnen und Amerikanerinnen gibt es in Südfrankreich unzählige, und dazu kommt noch etwa die Hälfte männlicher Engländer und Amerikaner. Für die Engländer und Amerikaner wird moderner Komfort geschaffen, Warmwasser in den Hotelzimmern, Autoomnibusse nach allen Sehenswürdigkeiten, englische Zeitungen verkauft, englische Buchhandlungen und Apotheken eröffnet. Die Verbündeten verbiegen das ursprüngliche Bild des südlichen Frankreichs.

Diese der Phantasielosigkeit und Nüchternheit norddeutscher Tiefebene völlig fremde Landschaft hat eine ganz moderne Landstraße. Bei uns noch entbehrlicher Rest aus der Voreisenbahnzeit, ist sie dort, ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgegeben, Verkehrsader des Landes. Doch tummeln sich die Reisigen ohne Roß. Nur selten kommt ein hoher zweirädriger Wagen mit Pferd. Aber unaufhörlich jagen Autos, kleine und große Wagen, rivierafahrende Engländer, französische Liebespärchen, kleine Leute vom Lande. Die Gasthöfe am Straßenrand sind wieder lebhaft geworden. Sie wechseln mit Autoreparatur- und Benzineinnahmestätten. Reklameschilder stehen dicht. Sie preisen die Hilfsmittel des Autoverkehrs, die Pariser Seifen, den herrlichen Benediktiner, die Gasthäuser der Umgegend und der großen französischen Alpen- und Seebadeplätze, Evian und Aix-les-Bains, Nizza und Cannes, Deauville und Trouville, Biarritz und San Sebastian. Ford entfaltet Riesenreklame, aber noch schlagen ihn die kleinen französischen Renault-Wagen aus dem Feld. Erstes und letztes Haus jeder Stadt und jedes Dorfs an der Straße ist Autoreparatur- und Benzinaufnahmestätte, mit reklamebedeckten Wänden.

Abends auf dem Place du Palais in Avignon bin ich nur unter Franzosen. Die Engländer und Amerikaner sind beim Dinner, und ihre Autos in den Garagen. Die Sonne taucht den Papstpalast in Abendrot, und als er dann erkaltet und ergraut, ist er mächtiger und geheimnisvoller als je. Ich möchte den Franzosen die Hände hinstrecken und ihnen sagen, daß sie vielleicht, während sie vor uns Schutz suchen, ihr Bestes darangeben müssen. Es kommt mir so vor, als könnten wir so nie, wohl aber gemeinsam, was an Europa wertvoll ist, in einer sich immer mehr amerikanisierenden Welt retten. —

Aber am Morgen hatte ich das Telegramm gelesen: Hindenburg Kandidat für die Reichspräsidentschaft!

## Der Weltkohlenmarkt und seine Wettbewerbsverhältnisse

Von Dr. Robert Müllers (Essen-Ruhr)

Die mit dem Friedensschluß einsetzende erhöhte Nachfrage nach Fertigwaren, deren Herstellung während des Krieges in den meisten Ländern stark eingeschränkt werden mußte, hatte in den ersten Jahren nach dem Kriege in fast allen Staaten einen erhöhten Bedarf an Kohle zur Folge, dem eine durch die Nachwirkungen des Krieges zunächst erheblich verminderte Kohlegewinnung gegenüberstand. Nachdem der erste Bedarf gedeckt war, und sich die bergbauliche Gewinnung in den hauptsächlich Kohlenländern allmählich erhöhte, trat schon 1920 eine Absatzstockung auf dem Weltkohlenmarkt ein. Diese war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten während des Jahres 1920 ihre Anthrazit- und Weichkohlegewinnung um nahezu 100 Millionen To. oder rund  $\frac{1}{5}$  gegenüber dem Vorjahre erhöhten. Schon damals wäre der Zusammenbruch des Weltkohlenmarktes erfolgt, wenn nicht Bergarbeiterstreiks von gewaltigem Umfange den Markt entlastet hätten. Während im Jahre 1920 die Kohlegewinnung durch den britischen Bergarbeiterstreik im November und Dezember erheblich beeinträchtigt wurde, hatte der englische Streik vom April bis Juli 1921 einen Förderausfall von etwa 55 Millionen To. und der mehrmonatige Streik der nordamerikanischen Bergarbeiter während des Jahres 1922 einen Förderausfall in mindestens der gleichen Höhe zur Folge. Der französisch-belgische Einbruch in das Ruhrgebiet verursachte im Jahre 1923 in Deutschland einen Förderausfall von 60 bis 70 Millionen To.

Demgegenüber konnte sich die Kohlegewinnung während des abgelaufenen Jahres und seit Beginn dieses Jahres in den Hauptkohlenländern, zum ersten Male seit Kriegsende von Streiks und sonstigen produktionshemmenden Ereignissen verschont, günstig aufwärts entwickeln. Die Steinkohlenförderung der Welt beziffert sich nach den vorläufigen Ergebnissen während des abgelaufenen Jahres auf 1168,5 Millionen To. Gegenüber dem Vorjahre ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der jedoch mit insgesamt 11,5 Millionen To. oder nicht ganz 1 v. H. verschwindend klein ist. Dagegen weisen unter den einzelnen Kohlegewinnungsländern die Vereinigten Staaten einen erheblichen Rückgang gegenüber dem Vorjahre auf. Die anhaltend ungünstigen Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie dieses Landes nötigten zu einer weitgehenden Fördereinschränkung, die sich für Hart- und Weichkohle zusammen auf etwa 75 Millionen To. gegenüber dem Vorjahre stellt. Im Vergleich hierzu ist der nicht durch Verringerung des inländischen Bedarfs, sondern ausschließlich durch verminderte Ausfuhrmöglichkeiten bedingte Rückgang der Kohlenförderung Großbritanniens von 280,4 Millionen To. im Jahre 1923 auf 274,9 Millionen To. im abgelaufenen Jahre unbedeutend. Dem Förderrückgang in diesen beiden Ländern stehen teilweise erhebliche Fördersteigerungen in den übrigen hauptsächlich Kohlenländern gegenüber. So erhöhte sich die Steinkohlegewinnung Deutschlands im abgelaufenen Jahre von 62,5 auf 118,8 Millionen To.; die Braunkohlenförderung von 118,2 auf 124,4 Millionen To. Frankreichs Stein- und Braunkohlegewinnung wuchs von 38,5 Millionen To.

1923 auf rund 45 Millionen To. 1924, die Gewinnung des unter französische Verwaltung stehenden Saargebiets gleichzeitig von 9,2 auf 14 Millionen To. Die Steinkohlegewinnung der Tschechoslowakei erhöhte sich von 12,3 auf 14,4, die Braunkohlegewinnung dieses Landes von 16,3 auf 20,4 Millionen To. Die belgische und russische Steinkohlegewinnung verzeichnen gleichfalls geringe Erhöhungen.

Dieser allenthalben zu beobachtenden Fördersteigerung steht ein ebenfalls fast überall eingetretener Minderverbrauch an Kohle gegenüber. Der Hauptgrund für den Rückgang des Kohlenbedarfs ist zweifellos letzten Endes in der internationalen Absatzkrise auf den Warenmärkten zu suchen. Nachdem die Auffüllung der durch den Krieg und seine Folgen entblöhten Warenmärkte vollzogen ist, haben die Industrien der großen Staaten nur noch Bedarf in mäßigen Grenzen, während gleichzeitig überall Betriebe eingestellt werden. Hinzu kommt ferner, daß die Durchführung der Wärmewirtschaft bei den großen Kohlenverbrauchern die fortschreitende Ausnutzung der Wasserkräfte, die ständig sich erweiternde Elektrisierung der Eisenbahnen und vieler Industrien, sowie die zunehmende Verwendung von Petroleum und Oel — letzteres namentlich in der Weltschifffahrt — als Kraftquellen in der Richtung eines verminderten Kohlenverbrauchs wirken.

Unter diesen Umständen kam die bereits seit Ende 1920 drohende Absatzkrise auf dem Weltkohlenmarkt im abgelaufenen Jahre in katastrophaler Weise zum Durchbruch. Das Kohlenproblem, welches in den ersten Jahren nach dem Kriege fast ausschließlich ein Produktionsproblem war, ist damit zu einem Absatzproblem geworden. Der Kampf um die Märkte hat daher allenthalben wieder eingesetzt, und zwar mit einer Schärfe, wie sie in den Vorjahren unbekannt war. Eine Untersuchung der Wettbewerbsverhältnisse der drei bedeutendsten Kohlenausfuhrländer Amerika, England und Deutschland führt zu folgendem Ergebnis:

Die amerikanische Ausfuhrkohle geht in der Hauptsache nach Kanada und hält dieses Absatzgebiet erfolgreich gegen den britischen Wettbewerb, der sich infolge seiner im Vergleich zu den amerikanischen Preisen ziemlich hohen Ausführpreise nicht nennenswert bemerkbar macht. Dagegen kann sie in Südamerika nur teilweise mit der englischen Kohle konkurrieren. In Europa, wohin erhebliche Mengen amerikanischer Kohle in den letzten Jahren bei größerer durch besondere Umstände hervorgerufenen Kohlennot (englischer Bergarbeiterstreik 1921, Ruhreinbruch 1923) kamen, ist die amerikanische Kohle gegenwärtig, von Italien und Frankreich abgesehen, nicht wettbewerbsfähig. In Italien stellt sie sich jedoch einige Schillinge billiger als entsprechende englische Kohle, so daß sie auch heute noch in nicht unbedeutenden Mengen nach dort ausgeführt wird. Auch nach Frankreich gelangen geringere Mengen. Im übrigen sind die Vereinigten Staaten, welche in normalen Zeiten etwa 20 bis 25 Millionen To. jährlich, also nur einen kleinen Bruchteil ihrer Förderung, ausführen, bei weitem nicht in dem Maße auf die Kohlenausfuhr angewiesen, wie etwa Großbritannien.

Die englische Kohle ist von dem Zusammenbruch des Weltkohlenmarktes am empfindlichsten getroffen worden. Ihre Ausfuhr verringerte sich 1924 gegen 1923 von 79,5 auf 61,7 Millionen L.-To., also um 17,8 Millionen L.-To. oder 22 v. H. Dabei ist indessen zu berück-

sichtigen, daß die Ausfuhr von 1923 infolge des Ausfalls der Ruhrkohle ungewöhnlich hoch war. Der Rückgang im abgelaufenen Jahre ist ausschließlich auf die verminderten Verschiffungen nach Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland und Italien zurückzuführen, deren Bedarf an englischer Kohle teils durch ihre gestiegene eigene Förderung, teils durch die deutschen Reparationskohlenlieferungen erheblich zusammengeschumpft ist. Doch bleibt in all diesen Ländern die englische Kohle auch heute noch wettbewerbsfähig, insbesondere auch in Deutschland, in den frachtlich günstig für sie gelegenen Gegenden an der Wasserkante und den von dort aus günstig zu erreichenden Gebieten Norddeutschlands. Verhältnismäßig gute Absatzverhältnisse findet die englische Kohle gegenwärtig ferner noch in Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien und vor allem Südamerika. In den Vereinigten Staaten und Kanada vermag Großbritannien, welches während des nordamerikanischen Bergarbeiterstreiks 1922 nach diesen beiden Ländern über 3 Millionen To. ausführte, seit Anfang 1923 kaum noch mit der amerikanischen Kohle zu konkurrieren.

Deutschland war, wenn man von den Reparationslieferungen absieht, in den letzten Jahren als Kohlenausfuhrland weitgehend ausgeschaltet. Doch darf damit gerechnet werden, daß es mit der Zeit seine frühere Stellung in der Versorgung der Welt mit Kohle zurückgewinnen wird. Wenn auch die von Deutschland seit 1924 ausgeführten Mengen noch weiter hinter der Vorkriegsausfuhr zurückbleiben, so tritt doch die deutsche Kohle seit dem vergangenen Jahre wieder an vielen Plätzen der Erde auf, wohin sie seit einem Jahrzehnt nicht mehr abgesetzt wurde. Am günstigsten und den Vorkriegsmengen am meisten nahekommend hat sich bisher die Ausfuhr nach den nordischen Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Estland und Lettland entwickelt. Die Ausfuhr nach Schweden dürfte die Vorkriegsausfuhr nahezu erreicht, wenn nicht schon überschritten haben. Auch eine Reihe mittel- und südeuropäischer Länder, ferner die kanarischen Inseln, Malta, Südosteuropa, die Türkei, Kleinasien, Aegypten, Algier und Java erhalten wieder, wenn auch meist erst in geringen Mengen, deutsche Kohle. Günstig hat sich die deutsche Brennstoffausfuhr ferner vor allem nach Südamerika, insbesondere Argentinien, entwickelt.

Diese wenn auch zunächst erst bescheidenen Erfolge der deutschen Kohlenexporteure waren nur möglich durch radikalen Abbau der Mitte 1923 weit über den Weltmarktpreisen liegenden deutschen Kohlenpreise. Die Entwicklung des deutschen Kohlen- und Kokspreises läßt eine einheitlich durchgeführte Preisverbilligung von einer Stetigkeit erkennen, wie wir sie bei den Vergleichsländern nirgends finden. Infolgedessen ist auch die Ausfuhrlage für die deutsche Kohle bei den gegenwärtigen Preis- und Marktverhältnissen hinsichtlich einzelner Länder eher etwas günstiger als für die englische Kohle.

Wie sich die Verhältnisse auf dem Weltkohlenmarkt weiter entwickeln werden, läßt sich schwer beurteilen, doch ist nach Lage der Dinge eine durchgreifende Besserung in der allernächsten Zeit wenig wahrscheinlich, sofern nicht unvorhersehbare produktionshemmende Ereignisse in dem einen oder andern der Hauptkohlegewinnungsländer eintreten.

# T h e a t e r

Von Arthur Eloesser

Die Berliner Theaterdirektoren jammern und beschließen, sie jammern über die schlechten Zeiten und beschließen, den Schauspielern geringere Gagen zu zahlen. Die Stargage ist ein Produkt der direktorialen Unfähigkeit. Bei Otto Brahm und Max Reinhardt, dem früheren Max Reinhardt, hatte es eine Grenze gegeben. Die Prominenten, die die Grenze nach oben nicht anerkennen wollten, machten sich selbständig, gingen auf die Wanderschaft, aber die großen Bühnen haben trotzdem weiter existiert, weil sie ihr Ensemble pflegten, weil sie ein Repertoire und damit ihren Rang behaupteten. Meinhard-Bernauer, als sie noch die richtigen Meinhard-Bernauer waren, und Victor Barnowsky haben gegen die Erschütterungen von Krieg, Revolution, Inflation immer noch charakteristische und künstlerisch bestimmte Unternehmungen aufrecht erhalten. Der Verfall der Ensembles begann, als die Brüder Rotter, die wir nun endgültig verlieren, die großen Prominenzten, um sie Reinhardt abtrünnig zu machen, mit dem Fünffachen der damaligen Höchstgage bestachen. Der Verfall wurde zum Einsturz, als die trotz schlechter Zeiten pilzartig aufwuchernden Bühnen mit den vorhandenen Stars nicht mehr auskamen und mit einiger Reklame immer neue ernennen mußten, die ihre Gage nicht mehr einbrachten. Während die Brüder Rotter sich aus dem Berliner Theaterleben zurückziehen, um die Kunstbodenrente mehrerer Schauspielhäuser an der Riviera oder wo es sonst schön ist, zu verzehren, beschließen und jammern die trauernd Hinterbliebenen. Sind die Zeiten wirklich so schlecht?

Ich beanstande diese Feststellung, obgleich sie gewiß nicht leicht ist. Mißerfolge haben auch in guten Zeiten die Eigenheit gehabt, daß sie nichts einbrachten. Es handelt sich um die Frage, ob Erfolge überhaupt wieder möglich sind. Einige Jahre, besonders während der Inflation, konnte sie verneint werden, als das Publikum auf merkwürdige Weise auseinandergerissen war. Auch Erfolge, die lebhaft einsetzten, rissen plötzlich ab wie Kriegsstrippe, weil sie, nur von den neuen Reichen getragen, sich über diese Kulturschicht hinaus nicht ausbreiten konnten. Diese Winterspielzeit hat uns darüber beruhigt, daß Erfolge sich in demselben Umfang wie früher auswirken können. Die „Heilige Johanna“ ist im Deutschen Theater an 150 mal gegeben worden, die Dorsch hat zwei Stücke am Künstlertheater in langer Serie gespielt. Die Tribüne hat sich mit dem „Einsamen Weg“, das Theater am Kurfürstendamm hat sich mit der „Nitouche“ gut und reichlich ernährt. Prüfen wir nicht die einzelnen Bedingungen dieser Erfolge, es ging mit und ohne Literatur, es ging mit und ohne Musik. Der Mensch lebt nicht von der Revue allein. Die Leute vom Bau sagen, daß es beim Theater immer anders kommt, und sie haben besonders recht, wenn es sich um das Schicksal neuer Stücke handelt. Aber in einer Hinsicht kommt es nie anders, nämlich wenn nicht mit dem nötigen Nachdruck oder gar nachlässig gearbeitet wird. Das Deutsche Theater hat sich zwischen glänzenden Reinhardtschen Inszenierungen vor Aufführungen nicht gescheut, die mit seinem Rang nichts zu tun hatten, und die, wenn sie zur Regel werden sollten, einen in Jahrzehnten erworbenen Kredit



ganz abwirtschaften müssen. Wenn die alten Theater sich aufgeben, wird man bald in das eine wie in das andere gehen, weil keins mehr Charakter hat, weil keins mehr persönlich und unter einer ungeteilten Verantwortung geleitet wird. Man wird mich einen Laien schelten und mit der wirtschaftlichen Entwicklung zudecken, die an die Stelle des alten Prinzipals den neueren Unternehmertypus zwangsläufig setzen mußte. Die materialistische Begründung würde ich als Dogma anerkennen, wenn diese Unternehmungen sich wenigstens auf ihre Art erfolgreich bewährt hätten. Was ich ihnen nicht nachsagen kann. Auch ein kapitalistisches Unternehmen — ich sehe von Staatstheatern und Volksbühnen ab — kann ohne reelle Geschäftsgebarung nicht existieren. Die Zeit ist reif, nicht für einen Regisseur, sondern für einen Theaterleiter, der zum Ensemble zurückstrebt, der Charakter genug hat, um ihn seinem Unternehmen mitteilen zu können, und der vor allem darauf verzichtet, in jeder Hinsicht Lotterie zu spielen. Unsere Direktoren spielen Lotterie mit ihrer Kunstpolitik und mit ihrer Preispolitik. Sie setzen Billettpreise an, von denen ihnen bewußt ist, daß sie nur sehr ausnahmsweise bezahlt werden, und von denen mir bekannt ist, daß sie höchstens noch am Sonntag, nicht einmal mehr am Sonnabend eingehen. Sie unterbieten sich selbst durch das System der Steuerkarten, der Vereinskarten, der echten, die den Organisationen angeboten werden, der unechten, die in Wahrheit durch den Zwischenhandel vertrieben werden. Die Berliner Theaterdirektoren rechnen immer auf das große Los in Erwartung eines Erfolges, auswerthbar zu den Originalpreisen, die sie in ihren Ankündigungen nicht mehr zu veröffentlichen wagen. Die Berliner Direktoren, die immer zwischen dem Alles und dem Nichts hängen, sollten sich überlegen, ob es nicht mehr Vertrauen erweckt und auch mehr Vorteil verspricht, wenn sie sich von vornherein mit einer Forderung begnügen, die dem Können und dem Wollen eines wirtschaftlich geschwächten Publikums angemessen scheint. Es ist richtig, daß kein Mensch ins Theater geht, nur weil er da billig sitzt; es ist ebenso richtig, daß der erschwinglichere Platz zu fünf Mark, wenn einer darauf sitzt, mehr einbringt als der zu zehn Mark, der leer bleibt. Unsere Direktoren sollten sich zu einer Stabilisierung der Preise entschließen, die eine Herabsetzung des fingierten, die eine Heraufsetzung des wirklichen Preises bedeuten würde. Erst wenn dieser Versuch mißlingt, haben sie das Recht, statt zu arbeiten zu verzweifeln.

Am 1. Mai ist die Sommerspielzeit angebrochen. Erinnern wir uns noch schnell der letzten Vorfälle dieses Winters, der durchaus nicht nur der des Mißvergnügens war, weil er uns überzeugt hat, daß Erfolge wieder möglich sind, daß sie aber nur möglich sind, wenn Arbeit und Leistung sich an ihnen ausweisen. Das Deutsche Theater ließ der „Heiligen Johanna“ Carl Sternheims „Oscar Wilde“ folgen, einer Rettung die andere, einer Heiligen einen heiligzusprechenden Dichter. So wenigstens wollte es Carl Sternheim, der für sein Stück auch das letzte, bis zu einer besonders herzhaften Reklame, getan hat. Oscar Wilde ist für alle Zeiten dem Mitleid der Menschen überantwortet, weil er für ein Verbrechen, das nicht einmal ein Vergehen war, bürgerlich gerichtet und nach einem grausamen Richterspruch noch einmal von der englischen Gesellschaft menschlich vernichtet wurde. Wer war Oscar Wilde? Ein glänzender Snob, der mit gesellschaftlichen Erfolgen

anfang, der sie hinterher durch literarische rechtfertigte, ohne ein wirklich großes Werk zu hinterlassen. Was hat Sternheim für ihn getan? Unser edler Landsmann hat die Biographie des rechtschaffenen Frank Harris ausgeschrieben, hat einen Stoff, der sehr fertig dalag, geschickt konfektioniert, ohne uns von einer Tragödie überzeugen zu können, von der des platonischen Traumes, die ein Künstler auf seine Kosten und Gefahr in der modernen bürgerlichen Gesellschaft geträumt hat. Sternheim ernennt Oscar Wilde zu dem größten Genius, den England seit Shakespeare hervorgebracht hat, zu dem besten Europäer, dessen sich das 19. Jahrhundert neben Heine rühmen darf. Der dritte wäre wohl Sternheim selbst, der seine eigene Art von Schätzungen hat, dem es sogar schon gelungen ist, den Dichter des „Faust“ in sein geheimräthliches Nichts zu verweisen. Dagegen behält er sich vor, Heines alle deutschen Dichter überragendes Denkmal allein zu errichten, und zwar für die Zeit seines fünfzigsten Lebensjahres, wo er die nötige geistige Reife im Ausland erworben zu haben hofft. Ich weiß im Augenblick nicht, wieviel Jahre ihm dazu noch fehlen. Der Dichter, der den „Oscar Wilde“ gemacht hat, ist jedenfalls schon sehr alt, und er schreibt mit Tinte, mit roter, alles unterstreichender Tinte, wenn es auf Blut ankommt. Ist der Retter eines Verfehmten nicht sehr mutig? Der Retter wäre es wohl, wenn er nicht sehr genau wüßte, daß man ein langmütiges Publikum auf viele Weise zwingen kann, ihm etwas abzukaufen, durch Drohung so gut wie durch Schmeichelei. Diesmal ist es nicht geglückt, der Erfolg dauerte nicht länger als eine durch zielbewußte Reklame aufgetriebene Sensation.

Die Kammerspiele brachten nicht ohne Erfolg einen kleinen Pirandello, die „Wollust der Anständigkeit“. Wir kannten den plötzlich so berühmt gewordenen Italiener bisher nur von der einen Seite, als einem dramatischen Einstein, der die Relativitätstheorie auf die Bühne gebracht hat. Pirandello löste den Satz auf, der für die Wissenschaft unbedingt, für die Kunst wenigstens ungefähr gegolten hat, daß jede Größe sich selbst gleich ist. Wer will das feststellen? meint Pirandello, da niemand uns sieht, wie wir wirklich sind, da wir selbst unsere Identität am wenigsten beweisen können. Der Italiener erschien bisher als geistreicher Konstrukteur und etwas Taschenspieler; in diesem kleinen Lustspiel tritt er vielmehr als ein Biedermann auf. Sein Angelo ist ein vom Leben zerzauster Kerl, der gegen Honorar an einem Kinde der Liebe Vaterstelle übernimmt. Und der sich auch in dieser heiklen Situation so anständig benimmt, daß er die unbedenklichen Leute, die ihn mißbrauchen wollten, zur Anständigkeit bekehrt. Die Komödie ist ungefähr die von wahrhaft guten Menschen, die schon manche moderne Dramatiker ohne Gelingen versucht haben. Man muß es Pirandello lassen, daß seine Ethik lustig ist, weil ihm Einfälle kommen, sobald er die Bühne betritt. Leider versäumt er, uns darüber zu verständigen, wie sein armer Teufel zu seiner reichen Weisheit gekommen ist, so daß wir eigentlich nur das Vergnügen genießen, die Unbedenklichen, die Frechen, die Reichen von unschuldiger List düpiert zu sehen, nicht aber das andere, tiefere, daß wir mit dem unheiligen Heiligen Weisheit erwerben. Die Komödie ist Skizze geblieben, ihr Dialog fein geschliffen, aber man weiß nicht recht, aus welchem Metall der Gesinnung und des Lebens.

In das vom Publikum so lange gemiedene Königgrätzer Theater ist mit Wedekinds „Franziska“ der Erfolg eingezogen. Was oder

wer hat ihn gemacht? Frau Tilla Durieux, eine außerordentliche Franziska, sagt in einem klugen Artikel: die geistige Kraft des Stückes, vertreten durch eine geistige Schauspielkunst, die, über alle Mittel des Körpers souverän verfügend, die ungeheure Energie der Wedekindschen Dialektik ausdrückt. Frau Durieux' Bescheidenheit gestattet ihr nicht, zu sagen, daß sie die einzige ist, die hier sprechen kann, die das Wort wie einen Blitz führt, die es nicht nur auf der Zunge, sondern im Auge so gut wie in den Beinen hat. Der Text dieses Mysteriums ist in Wahrheit so wenig wie der einer Oper verstanden worden. Der Text war nur ein Ungefähr, aber alles andere war sehr deutlich. Zunächst die Dekoration von Karlheinz Martin, ein Gerüst von Plattform mit Treppen, eine Konstruktion, die im wahrsten Sinne des Wortes das Stück trägt, die auf alle Passivität gemalten Lebens verzichtet, um sehr tätig mitspielen zu können. Sehr nach dem Russischen, besonders nach Meierhold: aber warum sollen wir nicht lernen, wo etwas zu holen ist! Das revolutionäre russische Theater hat zuerst die Unbefangenheit gehabt, die moderne Bühne allen Wirkungen aufzutun, ob sie aus Zirkus, Kino oder Varieté geholt werden müssen. Martin arbeitet mit Jazzband, mit Reklamebeleuchtung, und ein ganzer Zirkus mit allen möglichen Exzentriks scheint dauernd aufgeboten, gewiß in einer geistreichen Mechanik, die das Publikum unterhält und mindestens von sich überzeugt. Dazu gibt Martin einige Aufzüge von Tänzerinnen, die wenig anhaben, und in dem Schauspiel am Hofe eine Venus, die bis auf eine geringe Andeutung von Feigenblatt nur mit ihrer eigenen Schönheit bekleidet ist. Ich halte es für einen großen Fortschritt, daß das Publikum sich auf sehr anständige Art dem Eindruck der Nacktheit unterwarf; wir sind auf dem Wege, uns neue Unbefangenheit zu erwerben. Die Nacktheit ist überdies gerechtfertigt, da Wedekind die Figur so gesehen und gewollt hat. Aber wenn er, ein Idealist oder Moralist, der realistisch umherging, soviel Schwelgerei braucht, solche Verschwendung an Maschinerie, an Menschenleibern, an Licht und Musik, ist er da nicht ein Bedürftiger, dem sehr geholfen werden muß? Den radikalen Russen ist es ja schon völlig gleich, was sie spielen; sie bedenken sich nicht, ihre Stücke aus mehreren literarischen, auch unliterarischen Vorlagen schlimmstenfalls zusammensetzen. Ich habe eine ingeniöse Martinsche Inszenierung gesehen, eine Auffassung des Regisseurs, aber nicht das Mysterium von Wedekind. Mit der ganzen Veranstaltung wäre ich einverstanden, wenn sie an dem Ziel ankäme, das Wedekind sich sehr deutlich gesetzt hat. Sein Weg ist der des Weibes von unbeschränktem Ausleben bis zur fröhlichen Anerkennung der Grenzen des Geschlechts, bis zu dem, was man seine natürliche Aufgabe nennt, mit einem Wort: bis zur Mutterschaft. Franziska hat ein Kind, von wem es auch sei, es ist ein Kind. Dieser Schluß wurde parodiert, und gegen solchen Schluß hätte Wedekind einen seiner zornigen Proteste gerichtet. Wedekind hat ihn sogar geschrieben; er befindet sich in seinen Gesammelten Briefen und ist gegen eine Aufführung gerichtet, die sich von solchem Karussell und Zirkus und Jazzband und sonstigem Varieté noch nichts träumen ließ.

## Der edle Kaiser Josef

Von Dr. Hermann Hieber

Ob es in Oesterreich eine „Habsburgerlegende“ gibt wie bei uns die „Hohenzollernlegende“ Maurenbrechers, weiß ich nicht. So viel ist jedenfalls sicher, daß die Fürstenverherrlichung dort ebenso üppig ins Kraut geschossen war und ebenso lügenhaft betrieben worden ist wie bei uns. Es ließe sich da aus der Entlarvung der Herrscher und ihrer Ratgeber sicher ein höchst lehrreiches Buch herstellen. Mir ist in einem merkwürdigen Büchlein, im „Nachtrag zur Lebensgeschichte Friedrichs Freiherrn von der Trenck“, 1792 in Altona erschienen, ein Porträt des österreichischen Renommierkaisers aufgestoßen, des „guten“ und „edlen“ Josef II., das wirklich verdiente, der Märchentfigur aus der offiziellen Geschichtsschreibung entgegengehalten zu werden. — Denn selbst, wenn wir berücksichtigen, daß Trenck, nachdem er von Friedrich dem „Einzigem“ zehn Jahre lang ohne Urteilsspruch in einer Magdeburger Kasematte angeschmiedet war — nur um einer Liebschaft mit Friedrichs Schwester Amalie willen —, am Wiener Hofe als Protestant und geborener Preuße schlechte Erfahrungen gemacht hatte, so ist dieser nämlich Schriftsteller, der an dem Zwiespalt der adligen Herkunft und der bürgerlichen Aufklärungsideen zugrunde gegangen ist, von Monarchen beargwöhnt und gemartert, von der französischen Republik als Fürstenknecht geköpft, weder Friedrich II., noch Maria Theresia, noch Leopold II. gegenüber rachsüchtig gewesen. Aber selbst dann, wenn wir von den Angaben über Josef II. einige Abstriche machen, bleibt immer noch eine beschämende Korrektur der Untertanenlegende übrig.

Wir lesen bei Trenck über den Staatsmann und Feldherrn:

Friedrich der Scharfsichtige sagte zwar schon vor 10 Jahren seinem Minister, der ihn vor Josefs Entwürfen warnte: Man muß alles in der Welt tun, um ihm noch 6 Jahre Frieden zu lassen; denn wenn er diesen hat, so wirft er seine eigenen Staaten durch seine Projekte sicher über den Haufen und verursacht innere Empörung überall. . . . Inzwischen fand er doch bald für gut, ihm, da die Untertanen bereits zum Mißmute aufgewiegelt waren, den Türkenkrieg auf den Hals zu schieben, um ihn ohne Muß, so wie wirklich erfolgt ist, zu schwächen, dann aber zu demütigen und den Diktator in Europa zu spielen.

Josef ließ sich verleiten, brach unvorsichtig los und entwarf einen Operationsplan, der seine Armee zugrunde richtete, seine Schätze vernichtete, den Theaterhelden entlarvte und ihn in wahrer Blöße darstellte, wodurch er alle Achtung, Macht und bestrebten Ruhm, zuletzt gar Nachruf, Ehre, Untertanenliebe und auch das Leben verlor, seinem Thronerben alle Herkulesarbeit hinterließ, um seine Staaten vom Untergange zu retten. Seine Feldzüge und Militäroperationen erwiesen weder den Helden noch den großen Mann. Die Geschichte hat kein Beispiel, daß jemals 200 000 Menschen so verächtlich, so übel angeführt, so unwirksam auf die Schlachtbank geliefert wurden. Sobald er sich aber entschloß, die Armee zu verlassen, und die Heldenrolle, für die er weder geschaffen noch gebildet war, solchen Männern zu überlassen, die das Handwerk in der

wirklichen Ausführung verstanden, schien sich das Blatt zu wenden, und nun fand Friedrich es gut, das „non plus ultra“ zu gebieten, auch dem geschwächten Oesterreich Gesetze vorzuschreiben. Sein entworfenener verräterischer Plan, mitten im Frieden Belgrad zu überrumpeln, der jedoch durch dumme Anstalten fehlschlug, wird ein ewiger Schandfleck in der Geschichte der Völkerrechte bleiben. Kein ehrlicher Mann kann ihn rechtfertigen, und Josefs Seele liegt hier aufgedeckt. Sodann berichtet Trenck über den Menschen:

Uebrigens war in diesem zum Herrschen geborenen Fürsten ein besonderer Kontrast zu bemerken: Er besaß alle Geistesgaben, um ein großer Regent zu werden. Die Erziehungsanlage fehlte aber, und er geriet in böse Hände, da er sich bilden wollte. Da nun sein Temperament zur Unabhängigkeit, zur Grausamkeit, zur Unempfindlichkeit schon in seiner angebornen Art geneigt war... da er mit einer total korruptierten Nation zu tun hatte, die er durch Zwang und schreckende Strafen zu bessern suchte; da er zu allen Abänderungen unübersteigliche Hindernisse fand; da er ein abgesagter Feind der Gelehrsamkeit war, weil er gar keine gesunde Begriffe davon hatte... so wäre aus ihm wirklich ein grausamer Fürst geworden, wenn er länger gelebt hätte.

Er sah wohl hin und wieder Licht... wollte sich aber nie die Mühe geben, um die Wahrheit zu ergrübeln. Die mit der Muttermilch eingesogenen Begriffe konnte er nie überwältigen, weil ihm der Wille zur Anstrengung des Verstandes fehlte. Er fing zwar an zu sehen, zu forschen, der Priester Arglist zu bemerken, wollte reformieren... aber ach! Standhaftigkeit fehlte, die Skrupel bemeisterten sich seiner Seelenkräfte... Roms Emissarien wußten diese Schwäche zu benutzen, bald kam Reue und Leid, und der wichtigste Entwurf zum Wohl der Menschen scheiterte. Er hatte den besten Willen, sich vom Joche der jugendlichen Vorurteile loszureißen... schämte sich, daß er seinem vorgesetzten Vorbilde des großen Friedrich nicht nachahmen konnte, und kniete heimlich im Beichtstuhl, ehe ihn seine Unentschiedenheit zwang, sich öffentlich als ein Kirchensklav zu zeigen.

Da er nun durch sich selbst zugezogene Krankheit immer schwächer wurde, und das immerwährende Rosenkranzbeten dennoch seine Furcht vor dem Fegefeuer nicht mindern konnte; seine Gewissensräte aber immer Oel zum Feuer gossen, und ihm sein Herz nie versichern konnte, daß er als Menschenfreund gelebt hatte, so wuchsen die Skrupel täglich so, daß man ihn schon drei Jahre vor seinem Tode überall das „Gegrüßet seist du, Maria“ plappern hörte. Sogar bei dem feierlichen Akt der Bußscharft betete er mit den Priesterinnen der Venus Litaneien, um Ablaß zu gewinnen. So tief verfiel er in den seichtesten Aberglauben, und starb wie der einfältigste Kapuziner in Angst und Schrecken. Ueber des zweiten Josefs krankhaften Hang zur Grausamkeit berichtet Trenck:

Von seiner Reise nach Rußland brachte er den Geschmack für die Sklavenpeitsche und Stockprügel mit... Wer die zum Schiffziehen verurteilten Elenden gesehen hat, wie sie nebst den schweren Eisen an allen Gliedern, nebst der schreckbaren Last, auch ihre Kranken so lange ohne Barmherzigkeit mitschleppen mußten, bis

sie, von Maden und Ungeziefer gefressen, die Seele wirklich aushauchten; wer Josefs fürchterliche Gefängnisse, und Menschen zwischen Blöcken eingeklemmt, festgeschmiedet in ihrem eigenen Miste verfaulen sah; wer den ungarischen Oberstleutnant der Garde Zekely am Pranger in Wien und den Grafen Potzratzky an der Schiffskette halb tot geprügelt, verschmachten und sterben sah und die Art ihrer Prozesse kannte: der zieht mit Wehmut und Erschütterung den Vorhang zu, hinter dem Josefs Gefühllosigkeit und Despotismus wütete; verschweigt alles, was er positiv weiß und sah, weil die Nachwelt dergleichen Erzählungen unmöglich in unsern Zeiten, im christlichen Europa möglich glauben würde....

Josef war von Jugend her zur Grausamkeit geneigt. Schon in seiner Kindheit, wenn er bei seinen Schwestern einen Kanarienvogel ertappen konnte, rupfte er ihm alle Federn aus, brach ihm die Füße und setzte ihn wieder lebendig in den Käfig. Tiere martern, Pferde vorsätzlich totreiten, Hunde prügeln war sein Vergnügen. Als Monarch ging er zu Laxenburg früh um fünf Uhr in die Falkonerie, wenn die Falken gefüttert wurden; da nahm er die zum Fressen bestimmte Taube lebendig umgekehrt in die Hand, ließ sie von unten auffressen, sah allen Konvulsionen derselben mit Lächeln zu, und dies war sein Lieblingszeitvertreib.

Er ging selbst in die schrecklichsten Gefängnisse, begnadigte niemand und verschärfte ihre Qualen, denen er mit Augenweide zusah, auch selbst neue erfand, an die auch Nero nicht hätte denken können. Sogar die Weibspersonen, die er zu seiner Wollust brauchte, wurden blutig gebissen, bei den Haaren gerissen, in die Brüste gezwickt und geprügelt; dergleichen Mißhandlungen erhitzten sein Blut und machten ihn zum Genusse begieriger. Als der Kaiser Franz plötzlich am Schlagflusse in seinen Armen starb und nur der Fürst Dietrichstein bei dieser Schreckenszene zugegen war, lag der agonisierende Vater in seinem linken Arme, indessen der lächelnde Sohn ihm die Schlüssel aus den Taschen nahm und nicht einmal den Tod abwarten konnte.

Als seine Mutter Theresia starb, hielt sie ihm eine so ernsthafte Anrede über sein böses Herz, daß er sich verzweifelnd auf die Erde warf, weinte und sich herumwälzte. Sechs Stunden nach dieser Szene starb die Monarchin; gleich trat er in das Zimmer der Obristhofmeisterin, die bei dem vorigen Auftritte zugegen war, und sagte mit aufgeheiterter und spöttischer Miene: „Gräfin, das war ein Spektakel vor etlichen Stunden das war ein G'spabel — haben Sie wohl geglaubt, daß es mein Ernst wäre?“

Mordjagden waren seine Vergnügungen. Wohlbedeckt wühlte er mit dem Spieße in sterbenden Tieren und hörte ihre wehrlos duldenden Schmerzen hervorröcheln. Auch die Hetze gefangener Bären, besonders wenn man den von Hunger wütenden Raubbären ein Pferd zu fressen gab, vergnügte ihn unendlich, wenn es lebendig gefressen wurde, stöhnte, krächzte und die Augen verdrehte ... Dies war der schönste Schauplatz und Lehrschule für Büttel, Kerkermeister, Kommandanten und Exerziermeister ... Josef empfand keine Freude im Wohltun; die Regierung wurde ihm bald eine Bürde, und weil er nie ein Buch las und alle Wissenschaften, allen Umgang mit

Männern vermied, die klüger waren als er, so fand er überall Längeweile und suchte große Reisen und Krieg, um sich die Zeit zu vertreiben. Im Kriege selbst aber war er verzagt, verschänzte sich untätig vor einem viel schwächeren Feind, und war allein schuld, daß 150 000 Soldaten wegen schlechter Verpflegung in Hospitälern zugrunde gingen, die den Feind hätten angreifen und sicher schlagen können. Er war also ein schlechter Heerführer, ein schwacher Gesetzgeber, ein grausamer Richter, und folglich ein unglücklicher Fürst bei allen seinen Unternehmungen.

Ein höchst erbauliches Bildchen — dieser Nachtrag zur Lebensgeschichte des Freiherrn v. d. Trenck, ein Dokument aus der Zeit der „angestammten Herrscherhäuser“: der König von Preußen hetzt den deutschen Kaiser in einen unruhlichen Türkenkrieg, der dessen Länder in Schulden stürzt und seine Armee aufreibt, um ungestört seine partikularistisch-preußischen Sonderinteressen verfolgen zu können. Dem angeblich „deutschen“ Fridericus steht Josef II., ein größtenwahnsinniger, sadistischer, zuweilen liebenswürdiger, aber willensschwacher und geistig minderwertiger, kurz ein durch und durch degenerierter Fürstensproß gegenüber, eine Erscheinung, die mit spätömischen Kaisern viel Ähnlichkeit hat. Auf diesen Helden baute die bürgerliche Geschichtsschreibung ihren „aufgeklärten Despotismus“, ihr „josefinisches Zeitalter“ auf!

## RANDBEMERKUNGEN

### *Kleine Wahrheiten*

#### *Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“*

Am Freitag, den 8. Mai, erschien die „Nachtausgabe“ mit der fetten Ueberschrift: „Räumung Kölns am 16. August“, darunter der dicke, rote Strich. Für einen Augenblick war man erfreut; es stand also nun fest, daß Köln am 16. August geräumt sein würde. Las man den unter der anreißenden Ueberschrift stehenden Text, erstaunte man über die Unfähigkeit dieser Redaktion, Telegrammtexte verstehen zu können, oder über deren Frechheit, durch lügnerische Ueberschriften Käufer anzulocken und Illusionen zu erwecken. Der Text teilte richtig mit, daß wegen der Räumung Kölns nach wie vor Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich beständen, daß England anscheinend einen festen Räumungstermin festsetzen möchte, daß aber Frankreich durchaus dagegen sei. Ein anderes

deutschnationales Blatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hatte denn auch die fragliche Nachricht angemessen mit der Ueberschrift versehen: „Das Ende der Entwaffnungskomödie. England gibt Frankreich in allen Punkten nach?“ Die gesamte übrige Presse hatte gleichfalls diese keineswegs trostreiche, aber auch ebensowenig sensationelle Nachricht sinngemäß uüberschriftet. Nur der „Lokal-Anzeiger“ konnte wieder einmal nicht richtig lesen und mußte lügen. Er kann eben nicht aus seiner Haut heraus. Vielleicht glaubte er auch, durch die kategorische Nachricht, daß Köln am 16. August geräumt werde, bereits ein Lorbeerblatt für Herrn Hindenburgs Empfangstag zu pflücken. Es bleibt jedenfalls dabei: Fegt das Ungeziefer aus dem Haus. Lest nicht den „Lokal-Anzeiger“.

#### *Demokratische Presse*

In dem Aufsatz, der im vorangegangenen Heft unserer Zeit-

schrift über die bedeutsame Entwicklung der sozialistischen Presse berichtete, wurde auch festgestellt, daß die Presse der Demokratie von einem großen Sterben ergriffen worden, daß sie entweder vollkommen verschwunden oder in den Besitz der Schwerindustrie übergegangen ist. Dabei wurde unter den schwerkapitalistischen Zeitungskönigen auch Broschek, der Besitzer des „Hamburger Fremdenblattes“ genannt. Das ist auf einen typographischen Unfall zurückzuführen. Ueber Broschek war eine Zeile geschrieben worden, die später, weil sie eine kleine Malice enthielt, fortgestrichen wurde. Dabei blieb der Name Broschek stehen und geriet in falschen Zusammenhang. Die verhängnisvolle Zeile aber lautete: „In Hamburg bemüht sich Broschek, von Stresemann leicht gestört, dem ‚Hamburger Fremdenblatt‘ den Charakter eines demokratischen Blattes zu wahren.“

Bei dieser Gelegenheit: die Ideologie der konservativen Republik liegt in der Luft und einige demokratische Blätter fühlen sich seitensam von diesem Phantom angezogen. Wir erinnerten in der vorigen Nummer schon an die „B. Z. a. M.“ (Beziehungen zum alten Mann). Sie hat die Idee der konservativen Republik ebenso wie die eines Ersatzes der Reichsflagge durch die Harde'sflagge (schwarz-weiß-rot mit schwarz-rot-goldener GÖsch) einigermaßen begierig aufgenommen. Auch das „Acht-Uhr-Abendblatt“ scheint sich in einem gewissen Diagonalabmarsch zu befinden und leichte Ellbogenfühlung mit denen zu suchen, die möglicherweise morgen und übermorgen die allein Gesellschaftsfähigen sein werden, die allein Empfangsfähigen, Benutzungsfähigen. Nu ja, nu nee. Man wird auch das ertragen können und zunächst einmal beobachten müssen.

*Brener*

## B Ü C H E R S C H A U

### *Jüngste Arbeiterdichtung*

*Ausgewählt von Karl Bröger*

*Arbeiterjugend-Verlag*

Es erscheint, von außen her gesehen, immer mehr, als wenn das unaufhaltsame Vorwärts eines alle Lebensgebiete umformenden sozialistischen Wollens im Nahkampfe mit dem Gegner, im Bündnis-schließen mit dem weit Befrunden, überhaupt in der Berührung mit kleinem Gestrüpp und Dickicht ein wenig verliert von der ehernen Kraft eines Weltentürzers und Weltentformers. Es scheint... wenn nicht der von Tagesfragen so unberührte, reine Hauch einer über allem Kleinen schwebenden Gesinnung, einer unablässig aus sich selbst lodernden Kraft Kunde geben würde von Mächten, die sich nur dem aufspringenden Anfang und dem seighaften Abschluß im Tiefsten verbunden fühlen. Es ist etwas flach, sich auf die Jugend

zu berufen — dahinter steckt ein eigener Defekt —, aber als Gebärde, die aufklingt zum Morgen, zum unschaubar Fernen, die schwankt zwischen rasendem Sein und Verspritzen in die Unendlichkeit, hat die frühlingshafte Gestalt des Lebens nächsten Verbindung mit dem Wesen einer Sache.

Wenn dieser kleine Band „Dichtung“ Zeugnis ablegen sollte von „Dichtung“ — was wäre er dann?! Vom Literarischen her — mit dem Seziermesser von Form und Abschluß, Regel und Reim bearbeitet — ist diese Lyrik zum größten Teil verurteilt. Nur wenige ragen auch darüber hinaus — der Lübecker Albrecht wäre zu nennen, der hymnisch aufbricht, dem All verbrüdert. Ebenso Walter G. Oschilewski, beherd vorstoßend in das große Herz der Dinge. Aber wir sind uns sofort klar darüber, daß der Sinn dieser Ausgabe nicht



im Literaturgeschichtlichen, im Formal-Künstlerischen liegen kann — das Warum? weist nach einer anderen Stelle.

Diese Verse junger Arbeiter aus allen Bezirken Deutschlands künden von Gefühlswelten, die das Proletariat in sich birgt. Welten, die auch im Bedingten, im Fluß der Geschehnisse das große Auge für den himmlischen und doch verquälten Traum des Diesseits haben. Es ist diese namenlose, frische Kraft des Volkes — unseres Volkes! — Die die Dinge sich zu eigen macht im Ansprechen. Unnennbare Hinneigung zu Symbolen der Erde, Zukunft, Welt, Weib, Frühling, Himmel und Wald, Zuneigung zu der Dämmrigkeit eines konturenlosen Morgen, der in Gestalt geschlagen werden soll nach innerlichem Bilde. Kein Schrei zum Vater, alles ist konzentrierte Kraft auf die Gegenständlichkeit des Seins, geladen von Energie, die in sich selbst beruht. Und so wird dieser kleine Band Gedichte zu einer Aussage, die uns auf unserer Streckenwanderung sagt, daß noch alles da sei, daß alles feurig ist, wie am ersten Tage, er wird zu einem Dokument volksseelischen Fühlens, zu einem Zeugnis davon, daß die Welt Sozialismus eine Basis hat, die im Traditionellen verankert ist und den historischen Wertbegriff Volksein in sich vereinigt.

Dank Karl Bröger, daß dies möglich wurde! Doch nicht nur die Jugend — der geistige Mensch des zerrissenen Abendlandes wird hier etwas finden — das aus einem Ur kommt, einem Unversiegbaren, das, vorwärts schreitend, Gefäße für ein Wollen finden wird. So wird dieses Buch geschichtliches Dokument eines Volkes und einer Klasse, die noch hungrig sind... voll von Leben, das sich entladen will.

Es ist etwas Eigenes, das Innere eines Menschen, dem man hundertmal die Hand gegeben hat, zu schauen und zu ahnen: das also bist du! Es ist etwas Herrliches, der chaosdurchtobten Zeit Zeug-

nisse nie versiegbaren Glaubens zu geben mit dem sprühenden Faal! Das sind wir! *Erwin Frehe*

### *Knut Hamsuns „Letztes Kapitel“*

Der keineswegs blinde Zufall des Werdens und Blühens im Reiche des schöpferischen Geistes hat uns fast gleichzeitig mit Thomas Manns „Zauberberg“ auch einen Roman des großen Norwegers Hamsun beschert, dessen sinnliche und seelische Szenerie ein Bergsanatorium abgibt. Da solche Parallelität des Gegenstandes nur scheinbar im rein Aeüßerlichen verbleibt, beide Dichter vielmehr durch die Medien der von ihnen gewählten Heilplätze menschlichen Gebrechens ihr Weltbild, ihren ureigensten Mikrokosmos hindurchschimmern lassen, so mag eine Abgrenzung dieser ihrer Dichtungen gegeneinander zur besseren Erkenntnis immerhin verlockend sein.

Thomas Manns Bemühung um das Eindringen in Menschenschicksale und deren Zusammenhänge mit dem Ganzen der Welterschöpfung kommt vom Geiste her, dem sie verhaftet bleibt, und erobert sich Schritt um Schritt das Gelände der sinnlichen Anschauung. Knut Hamsun befindet sich auf der Flucht vor dem Nur-Geistigen, vor dem triebgefährdenden Intellekt. Er gestaltet vermöge des schöpferischen Funkens naturhafter Sinnlichkeit, der, nie erlöschend, in seiner Seele glimmt. Seiner Dichtung Grundmelodie schwingt in dem mitreißenden Rhythmus seines starken Weltgefühls, während Mann sich die Takte des seinen erst in hellhöriger Bemühung zu einem Ganzen komponieren muß. Die Form der beiden Romane verhält — als tiefster Ausdruck des Persönlichen — diese Grundverschiedenheit ihrer Schöpfer. Mann fügte, Steinchen an Steinchen passend, das bunte Mosaik von Menschen und Ereignissen behutsam zusammen. Ganz allmählich erst rundet sich ihm das Bild des Davoser „Berghofs“ als Symbol eines Menschheitszustandes; Hamsun setzt, weniger bewußt als

Mann und eher verschwenderischer wie die Natur selber, seine Farbtupfen mühelos nebeneinander hin und hat bereits auf knapp 100 Seiten das Torahus-Sanatorium hoch oben in der Einsamkeit der norwegischen Berge an Stelle einer öden, primitiven Sennhütte aufgebaut, mit allem Drum und Dran des Betriebes und dem Durcheinander vieler Menschen, die sich, ganz individuell umrissen, gegeneinander abheben. Und während Mann seine Phantasiewelt um den inneren Werdegang des jungen Hans Castorp herumdichtete, vermeidet Hamsun einen allzu fest fixierten Mittelpunkt und wahrt naturhafter den Eindruck des in seiner Vielfalt unerschöpflichen Seins. Manns Ziel ist Bejahung des Lebens, ein Näherkommen an seine Unfaßbarkeit auf dem Umwege über den Tod. Hamsun gibt unmittelbarer und naiver ein Gleichnis alles Werdens und Vergehens, einen Hymnus vom Untergange, eine gewaltige Ballade vom Weltbrande, den das Leben doch immer wieder, weniger sieghaft als triebhaft, überlebt. Und daraus springt der tiefste Wesensunterschied zwischen den beiden Dichtern hervor: Thomas Mann ist unlyrisch, gesellschaftsgebunden, humanistisch; Knut Hamsun dagegen, der große einsame Mensch, der Dichter der unwegsamen Seelen, über deren Dasein die Mitternachtssonne strahlt, erlebt das Leben der Menschheit rauschhaft in sich, lyrisch, als Naturereignis, von unerforschlichen, kosmischen Gesetzen regiert, vor denen jede müßige Frage zur Torheit wird. So ist seine Welt: verrückt und herrlich, absurd und grandios, einsam-verloren und mit nie stillbarer Sehnsucht sich selber segnend. Und so sieht er in seinem Roman „Das letzte Kapitel“ (Verlag Grethlein & Co., Leipzig 1924) das Torahus-Sanatorium wachsen, Schicksalsfäden in ihm sich hin- und herspinnen, zerreißen

oder ineinander wirren und alles schließlich in einer zufällig ausbrechenden Feuersbrunst wiederum zusammenstürzen. Er sieht die Menschen als Einsame ihr Schicksal erleiden und tragen; den „Selbstmörder“ etwa, der seinem Spitznamen nie Ehre machen wird, weil der vegetative Trieb in ihm immer um ein wenig stärker bleibt als der Selbstzerstörungswille; oder den Bauern Daniel, den seine Natur zum Mörder aus Eifersucht macht, weil die Verkettungen seines Lebens es eben nicht anders fügen. Und so gibt er schließlich nicht wie Mann ein realistisches Märchen, sondern vermittelt in manchen romanhaft anmutenden Unwahrscheinlichkeiten die tiefere Wahrheit des Lebens, wie es nun einmal ist. Wie alle seine Dichtungen, wurzelt auch dieser Roman in dem unlösbaren Gegensatz der Menschenwelt, dem Widerstreit zwischen Triebleben und zivilisatorischer Brechung des Triebes. In dem Naturkind Daniel und dem aus der Großstadt in die Berge verschlagenen Fräulein D'Espard, dessen Blut von der Kultur einer nur noch dunkel bestimmbaren Ahnenreihe verdünnt ist, treffen diese Gegenwelten schicksalhaft aufeinander, um sich schließlich, nach tragischen Zwischenfällen, in resignierender Melancholie einander zu verbinden.

Der Vernichtungsbrand des Torahus-Sanatoriums aber, aus dem der „Selbstmörder“ widerwillig sein zerstörtes Leben davonträgt, wirft seine rote Glut wie mahnende Sehnsucht an den nächtlichen Nordhimmel, zu neuem Dasein aufrufend, das aus der Zivilisation und ihrer Neurasthenie zu panischer Verbundenheit mit Wäldern Nächten, Sternen wieder hinstrebt, und nach dem Knut Hamsun, der dichtende Landfahrer, sich immer und immer auf suchender Wanderschaft befindet. Denn solche Pilgerschaft ist ihm ja das Leben selber . . .

C. F. W. Behl

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

|| *Sie lachen sich tot ! ! !*

# PANOPTIKUM MENSCH

VON



**KORAX**  
(JOSEF MARIA FRANK)



DAS  
**ULKIGSTE BUCH**

AUF BÜTTEN  
IN HALBLEINEN  
PREIS 8 MARK

Verlag Deutscher Bücher G.m.b.H. || Berlin SW68

† † †  
**Das Ziel  
der Verschwörer**

*MUSSOLINI — HORTHY  
HITLER — LUDENDORFF*

**ist**

**der deutsche  
FASCISMUS**

**Höchste Alarmbereitschaft**

RECHTZEITIGE AUFKLÄRUNG  
BIETEN:

**KAMINSKI**

**MATTEOTTI**

„DER FASCISMUS IN ITALIEN“

9 BOGEN IN HALBLEINEN M 2,75

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

RUD. BREITSCHIED:

**Mißtrauen** . . . . . 225

**Der Retter** . . . . . 227

HERMANN SCHÜTZINGER:

Die unbegründeten französischen Militärängste . . . 230

HANNS-ERICH KAMINSKI: Frankreich in Marokko . . . 234

PAUL UFERMANN:

**Der Brotwucher marschiert** . . . . . 236

ROBERT BREUER: Heimarbeit . . . . . 239

JOSEF HOFBAUER (Teplitz-Schönau):

Deutsche und tschechische Sozialdemokraten . . . 242

Senator Dr. GERTH: Die erste Preisgabe Straßburgs . . . 246

ARTHUR ELOESSER: Rheinische Rebellen . . . . . 248

ADOLF BEHNE: August Stramms „Rudimentär“ . . . 252

Dr. Arthur Dix: Geo-Oekonomie — Hindenburg und Simons — Das nationale  
Straßenpflaster

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin SW 68



Lindenstr. 114

† † †

**Das Ziel  
der Verschwörer**

*MUSSOLINI — HORTHY  
HITLER — LUDENDORFF*

**ist**

**der deutsche  
FASCISMUS**

**Höchste Alarmbereitschaft**

*RECHTZEITIGE AUFKLÄRUNG  
BIETEN:*

**KAMINSKI**  
**MATTEOTTI**

*„DER FASCISMUS IN ITALIEN“*

*9 BOGEN IN HALBLEINEN M 2,75*

*VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68*

# M i ß t r a u e n

Von Rud. Breitscheid

Schon unmittelbar nach dem Amtsantritt des gegenwärtigen Reichskabinetts hatte man den Eindruck, daß Herr Luther von seinem Amte eine Auffassung besaß, die der Stellung des Reichskanzlers im kaiserlichen Deutschland entsprach. Ehedem war der Chef der Regierung mehr als der *primus inter pares*. Er bestimmte nicht nur, wie es auch nach der Weimarer Verfassung der Fall sein soll, die Richtlinien der Politik, sondern er war im Grunde der einzige Minister des Reiches, und die übrigen Ressorts wurden von Staatssekretären verwaltet, die nur Organe des Kanzlers bildeten.

Der erste Eindruck hat sich immer mehr verstärkt, und wenn bei der jüngsten Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes, die mit der Erörterung über eine Reihe von Interpellationen verbunden war, Herr Stresemann sich darauf beschränkte, ein umfangreiches Manuskript zur Verlesung zu bringen, das nicht viel mehr enthielt als einen Ueberblick über den Stand unserer auswärtigen Beziehungen, so fiel es schwer zu glauben, daß diese Zurückhaltung mit den eigenen Wünschen des Redners in Uebereinstimmung stand. Der Außenminister spricht gern, und er verschmäht es im allgemeinen nicht, seinem rhetorischen Temperament die Zügel schießen zu lassen. Wenn er sich mit ängstlicher Sorgfalt an das hält, was ihm seine verschiedenen Referenten niedergeschrieben haben, und wenn er in der Art des Vorsitzenden eines Aufsichtsrats einen trockenen Bericht gibt, so ist der Schluß erlaubt, daß er nicht so darf, wie er eigentlich möchte.

Der Reichskanzler selbst aber ist offenbar der Meinung gewesen, es sei unter den obwaltenden Verhältnissen das beste, so wenig als möglich über die politischen Absichten der Reichsregierung und über die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung zu sagen. Er will den Anschein erwecken, als sei durch die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten praktisch nichts geändert worden, und als gehe die Politik ihren Weg gänzlich unbeeinflusst weiter. Aber gleichzeitig möchte er diese Auffassung vom Regierungstische aus auch nicht allzu stark betont sehen, denn er weiß sehr genau, daß die, die die Kandidatur Hindenburg aufgestellt und die Wahl gemacht haben, nicht nur an einen einfachen Personenwechsel dachten, sondern eine Neuorientierung auf innen- und außenpolitischem Gebiet im Auge hatten. Man muß leise auftreten, um den Präsidenten nicht von vornherein kopfscheu zu machen, und um seinen parlamentarischen Anhängern möglichst wenig Anlaß zu bieten, ihre Geschütze gegen das Kabinetts zu richten und die Gegensätzlichkeit ihrer Ansichten über das, was geschehen soll, zu betonen.

Das um so mehr, als die Deutschnationale Partei, die doch gerade den großen Umschwung unter der Aegide Hindenburgs nicht nur erwartet, sondern auch prophezeit, in der Regierung selber vertreten ist. Hier müssen weitgehende Rücksichten genommen werden, um zu ver-

hindern, daß dem Einfluß des Reichskanzlers auf den Reichspräsidenten ein Ziel gesetzt wird, was schließlich gleichbedeutend sein würde mit einem Sturz des Kabinetts oder zum mindesten mit einer Umgestaltung, von der insbesondere Herr Dr. Stresemann nichts Gutes zu erwarten hätte.

Gerade die Position des Außenministers ist ja — darüber ist er sich doch wohl selbst im klaren — alles andere eher als gefestigt und gesichert, und er wird seine ganze Gewandtheit anwenden müssen, um den Fallen zu entgehen, die ihm gestellt sind. Während der Wahl haben seine Freunde und Blockbrüder auf der Rechten gegen ihn und gegen die von ihm vertretene Idee des Sicherheitspaktes die heftigsten Angriffe gerichtet, und es sah häufig so aus, als ob seine Beseitigung die erstg volksbeglückende Tat des neuen Präsidenten werden solle. Es fehlte nicht viel, dann wäre er mit Wirth, Rathenau und Erzberger auf eine Stufe gestellt worden, und bis zum „Landesverräter“ hat er es ohnehin schon gebracht. Wäre er ein Politiker von festen Grundsätzen und großem Format, schiene ihm nicht das Amt als solches als der Güter höchstes, so würde er seine Konsequenzen ziehen. Er würde klar und entschlossen sein Programm entwickeln und von den Parteien, auf die sich die Regierung stützt, eine klare Antwort auf die Frage fordern, ob sie mit diesem Programm einverstanden seien oder nicht. Aber wie er nun einmal ist, fügt er sich in die Methode des Herrn Dr. Luther, gibt sich still und bescheiden und hütet sich ängstlich, den Leu zu reizen.

Gewiß, er hat den Sicherheitspakt nicht verleugnet. Er hält an der Idee fest. Er deutet des weiteren sogar an, daß die Regierung in der Frage des Eintritts in den Völkerbund allmählich entgegenkommender wird, und daß sie auch über den Artikel 16 des Völkerbundstraktats, den sie bisher als ein unübersteigbares Hindernis bezeichnete, mit sich reden lassen will. Aber alles das wird eigentlich nur so im Vorübergehen erwähnt. Es ist eingehüllt in einen Nebel von unverfänglichen diplomatischen Betrachtungen. Es wird nicht in den Vordergrund gerückt, damit es nicht zum Ziel des Angriffs gemacht werden kann. Der Wunsch ist maßgebend, den Kampf hinauszuschieben oder ihn, wenn möglich, ganz zu vermeiden, indem man ganz allmählich vollendete Tatsachen schafft, denen dann auch der Präsident Rechnung tragen muß. Und das wäre ja schließlich der größte Triumph der Luther und Stresemann, wenn sie Herrn v. Hindenburg zur Unterzeichnung von Dokumenten veranlassen könnten, deren Inhalt weder mit den Ueberzeugungen seiner Freunde, noch auch mit seinen eigenen in Einklang zu bringen ist.

Für die Sozialdemokratie ist diese Situation nicht ganz einfach. Sie will den Sicherheitspakt, sie will den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sie ist mit Herrn Stresemann der Meinung, daß Rücksichten auf die Freundschaft Rußlands uns nicht bestimmen können, die Möglichkeiten einer Verständigung mit den Westmächten zu sabotieren. Sie ist genötigt, die politischen Absichten des Herrn Stresemann gegen seine nationalistischen Gegner zu verteidigen. Dabei aber fehlt ihr jede Neigung, sich für den Außenminister als Person und für die Methoden dieses Opportunisten einzusetzen. Sie weiß genau, daß ihm ihre Unterstützung im Grunde unsympathisch und unwillkommen ist, daß er sich das Ziel setzt, die Rechte für sich zu gewinnen und mit ihr ohne die Sozialdemokratie oder gar gegen sie zu regieren. Sie will die Fortführung der Verständigungspolitik, aber sie lehnt es ab, der Regierung die Möglichkeit zu geben, mit der Rechten die Reaktion im Innern zu befestigen und



mit der Linken eine halbwegs vernünftige Außenpolitik zu machen. Sie denkt nicht daran, ihre Hand zu dem Versuch zu bieten, den Deutschen die republikanische Staatsform und den Sicherheitspakt durch Brotwucherzölle und eine die Massen belastende Steuerpolitik annehmbar zu machen.

Vor allem will sie Klarheit. Eine Regierung, die sich auf eine Partei stützt, von der wesentliche Forderungen des Regierungsprogramms offen oder versteckt bekämpft werden, scheint ihr keine Bürgschaft für die Innehaltung eines den Interessen des Landes förderlichen Kurses zu bieten, selbst wenn diese Programmpunkte an sich von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für zweckmäßig gehalten werden. Das Listen mit der Idee überläßt sie gern und neidlos politischen Charakteren von der Art eines Luther und Stresemann. Sie bleibt konsequent in der Oppositionsstellung und hat deshalb im Anschluß an die Debatte über den Etat der Reichskanzlei und des Außenministeriums ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht.

---

## Der Retter

In Hindenburg soll dem deutschen Volke der Retter erstanden sein. Wir werden von nun an mit möglichster Regelmäßigkeit die wichtigsten Ereignisse, die sich unter dieser Präsidentschaft abspielen, hier in einer ehrenbetitelten Rubrik registrieren. Dabei soll durch angemessene Hinweise, Vergleiche und sonstige Manipulationen die versprochene Rettung illuminiert werden. So wird das deutsche Volk einen Geschichtskalender seiner neuen Glorie bekommen. Er soll ihm später, Halbleinen gebunden, zugänglich gemacht werden. Hoffentlich versteht man unsere gute Absicht: das deutsche Volk muß Tag für Tag darauf verwiesen werden, wie der Retter funktioniert und wie die Hoffnungen der Wähler sich verwirklichen. Nun könnte man einwenden, daß unsere Absicht ein Unfug sei, denn das geschichtliche Geschehen, und besonders das in dem viel gebundenen Deutschland, vollzöge sich zwangsläufig, und niemand könne einen einzelnen für Glück oder Unglück verantwortlich machen. Das ist schon richtig. Aber wir sind es ja auch nicht, die den Retter propagiert und zum Reichspräsidenten gemacht haben. Wenn Hindenburg aber als Retter gewählt wurde, dann muß er sich auch als Retter bewähren, und wenn von solcher Rettung nichts zu spüren sein sollte, dann darf niemand uns der Böswilligkeit gegen Herrn Hindenburg zeihen, und die Rettergläubigen dürfen sich nicht bei uns, sondern sie müssen sich schon bei ihrer eigenen Torheit beschweren. Vielleicht wirkt das als Erziehung, und das in der Tat ist, wir sagen es ehrlich, die Absicht dieser unserer Apotheose des Retters.

Am 8. Mai verkündet „Der Tag“ (Nachtausgabe des Hindenburg-Organs), daß am 16. August die Räumung Kölns stattfinden werde. — In Wirklichkeit zeigen die vorliegenden Nachrichten, daß solche Vorschußlorbeeren dem neuen Reichspräsidenten nicht gestreut werden können; ein fester Räumungstermin wird durch die Entente nicht mitgeteilt, vielmehr

werden neue, nicht unerhebliche Forderungen als Voraussetzung der Räumung angekündigt. Der Retter scheint nach Paris und London hin noch keine Fernwirkung geübt zu haben.

Am 8. Mai findet die Regierung Otto Braun im Preußischen Landtag eine Mehrheit. Die „Nationalpost“, das offiziöse Blatt der Deutschnationalen, spricht am 9. Mai von dem „verfassungswidrigen Preußenkabinet“. Das ändert aber nichts an der Feststellung, daß der Retter die von seinen Wählern ersehnten neuen Zeiten für Preußen noch nicht zu schaffen vermag. — Am 14. Mai wird in Berlin der neue Polizeipräsident Grezsinski durch Severing in sein Amt eingeführt. Die Wähler des Retters, die von ihm schleunige Bereinigung der Verwaltung von sozialdemokratischer „Korruption“ erwartet haben, dürften enttäuscht gewesen sein.

Am 12. Mai schwört Hindenburg auf die Verfassung. Die „Preussische Kreuzzeitung“ spricht am gleichen Tage von der schwarz-rot-gelben Republik; die Hugenberg-Presse höhnt über das „riesige schwarz-rot-gelbe Tischtuch“, auf dem Hindenburgs schwörende Hand ruhte. Ein Beitrag zur Würde und Wahrhaftigkeit der Nation, die der Retter erneuern soll. — Am 18. Mai deutet der deutschnationale Abgeordnete Friedrich Everling, der aus seiner monarchistischen Gesinnung kein Hehl macht, den Eid Hindenburgs als Produkt elastischer Taktik. — Am 13. Mai spricht Hindenburg in seiner Antwort an Simons von den unbestrittenen Verdiensten Eberts um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung: „das wird jederzeit dankbar im deutschen Volke auch von seinen politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.“ — Am 16. Mai beschimpft der „Lokal-Anzeiger“, das Hindenburg-Blatt, Ebert als einen Freund Barmats. Am 13. Mai hatte bereits das „Deutsche Tageblatt“, auch ein Hindenburg-Blatt, geschrieben: „Was hat Herr Ebert mit Hindenburg zu schaffen, Herr Ebert, der, von dem Geiste des Barmatismus überschattet, in Magdeburg moralisch auf der Anklagebank saß und verurteilt wurde.“ Dieses sind einige Beispiele für die moralische Wirkung des Retters und von der Einigung der Nation, die er besorgen soll. Hierher gehört auch, daß am 14. Mai das Absingen der Borkum-Hymne, die einen ganzen Volksteil in Verruf bringen will, durch Gerichtsurteil wieder gestattet wird.

Am 14. Mai wird bekannt, daß der Gefängnisarzt Dr. Thiele, dem der Reichspostminister Höfle zum Opfer fiel, beurlaubt worden ist, und daß ferner gegen verschiedene Staatsanwälte und Untersuchungsrichter, die in diesem Fall beschäftigt waren, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt hierzu: „Dann hätten wir ja mit einer zweiten Periode des Barmat-Schutzes zu rechnen.“ Sie vergißt hierbei, daß der Retter als St. Georg gegen jeglichen Schmutz und Trug mit metaphysischer Gewalt wirken sollte. Daß tags darauf Barmat unter der Präsidentschaft des Retters entlassen wird, spricht ganz gewiß nicht gegen den Präsidenten, aber sehr wohl gegen die, die ihm Wunderkräfte andichteten. — Die Haussuchung im „Vorwärts“ zeigt, daß auch sonst der Retter die preußische Justiz nicht zur Vernunft zu bringen vermochte.

Dreißigtausend Eisenbahner sollen abgebaut werden. Auch die Post soll mit weiterem großen Abbau rechnen. — Es wird Wähler geben, die solches während der Zeit des Retters nicht erwartet haben. Die Zwangsläufigkeit der bürokratischen Dispositionen scheint stärker zu sein, vielleicht auch die Absicht, eine dem Retter homogene Beamten- und Angestelltenschaft zu schaffen.

\*

Am 15. Mai beschließt der Kreisverein Potsdam der Deutschnationalen Volkspartei, daß das Sicherheitsangebot unvereinbar mit den einfachsten Grundsätzen staatlicher Ehre sei. Kein Eintritt in den Völkerbund, kein Verzicht auf deutsches Land . . . Der größte Teil der deutschnationalen Presse vertritt die gleiche Auffassung. — Am 18. Mai fordert die „Deutsche Zeitung“, daß Hindenburg sein gegebenes Versprechen, „die Lüge von Deutschlands Kriegsschuld müsse fallen“, unverzüglich einlöse. Das Blatt verlangt eine amtliche, für das Ausland bestimmte Erklärung, die endgültig den Widerruf der Schuldlüge ausspricht. — Am gleichen Tage hat der Außenminister Stresemann in zweistündiger Rede die Frage der Schuldlüge noch nicht einmal gestreift. Er hat dafür um so entschlossener vom Garantiepakt gesprochen und mit Nachdruck die Annahme des unveränderten spanischen Handelsvertrages gefordert. Niemand wird leugnen, daß noch im Wahlkampf von den Deutschnationalen verheißener wurde, im Zeichen des Retters werde dieser Vertrag abgelehnt und den Obst- und Weinproduzenten der erforderliche Schutz zuteil werden.

\*

Am 16. Mai wird der Austritt des Abgeordneten Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion gemeldet. Er hat nicht begreifen können, daß das Aufwertungskompromiß die Erfüllung des Versprechens sei, mit dem die Parteien des Retters die Wähler geködert haben. Gleichzeitig hat der deutschnationale Abgeordnete Dr. Steiniger sein Amt im Aufwertungsausschuß des Reichstags niedergelegt mit den Worten: „Es muß im Reichstag noch Männer geben, deren Wort gilt.“ Es werden unter den Wählern Hindenburgs immerhin einige sich finden, die darüber verwundert sind, daß der Retter seine Wahlmacher nicht besser anhält, die Rettungsversprechungen zu halten.

\*

Am 16. Mai verkündet der Reichslandwirtschaftsminister kommende Agrarzölle. Die Großgrundbesitzer haben von nun an Ursache, den Retter zu preisen. Die Konsumenten aber werden solche Rettung vielleicht seltsam finden. Seltsam war es auch, daß der Reichslandwirtschaftsminister sagte: „Der Frischmilchverbrauch ist ungenügend, einmal, weil weite Schichten der Bevölkerung sich in den knappen Zeiten des Krieges den Frischmilchgenuß abgewöhnt haben, ferner ist die Kaufkraft auch noch nicht ausreichend.“ An dem Tage, da Graf Kanitz so sprach, stieg in Berlin der Preis für Vollmilch von 26 auf 28 Pf. Die Milchgroßhändler sollen sich für gerettet halten.

\*

Am 16. Mai bringt die Nachtausgabe des „Tag“ die Nachricht, daß Hindenburg sich über Sonntag zur Jagd nach seinem Jagdhaus am Werbellinsee begeben habe. Was an sich belanglos und dem Retter gegönnt sein mag, was aber kaum ausreichen dürfte, um das übrige Manko der ersten Regentschaftswoche auszugleichen.

## Die unbegründeten französischen Militärängste

Von Hermann Schützinger

Wir veröffentlichen den nachstehenden Aufsatz besonders gern. Er gibt der Denkschrift, die unter dem Titel „Deutschlands geheime Rüstungen“ von der deutschen Liga für Menschenrechte herausgegeben worden ist, die richtige Bewertung. Wir sind keineswegs im landläufigen Sinne Pazifisten, und wir sehen sehr wohl die großen weltpolitischen Ballungen und Krisen, aber wir meinen, daß es für Deutschlands Außenpolitik nichts Gesünderes geben kann als klare Erkenntnis über die Machtmittel, die Deutschland zur Verfügung hat, und wir sind darum der Ansicht, daß es geradezu Verbrechen und, mehr als das, Dummheit ist, Kräfte vortäuschen zu wollen, die nicht vorhanden sind. Die sogenannte nationalistische Propaganda hat dem jetzigen Deutschland noch immer Schaden gebracht. Die Kontrollnote wird aufs neue beweisen, wie groß dieser Schaden ist. Die Denkschrift der Liga für Menschenrechte bemüht sich, dem Gespenst eines neuen deutschen Militarismus, wie es von den Nationalisten Deutschlands aufgezogen und von denen Frankreichs gierig aufgenommen wird, entgegenzutreten, indem sie zahlenmäßig darlegt, daß der „Schatten“, den die französischen Sachverständigen bei der deutschen Reichswehr festgestellt haben wollen, d. h. ein Zuviel, eine Nebenarmee neben den gestatteten 100 000 Mann, ein lächerliches Angstgebilde ist. Durch diese Untersuchung hat die Liga für Menschenrechte, so oft wir auch sonst mit ihr nicht übereinstimmen können, diesmal eine verdienstvolle Arbeit geleistet und dem deutschen Volke und im besonderen der Erledigung der Kontrollnote mehr genützt, als die Wahl Hindenburgs ihm zu solchem Zwecke genützt haben dürfte.

*Die Redaktion der „Glocke“.*

Der seit langem angekündigte Bericht der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission, der von Monat zu Monat von Versailles nach Paris, nach London und wieder zurückwandert und Europa immer noch, besonders seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, in einem Zustand der Spannung erhält, läßt sich auf Grund der zahlreichen Indiskretionen, der Aufsätze des General Morgan im „Quarterly Review“ vom Oktober 1924 und seiner Ergänzung im „Review of Reviews“ vom 14. März 1925, sowie der Veröffentlichungen des Oberst Repington im „Daily Telegraph“ jetzt schon sehr wohl diskutieren.

So hat sich die deutsche Liga für Menschenrechte, die weiß Gott nicht einer einseitigen Stellungnahme zugunsten Deutschlands verdächtigt werden kann, durch eine dem Reichstag und der Reichsregierung überreichte Denkschrift „Deutschlands geheime Rüstungen?“ ein großes Verdienst erworben, eine Denkschrift, die endlich einmal das Gespenst vom „Schatten“ des deutschen Revancheheeres über Europa seiner mystischen

Größe entkleidet — zum Schaden und Aerger der Militaristen diesseits und jenseits des Rheins. Der militärische Teil der Denkschrift ist bearbeitet vom General v. Schönau und vom Polizeioberst Lange, von zwei Männern, deren Objektivität und Nüchternheit jeder ihnen Nahestehende zur Genüge kennt.

Die Denkschrift entkleidet die Morgansche Revanche-Armee zunächst einmal — wie dies ja auch in der „Glocke“ vom 14. Februar 1925 geschehen ist — ihrer „Grotesken“. Es ist zweifellos ins Reich der Phantasie zu verweisen: Die Benutzung des sog. „Reichsarchivs“ als Fortsetzung der ehemaligen Bezirkskommandos, ebenso die Behauptung, daß bis in die letzte Zeit hinein sog. „Kontrollversammlungen“ stattgefunden hätten, daß Stammrollen für die verschiedenen Jahrgänge weitergeführt und die „Versorgungsämter“ als Bezirkskommandos verwandt worden seien.

Jeder mit deutschen Verhältnissen einigermaßen Vertraute muß wissen, daß die breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft sich nicht von heute auf morgen in die Kasernen der allgemeinen Wehrpflicht zwingen lassen, und daß die Spekulation auf die Schutzpolizei der deutschen Länder und auf das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zu Zwecken der Revanche selbst die Weltfremdheit der deutschen Nationalisten weit übersteigen würde.

Die englisch-französische Militärliteratur über die Militärkontrolle in Deutschland spricht vom „Schatten“, den die Reichswehr über die deutsche Landkarte werfe; der Schatten sei die alte Armee. Dieses unsichtbare Kadersystem untersucht nun die Denkschrift der „Liga für Menschenrechte“ auf seine technische Möglichkeit nach vier Gesichtspunkten — den territorialen Kadern, den Zahlen der Offiziere, der Zahl der möglichen Mannschaften und viertens der hierzu nötigen Bewaffnung und Munition.

Die „territorialen Kadern“ haben es vor allem dem General Morgan angetan. Es ist richtig: die Identität der 596 „Traditions“-Kompagnien, Eskadrons und Batterien des Herrn Geßler mit den Regimentern der alten Armee stößt ja den „Schnüfflern“ der Entente die Nase förmlich drauf. Es stimmt: rechnerisch entspricht die Reichswehr-Kompagnie dem alten Infanterie-Regiment, das Reichswehr-Regiment dem einstigen Armee-Korps, der „Wehrkreis“ der Armee-Inspektion, die Reichswehr-Kavallerie-Division dem alten Heeres-Kavallerie-Korps. Es ist richtig, der Offiziersersatz wäre sichergestellt für den „Schatten“ bei der — übrigens von den „Kollegen“ der deutschen Militärs, dem Heeresausschuß der Friedensvertragskommission der Entente gnädigst bewilligten — übergroßen Zahl höherer Reichswehroffiziere, bei der Möglichkeit einer Verwendung von Polizeioffizieren als Kompagnie- und Bataillonsführer, bei der ständigen Fortbildung von Reserveoffizieren in den „illegalen Ausbildungskursen“ (wie die Denkschrift sagt).

Und doch ist die Konstruktion des deutschen Revanche-Heeres ein Bluff. Angesichts der Kontinuität der strategischen Linien, der Kasernen und Garnisonen, der Dienst- und Verwaltungsgebäude der einstigen Wehrmacht und der jungen Reichswehr ist es keineswegs eine „gigantische Idee“, in der Republik die Wehrmacht des alten Militärstaates zu verschleiern — sondern eine gefühlsmäßig von dem leider völlig unberührt gebliebenen alten Offizierkorps erstrebte Selbstverständlichkeit, die „selbstverständliche, allein mögliche Form der Umstellung“.

Es ist ganz klar, daß das in der Reichswehr in kurzer Zeit wieder autonom gewordene Offizierkorps versuchte, möglichst vielen seiner Stan-

desgenossen und möglichst den Duzfreunden der höheren Chargen ein Unterkommen zu verschaffen, und deshalb den Heeresetat verbog, daß sich die Balken bogen. Es ist ganz klar, daß sie die „Gefahr“ des französischen „sortü du rang“, des aus dem Mannschaftsstand heraufgedienten Offiziers, den Aufbau eines demokratischen oder gar — wie in Oesterreich sozialistischen Heeres verhindern mußten — aus Gründen des „Standes“ und der Tradition. Deshalb das krampfhaft Anklammern an jede Kontur des Alten.

Aber um der Revanche willen? So einfältig ist das politisch furchtbar engstirnige deutsche Offizierkorps nun denn doch nicht, als daß es die völlige Unmöglichkeit eines zweiten Waffenganges mit Frankreich und England noch in dieser Generation nicht zu sehen vermöchte!

Die gewichtigsten Argumente gegen das Morgan-Repington-Fochsche Revanchedespenst sieht die Denkschrift der „Liga für Menschenrechte“ in der Mannschaffts- und in der Bewaffnungsfrage.

Offiziere, Unteroffiziere und Chargen aus der Reichswehr und der Polizei gebe es wohl genug für die sog. „nation armée“, das Volk in Waffen — aber keine durchgebildeten, gefechtsstüchtigen Soldaten, keine Munition und kein Material. Und nun durchleuchtet General v. Schön aich an der Hand erdrückender Beweisstücke die „schwarze Reichswehr“ nach allen Regeln der Kunst. Kein irgendwie an die Öffentlichkeit gelangter Fall von illegalen Einziehungen wird der Reichsregierung geschenkt und der Mißbrauch der sog. „Ausbildungsbataillone“, die vielfach ihren Standort am Sitz der Universitäten und technischen Hochschulen hätten oder auf Truppenübungsplätzen, die besonders zur Verschleierung illegaler Einstellungen geeignet seien, festgenagelt. Die „schwarze Reichswehr“ sei eine innenpolitisch höchst gefährliche Organisation gewesen, die sich zufolge der „Stahlhelminterminologie“ gegliedert habe in den „Jungsturm“ als Vorbereitungs-Reservoir der schwarzen Reichswehr, in die zu Uebungen augenblicklich herangezogenen Mannschaften und Offiziere, und drittens in den „Landsturm“ als Sammelbecken der altgedienten, zu mehreren Uebungen bereits eingezogenen Freiwilligen, welche die Denkschrift auf allerhöchstens 400 000 Mann schätzt.

Der Ausbildungsgrad dieser „Truppe“ aber sei minimal. Manche Kurse hätten nur vier bis sechs Wochen gedauert, überall habe es am Ausbildungsmaterial gefehlt. Die „Deutschen Tage“, die als „Probemobilmachungen“, und die „Regimentsfeiern“, die als „Kontrollversammlungen“ gedacht seien, würden immer schlechter besucht und mißlingen immer mehr. „Es ist ausgeschlossen, mit diesen Verbänden die Kaders des ‚Schatten‘ mit Mannschaften zu füllen. — Der militärische Wert der zum allergrößten Teil aus den jüngsten Jahresklassen bestehenden Truppen wäre gleich Null. — So kommen wir in der Frage der Mannschaften für den ‚Schatten‘ zu einer bedingten Verneinung.“

So bedeutungslos diese sog. „schwarze Reichswehr“ für die große Feldschlacht im Westen von jedem vernünftigen Militär angesehen werden muß, so bedeutungsvoll ist sie für den „inneren Feind“. Die Ansätze von Bürgerkrieg, die immer noch unsichtbar über Deutschland lasten, erfahren durch das Vorhandensein dieser illegal ausgebildeten Truppe eine nicht unwesentliche Verschärfung.

Ebenso entschieden wie die Möglichkeit, eine für große europäische Konflikte verwendungsfähige Armee im „Schatten“ der Reichswehr durch

Masseneinstellungen zu verwirklichen, leugnet die Denkschrift die Durchführbarkeit deutscher Rüstungen für dieses imaginäre Heer.

„Dem Massenheer, das dem ‚Schatten‘ entsprechen würde, fehlen 80 bis 90 Prozent der erforderlichen Infanteriegewehre und Karabiner. Es fehlen nahezu sämtliche erforderlichen leichten und schweren Maschinengewehre, Minen- und Flammenwerfer. Es fehlen heute alle Aufklärungs-, Jagd- und Bombengeschwader, sämtliche Tanks, sämtliche Mörser und schwere Haubitzen, schwere Flach- und Fernfeuergeschütze, sämtliche Gase und jede erforderliche Munition.

Außerdem ist es eine altbekannte Tatsache, daß auch die Qualitätsleistungen der modernen Kriegsindustrie, die Konstruktion von „automatischen Gewehren“, von Maschinenpistolen, von Artilleriebeobachtungs- und Fliegergerät entscheidend für einen großen Waffengang sind, einer Industrie, die sich in Deutschland gar nicht zu entwickeln vermag.

Bleibt der „chemische Krieg“. Auch hier schreibt die Denkschrift: „Morgans Behauptungen über die Möglichkeit schneller Produktion von Giftgasen, von Kampfmitteln für den bakteriologischen und chemischen Krieg, scheinen uns übertrieben.“

Es fehlt also alles, was der moderne Krieg erfordert — und die „schwarze Reichswehr“ bleibt nach innen eine frivole Herausforderung, nach außen aber eine wahnwitzige Farce.

Das Schwergewicht der Kriegführung hat sich über die Technik des friderizianischen Infanterieangriffs, über die Kavallerieattacken von Gravelotte und das Sperrfeuer der modernen Artillerie und der „Maschinengewehrzone“ an der Aisne und an der Somme in das gigantische Schlachtfeld des chemischen und aeronautischen Vernichtungskrieges der Zukunft verschoben, in dem die Zerschmetterung ganzer Großstädte und Industrieviere durch Fernfeuer und aus der Luft die Entscheidung bringt und nicht die kindliche Knüppelgarde der „schwarzen Reichswehr“.

Selbst lokale kriegerische Verwicklungen im Osten um „Oberschlesien“ und den „polnischen Korridor“ werden nicht die Zeiten feuchtfröhlichen Landsknechtstums wieder zum Leben bringen, seitdem die Verflechtung politischer und ökonomischer Interessen im Zeichen der „Sicherheitspakete“ und des „Völkerbundes“ die Explosion der fürchterlichen modernen Kriegsmaschine an jedem Punkt des Gefahrennetzes zur Folge hat, das über Europa gespannt ist.

Der „Schatten“ Morgans, Repingtons und Fochs wird angesichts der Wetterwand solcher Katastrophen in ein Nichts zusammensinken, wenn eine Politik der europäischen Vernunft durch die gütliche Abänderung unsinnig gewordener Verträge der Demokratie in Deutschland ans Ruder hilft. Ein vernünftiges Wort über Danzig, über den „Korridor“, über Oberschlesien, über die Heimkehr Deutsch-Oesterreichs ins Reich — und den Militärs beider Couleur, ihren Kadern und Schatten ist das Konzept verdorben für alle Zeit!

# Frankreich in Marokko

Von *Hanns-Erich Kaminski*

Paris, 16. Mai 1925.

Der Feldzug, den Frankreich in diesem Augenblick in Marokko führt, ist von einem kaum durchdringlichen Schleier des Geheimnisses umwoben. Die Militärzensur über die sich auf dem Kriegsschauplatz befindlichen französischen Berichterstatter ist angeblich freilich wieder aufgehoben, aber man liest kaum mehr als die amtlichen Telegramme, die so kurz und unaufrichtig sind wie immer und überall, wenn die Militärs sich an die Öffentlichkeit wenden. Selbstverständlich ist auch aus der spanischen Presse, die eigentlich immer nur über Frankreich gut unterrichtet ist, nichts zu ersehen. Am ehesten findet man noch in den englischen Zeitungen, die Korrespondenten in Tanger haben, ein paar Aufschlüsse. Aber auch sie sind mit Vorsicht aufzunehmen, denn gewisse englische Kreise haben allen Grund, nicht alles, was sie über Marokko wissen, zu sagen. So ist man fast ausschließlich auf Kombinationen und Rückschlüsse angewiesen, man wird daher gut tun, noch vorsichtiger in seinen Urteilen zu sein, als bei marokkanischen Dingen stets geboten ist.

Den bedeutsamsten Fingerzeig zur Enträtselung der Lage gibt allerdings die banalste aller Tatsachen: der Kampf findet auf französischem Gebiet statt. Der deutsche Leser, dem die Geographie Marokkos nicht gegenwärtig ist, hält das französische Kolonialreich in Nordafrika im allgemeinen für eine Einheit. Tatsächlich zerfällt es jedoch in drei ethnographisch, politisch und verwaltungstechnisch verschiedene Teile: Marokko, Algerien und Tunis. Tunis und das seit 1830 französische Algerien sind Kolonien, die sich vielfach in nichts von Europa unterscheiden, Marokko dagegen ist ein Protektorat, dessen nomineller Souverän, der Sultan, immer noch in Fez seinen Sitz hat. Die europäischen Mächte haben das Land seinerzeit geteilt, und den Norden Spanien, den Süden Frankreich gegeben, während Tanger internationalisiert wurde. Es ist daher nicht weiter erstaunlich, daß die Kabylern, nachdem sie den Norden von ihren „Protektoren“ befreit und die Spanier bis hart an die Küste zurückgedrängt haben, nun ihre Wünsche auf die Hauptstadt ihres Landes, also auf Fez richten. Völkerrechtlich stellt die Offensive der Riffleute daher einen Angriff auf französisches Schutzgebiet dar. Moralisch ist es nur die Fortsetzung ihres Unabhängigkeitskampfes.

Die Lage wird dadurch kompliziert, daß das Reich Abd el Krims nicht nur von keinem Staate anerkannt, sondern auch in seinen Grenzen, seiner Staatsform, seiner Organisation einfach unbekannt ist. Wie es heißt, hat sich Abd el Krim zum Sultan ausrufen lassen, aber die Spanier bezeichnen sich noch immer als die Besitzer des Landes, und die Großmächte ziehen egoistische Intrigen einer Klärung der Sachlage offenbar vor. Sicher ist, daß in diesem gefährlichen Winkel der Welt sich alle Listen des Orients mit allen möglichen diplomatischen Appetiten, militärischen Ehrgeizen und nicht zuletzt imperialistischen Geschäften kreuzen.

Die Spanier sind da oder behaupten wenigstens noch da zu sein, und die Waffen, die sie auf ihren Rückzügen liegen gelassen, die Lösegelder, die sie für ihre Gefangenen bezahlt haben, haben Abd el Krim erst die moderne Ausrüstung seines Heeres ermöglicht. Die Franzosen sind da,



die mindestens eine Zeitlang die Kabylen unterstützt haben, um auch den Norden einstecken zu können. Die Engländer sind da, die Abd el Krim bereits vor einem Jahre 100 000 Pfund gezahlt haben, um sich ein Vorkaufsrecht auf das in seinem Gebiet vorkommende Eisen zu sichern, und die ihm offenbar auch in erster Linie Waffen und Munition besorgen. Die Italiener sind zwar nicht da, aber sie möchten gerne hin. Und schließlich sind da Abenteurer aller Nationen, Russen und Deutsche, die dem Kabylenführer ihre Arme und ihre Ratschläge leihen.

Natürlich sind es nicht Spanien, Frankreich, England, Italien, und ganz gewiß nicht Rußland und Deutschland in der vollen Bedeutung des Wortes, die hier ihre Hand im Spiele haben, es sind das vielmehr nur, einzelne Kreise, die oft gegen die offizielle Haltung ihrer Regierungen hier ihre Fäden spinnen. Die einzigen Regierungen, die mit ehrlichem Wohlwollen den Kampf der Kabylen unterstützen, sind vielleicht diejenigen Ägyptens und der Türkei. Aber auch diese Nachrichten sind nicht exakt. Denn — und dadurch wird das alles noch viel komplizierter — hier ist der Orient mit seinen optischen Verzerrungen, seinen Gerüchten und seinen Phantasien. Da sind die Flieger Abd el Krims, von denen man mir schon in Tetuan erzählte und über die jetzt die französischen Zeitungen berichten, und die eigentlich noch niemand gesehen hat. Da ist seine schwere Artillerie, von der man gleichfalls nur weiß, daß sie angeblich existiert. Da gibt es schließlich sogar, nicht viel authentischer, seine Interviews, in denen er seine Ziele je nach der Nationalität des Berichterstatters formuliert.

Die diplomatische Seite des Problems liegt in europäischen Sphären, aber sie ist darum nicht durchsichtiger. Was will die englische Regierung, deren Außenminister im Dezember 1924 noch mit Herriot eine englisch-französische Kooperation in Nordafrika vereinbart hat? Was will Primo de Rivera, der bisher Anhänger eines gemeinsamen Vorgehens mit Frankreich war, und der plötzlich in Sevilla eine Rede gehalten hat, die in sybillinischer Form das Gegenteil auszudrücken scheint? Was will die französische Regierung, die im Gegensatz zu den Ratschlägen der Rechtspresse nur das französische Gebiet zu verteidigen erklärt, und die gleichzeitig Herrn Malvy nach Madrid geschickt hat? Was wollen vor allem die Kabylen, die, mögen sie nun kriegführender Staat oder Rebellen sein, doch der Welt ihre Ziele einmal darlegen müßten?

Aber vielleicht genügt es zu wissen, was unzweifelhaft die ganze zivilisierte Menschheit will: daß es nämlich Zeit ist, einen friedlichen Abschluß herbeizuführen; daß Kolonialkriege genau so verwerflich sind wie andere, von denen sie sich übrigens kaum noch unterscheiden; und daß Menschenblut ein kostbarer Saft ist, der nicht vergeudet werden darf, ob dieses Blut unter weißer oder brauner Haut fließt. In Marokko ist Krieg. Es gibt wieder Schützengräben und Artillerievorbereitungen, und die Verluste des Gegners sind allemal sehr groß. Das genügt uns vollkommen. Wir haben mehr als genug davon.

Wenn Deutschland, das glücklicherweise gänzlich unbeteiligt ist, endlich im Völkerbund wäre, könnte es sagen, was nötig ist. So muß sich die Publizistik zum — leider weniger autoritativen — Sprachrohr des öffentlichen Gewissens machen. Abd el Krim ist de facto der Herr Nord-Marokkos. Mag der Völkerbund einmal von dieser Tatsache Kenntnis nehmen, auch wenn es Herrn Qinones de Leon unangenehm ist. Man

lade die beteiligten Staaten nach Genf, man lade vor allem die Vertreter der Kabylen ein und lasse sie vor dem Forum der Nationen ihre Wünsche vortragen. Man lasse sie alle in voller Öffentlichkeit sprechen, dann wird ein großer Teil des Dunkels, das über diesem Kriege liegt, bald weichen. Die Welt hat ein Gewissen. Man muß nur daran appellieren.

## Der Brotwucher marschiert

Von Paul Ufermann

Nun sind wir glücklich da angelangt, wo sich die Geister scheiden, wo die Kunst der Kompromisse versagen wird. Es geht wieder um die Einführung von Schutzzöllen. Die politischen Schlachten sind geschlagen, weshalb es keinen Zweck mehr hat, die Schutzzollvorlagen im Akten-schrank liegen zu lassen. In treuer Brüderschaft, unter Aufwendung gewaltiger Geldmittel, hat die Großbourgeoisie mit dem Junkertum bei den Wahlen gemeinsame Sache gemacht, nun soll dieses Bündnis im praktischen Tageskampfe verlängert und genutzt werden. Man will sich wieder, wie einst, gegenseitig helfen, dem Volke das Fell über die Ohren zu ziehen. Es wird einen frisch-fröhlichen Kampf geben, wobei es sich erweisen dürfte, ob die republikanische Front diese Belastungsprobe zu überstehen vermag. Wir sind nicht so optimistisch, diese Frage zu bejahen. Stand doch das Zentrum, schon mit Rücksicht auf seinen agrarischen Anhang, in den Zeiten der scharfen Zollkämpfe nur allzu bewilligungseifrig auf der Seite der Schutzzöllner. Es wird sich hieran wenig geändert haben, trotz der gemeinsamen Kampffront, wie sie in den letzten Monaten und Jahren zu verzeichnen war. Es wird gut sein, sich hier in keinen Illusionen zu wiegen.

Die Zollvorlage<sup>\*)</sup>, die die Regierung dem Reichstag in diesen Tagen vorgelegt hat, sieht sowohl Agrarzölle als auch Industriezölle vor. Für heute wollen wir uns mit den Agrarzöllen und ihren Wirkungen beschäftigen. Für landwirtschaftliche Produkte sollen nach der Vorlage die Zollsätze im einzelnen betragen bis zum 31. Juli 1926 (für den dz):

Roggen . . . . .	3,— M.
Weizen und Spelz . . . .	3,50 „
Gerste . . . . .	2,— „
Hafer . . . . .	3,— „

Ab 1. August 1926 (für den dz):

Roggen . . . . .	5,— M.
Weizen und Spelz . . . .	5,50 „
Gerste . . . . .	2,30 „
Hafer . . . . .	5,— „

Um noch einige wichtige Lebensmittel zu nennen, so sollen die Zollsätze hinfort betragen (pro dz):

	Vorgeschlagener Zollsatz	Jetzt geltender Zollsatz
Apfelsinen . . . . .	12,— M.	3,25 M.
Zitronen . . . . .	12,— „	— „
Rindvieh . . . . .	18,— „	8,— „

<sup>\*)</sup> Ausgezeichnetes Material über die jetzt zur Verhandlung stehenden Zölle ist zu finden in dem Buch des Genossen Saturnus „Zölle und Produktionskraft“ (Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena).

	Vorgeschlagener Zollsatz	Jetzt geltender Zollsatz
Schafe . . . . .	18,— M.	8,— M.
Schweine . . . . .	18,— „	9,— „
Gefrierfleisch . . . . .	45,— „	35,— „
Mehl . . . . .	18,75 „	10,20 „
Teigwaren . . . . .	40,— „	25,— „
Margarine . . . . .	30,— „	20,— „
Arzneiwaren . . . . .	300,— „	80,— „

Nun vergegenwärtige man sich die Auswirkung solcher Zollsätze auf die Lebenshaltung der großen Masse. Hierbei muß man immer davon ausgehen, daß das deutsche Volk noch nicht den Lebensstand der Vorkriegszeit erreicht hat. Der Reallohn gestaltete sich nach den Ziffern des Statistischen Reichsamts in den letzten Monaten folgendermaßen: Der Durchschnittslohn betrug pro Woche:

	Für gelernte Arbeiter	Für ungelernete Arbeiter
Oktober 1924 . . . . .	36,48 M.	27,48 M.
Januar 1925 . . . . .	38,10 „	27,73 „
Februar 1925 . . . . .	38,45 „	29,01 „
März 1925 . . . . .	39,79 „	29,98 „

Dank der gewerkschaftlichen Aktivität konnte der Lohn, wie die Statistik beweist, etwas erhöht werden. Will aber jemand behaupten, daß ein Lohn für gelernte Arbeiter, der eine Höhe von 39,79 M. aufzuweisen hat, überhaupt zum Leben ausreichend ist? Oder hat jemand die Kühnheit, zu sagen, daß eine so entlohnte Arbeiterschaft die durch die erhöhten Zölle mit automatischer Sicherheit zu erwartenden neuen Preiserhöhungen zu tragen vermöchte? Die Situation ist überhaupt ganz eigentümlich. Die Unternehmerpresse führt gegenwärtig einen Feldzug gegen jede Lohnerhöhung, wobei mit der Beweisführung gearbeitet wird, daß selbst eine Lohnerhöhung von 10 Prozent die Währung gefährden müsse. Viel wichtiger als alle Lohnerhöhungen, so argumentieren sie, seien Preisermäßigungen, die den Reallohn von sich aus zu heben in der Lage seien. Dadurch würde auch die Währung weiter gefestigt werden. Wie nun diese Generalteuerung, welche der Einführung der Zollsätze folgt, mit den Zielen und Zwecken solcher industriellen Lohnpolitik in Verbindung gebracht werden soll, ist unbegreiflich.

Die ganze Zolltarifvorlage ist weiter nichts als ein Riesengeschenk an die Großindustrie und das Agrariertum. Die Großindustrie erhielt ihre Ruhmillionen, und die Agrarier drängten auf die Einführung von Schutzzöllen. Um letztere zu beruhigen und um nicht vor den Wahlen mit einer Zollvorlage herauskommen zu müssen, erhielten sie bereits auf andern Wegen Unterstützung. Dies geschah vor allem durch die Ueberleitung der Rentenbank in die Hände der Agrarier, wodurch ihnen Millionenbeträge zugeschanzt wurden. Doch nicht genug damit, es würden auch sonst noch billige Kreditquellen geöffnet, der Bezug von künstlichem Dünger wurde behördlicherseits gefördert und verbilligt usw. Auch in der Steuerbezahlung konnten sich die Herren von Ar und Halm der weitgehendsten Schonung seitens der Regierung erfreuen. Dies alles genügte noch nicht. Die nie bescheidenen Junker wollten nicht das eine oder das andere, sondern beides zugleich. Nun, da die Rechtsregierung

fester denn je im Sattel sitzt, kann sie es ruhig wagen, den Wünschen der Junker und der Großindustrie nachzukommen. Wie gründlich sie dies zu tun entschlossen ist, zeigt die Zollvorlage. Hierbei muß noch in Betracht gezogen werden, daß die Agrarzölle Mindestzölle darstellen, das heißt bei eventuellen Handelsvertragsverhandlungen nicht weiter herabgesetzt werden können, während die vorgeschlagenen Industriezölle keine unverrückbaren Mindestsätze aufweisen, was besagt, daß hier Abänderungen auch nach unten möglich sind.

Die deutsche Landwirtschaft ist noch nicht in der Lage, die deutsche Bevölkerung aus eigener Kraft zu ernähren. Die Intensivierung hat erheblich nachgelassen, der Durchschnittsertrag geht eher zurück und hat die Vorkriegshöhe noch nicht erreicht. Die Landwirte behaupten, und Graf Kanitz betonte dies besonders in seiner Begründung, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage sei, mit den überseeischen Agrargebieten zu konkurrieren. Der Bodenertrag und die Anbaufläche könnten nur gesteigert werden, wenn die Landwirtschaft für ihre Produkte angemessene Preise erhalte. Wie es mit der Vermehrung der Anbaufläche durch Erhöhung der Preise bestellt ist, dafür haben wir in der Vergangenheit genügend Erfahrungen gesammelt. In der Zeit von 1879 bis zum Jahre 1913 ist die Anbaufläche nicht gestiegen, sondern zurückgegangen. Die Intensivierung der Landwirtschaft wird ebenfalls nicht gefördert, wenn die Preise für landwirtschaftliche Produkte so hoch sind, daß sie keinen Anreiz mehr für eine solche bieten.

In ihrem letzten Grunde läuft die ganze Aktion darauf hinaus, den Junkern und den Schwerindustriellen ein Riesengeschenk für immer zu machen. Die Reichskasse wird nur geringe Einnahmen durch die erhobenen Zollsätze zu verzeichnen haben. Der wesentlichste Teil der erhöhten Preise fließt in die Taschen der Agrarier. Der entschiedene Kämpfer für den Freihandel, Professor Lujo Brentano, hat für die Vorkriegszeit in seiner Denkschrift „Die deutschen Getreidezölle“ folgende Feststellung gemacht: Das deutsche Volk hatte für die vier Getreidesorten. (Roggen, Weizen, Hafer und Gerste) an Zollaufschlägen bezahlt:

1907: 1032 Mill. M.; 1908: 1038 Mill. M.; 1909: 998 Mill. M.

Davon flossen in die Reichskasse:

1907: 131 Mill. M.; 1908: 137 Mill. M.; 1909: 109 Mill. M.

In die Taschen der Agrarier:

1907: 901 Mill. M.; 1908: 901 Mill. M.; 1909: 879 Mill. M.

So soll es auch in der Zukunft wieder werden. Nur daß das deutsche Volk heute wesentlich stärker belastet ist als vor dem Kriege. Man betrachte z. B. die Riesensummen, die das arbeitende Deutschland im Steuerjahre 1924/25 an Lohnsteuer, Umsatzsteuer und anderen indirekten Steuern aufgebracht hat; ballt sich einem nicht die Faust, wenn zu alledem noch die gewaltigen Lasten hoher Schutzzölle treten sollen? Aber immerhin wird die ganze Aktion der Luther-Regierung das eine Gute haben: sie wird die Arbeiterklasse wieder zu einem Block zusammenschweißen, sie wird auch den Dummsten die Augen öffnen. Sie wird vor allem der Arbeiterklasse zeigen, daß die Zeiten vorbei sind, wo wichtige Errungenschaften wie reife Früchte vom

Baume fielen. Jetzt muß wieder um jeden kleinen Fortschritt gerungen und gekämpft werden, und dieser Kampf wird die Muskeln wieder stärken, damit sie dereinst zu größeren Auseinandersetzungen mit der besitzenden Klasse zu gebrauchen sind. Vielleicht muß dabei auch manche Illusion bezüglich der Waffenbrüderschaft mit andern Parteien zu Grabe getragen werden.

## Heimarbeit

Von Robert Breuer

Diese Ausstellung war am falschen Ort aufgebaut. Die, denen sie mit besonderem Ernst, mit besonderer Heftigkeit hätte nahegebracht werden sollen, haben sie wohl kaum zu sehen bekommen. Das wäre die Fanfare gewesen, die hier dringend nottut: wenn man zwischen dem Hotel Adlon und der weltberühmten Firma Braun, Unter den Linden, dem Paradies der Dame, die Kästen aufgestellt hätte, in denen nebeneinander zu sehen gewesen wären: die letzten Moden seidener Wäsche und die Stuben und Kammern, in denen die Heimarbeiterinnen bei Not und Krankheit diese Kunstwerke der Nadel, diese Träume der Liebesdichter seufzend, hungernd und hoffentlich auch fluchend nähén und dafür einen Lohn bekommen, der sie gerade noch vor dem Verhugern schützt. Wir weben hinein den dreifachen Fluch... Das wäre die Fanfare gewesen: wenn die eleganten Frauen diesen Fluch im Nessusgewand gespürt hätten, diesen Fluch der Heimarbeiterinnen, der sich unter Tränen und hintropfender letzter Lebenskraft in das zärtliche Gewand hinein gefressen hat.

Wirksam wäre es auch gewesen, wenn neben den großen Spielwarengeschäften, wo für die Kinder, die vor englischer Krankheit, vor Skrofeln und Tuberkulose vom Tage der Empfängnis an gefeit sind, die lustigen Kameraden behüteter Jugend gekauft werden, ausgestellt gewesen wäre: wie in den Hungerdörfern der Spielwarenindustrie Lebewesen, die von der Statistik auch Kinder genannt werden, bei Kartoffelbrühe und Rübenbrei tagaus, tagein und auch dann noch, wenn längst die Nacht kam, an den bunten Freudenbringern sich die kleinen Finger, die kaum mit Fleisch umhüllten Fingerknöchelchen, verkrümmen und zerstechen.

Und auch rechts und links der Restaurants für feine Leute, der Bars gegen Langeweile, der Salons und Dielen, wo bei seltenen Speisen und geheimnisvollen Getränken die Pausen in der heiteren Buntheit des Lebens der Reichen verbracht werden, auch dort, rechts und links, hätte die Heimarbeit ihre Parade des Todes, der Verwesung bei lebendigem Leibe, des Sterbens, das vom gewissenlosen Kapitalismus über Jahre und Jahrzehnte hinausgezerrt wird, diese Parade der Unterernährung, der Schlaflosigkeit und des Vegetierens von Skeletten vorführen sollen.

Nach den Moabiter Hallen, wo die Heimarbeitsausstellung zu sehen war, sind gewiß nur wenige von denen gekommen, denen das Ergebnis der Vorführung und noch viel mehr der Zustand, der solch Ergebnis extrahieren läßt, eine Anklage, eine Mahnung und die drohende Faust

aus der Tiefe, der Griff nach dem bewußt ausbeuterischen oder dem naiv genießenden Leben sein sollte.

Was ist der Mensch doch für ein geduldsames Tier. Und wie verführt das Bedürfnis, atmen zu wollen, um den Rhythmus des Blutes nicht aufhören zu lassen, zur Sklaverei und zur Prostitution. Nur leben, nur leben . . . und sei es auch in Ketten, sei es auch schlechter als die Hunde der Besitzenden. Das ist das letzte Geheimnis der Heimarbeit. Sie wäre nicht unterzubringen und würde nicht geleistet werden, wenn der Lebenstrieb nicht immer noch stärker wäre als der Druck des würgenden Kapitals. Noch einen Pfennig weniger und noch einen Pfennig weniger und noch zwei Stunden Mehrarbeit und immer nur so viel an Gewinn, wie dringend erforderlich ist, um — eben leben zu können, um am Leben zu bleiben. Was aber ist von einer Wirtschaft, was von einem System zu halten, aufgebaut auf solcher niedrigsten Form, niedrigsten Triebes. Das ist wahrhaft die infamste Ausbeutung und mehr als Sklaverei: diese Spekulation auf den Lebenswillen von Krepierenden. Der Mann, der einmal gesagt hat: Ich hasse die Proletarier, darum kämpfe ich für sie, damit sie sich selbst überwinden und hochsteigen, er müßte das Gewissen einer angeblich kultivierten Wirtschaft sein. Diese Heimarbeiter in ihrer primitiven Animalität, sie müssen von uns allen gehaßt werden, gehaßt wegen ihrer Bedürfnislosigkeit, wegen ihrer Ohnmacht, gehaßt, um überwunden, um menschenwürdig zu werden. Man weiß, daß die Reichen ängstlich werden, wenn sie hören, daß aus den Höhlen der Armut die Miasmen, die Gifte der Ansteckung hochsteigen. Es kommen unzählige Produkte des täglichen Lebens, Gegenstände aller Art, Gegenstände für die verwöhnteste Lebensführung aus den stinkenden Abgründen der Heimarbeit. Da könnten schon mancherlei Gefahren hineinspazieren in die Häuser derer, die nicht gern und noch weniger gern früh sterben. Das hat denn wohl auch zu dieser und jener Verordnung gegen die Heimarbeit und zu dieser und jener Regulierung geführt. Was aber blieb, reicht noch vollkommen aus, um zu beweisen, wieviel noch getan werden muß, um zu widerlegen, daß auch die Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts, genau so wie die Roms, auf einem Unterbau mißbrauchter Sklaven ruht. Noch ruht — wenngleich die Erdstöße von unten her deutlich zu spüren sind.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat zu dieser Heimarbeit ausstellung eine ausgezeichnete Monographie der Heimarbeit in der Holzindustrie herausgegeben. Diese Veröffentlichung ist besonders sinnfällig durch die vielen Bilder, die sie enthält. Der Typ dieser Bilder, die die Arbeitsräume, die Heimarbeiter bei der Arbeit in ihren dürftigen, luftleeren, überfüllten Stuben zeigen, ist immer der gleiche. Es wechseln nur die Unterschriften, die in ihrer Vielfältigkeit beweisen, wie abwechslungsreich in dieser vollkommensten aller Welten auch das Elend ist. Hier sind einige dieser Unterschriften: Zwei Familien sitzen beieinander und ziehen Bürsten ein. Der Großvater ist 80 Jahre alt. Bis in die Nacht hinein muß er arbeiten. Der Enkel von 5 Jahren reicht ihm die Borsten hin . . . Mutter und Kinder ziehen Bürsten ein. Das eine kleine Mädchen reicht der Mutter die Bündel. Der Vater ist im Kriege gefallen . . . Die Wohnung besteht aus Schlaf- und Wohnstube. Die Wohnstube ist zugleich Arbeitsraum. Drei Familien mit zusammen 16 Köpfen leben in diesen Räumen, mit Bürsteneinziehen beschäftigt . . . Bälgmacher. Großmutter von 71 Jahren und Mutter von

42 Jahren arbeiten gemeinschaftlich. Arbeitszeit 11 bis 13 Stunden. Wochenverdienst 13 bis 14 Mark. Die ganze Familie besteht aus 6 Köpfen, die 3 Betten zur Verfügung haben. Zwei Kinder verdienen zusammen 11 bis 13 Mark die Woche . . . Witwe mit 7 Kindern im Alter von 2 bis 22 Jahren. Die Wohnung besteht aus zwei Räumen mit zusammen 44 qm Bodenfläche. Die Zimmerhöhe beträgt 3 Meter. Die Fußbodenbretter sind stellenweise durchgetreten, im Schlafraum sind die Fensterrahmen verfault und ein Fenster ist mit Brettern vernagelt. Nur drei Betten und ein Kinderwagen. Arbeitszeit 12 bis 15 Stunden. Die sechsjährige Tochter täglich 4 bis 6 Stunden. Der Wochenverdienst der gesamten Familie 20 Mark."

Auch der Metallarbeiterverband hat eine sehr lehrreiche Schrift über die Heimarbeit in der Eisen- und Metallindustrie zur Erläuterung der Heimarbeitsausstellung herausgegeben. Das Ergebnis dieses Berichtes gleicht dem des Berichtes der Holzarbeiter in jeder Weise. Furchtbar, zermürbend und mordend ist die Monotonie dieser Sklavenarbeit. In Nürnberg müssen Frauen und Kinder aus sieben oder vierzehn Teilen Blechschiffe zusammenzapfen; sie erhalten dafür pro Stunde 10 Pfennig. Männer und Kinder setzen Kinderuhren zusammen, aus elf Teilen; sie erhalten 10 bis 12 Pfennig für die Stunde. In Iserlohn werden etwa 200 Personen jeden Alters mit dem Aufkapseln von Sicherheitsnadeln beschäftigt. Weitere 100 Personen besorgen das Aufschnüren der Nähmaschinen zur Weiterverarbeitung, und mit dem Verpacken von Haarnadeln sind etwa 150 Familien beschäftigt . . . Die Kinder zählen ab, die Erwachsenen packen ein. Nur auf diese Weise ist ein Verdienst von 16 bis 22 Pfennigen in der Stunde zu erzielen. In Ichershausen wird für das Aufreihen von Maschinennadeln pro tausend  $2\frac{1}{2}$  bis 5 Pfennig gezahlt. Der Familienvater einer achtköpfigen Familie, der 15 Mark Monatsrente erhält, arbeitet mit Frau und vier Kindern im Alter von 5 bis 14 Jahren, sie reihen Nadeln aneinander, oft bis 10 und 12 Uhr nachts. Durch diese gemeinsame Arbeit wird ein Verdienst von  $3\frac{1}{2}$  bis 4 Mark in der Woche erreicht . . . In Schwabach werden Nadeln für Sprechmaschinen verpackt. Das Ausschuchen bedarf besonders qualifizierter Heimarbeiter; die geraden Nadeln müssen von etwa vorhandenen krummen und die kürzeren von den längeren gesondert werden. Der Verdienst richtet sich nach der Geschicklichkeit, übersteigt jedoch in keinem Fall 30 Pfennig in der Stunde.

Wie muß das Gehirn, wie muß die Seele (im Zeichen Hindenburgs spricht man ja wieder viel von Seele) dieser Heimarbeiter und deren Kinder aussehen? Glaubt irgendwer, daß diese Defekte, diese blutleeren Stellen nicht von Einfluß auf den Gesamtorganismus der deutschen Wirtschaft sein müssen? Gewiß, es waltet auch hier die Relativität etwa so: als wir beim letzten Kongreß der Internationale einige spanische Genossen durch die Hamburger Slums führten, blieben sie unberührt und wurden schließlich verdrießlich. Wozu wir ihnen das eigentlich zeigten, fragten sie. Um ihnen deutsches Wohnungselend zu demonstrieren. Das begriffen sie nicht; hier gäbe es überall ein festes Dach, fast jedes Zimmer hätte ein Fenster, man kenne sogar Wasserleitung, diese Hamburger Slums wären für das spanische Proletariat beinahe Paläste; dort wohnten die Arbeiter oft in Tonnen und Kisten oder unterm freien Himmel. Es gibt Relativitäten; aber Deutschland beansprucht die soziale Reform zu führen, beansprucht, ein mo-

dernes Kulturvolk zu sein. Die Zustände in der deutschen Heimarbeit geben auch heute für solche Selbsteinschätzung einen höchst bedenklichen Maßstab.

Noch ein anderer Hinweis bricht ein wenig die Brutalität dieser Heimarbeit. Das deutsche Proletariat ist Konsument von vielen Dingen, die sicherlich zu gleich schlimmen, vielleicht noch schlimmeren Arbeitsbedingungen erzeugt werden. Wie mag es um die Arbeitsbedingungen und um die Lebenshaltung der Eingeborenen, der Farbigen bestellt sein, die Zitronen, Apfelsinen und Bananen betreuen, pflücken und verfrachten. Solch Hinweis ist wie ein Blick in die unterste der Höllen: die Bedürfnisse des deutschen Proletariats notdürftig gestillt durch die Ausbeutung von noch hilfloseren Klassengenossen. Und dicht neben dieser Betrachtung schwelt eine noch üblere: wenn der Berliner Proletarier Spielzeug, Christbaumschmuck, aber auch wenn er den Arbeitsanzug oder den Sonntagsrock kaufen will, muß er notwendig auf niedrigsten Preis achten, zwingt er den Verkäufer, den Zwischenhändler, den Fabrikanten, den Zwischenmeister auf niedrigsten Lohn der Heimarbeiter zu spekulieren. So treibt ein Keil des Elends den andern im kapitalistischen Staat. Wenn am letzten Himmelfahrtstag auf dem Fabrikauto die Arbeiter ihren Ausflug machten und dabei um den harten Kastenwagen ein weiches Spiel von farbigen Papiergirlanden sich regen ließen, so waren diese Proletarier nicht nur von Buntheit umschwebt, sondern auch von den Seufzern der Unglückseligen, die für die Herstellung dieser Papiergirlanden in Heimarbeit nur wenige Pfennige Stundenlohn bekommen haben. Das ist die Unentrinnbarkeit, mit der der Kapitalismus das Proletariat fesselt, daß es der Konsument seiner eigenen Elendsproduktion, daß es der Elendsproduzent der Wohllebenskonsumtion der Besitzenden ist. Für das Kapital spielt der Pfennig im Milliardenbudget der Produktion und des Umsatzes eine gewaltige Rolle, nicht nur der Pfennig, der am Kilo des Rohmaterials gespart werden kann, auch der Pfennig, der sich am Lohn erübrigen läßt, und der erst recht, denn der Lebenswille des Lohnempfängers ist biegsamer und folgsamer, als der Kapitalistenwille des Materialverkäufers. Von solcher Verehrung des Pfennigs ist aber sehr wenig zu merken, wenn es sich um die Lebenshaltung des Kapitalismus und seiner Kapitäne handelt. Diese Dissonanz, solche Unvereinbarkeit ist die Todeswunde des Kapitalismus, ist das kraftgeladene Sprungbrett für das Proletariat.

## Deutsche und tschechische Sozialdemokraten

*Von Josef Hofbauer (Teplitz-Schönau)*

Heinrich Geißler meinte in seiner Skizze „Südosteuropa“ im Heft 5 der „Glocke“, daß sich auch in der Tschechoslowakei deutliche Ansätze zu einer Umgruppierung der nationalen Gegensätze in soziale zeigen. „Das Proletariat regt sich“, so sagte er, „als Einheit. Finden sich erst die tschechische und deutsche Sozialdemokratie zueinander, wozu ja alle Hoffnung vorhanden ist, so ist auch der Weg der Einigung für die andern sozialdemokratischen Parteien gegeben.“

Wäre Geißlers Voraussetzung richtig, daß alle Hoffnung zu einem baldigen Zueinanderfinden der tschechischen und der deutschen Sozial-



demokraten in der Tschechoslowakei vorhanden ist, dann wäre tatsächlich die Einigung der sozialdemokratischen Parteien aller Nationen dieses neuen Nationalitätenstaates auf dem Marsche. Aber diese Hoffnung ist in den Herzen der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei in den letzten Jahren zwar nicht ganz erloschen, aber doch sehr schwach geworden. Nichts, gar nichts deutet leider auf eine baldige Annäherung der beiden stärksten sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei hin. Mit dieser Voraussetzung fällt aber auch die Folgerung Geißlers, daß sich in naher Zeit alle sozialdemokratischen Parteien dieses Landes einigen werden.

Etwaige Erwartungen sozialistischer Parteien außerhalb der Tschechoslowakei, daß der Zusammenschluß des gesamten sozialdemokratischen Proletariats in diesem Staate nun Wirklichkeit werde — aus der Unkenntnis der ungemein komplizierten nationalen und sozialen Probleme der Tschechoslowakei leicht erklärbare Erwartungen —, müssen richtiggestellt werden, damit nicht die Hoffnung wach werde, das sozialdemokratische Gesamtproletariat der Tschechoslowakei werde bald, in nächster Zukunft schon, als einheitlicher Machtfaktor in die Politik dieses zwar kleinen, aber im europäischen Staatenleben doch sehr bedeutenden Landes eingreifen, etwa gar seine Außenpolitik ändernd mitbestimmen.

Daß die Annäherung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten so schwierig ist, der politische Gegensatz zwischen ihnen so groß, — daran ist nicht etwa verstiegener Nationalismus oder gar Irredentismus der deutschen Sozialdemokraten schuld. Im Gegenteil. Die deutschen Sozialdemokraten führen seit den sechs Jahren des Bestandes des neuen Staates einen sehr heftigen, sehr beharrlichen Kampf gegen den Nationalismus des deutschen Bürgertums. Aber sie müssen — ihre Grundsätze und die soziale Not der deutschen Arbeiter erfordern dies — ebenso kämpfen gegen die imperialistischen Tendenzen des tschechischen Nationalismus.

Der Imperialismus der tschechischen Bourgeoisie wurde wach im Augenblicke der Befreiung des tschechischen Volkes. Hatten die Tschechen ihren Unabhängigkeitskampf geführt mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, so hörte ihre Schwärmerei für dieses Recht der Völker sofort auf, als das Ziel ihrer Befreiungsbestrebungen erreicht war. Die Führung in diesem Kampfe hatte die tschechische Bourgeoisie, eine junge, machtgierige, entwicklungshungrige Bourgeoisie. Daß sie nach dem Siege der nationalen Revolution sich nicht mit einem bloß die Siedlungsgebiete der Tschechen umfassenden Staate begnügen wollte, daß sie ihre Macht weiter ausdehnen wollte, daß aus der gestern noch Unterdrückten über Nacht eine Imperialistin wurde, — wie könnte das der Sozialistin Erstaunen wecken! Jede Bourgeoisie ist, wenn sie dazu die Möglichkeit hat, imperialistisch. — Ueber die Meere nach Kolonialländern greifen konnte der tschechische Imperialismus nicht. Seine einzige Möglichkeit lag in der Angliederung nichttschechischen Siedlungsgebietes an den Tschechenstaat. Das geschah mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht, als die Slowakei von Ungarn losgerissen wurde (aber dabei außer etwas mehr als 2 Millionen Slowaken auch 75 000 Magyaren!), — und mit Berufung auf historische Grenzen, vor

denen das Selbstbestimmungsrecht Halt machen mußte, als es galt, die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen der Tschechoslowakei einzuverleiben. Diese „historischen Grenzen“ der ehemaligen Länder der Wenzelskrone (Böhmen, Mähren) gaben die erwünschte nationale Begründung des tschechischen Imperialismus. Die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen galten als ehemals slawischer, später „eingedeutschter“, „germanisierter“ Boden, die dort wohnenden Deutschen als Einwanderer, als Kolonisten (auch nach den Worten des Präsidenten Masaryk), sie sind also, obwohl gut dreieinhalb Millionen, nur geduckte Gäste. Die ganze Tschechoslowakei ist nach tschechischer Vorstellung „unser“ Land, tschechisches Land, — was wäre selbstverständlicher, als es wieder nach Möglichkeit zu „entdeutschen“!

Hinter dieser „Entdeutung“, hinter dieser nationalen Rückeroberung aber verbirgt sich der tschechische Imperialismus, dessen Träger mehr oder weniger alle Schichten des tschechischen Volkes sind.

Die tschechische Industrie erlangte mit der Einbeziehung der deutschen Siedlungsgebiete ein größeres Wirtschaftsgebiet. Das tschechische Finanzkapital, mächtig gefördert durch den Staat, drang in die deutsche Industrie ein (aus früher deutschen Unternehmungen wurden tschechisch-deutsche), ausschließlich die tschechische Industrie oder die ertschechte machte mit dem Staat Geschäfte, die deutsche war und ist davon fast völlig ausgeschlossen. — Nun, daß die tschechische Bourgeoisie den Staat zu beherrschen sucht, wird auch dem Sozialisten anderer Länder als selbstverständlich erscheinen. Daß aber auch das tschechische Proletariat bis zu einem gewissen Grade von nationalistisch-imperialistischen Gedanken erfaßt ist, wird er zu bezweifeln geneigt sein. Und doch ist es so.

„Entdeutung“, Tschechisierung, — das ist nicht eine Angelegenheit nur des tschechischen und des deutschen Bürgertums. Sie bedeutet für den deutschen Arbeiter und Angestellten die Gefahr, seinen Arbeitsplatz zu verlieren!

Von allen Angestellten und Arbeitern des Staates wird Kenntnis der Staatssprache verlangt. Staatsbeamte, Post- und Bahnbeamte, Eisenbahnarbeiter, — sie alle mußten die tschechische Staatssprache erlernen und sich Prüfungen unterwerfen. Man kann bei solchen Prüfungen durchfallen lassen, wen man will. Wenn man z. B. deutsche Eisenbahnarbeiter um Einzelheiten aus der tschechischen Literatur und Geschichte fragt. Tausende Deutscher haben die Sprachenprüfungen nicht oder nur schlecht bestanden. Sie wurden entweder pensioniert oder schlechter qualifiziert. Den aus sprachlichen Gründen schlechter Qualifizierten droht jetzt, da aus Ersparungsgründen 30 000 Staatsangestellte abgebaut werden sollen, die Entlassung. — Die tschechischen Staatsangestellten sind von dieser Gefahr kaum bedroht! Versteht man nun, warum die tschechischen Arbeiter und Angestellten nichts gegen die Tschechisierung einzuwenden haben, die sich nur gegen ihre deutschen Klassengenossen wendet, und ihnen außerdem national gerechtfertigt erscheint, da es für sie selbstverständlich ist, daß jeder Angestellte „ihres“ Staates die Staatssprache zu beherrschen hat? Das „Pravo Lidu“, das Zentralblatt der tschechischen Sozialdemokraten, fand es erst dieser Tage für ganz gerechtfertigt, daß bei den bevorstehenden großen Angestelltenentlassungen zuerst die sprachlich Minderqualifizierten ausersehen werden!

Verdrängung vom Arbeitsplatze droht aber nicht nur den Angestellten des Staates, sondern auch denen der Privatindustrie. In allen Unternehmungen, in denen tschechische Kapitalisten Einfluß erlangten, steigt die Zahl der tschechischen Beamten und Arbeiter auf Kosten der deutschen. So vor allem im Bergbau, aber auch in der Metall- und Glasindustrie. Bei staatlichen Arbeiten, auch bei solchen im deutschen Siedlungsgebiet, werden nur tschechische Arbeiter verwendet. Tschechisierung, „Entdeutschung“, bedeutet also für den tschechischen Arbeiter bessere und sichere Existenzmöglichkeit. Deshalb hat er gegen die Tschechisierungsbestrebungen nicht nur nichts einzuwenden, sondern er fördert sie auch.

Die nationalen Gegensätze in der Tschechoslowakei sind sozial bedingt, sie sind im Grunde ökonomische Gegensätze. Gewiß gibt es auch innerhalb des tschechischen Volkes starke Klassengegensätze, aber die aus ihnen entspringenden Konflikte wurden bisher noch immer durch Kompromisse beigelegt. Kompromisse solcher Art sind unentbehrlich, will man den künstlichen tschechischen Nationalcharakter des Staates erhalten. Jede Klassengruppierung hätte die Sprengung der den Staat beherrschenden all-tschechischen Koalition, die von der äußersten Rechten bis zur Linken, den Sozialdemokraten, reicht, zur Folge. Vor diesem „Verrat“ an der Nation schrecken die tschechischen Sozialdemokraten zurück. Ja, es kommt ihnen kaum im Ernst der Gedanke, die nationale Einheitsfront mit der sozialistischen zu vertauschen, so sehr sind sie in nationalistischen Anschauungen, der Erbschaft mehr als zehnjährigen engen Bündnisses mit ihrer Bourgeoisie (nicht nur in Regierungskoalitionen, sondern auch in gemeinsamen, alle Parteien umfassenden Organisationen!), befangen.

Es sind dann kaum noch bewußte Opfer der Prinzipien, wenn die tschechischen Sozialdemokraten die Politik der Drosselung des deutschen Schulwesens, die tschechoslowakische Rüstungspolitik und die tschechoslowakische Außenpolitik, die ganz auf Erhaltung der Friedens-„Verträge“ eingestellt ist (kein Anschluß Oesterreichs an Deutschland, keine Korrektur der deutschen Ostgrenzen), bedingungslos mitmachen. Leider bekam diese Politik wieder etwas mehr den Schein der Notwendigkeit durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, in der die gesamte tschechische Presse einen Schritt zum Monarchismus und zum militärischen Vorkriegsdeutschland sah. Und die deutschbürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei gaben dem tschechischen Nationalismus neue Nahrung, bekräftigten seine Argumentation durch ihren trüchtigen, aber aufrichtigen Jubel über Hindenburgs Sieg.

Das Sichfinden der tschechischen und der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei liegt leider, wie die nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit zeigt, noch nicht in sichtbarer Nähe. Es ist wohl das Ziel der Politik der deutschen Sozialdemokraten, aber es wird erst Wahrheit, wenn die Klassengegensätze im tschechischen Volk sich so verschärfen haben werden, daß die Fortsetzung der Politik der allnationalen Koalition für die tschechischen Sozialdemokraten zur blanken Unmöglichkeit wird.

# Die erste Preisgabe Straßburgs<sup>\*)</sup>

Eine Erinnerung zum Sicherheitspakt

Von Senator Dr. Gerth

Zwanzig Tage vor der Wegnahme Straßburgs mitten im Frieden, am 10. September 1681, schrieb der französische Gesandte in Berlin an seinen König: „Endlich gibt es noch ein ausgezeichnetes Mittel, die Minister durch große Geldgeschenke zum Schweigen zu bringen.“ Der französische Botschafter hatte schon seit langem mit solchen Geschenken am Berliner Hof Politik gemacht. Vom Kammerdiener Kornmesser und der Zofe, dem adligen Fräulein Wangenheim, bis hinauf zum Generalfeldmarschall Grumbkow und der Kurfürstin Dorothea und sogar bis zum Kurfürsten selbst war alles empfänglich für das französische Gold. So erhielt Kornmesser, der erste Kammerdiener des Kurfürsten, 2000 Livres, Fräulein v. Wangenheim, Ehrendame und Vertraute der Kurfürstin, 4000 Livres, Generalfeldmarschall und Minister Grumbkow 6000 Livres, des Kurfürsten Sohn aus der Ehe mit Dorothea, Markgraf Philipp, ein Pferd, der Thronfolger und seine Geschwister „verschiedene Geschenke“. Die vier Jahre in Berlin, 1680 bis 1684, kosteten Rébenac, den französischen Gesandten, insgesamt 160 000 Livres für Geschenke. Die Kurfürstin bekam im März 1680 zwei Ohrgehänge und ein Geschmeide in Form einer Rose, mit Diamanten besetzt, Wert 60 000 Taler. Dorothea dankte überschwenglich und versprach, die „vollkommene Freundschaft“ zwischen dem König und ihrem Gemahl für immer zu pflegen. Das waren die Geschenke, die neben den vertragsmäßigen französischen Geldspenden hergingen.

Die Mahnung des französischen Staatsmannes, Geld gerade in jenen kritischen Tagen vor dem geplanten Raub von Straßburg nach Berlin zu senden, war nicht nötig. Bereits am Tage nach dem Abgang dieses Berichtes erhielt die Gesandtschaft ausreichend Geld zu Bestechungszwecken: „Im Hinblick auf den bevorstehenden Ueberfall Straßburgs“, schreibt Fehling\*\*) S. 144, „kamen die eine Zeitlang ins Stocken geratenen französischen Zahlungen in Fluß. 50 000 Livres wurden in Paris ausgezahlt. Die doppelte Summe ging in Wechseln an Rébenac, um sie auf weitere Order dem Kurfürsten womöglich persönlich zu überreichen. 10 000 Taler Gratifikationen für die Minister folgten nach.“

Was man aber einem hohenzollernschen Landesverräter nicht alles als entschuldbar hingehen läßt, sieht man aus den weiteren Bemerkungen Fehlings: „Es berührt sympathisch, wenn Rébenac in diesen Wochen nicht ein Geldgeschenk, sondern ein Geschenk edler spanischer Rosse für den Kurfürsten in Vorschlag brachte, und wenn er ferner bemerkt: „Sehr lieb würden ihm auch Gemälde sein, für welche er eine große Leidenschaft hat, ohne sie, in Ermangelung geschickter Leute, befriedigen zu können.“

Ludwig wußte, wofür er Geld und Geschenke hergab. Und Straßburg wußte, was ihm bevorstand. Am 30. September 1681 Einzug der französischen Truppen. Die freie Reichsstadt hatte aufgehört zu sein.

\*) Aus einer im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, erscheinenden Broschüre „Die unmöglichen Hohenzollern“.

\*\*) Fehling, Frankreich und Brandenburg in den Jahren 1679 bis 1684.

Am 9. Oktober traf die Nachricht in Berlin ein. Der französische Gesandte wagte nicht, den Kurfürsten sofort zu sprechen; erst am 12. oder 13. Oktober wurde er, „etwas ernster als gewöhnlich“, empfangen. Lassen wir über diese Unterredung den Gesandten selbst berichten, so wie er am 15. Oktober über sein erstes Zusammentreffen mit Friedrich Wilhelm nach dem Bekanntwerden vom Raube Straßburgs an seinen König schrieb. „Ich habe“, so heißt es in der Uebersetzung bei Fehling S. 149, „Ew. Majestät mit voriger Post über den ersten Eindruck berichtet, welchen die Einnahme Straßburgs hier hervorgerufen hatte, sowie über die Dispositionen der Minister in dieser Angelegenheit. Seitdem bin ich in Potsdam gewesen. Ich erkundigte mich, wie der Kurfürst die Sache aufgenommen habe und erhielt die Antwort: mit Ueberraschung und Schmerz. Seine ersten Worte seien gewesen, seine Situation sei unglücklich, der Kaiser sein Feind, Ew. Majestät ohne wirkliche Freundschaft für ihn. Später sprach er nicht mehr davon, erkundigte sich nur mehrmals, ob ich nicht käme. Schließlich fügte er hinzu, ich hütete mich wohl und hätte zu viel Angst vor ihm. Als man mir das hinterbrachte, sah ich, daß seine erste Aufregung vorüber und es an der Zeit sei, mich beim Kurfürsten einzufinden. Er empfing mich etwas ernster als gewöhnlich, unterhielt mich von allem möglichen, nur nicht von Straßburg. Nachdem er mir von einer Jagd und derart gleichgültigen Dingen gesprochen hatte, machte er ein Spiel mit mir und behielt mich den ganzen Tag über bei sich. Am Abend, nachdem er seine Umgebung verabschiedet, ließ er mich in sein Zimmer bitten.“ Dort sprach der Kurfürst anfangs vom Bruch des Westfälischen Friedens, stimmte dann den Gründen zu, die Rébenac vorbrachte, um schließlich „mit so guter und heiterer Laune wie noch nie“ und unter Beteuerungen seiner unauslöschlichen Freundschaft ihn zu entlassen. Auch öffentlich ehrte er Frankreichs Gesandten durch einen Degen mit Diamanten. Als man dem französischen Gesandten drohte, ihn wegen Straßburg mit Steinen zu bewerfen, konnte er triumphierend ausrufen, daß „bereits der Kurfürst ihn mit Steinen beworfen habe. Es seien allerdings sehr wertvolle — Edelsteine. Drei Tage nach der Nachricht vom ‚Raube‘ Straßburgs habe er sie erhalten“. Ludwig zeigte sich nicht undankbar für die unveränderten freundschaftlichen Gefühle. Rébenac bot in den nächsten Jahren für die treuen Dienste der Brandenburger in Ludwigs Auftrag der Kurfürstin eine Garnitur Tische, Spieltische und Spiegel an, 1684 herrliche Toilettesachen in Silber und Gobelins im Werte von mehr als 100 000 Livres. Diese Sendung erlitt bei Hamburg Schiffbruch und wurde aus der Elbe wieder aufgefischt. Die Bewunderung war aber nicht geringer. Madame Rébenac mußte die Kurfürstin im Gebrauch der „unendlich vielen Dinge für die Toilette“ unterweisen; man kannte sie bis dahin noch nicht in Berlin. Der Kurfürst wurde nicht vergessen; im November 1683, zwei Jahre nach Straßburgs Fall, erhielt er 100 000 Livres als außerordentliches Geschenk.

Im ganzen Reich war die Empörung groß, und der Gesandte schloß daraus auf seinem Gang zum Schloß auf einen ungnädigen Empfang bei Friedrich Wilhelm. Aber ganz das Gegenteil trat, wie wir gesehen haben, ein.

Nicht nur zur ungerechtfertigten Eroberung, auch zur dauernden Beibehaltung des widerrechtlichen Raubes trug der Kurfürst bei. Er

riet dem deutschen Kaiser, den Raub Ludwigs nachträglich anzuerkennen und seinen Frieden mit Frankreich zu machen. Er befürwortete einen 30jährigen Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich in der Hoffnung, daß man sich im Deutschen Reich bis dahin, wie es in Brandenburg bereits geschehen war, an den Raub deutscher Städte und deutschen Landes gewöhnt hätte. Wiederholt trat er auch auf den Reichtagen für die französischen Interessen ein.

An einem von nationaler Seite vielgefeierten Tage, am 18. Januar, und zwar im Jahre 1684, kam der letzte dieser schimpflichen Verträge zustande. Trotz des Sieges des deutschen Kaisers am 12. September 1683 über die Türken, und die Befreiung der Hauptstadt Wien von der langen Umklammerung, schloß der brandenburgische Kurfürst nochmals mit Frankreich ab. Im Reich war das Ansehen des Kaisers seit der Niederlage der Türken gestiegen; man hatte jetzt die Arme frei für die Vertreibung Ludwigs von deutschem Gebiet. Da verpflichtete sich der Kurfürst in seinem letzten Vertrag, einen Reichskrieg gegen Frankreich zu verhindern. Dafür wurden die jährlichen Zuschüsse an seine Kasse auf die stattliche Höhe von 500 000 Livres heraufgesetzt und im Kriegsfall sogar auf das Dreifache erhöht. Seinen Verrat ließ sich der Kurfürst stets teurer bezahlen. Erst als Frankreich sein Ziel erreicht hatte, der Raub auf dem linken Rheinufer gesichert war, kam es zum Bruch mit Brandenburg.

## Rheinische Rebellen

Von Arthur Eloesser

Eines Abends, aber es wird wohl eines Morgens gewesen sein, saß ich mit Paul Lindau in einem Café; wir plauderten über Theater, und ich erkundigte mich höflich, wie es im Schauspielhaus ginge, dessen Dramaturg Lindau war. — Wie es geht? Haben Sie noch nicht bemerkt, daß ich die Hosen voll habe? — Nein, Gott sei Dank, das habe ich nicht bemerkt. — Und daß mir der Kopf wackelt?? — Was haben Sie denn verbrochen? — Etwas Fürchterliches, ich habe Hülsen verleitet, in die moderne Literatur zu springen und einen Sudermann zu geben. Ich weiß, daß Sie Sudermann nicht gerade für die modernste Literatur halten. Aber bedenken Sie, was wir bisher gespielt haben. Die Sache ist brenzlich, der Kaiser soll sehr gespannt sein. Wenn es mißglückt, fliegen wir beide, Hülsen und ich. Das heißt, ich auf jeden Fall. — Dem Kaiser gefiel das Stück, das „Strandkinder“ hieß und von Liebe und Haß in blond-germanischen Herzen handelte, über die Maßen, so daß er nach allerhöchster Besichtigung auch seine ganze Familie hineinschickte. Als er einige Wochen später ein Diner für Geheimräte der Wissenschaft gab, fragte er Erich Schmidt, ob er schon den neuen Sudermann gesehen habe, in dem etwas wahrhaft Shakespearisches sei. Unser verehrter Lehrer, in der günstigen Lage, das Stück nicht zu kennen, bemerkte immerhin, daß er trotz aller Schätzung gerade etwas Shakespearisches an Sudermann noch nicht entdeckt habe. Gehen Sie nur rein, sagte der Kaiser, Sie werden es schon finden.

Wenn man an solche Krise denkt, die einen Dramaturgen und gar einen Generalintendanten zittern ließ, so kann man Leopold Jeßner nicht hoch genug preisen, der aus unserer rückständigsten Berliner Bühne unsere aktuellste und unternehmendste gemacht hat. Jeßner ist ein politischer Kopf, er hat aus dem Staatstheater das der Revolution, und als diese abflaute, wenigstens das der Republik zu machen gesucht. Ich weiß nicht, wie weit unser Intendant an die Stücke glaubt, die er auführt; jedenfalls glaubt er, daß er sie aufführen muß, und die Jugend bleibt ihm für solchen Heroismus tief verpflichtet. Was ist von allen seinen Unternehmungen voll Mark und Nachdruck geblieben? Sehen wir von Ernst Barlach ab, der die Gabe der Gestaltung hat, von dem einzigen, in dem trotz Anfällen von dürrer Dialektik eine geheime schöpferische Kraft tätig ist, ein großes Schlachtfeld, bedeckt mit den Leichen seiner jungen Krieger, wie schwer er sie auch gerüstet hatte. Jeßner hat seine Pflicht getan, die Kritik hat ihre Pflicht getan, wenn auch ein Teil von ihr, der Lebende und Tote nicht recht unterscheiden will, die Gefallenen immer wieder aufrichtet, als ob sie noch lebten, oder als ob wenigstens das Prinzip lebte, für das auch Tote kämpfen müssen. Das Prinzip, das ja auch auf ältere Stücke angewandt wurde, war, wenn ich mich recht ungefähr ausdrücken darf, das des Antinaturalismus. Das Drama ist Existenz und Bewegung, wie ein guter Beobachter gesagt hat. Die Existenz sollte nichts mehr, die Bewegung sollte alles sein; man war der Passivität müde, die den Menschen seinen Bedingungen unterwirft, man forderte eine Aktivität, die sich nicht mehr mit Vorbereitungen und Uebergängen aufhielt, die den Menschen zum rüstigen, nur noch geradeaus schreitenden Träger seiner Idee machte. Diese Stücke verschwiegen nicht, daß das Publikum im Namen eines sich selbst setzenden Gedankens angeredet werden sollte, und man muß unsern jungen Dramatikern, auch ihren Regisseuren, wohl nachsagen, daß sie uns sogar angeschrien haben. Es gibt merkwürdige Widersprüche. Unsere Naturalisten, die das Publikum als nicht vorhanden ansahen, und die bei Leibe kein Theater zu machen sich vornahmen, haben oft recht gutes Theater gemacht. Unsere Antinaturalisten, die den Begriff des Theaters anerkannten, die es als Tribüne behandelten, haben oft kein gutes Theater gemacht. Die leise Sprechenden wurden besser und länger verstanden als die mit dem Schallrohr, die laut bis zur Unverständlichkeit dichteten. Was kann aus dieser ganzen Anstrengung noch herauskommen, für die Ansprüche erhoben worden sind, die menschliche Werte, künstlerische Leistungen nicht genügend decken? Ich habe erzählt, wie unser Schauspielhaus durch Sudermann, noch dazu durch eine Tragödie aus seiner dritten Periode, revoltiert werden sollte, und ich nehme an, daß meine Leser über diese Anstiftung im Serail gelächelt haben. Was mich anbelangt und eine fast an Lethargie grenzende Unempfindlichkeit gegen Programme und Schlagwörter: ich lächle schon lange wieder über die nicht mehr zu verheimlichende Entdeckung, daß die ganze Aktivierung, Verselbständigung und Beflügelung des Theaters darauf hinauskommt, einen neuen Sudermann hervorzubringen. Auf diesem Wege sehe ich die ganze Entwicklung der von mir bezeichneten Dramatik, sehe ich auch Arnolt Bronnen, von dem Leopold Jeßner im Staatstheater statt des ursprünglich vorgenommenen Kriegsstückes „Katalaunische Schlacht“ die „Rheinischen Rebellen“ gegeben hat.

Am Schluß des Stückes, der den Separatistenauftand zusammenbrechen läßt, wird auf dem Dach eines Hauses zu Aachen die Fahne der Rheinischen Republik niedergeholt und die schwarz-rot-goldene der deutschen Republik aufgezogen, von einem jungen Mädchen, das den gefährlichen Führer des Aufstandes zur Strecke gebracht hat. Das Publikum bejubelt diese symbolische Handlung, und dagegen soll nichts gesagt werden, solange wir nicht Eunuchen sind und einer Objektivität fähig, die Dinge des Theaters nur zwischen den Kulissen, auf einem hohlen Bretterboden, ganz außerhalb unserer Empfindungen und Leidenschaften, spielen läßt. Das Theater der Griechen, das Shakespeares und Calderons, war ja auch dadurch groß, umfassend und zusammenschließend, daß es das Volk etwas anging, daß es sich an eine politisch-religiöse Gemeinschaft richtete, und es ist viel aktueller gewesen, als wir heute noch im einzelnen feststellen können. Es ist sehr schwer, ein junges Ereignis der Zeitgeschichte zu dramatisieren — zu Shakespeares Zeit war die Dramatik eine Art Journalismus in Bildern —, weil wir mit unseren Zeitungen so schnell vergessen wie erfahren, weil wir uns außerdem bewußt sind, nur relativ zu wissen und von Standpunkten zu urteilen. Nur die Legende lebt und macht Geschichte persönlich. Wer waren die Separatisten? Zweifellos eine Bande von Verrätern, von schäbigen gekauften Subjekten, die eben darum kein Problem bieten. Waren sie alle schäbig und gekauft? Gab es da Leute, die, wie in der Rheinbundszeit, einen gutgläubigen und nur in Deutschland möglichen Idealismus zur höhnischen Ausnutzung anboten? Wie es heute noch Leute gibt, die Napoleon glauben, daß er in Deutschland nur die Menschenrechte verbreiten, nicht auch sich Soldaten holen wollte, wie es die Franzosen heute mit ihren schwarzen Brüdern machen. Worum geht der Kampf? Um den Rhein seit über tausend Jahren, seitdem Karls des Großen Reich sich teilte. Aachen, Schauplatz des letzten Aktes, war einmal die Hauptstadt mindestens des mittleren Europa. Der Separatistenführer Occc spricht einmal von Karls Reich zu beiden Ufern des Rheins und von den Rheinfranken, die von da geherrscht haben. Soll der Rhein wieder der europäische, der übernationale Strom werden, ein größeres Symbol als die beiden Länder, die er heute trennt und die er früher vereinigte? Ich kann darüber nichts sagen, weil Bronnen nichts gesagt hat. Die beiden Völker treten hier nicht auf, auch nicht in projizierten Wirkungen, lassen auch von weitem ihre Stimme nicht hören, ihr Gesicht nicht erkennen. Die Handlung ist Kino. Der Separatistenführer, der einzige Mann im Stück, der auch ein Kerl sein soll, nimmt der rheinischen Fabrikantentochter Gien gefährliche Papiere ab und gibt sie ihr wieder, verhaftet sie und enthaftet sie wieder, verfolgt sie, tatsächlich von ihr verfolgt, von Köln nach Mainz, von Mainz nach Trier, von Trier nach Koblenz, von Koblenz nach Aachen, opfert ihr seine Geliebte, die geheimnisvolle Russin Pola, auch Stenotypistin und Telephonistin, opfert seine Sache und sich selbst, bis er elend verhaftet und abgeführt wird. Was ist das? Judith und Holofernes? Nein. Der hat die schöne Jüdin wenigstens gehabt und gab seinen Kopf nur im Schlaf her. Ich glaube, es ist eine Oper, es ist die Geschichte eines gefürchteten grausamen Feldherrn, der umsonst von seiner Lieblingsfrau, der Altistin, beschworen, dem Sopran der schönen Prinzessin des feindlichen Landes erliegt. Die Geschichte könnte am Euphrat spielen so gut wie am Rhein, der hier in Wahrheit gar nicht mitspielt, obgleich er ein viel



persönlicheres, uns viel vertraueres Wesen ist als etwa der Dr. Dorten oder der General Mangin.

Der Separatistenführer hält von der Bühne des Mainzer Stadttheaters vor einem unsichtbaren Publikum eine Rede, von der ich behaupte, daß nur Literaten sie verstehen, aber nicht Leute, die von den Franzosen durch Getreidelieferungen, durch Zollerleichterungen oder sonstiges gekauft werden sollen. Das deutsche Mädchen entgegnet mit einer Rede, die Deutschland als die duldende Mutter preißt, und die auf fürchterlich angestrenzte Weise einen kindlich liebevollen Ton versucht. Lassen wir die ganze Politik, die immer mehr Ueberschrift wird, achten wir auf den großen erotischen Kampf, der in fünf Akten einen starken Mann umbringt und ein schwaches Mädchen, das immer verlockend sich immer versagt, triumphieren läßt. Ich gestehe, daß ich auch da im Innern des Stückes mit dem kategorischen Superlativ dieses Dichters nichts anzufangen weiß. Nach glücklicher Abstreifung letzter naturalistischer Eierschalen geht Bronnen auf dem Wege von Georg Kaiser, aber der hat eine dialektische Energie, die in der Frage eine Antwort, in der Antwort eine Frage enthält. Ich fühle mich hier gar nicht gefragt, so sehr die Leute schreien, und wenn einige behaupten, daß dieser Bronnen Krater aufreißen, Vulkane auftürmen kann: unter mir hat die Erde und auch sonst nichts gebebt. Man schreibt heute Stücke wie mit Explosionsmotoren. Haltet ihr das für Stärke, für Entladung innerer Energien? So weit er das Maul aufsperrt, dieser Occc frißt mich so wenig in sich hinein wie die russische Pola, die sich an ihn klammert, wie die deutsche Gien, an die er sich klammert, wie ihre kleine Schwester Erle, die sich ihm hinwirft, wie der beiden Mutter, die doch in dieser Rolle uns menschlich angreifen müßte. Diese Leute zischen und rattern und geben Dampf von sich, aber sie leben keinen Augenblick länger als sie lärmern und rasseln. Man kann ihnen die Ventile abdrehen und sie in eine Kiste packen. Seid's gewesen! Was besagt denn das von ihnen zusammen gefauchte Stück? Etwa Cherchez la femme, auch wenn von Politik die Rede ist? Oder daß der Deutsche nicht einmal ein ordentlicher Verräter wird? Oder daß es gut ist, ein Schicksal zu haben, welches auch immer, wie dieser Occc, der schlachtreif seine Stirn zum Hiebe senkt? Etwa wie Shakespeares Antonius, dem die Liebe genau so wichtig, genau so würdiges Schicksal wird wie die Weltherrschaft, wie sein Ruhm und seine Ehre. Nehmen wir einmal an, daß diese Gien nicht aus Papier zusammengeklebt, nicht die Dame ohne Unterleib, nicht ohne die Wärme ihres Geschlechts ist: was hat sie dann mit Deutschland zu tun, was hat sie für Deutschland zu bedeuten, wenn sie den knienden, winselnden Occc, den weich gewordenen Zyniker, der in ein Hörigkeitsverhältnis gestürzt ist, mit einem Riemen verhaut? Das kann eine Kanaille auch. Wenn sie aber eine aus Tugend, eine fürs Vaterland ist, wird sie in einer Art widerlich sein, die ihr Autor ihr gewiß nicht gewünscht hat. Die Bibel kann sich die tanzende Deborah leisten oder den Einzug der Judith mit dem Kopf des Holofernes im Sack; die Bibel erzählt uns alte Märchen. Aber wenn auch die schwarz-rot-goldene Fahne über dem Untergang eines Verräters bejubelt wird, es scheint mir doch bedenklich, daß sie im wesentlichen auf einen erotischen Zusammenbruch herniedersieht.

Leopold Jeßner hat das Stück auf Schienen gesetzt, er läßt die fünf Akte ohne Pause vorüberrollen. Die Namen der fünf Stationen

von Köln bis Aachen werden jedesmal mit Lichtschrift ausgerufen, in einer Aufführung, die wie ein Blitzzug stürmen soll. Was die Schnelligkeit beschwert, wird herausgeworfen, so eine Szene zwischen den beiden Schwestern, die einmal im Bett gegeneinander sehr zärtlich werden. Aber Jeßner ist zu sehr der Freund seiner Freunde, wenn er ihre Neigung zum Superlativ nicht bekämpft, wenn er die gleichmäßige Tonstärke nicht abdämpft. Da diese Figuren nie mit sich allein sind, da sie durch keine Stummheit überzeugen können, müßte man wohl ihre Ueberredtheit, sei es durch ein Decrescendo, gelegentlich auch einschmelzen. Der Naturalismus litt an Undeutlichkeit, an einer Furcht vor dem Geisteswillen der Sprache, der Antinaturalismus leidet an Ueberdeutlichkeit, an einer Ueberspitzung, die den Seelenleib eines Stückes wie mit geredeten Dolchen durchlöchert. Die drei Hauptrollen sind gefährlich, weil sie sich alle mit Intrigieren, Spionieren, Telephonieren, Arretieren zu schaffen machen, ohne daß die Handlung von selbst mit ihnen ins Laufen kommt. Albert Steinrück, sehr tapfer auf seinem Posten, versichert uns, sei, daß er zusammenbricht, ein Endeffekt, den wir weniger seiner Natur beglaubigen, die auf das Morschwerden nicht recht eingerichtet ist, als vielmehr der atemlosen Lauferei nach dem deutschen Mädchen. Das Express-theater, das unsere Jugend ohne die schlanke Geschwindigkeit von Georg Kaiser versucht, wird von Agnes Straub am besten besorgt, weil sie in ihrem Kopf sehr viel Theater, weil sie in ihrer Natur wenig Ruhe, wenig Vegetatives hat. Der Glaube macht selig, er macht es ihr leicht, auf trockenem Sande mit mächtigen Stößen zu schwimmen. Gerda Müllers schwere Materie hat für solchen Dienst wahrscheinlich zu wenig Theater; ihr, die viel mehr Weib ist, möchte man wieder nicht glauben, daß sie so viel reden muß, um es zu beweisen. Der Dichter und sein Regisseur, die Darsteller und die schwarz-rot-goldene Fahne wurden viel gerufen. Ihre gemeinsame große Anstrengung hat die kleine des Publikums wohl verdient.

## August Stramms „Rudimentär“

Von Adolf Behne

*Chauffeur:* Rudimentär .... dat is 'n Blinddarm.

*Sie* (horcht auf): 'n wat?

*Chauffeur:* Ja, 'n Blinddarm! Son Ding, wat so rumbaumelt ... wozu? woso? ... wien Portmonä ... vastehste ... Portmonä von dir ... vakommen ... wat een bloß lästig is ... mit sich rumschleppt, um drieber z' stolpern (er versetzt ihm jetzt immerzu Püffe), ritsch ratsch, raus mit's große Messer! raus!

*Er* (sucht sich gegen die Püffe zu schützen und zieht sich immer mehr zur Tür hin): Mensch!

*Chauffeur* (ohne sich stören zu lassen, mit satanischer Lust): Mensch, Mensch, wat menschen?! Weest de wat is menschen?

*Er* (krümmt sich vor Schmerzen) ... jo ... jo ...

*Chauffeur* (gibt ihm noch einen letzten kräftigen Puff und setzt sich dann befriedigt): Nu, wenn't weest! Imma bei de Sache

bleiben! Nich 'n Jashahn uffdrehn ohne Jas! Nich Chauffeur machen im Bette! Immern Hund anbinden! (Tippt sich mit dem Finger auf die Stirn): denken! mei Jungeken! denken.

Sie (starrt jetzt auch auf den Zeitungsfleck) ... jo ... jo ... rudelmag ...

Chauffeur (lacht roh): Raus dermit! Ja! Dät is der Zimt!

Es ist das Bedeutende und Wichtige an Stramms „Rudimentär“<sup>\*)</sup>, daß es zuerst die sozialen Realitäten unbeirrt durch Sentimentalitäten in ihrer ganzen schicksalhaften Tragik sieht ... „Tränen kreist der Raum.“

Sehr interessant, das Stück zu vergleichen mit jenen beiden Dramen, die am Beginn der deutschen sozialen Dichtung stehen: mit Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ und mit Holz-Schlags „Familie Selicke“.

„Vor Sonnenaufgang“ wurde 1889 aufgeführt, „Familie Selicke“ 1890. Theodor Fontane schrieb für die „Voß“ über beide Aufführungen. Er trat für den jungen Hauptmann ein und, was noch erstaunlicher ist, er trat für die „Familie Selicke“ ein, die nach dem Durchschnitt der Tageskritiken ein „Affentheater“, eine „Tierlautkomödie“, ein „zweifelhaftes Lokal“ war. Am 8. April 1890 erschien Fontanes Kritik der „Familie Selicke“, in der es heißt: „Diese Vorstellung wuchs insoweit über alle vorhergegangenen an Interesse hinaus, als wir hier eigentliches Neuland haben. Hier scheiden sich die Wege, hier trennt sich alt und neu. Die beiden am härtesten angefochtenen Stücke, die die „Freie Bühne“ bisher brachte, Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ und Leo Tolstois „Macht der Finsternis“ sind, auf ihre Kunstart, Richtung und Technik hin angesehen, keine neuen Stücke. Die Stücke bzw. ihre Verfasser haben nur den Mut gehabt, in diesem und jenem über die bis dahin traditionell innegehaltene Grenzlinie hinauszugehen, sie haben eine Fehde mit Anstands- und Zuverlässigkeitsanschauungen aufgenommen und haben auf diesem Gebiete dieser kunstbezüglichen, im Publikum gang und gäben Anschauungen zu reformieren getrachtet, aber nicht auf dem Gebiete der Kunst selbst. Ein bißchen mehr, ein bißchen weniger — das war alles. Die Frage: „Wie soll ein Stück sein?“ oder: „sind Stücke denkbar, die von dem bisher Ueblichen vollkommen abweichen?“ diese Frage wurde durch die Schnapskomödie des einen und die Knackkomödie des andern kaum berührt. „Ich darf diese Worte wählen,“ schließt Fontane, „weil ich durch mein Eingommensein für beide vor dem Verdacht des Uebelwollens geschützt bin.“

Diese Sätze beweisen Fontanes ganz außerordentlich kritische Eindringlichkeit. „Vor Sonnenaufgang“ ist ein ziemlich langweiliges Stück, abhängig bis in Einzelheiten des Dialogs von Ibsen, abhängig auch von Zola und Tolstoi, ein Salonstück, in dem die Personen im Stile schlechter Leitartikel über soziale Probleme plaudern, und in Gestalt eines vorübergehenden Bergmannes oder einer Milch stehlenden Alten mit acht Kindern erscheint von Zeit zu Zeit in den Regienotizen ein solches „soziales Problem“ im Hintergrunde — als Staffage. Naturalistische Laute sind äußerlich eingestreut. Die Leute reden das übliche Theater- und Papierdeutsch, das — aber wieder auf eine durchaus papierene Weise — salopp, zufällig, alltagshaft zu machen versucht wird. Es ist kaum ein echter

\*) August Stramm: „Rudimentär“, erschien, wie alle Dichtungen Stramms, im Verlag Der Sturm, Berlin W 9.

Laut in dem Stück, keine echte Empfindung. Charakteristisch ist der symbolische Titel „Vor Sonnenaufgang“ — charakteristisch, weil er die Distanz zwischen Darstellung und Sache aufdeckt. Die Sache ist sehr, sehr von weitem angefaßt.

Da bedeutet Holz-Schlafs „Familie Selicke“ eine wirklich erstaunliche Wendung. Mit Recht durften die Autoren von ihrer Arbeit sagen: „Es ist auch nicht ein einziges Element in ihr, wäre es auch noch so winzig, das uns von jenseits der Vogesen zugeflogen wäre, von jenseits der Memel oder von jenseits der Eider.“

Hier wird nicht mehr über soziale Probleme geleitartikelkt, sondern ein Stück sozialen Daseins wird mit absolut neuer und ungewohnter Wucht, erstaunlich in seiner prägnanten, klingenden Unmittelbarkeit und peinigend in seiner harten Nähe hingestellt. Dieses bedeutende Stück darf man als Vorläufer „Rudimentärs“ ansprechen. Der Dialog ganz selbständig, von allem Theaterdeutsch befreit, das Lauthafte nicht aufgesetzt, sondern enthalten . . . Aber so bannend dieses Porträt ist — es bleibt Porträt. Auch hier der Titel sehr bezeichnend: „Familie Selicke“ . . . ein Einzelschicksal — typisch allerdings schon gemeint und gedacht, aber noch nicht typisch gestaltet. Es fehlt nicht an Stellen, wo das Typische, Schicksalhafte, gestreift wird, aber im Ganzen finden wir doch die Auffassung, daß ein besserer Einzelwille ändern, bessern könnte. — Man könnte ja überhaupt in besseren Verhältnissen sein, man hat Unglück gehabt — wie es der kleine Mann so oft hat. Aber durch innere Läuterung, durch Geduld, durch Selbstaufopferung und Hingabe läßt sich das Schwerste überwinden. — Das Stück hat eine Moral, und es endet mit einem Lichtblick — dem Versprechen Wendts: „Ich komme wieder.“

„Familie Selicke“ ist noch vom Menschen aus gesehen — „Rudimentär“ vom Raume aus. Es ist ein anatomisches Präparat, wie sein Titel angibt. Hauptmann 5 Akte — Familie Selicke 3 Akte — Stramm 1 Akt. Aeußerste Konzentration. Menschlicher Einzelwille? Gefangensein, unentrinnbar gefangen. Individuelles Eingreifen? Diese Stunden verlaufen genau so heute wie morgen wie alle Tage in jedem Hinterhause, verlaufen mit derselben Präzision, wie sie sich in allen Hinterhäusern ganz gleich und unerbittlich die Tuberkulose vollendet. Raum ist Schicksal. Die soziale Frage ist eine Frage des Raumes. „Familie Selicke“ ist noch Milieu. „Rudimentär“ ist Raum. Mit höherem Rechte noch als bei der „Familie Selicke“ hätte ein lebender Fontane von Stramm schreiben dürfen: daß wir hier wirklich Neuland haben, daß hier der Kampf auf den Boden der künstlerischen Gestaltung selbst getragen wurde und auch, daß hier eine absolut selbständige deutsche Leistung vorliegt.

Ich sagte: „Rudimentär“ ist vom Raume aus gestaltet. Es ist ein Schicksal, rudimentär zu sein. Unter diesem Gesichtspunkt war die erste Aufführung Voigts „Volksbühne“ in der eindeutig harten Sprache der Personen wie in den räumlichen, nicht mehr individuellen Bewegungen der Spieler gut.

Ein Genfer Statistiker, Hersch, hat nach amtlichem Pariser Material die Beziehungen zwischen Wohnraum und Tuberkulosesterblichkeit untersucht und ist zu einer Formel gekommen, die in der graphischen Darstellung die Wucht eines unerbittlichen Schicksals hat: die Tuberkulose

wächst im Quadrat mit der Verschlechterung des Wohnraums. Die Formel lautet rechnerisch:

$$t : t_1 : t_2 : t_3 = p : p_1^2 : p_2^2 : p_3^2$$

Was hier für die Tuberkulose ausgearbeitet worden ist (ob in dieser mathematischen Progression ganz und für alle Fälle zutreffend, ist noch medizinisch-soziologische Streitfrage), gibt „Rudimentär“ für den Gehirnzustand der Beengten. Die Formel würde hier in letzter Konsequenz etwa lauten:

„Armut ist: nicht denken dürfen“.

Nicht einmal zur Aufführung einer Gasvergiftung reicht das Stückchen Gehirn aus — Rudimentär!!

## B Ü C H E R S C H A U

*Dr. Arthur Dix: Geo-Oekonomie  
Einführung in erdha'fte Wirtschafts-  
betrachtung. R. Oldenbourg, Mün-  
chen und Berlin. 1925. 100 Seiten.  
Geheftet 3,50 M.*

Um das Wichtigste voranzustellen: Jetzt wissen wir ganz genau, warum Deutschland den Krieg gegen die halbe Welt verloren hat. Nicht der Dolchstoß von hinten war daran schuld, wie uns Oberlehrer und ehemalige Insassen der Kadettenschulen jahrelang verkündet haben, sondern daran, daß Wilhelm, der große Reiergeneral, nicht als Triumphator durch das Brandenburger Tor einziehen konnte, sind allein schuld — endlich kommt die Wahrheit an den Tag — der übersteigerte Klassenkampf (S. 17) und, wie man auf S. 19 lesen kann, der Marxismus. Bei dieser klaren Sachlage scheint es wirklich höchste Zeit zu sein daß der Klassenkampf und der Marxismus polizeilich verboten werden und daß sich die Menschheit künftig nur noch mit dem von Dr. Arthur Dix neu eingeführten Wissenschaftszweig, der Geo-Oekonomie, der „erdhaften Betrachtung des wirtschaftlichen Weltgeschehens“, beschäftigt. In dem Buch gibt es mehrere Stellen, bei denen man laut auflachen möchte. Was hat sich der Verfasser z. B. beim Niederschreiben folgender Phrase gedacht: „Denn der übersteigerte Klassenkampf hat ja doch nur das Ziel zu erreichen

vermocht, daß der deutsche Arbeiter künftig weniger für den deutschen Kapitalisten „schuffet“, als vielmehr — für den französischen.“ Könnte diese Albernheit nicht das Geistesprodukt eines deutschnationalen Redakteurs in einem hinterpommerschen Wochenblättchen sein? Wie es scheint, schützt auch die Geo-Oekonomie nicht vor Dummheiten.

Nicht alle Gedanken, die der Verfasser vorträgt, sind so absurd wie die, daß Klassenkampf und Marxismus an unserm Niedergang die Schuld tragen. Wenn Dix sagt, daß wir mehr physiologische Länderkunde und mehr psychologische Völkerkunde betreiben müßten, so hat er darin gewiß sehr recht. Namentlich den wilhelminischen Regierungen hat das Studium der psychologischen Völkerkunde sehr gefehlt. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß allen Staatsmännern, Diplomaten und Politikern das Studium dessen angeraten werden muß, was Dix als erdhafte Betrachtung des wirtschaftlichen Weltgeschehens bezeichnet, denn aus der Kenntnis des Bodens, des Klimas, der geographischen Bedingtheiten usw. wird manches im Völkerleben in das helle Licht gerückt, was sonst im Dunkeln bleiben muß. Nur will mir scheinen, als habe dies nicht erst Dix mit seiner „Geoökonomie“ erkannt, sondern als ob dies bisher schon zum Wissensbestandteil vieler

gehört hätte; denn daß es ohne Boden mit alledem, was sich auf und unter ihm befindet und verwerten läßt, keine Wirtschaft gibt, dürften auch schon Laien gewußt haben, die nie die heiligen Hallen eines nationalökonomischen Kollegs besucht haben.

Dix sucht das Heil Deutschlands darin, daß wir „geoökonomisch“ denken lernen. Aber dies Denken nach geoökonomischen Formeln allein kann uns gewiß nicht helfen. Was ist praktisch gewonnen, wenn uns „geoökonomisch“ klargemacht wird, daß die 60 Millionen Deutschen auf einem zu engen Raum zusammengequetscht sind? Weiter, was hat es für eine praktische Bedeutung, wenn Dix pathetisch deklamiert: „Geo-Politik und Geo-Oekonomie rufen: Los von Versailles!“ Auch das schönste geopolitische und geoökonomische Denken kann nicht von den Lasten befreien, die uns der verlorene Krieg gebracht hat. „Geo-Oekonomie“ enthält so manche richtigen Gedanken, aber diese sind recht oft nicht neu, wo aber Dix Neues bringen will, strauchelt er, oder er hat seine Gedanken doch wenigstens nicht so aufgebaut, daß man ihnen mit Verständnis und vor allem mit Nutzenwendung folgen könnte.

*Albin Michel*

#### *Hindenburg und Simons*

Am 30. März 1921 schrieb der jetzige Reichspräsident einen Brief an den früheren Kaiser in Holland, in dem er ihm dankte für die Teilnahme an der Erkrankung seiner Frau. Hindenburg kommt dann auch auf politische Fragen zu sprechen. Aber auch diese Erörterungen würden heute nicht

mehr interessieren, wenn nicht darin von dem bisherigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons die Rede wäre. Hindenburg schreibt von der Schuldfrage:

„Die Schuldfrage bildet nach wie vor den Angelpunkt für die Zukunft des deutschen Volkes. Furchtbar rächt sich das in Versailles den deutschen Vertretern wider ihre Ueberzeugung abgepreßte Zugeständnis unserer angeblichen ‚Schuld‘ am Kriege. Nicht minder rächt sich das unwahre Zugeständnis von Deutschlands ‚Mitschuld‘, das der Minister Simons auf der Londoner Konferenz abgegeben hat.“

Als Hindenburg den Außenminister Simons der Unwahrhaftigkeit zieh, wußte er selbstverständlich noch nicht, daß er einmal aus dessen Händen die Geschäfte des Reichspräsidenten übernehmen würde.

*Murr*

#### *Das nationale Straßenpflaster*

Der schwarz-weiß-rote Rausch verführt zu mancherlei Ekstasen. Neuerdings wird davon sogar das Straßenpflaster ergriffen.

So schreibt das „Stader Tagebl.“:

„Trotz des lauten Hörnerschalls hörte man doch deutlich, wie die Militärstiefel über das Pflaster des Platzes wucherten, das bei dieser Behandlung sich voller Entzücken in um Jahre zurückliegende Zeiten zurückversetzt glaubte.“

Braves Straßenpflaster! Wie mag es erst gejauchzt haben, als auf ihm (vor der Münchner Feldherrnhalle) roßäpfelweich Ludendorff lag.

*Dito*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhöf 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

**Demnächst erscheint:**

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft  
Berlin SW 68**

*D e m n ä c h s t e r s c h e i n t :*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt  
(„Kladderadatsch“-Karikatur)*

*FRIEDRICH WENDEL:*

# **MAC MAHON**

***Der französische Hindenburg***

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

EGON WERTHEIMER (London):

Boxen und Außenpolitik . . . . . 257

\* \* \* **Genosse Carl Severing** . . . . . 258

VICTOR SCHIFF:

**Sozialdemokratie und Hindenburg-Republik** 261

KURT HEINIG:

Gestörtes Gleichgewicht im Volkshaushalt! . . . . . 265

HEINRICH LÖFFLER:

**Die Massenunglücke im Bergbau** . . . . . 267

PAUL UFERMANN:

Muß die Schwereisenindustrie durch Zölle geschützt werden? . . . . . 271

Pfarrer DIETRICH GRAUE, M. d. L.: Heraus aus der Kirche? 274

**Der Retter** . . . . . 277

KURT OFFENBURG: Thomas Mann . . . . . 280

ELSE KOLLINER: Der ferne Klang . . . . . 284

Kommunistischer Unfug — Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“ — Neu-  
deutsche Klassik — Arbeitgeberpolitik

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



**Demnächst erscheint:**

# **DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN**



**Verlag für Sozialwissenschaft  
Berlin NW 68**

## Boxen und Außenpolitik

Von Egon Wertheimer (London)

Der Verfasser mag verzeihen, wenn er sich gemäßbraucht fühlen soll: e. Indessen: Wir lasen sein Manuskript am Tage, da der Reichskanzler das Propaganda-Instrument der Schwerindustrie, das sich deutsche Presse nennt, als Erzieher des Volkes zur Sachlichkeit gepriesen hatte. Aus innerem Zwang mußten wir dabei Hindenburgs gedenken und dessen, was diese deutsche Presse mit dem alten Herrn angestellt hat und noch anstellt. So jückte es uns, Jack Dempseys Weltruhm symbolisch zu nehmen.

Jack Dempsey, der Weltmeisterschaftsboxer, hat einem englischen Pressevertreter mitgeteilt, daß er im Begriff stehe, ein Angebot nach Berlin anzunehmen. Man habe ihm angeboten, gegen eine wöchentliche Entlohnung von 40 000 M. im Berliner Lunapark aufzutreten.

Zu dieser Meldung schreibt der „Daily Herald“ einen Leitartikel, in dem es heißt: „Es gibt vielleicht in der Geschichte (so bizarr, so unsinnig sie auch oftmals verlaufen mag) nichts, was diesem Angebot an Dempsey, gegen eine Bezahlung von zweitausend Pfund Sterling in Berlin aufzutreten, an die Seite zu stellen wäre. Es ist ein Produkt jenes Wahnsinns, der für ein Zeitalter charakteristisch ist, in dem die öffentliche Meinung vorwiegend durch die Presse gemacht wird. Denn Mr. Dempsey ist nichts als eine Zeitungserfindung. Er würde genau so populär sein, wie er es zurzeit ist, wenn er in Wirklichkeit gar nicht existierte — so ange nur die Zeitungen die Fiction seines Daseins aufrechterhalten würden.“

Die Zeitungen machen aus ihm eine Sensation, weil sie glauben, daß das Publikum über ihn zu lesen wünscht. Das Publikum aber interessiert sich seinerseits deshalb für ihn, weil die Zeitungen ihn zu einer Sensation machten.

Diese zweitausend Pfund Sterling müßten, wenn es nach Recht und Billigkeit ginge, eigentlich in die Kassen jener Presse fließen. Denn der ganze Dempsey wäre keine zwei Pfund die Woche wert, wenn sie aufhören würden, über ihn zu schreiben — es sei denn, er würde sich als professioneller Herausschmeißer irgendwo verdingen.“

Das Ausland, das vom Engagement hört, fragt sich selbstverständlich, ob dies mit rechten Dingen zugehen kann. Diejenigen, die über dem Anblick des Boxers und seiner erlauchten Gemahlin nicht den Kopf verloren haben — und es sollen immerhin noch einige Millionen sein —, fragen sich, wieso man in jenem selben Deutschland, das noch gestern an die Tränendrüse der zivilisierten Welt appelliert hat, für dessen hungernde Kinder man noch gestern überall im angelsächsischen Ausland gebettelt hat, dessen Erklärungen, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht nachkommen zu können, der außerdeutschen Menschheit noch in den Ohren klingen, heute vierzigtausend Mark die

Woche für den Anblick Dempseys zahlen könne. Mehr als England, ja mehr als Amerika.

Es hat mit Politik gewiß von Hause aus nichts zu tun, wenn und ob sich die Lunapark-Gesellschaft aus Amerika einen Boxer kommen läßt. Aber auf die öffentliche Meinung der Welt, die sich um die Fragen der Diplomatie einen Teufel schert und die Transfergeheimnisse des Dawes-Plans nicht studiert hat, ist dies Anerbieten in seiner handgreiflichen Symbolik nicht ohne tiefsten Eindruck geblieben. Ein Deutschland, das einem Boxer rund fünftausend Mark pro Tag für vier Wochen versprechen kann, wird sich hüten müssen, jemals wieder gegen Millionenlasten zu protestieren. Es würde, wäre es tausendmal im Recht, von der Galerie des großen Welttheaters herab ausgepiffen werden. Und die Politiker und Finanziers im Parkett würden sich dann die Hände reiben.

So merkwürdig und paradox es auch klingen mag: Dempseys Vierzigtausend und die Reparationsfrage sind innerlich logisch verknüpft. Durch die Logik des Ewig-Menschlichen allerdings und nicht durch das Postulat einer absoluten Vernunft.

---

## Genosse Carl Severing

Von \* \* \*

Wenn wir am 1. Juni des Genossen Severing und seines 50. Geburtstags gedenken, so nicht nach der Methode üblicher Heldenverehrung durch bürgerliche Geschichtsschreiber. Das Proletariat braucht seine Helden nicht zu feiern, denn sie haben sich in seinem Herzen ein Denkmal errichtet; in der Geschichte der Arbeiterbewegung aber sind die Taten der namenlosen großen Masse mit den gleich starken Lettern verzeichnet wie die der Führer, die aus der Masse erwachsen sind.

Wenn wir also heute unserm Genossen Severing zu seinem 50. Geburtstag unsere Wünsche darbringen, so bedeutet dies nichts anderes als den Versuch, die Leistung der Einzelpersonlichkeit für die Gesamtheit zu würdigen. Mit dem Tage, an dem Severing — als Heines Nachfolger — das preußische Innenministerium übernahm, beginnt ein neuer Abschnitt in der neuzeitlichen deutschen Entwicklung seit der Revolution. Ihm war die ungeheuer schwere Aufgabe gestellt, einen Polizeikörper zu bilden, der bis aufs letzte bereit sein mußte, den Staat gegen gewaltsame Erhebungen zu schützen. Es galt den Staat zu verteidigen auch gegen die eigenen Klassengenossen, als — und das ist vielleicht die größte Tragik in Severings Leben — von böswilligen kommunistischen Führern verblendete Arbeiter im März 1921, fast genau ein Jahr nach Niederschlagung des Kapp-Putsches, eine sinnlose Erhebung ohne jegliches politisches und wirtschaftliches Ziel unternahmen. Es war nicht leicht, den hungrigen Massen mit den untauglichen Mitteln der Polizeigewalt zu begegnen, als sie im Unheilsjahr der Inflation durch die glorreiche Politik der Cuno-Regierung in letzte Verzweiflung getrieben, die Läden stürmten und die durch Gesetzgebung und Rechtsprechung unantastbar gemachte Heiligkeit des Privateigentums gewaltsam verletzten.

Wer den Genossen Severing kennt, weiß, daß er unzähligemal mit Freuden die schwere Bürde abgeworfen hätte, die ihm die Partei aufgeladen hat, die sie ihm, als ihrem Besten, aufladen mußte. Aber ein nie versagendes Pflichtgefühl, wie es schärfer nicht von dem kategorischen Imperativ des Königsberger Philosophen diktiert werden kann, zwang zum Durchhalten, während Vielredner und Verleumder seine Taten in den Schmutz zu ziehen suchten. Daß die ehernen Nerven mitunter unruhig wurden, daß Schlaflosigkeit die unausbleibliche Folge arbeitschwerster Tage wurde, blieb kein Geheimnis, und die Fürsorge volksparteilicher „Freunde“ um den Gesundheitszustand des Ministers wäre rührend gewesen, wäre nicht die Maske der Falschheit allzu leicht durchschauen gewesen. Bis in die letzten Wochen hinein suchte man ihm nahezu legen, daß der Posten des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, den bis zu seinem Tode Genosse Haenisch verwaltet hatte, die richtige Stelle für ihn sei, doch es waren weniger die warmen Bäder und die erfrischenden Quellen, an die man hierbei dachte, als die Hoffnung, diesen gefährlichsten Feind der Reaktion endlich auf einer Stelle zu wissen, wo man sich seinem Einfluß besser entziehen zu können vermeinte.

Weshalb leuchten noch heute die Augen der Bielefelder Arbeiter hell auf, wenn sie den Namen Severing hören? Niemand erkennt ihn freudiger als den Minister an, für niemanden aber auch ist er so der „Carl“, der Genosse, der Führer und Mitkämpfer von einst geblieben. Die Besetzung vieler Regierungsstellen mit Sozialdemokraten nach der Revolution hat nicht immer die Folge gehabt, ein festeres Band zwischen ihnen und der Arbeiterklasse zu knüpfen. Viele haben sich — nicht immer in böser Absicht und vielfach gezwungen durch die Last und Fülle der Geschäfte — der Masse entfremdet. Anders Severing. Die Berliner Arbeiterschaft hat es ihm nicht vergessen, wie er beim vorjährigen Berliner Parteitag von früh bis abends an den Sitzungen teilnahm. Es ist nicht wahr, wenn man behauptet, die Masse sei undankbar. Niemand ist dankbarer als sie; aber sie zeigt es nicht in vielen schönen Reden, sondern sie beweist es im stillen Gelöbniß der Treue um Treue, zeigt es im Händedruck, zeigt es im Augenblick der Gefahr. Und je mehr sich die Arbeiterschaft der Tatsache bewußt ist, daß ihre Wünsche, ihre Hoffnungen, ihre Nöte durch den Mund des von ihr erwählten Führers würdig und mit Nachdruck geäußert werden, um so mehr ist sie mit Recht von hohem Stolz erfüllt, wenn sie das Gefühl hat, daß der Aufstieg dieses Mannes zugleich ein Aufstieg ihrer eigenen Klasse bedeutet.

Vor zwei Jahren saßen drei republikanische Beamte beieinander und überlegten, wie sie dem Genossen Severing zu seinem Geburtstag eine kleine Freude bereiten könnten. Es war ein glücklicher Gedanke, als einer von ihnen vorschlug, ein Telegramm folgenden Inhalts abzusenden: „Dem Achtundvierziger die herzlichsten Glückwünsche.“ Heute ist aus dem Achtundvierziger ein Mann von 50 Jahren geworden, aber der Geist des echten Revolutionärs, wie er sich in den Märzstürmen des Jahres 1848

auf den Barrikaden vor dem Berliner Schloß im Kampf um die schwarz-rot-goldene Fahne zum ersten Male in Preußen-Deutschland manifestierte, ist lebendig in ihm geblieben, vertieft durch die Einsicht in die Lebensbedingungen der konsolidierten Klasse des Proletariats. Und wenn gerade diesem Manne die wesentlichsten Zweige der Verwaltung des preußischen Staates in die Hand gegeben wurden, so denkt man unwillkürlich des alten Wortes Freiligraths, das in der vormärzlichen Lyrik der beginnenden Arbeiterbewegung gern zitiert wurde und heute jünger als je dasteht:

„Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung  
Das alte morsche Ding, den Staat.  
Die wir von Gottes Zorne sind  
Bis jetzt das Proletariat.“

Dieser Geist der revolutionären Durchdringung einer nur zu leicht erstarrten Gegenwart belebte die Ansprache, mit der Genosse Severing kürzlich den neuen Berliner Polizeipräsidenten, Grzesinski, in sein verantwortungsreiches Amt einführte. Mit vollem Recht behielt er den Posten des Berliner Polizeipräsidenten einem Vertreter der Klasse vor, die die stärkste in Berlin, in Preußen, im Reich ist. Als Severing von der Notwendigkeit sprach, diejenigen Schichten zu verantwortungsvoller Arbeit heranzuziehen, die seit langem ans Licht drängten und die mühsam von der Reaktion niedergehalten wurden, da durchlebte jeden Sozialisten, der dieser Rede beiwohnte, die Erinnerung an die Traditionen einer großen Vergangenheit. Was hier Severing in Gegenwart zahlreicher reaktionärer Beamten und Polizeioffiziere zum Ausdruck brachte, war das Bekenntnis zum Kampf des Proletariats, der, allen Widerständen, allen ökonomischen und politischen Hemmungen ungeachtet, mit der Notwendigkeit des Naturgesetzes zum Siege der Ausgebeuteten als der stärksten Klasse führen muß.

In den letzten Tagen haben erneut Bestrebungen eingesetzt, die preußische Regierung umzugestalten oder, wie es im Kulissenjargon der Parlamente heißt, ihre Basis tragfähiger zu gestalten. Die mannigfachen Regierungskrisen der letzten Zeit haben gezeigt, daß jede von der Rechten herbeigeführte Krise darauf hinausläuft, Severing aus dem Kabinett auszuschiffen, weil er ihr — mit Recht — als der gefährlichste Gegner, als der stärkste Hüter des republikanischen Gedankens erscheint. Die Sozialdemokratie hat nicht die mindeste Ursache, der vereinigten Rechten ihre Bemühungen irgendwie zu erleichtern. Sie hält an Severing fest, nicht aus irgendeinem Personenkult heraus, sondern in der Erkenntnis, daß das begonnene Werk der Demokratisierung der Verwaltung, durch ihn eingeleitet, nur durch ihn einem befriedigenden Ende entgegengeführt werden kann. Die Arbeiterschaft aber — und das ist der schönste Glückwunsch, den sie ihrem Parteigenossen darbringen kann — hält an Severing fest, weil er ihr als dem Besten seiner Zeit gelebt und damit für alle Zeiten gelebt hat.

# Sozialdemokratie und Hindenburg-Republik

Von Victor Schiff

Wir haben den Wahlkampf gegen Hindenburg unter der Parole geführt: „Für die Republik — gegen die Monarchie!“ Dazu waren wir vollkommen berechtigt. Denn Hindenburgs Lebenslauf und seine Äußerungen bis in die allerletzte Zeit hinein mußten uns in der Ueberzeugung bestärken, daß er ein eingefleischter Monarchist sei. Ebenso waren gerade die Kreise im Loebell-Ausschuß, die seine Aufstellung an Stelle von Jarres durchgesetzt hatten, als Gegner der republikanischen Staatsform bekannt. Daher waren auch die Zweifel durchaus angebracht, die z. B. an dieser Stelle Genosse Eduard Bernstein am Vorabend der Amtsübernahme an der Vorbehaltlosigkeit des Eides äußerte, den der neue Reichspräsident auf die republikanische Verfassung ablegen würde.

Jetzt, nachdem die Vereidigung vollzogen ist, erscheint es notwendig, dieses Problem einer neuen Prüfung zu unterziehen. Wir bekennen ganz offen: wir stehen vor einem psychologischen Rätsel, für dessen endgültige Lösung der Zeitpunkt noch verfrüht sein mag. Aber wenn wir uns an die klar vor uns liegenden Tatsachen halten, so gelangen wir zu überraschenden Ergebnissen.

Als Hindenburg zwei Tage vor der Wahl seine pazifistische Rundfunkrede hielt, schloß er mit einem deutlich vernehmbaren Seufzer der Erleichterung: „So!“ Man konnte damals diesen Ausruf als den Reflex nicht nur einer physischen Anstrengung, sondern auch eines seelischen Widerwillens auffassen. Und wir durften daher annehmen, daß er auch nach der Verlesung der Vereidigungsformel ein ähnliches „So!“, wenn auch nicht laut aussprechen, so doch zumindest innerlich empfinden würde. Jedenfalls mußte man meinen, daß Hindenburg alles sorgfältig vermeiden würde, was der Vereidigung und dem Amtsantritt den Charakter eines spontanen Bekenntnisses zum neuen Staate verleihen könnte.

Wer von uns hätte vor drei Wochen geglaubt, daß er nach dem eigentlichen Eid noch in einer Ansprache den republikanischen Charakter der Verfassung freiwillig unterstreichen würde, der er soeben die Treue geschworen hatte? Daß er sich dabei ausdrücklich zum Grundsatz der Volkssouveränität bekennen würde, also zum genauen Gegenteil des monarchistischen Prinzips? Da der Reichspräsident auch bei späteren Gelegenheiten ähnliche Gedanken geäußert hat, muß man schon zu der Auffassung gelangen, daß es sich bei ihm nicht etwa um die Erledigung lästiger, jedoch unumgänglicher Formalitäten gehandelt hat, sondern daß er besonderen Wert darauf legte, die öffentliche Meinung des In- und Auslandes von der Aufrichtigkeit seines Eides zu überzeugen. Unter diesen Umständen stehen wir nicht an zu erklären: man mag zu der Vergangenheit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg stehen, wie man will, man mag ein noch so scharfes Urteil über die verhängnisvollen Entschlüsse der Obersten Heeresleitung fällen, an denen er hervorragend mitgewirkt hat und die einen wesentlichen Teil der Schuld am Verlust des Krieges tragen, an der Lauterkeit seiner Person zu zweifeln, besteht kein Anlaß. Vielmehr muß man sogar zugeben, der Eid eines Hindenburg auf die Verfassung von Weimar, zumal mit den keineswegs vorgeschriebenen, sondern freiwillig formulierten Kom-

mentaren, ist für uns Republikaner viel wertvoller, viel beruhigender, als es z. B. der Eid eines Jarres gewesen wäre. Tatsache ist, daß Hindenburg in den zwei ersten Tagen seiner Präsidentschaft das Wort „Republik“ öfter ausgesprochen hat, als Stresemann in den ersten zwei Jahren seiner Ministerschaft!

Bei dem Versuch, dieses psychologische Rätsel aufzuklären, ist man auf Vermutungen und Gerüchte angewiesen. Im allgemeinen pflegen Greise, auch solche, die das 79. Lebensjahr noch lange nicht erreicht haben, nicht umzulernen. Wenn es jedoch richtig ist, wie von Leuten versichert wird, die Hindenburg noch vor der Wahl nähergekommen waren, daß er sich etwa vor Jahresfrist mit dem Insassen vom Hause Doorn endgültig überworfen habe, so wäre das allerdings eine Erklärung. Der Enthronete soll Hindenburg für die Flucht nach Holland verantwortlicht machen: als Hindenburg in einem öffentlichen Schreiben, dessen Unterwürfigkeit eigentlich grotesk anmutete („Allergroßmächtigster, allergnädigster Kaiser und Herr“), diese Verantwortung ausdrücklich auf sich nahm, soll Wilhelm darauf gar nicht mehr reagiert haben. Daher der Bruch. Ist diese Version, die hier natürlich nur unter Vorbehalt wiedergegeben wird, richtig, dann könnte sie selbst bei einem Neunundsiebzigjährigen einen solchen Umschwung begründen. Eigentümlich ist es jedenfalls, daß noch vor drei Jahren Hindenburg erklären ließ, er müßte für eine Kandidatur zur Reichspräsidentschaft die Erlaubnis des früheren Kaisers einholen, und daß er diesmal ausdrücklich dementiert ließ, daß er etwas Derartiges getan hätte.

Eine andere Anekdote, die unmittelbar nach der Wahl als „authentisch“ kolportiert und vom „Manchester Guardian“ als Tatsache registriert wurde, verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden. Ist sie wahr, dann würde sie zur Lösung des psychologischen Rätsels beitragen, ist sie es nicht, dann ist sie wenigstens amüsant: Kurz vor der Wahl soll Hindenburg einem Führer des Rechtsblocks gegenüber geäußert haben: „Hören Sie mal: Ich habe mir jetzt die Weimarer Verfassung angesehen. Das Ding ist gar nicht schlecht!“

Wie viele monarchistische Wähler mag es tatsächlich in Deutschland geben, gerade in den sogenannten gebildeten Kreisen, die überhaupt noch nie eine Zeile der Charta von Weimar gelesen haben, die aber eine auch nur oberflächliche Lektüre dieses Werkes von seinem hohen ethischen und praktischen Wert überzeugen würde!

In der deutschnationalen Presse werden allerdings verschiedene Deutungen des Hindenburgschen Verfassungseides ausgesprochen, die, wenn sie richtig wären, bedenklich stimmen müßten. Die „Kreuzzeitung“ nannte diesen Eid das „schmerzlichste Opfer“, das Hindenburg bisher dargebracht habe. Dieser Lesart steht aber die Tatsache gegenüber, daß Hindenburg weit mehr getan hat, als er bei dieser Gelegenheit zu tun verpflichtet war. Die „Kreuzzeitung“ unterstellt damit dem neuen Reichspräsidenten vollendete Heuchelei; denn wenn dieser Eid nur ein schmerzliches Opfer war, dann wäre er nicht nur unaufrichtig, sondern alle nachträglichen Redewendungen über die Volkssouveränität usw. wären danach ganz bössartige Täuschungsversuche. Wir wollen der „Kreuzzeitung“ auf diesem Wege nicht folgen. Die andere Lesart der Deutschnationalen ist plausibler und auch gefährlicher: der Eid schließe



nicht den Wunsch und das Bestreben nach Verfassungsänderungen aus, die ja ausdrücklich vorgesehen seien. Diese Deutung findet eine gewisse Bestätigung in den Plänen des deutschnationalen Ministers Schiele, der zu den Vertrauten Hindenburgs gehört. Dieser Auslegung des Eides muß aber energisch widersprochen werden: Gewiß ist es das Recht eines jeden deutschen Staatsbürgers, Aenderungen der Verfassung, die er für Verbesserungen hält, auf legalem Wege zu wünschen. Sie aktiv zu erstreben ist ebenfalls das Recht eines jeden — mit einer Ausnahme: der einzige Mann in Deutschland, der, kraft seines Eides und seiner überparteilichen Stellung, das Recht einer solchen aktiven Förderung verfassungsändernder Pläne nicht besitzt, ist eben der Reichspräsident. Am allerwenigsten dürfte sich ein Reichspräsident mit dem Gedanken einer Aenderung der grundsätzlichen Bestimmungen der Verfassung, z. B. der republikanischen Staatsform, tragen, denn dann wäre sein Eid nur noch eine Farce.

Es ist schon so, wie der „Vorwärts“ schrieb: Die Wahl Hindenburgs war eine Niederlage der Republik, sein Amtsantritt ein Sieg der Republik. Denn die Kraft der gegebenen Tatsachen ist eben so groß, daß ein von Monarchisten aufgestellter ehemaliger kaiserlicher General, dem Republik und Demokratie bisher völlig fremd waren, nicht anders kann, als auf die Republik zu schwören und darüber hinaus sogar die Bedeutung seines Eides zu unterstreichen. Monarchisten — eingefleischte oder latente — wählten ihn, er aber bekennt sich zur republikanischen Volkssouveränität; schwarz-weiß-rote Verbände bildeten Spalier, er aber muß unter schwarz-rot-goldener Standarte fahren und wohnen und auf die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold den Eid leisten!

Für die monarchistischen Deutschnationalen ist dies eine schlimme Niederlage von unübersehbaren Folgen. Schon die Beibehaltung des Staatssekretärs Meißner war für jene rechtsradikalen Kreise, die Hindenburgs Aufstellung bewirkt hatten, eine empfindliche Schlappe. Einstweilen versuchen die Stahlhelmer und Wikinger durch besonders lautes Hurrarufen darüber hinwegzukommen, aber lange wird diese Selbsttäuschung nicht währen. Ueber kurz oder lang wird der Vorstoß dieser Leute einsetzen müssen, die sich — nicht ganz zu Unrecht — betrogen fühlen. Sie werden mit allen Mitteln danach streben, den Einfluß auf die Person des Reichspräsidenten wiederzugewinnen, den sie seit dem 26. April verloren haben. Darin liegt die hauptsächlichste Gefahr der nächsten Zukunft. Sollten in diesem Ringen um Hindenburgs Seele die rechtsradikalen Elemente, die ihn früher umgaben, wieder die Oberhand gewinnen, dann würde man mit den schwersten inner- und außenpolitischen Erschütterungen zu rechnen haben.

Einstweilen sprechen allerdings keinerlei Anzeichen für das Gelingen einer solchen Palastrevolution. Vielmehr muß man zu dem etwas paradoxen Schluß kommen, daß seit der Wahl Hindenburgs die republikanische Staatsform gefestigter ist denn je. Denn bisher lebte die Republik unter der ständigen Gefahr eines Putsches entweder der rechtsradikalen Verbände oder gar der Reichswehr. Die Erkenntnis dieser Gefahr nötigte die Sozialdemokratie immer wieder zu Kompromissen und Opfern. Damit büßte sie immer wieder von ihrer Stoßkraft und von ihrer Anziehungskraft ein. Im Interesse der Erhaltung der republikanischen

Staatsform mußte sie sich durch all diese schweren vergangenen fünf Jahre als Partei opfern. Das ist einer der Hauptgründe ihres Rückganges zwischen 1920 und 1925 gewesen. Selbst in den eigenen Reihen wurde diese Haltung vielfach nicht verstanden; es wurde als Mangel an Charakterstärke und Zielbewußtsein ausgelegt, was nur dem staatspolitischen Verantwortungsgefühl und der Sorge um die Erhaltung der Republik entsprang. Und wie mußte erst diese erzwungene Zurückhaltung auf die unpolitischen und unorganisierten Massen wirken, gemessen an dem lauten Draufgängertum der Rechts- und Linksradikalen!

Jetzt kann es anders werden. Gegen Hindenburg kann nicht geputscht werden! Und ist Hindenburgs Eid aufrichtig gemeint, wie wir es glauben, dann ist wenigstens der äußere Rahmen der republikanischen Verfassung gesicherter denn je.

Darin liegt zugleich ein ungeheurer Fortschritt und eine ungeheure Gefahr. Ein Fortschritt für das deutsche Volk, insbesondere für die Sozialdemokratische Partei. Ist der äußere Rahmen der Weimarer Verfassung — also vor allem die republikanische Staatsform, das freie Wahlrecht, das parlamentarische System — gegen Ueherrumpelungen geschützt, dann braucht die Sozialdemokratie nicht mehr ihre Hauptkraft auf dieses Ziel zu konzentrieren, sondern sie kann — endlich wieder! — ihrer Macht zur Erreichung der eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ziele (wenigstens in der Reichspolitik) freien Spielraum geben. Es eröffnen sich dann für sie, gleich der Vorkriegszeit, fast unbeschränkte Möglichkeiten der aufklärenden und werbenden Agitation. Als Partei können wir von einer solchen Entwicklung nur gewinnen.

Aber auch dann ist zu rosigem Optimismus kein Anlaß. Denn diese befestigte Republik wäre doch nur eine Hindenburg-Republik, die Republik jener großkapitalistischen Interessentenkreise, denen die Staatsform als solche gleichgültig ist, wenn sie nur ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung darin behaupten und ausdehnen können. Eine Geldsackrepublik, eine Bourgeoisrepublik, viel schlimmer als die amerikanische, in der wenigstens sozialer Weitblick herrscht, und als die französische, in der die kulturpolitischen Traditionen aus der Zeit der großen Revolution im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft noch immer lebendig und unausrottbar sind. Es wäre eine Hindenburg-Republik nach den Wünschen der Schwerindustrie und der Großgrundbesitzer, die in der Frage der Arbeitszeit, der Löhne, der Steuern, der Zölle ihre „christlichen“ Ziele, wie sie sie auffassen, mit Nachdruck betreiben würden. Die Zollvorlage, das Aufwertungskompromiß, die Steuerentwürfe sind die ersten Merkmale einer derartigen Entwicklung, die durch den Sieg Hindenburgs gefördert wurde. Das ist die Gefahr, die es zu erkennen gilt und die durch die bloße Sicherung der republikanischen Verfassung nicht beseitigt wird.

Der Kampf, den wir nunmehr gegen diese Gefahr führen werden, ist ein Kampf um den Inhalt der Republik. Die reaktionäre und plutokratische Hindenburg-Republik muß und wird überwunden werden durch den sozialen und fortschrittlichen Geist Friedrich Eberts, der in unserer Millionenpartei fortlebt!

# Gestörtes Gleichgewicht im Volkshaushalt!

Von Kurt Heinig

Eigentlich müßte sich dem Untertan der Magen umdrehen, wenn er liest, wie im Reichstag die verschiedenen Brusttöne der Ueberzeugung gegen die Besitzbelastung anschmettern — aber der richtige wahlberechtigte Vollbürger liest diese Sachen in seiner Zeitung gar nicht: So geraten ihm nicht einmal ärgerliche Gedanken in die Harmonie seiner geistigen Bescheidenheit.

Ist es nicht toll, daß jetzt der kombinierte Unterausschuß, der vom Haushalts- und Steuerausschuß eingesetzt war, in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags erklärt, daß die Gefahr einer Störung des Gleichgewichts im Haushalt außerordentlich naheliege! Der deutschnationale Reichsfinanzminister v. Schlieben hat die Einsetzung dieses Unterausschusses verlangt. Begründet hat er das Verlangen mit seiner „pessimistischen“ Auffassung über die Finanzlage des Reiches und wegen verschiedener Beschlüsse der Ausschüsse auf Erhöhung von Ausgaben.

Hier scheint wieder ein Bürokrat den Esel am richtigen Ende aufgezümt zu haben. Nach unserer Auffassung wäre es viel wichtiger, daß ein Ausschuß eingesetzt würde, der die Gefahr der Störung des Gleichgewichts im Haushalt des deutschen Volkes, die durch die vorliegenden Steuergesetzentwürfe entstanden ist, ausführlich erörtert.

Die augenblickliche Reichsregierung will die Bier- und Tabaksteuer um 336 Millionen Mark erhöhen und so auf rund eine Milliarde Einnahme treiben, sie will die Besitz- und Vermögensteuern nach den eigenen Angaben des Reichsfinanzministers v. Schlieben im Umfange von bald einer Milliarde — soweit hat er es in seiner Etatsrede selbst zugegeben — weiter abbauen. In diesem Augenblick läßt sich ein Unterausschuß in die verkehrte Front drehen und tritt schützend vor Herrn v. Schlieben, der sich gegen die größten Interessentenwünsche nun gedeckt fühlt. Im Schutze dieser Deckung segelt er, wenn auch mit einigen Löchern im Zeug, gemächlich in den Hafen der Bewilligung seiner sogenannten Steuerreform. Was sind das doch für groteske Zustände!

Der Unterausschuß bestätigt dem Herrn Reichsfinanzminister, daß die „Gefahr der Störung des Gleichgewichts im Haushalt“ außerordentlich naheliege, und dies in einem Augenblick, da die Reichsregierung eine umfangreiche Zollvorlage eingebracht hat, die schon am 1. August in Kraft treten soll, ohne daß man für nötig befand, der Oeffentlichkeit auch nur anzudeuten, wie hoch die Einnahmen aus dieser Zollvorlage zu schätzen sind.

Wird die Zollvorlage angenommen, so besteht der Tatbestand einer Störung des Gleichgewichts im Haushalt des Volkes. Wir fragen: Warum hat der Unterausschuß des Haushalts- und Steuerausschusses sich nicht mit diesem Tatbestand beschäftigt?

Untersuchen wir doch einmal den Haushalt des deutschen Volkes etwas genauer.

Im Steuerausschuß des Reichstags hat das Finanzministerium ausführliche Angaben über das Einkommen der sich selbst Einschätzenden

gemacht. Es wurde mitgeteilt, daß wir bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 63 Millionen Menschen rund 28 Millionen Einkommensteuerpflichtige haben. Davon seien 21 Millionen Arbeitnehmer, die steuerlich dem Lohn- und Gehaltsabzug unterliegen, 7 Millionen veranlagten sich selbst zur Einkommensteuer.

Das Reichsfinanzministerium rechnet bei den 21 Millionen Arbeitnehmern mit einer Durchschnittskopfzahl der Familie von etwa 2,3 Personen. So kommt das Finanzministerium zu einem Durchschnittssteuerprozentsatz von 8,7 Prozent. Danach hätten die Arbeitnehmer in Deutschland unter Einrechnung des steuerfreien Lohnbetrages ein Jahreseinkommen von 30,2 Milliarden Mark!

Es ist unbestritten, daß die breiten Massen des Volkes rund 80 Prozent der Reichssteuern tragen. Rechnet man dazu ebenfalls 80 Prozent der Lasten der Staaten und Kommunen (3,3 Milliarden) — und die 990 Millionen soziale Beträge, die die Arbeitnehmer jährlich zu tragen haben, so ergibt sich für sie ein Nettoeinkommen, das pro Kopf und Monat knapp 34 Mark beträgt.

Von diesen 34 Mark ist aber noch der Geldentwertungsfaktor oder, anders herum gerechnet, die durch den Index gemessene Teuerung in Absatz zu bringen. Damit kommen wir zum wahren Durchschnitt der katastrophalen Lage, in der sich die Mehrheit des deutschen Volkes befindet.

Wie sieht es dagegen auf der anderen Seite aus? Das deutsche Reichsfinanzministerium hat leider Schätzungen und Durchschnittsberechnungen über das Einkommen derjenigen, die selbst deklarieren, nicht vorgenommen. Aber wir haben für einen Teil jener Schicht eine Berechnung. Im Organ des Reichslandbundes hat Dr. Walter Glauben das Einkommen der Landwirtschaft für das Jahr 1924 berechnet. Er kommt zu einer Ziffer von 11,8 Milliarden Mark.

Wir wollen auch bei dieser Interessentenberechnung die Grundlagen als richtig annehmen, ebenso wie wir es bei den obigen Ziffern, die aus dem Reichsfinanzministerium stammen, getan haben. Aber was kann man dann schlußfolgern?

Aus 21 Millionen Steuerpflichtigen sind 1,344 Millionen Goldmark Einkommensteuer entstanden. Die Einkommensteuer der sich selbst einschätzenden ergab für das eben abgelaufene Steuerjahr 862 Millionen.

Wir nehmen ganz vorsichtig an, daß von diesem Einkommen die Landwirtschaft ein Drittel, die Industrie ein Drittel und das Handwerk ein Drittel aufgebracht haben. Das heißt mit anderen Worten, daß die Landwirtschaft bei einem Einkommen von rund 12 Milliarden Mark etwa 290 Millionen Mark Einkommensteuer gezahlt hat, während die Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen von ihrem Jahreseinkommen über 1,3 Milliarden Einkommensteuer zu leisten hatten. Das Verhältnis zwischen Besteuerung der Landwirtschaft und Besteuerung des Lohnarbeiters ist also etwa 2,9:4,2!

Wohlgemerkt: Das gilt allein für die Einkommenbesteuerung. Berechnet man die Einkommenbelastung, dann kommt man zu ganz anderen Resultaten, wie schon weiter oben gezeigt wurde.

Die Unterlagen der Interessenten ergeben aber noch andere Schlüsse.

Wenn nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums das Jahreseinkommen der Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen 30,2 Milliarden beträgt und das Einkommen der Landwirtschaft nach deren eigenen Be-

rechnungen 11,8 Milliarden ausmacht, so sind das zusammen schon 42 Milliarden Goldmark Jahreseinkommen. Dazu muß man noch rechnen, was die Industrie und was Handwerk und Handel an Einkommen haben. Schon bei roher überschlägiger Berechnung käme man dann zu einem Jahreseinkommen des deutschen Volkes in Höhe von 50 bis 55 Milliarden Goldmark. Und diese Ziffern stammen in ihren Grundlagen sämtlich aus dem deutschnationalen Lager! Wir wären also dann in dem unlösbaren Widerspruch, daß das deutsche Volk auch unter Berücksichtigung der Goldentwertung mehr Einkommen hätte, als es vor dem Kriege gehabt hat. Und daß dennoch Industrie und Landwirtschaft Steuerabbau und Schutz Zoll verlangen, weil sie behaupten, ohne diese Vergünstigungen nicht leben zu können. Auf der anderen Seite sind sie der Auffassung, daß die breiten Massen vermehrte Lasten zu tragen vermögen! Die Schlußfolgerung ist: lieber schwindelt man ohne Rücksicht auf die Wiedergutmachungspflicht dem deutschen Volke ein hohes Einkommen in die Tasche, als daß man selbst ordentlich Steuern zahlt!

Angesichts dieser Tatsache muten die Beschlüsse des Unterausschusses, die oben erläutert wurden, zum mindesten reichlich merkwürdig an. Man hat den Eindruck, daß bei den Beratungen nichts anderes als ein Kreislauf zustande gekommen ist, statt einer positiven Kritik an der derzeitigen Finanzwirtschaft und an der beabsichtigten Steuergesetzgebung.

Wir fürchten, es muß erst das gestörte Gleichgewicht im Haushalt des Volkes katastrophale Wirkungen erzeugen, ehe die Erkenntnis, die Besinnung und die Kraft zur ehrlichen Steuerreform in den breiten Volksmassen lebendig wird. Jetzt kann mit Fug und Recht Herr Luther, der Mann mit dem immer fröhlichen Photographiegesicht, sagen, das Volk habe es ja gewollt. Wer sich mit Hindenburg retten wolle, müsse damit zufrieden sein, daß der agrarisch-industrielle Rechtsblock seinen Geldbeutel auch gerettet habe.

Die Kosten dieser „Lebensrettung“ wird dem deutschen Volke der Steuererheber aus dem Hause holen.

---

## Die Massenunglücke im Bergbau

*Von Heinr. Löffler*

Der Bergmann ist in seinem Beruf von vielen Gefahren umgeben. Darum werden sich auch Unglücke nicht restlos abwenden lassen, so ideal und so menschlich das wäre und so sehr es angestrebt werden muß. Oft scheint es, als setze sich die Erde zur Wehr gegen die Menschen, die in sie hineindringen, um Schätze aus dem tiefen Dunkel an das Licht der Sonne zu bringen. Ihre hauptsächlichsten Wehrmittel sind Gebirgsdruck und davon ausgehende Zerstörung der Zimmerung in den Schächten, Strecken und Querschlägen, Stein- und Kohlenfall, Ausströmungen von Gasen, die in Vermischung mit der Luft explosibel und erstickend sein können, Wassereinbrüche usw. Oft lauert die Gefahr heimtückisch und unerkannt, um dann wütend über ihre Opfer herzufallen. Das Betreiben des Bergbaues ist eben mit großen Gefahren verbunden. Um so größer aber ist die Pflicht, nichts zu unterlassen, was den Schutz für den Bergmann erhöht. Es ist noch nicht genug getan. Noch lange nicht.

Wenn die Erde vom Schlagen der Wetter dröhnt, wenn die Opfer im Bergbau gleich zu Dutzenden und aber Dutzenden fallen, wenn in Sekunden 100 und oft noch mehr unversorgte Kinder vaterlos werden, dann zeigt sich ein allgemeines Mitempfinden. In vielen Fällen aber kann es nur Schein sein. Wenn „Die Kreuzzeitung“, „Die Deutsche Tageszeitung“, „Die Nationalpost“, „Der Lokal-Anzeiger“ u. a. vom bravem Bergmann reden, dann klingt das nicht nur wie Hohn, sondern wird auch von den Bergarbeitern so empfunden. Diese Zeitungen und ihr Anhang haben stets im Vordertreffen des Kampfes gegen den erforderlichen Bergarbeiterschutz gestanden. In allernächster Zeit werden sie beweisen können, was sie für den Schutz des Bergmannes zu tun bereit sind. Die Bergarbeiter, die täglich im Dienst der Allgemeinheit in die gefahrenvolle Erde fahren, fordern zum Zwecke erhöhter Sicherheit Arbeiterkontrolleure. Ueber diese Angelegenheit wird demnächst im Preußischen Landtag entschieden werden. Wir glauben schon jetzt sagen zu können, in welchen Parteien die Ablehner sitzen. Es wird sich dann erweisen, welche Parteien wirklich mitempfinden und welche Mitempfinden nur heucheln, und um des Scheines willen vom bravem Bergmann reden.

Die Massenunglücke sind beklagenswert. Sie müssen eingedämmt werden, soweit das menschlicher Wille nur eben vermag. Von den Einzelunfällen, die in ihrer Gesamtzahl grausamer sind, wird kaum noch geredet. Sie vernichten aber noch mehr Gesundheit und Leben wie die beklagenswerten Massenunglücke. Um das nachzuweisen, müssen wir auf die Unfallstatistik von 1922 zurückgreifen. Die Zahlen für 1924 liegen noch nicht abgeschlossen vor, und 1923 wurde im Ruhrbergbau nur wenig gearbeitet, denn er stand damals unter dem Zeichen des passiven Widerstandes. Im Ruhrbergbau wurden 1922 1083 tödliche Verunglückungen gezählt. Das entspricht einem Verhältnis von 2,423 auf 1000 Beschäftigte. Ferner wurden im Bereiche der Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion 2 (Oberbergamtsbezirk Dortmund), von 1000 Beschäftigten 8 durch Unfälle verletzt. Von diesen Unfällen hatten zur Folge: 1,85 den Tod, 0,02 dauernde gänzliche Erwerbsunfähigkeit, 1,34 dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit und 4,79 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Ueber das Entstehen der sofort tödlichen Unglücke unterrichtet nachfolgende Aufstellung. Es wurden 1922 im Ruhrbergbau getötet:

Durch Gestein und Kohlenfall	366 Mann
Beim Fahren	29 „
Beim Arbeiten in oder am Schacht	39 „
In blinden Schächten mit Förderung	232 „
Bei der Förderung in annähernd horizontalen Strecken	104 „
Durch Explosionen schlagender Wetter	31 „
Durch matte oder böse Wetter	25 „
Bei der Schießarbeit	32 „
Bei Wassereinbrüchen	1 „
Durch Maschinen im Grubenbetrieb	3 „
Auf sonstige Weise	61 „
Durch maschinelle Vorrichtungen über Tage	51 „
Durch Eisenbahnen und Lokomotiven über Tage	24 „
Auf sonstige Weise über Tage	8 „
Summe	1083 Mann

Größere Explosionen schlagender Wetter haben sich 1922 nicht ereignet. Dennoch beträgt die Zahl der sofort tödlichen Unglücke 1083. Durch Einzelunglücke ungefähr täglich 4 Tode im Ruhrbergbau! Das ist Pensum. Wir wollten durch diese Aufstellung nachweisen, welche großen Opfer der Bergbau so laufend täglich erfordert, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas vernimmt. Sie erschrickt nur bei Massenunglücken. Dann auch nur schreiben die schon genannten Zeitungen vom braven Bergmann. Wenn aber dieselben Bergleute etwas mehr Lohn, etwas mehr Licht und etwas mehr Schutz fordern und dafür kämpfen, dann sind es Rebellen, die zur Raison gebracht werden müssen.

Schon vier große Unglücke haben sich im Laufe von 1925 im Ruhrbergbau ereignet. Auf Zeche „Hannibal“ mit 7 Toten, „Minister Stein“ 136 Tote, „Mathias Stinnes“ 12 Tote, und nun wiederum „Dorstfeld“ mit 45 Tote. Daneben dann noch die täglichen Einzelunfälle. Eine positive Schuld irgendeines Beteiligten läßt sich selten nachweisen. Nur bei dem Förderungsglück von „Mathias Stinnes“ ist ein untrügbarer Zeuge vorhanden. Das Diagramm des Geschwindigkeitsmessers. Nach ihm muß bei der Unglücksfahrt den Fördermaschinen die klare Ueberlegung auf wenige Sekunden verlassen haben. Sie genügten, um ein großes Unglück heraufzubeschwören.

Auf der Zeche „Minister Stein“ ist das große Unglück die Folge einer Schlagwetterexplosion gewesen, unzweifelhaft wohl entzündet durch einen Sprengschuß. Die explosiblen Gase haben nicht vor Ort, in unmittelbarer Nähe des Schusses gestanden, sondern weiter zurück über der vorschriftsmäßig verpackten Streckenzimmerung. Durch die vom Schuß ausgehende Lufterschütterung sind sie in die Strecke gedrängt worden, und haben hier durch die Vermengung mit dem frischen Wetterzug (Luft) erst die Explosionsfähigkeit erhalten. Diese Gase sind explosiv, wenn sie in der Luft in einem Prozentsatz von 5—14 enthalten sind. Die höchste Explosivität liegt in der Mitte. Der abgegebene Schuß dürfte im höchsten Falle mit nur einer Patrone besetzt gewesen sein, worin, wie erst jetzt bekanntgeworden ist, eine gewisse Gefahr besteht. Während ein stärker besetzter Schuß, durch seine größere Hitzeentwicklung, die brennbaren Teile der Zündmittel (Papphülsen, Schwefelkropfen des elektrischen Zünders usw.) bei der Explosion im Bohrloch durch die entstehende Hitze restlos vernichtet, ist dies bei einem Schuß mit nur einer Patrone, wie jetzt festgestellt wurde, nicht der Fall. Es können glimmende Reste der nicht vernichteten Zündmittel rückwärts geschleudert werden. Ein Vorgang, der sich auf „Minister Stein“ ereignet haben wird. Die durch die Lufterschütterung von über der verpackten Zimmerung in die Strecke gedrängten Gase, haben sich mit höchster Wahrscheinlichkeit an dem rückwärts geschleuderten und glimmenden Zündmittelrest entzündet. Ein fast harmloser Vorgang mit furchtbaren tragischen Folgen. Die Schlagwetterexplosion hat dann im lagernden Kohlenstaub weitere Nahrung gefunden und ist zur entsetzlichen Katastrophe ausgeartet. Nachdem sich erwiesen hat, daß feinsten Gesteinsstaub ein Mittel ist, um entfachte Explosionen zu erstickern, darf keine Minute versäumt werden, um ihn zur Anwendung zu bringen. Man verstehe recht: Nicht Explosionen können mit Gesteinsstaub verhindert werden, sondern nur ihre Ausdehnung wird eingeschränkt. Eine Explosionsflamme, die in reichlich lagernde Gesteinsstaubmengen hineinschlägt, erstickt darin, im Gegensatz zum Kohlen-

staub, der ihr willkommene Nahrung bietet. Der Gesteinsstaub lagert auf quer durch die Strecken angebrachten Bretterverschlägen, die auch schon bei kleineren Explosionen zusammenbrechen und dadurch den Gesteinsstaub unbedingt aufwirbeln.

Wenn es über das Entstehen des Unglücks auf „Minister Stein“ noch eine gewisse Erklärung mit großer Wahrscheinlichkeit gibt, so steht man bei „Dorstfeld“ vor einem Rätsel. Es ist gemeldet worden, daß das Unglück seinen Ausgang von der Sprengstoffkammer der Grube genommen habe, worin über 1000 Kilogramm Dynamit lagerten. Die Sprengstoffkammer ist eine durchaus moderne Anlage gewesen, die durch schwere Türen mehrfach verschlossen war. Wie konnten die Dynamitvorräte explodieren? Durch Selbstentzündung oder durch chemische Zersetzung? Diese Annahmen haben nur sehr geringe Wahrscheinlichkeit. Wir neigen zu der Auffassung, daß eine Schlagwetter- oder Kohlenstaubexplosion stattgefunden hat, deren Stichflamme in die Geschoskammer geschlagen ist und die Sprengstoffvorräte zur Explosion brachte. Daß also die Sprengstoffkammer nicht der Ausgang, sondern der Abschluß des Unglücks war. In dieser Richtung sollten auch die Untersuchungen geführt werden. Im anderen Falle dürfte man sich auf durchaus falsche Fährte bewegen und zu keinem, auch nur wahrscheinlichen, Ergebnis kommen. Wir halten es für nicht gut denkbar, daß die Explosionsflamme des Sprengstoffes 1000 Meter weit geschlagen ist und dann eine Kohlenstaubexplosion entfacht hat, zumal diese Entfernung keinesfalls eine gerade Linie bilden dürfte. Wenn die Explosion von der Sprengstoffkammer ausgegangen sein soll, dann darf sie nicht erst in einer Entfernung von 1000 Meter Kohlenstaub entzündet, sondern sie muß schon in nächster Nähe auf Kohlenstaub gestoßen und sich so bis in das Abbaufeld fortgepflanzt haben. Immer aber bleibt die Frage: Wie konnte sich der in mehrfach gesicherter und verschlossener Kammer lagernde Sprengstoff entzünden?

Hingegen konnte die Stichflamme einer Wetter- und Kohlenstaubexplosion den Weg in die verschlossene Dynamitkammer finden, denn dabei entwickeln sich Temperaturen von über 2000°. Einer solchen Temperatur werden die massivsten Türen keinen Widerstand bieten. Darum ist der umgekehrte Gang der Explosion viel wahrscheinlicher. Aber auch sie muß Nahrung bis zur Geschoskammer gefunden haben. Es muß genau untersucht werden, ob sich in der genannten Tausendmeterentfernung Koksbildungen zeigen. Ist dies der Fall, dann kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Explosion nicht von der Geschoskammer, sondern vom Abbaufeld ausgegangen ist. Es wäre beklagenswert, wenn die Ursache dieses tragischen Unglücks nicht ermittelt werden könnte. Restlose Klarheit zu schaffen ist gewiß schwer, weil die zunächst Beteiligten verstummt sind, wie das leider bei solchen Unglücken die Regel ist. Um so nachhaltiger aber ist die Untersuchung zu führen. Besonders ist zu untersuchen, wie es mit dem Gesteinsstaubverfahren auf der Unglückszeche bestellt war. War es nur mangelhaft durchgeführt? Es dürfte noch genügend Zeugen geben, um darüber Gewißheit zu verschaffen.

Wenn die Bergarbeiter die Schuldfrage der vielen Unfälle in ihrem Beruf erörtern, dann weisen sie anklagend auf das System hin. Das System des Antreibens und der Akkordarbeit. Nun sind in der Tat die Arbeitsbedingungen so gestellt, daß es höchster Anstrengungen be-



darf, damit ein Lohn verdient wird, der ausreichend ist, um ein kümmerliches Dasein zu führen. Der Ausgangspunkt dieses Systems ist der international geführte Konkurrenzkampf. Der Bergbau sollte kein Objekt des internationalen Wettbewerbes sein. Dafür ist er von Natur aus zu gefährbringend. Bergarbeiter und Bergbauunternehmer sollten sich international zusammenfinden, und Vereinbarungen treffen, die den Konkurrenzkampf ausschalten und einen ausreichenden Bergarbeiterschutz garantieren. Man führe Konkurrenzkämpfe, wo es zugänglich ist, aber nicht in der Gefahrenzone des Bergbaues.

---

## Muß die Schwereisenindustrie durch Zölle geschützt werden?

*Von Paul Ufermann*

In der kleinen Zollvorlage sind auch wieder Schutzzölle auf Eisen, Stahl und Walzwerkserzeugnisse enthalten. Neben den Zöllen auf Agrarprodukte sind es gerade diese Erzeugnisse, die die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich lenken. Dies ist sehr erklärlich. Ein Zoll auf Eisen und Stahl verteuert eines der wichtigsten Rohprodukte und ist so geeignet, das Preisniveau aller Waren zu erhöhen. Der so dringend notwendige Export von Fertigerzeugnissen der Eisenindustrie wird dadurch nicht unerheblich gehemmt. Es ist notwendig, einmal die Frage zu prüfen, ob die Schwereisenindustrie eines Zollschutzes überhaupt bedarf.

Um was handelt es sich hier? Man kann hier nicht von sogenannten „Erziehungszöllen“ reden, wie sie beispielsweise bei der Automobilindustrie vorgeschlagen werden. Erziehungszölle sollen den Zweck haben, eine in der Entwicklung begriffene Industrie vor der Vernichtung durch die ausländische Konkurrenz zu schützen, solange sie noch nicht in der Lage ist, den einheimischen Bedarf zu decken. Daß dies bei der deutschen eisenerzeugenden Industrie nicht zutrifft, bedarf weiter keiner Begründung. Diese ist eine der mächtigsten Europas, fähig und in der Lage, gegen jedes Land den Konkurrenzkampf aufzunehmen. Ja, sie ist desto eher hierzu befähigt, weil sie den großen Vorsprung einer verlängerten Arbeitszeit gegenüber den meisten in Frage kommenden konkurrierenden Staaten genießt. Das Dreischichtensystem in anderen Ländern ist bei uns wieder in den durchgehenden Betrieben wie früher durch das Zweischichtensystem ersetzt. Also wozu dann Schutzzölle?

Die politischen Machtverhältnisse geben Antwort. Man konnte eine Industrie nicht übergehen, die der heutigen Regierungskoalition zur Macht verhalf und deren Rückgrad bildet. Wie vor 50 Jahren bei seiner Gründung kämpft der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller unter Führung seines Geschäftsführers Dr. Reichert mit allen Mitteln für einen hohen Schutzzoll. Mit Hilfe seiner wirtschaftlichen und politischen Macht gelang es, diese Forderung durchzusetzen, obwohl es nicht an Protesten fehlt, die insbesondere die fertigerarbeitende Industrie erhebt.

In der Rohstahlgemeinschaft, im Stahlwerksverband, im Roheisenverband, dem Röhrensyndikat und anderen Verbänden hat sich die Eisen- und Stahlindustrie blitzende Waffen geschmiedet, mit deren Hilfe sie nicht nur im Inland, sondern auch gegen das Ausland mit allen Mitteln zu kämpfen gewillt ist. Diese lückenlose Monopolisierung wird jedoch erst dann vollständig, wenn Schutzzölle zur Einführung gelangen. „Es ist ohne weiteres klar,“ schreibt J. Kollmann in seinem Werke „Der deutsche Stahlwerksverband“, „daß der Stahlwerksverband auf dem Schutzzollsystem aufgebaut ist und seinen nächstliegenden Zweck, den inländischen Markt den inländischen Produzenten zu sichern, nur unter dem System der Schutzzölle erreichen kann. Gut organisierte Verbände dieser Art werden den Schutzzoll zugunsten der Produzenten und zu Lasten der Konsumenten erst recht zur Wirksamkeit kommen lassen.“ Zum Schaden der deutschen Exportindustrie und letzten Endes der Verbraucher vermag die eisenerzeugende Industrie neben anderem einen Extraprofit nicht zu erzielen. Dieser Extraprofit „ist ein Tribut, welcher der gesamten Konsumentenklasse des Inlandes auferlegt ist; in welchem Ausmaß er von den einzelnen Schichten dieser Konsumenten getragen wird, ob er in concreto Abzug von der Grundrente, vom Profit oder vom Arbeitslohn ist, und in welchem Maße er es ist, hängt genau so wie bei der Abwälzung der indirekten, auf industriellen Rohstoffen und Genußmitteln lastenden Steuern von den konkreten Machtverhältnissen und von der Natur des Gegenstandes ab, der durch den Schutzzoll verteuert wird . . . Aber wie immer schließlich diese Erhöhungen wirken, ein Teil des Einkommens der Gesellschaft wird durch sie mit Beschlag belegt, zugunsten der zollgeschützten kartellierten Industrie, deren Akkumulation dadurch mächtig gefördert wird.“ So charakterisiert Genosse Rudolf Hilferding in seinem „Finanzkapital“ treffend die Wirkung der Eisenzölle auf die Bildung von Profit und die Zusammenballung des Kapitals.

Selbst wenn man die straffen Kartelle, durch deren Hilfe erst der Schutzzoll zur Geltung kommt, außer acht läßt, so muß man doch bedenken, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie heute ganz anders dasteht als vor dem Kriege. Sind es doch nur einige Riesenbetriebe, horizontal und vertikal gegliederte Konzerne, die die Verbände der Eisen- und Stahlindustrie beherrschen und als Produzenten in Frage kommen. Deren Ausmaß an dieser Stelle zu schildern, dürfte sich erübrigen. Es genügt, daran zu erinnern, daß diese Königreiche der Industrie, die durch die Umwälzung des Krieges und der Inflation so ungeheuer profitierten, die wesentliche Teile des nationalen Reichtums an sich zu ziehen vermochten, nun durch die Zölle auf Kosten der Konsumenten dauernd gestärkt werden sollen.

Wie die geplanten Eisenzölle auf die weiterverarbeitende Industrie wirken, geht aus einer im „Berliner Tageblatt“ vom 26. Mai veröffentlichten Stellungnahme des Reichsbundes der deutschen Metallwarenindustrie hervor. Dort heißt es u. a.: „Wenn daher jetzt die geplante Zollerhöhung zum Gesetz erhoben wird, so bedeutet das nichts anderes als eine völlige Verdrängung eines großen Teils der deutschen Fertigungsindustrie vom Auslandsgeschäft und eine empfindliche Steigerung der Inlandspreise für den Massenverbrauch. Damit wird aber gerade das Gegenteil von dem erreicht, was die Zollerhöhung bezweckt: die Nachfrage nach Feinblechen geht erheblich zurück und die Walzwerksindustrie hat ebenfalls keine Entwicklungsmöglichkeit,

es sei denn, daß sie ihr Material zum Weltmarktspreise exportiert, und damit zeigt, daß sie des erhöhten Zollschutzes gar nicht bedarf. Der Reichsbund der deutschen Metallwarenindustrie sieht also in der geplanten Zollerhöhung eine große Gefahr für die Entwicklung der Fertigindustrie und der Walzwerke und kann nicht dringend genug vor dieser Maßnahme warnen.“ Man sieht also, daß auch seitens der Industrie erhebliche Bedenken gegen einen Zoll der zur Verarbeitung bestimmten Eisenerzeugnisse bestehen. Doch die Wünsche und Bedürfnisse der Fertigindustrie fallen eben weniger ins Gewicht als die ihrer großen Brüder. Und dies; obwohl die fertigverarbeitende Industrie 2,15 Millionen Arbeiter oder 29,7 Prozent der gesamten deutschen Industriearbeiterschaft beschäftigt, wohingegen die eisen- und metallherzeugende Industrie nur 335 000 Arbeitern oder 4,5 Prozent der Gesamtarbeiterschaft Lohn und Brot gibt. Umgekehrt als diese Ziffern ist es um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß dieser Industriegruppen bestellt.

Die Eisenzollfrage erscheint ferner in einem eigentümlichen Licht, wenn man die Expansion deutscher Eisenwerke im Ausland berücksichtigt. Krupp in Essen hat, um nur ein Beispiel anzuführen, in Spanien, Jugoslawien usw. große Werke zur Lokomotiv- und Waggonerzeugung aufgekauft. Die Ausdehnung des Stinnes-Konzerns nach Oesterreich, Ungarn und andern Ländern erfolgte nach mehreren Seiten hin. Ueber die Errichtung großer Werke in Südamerika seitens der deutschen Schwerindustrie ist schon mehrmals berichtet worden. Die Herren treiben also nicht Waren-, sondern Kapital-export. Bei der so gestalteten Situation muß man sich vergeblich fragen, weshalb noch ein Zoll auf Eisen erhoben werden soll. Die deutsche Schwerindustrie errichtet Werke im Ausland, wodurch die Ausfuhrmöglichkeiten für die Mutterwerke verschlechtert werden, und für die heimischen Werke verlangt man einen Schutz durch Zölle.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie schleppen sich schon monatelang hin, ein konkretes Ergebnis ist noch nicht zu ersehen. Klar dürfte es wohl sein, daß, wenn wir von Frankreich Zugeständnisse erwarten wollen, wir mit solchen nicht auf uns warten lassen können. Der hauptsächlichste Ausfuhrartikel Frankreichs ist Roheisen und Halbzeug, und gerade hier soll die Verhandlungsbasis durch neue Eisenzölle erschwert werden.

Die deutsche Schwereisenindustrie ist finanziell, technisch und organisatorisch in der Lage, jeden Wettbewerb auszuhalten. Sie gliedert sich in starke und konzentrierte Werke, die überdies in starken Syndikaten verbunden sind. Sie ist diejenige Industriegruppe, die am allerwenigsten eines Schutzes bedarf. Eisenzölle, selbst in der alten Höhe, würden den Export der fertigverarbeitenden Industrie ungeheuer erschweren. Letzten Endes bedeutet die Einführung eines Schutzzolles für Eisen nichts anderes, als einen großen Tribut der gesamten konsumierenden Bevölkerung, an die stärkste Unternehmergruppe Deutschlands. Es ist wahrhaftig nicht einzusehen, warum dies notwendig sein sollte.

---

## Heraus aus der Kirche?

Von *Pfarrer Dietrich Graue, M. d. L.*

Die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik hat Ende April in Berlin zwanzig öffentliche Versammlungen stattfinden lassen, zu denen unter dem Stichwort: *Gegen die schwarze Gefahr!* an den Anschlagssäulen eingeladen war. Ich erlebte die in den Sophiensälen. Verteilte Flugblätter, angebotene Broschüren und die Ausführungen der Redner bearbeiteten die Erschienenen mit starken Worten, der Kirche den Rücken zu kehren. Auch der *Monistenbund* veranstaltete eine Versammlung, in der Herr *Deri* zu „Gebildeten“ sprach, während die in den Sophiensälen Versammelten meist *Kommunisten* waren.

Ist diese *Neubelebung* der Austrittsbewegung wünschenswert? Ist von ihr zu erwarten, daß sie „die Entwicklung der Menschheit zu einem freien Geschlechte“ fördert, wie es in einem der Flugblätter heißt? Wird sie dazu beitragen, die soziale Lage der breiten Massen unseres Volkes zu bessern oder auch nur das Verständnis für die Nöte zu mehren, unter denen sie leiden?

Es ist meine Ueberzeugung, daß das Gegenteil eintreten muß.

Im alten Deutschland ließ es sich verstehen, daß viele Deutsche, nachdem ihre politischen Ueberzeugungen sie in Gegensatz zur bestehenden Staatsform gebracht hatten, den dynastischen und konservativen Privilegienstaat auf dem Wege über die Kirche zu schwächen suchten. Die evangelische Kirche war damals Staatskirche. Der Landesherr war zugleich der Landesbischof der evangelischen Kirche seines Staates und legte darauf nicht geringen Wert, weil der Altar als festeste Stütze des Thrones und aller Autorität galt. Diese Stütze wollte man zermürben und konnte wohl der Meinung sein, dies durch Massenaustritt aus der Kirche erreichen zu können.

So klug und politisch das gedacht zu sein schien, so war es doch schon damals psychologisch falsch. Religionsgesellschaften, ob nun große Kirchen oder kleine Sekten, werden durch Angriffe nicht schwächer, sondern stärker. Was sie an Zahl und Steuern verlieren, gewinnen sie an Kraft, nämlich durch den Zwang zur Selbstbesinnung und die erhöhte Treue und Opferwilligkeit der Zurückbleibenden. Religion kann nur durch Religion überwunden werden, ja, echte Religion liebt den Sturm der Geschichte mehr als ein geruhames Dasein. Es gibt nichts Zäheres, Widerstandsfähigeres als Kirchen. Nicht einmal Gott kann sie töten. Wie lächerlich fanden die Gebildeten des Altertums die neu aufkommende Armeleute-Religion des jungen Christentums! Aber während das römische Weltreich längst dahinsank, wurde die römische Kirche zur alles beherrschenden Macht des Mittelalters! Auch die Wissenschaft ist dagegen machtlos. Das Aufklärungszeitalter, mit Recht über die ersten Ergebnisse wirklicher Wissenschaft und den erlernten Gebrauch der Vernunft entzückt, hielt dafür, daß alle kirchlichen Dogmen und klerikalen Ansprüche an ihrem eigenen Widersinn zugrunde gehen müßten. Während die evangelische Kirche sich durch den Rationalismus ihrer Theologen dem Zeitgeist anpaßte, wurde 1773 der Jesuitenorden aufgelöst. Als 1786 die deutschen Erzbischöfe in den Emser Punktationen

die deutschen Katholiken romfrei machen wollten, hielt die preußische Regierung diese große Zukunftsmöglichkeit für so unwichtig, daß sie rasch zum Erliegen kam. Aber 1814 wurde der Jesuitenorden neu aufgetan, und nicht nur der Einfluß dieses Ordens, sondern das Ansehen der ganzen katholischen Kirche ist seitdem wieder zu einer so starken Realität geworden, daß alle Regierungen und Parlamente fortgesetzt damit rechnen müssen. Am 26. November 1913 schrieb ich in der „Vossischen Zeitung“: „Eher läßt sich glauben, daß das Deutsche Reich in Stücke fällt oder Preußen Republik wird, als daß man ein Recht zu der Annahme hat, daß jemals eine kirchenlose Zeit eintreten könne. Ja, sollten geschichtliche Katastrophen über unser Volk hereinbrechen, so wird im Wechsel der Dinge trotz aller ihrer Mängel nichts fester stehen als die Kirche.“ Ich ahnte damals nicht, daß sich schon im August 1914 die Richtigkeit dieses Satzes zeigen würde, als zu Beginn des Krieges alle Welt in die Gottesdienste strömte. Und im November 1918 brachen wohl alle deutschen Throne kraftlos zusammen, kam die Republik, war der Bestand des Deutschen Reiches in Frage gestellt, aber die Kirchen standen fester denn je. Dies Stück Weltgeschichte hat ja jeder von uns selbst erlebt und hat sehen können, was im Wechsel der Dinge konstant ist.

Eins freilich hat sich inzwischen auch hier geändert, nämlich die rechtliche Lage der Kirche. Wir alle, ob kirchlich oder kirchenfeindlich, stehen einer völlig neuen Situation gegenüber. Artikel 137 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt: „Es besteht keine Staatskirche. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig.“ Von diesem Recht haben die Kirchen Gebrauch gemacht; ihre größte und wichtigste, die evangelische Kirche der altpreußischen Union, ist am 1. Oktober 1924 frei vom Staate geworden. Aber der Staat nicht von der Kirche! — weder finanziell noch kulturell! Letzteres aber liegt an dem verhängnisvollen Begriff der „Erziehungsberechtigten“ in Artikel 146. Die Freunde der weltlichen Schule waren bei Schaffung dieses den Staat als Schulherrn beschränkenden Begriffs mit dem Zentrum eines Sinnes. Denn hinter den Erziehungsberechtigten stehen die Priester, sowohl die des Glaubens wie die des Unglaubens. Auch die weltliche Schule ist, bei Lichte besehen, eine konfessionelle, nur mit negativem Vorzeichen. Aber man übersah, daß die Priester des Glaubens einflußreicher als die des Unglaubens sind, denn sie sind erfahrener, und alles Positive wirkt dauernd, während das Negative temporär beschränkt ist. So sind die Bestimmungen der Reichsverfassung der Begründung weltlicher Schulen nur wenig zugute gekommen. Im allgemeinen haben wir in Deutschland auf absehbare Zeit überall kirchlich-konfessionelle, in den Gesinnungsfächern von der betreffenden Religionsauffassung bestimmte Schulen. Vom Religionsunterricht aber sagt Artikel 149, daß er in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt wird. Je schwächer, konservativer und unsozialer die Kirchen werden, desto schwächer wird auch der Geist der Schulen.

Es besteht für den einzelnen die Möglichkeit, seine Kinder durch Abmeldung vom Religionsunterricht in Sicherheit zu bringen. Ich bin schon im alten Abgeordnetenhaus hierfür eingetreten. Für jeden aber, der nicht nur an sich selbst denkt, sondern den Blick aufs Ganze und

die Mehrheit der Volksgenossen richtet, erhebt sich die Frage, wie die Kirchen sich dogmatisch, kulturell, sozial und politisch aufhellen lassen, damit ihr gesetzlich garantierter, tiefgehender Einfluß die Arbeit der Schulen nicht ins Stocken bringt, sondern fördert. Das hier berührte Problem wird man auf die kurze Formel bringen dürfen: Echte, aufrichtige Religiosität befruchtet das geistige Leben und macht das überlieferte Kulturgut erst verständlich, während Klerikalismus (katholischer wie evangelischer) lähmend und verdummend wirkt. Anstatt also die hellen Köpfe und freiheitliebenden Gewissen aus den Kirchen herauszuholen und diese dadurch immer schwächer werden zu lassen, kommt es darauf an, die Kirchen den konservativen Parteien aus der Hand zu nehmen, damit sie nicht politisch mißbraucht werden können, sondern ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt werden, überzeugende Religion und starke, befreiende Moral zu verbreiten. Weit richtiger und vielversprechender als die Austrittsbewegung ist daher der Vorsatz, in die Kirchen, ihre Körperschaften und Synoden sobald wie möglich einzudringen.

Die neuen Kirchenverfassungen fordern hierzu auf. Alles Wesentliche findet man in W. Schubring: Kirchenpolitisches A.B.C., Huttenverlag, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 8. Eine Schwierigkeit liegt nur in der Bestimmung (Verfassungsurkunde für die evangelische Kirche der alt-preußischen Union, Artikel 15, 4), daß man sich vorher in die Wählerliste seiner Gemeinde eintragen lassen muß. Wird aber die Parole hierzu energisch, etwa durch einen Parteitag, ausgegeben, so läßt sich diese Unbequemlichkeit überwinden, und schon bei den nächsten Wahlen lassen sich Erfolge erzielen. Denn das kirchliche Gemeindegewaltrecht schreibt in § 6 vor, daß jede Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stattfindet, so daß auch Minderheiten sofort zu ihrem Rechte kommen. Sind aber erst alle politischen Parteien und kulturellen Richtungen an der kirchlichen Verwaltung beteiligt, so ist die Kirche zu politischer Neutralität gezwungen. Alle Parteien links vom Zentrum haben in den letzten Jahren erfahren, was es für sie bedeutet, wenn die konservativen Herrschaften in der Kirche unter sich sind und deren Organisationen, Vereine und Zeitungen ungeniert in den Dienst ihrer reaktionären Politik stellen können. Das läßt sich mit geringer Mühe verhindern, — wenn man selbst dabei ist.

Nun fragt es sich freilich, ob man selbst dann, wenn man die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung im allgemeinen zugibt, als gewissenhafter Mensch sich persönlich damit befassen kann. Wer mit aller Religion gebrochen hat, darf das natürlich nicht. Aber meist ist nur verkehrter Jugendunterricht, den wir ja gerade bessern wollen, daran schuld, wenn sich einer für religionslos hält. Wirklich religionslose Menschen sind ziemlich selten. Alle führenden Köpfe der deutschen Bildung (Goethe!) sind von Religion im Innersten bewegt gewesen; alle großen Kunstwerke der Menschheit bleiben ein Buch mit sieben Siegeln, wo man von Religion nichts in sich spürt. Dazu aber kommt, daß es nichts Volksfreundlicheres gibt als die Predigt Jesu, oder in der katholischen Kirche die des heiligen Franziskus von Assisi. So notwendig es ist, durch gesetzlichen Zwang die Lage der breiten Massen des Volkes zu bessern, so ist es nicht minder wichtig, den Geist zu pflegen, aus dem die Gesetze kommen, in dem sie angewendet und von dem sie ergänzt werden sollen. Aus

klerikal erstarrten Kirchen, die man den Priestern und Honoratioren überließ, wird dieser Geist nie herauswachsen, wohl aber aus Volkskirchen, die alle Stände, Richtungen und Parteien umschließen. Keine noch so starke Austrittsbewegung wird es fertig bringen, die Kirchen umzulegen. Zerstört sie aber die Ansätze, die zur Bildung einer volkstümlichen Kirche überall bereit liegen, so wird die deutsche Zukunft klerikal und dunkel sein.

## Der Retter

Das Heldenepos, das wir in dieser Rubrik wie ein köstlich Mosaik, Steinchen an Steinchen fügen, soll ganz gewiß nicht dem alten Hindenburg gelten, wohl aber denen, die ihm die Märtyrerkrone des Retters aufgepaßt haben.

Am 19. Mai schreibt das „Deutsche Tageblatt“, Organ derer, die in Hindenburg die Aufwertung gesichert sahen: „Aus dem Kuhhandel der Aufwertungsverhandlung ist jetzt ein Kompromiß entstanden, das gegenüber dem großen Volksbetrug vollkommen die Waffen streckt. Der Mann, den die deutschnationalen Wähler als Begründer des Rechtes auf Wiederherstellung des ehrlichen Kapitals in den Reichstag hinein gewählt haben, Dr. Best, hat seine grenzenlose Enttäuschung über den Umfall der Deutschnationalen durch seinen Austritt kundgegeben, und dies ist nicht nur eine Demonstration, sondern eine Warnung an die Fraktion und Partei, der die alten Besitzer des Volkskapitals bei den letzten Wahlen ihr Vertrauen geschenkt haben.“

Am 20. Mai kommt aus London die Nachricht, daß in Frage der Entwaffnungsnote und der Räumung Kölns allem Anscheine nach noch eine weitere ernstliche Verzögerung dadurch drohe, daß das Versailler Militäramt zu der Aufstellung über Deutschlands Verfehlungen zwei Hinzufügungen beantragt habe. Am 23. Mai kommt aus London die Nachricht, daß England in zwei wichtigen Punkten der französischen Auffassung vollkommen nachgegeben habe, nämlich erstens darin, daß der Garantiepakt nicht in Kraft treten kann, bevor Deutschland dem Völkerbunde beigetreten ist, und zweitens darin, daß der Pakt sich innerhalb des Rahmens des Versailler Diktats halten müsse. Am 22. Mai bringt die „Preußische Kreuzzeitung“ unter der Ueberschrift „Unannehmbare Entwaffnungsforderungen“ eine Liste dieser mit Sicherheit zu erwartenden Forderungen: 1. Umbildung des deutschen Generalstabs, 2. vollständige Umstellung der deutschen Munitionsfabriken, 3. Freiwillige für die Reichswehr dürfen nicht mehr eingestellt werden, 4. Dezentralisierung der Schutzpolizei, 5. die auf die Ausführung des Artikels 429 des Friedensvertrages (Terminisierung der Räumung) bezügliche deutsche Gesetzgebung muß wirkungsvoller gestaltet werden. — Die Nationalisten sprechen gern voll Hohn über Scheidemanns verdorrte Hand. Scheidemann hat bekanntlich seine Unterschrift unter den Friedensvertrag nicht nur verweigert, sondern er hat sie auch tatsächlich nicht geleistet. Es wird abzuwarten sein, ob der Retter das Schmuckwort: mit der eisernen Hand, mit der verdorrten Hand oder — mit der erfüllenden Hand dereinst erhält.

Am 20. Mai erklärt Graf Westarp im Reichstag: „Das Volk hat den ihm wesensfremden, uns vom Ausland aufgezwungenen republikanisch-demokratischen Gedanken abgesagt.“ Am gleichen Tage antwortet im Namen der Deutschen Volkspartei Freiherr v. Rheinbaben: „Die Formulierung des Abgeordneten Graf Westarp, daß sich die vierzehneinhalb Millionen Wähler Hindenburgs gegen das republikanisch-demokratische System ausgesprochen hätten, ist nicht ganz glücklich.“ — Die Einigung der nationalen Parteien hat sich anscheinend auch im Zeichen Hindenburgs noch nicht restlos vollzogen.

\*

Eine ungefähre Berechnung ergibt, daß das deutsche Volk durch die eingebrachte kleine Zollvorlage eine Mehrbelastung von einer halben Goldmilliarde zu tragen haben wird. — Am 26. Mai teilt die Reichsregierung mit, daß sie die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtgehälter nicht übernehmen könne.

\*

Am 18. Mai wird der frühere thüringische Minister, der Sozialdemokrat Hermann, endgültig von der Anklage der Untreue freigesprochen. — Die Ausfegung der sozialdemokratischen Korruptionsbrüder nimmt im Zeichen des Retters seltsame Entwicklung . . . Julius Barmat verläßt die Charité und begibt sich in seine Wohnung; auch Henri Barmat wird gegen eine Kaution von 10 000 Mark (welch Verhältnis zu den angeblichen Verbrechen) aus der Haft entlassen. Die Erschütterung der Nationalisten, die sich die Reinigungsaktion des Retters wohl anders vorgestellt haben, demonstriert sich durch einen Akt, der aufs neue beweist, wie weit die moralische Zersetzung eines Teiles der preußischen Justizbeamten gediehen sein muß: Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht den ihr unter Bruch des Amtsgeheimnisses zugegangenen Beschluß des Kammergerichts, der die Enthaftung Julius Barmats verfügte. Sie verdächtigt im Anschluß daran das Zentrum und den diesem angehörenden preußischen Justizminister der Absicht, den deutschen Panama-Skandal sang- und klanglos begraben zu wollen.

\*

Am 21. Mai redet Mussolini in Rom: „Nicht nur die Rheingrenze, sondern auch die Brennergrenze muß garantiert werden . . . Die deutsche Propaganda für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ist nicht statthaft. Italien könnte niemals einen solchen offenkundigen Vertragsbruch dulden.“ Am 23. Mai läßt sich der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Wien melden, daß zur Vorgeschichte der Mussolini-Rede die Absicht gehöre, zwischen Italien und Oesterreich nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Gemeinschaft zu bilden. Der „Lokal-Anzeiger“ fügt dieser Nachricht hinzu, daß sich leider nicht bezweifeln lasse, daß etwas an dieser Nachricht daran ist. — Mussolini soll die Wahl Hindenburgs lebhaft begrüßt haben.

\*

Am 23. Mai veröffentlicht die „Nationalpost“, das offiziöse Organ der Deutschnationalen, die noch während der Wahlkampagne für Hindenburg vor ihren Wählern geschworen haben, daß der spanische Handelsvertrag durch die Deutschnationalen abgelehnt werden würde, ohne Kommentar eine Zuschrift des Deutschen Industrie- und Handelstages, durch die in baldigster Entscheidung die Annahme des spanischen Vertrages verlangt wird. — Am 20. Mai veröffentlicht die „Deutsche



Tageszeitung“ einen Aufruf des Pfälzer Bauernbundes, in dem die Herren Abgeordneten gefragt werden, ob ihnen bewußt sei, daß die durch die Zustimmung zu dem Verträge den deutschen Weinbau langsam dem Ruin entgegengehen lassen: „Eine Annahme dieses Vertrages ist der reichstreuhen Bevölkerung des besetzten Gebietes ein Faustschlag ins Gesicht für treues Verhalten in schwerster Zeit.“ Am 23. Mai fordert ein vom Reichslandbund inspirierter Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ die Zurückziehung des spanischen Abkommens bis über das Zollgesetz hinaus. Am 26. Mai veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Ein letzter Appell der Winzer“ eine Zuschrift des Deutschen Weinbauverbandes, die die Reichstagsfraktion auffordert, dem Verlangen der Reichsregierung auf Ratifikation des Vertrages nicht zu entsprechen. — Am 27. Mai wird der deutsch-spanische Handelsvertrag bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Der größte Teil der Deutschnationalen hat für den Vertrag gestimmt. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Für den kleinen deutschen Winzerstand bedeutet die Annahme den Ruin — damit aber zugleich für Hunderttausende von Existenzen im Rheinlande die durch den Vertragsbruch Frankreichs vorbereitete Vernichtung, jetzt vollendet durch den Vertrag des Deutschen Reiches.“ — Die Winzer und Obstzüchter können ja nun feststellen, inwieweit der Retter die Bedingtheiten der deutschen Politik durch besondere Wundermacht zu beeinflussen vermochte.

\*

Am 19. Mai bezichtigt die „Deutsche Zeitung“ den Reichsaußenminister, Hindenburg gemißbraucht und die öffentliche Meinung irreführt zu haben: „Durch seine gestrigen Ausführungen (die große Reichstagsrede) hat er erneut und klar bewiesen, daß er voll und ganz auf Verzicht eingestellt ist ...“ Am 20. Mai schreibt das „Deutsche Tageblatt: „Das Erfüllungskabinet Luther bleibt also Erfüllungskabinet, der deutschnationale Reichsfinanzminister selbst hat, wie Stresemann in seiner Rede feststellt, in völliger Uebereinstimmung mit der Reichsregierung den Standpunkt der Durchführung des Dawes-Planes sich zu eigen gemacht. Das Sicherheitsangebot bleibt bestehen, Eupen-Malmedy, das Saargebiet und Elsaß-Lothringen werden bedingungslos preisgegeben. ... Man wird angesichts der von uns erwarteten und vorausgesagten Haltung der Deutschnationalen Volkspartei, die im Gegensatz zu ihren Wahlversprechungen ..., daß es schwer ist, über Theorie und Praxis der Deutschnationalen keine Satire zu schreiben.“ Am 22. Mai erregt sich die „Deutsche Zeitung“ darüber, daß der Reichsaußenminister in seiner Stuttgarter Bankettrede zugegeben habe, daß Deutschland am Kriege schuldig sei. Am 25. Mai schreibt die „Deutsche Ztg.“: „Wie kann Herr Stresemann behaupten, daß die Wahl und Vereidigung Hindenburgs eine Befestigung der republikanischen Staatsform sei?“ — Die Einigung des deutschen Volkes, die der Retter besorgen sollte, scheint nicht einmal in den sogenannten nationalen Parteien zu marschieren.

\*

Am 25. Mai veröffentlicht der Pariser „Matin“ ein telegraphiertes Interview, das Herr Sauerwein mit Herrn Stresemann gehabt hat: „Hindenburgs Erklärung nach der Eidesleistung, seine Worte zu Dr. Simons, seine Würdigung des Präsidenten Ebert haben einen Widerhall gehabt, der in weiten Kreisen der Linken vernehmlich geworden ist. In einigen deutsch-demokratischen Zeitungen, die besonders im Ausland

gelesen werden, ist nach der Wahl des Präsidenten eine Meinungsäußerung deutlich zu erkennen.“ Der „Eclair“ nennt diesen telegraphierten Herrn Außenminister „insolvent“. — Am 26. Mai veröffentlicht die deutschnationale Telegraphenunion aus Dortmund Nachrichten über Verschärfung in der Besatzungstaktik: Neue überraschende Paßkontrollen, rücksichtslose Verhaftungen, Zeitungsverbote und andere Schikanen des Militärs gegen die deutsche Bevölkerung. — Am 26. Mai kommt über London die Nachricht, daß Briand den Sicherheitspakt abzuwürgen bestrebt ist. Frankreich will nicht nur die Westgrenze, sondern auch die Ostgrenze für alle Zeit gesichert wissen. Auch nicht auf schiedsgerichtlichem Wege soll Deutschland die Ostgrenze abändern dürfen. — Die gewaltigen Perspektiven, die der Retter für Deutschlands Weltentwicklung aufstoßen sollte, scheinen sich noch nicht recht öffnen zu wollen.

Am 26. Mai wird aus München gemeldet, daß dort zu Pfingsten 30 000 Stahlhelmlaute erwartet werden. — Für die Redaktion der Kontrollnote dürfte diese Nachricht gerade noch früh genug kommen.

Am 23. Mai wird mitgeteilt, daß in Hannover, wohin sich Hindenburg begeben hat, der Deutsche Jägerbund seinen Bundestag abhalten und in dessen Verlauf am Hause des Reichspräsidenten vorbeimarschieren werde. Am 25. Mai bringt die Bilderbeilage der nationalistischen Zeitungen ein Bild, das Hindenburg beim Verteilen der Ehrenpreise während des in Hannover stattfindenden Hindenburg-Rennens zeigt. Der Reichspräsident trägt die Uniform eines kaiserlichen Marschalls. Ob solche Kostümierung für Deutschland die Rettung bedeutet, oder ob sie von Frankreich als Anreiz zu neuen Forderungen gesegnet wird, bleibt abzuwarten.

## Thomas Mann

Von Kurt Offenburg

Aber mehr und mehr versüßte sich ihm auch die Lust am Worte und der Form, denn er pflegte zu sagen (und hatte es auch bereits aufgeschrieben), daß die Kenntnis der Seele allein unfehlbar trübsinnig machen würde, wenn nicht die Vergnügungen des Ausdrucks uns wach und munter erhielten . . . *Th. Mann: „Tonio Kröger“.*

Thomas Mann steht als Fünfzigjähriger so auf der Höhe seiner künstlerischen Kraft, daß man, um das Phänomen seines Werkes zu erfahren, nicht umhin kann, sich zuerst mit dem „Zauberberg“ auseinanderzusetzen.\*)

Mann war nie übersprudelnd jung und er wird nicht leicht alt werden. Die geistigen Spannkraft, die Schärfe und Intensität der Konzeption, die ein Teil seiner schöpferischen Wesensart sind, hängen nicht, wie mehr triebhaft bedingter künstlerischer Ausdruck, von der physischen Vitalität der Persönlichkeit ab.

„Zauberberg“ ist die am kühnsten gespannte Arbeit Thomas Manns. Sie enthält die beiden Strömungen, die für den Autor am charakteristisch-

\*) Vgl. den Aufsatz von C. F. W. Behl auf Seite 1679 des vorigen Jahrganges. Die Red.

sten sind: schon in der Konzeption des Romans, in der Idee, den Helden in die künstliche Atmosphäre des Sanatoriums zu bringen; liegt die Möglichkeit, sein Daseinserlebnis gleichsam auf eine einheitliche Ebene zu projizieren; und die Sanatoriumsatmosphäre hat zugleich das, was Manns persönlichste Note ist: etwas abseitig Skurriles, jenen leisen Hauch von verwerflichem Spiel mit gefährlichen und unterirdischen, nicht ganz hellen Dingen, die er überall entdeckt.

Es ist nicht zu leugnen: man liest dieses in der Darstellung fast überdeutliche Buch nicht ohne das Gefühl in etwas Geheimes, eigentlich besser verhüllt Gebliebenes, eingedrungen zu sein, wohlweislich geschlossenes Sein spielerisch aufgebrochen zu haben. „Der Zauberberg“, das ist die verführerische und verfluchte Stätte, wo die Unzulänglichkeit zur Beglückung wird. Hans Castorp, der sanfte und schlichte Held des Romans (nicht so schlicht, daß er nicht irgendwie angenagt wäre) hat schon im Unterbewußtsein Unlust und Hemmung, tätig ins Leben zu greifen, ehe er in das Sanatorium kommt, wo man die feuchte Stelle in seiner Lunge entdeckt. Auch in seiner Psyche ist eine Krankheitsbereitschaft, die ihn reif macht, in diesen Hörselberg einzugehen, in dieses Leben, wo Zeit und Tat aufgehoben sind und der einzelne in fruchtloser Selbstbejahung sich nichtig und wichtig um sich selbst dreht. Es ist eine der fabelhaftesten und größtlichen Stellen in diesem Roman (in ihrer Nüchternheit an — Bosch gemahnend), da Hans Castorp, nachdem sich seine Lunge als beschädigt erwiesen hat, zum erstenmal nicht mehr als Gast, sondern als Krankheitsgeweihter an den Mittagstisch des Sanatoriums kommt und die Tischnachbarn ihn mit schelmischer Hochachtung in die Gemeinde der lebendig Toten aufnehmen.

Dieser Roman hat auch jene verblüffende Anschaulichkeit, fast Ueberdeutlichkeit, die für das Können von Thomas Mann typisch ist. Man schmeckt förmlich die Atmosphäre der Menschen, des Lebens, der Dinge, der Landschaft und der Gefühle. Ein Gesicht, eine Wesensart wird auf die zwingendste, auf die suggestivste Formel gebracht. Dann aber tritt das Merkwürdige ein, daß das Wortbild, das zum erstenmal ausgesprochen, von sprühender Lebendigkeit ist, in unermüdlicher Wiederholung zum Schema entlebendigt wird. Es vollzieht sich, und das ist die negative Seite dieser zugespitzten Arbeit, daß Kunst zum Kunstgewerbe wird, — wenn man diesen Ausdruck auf ein literarisches Werk anwenden darf.

In „Tonio Kröger“ nennt der Dichter den Helden einen verirrtten Bürger. Der Schöpferdrang sei gespeist aus dem Gegensatz zwischen dem komplizierten und dem hellen, einfachen, unmittlerbaren Menschen. Aber diese Antipolarität Künstler-Mensch trifft in dieser Schärfe nur auf Thomas Mann selbst zu. Was Tonio Kröger von Hans Hansen trennt, ist nicht allein sein Künstlerertum, sondern seine hyperkomplizierte Intellektualität und die unendliche Akribie seiner Analysen: dieses sich eingraben und verlieren in eine Ideenfolge, in eine Abstraktion; dieses Weiterspinnen eines einmal aufgegriffenen Fadens, bis die Lebendigkeit und Klarheit der Intuition zum eigenbrötlerischen Gespinnst wird. Daß der Zwiespalt zwischen bürgerlicher Gesinnung und dunklem Wissen um geheime Dinge ihn, Thomas Mann, zum Künstler gemacht haben, ist eine jener Konstruktionen, in denen Mann geistreich Erfülltes allzu schematisch vereinfacht.

In den Novellen erzählt Thomas Mann immer wieder von der Beglückung der schöpferischen Arbeit und der Angst vor ihrem ungeheuren Anspruch an Seele und Körper. Aber man hat dem geistreichen und überkomplizierten Stil Manns gegenüber das Gefühl, daß dem Autor nur wohl ist, wenn er seine konzentrierte und scharfe Geistigkeit aufs äußerste anspannen kann. Die Gestaltung an sich, die Ueberwindung der technischen Widerstände, die Formung des Stoffes ist Genuß und Selbstzweck.

Nur ein Künstler wie Thomas Mann konnte die Geschichte „Herr und Hund“ schaffen: eine Arbeit, in der der Stoff fast gar nichts ist; die ihre Werte rein aus der minutiösesten Schilderung allerwinzigster Ereignisse und Empfindlichkeiten schöpft und sich nicht genug tun kann, Gegenständliches in einer souveränen und rhythmischen Sprache abzuschildern. Es ist, als ob Thomas Mann eine Neigung hätte, die undankbarsten Stoffe zu wählen, um sie zu überwinden. Die sprödeste und trockenste Materie lockt diesen Dichter zur künstlerischen Erweckung. In „Zauberberg“ werden Kompendien über den gegenwärtigen Stand der naturwissenschaftlich-medizinischen Disziplin vorgetragen, rhythmisiert und aufgelockert, so daß von Langeweile keine Rede sein kann. Ohne den ungeheuren Bildungstoff, der im II. Band nur ganz locker mit der Handlung verwoben ist und zum Teil von Sprechern getragen wird, die fast Allegorien sind, — ohne die Ausbreitung dieses Bildungstoffes, wäre „Zauberberg“ für den Autor eine leicht abzurundende Arbeit gewesen. Aber Mann hat auch diese letzte Schwierigkeit auf sich genommen und sie mit einer beispiellosen Technik überwunden.

Aber dieser Epiker, der selbst ausspricht, „daß die Kenntnis der Seele allein unfehlbar trübsinnig machen würde, wenn nicht die Vergnügungen des Ausdrucks uns wach und munter erhielten . . .“, steht immer ein Stück entfernt vom Leben; so überlegen und reflektierend, daß die erschaute Welt zum Spielzeug wird: Spielwerk des Geistes. — Trotz allem Willen zur Strenge und dichterischen Gerechtigkeit bleibt Mann seinen Menschen so entrückt, daß Karikatur und Sentimentalität immer nahe sind. „Was er aber sah, war dieses: Komik und Elend — Komik und Elend.“ Fast alle Figuren Thomas Manns haben etwas von Marionetten (im Gegensatz zur armseligsten Figur, z. B. bei Flaubert oder Dostojewski), weil der Autor die Erlebnisse ihres Seins nicht von ihrem Innern, sondern von seinem Außen her erfaßt.

Auch in dem tragisch angelegten „Tod von Venedig“ ist höchstens Wehmut, aber nichts von unmittelbarer Erschütterung zu spüren. Die Sehnsucht des Alters nach der unerreichbaren Jugend ist, trotz der klassizistischen Formung, mehr peinigend als tragisch; und auch in der meisterhaften Schilderung der süßen und giftigen Luft Venedigs ist schon etwas wie Uebersteigerung ins pathologisch Trübe. Ebenso ist in der ausgezeichnet frühen Novelle „Tristan“ schon diese Mischung von Tragik und Burleske.

Mann vermag Liebesbeziehungen, wie die berückende Szene zwischen Frau Chauchat und Hans Castorp im „Zauberberg“, mit aller Süße der Atmosphäre darzustellen. Aber Süßigkeit und Schwüle sind nur der Gegenpol der Kälte. Die schwingende Mitte des Menschlichen fehlt diesem Darsteller der feinsten Nuancen des äußeren Lebens.

\*

Thomas Mann, dieser Sohn einer alten Lübecker Familie, hat niemals seine Ehrfurcht vor Ordnung und Sitte verleugnet. Diesem ängst-

lichen Bejaher ungestörter Entwicklung ist die deutsche Republik erst gefühlshnahe geworden, als sie die Unruhe ihres Werdens überwunden hatte. Es ist kein Gesinnungswechsel, wie man ihm vorgeworfen hat, daß Thomas Mann, der Monarchist, sich heute zur Republik bekennt; denn die Republik von heute ist ihm, was ihm die Monarchie von einstens war: Gewährleistung stetigen und tätigen Wandels.

Es ist dieselbe Furcht vor den Unendlichkeiten der Relativität, die Thomas Mann stets drohend hinter den Erlebnissen fühlt, die ihm die antirevolutionäre (was nicht antirepublikanisch heißt) politische Stellung und die klassizistische Haltung seines Stils diktiert. In den Romanen Manns und in seinen politischen Büchern brechen seine geheimen Skrupel, seine paradoxe Einstellung für den Fühlenden dabei immer wieder durch. Mann zieht seine Charakterschilderungen und seine Weltauffassung in übereinfache Formeln zusammen, weil er eine ängstliche Abneigung gegen die unausschöpfbare Kompliziertheit der Welt hat, die er unter der Oberfläche überlieferter Form und Gesinnung ihr Wesen treiben fühlt. Aber die rabulistische Schärfe Manns leuchtet durch seinen gesinnungstüchtigen Positivismus.

Die Schrift über „Friedrich und die große Koalition“, die eine Verteidigung des deutschen Militarismus im Weltkrieg sein sollte, ist (unabsichtlich oder absichtlich?) in ihrer psychologischen Schärfe statt pathetisches Ausrufezeichen ein skeptisches Fragezeichen geworden. Wir glauben nicht, daß dieser gehetzte, boshafte, tückische, menschenfeindliche Fridericus rex konservativen Herzen ungestörtes Vergnügen machen kann.

Wenn Thomas Mann in „Friedrich“ und „Betrachtungen eines Unpolitischen“ — da er in seiner psychologischen Einsicht nicht anders kann, als die Gerechtigkeit der Sache in Frage zu stellen — das Recht zur Gewalt glorifiziert, so spürt man darin die Spannung und Hysterie, die gerade den Schwachen in diesem Krieg am gereiztesten gemacht hat. — Mann war zu ehrlicher Psychologe, um nicht zu sehen, daß es mit der Rechtlichkeit des Ueberfalls in Schlesien und des Einfalls in Belgien nicht ganz einwandfrei bestellt war, — was Dumme leugnen. Aber er stellte sich auf seine komplizierte Weise (und weil er Richtschnur und sicheren Weg, die er in seinem gleichgewichtslosen Wesensgrund nicht besitzt, in der Außenwelt sucht) auf die konservative und auf die Seite der Macht. Denn Thomas Mann hat nicht nur die geistige Schwingungsweite und alle glänzenden Fähigkeiten, die aus sehr verschiedenartigen Rassen stammenden Menschen oft zu eigen sein pflegt; er hat auch den bei solchen Typen häufigen Mangel an einem einheitlichen Instinktzentrum. Das unterscheidet ihn von den bürgerlich deutschen Dichtern („handwerksernsten Dichtern“ wie Mörike, Storm, mit denen er sich in „Betrachtungen eines Unpolitischen“ zusammen nennt). Man sucht die harte und ernste Arbeit als Mitte und Halt seines sehr ungefestigten Richtungswillens. Keiner dieser Dichter ist ein fatalistischer Arbeiter wie Mann. Kellers und Mörikes Zustimmungen und Verneinungen kommen aus einem ungebrochenen Gefühlszentrum. Auch ihre Stellung zur Welt ist ohne Skrupel und ohne dialektische Komplizierung.

Thomas Mann jedoch leitet das Recht zu seinen Bejahungen und Verneinungen von außen her ab. Man empfindet, daß er, seines schwankenden und unsicher tastenden Gefühls undeutlich bewußt, die Stellung

zum Dasein dialektisch, manchmal auch sophistisch verteidigt, die ihm selbst Haltung und Anhalt zu geben verspricht. Thomas Mann ist auch der Dichter des „Hochstaplers Kroll“, dieses gefühlkalten, das Leben nur schauspielerisch erfühlenden Menschen. Und in jedem seiner Bücher, auch in dem Märchen von der „Königlichen Hoheit“, sind diese dekorativen Elemente. Ebenso in „Fiorenza“ und im „Tod von Venedig“.

Thomas Mann erzählt, daß er als Knabe ein Spiel geliebt habe, in dem er tage- und wochenlang als Prinz agierte. Dieser geniale und proteushafte Dichter hat den Trieb nach starken und ewigen Inhalten. Dieses Verlangen (paradox zu seiner Skepsis) veranlaßt die mißverständliche Auffassung seiner politischen Stellungnahme.

## Der ferne Klang

Von Else Kolliner

Ein Institut wie die Staatsoper steht heute vor der schweren Aufgabe, den noch lebenden, schaffenden Künstlern einer von der Entwicklung überrannten Kunst- und Weltanschauung die Möglichkeit zu bieten, ihre Werke aufgeführt zu sehen und doch die Vorwärtsbewegung nicht aufzuhalten. Sie hat die stärksten künstlerischen und finanziellen Mittel und darf die Führung im Reich nicht verlieren. Es wird immer vorkommen, das einmal das eine, einmal das andere Moment den Ausschlag gibt. Aber keiner dieser beiden Standpunkte ist auf die — mühevolle und kostspielige — Einstudierung von Schrekers fernem Klang anwendbar. Will man Schreker aufführen — gegen den man eine Ehrenpflicht mit den „Gezeichneten“ und dem „Schatzgräber“ ja schon erfüllt hat, und dessen steril erotische Musik ein empfängliches Publikum nur mißleitet —, so wäre noch immer ein neues Werk „Irrelohe“ zu wählen gewesen. „Der ferne Klang“ liegt in jeder Beziehung vor der gewaltigen Zäsur der Kriegszeit. Es hätte für Schrekers Künstlertum, für seinen Entwicklungstrieb gesprochen, wenn er dieses Werk der Öffentlichkeit entzogen hätte. Daß er es selbst noch dirigiert, es also heute noch als lebendig empfinden kann, zeigt, warum seine Musik wurzellos und unfruchtbar, warum sie nicht einmal, wie er meint, „Theater“ ist. Denn gerade das „Theater“ ist denkbar nur als Projektion des Zeit-Theaters auf der Bühne, als intensivste Verdeutlichung dessen, was in mancherlei Verkleidung uns selber treibt.

Man las: In Leningrad hat gerade in diesen Wochen „Der ferne Klang“ einen sensationellen Erfolg gehabt. Höchst unwahrscheinlich darum, daß er in der Berliner, der typisch bourgeoisen Form aufgeführt wurde. Man nehme nur den Schluß des zweiten Aktes auf der Hetäreninsel. Der Künstlerheld glaubt, in ein Fest der guten Gesellschaft geraten zu sein, und äußert, als er seinen Irrtum erkennt, sittliche Entrüstung. Eine weibliche Nebenrolle zu einem Besucher: „Graf! jetzt oder nie!“ Der Graf fordert also ganz ungeniert den Künstler zum Duell: „er liebe diese Dame.“ Der Künstler: „Dame?“ „Ich schlage mich nicht um einer Dirne willen.“ Selbst die Sühne des dritten Aktes löscht das Bekenntnis dieser Ausdrucksweise nicht aus.

Fritz verläßt Grete, weil er sich als Künstler erfüllen will. Er sucht „den fernen Klang“. Grete soll an den reichen Wirt verschachert werden,

sucht Fritz, findet ihn nicht, sucht den Tod, findet das Leben aber schöner und flieht ihrerseits in die Welt. Auf der Hetäreninsel treffen sie sich an dem Abend wieder, an dem Grete sich selbst als Preis für das schönste Lied aussetzt. Folgt die oben erwähnte Szene. Im dritten Akt wird die heruntergekommene Grete während der Aufführung von Fritzens Werk von Dr. Vigelius, der entfernt in die Katastrophe ihrer Mädchenzeit verstrickt ist, wiedererkannt. Fritzens Werk hat in den zwei ersten, „sehnsüchtigen“ Akten sensationellen Erfolg, der Akt der Erfüllung ist mißglückt. Er ist todkrank, fühlt, daß er diese Erfüllung nur bei Grete gefunden hätte. Vigelius führt sie ihm zu, er stirbt in ihren Armen.

Nicht nur das Buch, auch die Musik ist typisch für den seelischen Dilettantismus, der dem Wesen der Dinge, dem Entscheidenden, immer fern bleibt, der einen letzten Wellenschlag auffängt, und ihn künstlich zu einer Wasserhose aufpeitschen will. Mikroskopisch kleine Persönlichkeits- und Menschlichkeitspartikel sind nicht Reime — wären sie das! —, sondern der Grund, aus dem ungeheure Verwolkungen leeren Dunstes aufsteigen. Schreker ist, ganz abgesehen von der Substanz seines Talentes, die Synthese aus den Schwächen Wagners — Pathetik — und den Schwächen von Strauß — Manko der persönlichen Weltanschauung. Er hat nicht die Oekonomie von Strauß — Oekonomie ist immer ein Zeichen für das Format des Talentes —, um Persönlichkeit und Talent zu etwas Positivem aneinander auszugleichen. Das Buch wäre eine Unterlage für eine naive Oper in kurzen Bildern. Schreker gießt über Haupt- und Nebenvorgänge, über alle Unterschiede der Stimmung und Belichtung, über Realismen, Romantizismen, Humor eine gleichmäßig bombastische Musik. Man spricht von seiner Farbe, seinen Klangmischungen — es ist Farbe über Knochenlosigkeit, Formlosigkeit, losgelöst vom Ausdruck einer wahren, starken, aus einem inneren Kern sich verströmenden Gefühlswelt, Farbe als Mischungsrekord, Musik als Kunstgewerbe, als „Jugendstil“. Eine einzige Szene interessiert in der Technik; es ist eine neue Form des Duetts, wenn der ekstatisch monologisierende Fritz gleichzeitig den Bericht des Vigelius hört, in kurzen Einwüfen darauf reagiert.

In einer gleichmäßig glatten Aufführung (an diesem Abend dirigierte Schreker) führt Hörth mit Pirchans Dekorationen Regie. Am gelungensten ist der Theatergarten. Die Hetäreninsel hat bis auf einen — wiederholten — wirbelnden Höhepunkt nicht einmal Leben und Sinnlichkeit eines von ehrgeizigen Kunstfreunden arrangierten Atelierfestes.

---

## RANDBEMERKUNGEN

### *Kleine Wahrheiten*

#### *Kommunistischer Unjug*

Im Anschluß an die Nachricht, daß in Sofia die Todesurteile gegen die Cathedral-Attentäter vollstreckt werden sollen, schreibt die „Rote Fahne“: „Es gilt jetzt in allen Betrieben, in allen politischen Organisationen aufzustehen und den Gesandtschaften der bulgarischen

Mörderregierung zu zeigen, daß die Arbeiterklasse der Welt die Justizmorde, die Fortsetzung des Zankoff-Terrors nicht dulden wird. In letzter Stunde ergeht der Ruf: „Heraus zum Protest!“ Die „Rote Fahne“ muß wissen, daß solche Aufforderung nichts als Schaumschlagerei ist. Was auch immer die Berliner Arbeiterschaft oder gar die Arbeiterklasse der ganzen Welt

tun möge, sie vermag nichts daran zu ändern, daß die bulgarische Regierung Todesurteile vollstreckt. Man kann über die Todesurteile und deren Vollstreckung sehr verschieden denken, aber man muß es als einen Mißbrauch des proletarischen Zornes und geradezu als eine systematische Abtötung der politischen Widerstandskraft der Arbeiterschaft brandmarken, wenn derart sinnlos zum Protest, zum Marsch auf die Straße und zu was sonst noch allem aufgefördert wird.

\*

### *Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“*

Am 16. Mai — es ist uns nicht entgangen, wir fanden nur bisher keine Zeit, uns damit zu befassen — veröffentlicht die Nachtausgabe des „Tag“ ein Bild Hindenburgs mit der Unterschrift: *Hindenburg fährt zur Jagd*. Der Reichspräsident ist in Jägeruniform, in der Rechten hat er einen langen Bergstock; die Linke greift in den Riemen eines Gewehrs, das über der Schulter hängt. Der „Lokal-Anzeiger“ will seinen Lesern einreden, daß dieses Bild höchst aktuell sei; gleichzeitig soll wohl die Rüstigkeit des Herrn Reichspräsidenten, aber auch die Tüchtigkeit und die Intimität des „Lokal-Anzeiger“ bewiesen werden. Da aber Hindenburg das Wochenende doch wohl auch erst am Sonnabend nachmittag beginnen dürfte, und die Nachtausgabe des „Lokal-Anzeiger“ bereits am frühen Nachmittag des Sonnabend erschienen ist, müßte der „Lokal-Anzeiger“ auch noch Wunderkräfte besitzen, wenn er mit so exorbitanter Fixigkeit den Hofdienst besorgt. Es bleibt also nur übrig: entweder hat sich der Herr Reichspräsident apart zur Veröffentlichung im „Lokal-Anzeiger“ schon am Freitag als Jäger kostümiert, oder aber — und darauf möchten wir wetten — der „Lokal-Anzeiger“ hat ein Bild, das Hindenburg zwar als Jäger zeigt, aber wesentlich früher, jedenfalls noch vor der Reichspräsidentenzeit,

aufgenommen worden ist, veröffentlicht. Solches würde man aber wohl getrost nicht nur eine Lüge, sondern auch einen Betrug an den Lesern nennen dürfen. Vom „Lokal-Anzeiger“ erwarten wir nicht, daß er, der sich tot stellt, wenn man ihn züchtigt, Auskunft gibt.

Breuer

### *Neudeutsche Klassik*

Herr Killinger hat seinen „Wikingern“ — die prima im Hindenburg-Spazier standen — ein Programm beschied, worin es heißt: „Wir bekennen uns zu dem Wort Herodots: Krieg ist der Vater alles Werdens...“ Die Verhöhnung und Verhedderung zweier Sätze Heraklits („Krieg ist Vater aller Dinge“ und „Alles fließt“) für ein Wort Herodots zu erklären — das kriegt auch nur ein Wikingergesicht fertig! Ein noch Kühnerer wird nächstens mit einer Historie auftreten, nach der Herodot den Artemis-Tempel bei Ephesus angezündet, Herodot aber, bei Beschreibung der Perserkriege, erkannt hat, daß der Krieg der Vater aller Dinge und daß alles im Werden ist; wovon sich schon Herakles überzeugte, als er alles fließen sah, was Heraklit aus dem Stall des Augias hinausspülte. Der Phantasie eines Wikingers sind keine Schweifungen verwehrt. Nebenbei, es gehört ja wohl zum neuesten Deutschtum: seit der Kadetten- oder Klippeschulzeit kein Buch in die Hand genommen zu haben und Schreiben und Lesen nur als technisches Mittel zu benutzen.

### *Arbeitgeberpolitik*

Es ist begreiflich, aber deswegen noch lange nicht richtig, daß die Arbeitgeber die Wirtschaft nur rein unter ihrem Interessentenstandpunkt betrachten. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die zusammenfassenden Darstellungen, die die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände in ihrem seeben herausgegebenen *Geschäftsbe-*



richt 1923 und 1924 geben, ein sehr wertvolles wirtschaftliches Dokument, um so wertvoller, als in diesem ca. 350 Seiten umfassenden Berichte eine Fülle von Material beigebracht ist, das die Bestimmung hat, die Arbeitgeberpolitik zu stützen. Gerade weil dieses Dokument so wertvoll ist, ist es auch so gefährlich, denn es dient sicherlich dazu, die Macht der Arbeitgeber-Verbände, deren Einfluß auf Wirtschafts- und Gesetzgebung ja ohnehin gefährlich groß ist, zu stärken.

Nach einer Darstellung der wirtschaftlichen Folgen der Inflation und der Ueberleitung in die Stabilisierung sagt der Bericht der Arbeitgeber-Verbände:

„Die Erkenntnis, daß ein Rückfall in die Inflationsperiode unserer Währung uns erneut und auf schnellster Bahn dem sicheren Abgrunde zuführen würde, hält bei der Masse des Volkes auch jetzt noch an. Die Erkenntnis aber, die im Augenblick unserer Umstellung im November/Dezember 1923 tatsächlich in alle Kreise des Volkes sich gleichfalls fest und sinnfällig eingepreßt hatte, daß nämlich ebenso wie eine Zurückführung unserer Währungsrechnung auf vorkriegszeitliche Rechnung auch eine Zurückführung unserer Wirtschaftspolitik auf die gesünderen Gedankengänge vor der Demobilmachungszeit unumgänglich notwendig sei, als Grundlage unserer Gesundungsmöglichkeit, diese Erkenntnis ist leider in vielen Kreisen unseres Volkes und in erster Reihe bei einer großen Zahl der maßgebenden Gewerkschaften wieder geschwunden. Gegen Ende des Jahres 1923 war den Arbeitern sinnfällig geworden, daß ebenso wie die Inflationsgedankengänge und Gesetze für Geld und Währung nicht mehr beibehalten werden konnten, auch die Gedankengänge der Demobilmachungsgesetzgebung verlassen werden mußten, wenn wir die Umstellung unserer Wirtschaft auf ruhigere feste Bahnen führen wollen. Damals erkannte man, daß mit Arbeits-

streckung den Arbeitslosen nicht geholfen, mit nominellen Lohn-erhöhungen die Kaufkraft nicht gehoben, mit verminderter Arbeitszeit die Produktion nicht vermehrt wird, und so kam es, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich mit dem Gedanken der Notwendigkeit einer gegen früher verlängerten Arbeitszeit vertraut machten, so kam es, daß ein Reichsarbeitsminister, der bisher mit den Grundsätzen der Demobilmachung arbeiten zu müssen geglaubt hat, sich zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer neuen Arbeitszeitverordnung durchrang, die die Möglichkeit einer über acht Stunden täglich hinausgehenden Arbeitszeit vorsah. Jetzt, wo bescheidener Erfolg dieser Sinn-umstellung aus dem Ende des Jahres 1923 sich zu zeigen scheint, bröckelt ein Stück nach dem anderen von dieser Erkenntnis ab. Wiederum vertritt man aus taktischen und dogmatischen Gründen in den Gewerkschaftskreisen die Forderung nach nominaler Lohn-erhöhung, um die Kaufkraft zu heben. Die Erinnerung, daß dies vor Jahren der erste Schritt zur Inflation war, ist wieder vergessen. Wiederum tritt man dafür ein, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Erinnerung, daß wir damit unsere Produktion auf 60 bis 70% des möglichen Nutzeffektes herabgedrückt haben, hält nicht mehr an. Gerade darum aber ist es notwendig, daß wir auf die beiden zurückliegenden Jahre einen Blick werfen, weil wir uns Lehrmeister sein müssen. Wie es nicht gemacht werden soll, das sollen wir aus 1923 lernen, und wie es möglich ist, uns wieder emporzuarbeiten, das soll uns 1924 lehren. Schlagen wir die Lehren von 1924 in den Wind, so werden wir auf die Bahnen von 1923 zurückgeworfen.“

Diese Gedankengänge, die das A und O der Arbeitgeberpolitik der letzten Jahre darstellen, verdienen nach mehr als einer Richtung hin eine kritische Würdigung. Wir sind mit den Arbeitgebern darin einig, daß eine neue Inflation

ein Unglück für die deutsche Wirtschaft wäre, und daß alles verhütet werden muß, um die deutsche Wirtschaft vor neuer Inflation zu bewahren. Aber, und jetzt kommt die Verschiedenheit unserer Auffassung: die deutsche Wirtschaft kann nicht nur auf Kosten der Arbeitslöhne und auf Kosten der Heraufschraubung der Arbeitszeit saniert werden, eine derartige Sanierung wäre keine Sanierung. Das sehen wir ja jetzt, in den Wochen progressiver Geldverknappung, ganz deutlich. Zu einer Wirtschaft gehört nicht nur Produktion, sondern auch Konsum. Es gehört nicht nur dazu Produktionsmöglichkeit, sondern auch Konsummöglichkeit. Es ist doch eine Tatsache, daß die Menge der Umlaufmittel gegenüber den Friedenszeiten ganz erheblich gesunken ist. Wenn ein Kaufmann im Frieden mit einem geringen Kapital ein Geschäft einrichtete, so versuchte er den Kapitalmangel dadurch wettzumachen, daß er möglichst schnell umsetzte, um möglichst schnell sein Kapital wieder in die Hände zu bekommen. Dazu mußte er möglichst billige Preise stellen. Diese Lehre haben die Arbeitgeber, die Unternehmer, die Warenbesitzer noch nicht gezogen. Das ist einer von den gesünderen Gedankengängen vor der Demobilisierungszeit, deren Beherzigung nicht bloß im Interesse der Arbeitnehmer, sondern unserer gesamten Wirtschaftspolitik liegt. Wie weit die Unternehmer von der Verwirklichung dieser Gedankengänge entfernt sind, das zeigt die Tatsache, daß trotz der kolossal gestiegenen Steuern und Unkosten die Dividenden der Aktien-Gesellschaften, die jetzt herauskommen, diesen in den meisten Fällen ermöglichen, eine sehr hohe Dividende zu zahlen. Die Dividende kann man doch nur aus dem Unterschied zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis herausziehen. Wenn also die Selbstkosten sehr hoch sind und die Dividende auch sehr

hoch ist, dann ist die logische Schlussfolgerung doch nur die, daß auch die Preise sehr hoch sind und damit die Gewinnspanne. Aber noch nach einer anderen Richtung kann der Beweis erbracht werden, daß es darauf ankommt, den Umsatz unserer Wirtschaft zu vermehren. In der Textil- und Bekleidungsindustrie häufen sich in der letzten Zeit die Konkurse und die Geschäftsaufsichten. Warum? Die Waren sind zu teuer, sie können nicht abgesetzt werden. Hier offenbart sich engster Zusammenhang mit der Lohnfrage.

Es ist eine irrtümliche Darstellung von Arbeitgeberseite, als ob die Gewerkschaftspolitik darauf hinausläufe, die Nominallöhne zu erhöhen. Das wissen die Gewerkschaftsführer auch und für so beschränkt braucht sie niemand zu halten, daß hohe Nominallöhne der arbeitenden Klasse gar nichts nutzen können. Es kommt darauf an, die Reallöhne zu erhöhen, d. h. die Kaufkraft der Löhne zu heben. In den Kreisen, die auf den Massenabsatz angewiesen sind, und das sind die meisten Unternehmer, erkennt man ja auch die Notwendigkeit der Hebung der Kaufkraft an, denn eine Wirtschaft und auch die Weltwirtschaft ist ja nun einmal auf den Massenbedarf aufgebaut; wenn Konsumenten ausfallen, so leidet darunter die Wirtschaft. Es ist deshalb von vielen Seiten die Berechtigung, entweder durch Lohn-erhöhung oder durch Preisabbau den Reallohn zu stärken und die Kaufkraft zu heben, anerkannt worden.

Im großen und ganzen aber vertreten die Arbeitgeber und vertritt auch dieser Bericht der Arbeitgeber-Verbände eine reine Produzentenpolitik, sie vergessen den Konsum. Nur wenn die Produktion auf den Konsum aufgebaut ist, nur dann ist eine gesunde Wirtschaftspolitik möglich. Waren, die produziert, aber nicht abgesetzt werden, haben eben ihren Beruf verfehlt.

*Adolf Hirsch*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

*D e m n ä c h s t e r s c h e i n t :*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt  
(„Kladderadatsch“-Karikatur)*

*FRIEDRICH WENDEL:*

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**

† † †  
**Das Ziel  
der Verschwörer**

*MUSSOLINI — HORTHY  
HITLER — LUDENDORFF*

**ist**

**der deutsche  
FASCISMUS**

**Höchste Alarmbereitschaft**

*RECHTZEITIGE AUFKLÄRUNG  
BIETEN:*

**KAMINSKI**  
**MATTEOTTI**

*„DER FASCISMUS IN ITALIEN“*

*9 BOGEN IN HALBLEINEN M 2,75*

*VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68*

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## **Inhalt:**

ROBERT BREUER:

**Die Fahne** . . . . . 289

HANNS-ERICH KAMINSKI:

**Das Erwachen des italienischen Volkes** . . . 291

PERISKOPOS:

Deutschnationale Handelspolitik . . . . . 296

ALBIN MICHEL:

Weltpolitische Spannungen . . . . . 300

HUGO POETZSCH:

**Schutz und Festigung der Republik** . . . . 303

JOSEF MARIA FRANK: Ein neues Tannenberg . . . . 307

W. THURAU:

Ist der Beamte zum Streikbruch verpflichtet? . . . 307

Der Retter . . . . . 310

ALFONS FEDOR COHN: Pariser Messen . . . . . 312

Ein vergessener Republikaner — Um Wiesbaden herum — Das Negertheater  
in Berlin — Hoflieferanten — Walter Tschuppik: Der Christ und sein Schatten  
Dichter zu deutschen Reden

**Verlag für Sozialwissenschaft**  
Berlin NW 68  Lindenstr. 114

*Demnächst erscheint:*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt  
(„Kladderadatsch“-Karikatur)*

**FRIEDRICH WENDEL:**

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**

# Die Fahne

Von Robert Breuer

Im Oktober des vergangenen Jahres erzählte uns ein Parteigenosse, auf den wir uns durchaus verlassen können, daß er soeben bei Ebert gewesen sei, den er diesmal recht verstimmt angetroffen habe. Auf angemessene Frage habe Ebert geantwortet, daß er heute in Seddin gewesen wäre, die große Eisenbahnausstellung zu besichtigen, Oeser habe ihn geführt. Es sei ihm sofort aufgefallen, daß zwar mancherlei Flaggen gesetzt gewesen wären; die Reichsflagge aber habe gefehlt. Er habe die Absicht gehabt, den Minister Oeser sofort zu fragen, wie sich das erkläre und ob er kein Gefühl für das Unwürdige dieses Zustandes habe. Die Frage sei aber schließlich unterblieben, weil es dem Reichspräsidenten unritterlich erschienen sei, einen Minister in Gegenwart seiner Herren in einer Angelegenheit des primitiven politischen Anstandes zur Rede zu stellen. Er sei aber entschlossen, von nun an nie wieder eine Ausstellung zu eröffnen oder auch nur zu besuchen, oder sonstwie an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, die, wenn dies geboten wäre, nicht die Reichsflagge zeige. Als der Parteigenosse uns diese kleine Geschichte erzählt hatte, veröffentlichten wir, mit der Diskretion, die uns zweckmäßig erschien, in der „Glocke“ (Nr. 28 vom 9. Oktober 1924) eine kleine Anfrage, die sich an die Adresse des Herrn Oeser richtete: „Wo liegt Seddin?“ Wir sind, wie wir annahmen, ohne Antwort geblieben. Inzwischen aber hat die deutsche Republik Herrn Schiele Reichsminister des Innern werden lassen, einen Verächter der Reichsflagge, einen Wegbahner des schwarz-weiß-roten Hochverrats am Hoheitszeichen der Republik. Die Flaggenfrage soll, wenn es nach dem Wunsch dieses Ministers ginge, schleunigst erledigt, das Banner der Republik heruntergeholt, das Symbol der Monarchie aufgezogen werden. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres hat die Reaktion gute Fortschritte gemacht. Die Beschimpfung der Reichsflagge ist heute beinahe etwas Selbstverständliches und Lobenswertes geworden; bald darf in den Schulen ungestraft Schwarz-Rot-Gold von den Lehrleitern verhöhnt werden, bald erklären Richter, die sich von der Republik ernähren lassen, daß deren Farben kein Schutz und kein Anspruch zuerkannt werden könne, bald erweisen sich sogar Schutzpolizei und Reichswehr farbenblind. Und das alles, obgleich Hindenburg auf Schwarz-Rot-Gold geschworen hat; allerdings erst, nachdem er tags zuvor durch ein schwarz-weiß-rotes Spalier eingezogen war. In der Dissonanz dieses Schwurs und dieses Einzuges enthüllt sich das Unmögliche des gegenwärtigen Zustandes, und darum sind auch wir restlos der Meinung, daß die Flaggenfrage erledigt werden muß. Aber darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß diese Erledigung nur erfolgen kann und auch nur erfolgen darf durch den be-

dingungslosen Hinweis darauf, daß die Flaggenfrage längst erledigt ist, nämlich durch den Artikel 3 der Reichsverfassung: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Jeder Versuch, an solcher Erledigung der Flaggenfrage zu rütteln, würde zu schwersten Kämpfen und zu nicht geringen Erschütterungen führen müssen. Die Herren, die anders denken und anders wollen, mögen sich darin nicht täuschen: Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden lodert die Flamme.

Die Fahne des Proletariats war rot; sie ist es noch heute. Dennoch hat das deutsche Proletariat sich ohne Vorbehalt, willensstark und opferbereit, für schwarz-rot-gold entschieden. Das deutsche Proletariat hat sich der Notwendigkeit gebeugt; es hat sich vom Staatsgedanken erziehen und leiten lassen. Das deutsche Proletariat hat die gewaltige Erinnerung, die es an die rote Fahne gebunden weiß, nicht vergessen; aber es hat sich schützend und wehrhaft vor die Flagge des Reiches gestellt, weil es des Glaubens war, in der Republik die Erfüllung eines Teiles dessen, was es seit fünfzig Jahren erstrebte, zu sichern. Wenn jetzt die Fahne der Republik wieder zu einem verächtlichen Lappen gemacht und durch den Triumph des Obrigkeitsstaates über den Volksstaat verdrängt werden soll, wird das deutsche Proletariat eine Enttäuschung und eine erbitternde Lehre zu verbuchen haben. Niemals wird es sich dem Schwarz-Weiß-Rot beugen; es wird dann machtvoll wieder zum heiligen Rot treten und wird in diesem Zeichen zu neuem Sturm rüsten, der dann besser und gründlicher als im November 1918 den unbelehrbaren Trotz derer wegfegen soll, die keinen Anspruch mehr darauf haben, das Selbstbestimmungsrecht des freien Volkes einem vermumnten Feudalismus zu opfern. Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden lodert die Flamme. Wenn solche Dreieinigkeitslehre sich aber nicht bewährt, dann soll und muß das Rot, das Allbesiegende, das Fanal der aufsteigenden Klasse, mit neuer Gewalt hervorschlagen und mit der Kraft des Feuers verbrennen, was sich als Widerstand des ewig Gestrigen neu gesammelt hat.

Schwarz-Weiß-Rot, das ist für das deutsche Proletariat die Fahne, an der das Blut seiner Ermordeten klebt; Schwarz-Weiß-Rot, das ist die Fahne, mit der jedes Verbrechen gegen die Republik sich gespreizt hat; unter Schwarz-Weiß-Rot zogen die Kapp-Rebellen, unter Schwarz-Weiß-Rot empörten sich Hitler und Ludendorff, mit Schwarz-Weiß-Rot brüsten sich die nationalistischen Strolche des Stahlhelms und der übrigen Verbände, mit Schwarz-Weiß-Rot flegeln die Gymnasiasten gegen die Volksschüler. Schwarz-Weiß-Rot ist die Fahne derer, die Friedrich Ebert, dessen politischer Instinkt und menschlicher Anstand die Fahne der Republik als das Symbol des neuen Deutschlands unantastbar wissen wollte, zu Tode gehetzt haben. Schwarz-Weiß-Rot ist für das deutsche Proletariat Objekt des Hasses und der Verachtung geworden. Wenn der Staat des Schwarz-Rot-Gold sich nicht als lebensfähig erweist, dann wird er im Zeichen des unbesiegbaren Rotes neu gezimmert werden müssen. Die Schwarz-Weiß-Roten mögen sich davor hüten, die Demokratie zum Schutzschild zu nehmen. Die Herren Aristokraten sind ja stets der Auffassung gewesen, daß Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden müssen. Es wird uns nichts davon abhalten, auch die Stimmen eines etwaigen Volksentscheides über die Flaggenfrage nicht nur zu zählen, sondern auch zu wägen. Die Stimmen alter Weiber,



der Stiftsfräulein und der Adelsgroßmütter, die Stimmen der militärgeilen Jungfern, die Stimmen derer, die gern wieder Gesindeordnung und Koalitionsverbot haben möchten, die Stimmen unbelehrbarer Narren und stumpfer Spießbürger werden wir nicht für eine Erfüllung der Demokratie nehmen. Es ist leicht möglich, daß im Kampf um die Fahne der Begriff der Demokratie sich entwickelt und über das hinauswächst, wovon die kompakte Reaktion heute gierig profitieren möchte: über das simpel Formale.

Das deutsche Proletariat hat denen, die mit ihm kämpften, stets treue Kameradschaft gehalten. Es will auch in solcher Kameradschaft beharren. Aber es wird solche Kameradschaft sofort kündigen, wenn ihm auch nur der leiseste Verrat am Hoheitszeichen der Republik zugemutet werden sollte. Dann wird das deutsche Proletariat seinen machtvollen Leib wieder in das Rot hüllen, das es von jeher zum Schrecken aller Satten und Faulen gemacht hat. Wenn Schwarz-Rot-Gold nicht Bestand haben soll, wird Schwarz-Weiß-Rot durch Rot ertränkt werden müssen.

---

## Das Erwachen des italienischen Volkes

*Von Hanns-Erich Kaminski*

Am 10. Juni 1924 ist Giacomo Matteotti ermordet worden. Sein Tod weckte das italienische Volk auf, das seitdem tapfer darum ringt, sich vom Fascismus zu befreien. Die Notwendigkeit, aber auch die Schwere dieses Freiheitskampfes behandelt Hanns-Erich Kaminski, ein hervorragender Kenner Italiens, in seinem ebenso inhaltreichen wie lebendig gestalteten (im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, erschienenen) Buch: *Der Fascismus in Italien*. Diese Monographie blutiger Reaktion bekommt noch besonderen Wert durch den ihr angehangenen Auszug aus der Denkschrift Matteottis über die fascistischen Gewalttaten, jenem grauenvollen Dokument, das nicht zuletzt die Hinschlachtung des italienischen Volksmannes verursachte. Dies: das Schlußkapitel des Buches.

Die Ermordung des unitarischen Abgeordneten Matteotti hat das italienische Volk auferüttelt. Die Bande vom Viminal hatte geglaubt, daß auch dieses Verbrechen, wie so viele andere, totgeschwiegen werden würde. Diesmal jedoch hatte sie sich getäuscht. Die Tatsache, daß führende Männer der Regierungspartei, die selbst hohe Aemter bekleideten, einen Abgeordneten bei eröffneter Kammer mitten aus Rom im Auto entführen und aufs schändlichste ermorden ließen, wirkte auf die ganze Nation wie ein elektrischer Schlag. In wenigen Tagen zerriß das Lügengewebe, das die Schuldigen und ihre hochgestellten Anstifter und Begünstiger zu weben versuchten. Mussolini blieb nichts anderes übrig, als den Unterstaatssekretär Finzi zum Rücktritt aufzufordern. Ebenso mußte er seinen Pressechef und intimen Freund Rossi opfern, der gegen-

wärtig zusammen mit dem Direktor der fascistischen Partei, Marinelli, dem Direktor des „Corriere Italiano“, Filippelli, und einigen andern Halunken in Untersuchungshaft sitzt.

In einem Augenblick war die ganze politische Lage völlig verändert. In der fascistischen Kammermehrheit selbst brach eine Rebellion aus, eine von ihr entsandte Delegation verlangte, daß Mussolini eine Umbildung der Regierung vornehme, und der kriegsblinde Abgeordnete Delacroix forderte ihn auf, nunmehr die Beile aus den Rutenbündeln zu ziehen. Es war in Wahrheit eine revolutionsschwangere Stunde, der Fascismus wankte in seinen Grundfesten. Wenn es zu keinen entscheidenden Handlungen kam, so lag das lediglich an der mangelnden Vorbereitung der Oppositionsparteien.

Auf den Straßen drängte sich die Menge, die Extraausgaben der Zeitungen wurden den Verkäufern aus den Händen gerissen, die Auflage des „Corriere della Sera“ allein erreichte fast eine Million. In Rom und Neapel fanden Demonstrationen gegen die Regierung statt, viele Fascisten warfen ihre Abzeichen weg. Eine Mobilisierung der nationalen Miliz hatte nur einen sehr mäßigen Erfolg, und die Führer des Fascismus sahen sich genötigt, Squadristen aus Toskana und der Emilia nach der Hauptstadt kommen zu lassen.

Trotzdem waren die Oppositionsparteien, denen sich die Demosozialen anschlossen, nicht stark genug zum Handeln. Sie mußten davon absehen, den Generalstreik zu proklamieren und es womöglich auf einen Konflikt mit den Waffen ankommen zu lassen. Aber sie zeigten sich durchaus auf der Höhe der Situation, indem sie das Parlament verließen und erklärten, daß es mit dieser Regierung keine Gemeinschaft geben könne.

Die fascistische Regierung konnte ihre Nervosität nicht verbergen. Zwar die liberal-fascistische Koalitionsregierung, die bis zu den Giolittianern gehen sollte, wurde von den „Ras“ noch einmal verhindert, aber Mussolini mußte doch persönlich auf das Ministerium des Innern verzichten und mehrere Liberale und Klerikale in sein Kabinett aufnehmen. In der Rede, die er vor dem Senat hielt, fehlten zwar auch diesmal ein paar Drohungen nicht. Aber im ganzen war es doch ein anderer Ton, eine andere Form, als man sie sonst aus seinem Munde zu hören gewohnt war. Er erklärte, daß er keinen Grund zur Demission habe, ebensowenig denke er daran, die Kammer aufzulösen. Die nächsten Aufgaben seien vielmehr folgende: 1. das Parlament ordnungsmäßig funktionieren zu lassen, 2. die nationale Miliz in die Armee einzugliedern, 3. die Illegalismen des Fascismus zu unterdrücken, 4. alle Kräfte, gleichgültig welchen Ursprungs, ans Werk zu rufen.

Und ein paar Tage später richtete er an die Kammermehrheit Worte, die kein Giolitti anders formuliert hätte:

„Sie sehen, daß das Spiel außerordentlich geballt ist, denn ich selbst erkläre, daß ich keineswegs zu einer Art Annullierung einer Situation bereit bin, die wir geschaffen haben mit großer Anstrengung, mit großer Mühe und auch mit viel Blut. Wenn sich statt dessen die optimistische Hypothese verwirklicht, das heißt: wenn die Oppositionen wirklich auf das Schicksal des Vaterlandes bedacht sind und nicht die Dinge bis zu dem Punkte treiben wollen, an dem das Nichtwiedergutzumachende wie eine logische, schicksalhafte Konsequenz ausbricht, wenn sich die Oppositionen Rechenschaft über ihre Verantwortung ablegen und in die Kammer zurückkehren, um dort ihr Werk der Kritik, der Kontrolle, auch der mißgünstigen, auch der sektenhaften, auch der vorurteilsvollen Opposition zu leisten, werden wir sie ertragen, dulden, manchmal auch ermutigen müssen. Denn die Opposition, insofern sie gewisse Tatsachen anzeigt, kann von größtem Nutzen sein, und wenn das eintreten sollte, werden wir sagen können, die Krise überwunden zu haben.“

Die Opposition ließ sich durch diese Versprechungen jedoch nicht einfangen. In einem Manifest legte sie dar, daß die Lösung der Krise Sache der Kammermehrheit sei. Sie, die Opposition, könne erst wieder an den Sitzungen teilnehmen, wenn 1. die fascistische Miliz aufgehört, und 2. alle Illegalismen tatsächlich, nicht nur in Worten, aufgehört hätten.

Daß davon schon der ganzen Natur des Fascismus nach keine Rede sein kann, haben die inzwischen verflossenen Monate erwiesen. An Stelle der „Normalisierung und Pazifizierung“, die Mussolini im ersten Schrecken versprach, hat er zwei Verordnungen erlassen, die die Freiheit der Presse einschränken. Anstatt aufgelöst zu werden, ist die Miliz in einer Weise „systematisiert“ worden, die in Wirklichkeit alles beim alten läßt. Und die Illegalismen, genauer gesagt: die Verbrechen der Squadristen, nehmen weiter ihren Fortgang. Es wird weiter gemordet, weiter mißhandelt.

Die öffentliche Meinung ist jedoch aus ihrer Lethargie erwacht. Heute weiß man, daß dieselbe Bande nicht nur Matteotti, sondern auch den Priester Don Minzone und den Maximalisten Piccinini ermordet, die Attentate auf die Abgeordneten Amendola und Misuri verübt, das Haus Nittis verwüstet hat. Man weiß, was die „Ras“ in Wirklichkeit sind, und das Material gegen die Gewalthaber und ihren Anhang schwillt zu immer höheren Bergen an.

Solange Matteotti lebte, war er ein vornehmer Mensch, ein klarer Kopf, ein tapferer Kämpfer. Jetzt hängt sein Bild in denselben Schaufenstern, in denen vor kurzem noch das Bild Mussolinis hing, und sein Name ist der Schlachtruf geworden, mit dem das italienische Volk um seine Freiheit kämpft.

Denn was heute in Italien gegen den Fascismus kämpft, das sind keine einzelnen Personen, das sind nicht einmal Parteien. Das ist in Wahrheit das ganze Volk, die ganze Nation. In diesem Augenblick gibt es nur noch zwei Richtungen in Italien: die Fascisten und die anständigen Menschen.

Es ist kaum noch ein politischer Kampf, der geführt wird. Es geht nicht mehr um verschiedene Ideen, Gesichtspunkte, Gesetze, Maßnahmen. Sondern ein Volk, das sich innerlich schon freigemacht hat, kämpft gegen eine Verbrecherbande, die Furcht vor der unabwendbaren Strafe hat. Die Opposition — das sind: Revolutionäre und Reformisten, Klerikale und Monarchisten — ist auf dem Aventin. Nicht um einer mehr oder minder klugen Taktik willen, sondern weil für sie mit Mussolini und seiner Bande kein freundlicher oder feindlicher Kontakt mehr möglich ist — es sei denn vor dem Staatsgerichtshof.

Der große Mann, der sich jeden Tag dreimal photographieren ließ, der sich vor seinem Lande und der Welt rühmte, daß er die Ideen seiner Jugend verraten habe und an nichts mehr glaube als an die Gewalt — Mussolini ist heute allein. Nicht nur die Demokraten, die Katholiken, der größte Teil der Kriegsteilnehmer haben ihn verlassen, nicht nur Giolitti, der vielleicht immer ein verkappter Feind, nicht nur Orlando, der vielleicht immer ein unsicherer Freund war — verlassen hat ihn auch Salandra, das Ehrenmitglied der fascistischen Partei. Denn Salandra ist gewiß der Mann der schwärzesten Reaktion, aber er ist ein Ehrenmann.

Und bei der Untersuchungskommission des Senats liegt der Brief des wegen der Ermordung Matteottis in Untersuchungshaft gehaltenen Rossi — der Brief, in dem er Mussolini als den eigentlichen Anstifter des Verbrechens bezeichnet.

Vergeblich hat Mussolini versucht, zur Verfassung, zum Parlamentarismus zurückzukehren. Vergeblich hat er das Wahlrecht, auf Grund dessen die Kammer seiner Bedienten gewählt ist, wieder geändert. Das italienische Volk gibt ihm keinen Pardon mehr. Der Kampf muß zu Ende geführt werden, weil, nach einem schönen Wort Amendolas, in politischen Fragen eine Verständigung immer möglich ist, in moralischen Fragen niemals.

Mussolini ist allein. Denn auch seine Freunde, die seinen Charakter kennen, sind mißtrauisch. Sie haben gut verstanden, daß er bereit gewesen wäre, sie zu opfern, wenn das italienische Volk dieses Opfer nur angenommen hätte. Sie haben verstanden, und sie haben ihn gezwungen, auf der einmal begonnenen Bahn fortzuschreiten. Der Diktator ist in seiner eigenen Schlinge gefangen. Er weiß, daß er verurteilt ist — aber seine Komplizen zwingen ihn, zu kämpfen. Seit dem 3. Januar 1925, dem Tage, an dem ihn nach Giolitti und Orlando auch Salandra verließ, ist er

gezwungen, die Politik der Extremisten zu machen, er mag wollen oder nicht.

Seit dem 3. Januar ist Italien das Feld für den letzten Versuch einer Metternichschen Reaktion. Gegen die Presse wütet eine Zensur wie nach den Karlsbader Beschlüssen. Die Gefängnisse füllen sich. Der Kammer liegt ein Gesetzentwurf vor, demzufolge der Ministerpräsident sogar das Recht bekommen soll, das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung und die Polizeigesetze abzuändern. Die Freimaurerlogen, denen besonders viele Richter und Offiziere angehören, sind aufgelöst worden. Dreitausend Haus-suchungen haben im Zeitraum von vier Wochen stattgefunden. Nicht so sehr bei den sogenannten Subversiven wie bei Leuten, die gestern noch gute Freunde des Fascismus waren. Mussolini ist nämlich auf der Jagd nach den drei gefährlichsten Dokumenten, die in seinem Polizeistaat existieren: nach dem Original des Rossi-Briefes, nach dem „Testament“ seines Exunterstaatssekretärs Finzi und nach einer Liste der fascistischen Parteizentrale, in der die an ihre Tschekisten gezahlten Summen ordnungsmäßig gebucht sind. Und neben diesen Maßnahmen der Regierung gehen die individuellen Gewalttaten ihrer Anhänger her, die immer neue Schandtaten verüben, um die alten zu verdecken, jene Gewalttaten, die den Kardinal Maffi zu einem Telegramm veranlaßten, worin es heißt: „Als Priester habe ich geweint, als Italiener bin ich errötet.“

Das italienische Volk kämpft heute um seine Freiheit, und da es nach seinem ganzen Charakter und seiner Geschichte nur als ein freies Volk leben kann, kämpft es in Wahrheit um seine Existenz. Das ist der Grund, warum die Parteien zusammenstehen können, auch wenn ihre Prinzipien grundverschieden sind. Es ist selbstverständlich, daß sie darum ihre Prinzipien nicht aufgeben — morgen, wenn sie gesiegt haben, werden sie sich darüber auseinandersetzen. Heute jedoch sind sie einig, und die Nachrichten über Spaltungen, die immer wieder verbreitet werden, sind nur böswillige Erfindungen der fascistischen Propagandazentralen in Italien und den übrigen Ländern.

Piccinini, Don Minzone, Matteotti und zahllose andere haben dem italienischen Volk gezeigt, daß man zu sterben verstehen muß. Aber ein Volk will leben. Und um dieses Willens zum Leben willen bekränzen die Frauen das Kreuz, das dem Märtyrer Matteotti auf jedem Friedhof des Landes geweiht ist, mit immer frischem Grün. Der Ruf: „*Viva l'Italia libera!*“, den im ganzen Jahre ein einzelner, ein Inhaber der höchsten Kriegsauszeichnung, der Ingenieur Rossetti, auszustoßen wagte, ist heute auf vielen Lippen, ist in allen Herzen Italiens.

Wie lange es noch dauern wird? An einem Sterbebette vermag es der Arzt nur selten zu sagen. Geistig ist der Fascismus schon tot. Er lebt nur noch, wie der russische Zarismus gelebt hat:

von der zivilisierten Welt verurteilt, von den anständigen Menschen verachtet, gestützt allein auf die Macht seiner bewaffneten Banden. Sein Ende kann sich noch einige Zeit hinziehen, es kann aber auch jeden Tag der kleine Zwischenfall eintreten, der der agonisierenden Tyrannei den Rest gibt. Unbewaffnet, wie das italienische Volk ist, kann es freilich nicht mit den Mitteln der brutalen Gewalt kämpfen, und vielleicht ist es gut so. Der Kampf, der um ein moralisches Gut geführt wird, erhält so eine Form, die seiner würdig ist. Daß aber die Diktatur nicht über eine politische, sondern eine moralische Frage stürzt, wird sich das italienische Volk immer zur Ehre und zum Ruhme anrechnen können.

## Deutschnationale Handelspolitik

*Von Periskopos*

### 1. Die Agrarzölle

Industrie- und Agrarzölle, wie sie die Regierung Luther dem deutschen Volke beschern will, üben auf die Wirtschaft eine Wechselwirkung aus. Die Industriezölle verteuern Rohstoffe und Fertigfabrikate und wirken so auf die Preise der landwirtschaftlichen Produktion ein. Die Agrarzölle erhöhen wieder die Nahrungsmittelpreise, deren Steigerung, die die Lebenshaltung verteuert, wieder Einfluß auf die Preisbildung bei industriellen Fabrikaten hat. Wenn hier nun doch zuerst von den Agrarzöllen allein die Rede sein soll, so deshalb, weil ihre Wirkung den letzten Verbraucher schneller trifft, als die der Industriezölle. Der Weg vom Rohstoff zum fertigen Fabrikat und weiter zum Verbraucher, durch so und so viele Veredelungsstufen ist unvergleichlich viel länger, als der Weg des Getreides zum Brot. Darum ist die Wirkung einer Getreidepreissteigerung im Brotpreis schneller zu spüren, als etwa die Steigerung von Rohstoffpreisen im Preise industrieller Fabrikate.

Die größte Gefahr der Agrarzölle ist die Wirkung, um derentwillen sie überhaupt geschaffen werden, nämlich die Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, auf denen die Zölle lasten. Denn die Auswirkung der Zölle, die Steigerung der Preise wird zum allergrößten Teil vom inländischen Konsumenten getragen. Zwar pflegten bei früheren Gelegenheiten — so z. B. 1902 bei der Beratung des damaligen Zolltarifs — die an Agrarzöllen interessierten Kreise zu erklären, die Zölle würden gar nicht vom inländischen Verbraucher, sondern vom ausländischen Erzeuger bezahlt. Der ausländische Produzent sei unbedingt am Verkauf seiner Produkte interessiert, er müsse mit dem Preise seiner Erzeugnisse um den Satz des Zolles heruntergehen, wenn er nicht ausgeschaltet werden wollte. Bei der Beratung des Zolltarifs von 1902 bestand noch keine Statistik, die das Gegenteil bewiesen hätte. So war die Ansicht der agrarischen Interessenten damals zwar irrig, aber immerhin vielleicht im guten Glauben zustande gekommen. Was soll man aber dazu sagen, wenn das Reichsernährungsministerium heute wieder kühn erklärt, daß beispielsweise die Getreidezölle vom aus-

ländischen Produzenten getragen würden? Sollte dem Ernährungsminister die amtliche Preisstatistik der Jahre nach Inkrafttreten des Zolltarifs von 1902 unbekannt geblieben sein? Diese Statistik sieht so aus:

Zollsatz ab 1. März 1906: 55 Mark pro 1000 kg Weizen

Weizenpreis pro 1000 kg in Mark

Jahr	London	Berlin	Differenz
1906:	143	180	37
1907:	155	206	51
1908:	160	211	51
1909:	186	234	48
1910:	157	212	55
1911:	155	204	49
1912:	172	217	45

Hieraus läßt sich deutlich ersehen, welche Wirkung der Getreidezoll tatsächlich hatte. Der inländische Preis stieg, und die Differenz zwischen In- und Auslandspreis, die fast den Betrag des Zolls ausmachte, belastete natürlich diejenigen, die den Inlandspreis bezahlen mußten, die deutschen Verbraucher.

Die Rechnung des Ernährungsministers stimmt also nicht. Aber die Folgen von Agrarzöllen würden heute ganz anders geartet sein als 1906. Nicht nur für die Konsumenten werden sie in ihrer preisstiegenderen Wirkung gefährlich sein, sondern sie werden gleichzeitig den denkbar ungünstigsten Einfluß auf die Gestaltung der gesamten deutschen Wirtschaftslage haben. Besonders durch die Getreidezölle werden nämlich diejenigen amerikanischen Wirtschaftskreise verärgert werden, die bisher darauf bedacht gewesen sind, der deutschen Wirtschaft durch Kreditgewährung wieder auf die Beine zu helfen. Wir kennen nicht die Ansicht der Reichsregierung über die Gründe, die Amerika zu diesen Krediten veranlaßten. Wir wissen nicht, ob sie vielleicht meint, daß wir um unserer schönen Augen willen von Amerika Sanierungskredite erhalten haben. Wir glauben das nicht. Vielmehr bestehen gewichtige Gründe für die Annahme, daß Deutschland von Amerika Kredite erhalten hat, damit es als Gegenleistung den Vereinigten Staaten diejenigen Produkte abnimmt, die sie überhaupt in größerem Umfange auf den Weltmarkt bringen, das Getreide. Wenn wir nun heute den deutschen Markt durch Zölle dem amerikanischen Farmer verschließen, so wird die Rückwirkung nicht ausbleiben. Zwar ist der deutsch-amerikanische Handelsvertrag schon unter Dach und Fach, aber augenblicklich ist nicht der Handelsvertrag in den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen maßgebend, sondern die Kreditgewährung Amerikas, und wir können sicher sein, daß die Getreidezölle nicht dazu dienen werden, die Gebelust Amerikas zu erhöhen, die schon durch die Präsidentenwahl stark vermindert worden ist.

Wie ist nun die tatsächliche Lage der Landwirtschaft? Kann sie ihre Forderung nach Zöllen stichhaltig begründen? Im Jahre 1902 war nicht so sehr die „Not der Landwirtschaft“ das hauptsächlichste Argument der Agrarier im Kampf um Lebensmittelzölle, sondern die Notwendigkeit, es dahin zu bringen, daß Deutschland im Kriegsfall sich selbst zu ernähren in der Lage sei, was eben durch die Agrarzölle be-

wirkt werden sollte. So erklärte im Reichstag von 1902 Graf K'a n i t z, der Vater des jetzigen Ernährungsministers, wie wichtig der Zollschatz des deutschen Körnerbaus sei, denn „sonst könnte es sich im Kriegsfall doch ereignen, daß wir ausgehungert werden und kapitulieren müssen, wie eine belagerte Festung“. Der Zollschatz für die Landwirtschaft wurde damals angenommen. Den Erfolg haben wir 1914—1918 am eigenen Leibe gespürt. Trotz aller Schutzzölle ist die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen, die Brot- und Futtermittelversorgung des deutschen Volkes aus eigener Produktion zu sichern. Um so sonderbarer mutet es an, wenn man in der Zolltarifnovelle von 1925 wieder die Notwendigkeit der Agrarzölle damit begründet findet, daß ohne Zoll die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Deutschlands noch weiter beeinträchtigt würde, besonders im Falle kriegerischer oder wirtschaftlicher Konflikte zwischen dritten Staaten. 1902 konnte man immerhin dem alten Grafen Kanitz als mildernden Umstand den guten Glauben zubilligen, den der heutige Ernährungsminister nach den Erfahrungen der Kriegsjahre für seine Begründung wahrhaftig nicht beanspruchen kann.

Aber die Regierungsbegründung zu den Agrarzöllen ist auch noch in anderer Hinsicht recht merkwürdig. Neben dem politischen Argument der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion enthält sie zur Motivierung der Agrarzölle noch zwei andere, ein wirtschaftliches und ein handelspolitisches. Das wirtschaftliche Argument geht davon aus, daß Agrarzölle notwendig seien wegen der ungünstigen Situation, in der die Landwirtschaft durch die Kreditknappheit, durch Industriezölle und durch ein angebliches Mißverhältnis zwischen den Preisen für Agrarprodukte auf der einen und für landwirtschaftliche Bedarfsgegenstände auf der anderen Seite gekommen sei. Das handelspolitische Argument für die Agrarzölle sieht sie in ihrer Verwendungsmöglichkeit als Waffe bei den Handelsvertragsverhandlungen.

Die Forderung von Agrarzöllen als handelspolitisches Kampfmittel, die heute von der Reichsregierung aufgestellt wird, läßt leider ganz besonders deutlich erkennen, unter wie irrigen Gesichtspunkten das ganze Problem der neuen deutschen Handelspolitik von den maßgebenden Stellen aufgefaßt wird. Von dieser verkehrten Grundeinstellung wird später noch gesprochen werden müssen; hier sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft heute doch schließlich ganz anders ist, als vor dem Kriege. Selbst unter der Voraussetzung, daß man Agrarzölle in der von der Regierung vorgesehenen Mindesthöhe noch als handelspolitisches Kampfmittel ansehen kann, wäre ihre Einführung verfehlt. Denn wo soll mit diesen Zöllen gekämpft werden? Die Möglichkeit, sie als Kampfmittel einzusetzen, besteht nur bei Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Amerika ist aber heute nicht mehr das Amerika von vor dem Kriege, das an Europa stark verschuldet war, und um seiner Schulden willen manche handelspolitischen Konzessionen machen mußte. Amerika ist heute der einzige ernsthaft in Frage kommende Geldgeber der Welt. Welche Folgen die drohenden deutschen Kornzölle auf die amerikanische Kreditgewährung an Deutschland haben werden, ist schon weiter oben dargestellt.



In Wirklichkeit haben jedoch die Agrarzölle gar nicht den Zweck, handelspolitisches Instrument zu sein. Sie sollen vor allem dazu dienen, der Landwirtschaft eine Verstärkung ihrer wirtschaftlichen Position zu gewährleisten. Vielleicht ist es deshalb ganz interessant, einen kurzen Blick auf die Situation zu werfen, in der sich die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1925 befindet. Die Inflationsjahre haben der Landwirtschaft in mancher Beziehung große Vorteile gebracht. Sie hat ihre Betriebsmittel verbessern und, was wichtiger ist, ihre finanzielle Belastung zum großen Teil abwälzen können. Vor dem Kriege hatte die Landwirtschaft in Deutschland an Hypothekenzinsen jährlich etwa 600 Millionen Mark zu zahlen. Während der Inflation ist ein beträchtlicher Teil der Hypotheken in Papiermark zurückgezahlt worden, und der verbleibende Restzinsbetrag, einschließlich der Zinsen für Goldwert- und Roggen-Anleihen, wird auf ungefähr 150 Millionen Reichsmark geschätzt. Ferner muß die Landwirtschaft noch für Rentenbankkredite 78,3 Millionen Reichsmark aufbringen. Rechnet man hierzu noch die Verzinsung der bei Errichtung der Rentenbank von der Landwirtschaft übernommenen Grundschuld, und die Verzinsung privater Darlehen, deren Betrag aber kaum sehr hoch ist, so wird sich der Gesamtbetrag der jährlich aufzubringenden Zinsen auf etwa 350 Millionen belaufen, nur 60 Prozent des Betrages, den die Landwirtschaft vor dem Kriege zu bezahlen hatte. Jedenfalls steht damit die Landwirtschaft finanziell günstiger da, als vor dem Kriege, so daß sie von dieser Seite aus begründeten Anspruch auf Zollschutz nicht erheben kann.

Darum wird als neues Argument die allgemeine Kreditknappheit herangezogen und dazu auf das angebliche Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der landwirtschaftlichen Produktion verwiesen. Wo ist dieses Mißverhältnis? Im Anfang des Jahres 1925 betrug der Preisindex für die vier Hauptgetreidearten, 1913 = 100 angenommen, 133. Die Indices der Betriebsmittel aber betragen für Kali 90,9, Stickstoff 89,9, Kohle 125 und nur für Maschinen stand der Index auf 139. Wie will da die Landwirtschaft von einer Verteuerung der Betriebsmittel gegenüber den Preisen ihrer Erzeugnisse sprechen? Das „Mißverhältnis“ in der Zolltarifnovelle 1925 ist vom Ernährungsminister bedauerlicherweise kritiklos aus der Begründung des Agrarzollgesetzes übernommen worden, das Mitte 1924 geplant war, obwohl sich die Verhältnisse inzwischen erheblich geändert haben. Als weiteres Argument für Agrarzölle wird die Tatsache des gleichzeitigen Bestehens von Industriezöllen benutzt. Gewiß sind die Industriezölle, über die noch eingehend zu reden sein wird, ein Hemmnis für die Entwicklung der Wirtschaft, sicher auch für die Landwirtschaft. Aber das ist nur ein Grund mehr für die Abschaffung der Industriezölle und berechtigt in keiner Weise zur Einführung von Agrarzöllen.

Das Hauptgewicht wird vom Ernährungsminister und von der Landwirtschaft auf den Umstand gelegt, daß die deutsche Landwirtschaft unter der Kreditknappheit leidet. Nun ist zwar die Landwirtschaft nicht der einzige von der Kreditnot betroffene Wirtschaftszweig, und die Rentenbankkredite, die ihr im Betrage von 870 Millionen zum Zinssatz von 9% p. a. zugeflossen sind, bedeuten schon eine erhebliche Bevorzugung gegenüber anderen Wirtschaftszweigen, denen die Aufnahme von Krediten nur zu wesentlich höheren Sätzen möglich gewesen ist.

Trotzdem würde sich jedoch über eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Kapitalbasis reden lassen, wenn von dieser Verbesserung für die gesamte Volkswirtschaft Vorteile zu erwarten wären. Zölle, die die Produktion verteuern, sind aber nur mit Nachteilen für die Allgemeinheit verbunden, wenn auch durch sie die finanzielle Lage der Landwirtschaft für ganz kurze Zeit auf Kosten der breiten Massen verbessert würde. Für eine notwendige Sanierung der Landwirtschaft bleibt immer noch ein anderer Weg: der Weg der staatlichen Kredithilfe. Die Möglichkeiten zu erörtern, wann etwa diese Kredithilfe von Staats wegen eingesetzt werden könnte, würde zu weit führen. Unter den heutigen Betriebsverhältnissen wäre sie zwecklos, da die deutsche Landwirtschaft in ihrer jetzigen Betriebsform nach der Ansicht ihrer besten Kenner unwirtschaftlich ist, woran auch durch Zölle nichts geändert würde.

Der Agrarzoll ist in jedem Fall ein Unglück für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Er schädigt die Konsumenten und er nützt der Landwirtschaft gar nichts. Wenn vor dem Kriege die Agrarzölle eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen herbeiführten, so ist diese Wirkung heute kaum noch möglich: unter einen gewissen Grad kann der Lebenshaltungsstandard nicht hinabsinken. Deshalb werden Lohnbewegungen die Folge der Lebensmittelteuerung sein, das allgemeine Preisniveau wird steigen, und die Landwirtschaft wird dann genau so weit sein, wie vor der Erhebung der Zölle. Hinzu kommt noch eine Tatsache, über die die Landwirtschaft und auch die Regierung sich zu täuschen scheinen: In den Jahren von 1902 bis 1913 stand Deutschland in einem starken industriellen Aufschwung. Wenn sich damals die Agrarzölle nicht heftiger auswirkten, so war das allein die Folge der Blüte der Industrielandschaft, die den Schaden, den die Agrarzölle verursachten, einigermaßen ausglich. Heute wird es anders kommen. Die Industrie hat alles andere, als eine Blüteperiode vor sich, sie muß selbst rationalisieren. Die Vorbedingungen der deutschen Zollpolitik sind 1925 anders, als sie 1902 und 1906 waren. Das gilt für die Landwirtschaft ebenso wie für die Industrie, und wenn hier von den Gefahren der Agrarzölle und ihrer Zwecklosigkeit die Rede gewesen ist, so sollen in einem zweiten Aufsatz die Industriezölle im Rahmen der künftigen Wirtschaftspolitik eingehend besprochen werden.

---

## Weltpolitische Spannungen

*Von Albin Michel*

Die Ueberwindung des geographischen Raumes wirkt zugleich einend und hemmend, sie rückt Länder und Gebiete einander näher, die sich vordem gänzlich fremd waren, sie schafft aber auch Gegensätze, die vorher gar nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden konnten. Vom Standpunkt einer rationellen Weltwirtschaft aus gesehen, unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß das Zusammenarbeiten und das engere Verbundensein der einzelnen Länder für die gesamten Völker des Erdteils nützlich sein müssen, daß erst aus der Vielgestaltigkeit der einzelnen Völker, ihren Anlagen, Fertigkeiten und Leistungen die Harmonie einer höheren Menschheit entstehen kann, ist es gar nicht zu verstehen, wie

Verkehrsverbesserungen und Raumüberbrückungen hemmend wirken sollen, wenn nicht die verschiedenen Nationalismen mit ihren teilweise sehr realen kapitalistischen Eigen- und Sonderinteressen hindernd und zu Gegensätzlichkeiten anfeuernd in den Weg treten würden. Und es ist gerade ein Zeichen unserer Zeit, daß die verschiedenen Nationalismen scharf hervortreten, schärfer noch, tumultuarischer und mit größeren Ambitionen als vor dem Weltkrieg.

Da ist zunächst die Spannung, die schon seit langer Zeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, die aber durchaus nicht nur auf dem Verbot der japanischen Einwanderung in der Union beruht. Hier stehen sich, diesseits und jenseits des Stillen Ozeans, zwei Nationalismen und zwei Imperialismen gegenüber, die sich mit äußerstem Mißtrauen beobachten und die sich gegenseitig den weitesten Expansionsdrang zutrauen. Die großen Flottenmanöver, die jetzt die Union um Hawaii abgehalten hat, und der bevorstehende Besuch dieser amerikanischen Riesenkriegsflotte in den Häfen von Australien werden in Japan allgemein, wenn nicht als eine nordamerikanische Herausforderung, so doch als das deutliche Bekenntnis der Union angesehen, auf dem Stillen Ozean keinen gleichstarken und keinen gleichberechtigten Rivalen neben sich zu dulden. Freilich zu einem Krieg zwischen Japan und der Union wird es jetzt kaum kommen. Japan ist innerlich geschwächt, hat noch nicht die Krise der Nachkriegszeit und des großen Erdbebens überwunden, sein Wirtschaftsleben macht eine Uebergangszeit durch und die Finanzen sind nicht sehr gefestigt. Auch das Washingtoner Abkommen über die großen Kampfeinheiten der Flotte, das Japan notgedrungen annehmen mußte, wirkte zuungunsten Japans und mußte dort den Kriegseifer gegen die Union dämpfen. Auch daß England Singapur noch weiter als Kriegshafen ausbaut, hat in Japan die nationalistischen Gefühle entfacht, besonders, da England zwei Jahrzehnte der Verbündete Japans war. Mit diesen Stimmungen hängt auch zusammen, daß Japan in neuester Zeit mehr und mehr Anschluß an Rußland sucht.

Der Nationalismus und die Außenpolitik Rußlands aber sind eigenartiger Natur. Sieht man von der veränderten Phraseologie ab, so ist die Politik der Sowjetrepublik nach außen hin vom Panslawismus und von der zaristischen Machtpolitik nur wenig unterschieden und manchmal sogar nicht einmal darin. Aber die offene Empfehlung eines Blockes Rußland-Japan-Frankreich gegen England-Nordamerika, wie es jüngst Tschitscherin in seiner Rede auf dem Kongreß der Sowjets getan hat, würde ein offizieller Vertreter des alten Rußland gewiß nicht von sich gegeben haben. Nun hat allerdings Tschitscherin hinzugefügt, daß die außenpolitische Tätigkeit der russischen Diplomaten nicht auf den Angriff, sondern auf die Verteidigung hinausgehe, aber Bündnisse, so wie sie den gegenwärtigen Machthabern in Moskau vorschweben, haben immer ihre eigene Mentalität. Namentlich Allianzen zwischen großen Militärstaaten haben ihre besondere Eigenkraft und enden nicht immer so, wie sie nach dem Willen dieses oder jenes Partners begonnen worden sind, schon deshalb nicht, weil auf Bündnisse Gegenbündnisse folgen, die das Gesetz des Handelns vorschreiben oder beeinflussen. Gerade ein von Tschitscherin skizzierter Block Rußland-Japan-Frankreich würde aber in der ganzen Welt recht wenig als nach Friedensliebe aussehend betrachtet werden, weil diese drei Staaten ihrem ganzen geistigen Habitus nach als

ausgesprochene Militärstaaten gelten. In Rußland haben die Machthaber in den letzten Jahren immer wieder erkennen lassen, daß sie die Armeen als die stärkste Quelle ihrer Macht und als das wichtigste Instrument der Sowjetrepublik ansehen, und in Frankreich ist zwar Poincaré heute stillgelegt, aber er und das große Heer der französischen Nationalisten sind doch noch nicht verschwunden. Deutschland scheint von Tschitscherin nicht für bündnisfähig gehalten zu werden, weil es in den Völkerbund eintreten und einen angeblich von England inspirierten Garantiepakt abschließen will.

Macht sich Rußlands Gegensatz zu England mehr im fernen Osten und an den Grenzgebieten vor Ostindien bemerkbar, so zeigt sich der französisch-englische Interessengegensatz mehr im nahen Orient, in der Levante und in Anatolien mit den benachbarten Gebieten. Gestützt auf die wirtschaftlichen Interessen, die Frankreich schon vor dem Kriege in Syrien und Armenien hatte, wollte es nun dort auch seinen politischen Einfluß verstärken, ihn von Syrien aus, das französisches Mandatsgebiet wurde, nach allen Seiten hin spielen lassen. Schwere Fehler der englischen Regierung gegenüber der Türkei, wie eine offizielle Rede Lloyd Georges, in der es hieß: „Die Türkei existiert nicht mehr, und nichts wird je von neuem ein Reich daraus schaffen“, haben dann den französischen Einfluß in der Türkei gestärkt, und so kam es schon im Oktober 1921 zum sogenannten Angora-Abkommen, in dem Frankreich Cilizien, das zum französischen Mandatsgebiet Syrien geschlagen war, wieder an die Türkei abtrat. Auch auf der Konferenz von Lausanne war Frankreich nur ein recht widerwilliger Partner Englands, so daß schließlich diese Konferenz aufflog. Während der letzten Jahre blieb die türkisch-französische Freundschaft nicht immer ungetrübt. Besonders die Schließung französischer Schulen in der Türkei berührte in Frankreich recht unangenehm. Jetzt aber scheint die Intimität zwischen diesen beiden Ländern wieder größer geworden zu sein. Daß Frankreich die türkischen Truppen, die zur Niederwerfung des Kurdenaufstandes aufgeboten wurden, auf den syrischen Bahnstrecken transportierte, kann freilich an sich noch nicht als ein Beweis dieser Intimität angesehen werden; denn hierzu war Frankreich durch das Angora-Abkommen vom Oktober 1921 verpflichtet. Aber Frankreich legte bei diesen Truppentransporten einen solchen Eifer an den Tag, daß man dahinter den Wunsch erkennen konnte, sich den Dank der Machthaber von Angora zu verdienen. Ob der Kurdenaufstand ausschließlich auf englische Einflüsterungen zurückzuführen war und in größerem Umfange aus englischen Finanzquellen gespeist wurde, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls steht aber fest, daß sich England in den letzten Jahren der Kurden manchmal bedient hat und daß es die Einrichtung eines besonderen Kurdenstaates gern gesehen hätte, der ja auch im ersten Entwurf des Vertrages von Sévres in seiner Umgrenzung schon festgelegt war. Da es in der Türkei allgemeine Ansicht ist, daß der Kurdenaufstand ausschließlich englische Arbeit war, ist naturgemäß in Angora die Zuneigung zu England, die schon wegen des Streites um das Erdölgebiet von Mossul sehr schwach ist, nicht größer geworden, und die Vertreter Frankreichs, vor allem Franklin Bouillon, hatten es um so leichter, die Uneigennützigkeit ihres Landes für die Türkei hervorzukehren.

In den letzten Monaten schien es sogar, als ob Frankreich der Türkei an der syrischen Grenze neue Gebietsabtretungen machen wolle; erst die offene Ankündigung des Londoner Auswärtigen Amtes, daß es neue Grenzverschiebungen an der syrisch-türkischen Grenze unter keinen Umständen anerkennen werde, scheint dazu geführt zu haben, diesen Land-austausch aufzugeben. Sind die Sorgen Frankreichs im näheren Orient geringer als die Englands, so muß Frankreich jetzt in Marokko einen Krieg führen, von dem vorläufig noch niemand weiß, wie lange er dauern und welche finanziellen Ausgaben er mit sich bringen wird. So völlig unerwartet, wie dies da und dort in der deutschen Presse angenommen wird, konnte übrigens dieser Aufstand für Frankreich nicht kommen. Der Aufstand in den spanischen Provinzen Afrikas mußte auch auf das französische Gebiet hinüberwirken. Die panarabische Bewegung, die Wiedererstarkung der islamitischen Kampfplust und die Unabhängigkeitsbewegung, die sich schon seit Jahr und Tag in Französisch-Nordafrika bemerkbar gemacht haben, mußten schon seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit Frankreichs auf sich ziehen. In Tunesien hat sich sogar eine Partei gebildet, die jungtunesische Partei, die die Souveränität des Beys von Tunesien wiederherstellen will.

---

## Schutz und Festigung der Republik

*Von Hugo Poetzsch*

Im vorangegangenen Heft veröffentlichten wir zu dem gleichen Problem einen Aufsatz des Genossen Schiff, der die Wirkungen Hindenburgs auf die Republik wesentlich günstiger beurteilte. Die Schriftleitung glaubt jedoch, die nachstehenden Ausführungen des Genossen Poetzsch gleichfalls abdrucken zu sollen, zeigen sie doch, wie stark Mißtrauen und Erbitterung die deutsche Arbeiterschaft bereits ergriffen haben.

Trotz Hindenburg und mit ihm ist Deutschland eine Republik. Und die Eidesleistung auf die Verfassung — in die Hand eines sozialdemokratischen Reichspräsidenten ist Hindenburg nicht erspart geblieben. Ueber die Szene wehte stolz das Hoheitszeichen der Republik, die schwarz-rot-goldene Fahne. Eine kleine Genugtuung für die Republikaner. Aber sonst haben wir wenig Ursache, auf die republikanischen Errungenschaften stolz zu sein; die Republik hat es noch nicht vermocht, sich die nötige Achtung zu verschaffen.

Wie war es ehemals in der „glanzvollen Kaiserzeit“ — wie waren da die Kräfteverhältnisse? Wilhelm redete und orakelte, beschimpfte auf das schmachlichste große Teile des Volkes. Die leiseste Kritik an dem oft verbrecherischen Gerede dieses unzurechnungsfähigen Mannes wurde als Beleidigung der sogenannten Majestät mit schweren Strafen geahndet. Und wehe, wenn der Redakteur eines Blattes oder ein Redner derartige oft ungeheuerlichen Urteile haßerfüllter Richter kritisierte. Neue Anklage und neue Verurteilung waren ihm sicher. Und die Herren Offiziere. Nicht der leiseste Tadel — ihre Gottähnlichkeit

durfte nicht im geringsten in Zweifel gezogen werden. Dann die Herren Feldwebel und Unteroffiziere; sie waren immerhin, wenn auch nur die „Stellvertreter Gottes auf Erden“. Der Herr Kriegsminister schützte sie alle. Der Kitt der Kaste war so stark, daß auch offenbarstes Unrecht von der Sippe gedeckt wurde.

Wie das Heer, so die Beamten. Bis zum Nachtwächter herab genossen sie den unbedingten Schutz ihrer Vorgesetzten. Die Herren Ressortschefs hatten vorgedruckte Strafanträge zur Verfügung. Und der Staatsanwalt erhob die Klage stets in „öffentlichem Interesse“. Nur in den seltensten Fällen entging der Sünder den engen Maschen des Gesetzes. Und hatte er auch alles bewiesen, blieb doch die formale Beleidigung. Öffentliche Demonstrationen zugunsten einer politischen Auffassung, außer solchen im Sinne der herrschenden Klassen, waren so gut wie ausgeschlossen. Rechtlosigkeit auf allen Gebieten. Der militaristisch-monarchistischen Herrenkaste mußte sich alles beugen; im Heer und in den Regierungsämtern gelangten nur die Junkersprößlinge und die Korpsstudenten zu den höchsten Stellen, zur „Futterkrippe“, um im Jargon der Völkischen zu sprechen. Das Volk war lediglich Objekt. Die Arbeiter fügten sich, wenn auch zähneknirschend, diesen Methoden der Rechtlosigkeit und Unterdrückung. Charakteristisch für den Ordnungssinn der kämpfenden Arbeiterschaft ist die Tatsache, daß es am Schlusse von Berichten über größere Veranstaltungen, wie Maifeier, Massenversammlungen usw. in der Regel hieß: „Die zahlreich erschienene Polizei hatte keine Veranlassung, einzugreifen.“

Dagegen verstand man es ausgezeichnet, dem Volke dauernd den Glanz des Kaiserreichs in Prunkfesten vor Augen zu führen. Empfänge, Geburtstagsfeiern, allerhand Festlichkeiten, militärische Schaugepränge wurden dazu benutzt, der nationalen Eitelkeit zu schmeicheln, den Machttausch auf weite Kreise auszudehnen. War's auch nur Talmi, so erfüllte es doch seinen Zweck. Ist doch der deutsche Spieß — die Präsidentenwahl hat gezeigt, wie groß noch ihre Zahl — so empfänglich für Heldenverehrung, dagegen so immun gegenüber politischen Tatsachen, daß es auch wenig geschickten Drahtziehern nicht schwer fällt, ihn zu nasführen.

Wie steht es nun heute in unserer Republik? Ihre oberste Führung hat das Volk — „der Denker“, sagt man — einem ausgesprochenen Monarchisten anvertraut. Recht gesprochen wird „im Namen des Volkes“ von Richtern, die sich gar nicht bemühen, ihre Feindschaft gegen die republikanische Verfassung zu verbergen. Die gröblichsten Beschimpfungen republikanischer Hoheitssymbole bleiben ungesühnt. Die große Mehrheit der höheren Beamten, selbst der politischen, treiben offen antirepublikanische Politik. Die Republikaner werden verhöhnt, angepöbelt, vergewaltigt und niedergeknallt. Die Schutzpolizei, die berufen ist, die Ordnung gegen jedermann zu schützen, geht durchaus nicht immer unparteiisch vor. In der Regel sind die von den völkischen Banden angegriffenen und mißhandelten Republikaner diejenigen, die schließlich als die Angeklagten vor Gericht zu erscheinen haben. Während der ganzen Zeit der Wahlbewegung waren der Potsdamer Platz in Berlin, wie auch der Kurfürstendamm in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche dauernd Zeugen von Pöbeleien der Hakenkreuzler. Dort wurde u. a.

ein Mann niedergeschlagen, nur, weil er ein schwarz-rot-goldenes Bändchen trug. Ein Bismarck-Jüngling hatte dies als „Provokation“ empfunden. In der durch Verfassung verankerten Republik „proviziert“ man also durch das Tragen republikanischer Abzeichen. In derselben Gegend machten sich Hakenkreuzler das Vergnügen, eine schwarz-rot-goldene Fahne durch den Straßenschmutz zu schleifen. Warum, so fragen wir, wird ein Polizeioffizier, in dessen Bezirk derartige Lümmeleien sich wiederholt ereignen, nicht diszipliniert?

Und wir sind begierig, zu erfahren, ob die Verfasser und Verbreiter jenes Flugblattes verfolgt und gefunden werden, das im eleganten Westen Berlins in Massen aus einem Auto geworfen wurde, und das folgende Sudelei enthielt:

„Von unserer Flagge schwarz-weiß-rot,  
Da stahlen sie uns das Weiße;  
Und wischten sich den A . . . . damit,  
Jetzt haben sie schwarz-rot-sch . . . .!“

Sind Worte zu finden, den Grad von Gemeinheit und Niederracht zu kennzeichnen, von dem diese Buben da Zeugnis ablegen? Und was wäre wohl geschehen, wenn in der glorreichen Zeit der wilhelminischen Aera von Andersdenkenden auch nur entfernt Ähnliches gegenüber einem Symbol der damaligen Herrlichkeit getan worden wäre?

In der Rechtspflege jagt ein Skandal den anderen. Die Kommunisten, die das Gesetz verletzen, greift man fast immer, und sie werden mit harten Strafen belegt. Dagegen sind zahlreiche Morde an Republikanern ungesühnt geblieben. Ehrhardt und andere Verbrecher und Putschisten wurden nicht gefunden oder konnten wieder entweichen; hier versagte der „Arm der Gerechtigkeit“. Mit welchem Eifer warf sich die Staatsanwaltschaft auf die „Affären“ der Barmat, Kutischer und Höfle. Dramatisch gestaltete sich die Verhaftung der Barmats auf Schwanenwerder, hochdramatisch die Verfolgung des Justizrats Dr. Werthauer im Flugzeug.

Haben wir etwa eine Veranlassung, für Betrüger einzutreten, falls es sich um solche handelt? Keineswegs. Aber die Verhafteten befanden sich zum Teil über vier Monate in Untersuchungshaft. Einer ist mittlerweile über den „Erwägungen“, die über seine Haftentlassung schwebten, gestorben, drei andere hielt man, obwohl lebensgefährlich krank, in Krankenhaft. Die Barmats hat man erst kürzlich gegen hohe Kaution entlassen. Und noch weiß die Welt nicht, was die Betreffenden eigentlich verbrochen. Ob's die Staatsanwaltschaft weiß? Noch ist ein eifriger junger Mann der Staatsanwaltschaft unterwegs, um Schuldbeweise zu suchen. Und die politische Seite? Die Verhandlungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zeigten es deutlich: Der Hauptzweck für die völkischen Hetzer und Verleumder war und ist, sozialistische und republikanische Führer der Korruption zu zeihen. Und getreu dem Spruch: etwas bleibt schon hängen, folgen immer neue hinterlistige und zweideutige Anschuldigungen.

Im Gerichtssaal wird offen und ohne Scheu Politik getrieben, anti-republikanische Politik. Der Amtsgerichtsrat Neumann in Gleiwitz

ließ gelegentlich einer Verhandlung gegenüber einem Kläger folgende Äußerung fallen:

„Ja, mein Herr, diese Rechtsprechung können Sie in dem heutigen schwarz-roten Preußen nicht verlangen. Gehen Sie zu Severing, solange er noch im Amt ist. Vielleicht kann dieser Herr Ihnen besseren Bescheid geben.“

Ein anderer Amtsrichter, Herr Beinert, hielt gelegentlich einer Bismarckfeier auf dem Brocken eine Rede, die von Beleidigungen gegen die Republik strotzte und mit der Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz endete. Den von völkischen Mordbuben getöteten Erzberger nannte Beinert einen Halunken, er sprach von bestochenen Ministern und bezeichnete die Veranstaltung als die Vorbereitung des „Tags der Abrechnung“. Von sozialistischer Seite wurde an den Justizminister die Anfrage gerichtet, was er gegen Beinert zu unternehmen gedenke. Nun, man hat sich da oben gemütlich. Auf die Anzeige des Genossen Kuttner hin, so wird in der Antwort des obersten Justizbeamten angegeben, hat sich der Staatsanwalt, der Oberstaatsanwalt mit der Angelegenheit befaßt; dieser hat es dem Oberreichsanwalt übergeben. Nach abschließender Entscheidung der für die strafrechtliche Beurteilung zuständigen Stellen wird die Angelegenheit im „Disziplinarwege weiter verfolgt“ werden.

Der Tatbestand an sich ist klar, die Rede ist durch die Presse gegangen, eine Berichtigung ist nicht erfolgt. Hier mußte die sofortige Suspendierung vom Amte erfolgen. Wird gegen solche verantwortungslose Hetzer und Verleumder nicht energischer eingegriffen, dann kann die Republik, kann der Staat zu keiner Autorität gelangen. Muß diese Milde bei solchen Kreaturen nicht den Glauben auslösen, daß es auch den höheren Stellen gar nicht so sehr ernst ist mit dem Schutz und der Festigung der Staatshoheit?

Wie in der Justiz, so bei der Reichswehr. Regimentskapellen und Offiziere des republikanischen Heeres beteiligen sich fort und fort an antirepublikanischen Veranstaltungen. Ganze Bände ließen sich ferner füllen von der monarchistischen Beeinflussung der Jugend, namentlich in den höheren Schulen.

Es genügt da nicht mehr, daß die republikanische Presse am Schlusse von Mitteilungen über derartige Uebergriffe und Beschimpfungen bescheidenlich die Frage stellt, was denn der Herr Wehrminister, was denn der Herr Justizminister dazu sage. Es muß vielmehr jeder einzelne Fall bis in die Parlamente verfolgt werden. Die Herren Minister müssen Farbe bekennen. Sie haben der Republik den Treueid geleistet, sie haben sie zu schützen gegen Angriffe und Schmähungen. Tun sie das nicht in entschiedener Weise, muß ihnen das Vertrauen entzogen werden.

Die Republikaner müssen hervor aus den Kulissen, auf den offenen Markt. Den republikanischen Emblemen und Symbolen muß die Achtung erzwungen werden, die ihnen als das äußerliche Zeichen der Staatshoheit gebührt. Ohne die es nicht geht, auch im republikanisch-demokratischen Staatswesen nicht.



## Ein neues Tannenberg

Von Josef Maria Frank

Nun muß sich alles, alles wenden,  
denn bitte — na, wir haben doch ein Hoffnungslicht?!  
Wir haben einen „Retter“, der wird schon mit beiden Händen  
die Kiste schieben! Oder nicht?

Entente schickt 'ne „Note“? Schönchen!  
Wir haben Hindenburg! Paßt auf, wie der nun spricht!  
Der wird die Note richtig schaukeln, Söhnchen!  
Der bringt es fertig! Oder nicht?

Wir sollen, müssen —? Er ist Mann's  
genug zu einer Antwort, die die Nöte bricht!  
Er ist der „Retter“! Er bewies, er kann's!  
Jawoll, er wird's auch! Oder — nicht???

Zwar — Tannenberg war keine Note!  
Und damals hatten wir Armee'n, Gewehr stand bei Gewehr!  
Das wurde, wie man wissen dürfte, doch zu Schrote —  
doch immerhin — wir bitten sehr!

Zwar — die Kanonen und Granaten stehen  
bei denen, die uns Noten schicken! Das ist dumm!  
Bei Tannenberg war es doch anders! — Wir werden sehen,  
ein neues Tannenberg? — Wir bitten drum!

---

## Ist der Beamte zum Streikbruch verpflichtet?

Von W. Thureau

Viel zu wenig Beachtung findet in der Öffentlichkeit eine Entscheidung des Reichsgerichts, die geeignet ist, in ihren Auswirkungen jede gewerkschaftliche Aktion aller in öffentlichen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter unmöglich zu machen.

Das Schwurgericht Stuttgart hatte mehrere Gewerkschaftsfunktionäre bestraft, weil sie im Frühjahr 1924 während eines Streiks der Bahnarbeiter in Flugblättern und Versammlungsreden den Beamten nahegelegt hatten, keine offensichtliche Streikbrecherarbeit zu verrichten. Die Bestrafung wurde gestützt auf § 110 des Strafgesetzbuchs.

Das Reichsgericht ist dieser Rechtsauslegung beigetreten. Es geht in seiner Urteilsbegründung von folgender Ansicht aus: Das Schwurgericht Stuttgart hat das Vorliegen einer von der Obrigkeit getroffenen Anordnung verneint, da die Eisenbahnverwaltung keine Obrigkeit im Sinne des Gesetzes darstellt; es bejaht aber die Frage, ob zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert worden sei, da die Eisenbahnbeamten nach dem Reichsbeamtenengesetz verpflichtet seien, dem „Ansinnen auf Leistung von Streikarbeit Folge zu leisten“. Schon ein

flüchtiger Blick in das Reichsbeamten-gesetz beweist klipp und klar, daß das Reichsgericht mit dieser Entscheidung eine unmögliche Rechtskonstruktion schafft. Der in Frage kommende § 10 des Reichsbeamten-gesetzes besagt: Jeder Reichsbeamte hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen... Es gehört schon die in letzter Zeit öfter in Erscheinung getretene sonderbare Einstellung des Reichsgerichts dazu, um aus diesem Wortlaut des Gesetzes eine „Verpflichtung auf Leistung von Streikarbeit“ zu konstruieren. Man ist aber um eine Erklärung seines Tuns durchaus nicht verlegen. Das Schwurgericht Stuttgart sagt und das Reichsgericht tritt ihm hierin bei, daß „bei der gegebenen Sachlage die Frage geprüft werden müsse, ob den Beamten für die Dauer eines vorübergehenden Notstandes des Staates eine nicht in den Bereich seines regelmäßigen Dienstes fallende Arbeit aufgetragen werden kann und die Uebernahme einer solchen Arbeit dann ebenfalls unter seine Amtspflicht fällt“. Eine solche Verpflichtung der Beamten muß aber aus dem besonderen Treueverhältnis des Beamten zum Staate gefolgert werden. Hierbei wäre zunächst zu prüfen, wie ein solcher Notstand durch die Verwaltungen zunächst einmal selbst herbeigeführt wird. Die württembergischen Eisenbahnarbeiter standen in einer Lohnbewegung. Der Präsident der Eisenbahndirektion Stuttgart gab selbst zu, daß der Lohn der Eisenbahnarbeiter zu gering sei. Statt nun einen vernünftigen Ausgleich zu versuchen, stellte man sich auf Weisung aus dem Reichsverkehrsministerium auf einen schroff ablehnenden Standpunkt, wodurch der Streik unvermeidlich wurde. Nun war der gewünschte Notstand da. Von den Beamten forderte man jetzt Streikbrecherarbeit als Notstandsarbeit, ohne auch nur einen Moment darüber nachzudenken, ob die Verwaltung selbst alles getan hatte, um diesen Notstand, der ja beim Stilllegen der Eisenbahnen tatsächlich eingetreten wäre, den die Verwaltung aber selbst geschaffen hatte, zu beseitigen. Das Nächstliegende wäre doch gewesen, daß die Verwaltung sich zwecks Beschaffung von Arbeitskräften der öffentlichen Arbeitsnachweise bedient hätte. Sie tat es nicht, weil sie sehr gut wußte, daß bei der schlechten Bezahlung der Arbeiterschaft, der bekannten Behandlungsart derselben und der bekannten Arbeitsverhältnisse im Eisenbahndienste (12 Stunden pro Tag) ihr Appell an die Arbeiterschaft keinen Erfolg haben würde. Es gibt große Kreise der Beamten-schaft, die den Standpunkt vertreten, daß diese ganzen fortgesetzten Konflikte im Eisenbahndienst von gewissen Kreisen nicht ungerne gesehen werden, weil man bei der bekannten Einstellung des Reichsgerichts hofft, den Beamten so stückweise seiner bisherigen Rechte entkleiden zu können.

Das Reichsgericht schiebt die ganze Sache auf ein falsches Gleis, wenn es weiter sagt: „Auch eine rein körperliche Arbeit schändet nicht und es darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine solche außerhalb des Dienstes vielfach auch von höheren Beamten geübt wird.“ Also aufgepaßt, lieber Mitbürger, rümpfe nicht die Nase, falls du einem so recht schwarzen Arbeiter begegnest, du kannst nie wissen, welcher republikanische Geheimrat dir außerhalb seines Dienstes gegenübersteht. Interessant und die geistige und vor allem politische Einstellung des Reichsgerichts sind folgende Sätze der Arbeitsbegründung, daß uns

nur Raummangel hindert, sie ganz abzudrücken: „So haben Zehntausende von Gebildeten dem Vaterlande als Armierungssoldaten gedient und späterhin Zehntausende sich zur Verrichtung auch einfachster Arbeit in den Dienst der technischen Nothilfe gestellt.“ Wir sehen schon im Geiste den Herrn Reichsgerichtsrat mit seiner Schaufel als Notstandsarbeiter mit Feuereifer bei der Kanalisation tätig.

Die Beamtenschaft lehnt die Uebernahme offenerer Streikarbeit nicht ihrer, wie das Reichsgericht sagt, Niedrigkeit wegen, ab, sondern, weil der Verrichter von Streikbrecherarbeit in den Augen jedes anständigen Menschen als moralisch minderwertig, ja, als ehrlos gilt. Nun fordert aber § 10 des Reichsbeamtengesetzes von jedem Beamten, daß er „durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu erweisen habe“. Die Solidarität der gesamten Arbeitnehmerschaft ist mit fortschreitender Industrialisierung ein hohes sittliches Postulat geworden. Der Staat sollte diese Solidarität, die er noch sehr nötig brauchen kann, nicht brutal unterdrücken, sondern fördern; er könnte damit sich selbst eine Truppe schaffen, die dem Terror des sich wild und übermütig gebärdenden Kapitalismus, der den Staat zu verschlingen droht, ein machtvolles Paroli zu bieten vermag.

Das Reichsgericht verweigert auch dem Beamten das Recht der Prüfung, ob die ihm zugemuteten Arbeiten eine rechtliche Begründung haben. Nun sagt aber Görres in seinem Kommentar zum § 10 des Reichsbeamtengesetzes: „Der Beamte ist zur selbständigen Prüfung der Rechtmäßigkeit eines Befehls hinsichtlich der Zuständigkeit der befehlenden Behörde und seiner eigenen Zuständigkeit, sowie hinsichtlich der materiellen Gesetzmäßigkeit des Befehls nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet...“ und verantwortlich.

Es ist bedauerlich, unserem höchsten Gerichtshofe nachweisen zu können, daß seine Rechtsprechung mit dem normalen Rechtsempfinden des Volkes in Widerspruch steht. Die Einstellung des Reichsgerichts ist, wenn überhaupt, so nur erklärlich, aus dem in bestimmten Kreisen herrschenden Bestreben heraus, die früher bestandene Kluft zwischen Beamten einerseits, Angestellten und Arbeitern andererseits, wieder herzustellen und, wenn möglich, noch zu vertiefen. Das Reichsgericht sollte sich nicht zum Handlanger solcher Bestrebungen reaktionärer Beamtenkreise, die ja unbedingten Sukturs aus dem Lager der Schlotbarone und der Ritter von Ar und Halm haben, machen lassen. Die Beamtenschaft ist der Auffassung, daß mit solchen Entscheidungen nicht Recht gesprochen, sondern die alte unbedingte Autorität des Geheimrats wiederhergestellt werden soll. Aus diesem Grunde lehnt sie solche Tendenzurteile, die nicht in unsere Zeit hineinpassen, ab.

Aus diesem Grunde verlangt sie auch die baldige Behandlung eines modernen Beamtenrechts im Reichstage, damit nicht Recht gesprochen wird nach dem Grundsatz: „Legt ihr's nicht aus, so legt ihr's unter!“

---

## Der Retter

Menschlich mag es unschön sein, den armen Hindenburg für das verantwortlich zu machen, was unter seiner Regentschaft geschieht oder unterbleibt. Indessen, es dürfte ihm nicht unbekannt geblieben sein, daß ihn seine Wahlmacher als Retter angepriesen haben. Da bleibt die Probe auf das Exempel doch das Gegebene.

Am 28. Mai stellt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Paul Baecker in der „Deutschen Tageszeitung“ fest, daß die Abstimmung über den spanischen Handelsvertrag: „gegenüber dem ganzen System der Preisgabe landwirtschaftlicher Interessen ein deutliches Warnungssignal aufgesteckt habe.“ Die Landwirtschaft droht also. Ein seltsamer Weg zur Einigung des deutschen Volkes.

\*

Am 28. Mai spricht der Reichswehrminister Geßler: „Für Soldatenheime, für Urlaubsreisen, seien Gelder verwandt worden, die nicht aus dem Etat genommen werden konnten, die vielmehr von allen möglichen Verbänden aufgebracht worden seien, auf diese Weise wären Beträge, mit denen sonst Stahlhelm, Werwolf usw. Unfug und staatsfeindliche Zwecke getrieben hätten, in einwandsfreier und nützlicher Weise verwendet worden, womit sich auch Minister Severing sehr zufrieden erklärt habe... Die Politik der Reichsregierung ist friedfertig, und es wäre ein Wahnsinn, wenn sie anders wäre. Jedes Jahr hat die Reichsregierung bei den Etatsberatungen darauf hingewiesen, daß nur ein Verrückter an Krieg denken könnte... Von geheimen Rüstungen kann man nur reden, wenn man Soldatenspielererei mit ernstem militärischen Dienst verwechselt... In zwei Fragen sind zweifellos Verfehlungen vorgekommen, für die die Regierung die Verantwortung zu tragen hat. Das eine ist die Einstellung der sogenannten Zeitfreiwilligen im Herbst 1923... Es war damals notwendig, die abenteuerlichen Leute unterzubringen, sie auch einmal Kniebeuge machen zu lassen... Nunmehr ist mit diesem System rücksichtslos abgeschlossen worden. Ich habe die bestimmte Meldung, daß Zeitfreiwillige nicht mehr eingestellt werden. Jeder Offizier, der das noch tun sollte, wird entlassen.“ — Die Werwölfe und Stahlhelme werden sich eine Rede des Reichswehrministers im Zeichen des Retters anders vorgestellt haben. Zum Ausgleich, gewissermaßen um die Einheit des neuen Geistes zu demonstrieren, schreibt der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling in der „Deutschen Zeitung“ über Hindenburg: „Gerade darin, daß er, der treue Diener dreier Könige, nun die republikanische Verfassung wahren will, liegt das große schmerzliche Opfer, das er dem Volke bringt. Die Verteidigung Hindenburgs war für uns Royalisten eine bittere Stunde. Wenn dann Herr Löbe uns herausforderte, wenn in den Tagen darauf die Linkspresse versuchte, uns durch Hindenburgs Eid an die Republik zu binden... so wird es Zeit, höchste Zeit, die monarchische

Frage offen aufzuwerfen.“ Solch Bekenntnis des Deutschnationalen ist doppelt bemerkenswert gegenüber der Feststellung des Herrn Reichswehrministers, daß die Reichswehr selbstverständlich die Armee der Republik sei, und daß sie ebenso selbstverständlich dazu erzogen werden müsse, eine Armee von Republikanern zu sein. Wo und wie wirkt der Retter? Die Enttäuschung scheint auf weiter Flur grenzenlos zu sein. Im „Deutschen Tageblatt“, das auf das lebhafteste für Hindenburg eintrat, schreibt Wulle, der besonders eifrig Rettung prophezeite: „Das Kabinett Marx hat wenigstens in den Reichstagsreden gegen die Kriegsschuldflüge protestiert, das halb deutschnationale Kabinett Luther aber schweigt sich vollständig darüber aus... Es ist kein Vertrauen mehr im Lande, daß eine Rechtsregierung irgendwelche nennenswerten Aenderungen in der Politik herbeiführen kann. Und das ist eine ungeheure Gefahr für den nationalen Gedanken schlechthin, denn die Schwarz-Rot-Gelben können den nächsten Wahlkampf mit der Behauptung führen, daß auch die sogenannten nationalen Parteien sich auf ihren Standpunkt gestellt hätten, daß also die Politik der Linken die richtige gewesen sei.“ Und das alles im Zeichen des Retters.

\*

Der Oberstaatsanwalt Dr. Linde ist von seiner Tätigkeit in der Barmat-Angelegenheit entbunden worden. Ihm unterstand auch die berühmte Fliegerstaffel, mit der die Staatsanwaltschaft die Bereinigung der Republik betreiben wollte. — Der frühere Rektor der Greifswalder Universität, Professor Dr. Vahlen, hatte die Reichsfarben beschimpft; er wurde von dem Schöffengericht Gollnow zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt. — Der Senat der Heidelberger Universität hat das Disziplinarverfahren gegen den Privatdozenten Dr. Gumbel, den bekannten Ankläger gegen die politische Mordwut der Reaktion, eingestellt. Hingegen hat das badische Ministerium für Kultus und Unterricht gegen den Professor Freiherr Marschall v. Bieberstein, der sich einer Beschimpfung der Republik schuldig gemacht hat, auf einen Verweis erkannt. — Etliche der Wähler des Retters werden auf eine etwas schwarz-weiß-röttere Justiz gehofft haben.

\*

Im Reichstag ist der Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen worden. Im Reichsrat hat Bayern Einspruch erhoben. Damit ist es zu einem Konflikt zwischen Reichsrat und Reichstag gekommen. Bei den Beratungen im Reichstag sagte der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Professor Dr. Kahl: „Es sind nicht politische, sondern reine Rechtsgründe, die mich bestimmen, für dieses Gesetz zu stimmen. Entscheidend sind die Forderungen der Rechtssicherheit.“ Die weitere Entwicklung des Konfliktes wird zeigen, ob und wie sich der Retter als Rechtsretter bewährt.

\*

Zum 15. Juni sollen aus den Gruben des Hamborner Kreises rund 3000 Beamte und Arbeiter entlassen werden, weil die Förderung bedeutend

eingeschränkt werden muß. Nach einer Verlautbarung der Reichsregierung soll das Stillgeld, auf das stillende Mütter zwölf Wochen hindurch ein gesetzliches Anrecht besitzen, abgebaut werden. Dies würde eine Förderung der Säuglingssterblichkeit bedeuten.

\*

Der Major v. Beneckendorff und Hindenburg, der bisher in der Kavallerieschule in Hannover tätig war, ist in seiner Stellung als persönlicher Adjutant des Reichspräsidenten in das Reichswehrministerium versetzt worden. — Die „Kreuzzeitung“ bringt wieder Mitteilungen mit der Überschrift: „Aus dem königlichen Hause.“

---

## Pariser Messen

*Von Alfons Fedor Cohn*

Mit der warmen Jahreszeit, also bereits im April, beginnt in Paris die Eroberung der Straße. Nicht nur die Spaziergänger drängen an die Luft, das ganze tägliche Leben breitet sich aus, auf die Straße hinaus, und wird dort sichtbar. Man blickt dem Bäcker in die Backstube hinein, die offen im Keller an der Straße liegt, dort steht er nackt, nur ein Tuch um die Lenden; nachher sieht man ihn bloß unter einem kittelartigen Hemde über die Straße gehn. Mitten in der Stadt, nahe einem der großen Warenhäuser, sitzt eine junge Mutter vor einem Ausschank, die eine Hand am Kaffeegläse, die andere mit dem Säugling an der Brust. Dicht um sie sitzen andere Gäste, Passanten, Autos, Omnibusse treiben in unablässigem Strom vorüber, das ist alles ganz selbstverständlich und natürlich. Nicht einzelne Kaffees und Restaurants haben ihre Terrassen, auf denen die Besucher sitzen, um zu sehen, gesehen zu werden, sich zu stärken, sich zu zerstreuen, nein, fast jedes Restaurant ist breit nach der Straße geöffnet und setzt sich dorthin fort. Denn das Restaurant ist für die vielen Unverheirateten und Paare, die sich gerade ein möbliertes Zimmer leisten können, ein Teil ihres täglichen Lebens.

Man bekommt im Pariser Straßenleben den Begriff „Volk“ erst eigentlich anschaulich vor Augen. Bei uns erfüllen Massenansammlungen lediglich einen bestimmten Zweck, in der Fabrik oder den Büros, bei Versammlungen, Kunstdarbietungen, Vorträgen oder Ausflügen. Das gibt's dort selbstverständlich auch alles. Aber darüber hinaus ist die Straße — immer für die Unterklasse — eben das erweiterte Haus mit allen seinen kleinen und großen alltäglichen Gewohnheiten und Handlungen, seinen Zufällen und Nebensächlichkeiten. Die großen weltbekannten Warenhäuser kommen ohne ihre Warenauslagen auf der Straße rings an ihren gesamten Fassaden ebensowenig aus, wie der Sousträmer in einem Außenviertel. An Seifen und Parfümflaschen, an Briefpapierkästen und Küchengeräten ist gewiß nicht viel anzufassen und in Unordnung zu bringen. Sobald es aber an die Bekleidungsgegenstände, besonders die

weiblichen, die Wäsche, die Strümpfe und die Stoffe geht, ist bald das kräuseste Basardurcheinander erreicht. Auf den Brustwehren des Quai Voltaire und Malaquais gegenüber dem Louvre haben noch immer die Bücherantiquare ihre Kästen aufgebaut, und man kann sicherlich Dutzende von Straßen in allen Teilen der Stadt finden, an denen vormittags beide Seiten mit fliegenden Lebensmittelständen besetzt, ja verstopft sind, so im Pariser Grenadierstraßen-Viertel zwischen Stadthaus und Nationalarchiv, oder in der Nähe der Hallen in der Richtung nach Norden, Rue Montorgeuil. Sogar am Sonntagvormittag herrscht hier (recht unsozial übrigens) Handel und Wandel, wie auch in manchem Warenhaus der Arbeiterviertel. Aber selbst in den engen Straßen der allerältesten Viertel, wie etwa in dem Straßenzug Descartes-Mouffetard, unterhalb des Panthéon, wo sich die Leute aus den Vorderfenstern ihrer abenteuerlich tiefen Grundstücke in die Fenster sehen können und einander das Licht in den unteren Stockwerken fortnehmen, drängen sich Werkstatt und Haushalt ins Freie, die ganze Straße wird eine einzige Ladenwohnung, wo gearbeitet und gehandelt, geklatscht und angebandelt wird.

Ueberdies hat Paris von alters her seine zahlreichen Jahrmärkte, die der Schaulust und dem Bewegungsdrang der Menge dienen. Da ist zunächst im Frühjahr die „Foire des pouces“, eigentlich „Flohmarkt“, in Wirklichkeit Markt für alte Sachen, für Gebrauchs- wie Kunstgegenstände, der sich von der Place de la République aus den Boulevard Voltaire hinunterzieht. Hier sind alle Bestände des Trödel Ladens ins unbarmherzige Licht ausgeschüttet; aber auch echte Antiquitäten fehlen nicht, und mancher wertvolle Fund glückt vielleicht hier unter reinem Gerümpel. Gleich nach Ostern beginnt die „Foire au Pain d'épice“, der „Gewürzkuchenmarkt“, der allerdings auf Pfefferkuchen und Zuckerbäckereien beruht, aber außerdem ein großer improvisierter Rummel auf der Place de la Nation und dem Cours de Vincennes, der östlichen Hauptausfallstraße, ist. Da laufen für diese einzige Woche mächtige elektrische Karussells, eine kleine Miniatureisenbahn fährt im Kreise, eine Rutschbahn stürzt mitten auf dem Boulevard durch ein wassergefülltes Segeltuchbassin als Wasserrutschbahn, wozu vier Waldhornisten in roten Pikörrocken ein schmetterndes Reklamekonzert blasen. Zeltwirtschaften sind überall errichtet, Wahrsagerinnen bringen mit verbundenen Augen die Zukunft zu Papier, und Fellhändler locken das Interesse durch einen zahmen und einen wilden Fuchs, der an Füßen und Schnauze in Eisenkrampen an einem Brett festgeschnallt ist, so daß er gerade noch atmen kann — eine üble Erinnerung an die landläufige Tierquälerei, die der sonst so naiven und naturnahen Rasse eigen ist und die man angesichts des verschwindenden Pferdewagenbetriebs fast vergessen hatte.

Die hohe reine Kunst hat ebenfalls seit vielen Jahren im Frühling ihren Freiluftmarkt, die „Foire aux croûtes“, den „Kitschmarkt“, aber diese ironisch um Wohlwollen buhlende Selbstdeklaration stimmt leider im Ernst. Auf der Place Constantin-Pecqueur, Montmartre, wenige hundert Schritt nordwestlich der Butte mit der Herz-Jesu-Kirche, aber um so

näher dem Kabarett „Die rasende Kuh“, stellen sich an Häuserwänden und Bäumen ein- bis zweihundert Künstler — Händler sind strengstens ausgeschlossen — mit ihren Bildern und Bildwerken auf, nur einen Sonnabendnachmittag und den folgenden Sonntag. Es muß also zweimal „gehängt“ werden, da man die Gegenstände ja nicht vor den Unbildern der Witterung und den Unsiherheiten der Nacht schützen kann. Und am Sonntag steht natürlich der Bedürftigste, der bereits ab 5 Franks das Bild verkauft, am frühesten auf, während die Großen, die teils im eigenen Auto vorfahren, erst gegen die Frühstückszeit die Kinder ihrer Muse ausführen. Dann stellt sich auch das zahlungsfähigere Publikum ein, das entweder nur aus Neugierde kommt oder, wenn es kauft, durch Urteilsfähigkeit nicht gehemmt ist. Denn während draußen an der Porte Maillot die sogenannten „Unabhängigen“, drinnen im Tuileriengarten der alte „Salon“ die gangbare akademische Marktware in Stapeln zeigen, hat dieser Kitschmarkt gar keine künstlerische Daseinsberechtigung; er ist akademisch und dilettantisch, wenige geschickte Macher abgerechnet, zugleich. Aber was harmlose Gemüter in diesem sagenhaften Kunstmilieu des Montmartre vielleicht erwarten können: revolutionäre Kunst, für die Kritik und Publikum noch nicht reif wären, fehlt hier vollständig. Es reicht, historisch gesehen, noch nicht einmal bis zum Kubismus.

Nun hat Paris noch die offizielle große Ausstellung dieses Jahres, die „Internationale Ausstellung für die dekorativen Künste und Industrie“. Sie liegt nicht auf dem Marsfelde, wie die vier Weltausstellungen mit elfjährigen Abständen von 1867 bis 1900, aber auch nicht draußen im Vincennes Gehölz, wie ursprünglich geplant, wo sie sich in jeder Beziehung hätte entfalten können, sondern mitten in der Stadt, quer über die Seine hinweg: Invaliden-Esplanade (wo sonst alljährlich Anfang Mai die Mustermesse stattfand), Quai d'Orsay, Brücke Alexander III. und am andern Ufer den Cours la Reine entlang, das Grand Palais mit einschließend. Eine Mißgestalt im Grundriß, ein Verkehrshindernis imposanter Art dazu. Straßenbahnen mußten umgeleitet werden, die Autos müssen in dieser zentralen Gegend Umwege fahren und die übrigen Beförderungsmittel, wie Autobusse, Trambahnen und Untergrundbahn werden kaum imstande sein, neben dem normalen Verkehr dieser Gegend auch noch das durch Touristenmassen verstärkte Ausstellungspublikum ohne Störungen und Hindernisse an seinen Platz zu bringen. Aber man fürchtete sonst — außerhalb der Stadt — für den Besuch.

Was Ende April von dieser Ausstellung unter großer Feierlichkeit eingeweiht wurde, war ein ausgedehnter Bauplatz; auch vier Wochen später sind außer Dänemark, Schweden, Holland, Japan, der Tschechoslowakei und Polen die übrigen anderthalb Dutzend beteiligten Staaten, und vor allem der französische Gastgeber, noch keineswegs fertig.

Dazu ist die Ausstellung in architektonischer Hinsicht ein stilistisches Monstrum. Die Generalidee war ungefähr, alles an Neuem zu zeigen, was den einzelnen Nationen nach dem Kriege gelungen war. In Wirklichkeit ist an dem baulichen Babel des Ganzen nur das Eine einheitlich,



daß ganz gewiß keine neue Idee zu erspähen ist. Die Invaliden-Esplanade ist mit dem sogenannten „Hof der Handwerke“ besetzt, auf dem aber noch als kulturelle Entschuldigung ein Theater und eine Bibliothek Platz finden. Hier dominiert Frankreich. Die Längsseiten sind durch offene Galerien nach englischen Vorbildern abgeschlossen, als Richtpunkte des Geländes ragen die vier „Türme der Weine Frankreichs“ je 30 Meter hoch auf, die in ihren Obergeschossen Restaurants beherbergen, im übrigen aber gewissermaßen wie die Campanile von Warenhäusern wirken. Dann gibt es monumentalisiertes Zierporzellan oder kinderfarbenfreudige Totensäulen, deren Sinn und Zweck nicht ersichtlich ist. Viel Materialverschwendung, wenig Verbindung zwischen Außenseite und praktischem Zweck und gar kein Zusammensimmen der einzelnen Bauten. Was Frankreichs junge Architekten hier leisten wollten, ist gesucht und spielerisch. Die Alexanderbrücke ist mit Basargängen aus Zementguß besetzt, deren Ton man nach vielfachen Proben schließlich auf Gold gestimmt hat. Jenseits beginnt die Straße der Nationen, und nicht ohne politische Rücksicht (die ja Deutschlands Einladung solange verzögerte, daß es die Einladung ablehnen mußte) flankieren hier links und rechts die vier großen Bundesgenossen: England-Italien und Belgien-Japan. In ihrem Rücken ziehen sich dann, ostwärts und westwärts, die Repräsentationsgebäude der kleineren Staaten oberhalb des Seinekais hin. England bringt koloniale Reminiszenzen und scheint nicht von der Götterburger Ausstellung 1923 unbeeinflusst, gegen die übrigens die Pariser technisch wie stilistisch nicht im mindesten ankommen kann. Belgien kommt gespenstisch mit einer Zuckerbäckerei falscher Prunkrenaissance, wie sie 1900 bereits dem guten Geschmack verboten war. Japan wirkt durch die Kuriosität, daß es sein Papier- und Holzgebäude zerlegt aus der Heimat hierher gebracht und aufgebaut hat. Italien allein erscheint würdig und schlicht durch einen klassischen Früh-Renaissancebau im antiken Ebenmaß und vom erlesensten Steinmaterial.

Immerhin hatte man das Bewußtsein, daß dieser Stilwirrwarr oder diese Stilwidrigkeiten irgendwie in Uebereinstimmung mit den bestehenden Monumentalbauten des Geländes gebracht oder von ihnen abgeschlossen werden mußten. Die Kuppel des Invalidendoms hat man glücklicherweise nicht, wie ursprünglich geplant, verdeckt, sondern als ruhenden, wuchtigen Abschluß im Hintergrunde des „Hofes der Gewerbe“ belassen; dagegen konnte man die aufdringlichen überladenen Fassaden des „Grand Palais“, zu dem allein der belgische Pavillon gepaßt hätte, nicht in die Ausstellung hineinsehen lassen. Da hat man sich denn mit allerhand schamhaften Kulissen beholfen, ebenso wie man den Ehrenhof am Eingang von der Place de la Concorde her durch einen Kranz kantiger, gedrungener weißer Säulen markiert hat. Dagegen hat man das Innere des „Grand Palais“, das bekanntlich von der Weltausstellung 1900 stammt und seitdem als Kunstausstellung benutzt wurde, in ungemein glücklicher Weise zum eigentlichen Ausstellungsgebäude ausgebaut. Die Riesenräume sind durch

geschickt eingezogene Zementwände gegliedert, die Glas- und Eisenkonstruktion dadurch und durch dämpfende Velen unsichtbar gemacht worden. Von dem Mittelkuppelraum ist eine imposante Freitreppe in ganzer Breite in das obere Stockwerk angelegt, die bei der feierlichen Einweihung der Ausstellung Verwendung fand, und so haben die einzelnen Länder hier jedes seinen Ausstellungsplatz gefunden, während die Baulichkeiten am Ufer nur Repräsentationszwecken gesellschaftlicher und architektonischer Art dienen.

Allerdings muß man, noch ehe man die eigentliche Ausstellung im Innern durchmustern kann, fragen, ob denn solche internationalen Riesemessen überhaupt noch einen praktischen Zweck haben. Die Architektur, die hier geboten wird, kann unmöglich von einer auf die andere Nation befruchtend wirken; dazu ist das Gebotene fast überall zu steril. Wo es nicht der Fall ist, wie z. B. bei den Schweden, konnte man in der rein nationalen Gotenburger Ausstellung ungleich mehr Anregungen in weit umfassenderen, auch rein räumlichem Ausmaß, empfangen. Dänemarks Gebäude, in reinem Wiener Assyrisch, wie man den Stil der Wiener Werkstätten nannte, ist so wenig bezeichnend für die nationale Bauart, daß es sogar von Dänen selbst abgelehnt wurde. Vergeblich fragt man sich, wer und auf welche Weise durch engere Auswahl in den einzelnen Ländern als führender Architekt berufen wird, und man wird nach allen Erfahrungen den Verdacht nicht los, daß es im besten Falle eher der beste Organisator als der erste Architekt wird.

Aber in der Architektur besteht immerhin zwischen den einzelnen Nationen keine direkte wirtschaftliche Konkurrenz, während die ausgestellten Waren doch dazu da sind, die des anderen Landes auf dem Weltmarkt zu schlagen. Das Gastgeberland hat da natürlich einen Vorsprung, es kann sich mehr ausbreiten als die Gäste, es nimmt den besten Platz dazu, es konkurriert mit dem Vielfachen der Waren, die die anderen jeweils zeigen. Der Kampf kann weder offen noch loyal bleiben, und schließlich ist auch der Gewinn für das ganze Land zweifelhaft. In Frankreich selbst scheinen trotz der unentschuldbar langen Verschleppung der Fertigstellung auch sonst nicht die geringsten Zweifel an dem Erfolg der Ausstellung zu bestehen. Soviel man hört, sind die Restaurants bereits auf drei Jahre vermietet, das Unternehmen geht also weiter und soll im nächsten Jahre als französische Kolonialausstellung wiederum kommerziellen und politischen Interessen des Landes dienen.

---

# RANDBEMERKUNGEN

## Ein vergessener Republikaner

Am 13. Juni sind 115 Jahre vorüber, daß Johannes Gottfried Seume in Teplitz starb. Unsere Generation hat diesen mannhaften Vorkämpfer der großen politischen Idee, die für Deutschland erst im Jahre 1918 Wirklichkeit werden sollte, nahezu vergessen. Der Republikaner Seume ist heute vielen kaum dem Namen nach bekannt; es war daher ein richtiger Gedanke des früheren Redakteurs am „Bibliothekar“, Gustav Hennig, eine kleine Sammlung Seumescher Gedichte, Gedanken und Abhandlungen zusammenzustellen und solch Büchlein in der „Thüringer Verlagsans alt, Jena“, erscheinen zu lassen. Die Sammlung führt den Titel „Zeitgemäßes und Politisches aus Seumes Werken“. Solch Titel führt nicht irre. Wahrhaftig, zugleich betrübsam und fast komisch ist es, zu sehen, daß das, was vor mehr als hundert Jahren Seume über sein geliebtes deutsches Volk zu sagen hatte, beinahe ebenso gut für die wilhelminische Glorie, beinahe auch für die hindenburgische Republik gelten könnte. Zum Exempel:

„Wenn uns die meisten Machthaber fragten, wie uns ihr Machtwerk gefiele — es brauchten eben nicht Verse zu sein —, so dürften wir mit dem Syrakuser Dichter nur kurz gewissenhaft antworten: ‚In die Steingruben!‘ Aber unsere Machthaber sind gescheiter oder blödsinniger als Dionys: sie fragen nicht.

Wenn man die Geschichte liest, gerät man oft in Gefahr zu fragen: ‚Ist es ehrenvoller, ein Volk zu regieren oder gehenkt zu werden?‘

Die meisten beträchtlichen Güterbesitzer in allen Staaten sind Leute, die keinen Begriff haben, von dem, was der Staat ist, und was er an den Bürger und der Bürger an ihn fordern kann und muß. Sie schreiten also grob, pleonektisch einher und nehmen in ihren Anmaßungen den Stock, den Strick und die Bajonett-

spitze zu Hilfe und glauben vielleicht gar, alles, was sie damit können, sei auch Recht. Das nennen sie sehr passend ausübende Gewalt; denn von Gerechtigkeit ist selten ein Fünkchen dabei.

Die Edelleute liefern nichts, wie ich höre, sondern verkaufen ihre Produkte denen, welche liefern müssen; ein herrlicher, königlicher Unsinn. Sie sind die Filzläuse des Staates.

Bei Ulm und Austerlitz und Jena hat sich unser Stocksystem in seinem ganzen Glanze gezeigt.

Die Nation, welche nur durch einen einzigen Mann gerettet werden kann und soll, verdient Peitschenschläge.

Es läßt sich denken, daß einer moralisch eine Bürgerkrone verdient und gesetzlich gehenkt wird.

Ein gewöhnlich großer Mann hat sein Vergnügen, alle rund um sich her mit der Allmacht seiner Kraft niederzudrücken und eine Welt vor sich auf den Knien zu sehen; ein rein großer Geist sucht soviel als möglich alle mit sich auf gleichen Fuß zu setzen, und fühlt sich dann in seiner größten Würde, wenn alle in dem Gefühl der ihrigen neben ihm stehen. Wer einen Baum aufrichtet und hält, ist ausgemacht stärker, als wer ihn niederschlägt. Wer nur auf Kosten der Vernunft und des Menschenwertes herrschen kann, hat das System der Ohnmacht ergriffen. Wo sich die Kleinen vor den Großen bücken, sind gewiß die Großen vor den Kleinen nie gehörig sicher. Der Mensch gibt seine Würde auf, aber er wird nie der Freund dessen, der sie ihm abnimmt.

Ein Despot scheint an dem Experiment zu arbeiten, wieviel die Menschen in ihrer Wegwerfung, Narrheit und Unsinn vertragen können; wodurch er freilich nicht seine Weisheit zeigt.

Nein — nicht von den Ausländern, sondern von Landsleuten, von unsern Machthabern sind wir

ruiniert. Die Nation ist an ihrer eigenen Dummheit, Trägheit und Schwächlichkeit zugrunde gegangen; die Hauptquelle aller dieser Untugenden ist aber das Privilegienwesen, das soziale Unrecht.“

Man sieht: in Seume-Spiegel erkennen wir uns, wie wir nun einmal sind, immer noch ein Volk, das nicht zu sich selbst kam.

*E. W. Neumann*

### *Um Wiesbaden herum*

Wenn Wiesbaden am Morgen schläft, traumtrunkene Hausknechte Hotelgänge mit Wasser bearbeiten, Neger oder Anamiten erste Einkäufe besorgen, vereinzelt, scheu, marktnetzschleppend, wenn die Trikoloren auf den Dächern schlaff hängen und Trommelw.rol Kurgäste noch nicht erschreckt hat, dann ist die Stadt grau, farblos, grämlich, arm.

Im Nerotal tropft Tau von halbbelaubten Zweigen. Ein französischer Offizier macht seinen Morgenritt auf prustendem Braunen. Ein Radfahrer singt: „Wer hat dich, du schöner Wald...“ Quellwasser plätschert über Felsgeröll und durch weikes Laub, verschwindet im Tannendickicht, sammelt sich zum Bach. Eine brüchige Brücke führt hinüber.

Ein Hahn kräht. Irgendwo. Ein Specht hämmert an hohen Buchen herum.

Ueber den Felsen, auf denen wir liegen, flimmert die Sonne. Wir liegen auf dem Bauch. Wir liegen ganz still, ausgestreckt, wunschlos, die Hände auf Steinan.

Unten, vor uns, wuchtet der Rhein um lange grüne Inseln, schleicht scheu an den Toren, Türmen und Schornsteinen des grauen Mainz vorbei, schleppt Schiffe und Kähne durch lehmige Weinberge hindurch und windet sich hinten bei Bingen, bleich, schmal um die Ecke.

Wir liegen und staunen stumm in Glast und Flimmern. Die Steine um uns herum atmen mit uns, bis Paukengeröhn und Tuben-

gebrüll von menschenfleischüberladenen Dampfern zu uns heraufzischt.

Hinter uns liegen in Tälern Taunusdörfchen puppenhaft zwischen Schachbrettwiesen und -feldern. Aus den Rauchfängen der Häuser steigt der Duft der Sonntagsbraten.

Aus dem frisch bepinseltem Schlangenbad brodelt Staub und Lärm. Autos rasen, Musikkapellen überschreien sich, befrackte Kellner fliegen. Stahlhelmbewehrte Soldaten grüßen linkisch reitpeitschenschwinge deVorgesetzte. Kavaliere kaufen ihren Damen hölzerne Schlangen. (Dafür ist man in Schlangenbad)

Vor dem Kurhaus trauert eine Palme. Ihre bestaubten Lungen atmen schwer und röcheln und ringen im Kampf gegen die Schwindsucht, die sie zerfrißt. Uebers Jahr wird sie durch eine andere Schicksalsgenossin ersetzt sein.

Die Kirche in Kiedrich steht offen. Die geschnitzten und bemalten gotischen Bänke sind kühl, und die roten Sandsteinfriesen sind feucht und dünnen Modergeruch aus. Im Weihrauchschwell matt die ewige Lampe.

Vor dem Bild der Jungfrau spielen Sonnenstäubchen im Strom roten Lichtes, das durch ein Fenster fällt. Sie trägt ihren Sohn im Arm und lächelt. Aber ihr Blick geht durch die geöffnete Tür hinaus, und um ihren Mund zuckt selbst im Lächeln Unbefriedigtsein.

Hier starrt die Welt still vor der Zeit, und das Lächeln der Jungfrau starrt still. Nun sieht sie verloren hinaus ins Weinland. Und lächelt qualvoll fort. Endlos.

Die Fenster und Pfeiler und Bogen und Türme fühlen ihren Schmerz mit ihr und recken sich hoch auf, brünstig, erschauernd: „Ich lasse dich nicht! Du segnest mich denn!“

Draußen glüht der stille Tag, flutet der sibirige Rhein.

Der Park des großherzoglich luxemburgischen Schlosses in Biebrich ist kühl. Unter hohen Bäumen träumt das Märchen oder schläft in vermorschtem Kahn mitten im Schilfrohrteich.

Das Barockschlößchen, das seine hellen Mauern im Rhein spiegelt, liegt tot und leer.

Nebenan ist Tanz mit Blechmusik, Streuselkuchen und Starkbier. Zerschwitzte Mädels in wehenden Kattunkleidchen und langlockige Burschen drehen sich, singen den Text mit. Blicke enthüllen Verlangen und Gier. —

Der Rhein riecht nach Ammoniak, nach toten Fischen, nach faulen Eiern, nach Dunggrube und Kohlgas.

Wenn in Wiesbaden die Lampen auf Straßen und Parks aufleuchten und aus den Cafés die Walzer lauter und schmeichelnder durch die offenen Fenster klingen, dann umgiren die schmalen, schlanken Frauen die Männer. Banknoten knistern. Parfümgeruch und Blütenduft stirbt im Autodunst.

Die bajonetttragenden Soldaten stampfen ungeduldig vor den Schilderhäusern hin und her, gähnen, erweisen Offizieren „Ehrenbezeugungen“, zählen die Stunden ab. —

Eine Glocke ruft zum Gebet, verloren. Versummt spurlos.

Das Tal atmet Kühle über die Dächer. Die Trikoloren flattern müde, zweimal, dreimal. Dann hängen sie wieder schlaff.

Aus dem Rhein steigen Mücken und Nebel.

Mancher sieht auch die Rheintöchter.

*Konrad Seiffert*

### *Das Negertheater in Berlin*

Jedes Volk, jede Rasse hat wie das Individuum Träume, d. h. Erinnerungen sinken in die Region des Unbewußten und kommen als Sprache, als Religion, als Kunst wieder an die Bewußtseinsoberfläche. Als die europäische Zivil-

sation die Neger unterwarf, sie ärger als Tiere demütigte, nahm sie ihnen auch ihre Träume, das mitgeborene Recht alles Menschlichen; nahm sie ihnen Sprache, Religion, zerstörte den begabten Stämmen eine barbarische, d. h. über das allgemeine Zahnheitsniveau hinaus starke, originale, wilde Kunst, die wahrscheinlich erst in ihre stärkste Blüte geschossen wäre, wenn der Saftkreislauf in anderen Breiten schwächer und welker geworden war.

Die Neger mußten sich der Traumlosigkeit Amerikas beugen, das, nur ein ungeheurer Mischbottich, die verschiedensten Rassenbruchteile zu neuen Verbindungen bringt. Diese neuen Verbindungen entwickelten sich wie ihre Straßen, ihre Häuserblocks, so geradlinig wie möglich. In ihnen nisten keine Probleme, denn Probleme kosten Zeit und Kraft, die sich viel vorteilhafter in God umsetzen lassen. Unter dem Druck seelischer Belastung, die auch sein Adel ist, rief Europa nach der jungen, primitiven, nach der reinen Tempo- und Präzisionskunst Amerikas.

Das Negertheater der Chocolate Kiddies (Kid gleich Ziegenböckchen, im übertragenen Sinn Kind) hat sie uns gebracht. Aber die gesunde Primitivität ist nur ein Bluff. Das zweite, künstlich erzeugte kulturelle Kindheitsstadium der Neger ist durchsetzt mit den letzten, beizendsten Raffinements einer rasend gewordenen Zivilisation. Kindlichkeit präpariert als Reizmittel für die sinnlos überspannten oder abgestumpften Nerven eines entarteten Merkantilismus. Heute stehen die Neger zu ihren eigenen Lebensräumen der Plantage, dem Zuluwald, nicht wie die mit Träumen an sie Geknüpften, sondern wie die Unterwerfer, die kitschige Theaterkulissen daraus machen. Allein der Apachenakt, das Erlebnis der Gegenwart, hat Zusammenhang und Aufbau, hat Plastik als Szene. Sonst tosen diese Girls, Grottesktänzer, Solosänger, tost die Jazzband nur in Exzessen

der Tempos, in dynamischen Wechselbädern von heiß und kalt, in dem organisierten Lärm nerven-aufpeitschender Geräuschmusik mit sinnlich frechen und grotesk-komischen „Steps“ in allen Schattenerfarben schillernd, in einer gewiß hinreißenden Zucht der Gelenke und Muskeln, in überspitzten Bewegungsexerzitionen ohne Erden-schwere, ohne Gewicht — aber ebenso ohne den geringsten Zusammenhang wie ohne Pause und von der vollendetsten Gehaltlosigkeit. Hat man drei Stunden lang die Steps, die Akrobatik, die Kabarettlieder auf sich einstürmen lassen, ist man unter dem Gellen, Klatschen, Kreischen fast zersprengt worden, so bleibt man wankend, mit verglasten Augen, einem Brausen in den Gehörgängen zurück wie nach einem Aetherrausch. Der Urwald ist sehr weit weg von New York.

*Elsa Kolliner*

#### **Hoflieferanten**

Ich brauche Hemden. Prüfe die Schaufenster. Trete in ein solid ausschauendes Geschäft ein. Die Bedienung ist gut und sachverständig; die Preise nicht hoch. Wir werden handelseins. Ein Probehemd wird übersandt. Natürlich hat die Firma ihre Marke hineingenäht. Doch diese zeigt stolz das frühere königlich preussische Wappen, und darunter steht „Hoflieferanten“. Ach so! Das habe ich nicht gewußt. Doch das Hemd paßt sonst. Ich läute die Firma an, bitte, den Auftrag, weil einmal aufgegeben, nunmehr ganz auszuführen und — nichts für ungut — eine andere Firmenmarke ohne „Hoflieferanten“ hineinzunähen oder sie ganz wegzulassen.

„Bitte einen Augenblick, ich werde mit dem Chef sprechen.“

Pause.

Endlich: Bitte, sind Sie noch da? — Also, ich soll Ihnen im Auftrage

des Chefs mitteilen: wenn Sie nicht von einem Hoflieferanten beliefert zu werden wünschen, müssen wir zu unserm Bedauern auf das Geschäft verzichten. Den Betrag für das gelieferte Hemd bitten wir einzusenden.“

*Murx*

#### **Dichter zu deutschen Reden**

##### *Goethe an Hindenburg:*

Aufrichtig zu sein, kann ich versprechen, unparteiisch zu sein aber nicht.

##### *Fontane zu Stresemanns Rede:*

Traten dann Konferenzen zusammen Und stand der Streit in hellen Flammen

Und kam's, daß man keinen Ausweg sah,

So hieß es: „Ist kein Dalberg da? Warum uns zanken, quälen und schlagen,

Assessor Null wird uns alles sagen.“

#### **Walter Tschuppik;**

##### *Der Christ und sein Schatten*

*Theod. Thomas Verlag, Leipzig. 307 Seiten. Gebunden 9 Mark.*

Es wird hier der Versuch gemacht, die Geburt des Juden aus dem Geiste der absoluten Moral zu erklären. Wie der Mensch nicht seinen Schatten los wird, so wird der Christ auch den Juden nicht los, denn der Christ hat den Juden erst geschaffen. Will der Christ diesen Juden abschütteln, muß er sich selbst abschütteln, und weil er das nicht kann, deshalb bleibt der Jude am Christen hängen, wie der Schatten am Menschen. — Man muß zugeben, daß der Verfasser die gestellte Aufgabe mit viel Wissen und mit einem scharfen Blick für die historischen Bedingtheiten abhandelt.

Der Mangel des Buches ist, daß es jeden Versuch unterläßt, die geistigen Prozesse auf ökonomische Voraussetzungen hin zu untersuchen.

*E. W. Neumann*

Verantwortlich für die Redaktion: *Arno Scholz, Berlin-Neukölln*

Verantwortlich für die Anzeigen: *P. Kolmetz, Berlin*

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

† † †

**Das Ziel  
der Verschwörer**  
*MUSSOLINI — HORTHY  
HITLER — LUDENDORFF*  
**ist**  
**der deutsche  
FASCISMUS**

---

**Höchste Alarmbereitschaft**

RECHTZEITIGE AUFKLÄRUNG  
BIETEN:

**KAMINSKI**  
**MATTEOTTI**

„DER FASCISMUS IN ITALIEN“

9 BOGEN IN HALBLEINEN M 2,75

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

# Neue Kritiken:

**V O S S I S C H E Z E I T U N G :**  
*Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergißt das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.*

**B E R L I N E R M O R G E N P O S T :**  
*Wells betrachtet die Geschehnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potenzen sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleichermaßen wie die Entstehung des Christentums, des Buddhismus und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschehnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.*

**B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G :**  
*Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.*

---

*In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark*

**Wells, Grundlinien der Weltgeschichte**  
**Das große Buch des Jahres!**

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

ROBERT BREUER:

**Weltrevolution und Entwaffnungsnote . . . . . 321**

PAUL UFERMANN:

Die Abbauaktion im Stinnes-Konzern . . . . . 323

HEINRICH CUNOW: Einführung in das Studium der Marx-  
schen politischen Oekonomie . . . . . 326

ALBIN MICHEL:

Der Rattenkönig der internationalen Verschuldung . . 330

PERISKOPOS:

Deutschnationale Handelspolitik . . . . . 332

Dr. COLIN ROSS: Rassen- und Klassenfragen in Südostasien 336

ALFRED BRUST: Großstadtsommer . . . . . 341

ANTON WEINZIERL: Blutige Legende . . . . . 342

Dr. HERMANN HIEBER: Anselm Feuerbach in Karlsruhe 345

Kommunisten als Schießscheiben — Hindenburg und Michelangelo — Die  
tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“ — **Auch Stinnes - verjudet** —  
Ullstein - eine Käsemarke

Eloessers Thomas Mann-Buch — Bernhard Kellermanns „Wiedertäufer von  
Münster“ — Ernst Toller: Die Rache des verhöhnten Liebhabers

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

*Zu den Vorgängen im Stinnes-Konzern*

---

---

*PAUL UFERMANN*

**KÖNIGE  
DER  
INFLATION**

Dritte Auflage

Preis 2.50 Mark

---

---

*Verlag für Sozialwissenschaft GmbH, Berlin SW68*

## Weltrevolution und Entwaffnungsnote

Von Robert Breuer

Als die Entente während des großen Krieges ihre Farbigen in die Schlacht schickte, begann die Dämmerung der europäischen Herrschaft über die sogenannten Wilden. Es bedurfte keiner besonderen prophetischen Gabe, um zu wissen, daß die Schwarzen und die Braunen, nachdem sie erst einmal systematisch dazu erzogen worden waren, auf die Weißen Schnellfeuer zu geben, nicht gar so sehr darauf erpicht sein würden, ihre Schießübungen auf die Angehörigen der Mittelmächte zu beschränken. Noch früher als erwartet werden konnte, beginnt die Saat zu keimen: Afrika den Afrikanern. Wer möchte glauben, daß diese Bewegung, die zugleich eine nationale und eine soziale ist, in ihrer Weiterentwicklung noch einmal entscheidend und auf die Dauer abgebunden werden könnte. Es kann sein, daß von Aegypten bis nach Marokko hin Emissäre Moskaus am Werke sind; es kann auch nicht sein. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die Kolonialvölker erfaßt sind von dem Geist, den man in Moskau ebenso großsprecherisch wie kokett Weltrevolution heißt. Diese Weltrevolution marschiert und ist ebenso unaufhaltsam wie all das durch die Jahrhunderte, und wenn es sein muß, durch ein Jahrtausend aufsteigende Drängen der Ausgebeuteten, die einsehen lernten, daß sie ihre Kräfte nicht nur für Fremde, nicht nur für Geadelte, vielmehr für sich selbst benutzen können. Insofern besteht in der Tat schon heute eine internationale Willensbrücke zwischen allen Objekten der kapitalistischen Profitgier, also auch, man falle nicht in Ohnmacht, zwischen dem deutschen Proletariat und den Negern und den Chinesen.

Die Erklärung, die der chinesische Gesandte in Berlin, Herr Wu, zu den Unruhen in China gegeben hat, liest sich so, als wäre sie von einem Sowjetkommissar stilisiert worden. Herr Wu nimmt für die Chinesen das Streikrecht in Anspruch und erklärt es für einen natürlichen Vorgang, daß sich seine Landsleute (immerhin etliche kompakte Millionen und abermals Millionen) durch die Fronvögte des internationalen Kapitalismus nicht zur Sklavenarbeit zwingen lassen. Die Zeiten eines europäischen Kreuzzuges in China, eines Kreuzzuges, dessen gelobtes Ziel die Sicherung des Dollars und des Pfundes war, sind vorüber. Gegen das, was Herr Wu gesagt hat, hat kein deutscher Proletarier irgend etwas einzuwenden; wohl aber wird das deutsche Proletariat mit einiger Sorge die Frage aufwerfen: ob es nicht durch den Vertrag von Versailles, durch das Dawes-Gutachten und im besonderen durch die Art, wie der deutsche Kapitalismus und dessen Generalsyndikat, die Regierung Luther-Stresemann, die Verteilung der Erfüllungslasten besorgen möchte, demnächst hinter den Chinesen zurückstehen wird.

Das deutsche Proletariat hat, warum verschweigen was offenkundig ist, keine guten Zeiten. Es hat die Herrschaft über seine Ausbeuter

nicht festhalten, es hat sie nicht einmal in dem erforderlichen Ausmaß antreten können. Es enthüllt sich hier nicht etwa ein moralisches Verschulden, weder eine Schwäche noch ein Mangel an Erkenntnis. Es bewährt sich nur das Gesetz der Kräfteverteilung. Das deutsche Proletariat hat in seiner überwiegenden Mehrheit sich von der großen Lockung, die ihm aus Moskau zukam, ferngehalten; es hat nicht zu glauben vermocht, daß jene dogmatische und starre Form der Weltrevolution, wie sie von einem industriell noch primitiven Volk gepredigt wurde, sich für Deutschland bewähren könnte. Das war richtig. Das bedeutet aber nicht, daß das deutsche Proletariat blind wäre gegen die Vorteile und zum mindesten gegen die Möglichkeiten, die das Proletariat Rußlands sich aus seiner Revolution gesichert hat. Der Zurückbleibende kann unter Umständen schon morgen an der Spitze sein, und Umwege sind zuweilen, das lehrt die Geschichte, der sicherste Weg zum Ziel. Das Ziel des deutschen Proletariats bleibt unverrückt.

Der deutsche Kapitalismus hat die deutsche Arbeiterschaft aufs neue zurückgedrängt; er hat ihr die politische Führung sowohl die der äußeren wie der inneren Politik wieder abgenommen. Zum mindesten ist er stark dabei, dies zu tun. Er bedient sich hierzu der Rauschmittel, auf die die Völker und im besonderen die Deutschen leicht und schnell reagieren. Es gibt, auch das darf man nicht übersehen, zahlreiche deutsche Proletarier, die auf so etwas wie auf einen nationalen Retter hoffen. Die Gesundung von solchem Irrtum wird sich einstellen. Eine Etappe hierzu muß die Erledigung der Entwaffnungsnote werden. An dieser Erledigung soll das Engagement der alten Herrschaftsschichten einen empfindsamen Riß bekommen. Für die Vertreter des neuen Staates und im besonderen für das deutsche Proletariat ist darum die Entwaffnungsnote und deren Diskussion und Unterschrift weit mehr ein Problem der inneren als eins der äußeren Politik. Ein weithin sichtbarer Anschauungsunterricht wird erteilt werden: die Befreier werden unter das Joch treten. Sie werden nicht um ein Jota anders handeln als eine Regierung Scheidemann gehandelt hätte; vielleicht, ja wahrscheinlich, werden sie noch nicht einen Bruchteil von jener Abwehrenenergie aufbringen. Sie werden zu verhandeln suchen; das ist selbstverständlich. Es wird ihnen vielleicht auch die eine oder die andere Milderung gelingen; das wollen wir ihnen und uns wünschen. Aber schließlich werden sie das Unabänderliche tun, weil sie unter allen Umständen an der Herrschaft bleiben möchten, und weil sie in der Sicherung und in dem weiteren Ausbau solcher Herrschaft das Entscheidende sehen. Solcher Anschauungsunterricht wird aber dann, so möchte man hoffen, auch den Geblendeten die Augen öffnen, und aufs neue wird weithin erkennbar sein, daß der Kapitalismus und seine Agenten nur ein Interesse haben: die Macht zur Sicherung des Ausbeutens. Die Erledigung der Entwaffnungsnote wird manchem Nachläufer des national verummten Kapitalismus den Blick schärfen, daß durch die schwarz-weiß-rote Larve hindurch die kalte Fratze des Profits erschaut wird. Und das wird dann ein Schritt vorwärts in der wirklichen und darum unaufhaltsamen Weltrevolution sein. Im richtigen Tempo, zweckmäßig, so wie Technik, Verkehr und Organisation es erfordern, wird das deutsche Proletariat den Anschluß an Chinesen und die Neger zu finden wissen. Schließlich wird selbst Moskau, verwandelt und geläutert, mit solcher Entwicklung zufrieden sein können.

## Die Abbauaktion im Stinnes-Konzern

Von Paul Ufermann

Eine Konzerndämmerung geht durch die europäischen Länder. Die österreichischen Inflationsfürsten, Bosel und Castiglioni, machten den Anfang. Der äußere Rahmen, an dem diese scheiterten, war die Frankenspekulation im Frühjahr 1924. Sie, die sich immer zu kühnem Flug in den Aether der Spekulation erhoben hatten und dadurch reich und mächtig wurden, verbrannten sich an der Sonne Morgans die Flügel. In Deutschland erregten die Vorkommnisse bei den Konzernkönigen Michael und Barmat berechtigtes Aufsehen. Der erstere hatte frühzeitig die Deflationskrise in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen und seine Maßnahmen darauf eingestellt. Trotzdem war auch Michael gezwungen, Glattstellungen vorzunehmen; er reiste in der Schweiz und in Frankreich herum und man munkelt, daß er das Schwergewicht seines Konzerns nach Paris verlegen wolle, allwo die Inflation, wenn auch gedämpft, noch ihre Triumphe feiert. Barmat hatte das Unglück, zu spät ins Geschäft gekommen zu sein. Als er anfang, einen Konzern zusammenzuschmieden, konnten die Wechsel bei der Reichsbank und der Seehandlung nicht mehr mit einem Bettelpfennig zurückgezahlt werden. Die Formel Goldmark gegen Goldmark war bereits wieder in Uebung gekommen, im Gegensatz zur Zeit der atemberaubenden Stinnes-Expansion, wo Papiermark gleich Papiermark galt und das Schuldenmachen ein glänzendes Geschäft war. Barmats zweifellos ehrlichem Willen, sein Konzerngebäude stabil zu untermauern, wurden frühzeitig Schranken gesetzt. Ihn umwehte nicht der Nimbus eines Nationalheros, im Gegenteil: er stand im Geruch, Sozialdemokrat zu sein. Grund genug, ihm jede Stabilisierung unmöglich zu machen und die ganze Meute der nationalistischen Hetzpresse auf ihn loszulassen. So mußte Barmat zusammenbrechen, obwohl sein Tun und Lassen sich von dem der Stinnes, Wolff und anderen nur darin unterschied, daß er seine Wechsel in Goldmark und jene die ihren in Papiermark ausgestellt hatten.

Inmitten dieser allgemeinen Konzernkrise saß Stinnes, saßen seine Erben noch immer auf hohem Olymp und ließen sich vom Scheinwerferlicht der Hugenberg-Presse als geniale Industriekapitäne bescheinen. Sollte die Inflationskrise an diesem größten deutschen Sachwertkomplex spurlos vorübergehen? Fast schien es so. Gewahrte man doch noch immer Ausbau und Erweiterung des Privatkonzerns. Die Erben des großen Konzernschmiedes lebten noch immer im Wahne der Substanzvermehrung. Expansion im In- und Ausland wurde getrieben, mit all dem lauten Tamtam, der solche Operation zu begleiten pflegt. Plötzlich wurde es still, die breit und mächtig fließenden Kreditquellen schienen versiegt zu sein. Daran wurde auch nichts geändert, als die Stinnes ihre Herrschaft über den Barmer Bankverein (eine starke rheinische Provinzbank) ausdehnten.

Der Schleier des Geheimnisses zerriß, als die Differenzen im Hause Stinnes bekannt wurden. Dr. Edmund Stinnes, der älteste der Stinnes-Söhne, schied, angeblich „in beiderseitigem Einvernehmen“, aus dem Privatkonzern, der sich um die Firma Hugo Stinnes G. m. b. H. gruppiert, aus. Die Schlagadern dieses Konzerns laufen in Mülheim

(Ruhr), Hamburg und Berlin zusammen. In Mülheim, dem alten Stammsitz der Stinnes-Dynastie, steht dem Geschäft die Witwe Cläre Hugo Stinnes mit ihrem Beauftragten vor, in Hamburg saß der junge Hugo Stinnes, während in Berlin Edmund Stinnes residierte. Eine so geteilte Leitung solcher Riesenunternehmung ist schlecht möglich, weshalb sich denn auch bald Differenzen ergaben, die eben damit endeten, daß Edmund Stinnes ausschied. Er erhielt nach den offiziellen Erklärungen eine Barmatschädigung, ferner wurden ihm die Interessen an der Automobil- und Versicherungsbranche zugewiesen. Ob diese Konzernteile vollständig herausgenommen und von Edmund Stinnes als selbständige Unternehmungen weitergeführt werden sollen, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Die Öffentlichkeit hatte sich kaum von dieser sensationellen Meldung erholt, als bekannt wurde, daß in der Reichsbank unter persönlicher Leitung des Reichsbankpräsidenten Schacht die Gebieter des Finanzkapitals über die Zukunft des Stinnesschen Privatkonzerns berieten. Bei Barmat rückte man unter einem riesigen Polizeiaufgebot nach dessen Privatwohnung vor, um ihn festzunehmen, man schloß und besetzte die Banken und Konzernunternehmungen Barmats, hier setzten sich die weisen Herren der Hochfinanz zusammen und organisierten eine Hilfsaktion. Der Widerspruch ist in die Augen springend. Die rasche Hilfe für Stinnes soll aus der Sorge für die zahlreichen Unternehmungen und deren ungehinderte Weiterführung entspringen sein. Bei Barmat handelte es sich auch um 15 000 Arbeiter und Angestellte, deren Existenz durch die Schließung der Betriebe gefährdet war. Aber was verschlägt das alles: Stinnes ist eben Stinnes, und Barmat ist Barmat, hier sind Namen nicht Schall und Rauch.

Die Banken sollen sich bereit erklärt haben, dem Privatkonzern der Stinnes einen Kredit in Höhe von 50 Millionen zu gewähren und die anderen Kredite vorläufig weiter laufen zu lassen. Die Reichsbank wiederum will den Banken bei dieser Stützungsaktion indirekt zur Seite stehen. So wäre denn die ganze Kreditkraft — das Stützungs-konsortium der Banken umfaßt fast alle Bankinstitute Deutschlands von Rang und Ruf — Deutschlands vor den Wagen des Stinnesschen Privatkonzerns gespannt. Einer solchen Fürsorge hat sich noch kein Schuldner in Deutschland und wohl auch in der übrigen Welt zu erfreuen gehabt. Die Banken haben jedoch zur Bedingung gemacht, daß der Baum des Privatkonzerns, der seine Zweige und Wurzeln in die Sphären fast aller Industrie- und Handelszweige getrieben, gehörig beschnitten werde. Drei den Banken vertrauenswürdige Herren: Vögler, Silverberg und Witthöfft treten in die Leitung wichtiger Konzernzweige ein. Diese werden die Garantie auf sich nehmen, daß die Abwicklung der Kredite geregelt erfolgt und der Umbau des Konzerns nach gewissen Richtlinien vor sich geht. Das Bankenkonsortium wird sich weitere Kontrollmaßnahmen vorbehalten haben. Damit wird eine große Umschichtung in der deutschen Volkswirtschaft auf den Ausgangspunkt zurückgeführt: die Banken werden wieder zu Kontrollinstituten der gesamten deutschen Wirtschaft. Während der Inflation waren sie von den Konzernkönigen an die zweite Stelle gedrückt worden. Auf ihren Rücken wurde die große Umwälzung zum Sachwert vollzogen. Saßen ehemals die Banken als Bestimmende in den Aufsichtsräten der großen Industrie, so waren sie jetzt nur geduldet, teilweise wurden sie

von den Industriekönigen sogar erobert. So von Stinnes der Barmer Bankverein und teilweise die Berliner Handelsgesellschaft. Der Krach bei Stinnes hat die Zurückentwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Banken und Industrie beschleunigt. Eine nicht geringe Tatsache.

Bei der Beurteilung des ganzen Stinnes-Problems muß man sich die Struktur des gesamten Konzerns\*), der sich um den Namen Stinnes gruppiert, vor Augen halten. Wir sprachen oben nur von dem sogenannten Privatkonzern. Das hat seine Gründe. Neben diesem Privatkonzern besteht nämlich der Elektromontankonzern Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union. Dieser umfaßt die Großwerke der Schwereisenindustrie: Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. und Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation und die Elektrogruppe Siemens & Halske, Siemens-Schuckert und Schuckert & Co. Um diesen Vertikalkonzern gruppieren sich eine große Anzahl von weiteren Unternehmungen. Wir verweisen hier auf das in der Fußnote erwähnte Buch. Stinnes steht darum mit diesem Konzern in Verbindung, weil er als Leiter und Mehrheitsaktionär von Deutsch-Luxemburg den Anstoß zur Vereinigung mit Gelsenkirchen zur Rhein-Elbe-Union gab und später die Verbindung mit der Siemens-Gruppe herstellte. Neben Stinnes übten die Konzernleitung dieses großen Unternehmens Siemens und Kirdorf aus. Als Stinnes starb, rückte Albert Vögler, der Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, an seine Stelle bei der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union. Schon dadurch entglitt dieser Konzern der Familie Stinnes. Der lose Zusammenhang wird jetzt noch vergrößert, indem die im Besitze der Familie befindlichen Aktienpakete des Elektromontankonzerns abgestoßen bzw. als Sicherheit in Depot gegeben werden sollen. Die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union wird also in ihrem Aufbau von den jetzigen Vorkommissen im Privatkonzern nicht berührt. Dahingehende Vermutungen sind nicht richtig.

Hingegen wird man im Privatkonzern allerlei Ueberraschungen erleben. Die Kernstücke dieses Konzerns sind die Kohlen- und Eisenwerke in Rheinland-Westfalen; die Schiffahrtsbetriebe, die sich um die Stinnes-Linien-A.-G. und um die A.-G. Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Ueberseehandel, Hamburg, gruppieren; der Oelkonzern um die Hugo Stinnes-Riebeck-Montan- und Oelwerke; die Papier- und Zellulosefabriken in der Koholyt-A.-G.; die Zeitungen, Korrespondenzen, Druckereien, Verlagsanstalten usw. in der Buch- und Zellstoffgewerbe Hugo Stinnes G. m. b. H., Berlin. Ferner die Unternehmungen im Auslande, Export- und Importgesellschaften usw. Riesige Sachwertkomplexe sind es, die wir hier in dürren Worten aufzählen.

Haben wir es nun zu bedauern, daß das Konzerngebäude der Stinnes-Dynastie um Stockwerke verkleinert wird? Diese Frage aufzuwerfen, wird nicht überflüssig sein. Ein Schaden für die gesamte Volkswirtschaft, etwa dadurch, daß die im Anzuge befindliche Wirtschaftskrise durch die Stinnes-Krise sich verschärft und beschleunigt, oder dadurch, daß ganze Stinnes-Werke zum Erliegen kommen, ist noch nicht ersichtlich. Die Aktien der Konzernwerke werden allerdings, selbst wenn sie von den Banken über-

\*) Das Werden der Konzerne um Stinnes, deren Aufbau und Entwicklung, wurde von mir und einem Mitarbeiter in dem Buche „Stinnes und seine Konzerne“, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, zu schildern versucht. Vergleiche auch „Könige der Inflation“ (3. Auflage) im gleichen Verlag.

nommen werden, einen weiteren Niedergang haben. Doch das berührt die Allgemeinheit nicht sonderlich, solange nicht die Börse im allgemeinen in den Strudel gerissen wird. Daß aber die überragende Säule der Stinnes-Macht abgetragen wird, ist zweifellos vom Vorteil. Es war ein beklemmendes Gefühl, daß Stinnes auf der Höhe seiner Macht Minister und sonstige repräsentative Persönlichkeiten wie dumme Jungen behandeln konnte. Es war ein Skandal, daß die junge deutsche Republik in ihren Reformbestrebungen, besonders auf dem Gebiete der Währungsstabilisierung, von diesem wirtschaftlichen Machtfaktor gehemmt wurde. Trotz Weimar war Stinnes noch mehr als Borsig zu Lassalles Zeiten, ein Stück Verfassung, und zwar kein kleines. Mithin haben wir es keineswegs zu bedauern, daß die Stabilisierungskrise in der Kräftegruppierung der Nation einen gewissen Ausgleich herbeiführt.

## Einführung in das Studium der Marxschen politischen Oekonomie

*Von Heinrich Cunow*

Es ist eine alte, immer wieder durch neue Beobachtungen bestätigte Erfahrung, daß junge, wißbegierige Arbeiter, wenn sie in Zeitungen und Broschüren die Marxschen ökonomischen Lehren als wichtigstes geistiges Fundament des Sozialismus gepriesen finden, sich in jugendlichem Eifer den ersten Band des „Kapital“ aus einer Buchhandlung oder Bibliothek holen, ihn aber bald, völlig enttäuscht, aus der Hand legen. Für manche ist damit das Marx-Studium überhaupt zu Ende. Nie nehmen sie wieder eine Schrift von Marx zur Hand; eine Enthaltbarkeit, die sie, wie ich oft gefunden habe, dann mit der Argumentation begründen, man brauche doch den krausen gelehrten Kram nicht, um die Ungerechtigkeit der heutigen Zustände einzusehen. Andere sind zäher. Sie holen das Buch nach einiger Zeit wieder hervor, vielleicht später noch zum dritten- und viertenmal, und einzelnen gelingt es auch, sich völlig hindurchzuarbeiten und zu einem gewissen Verständnis des ersten Bandes des „Kapital“ zu gelangen. Doch sind das im ganzen wenige, und gewöhnlich haben sie am ersten Band genug. Dieselbe geistige Anstrengung beim zweiten und dritten Band zu wiederholen, davor scheuen sie zurück.

Mir selbst ist es, offen gestanden, nicht viel anders ergangen. Als junger Kontorist habe auch ich einst, halb aus Neugier, halb in dem Bestreben, tiefer in die sozialistische Ideenwelt einzudringen, zum ersten Band des „Kapital“ gegriffen. Der Erfolg war, obgleich ich schon allerlei Bücher über Handel, Bankwesen, Geldumlauf gelesen hatte, anfangs so ziemlich gleich Null. Ich habe damals das Buch an einen guten Freund gegeben mit dem Gedanken: „Laß den sich damit abquälen!“ Erst nachdem ich gewissermaßen im praktischen Handelsgetriebe illustrative Beispiele zu Marxens Darlegungen kennengelernt hatte, ging mir das Verständnis für die Bedeutung des Werkes auf.

Worin liegt die Schwerverständlichkeit des Marxschen Hauptwerkes? Zunächst natürlich in dem behandelten komplizierten Gegenstand selbst, sodann aber meines Erachtens vor allem an der abstrakt-deduktiven, sich



oft hegelianisch-begrifflich zuspitzenden Darstellungsweise. Marx ist der Sohn eines in der Hegelschen Philosophie verstrickten Zeitalters, der nicht nur in seinen älteren Werken, sondern auch im „Kapital“ im Geiste der Hegelschen Dialektik deduziert und dadurch jungen Arbeitern, die es gewohnt sind, von selbstbeobachteten Einzelercheinungen auszugehen, die Eingangspforte versperrt — weit mehr als jungen Studenten, die abstrakt denken gelernt haben.

Ferner ist das „Kapital“ aus einem bestimmten englisch-ökonomischen Zeit- und Fachmilieu heraus geschrieben. Die von Marx benutzten Materialien, seine Bezugnahmen auf fremde Theorien, seine Polemiken gegen widersprechende Auffassungen, seine Hinweise auf historische Vorgänge sind mit wenigen Ausnahmen dem englischen Leben entlehnt oder hängen mit dessen Entwicklungsstadium in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zusammen. Der deutsche Arbeiter, der an das Studium des „Kapital“ herangeht, kennt aber meist die betreffenden englischen Autoren und ihre Theorien nicht, und ebensowenig sind ihm die zur Begründung herangezogenen historischen Tatsachen bekannt. Er steht daher den darauf bezüglichen Hinweisen völlig fremd gegenüber.

Dazu kommt, daß Marx, als er sein „Kapital“ schrieb, nicht ein allgemeinverständliches volkswirtschaftliches Lehrbuch verfassen, sondern ein neues ökonomisches System begründen wollte, und zwar ein System, das von bestimmten historischen Gesichtspunkten aus in folgerichtiger Deduktion die liberale Wirtschaftstheoretik seiner Zeit ad absurdum führen sollte, darum also deren Gedankengängen folgen mußte. Bekanntlich entspricht denn auch die von Marx vorgenommene Stoffanordnung und -gliederung des „Kapital“ durchaus nicht dem zuerst von ihm entworfenen Darstellungsplan. Zunächst hat Marx eine Serie von zusammenhängenden wirtschaftstheoretischen Monographien geplant, in denen er nacheinander alle wichtigeren Probleme der kapitalistischen Oekonomie: die Struktur des Kapitals, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staatsfinanzwesen, Handel, Weltmarkt usw. zu behandeln gedachte. Den Anfang sollten die Ausführungen über Ware und Geld machen, die er 1859 in seiner kleinen Schrift „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ veröffentlicht hat. Beim weiteren Studium scheint er, wie dem in der „Neuen Zeit“, 21. Jahrgang, I. Bd., unter dem Titel „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie“ abgedruckten Entwurf zu entnehmen ist, die Absicht gehabt zu haben, von einer Darstellung des kapitalistischen Produktionsetriebes auszugehen, das heißt, zunächst die Warenproduktion, dann die Warenzirkulation zu schildern, — eine Absicht, die er später wieder fallen gelassen hat. Bekanntlich beginnt der erste Band sofort mit dem Warenaustausch und dem sich in diesem durchsetzenden Tauschwert.

Die Gründe, die Marx zur Aenderung seines Plans bestimmt haben, sind durchaus begrifflich: er wollte den Gegensatz seines Systems zu den damals geltenden liberalen Wirtschaftstheorien möglichst scharf herausstellen. Diese Gründe hatten zu jener Zeit, als es galt, die neuen Auffassungen zunächst erst mal Wurzeln schlagen zu lassen, ihre volle Berechtigung; aber der Einführung in die Marxschen ökonomischen Lehren ist solche Anordnung entschieden hinderlich. Wie Marx in seinem Vorwort zur ersten Auflage selbst zugibt, bedeutet sie nichts anderes als die Voranstellung der schwierigsten Materie.

Von verschiedenen Seiten ist deshalb empfohlen worden, die jungen Sozialisten, die an das Studium des „Kapital“ gehen, möchten zunächst mit dem dritten Abschnitt des ersten Bandes, mit den Kapiteln über die Produktion des absoluten Mehrwerts, beginnen. Das mag in bezug auf gewisse Fragen nicht unvorteilhaft sein, zerreißt aber die innere Folgerichtigkeit der Marxschen Gedankenfolge.

Weit mehr wird jedenfalls das Studium des „Kapital“ durch eine gute Einfhrungsschrift gefördert, die, ohne bei dem Leser tiefere ökonomische Vorkenntnisse vorauszusetzen, durch eine geschickte Umordnung des Stoffes, populäre Darstellung und Heranziehung passender Beispiele aus dem früheren und heutigen Wirtschaftsleben das Eindringen in die wirtschaftlichen Probleme erleichtert. Leider fehlte es bisher an einer solchen Schrift. Einige der verschiedenen Einführungen und Erläuterungen erheben zwar den Anspruch, allgemeinverständlich zu sein; sie halten sich aber durchweg viel zu sehr an die Marxsche Stoffeinteilung, beginnen also wieder mit der Werttheorie, lassen den zweiten und dritten Band des Marxschen Werkes unberücksichtigt und begnügen sich mit dem Versuch, die Marxsche Diktion zu kürzen und einfacher zu fassen. Ein Zweck, der nicht selten dadurch erreicht wird, daß die schwierigsten und kompliziertesten Fragen kurzweg ausgeschaltet werden.

Um so mehr möchte ich die Aufmerksamkeit auf das kürzlich im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. erschienene Werk Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung“ (hinweisen\*). Auch dort finde ich zwar Verschiedenes an der Darstellung auszusetzen, aber unzweifelhaft steht die Rennersche Schrift weit über allen andern bisherigen Popularisierungsversuchen.

Renner folgt durchaus nicht sklavisch der Darstellung von Marx und beschränkt sich auch nicht darauf, nur bestimmte wirtschaftliche Erscheinungen zu erklären. Er tritt vielmehr mit einer gewissen Zwanglosigkeit an die Marxschen Theorien heran und behandelt diese als eine Stoffmasse, die für seinen Zweck erst neu zu formen ist, — immer mit dem Ziel, demjenigen, der seiner Darstellung folgt, einen Gesamtüberblick über die heutige Wirtschaftsgestaltung und die ihr zugrunde liegenden Bewegungsgesetze zu bieten. Er schränkt deshalb seine Erläuterungen auch nicht auf den Inhalt des ersten Kapitalbandes ein, sondern analysiert ebenfalls den wirtschaftlichen Zirkulations- und Konsumtionsproze. Den Geld- und Kapitalumlauf in seinem Zusammenhang zu erläutern, gilt ihm als Hauptaufgabe. Dabei verfhrt er meist induktiv und sucht häufig dem Leser seine Ausführungen an kurzen Beispielen zu veranschaulichen.

Mit dem Warenproduktionsproze beginnt freilich auch Renner seine Darstellung nicht, sondern nach altem Brauch sogleich mit dem Warenumlauf; doch weist er im Verlauf seiner Darlegungen, wo es zum Verständnis nötig scheint, immer wieder auf einzelne Produktionsvorgänge hin. An dieses Kapitel schließen sich dann weitere über den Umlauf und Kreislauf der verschiedenen Kapitalsarten, den Umschlag des Einzel-

\*) Dr. Karl Renner: Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung. Populär-wissenschaftlich dargestellt nach Karl Marx' System. Berlin 1924. J. H. W. Dietz Nachfolger. Preis 1,90 Ganzleinen gebunden 8 Mark.

und Gesamtkapitals sowie die Funktionen des Kapitals (richtiger der Kapitalisten).

Besondere Beachtung verdient unter diesen Kapiteln das sechste über die Spaltung der Kapitalisten in fungierende und funktionslose und über die heutige Entwicklung des Leihkapitals. Dagegen habe ich beim Durchlesen des Rennerschen Buches sehr bedauert, daß er in seinen Ausführungen über Konjunktur, Depression und Krisen (S. 89) sich mit einigen kurzen Bemerkungen über Umsatzstockungen und den Wechsel zwischen Konjunktur und Depression begnügt, ebenso, daß er im siebenten Kapitel (S. 187 ff.) nicht auch auf die Entstehung der Kartelle, Syndikate und Trusts, ihre Preispolitik und deren Wirkung auf den Arbeitsmarkt eingegangen ist. Es mag richtig sein, daß eine derartige Erörterung über die Aufgabe hinausgeht, die er sich gestellt hat. Jedem Autor muß das Recht zugestanden werden, selbst seine Untersuchung abzugrenzen. Doch kommt es meines Erachtens weniger darauf an, ob solche Darlegungen formell in einen bestimmten Darstellungsrahmen hineinpassen, als darauf, ob sie zur Vervollständigung des Wirtschaftsbildes nötig sind. Dem um seine Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter ist jedenfalls eine Einsicht in die Krisenwirkungen und den Einfluß der Kartelle auf die neuere Wirtschaftsgestaltung weit nützlicher als so manche anderen Erscheinungen der kapitalistischen Welt, die im modernen Wirtschaftsgetriebe nur noch ein historisches Interesse haben.

Genau genommen, erstrecken sich auch verschiedene Ausführungen Renners im neunten und zehnten Kapitel (Börse und Bankwesen) über den von ihm abgegrenzten Darstellungsrayon hinaus. Dennoch möchte ich gerade diese Auseinandersetzungen des Rennerschen Werkes nicht missen. Es ist heute erforderlich, daß der sozialistische Arbeiter, um sich im Wirtschaftsleben zurechtzufinden, auch etwas vom Börsenmarkt und Bankwesen kennen lernt. Ich halte es, wie ich offen gestehe, für verkehrt, wenn ein junger Sozialist mit allerlei Marxschen begrifflichen Unterscheidungen, Lehrsätzen und Thesen vollgepfropft und ihm nicht zugleich die Möglichkeit und Gelegenheit geboten wird, durch das Erlernte zu einem besseren Einblick in die moderne Wirtschaftsentwicklung zu kommen. Das ist früher oft vernachlässigt worden. Ich habe nicht wenige Schüler der früheren Parteischule gefunden, die nach Beendigung des Kursus wohl allerhand Marxsche begriffliche Unterscheidungen kannten, aber nicht imstande waren, die einfache Bilanz einer Aktiengesellschaft oder einen simplen Zeitungsartikel über die Geldmarktlage zu verstehen.

Ich halte es deshalb auch für durchaus angebracht und nützlich, daß Renner seinem Buch zum Schluß ein Kapitel über das Sozialisierungsproblem hinzugefügt hat, in welchem er nachzuweisen sucht, daß „die Expropriation einer verschwindend gewordenen Anzahl Expropriateure durch das ungeheure Heer der Expropriierten“ keinen allgemein gangbaren Weg zur Durchführung der Sozialisierung eröffnet, sondern zunächst mit der Enteignung der funktionslosen Kapitalisten, vornehmlich der Umwandlung der Banken in direkt gesellschaftliche Anstalten, begonnen werden muß.

Nicht mit allen Ausführungen Renners in diesem Kapitel möchte ich mich einverstanden erklären. Er gehört, wie jeder Kenner seiner

Schriften weiß, nicht zu jenen anarchistelnden Sozialphilosophen, die von einer demnächstigen Staatsauflösung träumen; dennoch unterschätzt er meines Erachtens die Rolle, die voraussichtlich in der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung der Staat bzw. die Staatsmacht spielen wird. Nach meiner Ansicht wird zunächst in den meisten wichtigen Fällen die sogen. Sozialisierung in einer Verstaatlichung bestehen. Doch die Erörterung derartiger Fragen scheidet hier aus. Im ganzen ist unzweifelhaft Renners Buch eine hervorragende Leistung; es ist die bisher beste und zugleich gründlichste Einführung in das Marxsche System der politischen Oekonomie. Zudem ist das Werk in den meisten Teilen durchaus populär gehalten, so daß es sich vortrefflich dazu eignet, bei der Abhaltung ökonomischer Unterrichtskurse als Lehrbuch zu dienen.

## Der Rattenkönig der internationalen Verschuldung

*Von Albin Michel*

Es ist kein Zweifel mehr, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die dilatorische Behandlung der Verschuldungsfrage nicht mehr länger dulden will und daß sie mit Energie auf eine Regelung dringt. Wer die öffentliche Meinung in der Union in den letzten Tagen auch nur oberflächlich verfolgt hat, der mußte erkennen, daß ein Schritt, wie ihn jetzt die Vereinigten Staaten bei ihren europäischen Schuldner — zunächst nur halbamtlich — unternommen haben, nämlich auf Bezahlung der Schulden zu dringen, kommen mußte. Nicht allein die Schuldenkommission des Unionsparlaments ist der treibende Teil bei diesem Vorgehen, sondern dahin steht die gesamte öffentliche Meinung. Höchstens über die Wege, wie die Schuldentilgung vor sich gehen soll, sind die Meinungen in den Vereinigten Staaten geteilt. Die Union hat jetzt alle ihre europäischen Hauptschuldner, mit denen noch kein Uebereinkommen über die Schuldentilgung erfolgt ist, offiziös zu Vorschlägen über die Art der Regelung aufgefordert, aber dabei denkt die öffentliche Meinung in Amerika in erster Linie an Frankreich, weil dieses Land nicht nur selbst Unsummen für Rüstungszwecke ausgibt, sondern in den letzten Jahren auch noch ziemlich bedeutende Summen an andere Staaten, besonders an Polen und an die Tschechoslowakei, ausgeliehen hat. Immer wieder wird in Nordamerika ausgesprochen, daß ein Staat, der derartige Rüstungen betreibt wie Frankreich, und dabei auch noch recht ansehnliche Beträge an andere Länder zu verleihen in der Lage ist, auch an die Bezahlung seiner Schulden denken muß.

Dabei ist freilich klar, daß die internationale Verschuldung, so wie sie aus dem Weltkrieg entstand, vielleicht das verwickelteste Problem ist, das jemals auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu lösen war. Die internationale Verschuldung ist schließlich so verfilzt worden, daß sich auch Fachmänner kaum mehr darin auskennen und zu abweichenden Zahlen kommen. Solange die Vereinigten Staaten von Amerika nicht am Kriege teilnahmen, ging die Finanzierung des Krieges hauptsächlich zu

Lasten Englands. Ich will den Leser mit Zahlen verschonen und führe deshalb nur an, daß England gewaltige Summen, Milliardenbeträge, an Frankreich, Rußland, Italien, Belgien und andere Staaten auslieh. Einen Teil der geborgten Gelder verlieh dann Frankreich wieder weiter, so daß sich die Summe der von Frankreich geliehenen und verliehenen bis zu einem gewissen Zeitpunkt so ziemlich gleich blieb. Nachdem die Union in den Krieg eingetreten war, ging die Hauptlast der Kriegsfinanzierung auf dieses Land über. So wurden fast alle kriegführenden Staaten der Entente in mehr oder minder hohem Maße Schuldner der Union, und die finanzielle Inanspruchnahme Nordamerikas hätte mit dem Abschluß des Waffenstillstandes noch nicht ihr Ende gefunden. Schuldner der Union sind von den europäischen Ländern, der Größe der Verschuldung nach aufgeführt, England, Frankreich, Italien, Belgien, Rußland, Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Oesterreich, Estland, Griechenland, Finnland, Lettland, Litauen, Ungarn.

Bisher haben nur England, Litauen, Finnland, Ungarn und Polen ein Uebereinkommen mit der Union wegen der Schuldenregelung getroffen. In England geschah dies durch das sogenannte Baldwin-Abkommen vom Juli 1921, in dem sich England zur Tilgung seiner amerikanischen Schulden von rund 20 Milliarden Goldmark für einen Zeitraum von 62 Jahren, bis zum Jahre 1984, verpflichtete. Da England seine Schulden an Nordamerika bezahlt, will es naturgemäß wiederum von seinen Schuldnern, hauptsächlich von Frankreich, bezahlt sein. Frankreich wird also von zwei Seiten bedrängt, einmal von Nordamerika und dann auch von England. Dabei scheint jetzt England seine Ansprüche erhöhen zu wollen. Hatte Balfour noch vor drei Jahren geschrieben: „Wir wollen unter keinen Umständen mehr von unseren Schuldnern verlangen, als zur Bezahlung unserer Gläubiger nötig ist. Wenn wir nicht mehr fordern, werden alle zugeben, daß wir schwerlich mit weniger zufrieden sein können,“ wollte also England im Jahre 1922 nur so viel wiedererstattet haben, wie es selbst an Nordamerika zu zahlen hat, so will jetzt die englische Regierung diesen Vorschlag nicht mehr anerkennen und will mehr fordern. Vielleicht ist darin nur eine Taktik zu sehen, um bei den kommenden Verhandlungen, namentlich gegenüber den Vereinigten Staaten, nicht zu kurz zu kommen.

Frankreich, das während des Krieges und auch noch nachher eine Finanzpolitik getrieben hat, die beinahe ebenso gewissenlos und unverantwortlich war wie die deutsche während der Kriegszeit, und das jährlich ungeheure Summen für seinen Militarismus ausgibt, befindet sich diesem Drängen seiner Hauptgläubiger gegenüber in einer sehr üblen Lage. Es konnte vor einem Jahre dem weiteren Sturz des Franken nur mit finanzieller Hilfe Nordamerikas entgegentreten und wird voraussichtlich noch öfter auf die Hilfe der Union angewiesen sein. Es wird deshalb auch Frankreich nichts weiter übrig bleiben, als mit der Union ein Uebereinkommen zu suchen. Wenn ein solches zustande gebracht wird, so wird sich aber auch England sehr hartnäckig als Gläubiger melden, um so mehr, als auf die französischen Schatzscheine, die mit einjähriger Verfallfrist ausgestellt sind, bisher an England noch kein Pfennig Zins bezahlt worden ist.

Die ganze Verschuldungsfrage ist so miteinander verflochten, daß wohl einzelne Abmachungen von Land zu Land überhaupt nicht zu einem

einigermaßen befriedigenden Ergebnis führen können. Nur eine internationale Finanzkonferenz, auf der alle Schuldner und Gläubiger vertreten sind, auf der freilich auch die Vereinigten Staaten Konzessionen werden machen müssen, kann durch vernunftgemäße Abmachungen aus diesen finanziellen Wirrnissen hinausführen. Ob dabei die finanzielle Souveränität Frankreichs völlig uneingeschränkt bleibt, ist freilich recht fraglich, denn auch Caillaux dürfte das Finanzwesen Frankreichs, mit dem ein Jahrzehnt Schindluder getrieben worden ist, nicht so rasch wieder ordnen können. Erzwingt die Union eine solche internationale Konferenz, so ist aber kaum daran zu zweifeln, daß auf ihr auch die Frage der Abrüstung auf dem Lande diskutiert wird.

## Deutschnationale Handelspolitik

Von Periskopos

### 2. Die Industriezölle

(Fortsetzung)

Die Führung der deutschen Wirtschaftspolitik unterliegt im Jahre 1925 anderen Voraussetzungen, als vor dem Kriege. Während damals für die Wirtschaftspolitik Deutschlands nur die inneren Machtverhältnisse maßgebend waren, kann sie heute nicht mehr allein unter diesem Gesichtspunkt geführt werden. Das Reparationsproblem, die Verpflichtungen Deutschlands, die es im Londoner Abkommen eingegangen ist, haben seine weltwirtschaftliche Lage grundlegend verändert. Wir können es uns heute nicht mehr leisten, uns handelspolitisch in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit, wirtschaftspolitische Machtpolitik zu treiben, sondern wir sind gezwungen, die Reparationspolitik als Faktor in unserer Wirtschaftspolitik anzuerkennen, und darum sind auch die Grundlagen der neuen deutschen Handels- und Zollpolitik wesentlich verschieden von denen der Jahre 1902—1914. Bei der Betrachtung der Agrarzölle fällt das nicht so sehr ins Auge. Weltwirtschaftlich gesehen, haben sich die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit nicht erheblich geändert. In jedem Fall haben sie sich nicht verschlechtert, sondern die Position der deutschen Landwirtschaft hat sich durch die Ausnutzung der Inflation und durch das Entstehen der deutschen Stickstoffdüngemittelindustrie während des Krieges eher etwas gehoben. Mit der Industrie ist es anders. Zwar war auch die deutsche Industrie während der Inflationsjahre in der Lage, die Konjunktur durch Dumpingexporte und Abstoßung der Schuldenlast auszunutzen. Aber die Ausnutzung der Inflationskonjunktur hat in der deutschen Industriewirtschaft andere Ergebnisse gehabt, als in der Landwirtschaft. Die günstige finanzielle Situation wurde von der Industrie nicht so sehr zu rationellster Ausgestaltung der Einzelbetriebe benutzt, als zur Ausdehnung und zur Schaffung neuer Wirtschaftsformen. Begünstigt durch die Steuergesetzgebung (Umsatzsteuer) nahm bis zur Stabilisierung die sogenannte vertikale Konzentration einen unerhörten Aufschwung.

Inzwischen stand der Weltmarkt lange Zeit unter einer schweren Depression, und die Industrien des Auslandes, die nicht in der Lage waren, unter Ausnutzung von Schandlöhnen und Papiermarkkrediten

ihre Waren zu Schleuderpreisen auf den Markt zu bringen, versuchten, durch Rationalisierung der Betriebsweisen und durch Massenproduktion ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Als nun die Stabilisierung in Deutschland kam, und mit ihr die Schleuderexportmöglichkeiten verschwanden, war die deutsche Wirtschaft plötzlich in eine unangenehme Situation geraten. Die Industrie hatte nicht rationalisiert. Sie hatte nur das System der vertikalen Konzentration ausgebildet, das ihr durch Umgehung der Umsatzsteuer ungerechtfertigte Profite auf dem deutschen Binnenmarkt ermöglichte. Eine andere Inflationserregenschaft war ein erheblicher Machtzuwachs der schweren Industrie, die es durch Vertikalkonzentration, durch Lieferungsverträge und auf andere Weise verstanden hatte, sich die verarbeitende Industrie weitgehend zu unterwerfen. Alles das räumte der deutschen Industrie zwar eine weitgehende Monopolstellung auf dem inneren Markt ein, setzte sie jedoch nicht in die Lage, gegen die mit rationellen Betriebsmethoden und Einstellung auf Massenverbrauch arbeitende ausländische Industrie auf dem Weltmarkt nennenswert konkurrieren zu können. Der 10. Januar 1925 kam heran, und mit diesem Tage fiel die „Meistbegünstigungsklausel“ des Versailler Vertrages, deren Bestehen die deutsche Industrie bis dahin immer als Grund für ihre Konkurrenzunfähigkeit hatte benutzen können. Von nun an war Deutschland nicht mehr genötigt, zollfrei oder einheitlich zu den niedrigsten Zollsätzen Waren aus allen Ländern der Welt über seine Grenzen zu lassen, ohne sich dagegen wehren zu können, wenn diese Länder sich gegen die Einfuhr deutscher Produktion durch Aufrichtung von Hochschutzzollmauern verbarrikadierten. Der Weg war frei für eine neue deutsche Handelspolitik. Um deren Tendenz zu erkennen, brauchte man nicht auf die Vorlage des neuen Zolltarifs und seine offizielle Begründung zu warten — schon die Vorverhandlungen, die geführt wurden, um provisorische Handelsverträge zustande zu bringen, ließen genau erkennen, daß die Reichsregierung sich keineswegs über die veränderten Vorbedingungen der neuen Handelspolitik Deutschlands klar war. In den Verhandlungen über einen vorläufigen Handelsvertrag mit Frankreich stützte die deutsche Regierung allein den Machtstandpunkt der deutschen Schwereisenindustrie, deren Ziel die vollständige Beherrschung des deutschen Marktes durch die Einführung horrender Zollsätze auf lothringisches Eisen war, dessen billigerer Preis ihre monopolistischen Pläne hätte durchkreuzen können. Während der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen kam es zu den berühmten Besprechungen zwischen der deutschen Schwereisen- und der deutschen Fertigungindustrie, in denen die Schwereisenindustrie den Vorschlag machte, sie wolle der Fertigungindustrie für alle Exporte die Differenz zwischen dem (höheren) inländischen Roheisenpreis und dem Weltmarktpreis für Roheisen vergüten. Aber nicht genug, daß solche Verhandlungen überhaupt geführt wurden, gab der deutschnationale Reichswirtschaftsminister seine volle Zustimmung zum Rückvergütungsangebot der Schwereisenindustrie und hielt es dazu noch für notwendig, in längeren Darlegungen zu erklären, daß bei derartigen Manövern von Dumping keine Rede sein könne. Die Folgen dieser Handelspolitik machten sich bald bemerkbar. Nicht nur Frankreich wurde politisch verärgert, sondern auch der englische Handelsminister, der die englische Industrie durch die Maßnahmen der deutschen In-

dustriellen bedroht sah, setzte eine Kommission ein, die nachprüfen soll, inwieweit inländische Industrien gegen ausländisches Dumping geschützt werden müssen.

Die Regierung Luther will in ihrer Handelspolitik nicht einsehen, daß in weiter Zukunft das Reparationsproblem die wichtigste Rolle in der deutschen Wirtschaft spielen wird, daß darum vor allen Dingen Deutschland zur Hebung seines Exports kommen muß, wenn die Uebertragung der in Deutschland aufgebrauchten Reparationsbeträge in fremde Währung ohne schwere Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft vor sich gehen soll. Es hat keinen Zweck, zu sagen, die Lösung werde sich bei gegebener Zeit schon finden. Natürlich ist die heutige Wirtschaftspolitik am bequemsten, solange es sich nur um die Aufbringung der Reparationsbeträge handeln wird. Die Steuerpolitik sorgt ja dafür, daß die breiten Massen die Hauptträger der Reparationslasten sein werden. Aber die Aufbringung der Reparationen in Mark gewährleistet noch lange nicht die Uebertragung dieser Beträge in fremde Valuten. Die Uebertragung kann nur durch einen Exportüberschuß gesichert werden, der die zum Umtausch notwendigen Devisen ins Land läßt. Hier liegt eine der wichtigsten Voraussetzungen der neuen Handelspolitik Deutschlands, und es ist mehr als bedauerlich, wenn sich die Reichsregierung diesen Argumenten verschließt. Dem Agenten für die Reparationen sind im Londoner Abkommen weitgehende Befugnisse gegeben, für den Fall, daß die Uebertragung der aufgebrauchten Reparationen in die Währung der Bestimmungsländer nicht sofort gelingt. Macht der Agent von diesen Befugnissen Gebrauch, so wird die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Zwangsmaßnahmen außerordentlich drückend sein. Sie wird zurückfallen auf diejenigen, die heute unbekümmert um die tatsächliche Lage ihre Interessenpolitik skrupellos durchführen.

Das Ziel der deutschnationalen Zollpolitik des Kabinetts Luther ist Stärkung der Macht der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft. Alles andere ist gleichgültig, alle Bedenken, alle Hinweise auf andere Möglichkeiten der Wirtschaftsgestaltung werden nicht anerkannt. Die neue Zollvorlage bringt das klipp und klar in folgendem klassischen Satz zum Ausdruck: „In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich unter Ausnutzung des großen und außerordentlich reichen Binnenmarktes eine auf das rationellste arbeitende Massenindustrie entwickelt. Trotz der hohen amerikanischen Löhne sind einzelne dieser Industrien vermöge rationeller Einstellung auf den ungeheuren Massenabsatz — Vorbedingungen, wie sie auf dem kleinen und verarmten deutschen Markte nicht vorhanden sind und auch nicht geschaffen werden können — so stoßkräftig, daß die deutsche Industrie ohne einen besonderen Schutz nicht konkurrieren kann.“ Gründe dafür anzugeben, warum die Rationalisierung der Wirtschaft in Deutschland unmöglich ist, hält der Verfasser dieses Satzes — anscheinend der Reichswirtschaftsminister — nicht für notwendig. Es würde ihm nebenbei auch schwer fallen, seine Behauptung zu beweisen. In diesem Zusammenhang ist sehr interessant, daß der englische Handelsminister in seinen Richtlinien für die Ausarbeitung von Industriezöllen ausdrücklich bestimmt, daß Schutzzölle nicht zugunsten einer Industrie eingeführt werden dürfen, die mit rückständigen Methoden arbeitet. Das ist der Unterschied in der Handels-



politik beider Länder. England ist immer bedacht, die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt aufrechtzuerhalten, während die deutsche Regierung auf diese Konkurrenz verzichtet und lieber den inneren Markt belastet, indem sie Schutzzölle einführt, die ihre Abhängigkeit von der Schwerindustrie im grellsten Lichte erscheinen lassen.

Was bedeutet die deutsche Schutzzollpolitik letzten Endes anderes, als eine Förderung des Systems Stinnes, des Systems der vertikalen Konzentration? Gerade noch zur rechten Zeit ist der Krach im Stinnes-Konzern gekommen. Gerade noch im rechten Augenblick hat sich herausgestellt, wie unmöglich die heutige Struktur der deutschen Wirtschaft ist, die sich nach der Inflation nur künstlich durch das Bestehen der Umsatzsteuer und mit Ruhrgeldern halten konnte. Die Industriezölle sollten eine weitere Stütze dieses Systems sein — wird man aus den Ereignissen der letzten Tage die notwendigen Folgerungen ziehen? Wird man einsehen, daß diese Wirtschaftspolitik schädlich ist für das ganze deutsche Volk? Es hat nicht den Anschein, denn schon versucht man zu beweisen, daß nicht die Organisation der Wirtschaft falsch ist, sondern daß nur in der Person des Herrn Hugo Stinnes jun. die Ursachen des Zusammenbruchs zu suchen seien. Wir warnen vor solchen Anschauungen, und wir warnen noch mehr vor der Meinung, es müsse nun der Konzern Stinnes und damit das ganze heutige Wirtschaftssystem mit allen Mitteln gehalten werden, weil sonst der Volkswirtschaft zu große Werte verloren gehen würden. Wo sind diese Werte? Bestehen sie nicht nur in den Büchern der Konzerne? Läßt sich die Höhe ihrer Bemessung verantworten?

Unterstützt die Reichsregierung heute die schwerindustrielle Wirtschaftspolitik durch Industriezölle, so legt sie damit auf lange Zukunft hinaus die Vorwärtsentwicklung der deutschen Industrie lahm. Fügt die Regierung Luther sich der Schwerindustrie, so beschwört sie die heftigsten Krisen für den Augenblick herauf, in dem Deutschlands Reparationsverpflichtungen wieder zu laufen beginnen. Man hat Landwirtschaft und Industrie zusammengekoppelt, mit der beliebten Begründung, daß Agrarzölle ein notwendiges Korrelat der Industriezölle darstellen, denn man weiß ganz genau, daß die Industriezölle niemals angenommen würden, wenn nicht die Landwirtschaft mit dem Köder des Agrarzolls gefügig gemacht wird. Beide Zollarten sind heute schädlicher als je zuvor. Die Agrarzölle wegen der Lebensmittelteuerung, die Industriezölle wegen der Gefährdung des inneren Marktes, wegen der Preissteigerung, wegen der systematischen Herabdrückung des Lebenshaltungsniveaus der breiten Massen, wegen der ungerechtfertigten Erhöhung der schwerindustriellen Macht und wegen der Gefährdung der Reparationspolitik. Gewiß ist eine grundlegende Veränderung der deutschen Wirtschaftspolitik notwendig, nicht nur, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden, sondern mehr noch, um den inneren Markt aus der unsagbaren Verelendung herauszubringen, in die er seit der Inflation geraten ist. Das zu erreichen ist aber nicht, wie der Reichswirtschaftsminister im Zolltarif zu sagen beliebt, unmöglich. Man kann zur Gesundung der Wirtschaft nur gelangen, wenn man Wirtschaftspolitik nicht vom Interessentenstandpunkt, sondern vom Standpunkt der Rationalisierung führt. Nicht Stinnes-Zölle, nicht demütiges Kriechen vor mächtigen Industriellen, können die Ziele der

neuen deutschen Handelspolitik sein, sondern Druck auf die Wirtschaft, Zwang zu einer Organisation, die mehr den Anforderungen des Augenblicks entspricht. Die neue Zollvorlage würde Deutschland auf Jahre hinaus zurückwerfen. Nicht einmal die Diskussion über die Prinzipien Schutzzoll oder Freihandel sollte heute in Deutschland geführt werden. Schon diese Diskussion wäre bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation ein Luxus. Freihandel allein, Freihandel unter allen Umständen ist die erste Vorbedingung der Gesundung, die die deutsche Wirtschaft so bitter notwendig hat.

## Rassen- und Klassenfragen in Südostasien

Von Dr. Colin Roß

Das ist etwas, was in Holländisch-Indien immer wieder überrascht: man sieht keine Soldaten, kaum Polizei und Gendarmerie. Auf Java sah ich ein einziges Mal in Malang eine Kompagnie zu einer Uebung marschieren. Auf der Insel Bali mit fast einer Million Einwohner liegt überhaupt keine Garnison, sondern nur eine Polizeitruppe von ca. 100 Mann. Die stärkste bewaffnete Macht, die ich dort zusammengezogen sah, war ein Dutzend Radfahrerpolizisten anlässlich des Besuches des Residenten in Gianjar während der dortigen Leichenverbrennungsfeierlichkeiten.

Mit einem Minimum von militärischer Macht kontrollieren die Holländer ihr riesiges Kolonialreich. Um welche Abmessungen und Entfernungen es sich da handelt, davon macht man sich bei uns im allgemeinen keine richtige Vorstellung. Sonst würde es nicht passieren, daß Reisende dorthin häufig von Freunden gebeten werden, doch die oder jene Verwandte in Holländisch-Indien aufzusuchen, die von dem Reiseziel unter Umständen acht und mehr Tagereisen entfernt wohnen.

Von dem einen Ende des niederländischen Besitzes bis zum andern, von der Insel Sabang nördlich Sumatras bis Meranke auf Neu-Guinea sind dreitausend Seemeilen, das heißt mehr als von England nach Amerika. Und die Reise dauert gute vierzehn Tage. Das Gesamtterritorium bedeckt den Flächenraum Deutschlands, Hollands, Belgiens, Schwedens, Dänemarks, Großbritanniens, Frankreichs und der Schweiz zusammengenommen. Die Gesamtküstenlinie aller Inseln aber kommt dem Erdumfang gleich.

Das sind nur so ein paar Zahlen, die eine Vorstellung von den Abmessungen des holländischen Besitzes geben und gleichzeitig einen Begriff von der politischen Leistung des kleinen Holland, das selbst nur den fünfundsechzigsten Teil dieser Fläche umfaßt, und es verstand, eine so ausgedehnte und dabei so wertvolle Kolonie durch Jahrhunderte hindurch gegenüber seemächtigen Konkurrenten zu halten.

Freilich, die Einwohnerzahl entspricht nicht diesem riesigen Flächenraum. Sie beträgt nicht mehr als fünfzig Millionen, und dabei handelt es sich zum größten Teil um friedliche, sanftmütige Menschen wie die Javanesen. Aber es fehlt auch nicht an kriegerischen Stämmen wie die Ambonesen, den Dajaks auf Borneo und Atjenesen auf Sumatra. Die Holländer haben die einen zu ihren Soldaten gemacht und gegen die andern ausgespielt. Und in jedem Falle handelt es sich bei Berücksichtigung der vom Mutterland aufgewandten finanziellen und militä-

rischen Mittel um eine unerhörte Leistung. Sie ist außenpolitisch um so beachtungswerter, als Insulinde an einem Krisenpunkt erster Ordnung liegt. Es bildet die Brücke von Indien nach Australien. Es liegt in der Stoßrichtung des chinesischen Bevölkerungsüberdrucks und der japanischen Expansion. Seine Wasserstraßen bilden den westlichen Zugang zum Stillen Ozean und seine Häfen und Oelfelder sind ein Anreiz für jede Macht, welche im Pazifik Weltpolitik treibt.

Unter diesen Umständen bedeutet jedes innerpolitische indische Problem für das Mutterland gleichzeitig ein außenpolitisches, das neidischen und mächtigen Konkurrenten erwünschten Anlaß und Vorwand zum Einschreiten bieten kann. Und aus diesem Grunde muß Holland in seiner Eingeborenenpolitik unvergleichlich vorsichtiger sein als etwa England oder Frankreich.

Als die Holländer zu Beginn des 17. Jahrhunderts sich auf den Sundainseln festsetzten, da traten sie in ihrer Stellung den Eingeborenen gegenüber einfach an den Platz der von ihnen verdrängten einheimischen Fürsten. Indem sie sich in keiner Weise in die Familien-, religiösen und sonstigen internen Angelegenheiten der Sundaesen mischten, adoptierten sie in überaus geschickter Weise das bestehende Herrschafts- und Untertänigkeitsverhältnis. Der Schirm wurde genau so das Hoheitsattribut des holländischen Regierungsbeamten wie es bisher das des Radjas gewesen war. Und wenn ein Eingeborener der unteren Klasse mit einem Holländer sprach, so hatte er genau so vorher in die Hocke zu gehen wie das dem javanischen Adligen gegenüber gebräuchlich war.

Diese Sitte erhielt sich bis in den Anfang dieses Jahrhunderts. Alte Pflanzer halten heute noch daran fest, und sie geben laut genug ihrer Empörung Ausdruck, wenn in einem fremden Kampong die Eingeborenen freundlich grüßen und nicht mit abgewandtem Gesicht am Straßenrande niederhocken, wie es in der guten, alten Zeit Brauch war.

Allein die Welle, die auf Emanzipation der Farbigen von der bisherigen weißen Oberherrschaft abzielt, und die über die ganze Erde geht, muß sich natürlich auch in Holländisch-Indien auswirken. Dank der Sanftmut der Unterworfenen und dank der überaus geschickten Haltung der holländischen Herren ist sie hier erst verhältnismäßig spät fühlbar geworden.

Heute haben wir jedoch dieselbe Entwicklung wie im britischen Indien und die gleichen Wurzeln dafür. Das treibende Element für die nationale Emanzipation ist das intellektuelle Proletariat, das die europäischen Kolonialvölker selbst geschaffen haben. Einmal bedingt die Umstellung in Wirtschaft, Handel und Verkehr auf europäische oder wenigstens halbeuropäische Verhältnisse einen erheblichen Bedarf an unterem und mittlerem Personal für Verwaltungs- und Polizeidienst, Verkehr, Bahnen, Straßen und Brückenbau, Justiz, Erziehung und Unterricht, Hygiene usw. Für diesen Bedarf reicht der Andrang von Beamten aus dem Mutterland bei weitem nicht aus, am wenigsten bei dem kleinen Holland, das sogar zeitweise seine hohen Verwaltungsbeamten auch aus dem Ausland nehmen mußte. Dann handelt es sich aber auch um Posten und Verrichtungen, die für Europäer zu untergeordnet sind.

War man also auf der einen Seite bei der Entwicklung seiner Kolonie auf die intelligente Mitarbeit der Eingeborenen angewiesen, so suchte man auf der andern Seite durch Errichtung von Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten dem wachsenden Wunsch weiter einheimischer

Schichten nach Aufstieg nachzugeben, ohne sich darüber klar zu werden, daß das Dilemma erst recht brennend werden würde, sobald es sich darum handelte, all den ausgebildeten Medizinern, Juristen, Technikern usw. Amt und Brot zu verschaffen. Der Inder ist durchaus nicht für schwere Arbeit, aber sehr für einen geruhsamen Posten, der seinem Träger auch Ansehen verleiht, mag es nach europäischen Begriffen auch noch so gering sein. So ist es nur natürlich, daß in allen intellektuellen Berufen das Angebot den Bedarf übersteigt. Und das Mißverhältnis wird mit der Zeit immer größer werden.

Natürlich war der Gedanke bei Errichtung all dieser Schulen lediglich der, unteres und mittleres Personal heranzuziehen. Die Spitzen sollten natürlich überall den Europäern vorbehalten bleiben. Aber noch niemals und nirgends hat sich eine aufwärtsdrängende Schicht willkürlich an einem Punkte hemmen lassen, sobald einmal die prinzipiell den Aufstieg sperrenden Schranken gelockert waren. So ist inländische Intelligenz und Halbtelligenz keineswegs dankbar für das Entgegenkommen des weißen Herrenvolkes, sondern im Gegenteil unzufrieden und drängt laut und vernehmlich nach Erweiterung ihres Einflusses und Machtbereiches. Ist es zunächst auch nur der Schrei nach Amt und Brot, so kommt doch sehr bald der nach politischem und gesellschaftlichem Einfluß hinzu; denn nicht anders als im Westen sind auch im Osten beide untrennbar miteinander verbunden.

Für das niederländische Indien kompliziert sich die Frage dadurch, daß es noch an besonderen Bevölkerungsproblemen krankt. So kraß das Mißverhältnis zwischen Einwohnerzahl und Bodenfläche mit fünfzig Millionen Menschen auf fast zwei Millionen Quadratkilometern auch ist, so leidet die Kolonie doch gerade in ihrem entwickeltsten Teil an einem gefährlichen Bevölkerungsüberdruck. Die Menschen sind über die indische Inselwelt sehr ungleichmäßig verteilt. Der holländische Anteil an Borneo ist mit 553 000 Quadratkilometern noch um ein Stück größer als das Deutschland der Vorkriegszeit und ernährt und beherbergt dabei nicht mehr als anderthalb Millionen Menschen. Mit Sumatra und Celebes steht es nicht so sehr viel besser. Java aber, dessen Bodenfläche nur ein Viertel des alten Frankreich beträgt, zählt auf diesem begrenzten Territorium beinahe so viele Menschen wie die französische Republik (ohne Elsaß-Lothringen).

Auch hier kehrt sich für die europäische Kolonisation Wohltat in Plage. Mit der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Einführung hygienischer Maßnahmen sinkt eben die Sterblichkeitsrate der Eingeborenen, und der dadurch entstehende Bevölkerungsüberdruck läßt das intellektuelle Proletariat besonders bedrohlich anschwellen. Nun wäre ja im ganzen Insulinde noch reichlich Platz, aber die Javaner wollen von ihrer Insel ebensowenig nach Borneo oder Celebes auswandern, wie etwa die Japaner aus Nippon nach Hokkaido oder Sachalin. Die Holländer haben zwar Versuche gemacht, Javaner kolonienweise zu verpflanzen, aber der Erfolg ist bisher minimal. So wachsen in Java die proletarischen und intellektuellen Massen, die zu beschäftigen und zu ernähren immer schwieriger wird, während auf den übrigen Inseln, den sogenannten „Außenbesitzungen“, Kräfte zur Entwicklung der natürlichen Reichtümer fehlen.

Wie bereits erwähnt, kompliziert sich für die Holländer die „Inländerfrage“ durch die Verquickung mit außenpolitischen Elementen.

Das machte sich besonders während des Weltkrieges bemerkbar. Die Gefahr für Holland, bei dieser Gelegenheit seinen wertvollsten Kolonialbesitz zu verlieren, war gar nicht gering. Die Sundainseln waren die einzigen Stützpunkte der deutschen Kreuzer, und durch Vermittlung der auf ihnen ansässigen Deutschen hat insbesondere die „Emden“ viel wesentlichere Hilfe erfahren, als bisher bekanntgeworden. Wären nun auch noch innere Unruhen ausgebrochen, so hätte England vielleicht einen sehr erwünschten Vorwand gefunden, auf den Sundainseln einzugreifen.

Um dem vorzubeugen, leitete der damalige Generalgouverneur eine den Inländern weit entgegenkommende Politik ein. Die Kuliordonnanzten, die noch einen Arbeitszwang der Eingeborenen auf den Plantagen bedingten, wurden weitestgehend abgebaut, und die ersten Anfänge einer Verfassung eingeführt. Die Bezeichnung „Kolonie“ fiel. Indien wurde als Teil des Königreichs der Niederlande proklamiert und am 16. Dezember 1916 ein Parlament, der „Volksraad“ konstituiert.

Das Heim dieses indischen Repräsentantenhauses in Weltevreden ist einstweilen noch recht bescheiden. Es ist kaum mehr als eine ansehnliche Villa. Aber es genügt vollauf; denn der Volksraad besteht bisher lediglich aus 49 Mitgliedern, von denen die eine Hälfte von den lokalen Selbstverwaltungskörpern gewählt, die andere vom Generalgouverneur ernannt wird.

So klein dieses Parlament nun auch ist und so unbedeutend seine Rechte — denn einstweilen hat es lediglich beratende Funktion —, so ist damit doch der erste Schritt auf einem Wege getan, dessen Ende Autonomie und völlige Lösung vom Mutterlande heißt.

Einsichtige Holländer sind sich auch über diese Entwicklung völlig klar, und sie suchen sie deshalb in Bahnen zu halten, welche die Lösung möglichst hinausschieben und selbst nach ihrer Durchführung dem einstigen Mutterlande noch das wirtschaftliche und politische Uebergewicht sichern.

Viel wird den Holländern dabei ihre kluge Eingeborenenpolitik helfen. Diese kommt auch in der Zusammensetzung des Parlaments zum Ausdruck. Scheinbar haben in ihnen die Europäer die Ueberhand mit 12 gewählten Mitgliedern und 10 ernannten, gegenüber 12 gewählten und 8 ernannten Eingeborenen. Aber den Europäern sind nicht nur alle Mischlinge zugezählt, sondern auch die fremden Orientalen, also vor allem die Chinesen und Araber; Mischlinge rechnet man überhaupt ganz als Europäer. Vielleicht ist es die Erinnerung an Peter Erberfeld, welche die Holländer zu dieser klugen Politik bestimmt.

Peter Erberfeld war ein einflußreicher Mischling, der 1722 eine große Verschwörung anzettelte, welche die Niedermetzlung sämtlicher Europäer zum Ziele hatte. Durch ein eingeborenes Mädchen wurde das Komplott jedoch verraten und der Mischling ergriffen und hingerichtet. Noch heute bleicht sein Schädel, auf einen Speer gespießt, auf einer Mauer am Jakarta-Weg. Und eine darunter befindliche Inschrift besagt, daß zur verabscheuungswürdigen Erinnerung an diesen Verräter Bauen und Anpflanzen auf diesem verfluchten Platze für Zeit und Ewigkeit verboten sein soll.

Nachdem man so, vorläufig wenigstens, die Mischlinge abgefangen und auf die eigene Seite gezogen hat, kann man der weiteren Entwicklung der nationalen Bewegung mit größerer Ruhe entgegensehen; denn die

Mischlinge sind bei einer Erhebung gegen eine rassenfremde Herrschaft stets die gefährlichsten Elemente.

Was nun die soziale Bewegung anbetrifft, die auch in Indien, wie überall in der farbigen Welt, Hand in Hand mit der nationalen marschiert, so hört man viel von der bolschewistischen Gefahr und dem Wühlen Moskaus auf den Sundainseln. Ich muß offen sagen, ich stehe all diesen Nachrichten äußerst skeptisch gegenüber. Der Javanese hat gar keine Eignung zum Bolschewisten, und den Moskauer Sowjets liegt das holländische Indien allzusehr außerhalb ihres Interessenkreises, als daß sie Zeit und Geld für Agitation und Propaganda auf dieses ihnen gänzlich fernliegende Gebiet verschwenden sollten.

Einen gewissen Infektionsherd bildet allerdings zweifelsohne Mekka. Die panislamische Agitation, die von dort ausgeht, ist augenscheinlich mit bolschewistischen Ideen durchsetzt, und die Hadschis, die von hier zurückkehren, werden von der Regierung ihrer Heimatländer mit sehr gemischten Gefühlen angesehen.

Im übrigen ist es nur natürlich, daß eine Wirtschaft, die sich verwestlicht, wie das in zunehmendem Maße in Indien der Fall ist, auch all die sozialen Erscheinungen des Westens zeitigt, nur eben noch durch nationale und Rassenfragen kompliziert. Immerhin kann aber nur ein Pflanzler, der vor kurzem noch gewöhnt war, seine Kulis als halbe Sklaven zu behandeln, in einem Streik den Ausbruch des Bolschewismus und das Ende der göttlichen Weltordnung sehen.

Wenn die holländische Verwaltung weiterhin so klug und so vorbauend operiert wie in dem vergangenen Jahrhundert, so wird sie auch mit den sozialen und nationalen Problemen der Gegenwart fertig werden. Freilich muß sie auch auf das britische Indien achten. Die vorderindische Swaraj-Bewegung ist für Insulinde ein Schrittmacher, und Konzessionen, welche die britische Regierung ihren indischen Untertanen gewährt, muß auch die holländische mitmachen, einerlei, ob sie nun gut oder verfrüht sind.

Eine große Schwierigkeit für die Weiterentwicklung und für die Erhaltung der Inseln, wenigstens unter dem europäischen Einfluß, ist die geringe Anzahl der Europäer. Den 34,5 Millionen Javanern stehen nicht mehr als 135 000 Europäer gegenüber, alle sogenannten Europäer, die Mischlinge mit eingerechnet. Und auf dem gesamten übrigen Archipel leben nur 34 000 Weiße.

Die Tropen sind kein „Weißen Mannes Land“, aber die Sundainseln hätten zum mindesten Heimat eines weiß-braunen Mischvolkes werden können. Das Herz Javas, die Preanger Regentschaften, bieten sogar reinrassigen Europäern dauernde Lebensmöglichkeit. Und auf der Hochfläche von Bandung haben sich auch die „Bleibor“ konzentriert, jene holländischen Familien, die sich mit der Zeit zu indischen wandeln und in ihrer zweiten Heimat festwurzeln. Es war die Idee des Gouverneurs Limburg Stirum, Bandung zur offiziellen Hauptstadt zu machen, und eine ganze Anzahl Regierungsanstalten wurden auf die kühle, gesunde Hochfläche verlegt. Auch aus strategischen Gründen ist sie der naturgegebene Sitz der Zentralregierung; denn sie unterliegt nicht mehr dem Einfluß feindlicher Schiffsgeschütze und bildet eine natürliche Festung, die nur mit starken Kräften zu nehmen ist. Aber Geldmangel und der wider-

strebende Einfluß der Kaufmannschaft brachten die Bewegung zum Stehen, und so ist heute die Zentralverwaltung des holländischen Indiens auf Weltfrieden, Buitenzorg und Bandung verteilt.

Noch eine Stufe über Bandung liegt das Plateau von Malabar, bereits eine so gemäßigte Zone, daß man hier mit Erfolg Weizen anbaut. Dieses ganze Gebiet könnte Dauerheimat des weißen Mannes werden, ebenso wie die Umgebung des Toba-Meeress und die Hochebene von Padang auf Sumatra. Aber in der Siedlungsfrage sind Versäumnisse begangen, die nicht mehr einzuholen sind. Der Freiraum, der der weißen Rasse außerhalb Europas und Nordamerikas zur Verfügung steht, wird ihr heute bereits in starkem Maße allüberall durch die erwachten farbigen Völker streitig gemacht, und gerade in Südostasien trifft sich der vorderindische und der chinesische Bevölkerungsüberdruck.

## Großstadtsommer

*Von Alfred Brust*

Immer nur Veilchen im Strauße sehn.  
Niemals sommers im Grase liegen.  
Niemals nackt im fließenden Wasser stehn.  
Immer nur hören und lesen von weidenden Rindern und Ziegen.

Niemals auf gefährlichen Bergkanten hausen.  
Nimmer die Strudel tobender Meere durchrast.  
Nur mit Straßengerüchen des zärtlichen Windes Sausen empfinden. Frauen träumen verglast.

Auf den Höfen sind Kinder.  
Auf den Höfen sortiert man Schutt.  
Auf den Höfen sind schwärige Schinder.  
Auf den Höfen tun Dienstmädchen Sachen kaputt.

In den Häusern aber sind Hübscherinnen.  
In den Häusern kleidet man seine Frau aus.  
In den Häusern muß man nach Nahrung sinnen.  
In den Häusern sehn junge Menschen grau aus.

In den Alleen riecht es nach Tagschweiß und Pfeife.  
In den Alleen jachert der Abschaum der Stadt,  
halten die Freitodsuchenden letzte vergebliche Streife,  
werden brennende Blicke auf harter Gelegenheit matt.

Auf den Sälen sieht man Tanzende schwitzen.  
Auf den Sälen wird schlechte Musik gemacht.  
Krumme Hosen und veraltete Spitzen  
hüpfen, spreizen, wiegen und drehn durch die Nacht.

Vor den Kneipen stinkt es nach Fusel,  
lagert würgend der seichte Geruch von Urin.  
Vor den Kneipen stehn hungernde Kerle im Dusel,  
die verhärmte Frauen vergeblich nach Hause ziehn.

Nirgend ein Licht in der sengenden Wüste von Stein.  
 Nie eine Hoffnung, das volle Leben zu grüßen.  
 Niemals am Strande blauer Meere zu sein,  
 niemals auf Gipfeln — die Täler der Menschen zu Füßen.

Ununterbrochener Alltag von Wiege zu Grabe,  
 lüstern bespritzt mit dem Schleim des ekligen Wurms.  
 Schmachvolles Tun zwischen Arbeit und Aufruhr und Gabe,  
 in entmenschter Geduld und Erwartung des endlichen Sturms.

Tut es, Menschen, so weh, die Schranke zu heben?  
 Ist es, mit Liebe zu blicken, Menschen, so bitterlich schwer?  
 Öffnen die atmenden Brüste das pulsende Leben?  
 Tragen sich Herzen zur Schande der Arbeit freiwillig her?

Hände versöhnt euch! Im lachenden Paradies  
 habt ihr alle den törichten Apfel gehalten.  
 Teilt euch die Frucht, und teilt euch den Fluch und den Schweiß.  
 Ist's nicht genug, daß in Mann und Weib ihr gespalten?

Jubelt gemeinsam den Mythos der hämmernden Zeit!  
 Menschheit im Willen vereint kann die Gestirne verrücken!  
 Groß wird die Welt erst, wenn sich die Erde befreit!  
 Geister ergänzt euch! Hirne baut Strafen und Brücken!

---

## Blutige Legende

*Von Anton Weinzierl*

Mitte April verunglückte der bayerische Oberlandesgerichtsrat a. D. Ernst Pöhner bei einem Autounfall in der Gegend von Rosenheim tödlich. Ursache des Unglücks war das Abspringen eines angeblich schlecht befestigten Felgenreades während der Fahrt. Das Auto überschlug sich, Pöhner wurde herausgeschleudert und verstarb infolge der erlittenen schweren Verletzungen an Ort und Stelle. Seine Angehörigen, Frau und Sohn, wurden gleichfalls ernstlich verletzt, ebenso der Besitzer des Kraftwagens, ein Oberleutnant Krieger aus München.

Pöhner war einer der markantesten Persönlichkeiten Bayerns, sein Tod erregte großes Aufsehen. Der Exkronprinz Rupprecht, die bayerische Regierung, die Stadt München kondolierten und ließen sich bei seinem feierlichen Begräbnis vertreten, an dem auch die völkischen Verbände und die Nationalsozialisten ostentativ teilnahmen.

Wenige Tage nach dem feierlichen Begräbnis wurde die Leiche Pöhners auf Betreiben der Staatsanwaltschaft wieder exhumiert. Die Frau Pöhners, die noch infolge des Unfalls im Krankenhaus daniederlag, hatte Anzeige erstattet, daß ihr Gatte nicht durch den Unfall selbst, sondern aus Anlaß des Unfalls durch einen verbrecherischen Angriff auf sein Leben den Tod gefunden habe. Die Sektion der Leiche Pöhners ergab keine Anhaltspunkte für die Behauptung, daß Pöhner ermordet worden sei. Die festgestellten Verletzungen konnten sämtlich sehr wohl auf den Unfall zurückgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft stellte das



Verfahren ein. Inzwischen waren aber die Gerüchte von dem angeblichen gewaltsamen Tod Pöhners in immer weitere Kreise und endlich auch in die Presse gelangt. Allerlei wahre oder erfundene Einzelheiten wurden bekannt, die Mordlegende hatte sich gebildet und fand überall Verbreitung und Glauben. Die amtliche Bekanntgabe des Sektionsbefundes hatte keine andere Wirkung, als der Legendenbildung neuen Stoff zu geben. In einem Teil der bayerischen Presse wurde das Thema „Pöhners Tod“ zum alltäglichen Leitartikelobjekt. Im „Miesbacher Anzeiger“ erhob der Pater Stempfle, ein Intimus Pöhners, kaum verhüllte Angriffe gegen die Völkischen aus dem Ludendorffkreis, die in Zusammenhang mit dem Besitzer des verunglückten Automobils stehen sollten, mit dem sie, wie angedeutet wurde, die Todesfahrt arrangiert haben sollten. Der „Völkische Kurier“, das Münchener Sprachorgan der Ludendorffianer, antwortete in ebenso groben wie deutlichen Artikeln, in denen alle Beziehungen zu Krieger bestritten und Verdächtigungen nach anderer Seite ausgesprochen wurden. Krieger selbst setzte sich in der Presse zur Wehr und strengte einige Beleidigungsklagen an. Inzwischen wurde von der Staatsanwaltschaft neuerdings ein Verfahren gegen Unbekannt eingeleitet, in dem nun sowohl die Augenzeugen des Unglücks wie die Urheber der Mordgerüchte zu Worte kommen werden. Daß dabei viel herauskommen wird, ist nicht anzunehmen. Aber Bayern hat seine Sensation.

Ob Pöhner nun wirklich durch fremde Gewalt oder durch den Unfall zu Tode gekommen ist, wird, historisch gesehen, als ziemlich belanglos bezeichnet werden können. Daß sich aber gerade an sein Ende diese düsteren Gerüchte knüpfen, daß gerade er zum Gegenstand einer blutigen Legende wird, das charakterisiert diesen Mann noch im Tode. Er ist es gewesen, der im Hitler-Prozeß dem Staatsanwalt auf dessen Vorhaltungen kaltschnäuzig erwiderte: „Was Sie mir jetzt als Hochverrat vorwerfen, das treibe ich seit fünf Jahren!“ Dieser Bekennermut hat ihm nicht geschadet. Er wurde mit Hitler, Kriebel und Weber zusammen zu nominal 5 Jahren, effektiv zu 6 Monaten Festungshaft mit Bewährungsfrist verurteilt, von denen er, nachdem er sich aus „Gesundheitsgründen“ monatelang vom Strafantritt gedrückt hatte, genau dreieinhalb Monate abgesessen hat. Am 1. April wurde er entlassen, wenige Tage später passierte der tödliche Unglücksfall. In der Tat, ein seltsames Spiel des Schicksals! Um so seltsamer, wenn man bedenkt, daß Pöhner sich in der Zeit nach dem Putsch von den Nationalsozialisten völlig abgewandt und durch seine Haltung in erster Linie zum Zerfall der Hitler-Ludendorff-Partei in Bayern beigetragen hatte.

Das Zusammengehen mit Hitler war für Pöhner nur eine Episode. Seine Vergangenheit als Putschist und Geheimbündler ist wesentlich älter als die Hitlers. Zur Zeit der Räterepublik und in der Zeit des weißen Schreckens nach dem Rätespuk war Pöhner Direktor des Stadelheimer Gefängnisses, in dessen Hof Gustav Landauer unter den Mißhandlungen einer entmenschten Soldateska sein Leben verhauchte. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann, schlecht beraten, machte ihn zum Münchener Polizeipräsidenten. Zum Dank dafür arrangierte Pöhner am Tage des Berliner Kapp-Putsches gemeinsam mit Einwohnerwehrlenten und Oberländern den trockenen Münchener Putsch, der der Ministerpräsidentenschaft Hoffmanns ein Ende machte und Herrn von Kahr

zum ersten Mal in Bayern in den Sattel setzte. Von diesen Tagen ab war Pöhner das eigentliche treibende Moment in der bayerischen monarchistischen reaktionären Bewegung. Unter der Regierung Lerchenfeld bildete er die „Nebenregierung“ Kahr-Pöhner-Pittinger und war bei allen Krisen einer der eifrigsten Schürer der Konfliktstimmung und des Aufbegehrens gegen das Reich. Immer unterhielt er gute Beziehungen zur Umgebung des Exkronprinzen Rupprecht. Nach seinem Abschwenken von Hitler bis in die letzte Zeit hinein galt der Pöhnerkreis als die eigentlich aktivistische gegenrevolutionäre Gruppe der breiten monarchistischen Bewegung Bayerns.

Viel Schlimmeres aber als der Politiker Pöhner hat sich der Staatsbeamte und vor allem der Polizeipräsident zuschulden kommen lassen. Er hat das übelste Beispiel des Amtsmissbrauchs zu hochverräterischen Zwecken geliefert, das in der deutschen Geschichte zu finden ist. Als Polizeipräsident von München galt er als Vertrauensmann aller süd- und norddeutschen Geheimbündler und Putschisten, als Helfer und Schützer aller wegen hochverräterischer Handlungen oder wegen politischer Morde Verfolgten. In der Presse und im Landtag ist ihm damals verschiedentlich vorgeworfen worden, daß er solchen Leuten falsche Pässe ausgestellt habe; auch der bekannte Eichmann-Paß des Kapitän Ehrhardt dürfte auf solche Weise entstanden sein. Daß sich unter seiner Amtsführung die wegen des Kapp-Putsches verfolgten General Lüttwitz, Oberst Bauer, Dr. Schnitzler und Kapitän Ehrhardt lange ungestört in München aufhalten konnten, ist bekannt. Waffenschiefungen über die Grenze und Beziehungen zu der Osthandelsgesellschaft und zu dem Otto Braun der Gareis-, Sandmeyer- und Hartung-Morde standen weiterhin auf dem langen Schuldkonto Pöhners. Er war ein fanatischer Feind der Republik und verletzte ohne jeden Skrupel die beschworene Amtspflicht und jedes Gesetz, um die Pläne der Monarchisten und die Ziele der Reaktion zu fördern. In seinem Schlußwort im Hitler-Prozeß sagte Pöhner: „Der Staatsanwalt hat mein Verhalten in besonderem Maße belastet, weil ich als hoher Richter meine Treuepflicht verletzt hätte. Das weise ich entschieden zurück. Was war denn das für ein Staat, der im November 1918 geschaffen wurde? Dieser Volksbetrug ist von Juden, Deserteuren und bezahlten Landesverrättern verübt worden. Diese Regierung ist keine von Gott gewollte Obrigkeit im christlichen Sinne. Exotische Machthaber sind diese rassenfremden Gesellen.“

Pöhner war ein Gegenstück zu dem fascistischen General de Bono in Rom, der gleichzeitig oberster Chef der Polizeibehörden und Anstifter oder Mitwisser des Matteotti-Mordes war. Ohne jeden Skrupel hat Pöhner mit allen Mitteln gegen den bestehenden Staat gewühlt, hat Mörder und ihre Helfershelfer begünstigt und geschützt. Die Flucht der Erzberger-Mörder aus München am Tage der Ankunft der verfolgenden Kriminalbeamten ist eines jener Ereignisse, wo die Hand Pöhners hinter den Kulissen sich fühlbar machte.

Pöhner war getrieben von einem unversöhnlichen Hasse gegen Demokratie und Republik, aber auch getrieben von einem brennenden Ehrgeiz. Kahr wollte ihn zum Zivilkommissar für Mitteldeutschland beim Marsch auf Berlin machen, von Hitlers Gnaden wurde er für eine Nacht bayerischer Minister. Sein Ziel war, Ministerpräsident des Königs

Rupprecht zu werden. Sein Fanatismus und sein Ehrgeiz haben ihn nicht nur zum Hochverräter, sie haben ihn auch zum Verräter an seinen Freunden werden lassen. Gleichviel, ob es nun der blinde Zufall oder eines jener feingesponnenen tödlichen Netze war, an deren Maschen Pöhner selbst einst webte, die seinen Tod verursacht: von dem Leben dieses schlauen, zynischen und gewalttätigen, aber durchaus nicht banalen Menschen wird nichts bleiben wie eine blutige Legende!

## Anselm Feuerbach in Karlsruhe

*Von Dr. Hermann Hieber*

Unsere Schulmeister machen gerne aus dem alten Erbübel, der deutschen Kleinstaaterei, eine Tugend und zeigen triumphierend auf den *Musenhof von Weimar*. Die dummen Tröpfe vergessen darüber nur, daß die deutsche Kunst als Ganzes, vor allem die bildende Kunst, sich niemals großzügig und frei hat entwickeln können seit den Tagen der Reformation, seit der Zeit also, da die Reichseinheit von den Landesfürsten zerschlagen wurde. Darüber täuscht alles Prahlen mit „Genies“ nicht hinweg, die Deutschland vielleicht in größerer Zahl besessen hat als Frankreich. Die großartige geschlossene Kultur Frankreichs, die bis auf den heutigen Tag ihre internationale Werbekraft bewahrt hat, war nur möglich durch die frühe Zusammenschließung aller wirtschaftlichen, politischen, geistigen und künstlerischen Kräfte, die der Einheitsstaat gewährte.

Demgegenüber betrachte man die Zerrissenheit und Verworrenheit in der deutschen Kunstwirtschaft! Die freien Reichsstädte verarmen schon im 16. Jahrhundert, als der Mittelmeerhandel eingeht: *Albrecht Dürer* hat an seiner Vaterstadt *Nürnberg* wahrhaftig keinen starken Rückhalt gehabt. Der jüngere *Holbein*, der in *Basel* umsonst auf die großen Aufträge wartete, auf die er Anspruch erheben durfte, wanderte mißmutig nach *London* aus, wo man seine Kunst zu würdigen wußte, und ist damit der deutschen Kunst verlorengegangen. Ebenso hat es zweihundert Jahre später *Georg Friedrich Händel* gemacht, der nicht die geringste Lust hatte, wie sein Zeitgenosse *Johann Sebastian Bach*, in einer städtischen Kantorstelle zu versauern.

An den deutschen Duodezhöfchen aber, wo man krampfhaft repräsentieren wollte, es aber nicht recht konnte, war die Existenz der Künstler erst recht miserabel. Architekten, Bildhauer, Maler, Musiker wurden wie Kammerdiener gehalten und gezwungen, an der Domestikentafel zu speisen: als *Mozart* sich in *Salzburg* dagegen auflehnte, wurde er bekanntlich vom Kammerherrn des Fürstbischofs *Colloredo* mit einem Fußtritt die Treppe hinuntergeworfen. Ueber das soziale Elend der deutschen Künstler, auch der allergrößten, schweigen sich unsere gelehrten Kunstgeschichten taktvoll aus: sie müssen doch die Fürsten als Mäzenaten beweihräuchern.

Je mehr sich aber die Künstler bürgerlich emanzipierten, um so schärfer mußten die Konflikte mit ihrer wirtschaftlichen Existenz werden. Die deutschen Maler des 19. Jahrhunderts lebten von der Gnade von reichen Gönnern — die Allgemeinheit hatte nichts für sie übrig. Ange-

ekelt von den Zuständen in der Heimat, flüchteten sie sich nach Italien und hielten sich dort, wenn sie das Glück hatten, jemanden zu finden, der ihren Lebensunterhalt bestritt, ein paar Jahre lang auf: Böcklin, Marées. Ohne den Grafen Schack, ohne Konrad Fiedler wären sie wohl beide verhungert. Anselm Feuerbach, der dritte Deutsch-Römer, hat es noch schlechter getroffen. Er zehrte von der Gnade des badischen Hofes — die ihn verzehrte.

Anselm Feuerbach stammte aus einer sozial gehobenen Sphäre, der nur leider die wirtschaftliche Grundlage gebrach. Der Großvater war jener berühmte Kriminalist, der zuerst die Geschichte Kaspar Hausers, des rätselhaften Findlings von Nürnberg, mit der des badischen Hofes verknüpfte, und für diese Kühnheit noch vor seinem Schützling ins Jenseits befördert wurde: er starb an Gift, während Kaspar Hauser im selben Jahre 1833 im Ansbacher Hofgarten erdolcht worden ist. Das Schicksal hat es so gefügt, daß sein Enkel wiederum diesem badischen Hof anheimfiel. Von den Söhnen des Appellationsgerichtspräsidenten Feuerbach war der eine, Ludwig, der bekannte Philosoph des Materialismus, der andere, Anselm, Archäologe. Er wurde von Speyer, wo er sich als Gymnasialprofessor herumplagte, an die Universität Freiburg berufen. Damit wurde auch sein Sohn, der Maler, sozusagen großherzoglich-badisch abgestempelt.

Die Studienjahre verbrachte der frühreife, ehrgeizige Jüngling in Düsseldorf, wo aber bei dem alten Schadow für ihn nicht viel zu holen war, dann in Antwerpen und in Paris, wo er Coutures, des Historienmalers, Schüler wurde. Die kärglichen Zuschüsse aus dem Vaterhause hatten ihn zu äußerster Sparsamkeit gezwungen. Der Vater war inzwischen gestorben, die Stiefmutter, an der er zeitlebens mit rührender Treue gegangen hat, nach Heidelberg verzogen. Aus den Briefen an sie und einigen anderen Aufzeichnungen hat Karl Quenzel, im Verlag Hesse & Becker in Leipzig, eine lesenswerte neue Biographie zusammengestellt: „Anselm Feuerbach, ein deutscher Maler.“

Es bedrückte Feuerbach, daß er der Frau, die auf ihre knappe Witwenpension angewiesen ist, auf der Tasche liegen muß. Er sucht sich also mit seinen vierundzwanzig Jahren, begeistert von seiner künstlerischen Sendung, in Karlsruhe eine Existenz.

Hier hatte Prinz Friedrich, mit den besten Absichten von der Welt, kurz vorher, im Jahre 1852, die Regentschaft angetreten. Für das Hoftheater war Emil Devrient als Leiter gewonnen worden, für die neue Kunstakademie die Düsseldorfer Maler Schirmer und Lessing. Im übrigen aber war die badische Residenz ein Beamten- und Lakaiennest. Der junge Feuerbach, der von Paris einen feuerrot gefütterten Umschlagmantel und künstlerischen Freimut mitbrachte, war von allem Anfang an diesen Residenzspießern verdächtig, die damals noch unter den Ausnahmebestimmungen der Nachrevolutionszeit schmachteten. Der Künstler kommt mit zwei Freunden nach der Polizeistunde an der Wache vorüber, wird vom Posten mit „Wer da?“ angerufen, worauf einer der Studenten antwortet: „Halt's Maul!“; man bringt sie auf die Wache und forscht nach dem Täter. Feuerbach ist ritterlich genug, den Namen zu verschweigen, und muß 12 Stunden im finstern Rathausturm brummen.

Er hat auch sonst nicht viel Freude in der badischen Residenz erlebt. Obwohl der Regent sich für ihn persönlich interessierte und ihm

ein „Blumenmädchen“ abkaufte, und obwohl ein Hofkonditor sich von ihm einen Gartensaal ausmalen ließ, lauten seine Briefe schon nach einem Monat sehr düster. Er konnte sich kein eigenes Atelier leisten, sondern mußte mit einem österreichischen Kollegen in dessen kleiner Stube arbeiten. „Länger als drei Wochen kann und darf ich nicht mehr hierbleiben, sonst bin ich physisch und moralisch tot“, schreibt er im Mai 1854 an die Mutter. „Sollte ich dir all das wiedererzählen, was mir passiert, so müßte ich mich übergeben . . . In drei Wochen habe ich dann vier Bilder, mit denen ich in der Welt mein Glück versuchen will. Ich bin und bleibe aber ein Lump, ich mag arbeiten oder nichts tun.“ Am 3. November des gleichen Jahres hören wir: „Ich bin sehr herunter. Danke für das Geld, ich hatte bis vor fünf Tagen im Kalten gearbeitet aus Mangel an Holz.“ Am 10. ist er freudiger gestimmt, er hat Aufträge für das Schloß und sieht sich für den Winter geborgen.

Aber sofort kommen auch die Rückschläge: der „Tod des Aretino“, der heute zu den Zierden der Basler Kunsthalle zählt, wurde von der Galeriekommission, in der Kollegen und Neider Feuerbachs saßen, abgelehnt. Die kurz darauf entstandene „Versuchung des heiligen Antonius“ ließ man nicht auf die Pariser Ausstellung. „Um die kleinliche Borniertheit der Karlsruher Anschauungen darzutun, erwähne ich, daß ‚Aretino‘ und ‚Versuchung‘ für die Pariser Ausstellung bestimmt waren. Nachdem der mit den Anmeldungen beauftragte Ministerialrat Diez mich unfreundlich empfingen, wurde letzteres Bild des halbnackten Weibes wegen keuschheitlich einfach zurückgewiesen“, heißt es in der Urschrift seiner Lebenserinnerungen. Der Mutter aber gesteht er: „Ich möchte mich darüber hinwegsetzen mit aller Kraft, aber das nagt an mir, ich kann nichts essen, alles quillt mir im Munde, das war der letzte Stoß. — Habe ich verdient, daß ich verdammt bin, unter diesen Schandgesellen hier leben zu müssen?“ Der Künstler hat in der Verzweiflung das Bild dann selber vernichtet.

Schließlich söhnte er sich wieder mit dem Regenten aus und bat sogar in einem demütigen Gesuch um einen Auftrag. Darauf wurde ihm ein Reisestipendium von 1000 Gulden zugesprochen, mit der Verpflichtung, daß er nach drei Monaten schon eine Probe seines Fleißes einsenden solle.

Dieses Stipendium, das ihn in demütigende Abhängigkeit vom badi-schen Hof versetzte, hat ihm in Italien manche bittere Stunde bereitet. Wenn er einmal ein Bild als „Probe seines Fleißes“ einschickte, durfte er bestimmt darauf rechnen, daß es zurückgewiesen wurde. Einmal, als er „Dantes Tod“ übersandt hatte, bot man ihm „namhafte Vorschüsse“ an, wenn er sich verpflichtete, Skizzen für ein neues Gemälde vorzulegen und dieses dann in Karlsruhe auszuführen. Er weist diese Zumutung rundweg ab und schreibt darüber an die Stiefmutter:

„Wir kennen solche namhaften Vorschüsse, die dann nach vielen unter Ekel eingereichten Vorlagen unter der hohen Kunstgigide Lessing und Schirmer, nach unendlichem Aerger, Zeitverlust, nur am Ende so viel gewährten, daß ich meinen Schuster bezahlen könnte, die Hälfte der Heimreise, und dann dort mit dem, was mir übrigbleibt, eine Wiedereexistenzgeburt zu beginnen, was ich schon vor fünf Jahren gekonnt hätte — und wodurch jene römischen Leidensjahre eine Komödie

gewesen wären, die ich mir hätte ersparen können. — Je heillosler meine Lage ist, um so mehr Gewicht und Grund muß der Mensch haben, eine solche Hilfe von sich zu weisen.“

Nach Karlsruhe konnte es ihn auch aus anderen Gründen nicht reizen. Er schreibt aus München: „Man sagt hier, daß die Polizei in Karlsruhe die Künstler scharf bewache, wegen der Modelle!“ Und aus Rom: „Ich habe in der letzten Zeit im Fieber gearbeitet, im Ekel vor meinem Vaterland! Ich stehe jetzt in vollster Blüte und muß meine Nächte schlaflos zubringen, weil nur siebenhundert Franken ausbleiben, während ich für zwanzigtausend gearbeitet habe! Kann man mir die Schuld geben? Oder ist es nicht mein lumpiges Vaterland mit seiner Groschenrechnung?“

In der Urschrift seiner Lebenserinnerungen aber steht als Quintessenz seiner Erfahrungen, die er mit der badischen Residenz gemacht hat: „Ich glaube, daß, wenn man über meinem Grabe von Karlsruhe sprechen sollte, ich mich unfehlbar darin umdrehen werde.“

## RANDBEMERKUNGEN

### *Kleine Wahrheiten*

#### *Kommunisten als Schießscheiben*

In Teltow marschiert die Schützengilde zum Schießplatz; sechzehn Landjäger in vorgeschriebener Bewaffnung, also auch mit Schießseisen ausgerüstet, dienen als Begleitung. Welcher vernünftige Mensch wird nicht der Auffassung sein, daß es schon eines ganz besonderen Kräfteaufwandes bedürfen müßte, einer außerordentlichen zahlenmäßigen Ueberlegenheit, um solchen geschützten Marsch der Schützengilde aufzuhalten. Welcher vernünftige Mensch muß nicht meinen, daß diesen Schützen und diesen Landjägern es hätte gelingen müssen, die kommunistischen Rauhbeine, die anscheinend sich etwas pöbelig benahmen, eins zwei drei in die Flucht zu jagen. Sagen wir: mit ein paar Ohrfeigen oder auch nur mit einem Hurra-gebrüll. Daß geschossen werden mußte, wird uns keine Untersuchung beweisen können. Das groteske Mißverhältnis zwischen dem Wehrzustand auf der einen und dem auf der anderen Seite kann durch nichts weggedeutet werden. Diese Schützen und diese Landjäger müssen von ganz besonderer schlapper Gattung ge-

wesen sein, wenn sie sich der kommunistischen Randalierer nur durch Salven erwehren konnten. Nein, das Rätsel solcher Unbegreiflichkeit und Unverantwortlichkeit liegt wohl in der Frivolität einer, besonders während der letzten Zeit gar zu heftig um sich fressenden Meinung: daß für den Bourgeois die Kommunisten Schießscheiben sind. Diese Auffassung muß unverzüglich beseitigt werden. Gerade, wer im Interesse des Volksstaates die Kommunisten zu vernünftigen politischen Auffassungen erziehen will, muß sie davor bewahren, durch Exzesse des Spießers oder gar durch törichte Uebergriffe der republikanischen Exekutive dem politischen Narrentum noch stärker zu verfallen.

\*

#### *Hindenburg und Michelangelo*

Die Leser der schwarz-weißen Zeitungen bekommen eine exquisite Pastete serviert, ein Ragout aus Michelangelo und Hindenburg. Beide Heroen sind nämlich im Zeichen des Steinbocks geboren worden. Das soll bedingen, daß beide zu außergewöhnlichen Leistungen begabt worden sind. Michelangelo habe die gewaltigsten

Architekturen und Malereien geschaffen; Hindenburg habe Heere kommandiert, wie sie die Welt bis dahin noch nicht gesehen hat. Lassen wir dem Steinbock seine Ehre und deuten wir nicht an solchen Feststellungen und Vergleichen. Aber darf man vielleicht darauf hinweisen, daß, wenn Hindenburg die gewaltigsten Heere der Weltgeschichte kommandiert hat, die Heere der Entente geringeren Umfangs gewesen sein müssen. Dies zugegeben, bleibt die Tatsache bestehen, daß Hindenburgs gewaltige Armeen sich von weniger gewaltigen haben schlagen lassen. Wenn aber die Armeen der Entente ebenso gewaltig wie die Hindenburgs gewesen sein sollten, ergäbe sich die Tatsache, daß der Oberkommandierende der Entente-Armeen zunächst einmal die gleiche Leistung wie Hindenburg vollbracht hat. Nur mit einem kleinen Unterschied, nämlich mit dem, daß er seine Armeen zum Siege führte. Die Sache mit dem Steinbock hat demgemäß manches Bedenkliche.

\*

#### *Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“*

Der Montagskuli des „Lokal-Anzeiger“ schreibt: „Mag das juristische Urteil über die Herren Barmat ausfallen wie es möge...“ Es meldet sich also bereits das böse Gewissen, das mit Freispruch oder womöglich mit Ausbleiben der Hauptverhandlung rechnet.

Der Montagskuli schreibt weiter: „Soll man ernstlich noch einmal die Stichworte aufzählen, die die Geschäftsmoral der Firma Barmat kennzeichnen? Von den Barmatschen Wahlgeldern für die Sozialdemokratie? Von den Barmatschen Geldern für die Parteipresse seiner Freunde?“ Der Montagskuli will mit solchen Hinweisen im Zeichen der Stinnes-Dämmerung den Herren Barmat ein besonderes Stigma aufbrennen, und hier eben erbricht sich die Lüge. Herr Stinnes hat keine Wahlgelder gezahlt; Herr Stinnes hat keine Zeitungen unterhalten! Herr Hugenberg tut das auch nicht! Für wie dumm muß

der „Lokal-Anzeiger“ seine Leser halten, um sie so zu belügen. Jede Unze Fleisch am Korpus des Herrn Hugenberg ist von Hugenberg bezahlt. Soviel Lügen wird nicht einmal der „Lokal-Anzeiger“ aufbringen können, um seinen Lesern auf die Dauer einzureden, daß zwischen dem Deflationschicksal des Stinnes-Konzerns und dem des Barmat-Konzerns auch nur der geringste Unterschied besteht. Beide haben kurzfristige Kredite in langfristige Kredite umwandeln müssen, beide haben die Praktiken des Geldverkehrs vortrefflich auszunutzen gewußt; wobei für Barmat noch nicht einmal feststeht, ob er auch nur annähernd so wie Stinnes an den Goldmillionen und Goldmilliarden profitiert hat, die das deutsche Volk der Inflation und den Inflationsgewinnern opfern mußte. In der Finanzgeschichte des Deutschlands der letzten sechs Jahre werden Barmat und Stinnes Zwillingbrüder sein.

\*

#### *Auch Stinnes — verjudet*

Die „Deutsche Zeitung“, die auch zu Hindenburgs Wählern gehört, schrieb: „Der Stinnes-Konzern ist ein typisches Inflationserzeugnis... Als solches trug der Konzern den Keim des Verfalls schon zu Lebzeiten des alten Stinnes in sich... Schon er hatte begonnen, allerhand Ramschware aufzukaufen... Hugo Stinnes hat manches nationale Verdienst und doch fehlte ihm offenbar eine feste Weltanschauung... Das folgerichtige nationale Empfinden fehlte ihm...“

Es ist eben nicht leicht, dem wahren Deutschen gerecht zu werden. Aber es zeugt ja auch von einer ungeheuerlichen moralischen Verwüstung, daß der Stinnes-Konzern noch heute der wahren nationalen Verpflichtung nicht gehorcht. In den Zeitungen finden sich Aufforderungen, die Nordlandreisen der Hugo Stinnes-Linie mitzumachen. Am Kopf dieser verlockenden Anzeigen steht geschrieben:

Thalatta, Thalatta!  
Sei mir begrüßt, du ewiges Meer!  
Heinrich Heine. Plut Deibel. Kein  
Wunder, daß solche Verjudung in  
sich den Bankrott birgt.

*Ullstein — eine Käsemarke*

Die „B. Z.“, ein demokratisches  
Blatt, hat sich mit ihrem Rundflug  
alle Mühe gegeben. Sie hat das,  
was von ihr organisiert worden ist,  
auch lieblich beschrieben: „Manch-  
mal riefen einander Stimmen,  
manchmal brüllte ein Motor auf..  
Dann kam eine schnelle Dämme-  
rung, sonnenrote Lichtstreifen über  
den Himmel hin... Man sah und  
erkannte sich, fand alle Bekannten  
aus ganz Berlin, alle „Promi-  
nenten“, von den Reichsministern  
Schlieben und Neuhaus und vom  
stets sportfreudigen Exkronprinzen  
Wilhelm mit zwei Söhnen... Der  
Prinzgemahl der Niederlande unter  
den Zuschauern...“ Also alles,  
wie sich das für ein Blatt der guten  
Gesellschaft im Zeichen Hinden-  
burgs gehört.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat  
es freilich noch etwas monumen-  
taler gemacht: „Mit einemal  
kommt Bewegung in die Massen:

Der Kronprinz ist da. Straft und  
frisch schreit seine hohe schlanke  
Reitergestalt über den Platz...  
Und wie es der Zufall so will,  
in eben diesem Augenblick stimmt  
die Kapelle den Fridericus Rex-  
Marsch an...“ Es läßt sich nicht  
leugnen, darin ist die „Deutsche  
Tageszeitung“ der demokratischen  
„B. Z.“ doch über. Immerhin, es  
ist ungerecht und beinahe brutal,  
wenn das deutschnationale Blatt  
den Bemühungen seiner demokrati-  
schen Schwester so gar keine Ge-  
rechtigkeit widerfahren läßt. Die  
„Deutsche Tageszeitung“ schüttelt  
einen ganzen Sack von Bosheiten  
über die „B. Z.“ und ihr sport-  
liches Unternehmen, darunter  
auch diesen kleinen Wohlgeruch:  
„Denn es ist ein ander Ding, sein  
Leben einzusetzen für ein Ideal,  
als mit Reklamegerassel das  
Scheckbuch zu ziehen für eine —  
sagen wir einmal beispielsweise —  
mißduftende Käsemarke.“  
So zu lesen in der „Deutschen  
Tageszeitung“ vom 3. Juni. Miß-  
duftende Käsemarke! Haus Ull-  
stein kann so sehen, was sich die  
Demokratie verdient, wenn sie den  
feudalen Herrschaften nachläuft.

*Breuer*

## B Ü C H E R S C H A U

*Eloessers Thomas Mann-Buch*

Zu guter Stunde, als Gabe zu  
des Dichters 50. Geburtstage, er-  
scheinen soeben bei S. Fischer  
eine ausführliche Biographie Thomas  
Manns. Eloesser hat sie in  
elf knappen und doch erschöpfen-  
den Kapiteln geschrieben. Persön-  
lichkeit und Wesen Thomas Manns  
bringen es mit sich, daß seine  
durchaus bürgerliche Lebensge-  
schichte ohne Sensationen und Be-  
sonderheiten abläuft und nicht  
mehr Interesse beansprucht, als  
durch die enge und bedeutende  
Verknüpfung mit seinem literari-  
schen Werke gegeben ist. Wir  
hören von der Kindheit des Lü-  
becker Senatorensohnes, von seiner  
Schulzeit, seinen Jünglingsjahren

kaum viel mehr als uns aus den  
Spiegelbildern der „Buddenbrooks“  
und des „Tonio Kröger“ etwa be-  
reits bekannt ist. Aber, im lebendi-  
gen Wechselspiel von Frage und  
Antwort mit dem Dichter ver-  
kehrend, hat Eloesser doch die  
feineren und feinsten Verbindungs-  
fäden zwischen Leben und Schöpfung  
geschickt aufgefangen und in die  
Betrachtung des dichterischen Wer-  
kes versponnen. So erfahren wir  
etwa, daß Mann einst wirklich bei  
vorübergehender Besuche seiner  
Vaterstadt als angeblicher Hoch-  
stapler festgenommen wurde — ein  
Ergebnis seines Tonio Kröger, das  
er mit der charakteristischen Mi-  
schung aus halbzustimmender  
Ironie und überlegen lächelndem



Humor geschildert hat und das vielleicht die Keimzelle für sein noch nicht abgeschlossenes Unternehmen wurde, den Lebensweg des Hochstaplers Felix Krull in der Form einer fingierten Selbstbiographie darzustellen. So wird uns noch mancher bemerkenswerte Aufschluß zuteil, etwa über die aus dem seelischen Erlebnis der letzten Liebe: Leidenschaft des alten Goethe entsprungene Anregung zum „Tod in Venedig“ oder über die geistige Bedingtheit des scheinbar aus dem Rahmen Mannschen Kunstwirkens fallenden Románs „Königliche Hoheit“, dieses gläsernen Märchens, das Eloesser überzeugend in das Gesamtbild einordnet. Sehr interessant ist auch die Entwicklung der Fiorenza-Dichtung aus dem Verhältnis Thomas Manns zu seiner zweiten Heimatstadt München. So werden da und dort doch neue Lichter aufgesetzt, die geistigen und seelischen Vorväter Manns: Storm, Fontane und Fritz Reuter beschworen, sein künstlerisches Verhältnis zu Schopenhauer und Nietzsche betrachtet, und aus den Bildbeigaben, die uns u. a. mit den leiblichen Vorfahren des Dichters, den Urbildern des Buddenbrookgeschlechtes, bekannt machen, offenbart sich seltsam genug der Jüngling Thomas Mann gar als Karikaturist von einer satirischen Schärfe, die an — George Grosz erinnert. „Kalte Leidenschaft“ verlangt Thomas Mann vom Schriftsteller, damit seinen eigenen Wesenszug einsetzend, und er hat darin gerade in Eloesser einen gleichgestimmten Betrachter gefunden, der hier seinem Gegenstande selbst näher steht als etwa der elementareren Erscheinung Gerhart Hauptmanns, zu der er sich unverkennbar mehr hingezwungen fühlt. Man spürt auf jeder Seite seines Thomas Mann-Buches die innere Zustimmung, die aus dem Kritiker von einst den Biographen von heute werden ließ. Der wohltemperierte Dichter wird von einem wohltemperierten Kunstrichter verkündet, und nur manchmal, wie anlässlich der Gestalt der

Toni Buddenbrook oder beim „Tod in Venedig“ erwärmt sich die Darstellung spürbar zu höheren Graden. Das eben macht aber das Verdienst dieses Buches aus, daß in ihm eine besondere Harmonie zwischen Verfasser und Gegenstand waltet.  
C. F. W. Behl

### Bernhard Kellermanns

#### „Wiedertäufer von Münster“

Als der Bauernkrieg, die erste große sozialistische Bewegung in deutschen Landen, mittelbar aus Luthers Reformationstat geboren, dann aber vom Reformator selber, dem wittenbergischen Fürstenschutzling, preisgegeben, in Blut und Marter zusammengebrochen war, blieb doch die Befreiungsehnsucht der vom Uebermüthe der großen Herren Geknebelten und Entrechteten noch lange lebendig und flackerte in dem religiös ekstatischen Kommunismus der Wiedertäufer zu Münster noch einmal in wider, sich freilich ebenso jäh verzehrender Stichflamme auf. Wie Gerhart Hauptmann in der Tragödie Florian Geyers den Bauernkrieg endgültig gestaltet und das historische Geschehen gleichnißweise in der in manchem Betrachtete verwandten Gegenwart verwurzelt hat, so beschäftigte ihn auch viele Jahre hindurch die Gestalt Jan Bockel'sons, des Schneidergesellen aus Leyden, der als König Zions zu Münster eine phantastische Utopie in die Wirklichkeit umzumeistern versuchte, Prophet und Verführer zugleich, reiner Christ und vom Dämon Besessener, ein Irrwegleiter des nach geäutertem Glauben und Menschenrechten süchtigen Volkes. Der Schöpfer des Emanuel Quint, der den zwischen Wirklichkeit und Wahn, zwischen klarer Erleuchtung und trüber Verzücktheit wie zwischen Himmel und Hölle in triebhafter Inbrunst nach einem neuen Reiche Gottes ruhelos schwankenden Menschen-seelen Gestalt gab, bleibt der berufene Meister auch für eine Wiedertäuferdichtung, um die — von der Zeiten verwandtem Aus-

druck gebannt — mehr als einer unserer heutigen Poeten sich bemüht hat.

Nach Wilhelm Schmidtbons „Stadt der Besessenen“ hat nun Bernhard Kellermann uns soeben ein Drama „Die Wiedertäufer von Münster“ vorgelegt (Verlag S. Fischer, Berlin). In fünf kunstgerechten Akten gibt er den Absturz der Wiedertäuferbewegung aus anfänglichem Erfolge in Wirrwarr, Irrung, Verzweiflung und Vernichtung. Er versucht auch, die Figur Johann von Leydens, mit Christuszügen ausgestattet, zugleich aber in ihrer inneren Zerrissenheit tragisch bedingt, aus der Menge der Täufer herauszuheben. Das Werk ist jedoch nicht mehr und nicht weniger als eine solide, bühhengerechte dramatische Arbeit. Der dritte Akt, der die mißlungene Judithtat der verzückten Bäuerin Hille Feiken im bischöflichen Lager zum Gegenstande hat, schwingt sich sogar zu höherer dichterischer Wucht der Gestaltung auf. Aber das Ganze bleibt doch im Aeußerlichen stecken. Die Diktion vor allem hat etwas Geschriebenes und nicht Erlebtes. Letzten Endes trägt sich das Wiedertäuferdrama Kellermanns nur auf der Bühne, nicht in einer erhöhten, gleichnisstarken Wirklichkeit zu, und etwa die Verhöhnung des gefangenen Johann durch die rohen Kriegsknechte ist biblisch-literarische Reminiszenz; ihre Parallelität zu den Leiden des Heilands wächst nicht mit unwiderstehlicher Macht aus der Situation auf, ähnlich und doch unähnlich der Passion Christi, wie die Mißhandlung Montezumas durch die hispanischen Schergen des falschen „Weißen Heilands“ bei Hauptmann, wo die symbolische Kraft

überzeugt und hinreißt. Manches bleibt überdies schemenhaft wie die Gestalt Divaras, der Königin von Zion; manches allzu flüchtige Skizze wie der bekehrte und dann wiederum zum Verräter werdende Junker Wenzel von der Langenstraaten. Es fehlt wohl das letzte innerliche Beteiligtsein bei Kellermann, das sein — starke Bühnenwirkung versprechendes — Theaterstück zur unbedingt überzeugenden Dichtung hätte machen können. Unsere Hoffnung bleibt daher immer noch bei den beiden bekannt gewordenen Szenen des Hauptmannschen Wiedertäuferdramas, aus denen der Geist der Zeit in seiner religiösen Ekstase und gottversucherischen Inbrunst uns mit lebendigerem Atem anrührt als in den fünf vollendeten Akten Bernhard Kellermanns.

C. F. W. Behl

**Ernst Toller: Die Rache  
des verhöhten Liebhabers**

(Paul Cassirer Verlag, Berlin 1925.)

Man durchblättert diesen typographisch graziös ausgestatteten, mit spielerisch feinen Radierungen von Hans Meid versehenen Band und glaubt, ihn schon unzählige Male gelesen zu haben: so sehr ist Stil, Thema und Formung der Verse eklektische Wiedererweckung älterer Muster. Die Handlung ist dünn, — aber der Untertitel „Ein galantes Puppenspiel in zwei Akten“, bricht jeder ernsthaften Wertung dieses zierlichen Versspiels die Spitze ab. Nur der Name Ernst Tollers mit seinem Fluidum von tragischer Empörung und Verzweiflung wirkt irgendwie peinlich diskrepant über dem allzu leichten Versgetänzel dieses präntiösen „Verhöhten Liebhabers“. *Offbg.*

**Berichtigungen**

In dem Artikel „Heraus aus der Kirche“ von Pfarrer Graue in Nr. 9 muß es auf Seite 274 selbstverständlich heißen: „Nicht einmal Spott kann sie töten“. (Nämlich die Kirchen.) Ferner auf Seite 275 und 276 statt schwächer: schwärzer. („Je schwärzer die Kirchen werden, desto schwärzer wird auch der Geist der Schulen“.)

In derselben Nummer fehlt unter der kleinen Glosse „Neudeutsche Klassik“ der Name des Verfassers; er lautet: Franz Leschnitzer.

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur O. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

*D e m n ä c h s t e r s c h e i n t :*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt („Kladderadatsch“-Karikatur)*

*FRIEDRICH WENDEL:*

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**

# Neue Kritiken:

**V O S S I S C H E Z E I T U N G :**  
*Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergißt das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.*

**B E R L I N E R M O R G E N P O S T :**  
*Wells betrachtet die Geschéhnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potentaten sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleicherweise die Entstehung des Christentums, des Buddhismus und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschéhnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.*

**B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G :**  
*Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.*

---

*In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark*

**Wells, Grundlinien der Weltgeschichte**  
**Das große Buch des Jahres!**

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

**Inhalt:**

## **Nachwuchs und Erziehung**

ADELE SCHREIBER: <b>Der Gesetzentwurf zur Förderung der Säuglingssterblichkeit</b> . . . . .	353
ERNST B. WEITHAAS: Gebärstreik und proletarischer Klassenkampf . . . . .	356
ALBIN MICHEL: <u>Französische Bevölkerungsfragen</u> . . . . .	361
HANS WEISSHAAR: <b>Das junge Proletariat</b> . . . . .	363
RUDOLF STREMPER: Jugend und Politik . . . . .	366
WALTHER G. OSCHILEWSKI: <b>Krise der sozialistischen Erziehung</b> . . . . .	369
RUDI HORNIG (Prag): Getreidezölle in der Tschechoslowakei . . . . .	373
<b>DER RETTER</b> . . . . .	376
W. KARL: Die Kampfgrille . . . . .	379

Kamarilla um Hindenburg — Hermanns-Söhne

**Verlag für Sozialwissenschaft**  
Berlin NW 68 Lindenstr. 114





*Zum Kapitel "Aus dem Zeitalter der Reptile"*

*Probeabbildung aus*

**H. G. WELLS**

**Die Grundlinien der  
Weltgeschichte**

*Verlangen Sie Prospekte  
mit neuen Presseurteilen*

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW68, Lindenstraße 114

## Der Gesetzentwurf zur Förderung der Säuglingssterblichkeit

Von Adele Schreiber

Uebermäßige Logik hat unsere in der Bevölkerungspolitik führenden Kreise schon früher nicht ausgezeichnet. Das alte imperialistische Deutschland schrie nach Kindern, verfolgte mit Empörung jeden Abfall der Geburtenzahl, aber — den einflußreichen Schichten wurden nur unter heftigem Sträuben irgendwelche sozialpolitische Maßnahmen abgerungen. Das gilt für jedes Quentchen Wohnungsfürsorge, Arbeiterschutz, Mutter- und Kinderschutz. Möglichst viele Geburten (natürlich als Beisteuer der Besitzlosen) waren die „nationale Forderung“, aber das damals wirtschaftlich blühende Deutschland unterließ die Bereitstellung ausreichenden Aequivalents. Man verhinderte die Aufklärung hinsichtlich einer vernünftigen Geburtenregelung, stellte die Abtreibung unter schwerste Strafandrohung durch die heute noch geltenden barbarischen §§ 218 ff.; aber der positive Weg: Beseitigung der Not der Kinderreichen, der wirtschaftlichen und moralischen Preisgabe der unehelichen Mutter, wurde nicht beschritten.

Unter dem Druck der ungeheuren Menschenverluste im Kriege kam allerdings Verbesserung und Ausdehnung des Mutterschutzes durch die Reichswochenhilfe, weiter ausgebaut in der Nationalversammlung von Weimar, des ersten Reichstages der Republik als Anfang zur Verwirklichung der Zusicherung unserer Reichsverfassung: „Die Mutterschaft steht unter Schutz und Fürsorge des Staates.“

Der Krebsgang unserer Sozialpolitik scheint auch vor dem Schutz von Mutter und Kind nicht haltzumachen. Ohne ausreichende Beratung mit den Sachverständigen auf fürsorgerischem und ärztlichem Gebiete zeugte das Reichsarbeitsministerium einen Referentenentwurf, der dem Reichsrat vorliegt und der als Mißgeburt bezeichnet werden darf. Mit allerlei versicherungstechnischen und versicherungsrechtlichen Begründungen soll eine der wirksamsten Waffen im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit beseitigt werden — das seit 1914 zum ersten Male in Deutschland im Rahmen der Reichsversicherung eingeführte Stillgeld.

Angesichts der vielen unfruchtbaren Verwaltungsarbeiten, die Tag für Tag auf Kosten der Steuerzahler in zahllosen Behörden verrichtet werden, berührt es seltsam, zu hören, daß dem Stillgeld der Garaus gemacht werden soll mit der Motivierung: „Beseitigung unfruchtbarer Verwaltungsarbeit“. Wenige Verwaltungsmaßnahmen haben sich so unzweideutig als fruchtbar erwiesen wie die auf die Prüfung und Auszahlung des Stillgeldes gewandte Mühe, die sich in der Erhaltung von Menschenleben direkt ausprägt.

Zum Beweis dafür nur einige Zahlen: Seit Einführung des Stillgeldes werden in Berlin etwa 80 Proz. der Neugeborenen wenigstens die ersten Wochen hindurch gestillt, das bedeutet eine Verdoppelung bis Verdreifachung gegenüber früher und hat bewirkt, daß trotz ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse die Säuglingssterblichkeit von 20 Proz. in der stillgeldlosen Zeit nunmehr auf 12—13 Proz. gesunken ist. Der amtliche preußische Pressedient meldet, nach Mitteilungen des Preußischen Statistischen Landesamtes, daß die Säuglingssterblichkeit im dritten Vierteljahr 1924 sogar auf 10,6 Proz., gegenüber 12,9—13,4 Proz. im gleichen Quartal der Jahre 1919—1923 gefallen ist. Selbst das stellt noch bei weitem nicht das volle Maß des Erreichbaren dar, denn in Bezirken bestorganisirter Säuglingspflege, z. B. Hessen-Nassau, wurde die Sterblichkeit bis auf 7,5 Proz. herabgemindert.

Die starke Wirkung des Stillgeldsystems liegt in seiner Verknüpfung mit den Säuglingsfürsorge- oder Mütterberatungsstellen, der dort gebotenen ärztlichen Aufsicht und Beratung, der moralischen Förderung. So haben z. B. in Neukölln vor Einführung des Stillgeldes (1909—1913) 27 Proz. der stillenden Mütter vor Ablauf des ersten Monats die Stillung eingestellt, jetzt, unter Einwirkung von Stillgeld und Mutterschutz, nur 10 Proz. Vor Ablauf von drei Monaten hörten früher 45 Mütter auf, jetzt nur 27. In einem einzigen Berliner Bezirk wurde die Förderung der Stillung sichtbar durch Ersparung von jährlich 240 Kindesleben. In fünf badischen Stadtgebieten stieg der Anteil der über zwei Monate gestillten Säuglinge von 53 Proz. auf 75 Proz. Das sachverständige Urteil lautet: Die Stillfähigkeit wird von den Müttern ausgenützt, wenn durch Stillunterstützungen die aus der sozialen Notlage stammenden Hindernisse beseitigt oder gemildert werden.

Es ist nicht einzusehen, warum es nicht gelingen sollte, durch sozialpolitische und sozialfürsorgerische Maßnahmen die ausnahmsweise in Hessen-Nassau erreichten günstigen Resultate für ganz Deutschland zu erzielen. Wir würden dann ungefähr in der Säuglingssterblichkeit den Stand von England und Wales erreicht haben, aber hinter den noch günstiger abschneidenden Ländern Holland, Norwegen, Neuseeland (mit 6,7 — 5,6 — 4,8 Proz. in den Jahren 1920—1922) etwas zurückbleiben.

Wann wird endlich dem Raubbau an Frauenkraft Einhalt getan? Wann schwindet die „mißbrauchte“ Mutterschaft, d. h. der Mißbrauch körperlicher und seelischer Frauenkräfte für die Produktion von Kindern, die über das naturnotwendige Maß hinaus dem Tode anheimfallen, ohne für Familie und Staat als gesunde arbeitsfähige Glieder heranzuwachsen, weil Not und mangelnde Fürsorge die erforderlichen Voraussetzungen zunichte machen.

Wann macht die sinnlose und unlogische Ueberschätzung der absoluten Geburtenzahl einer wirklich sinngemäßen überlegten Bevölkerungspolitik Platz? Eine solche Bevölkerungspolitik muß auch mannigfachen Nebenumständen des Empfindungslebens und erzieherischen Einflüssen ausreichend Rechnung tragen. Mathematik ohne Verständnis der Vorgänge des Volkslebens tut es freilich nicht. Und gerade in dieser Richtung zeigt der vorliegende neue Gesetzentwurf über die Wochenhilfe seine schwersten Mängel. Die vorgeschlagene einmalige Auszahlung eines Entbindungsbeitrages (in Höhe von 80 Mark) und dadurch erfolgende Abfindung der Mutter, gleichviel ob das Kind lebt



oder stirbt, ob es gestillt wird oder nicht, wäre in ihren Wirkungen grundverschieden von der bisherigen Methode, wo ein großer Teil der Mütter unter ständiger Fürsorge der Beratungsstelle steht und wo die wöchentlich gezahlten Unterstützungen ein starkes Band zwischen Beratungsstelle und Müttern schaffen. Mit Recht haben die bedeutsamsten Verbände der Wohlfahrtspflege und Sozialhygiene, der Städtetag und die Aerzteschaft eine große Protestkundgebung gegen den Entwurf veranstaltet und nach Referaten von Dr. Neinhaus, Barmen, statt Medizinalrat Professor von Drigalsky, Berlin, sowie von Professor Langstein und Krankenkassen-Direktor Albert Kohn eine scharfe Resolution gefaßt, in der es heißt, daß der vorliegende Entwurf die Erfolge der Säuglingsfürsorge gefährdet und ganz unmittelbar einem Anstieg der Säuglingssterblichkeit Vorschub leistet. Die Resolution sagt ferner, daß Deutschlands bevölkerungspolitische Lage ein solches Experiment mit Menschenleben nicht zuläßt und richtet an Reichsrat und Reichstag die dringende Bitte um Ablehnung der Vorlage und Erhaltung des bisherigen Rechts, das den notwendigsten nationalbiologischen Gesichtspunkten Rechnung trug.

Die Mißgeburt des Reichsarbeitsministeriums wurde in die Welt gesetzt, um angeblich unfruchtbare Verwaltungsarbeit zu beseitigen — wir glauben, daß viel unfruchtbare Arbeit gespart worden wäre durch Unterlassung des ganzen Projekts, das hoffentlich nicht erst in den gesetzgebenden Körperschaften langwierige Ausschuß- und Plenardebatten hervorrufen, sondern sein verdientes Schicksal rascher Beerdigung durch Ablehnung finden wird.

Es kann im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht auf die ganze Frage der Bedeutung der natürlichen mütterlichen Ernährung für die Gesamtentwicklung des Kindes eingegangen werden. Man darf schließlich auch voraussetzen, daß diese Zusammenhänge in den weitesten Kreisen bekannt genug sind, wurde doch seit Jahrzehnten, namentlich von ärztlicher Seite, eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit verrichtet.

Die Idee, Müttern der besitzlosen Klassen das Selbststillen ihrer Kinder durch Geldzuschüsse, die wohl im wesentlichen der Ernährung der Mutter zugute kommen, zu erleichtern, ist alt. Schon vor mehr als 200 Jahren bestand in Paris die 1714 gegründete „Gesellschaft zur Unterstützung stillender Mütter“. Noch kurz vor dem Kriege bestand auch die schon 1784 gegründete „Société de Charité Maternelle“, ebenso wie Frankreich das Ursprungsland der Mutterschaftsversicherung und der Mütterberatungsstellen, damals „consultations de nourrissons“ und „gouttes de lait“ (Milchküchen), ist. Deutschland war es jedoch vorbehalten, über die von Wohlfahrtseinrichtungen gebotenen Stillprämien hinaus zum ersten Male durch Gewährung von gesetzlich gewährleistetem Stillgeld im Rahmen seiner Reichswochenhilfe den großen Schritt zur staatlichen Anerkennung auch dieses Teils der mütterlichen Leistung zu tun. Aber während die letzten Jahre in einer großen Anzahl von Kulturländern sichtliche Fortschritte in der Bekämpfung des unheilvollen Alkohols gebracht haben, wird bei uns das Schankstätten-gesetz gegen den Willen der Arbeiterschaft im Reichstag abgelehnt und dafür von behördlichen Stellen der Kampf gegen das unentbehrlichste Getränk eröffnet — die Muttermilch!

# Gebärstreik und proletarischer Klassenkampf

Von Ernst B. Weithaas

In Wort und Tat, mit Leidenschaft und unerbitterlich vollzieht sich heute der Kampf gegen die ungeborenen Geschlechter. Die Statistiken über den Geburtenrückgang, von dem bislang nur wenige Länder unberührt blieben, reden eine unzweideutige, für jeden verständliche Sprache. Deutschland beispielsweise hatte im Jahre 1876 mit einer Geburtenziffer von 426 auf 10 000 Einwohner den höchsten Geburtenstand erreicht. Diese Ziffer war bereits vor dem Kriege, im Jahre 1913, um 35,4 Prozent auf 275 zurückgegangen, und die Ziffern nach dem Kriege zeigen, daß die rückläufige Bewegung anhält. 1923 weist eine Geburtenrate von 209 auf, das bedeutet eine Abnahme um 50,9 Prozent gegen 1876, obwohl die Zahl der Eheschließungen von 1922/23 eine höhere ist als die von den Jahren 1875/76.

Kein Zweifel: die Bevölkerungsfrage und ihre Lösung bildet ein aktuelles Kulturproblem — von höchster Bedeutsamkeit auch für den proletarischen Klassenkampf wie für den Sozialismus überhaupt. Heute werden infolge der herrschenden Profitwirtschaftsanarchie Marktpreis und Marktwert aller Waren ohne Sinn und Plan, das ist einzig durch das Regulativ von Angebot und Nachfrage, bestimmt; in Anbetracht dessen mag es für das Proletariat verlockend erscheinen, wenn es seine Daseinsbedingungen zu heben meint, indem es die organische Reproduktion der menschlichen Ware Arbeitskraft einschränkt, also gewissermaßen in den „Gebärstreik“ tritt. Nun brauchen jedoch, gleichviel ob im einzelnen oder im ganzen, Theorie, Meinung, Bestreben oder Tun einer Klasse, wenn auch noch so zwingend durch die gegebene Soziallage bestimmt, durchaus nicht „richtig“ zu sein, weder für jede andere, noch für die eigene Klasse — falls sie eben nicht als logische Komponente dem Gesamtkomplex realdialektischer Erkenntnisse sich einfügen. Wohl sind Anschauung, Wollen und Handeln einer Klasse sozialökonomisch bedingt; nichtsdestoweniger aber müssen sie falsch genannt werden, wenn sie als Teilfaktoren der Einheit aller Höherentwicklungstendenzen dualistisch widerstreiten und so Hemmnis und Hindernis bilden für eine fortschrittliche Kulturentfaltung.

Und das ist hier die Frage: Kann der Gebärstreik in seiner Auswirkung für das Proletariat eine Besserung der sozialen Klassenlage bedeuten und kann er somit in seiner Nutzenanwendung gleichsam als eine besondere Form des proletarischen Klassenkampfes gelten? Voraussetzung und Folgerung jener, die es heute behaupten, bewegen sich vornehmlich in diesen Gedankengängen: Sobald das Proletariat sich „rarer“ zu machen beginne und infolgedessen das Angebot seiner Arbeitskraft der Nachfrage gegenüber immer mehr zurückgehe, müsse es im kapitalistischen Produktionsprozeß auch eine zunehmende Höherbewertung, eine bessere Entlohnung finden, so daß es schließlich in weit wirkungsvollere Weise zum Klassenkampf befähigt sei, als wenn es durch eine hohe Kinderzahl und niedrige Entlohnung in seiner Existenz und Bildungsmöglichkeit dauernd herabgedrückt werde.

Bis zu einem gewissen Grade, namentlich im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse, mag eine solche Einstellung nicht ganz unbe-

gründet erscheinen — aber eben auch nur erscheinen: denn sie fußt auf einer zu einseitigen Betrachtung der Dinge, als daß sie letzten Endes nicht als die unkritische Ausgeburt eines wirklichkeitsfremden Illusionismus sich erweise. Sie sieht den Produktionsprozeß nur von der Seite der Produktion, ungeachtet dessen, daß jede Produktion ebensowohl durch die Konsumtion bedingt ist, wie jede Konsumtion durch die Produktion. Um mit Karl Marx\*) zu reden: „Die Produktion vermittelt die Konsumtion, deren Material sie schafft, der ohne sie der Gegenstand fehlte. Aber die Konsumtion vermittelt auch die Produktion, indem sie den Produkten erst das Subjekt schafft, für das sie Produkte sind.“

Und das produzierende Proletariat selbst ist nicht nur Produzent oder Erzeuger, es ist auch Konsument oder Verbraucher: es produziert seine Arbeitskraft, die es im gesellschaftlichen Produktionsprozeß verbraucht, nicht allein dadurch, daß es sich fortpflanzt und vermehrt; es produziert oder reproduziert sie auch in dem ständigen Mitverbrauch der Produkte, die es produziert, und die es schlechterdings nicht zu produzieren vermag, ohne sie gleichsam mit seiner Arbeitskraft wieder zu verbrauchen. Produktion und Konsumtion des Proletariats sind folglich unlösbar miteinander verknüpft und stehen in einer gegenseitig sich bedingenden Wechselwirkung: das Proletariat produziert seine Arbeitskraft, indem es die im gesellschaftlichen Produktionsprozeß produzierten Produkte mit verbraucht, und es verbraucht seine Arbeitskraft, indem es diese Produkte im gesellschaftlichen Produktionsprozeß produziert.

Angenommen nun, der Gebärstreik führe in der Tat zu der erwarteten Wirkung, das proletarische Massenheer schmelze sichtlich zusammen, das Angebot seiner Arbeitskraft ginge merklich zurück: Was wäre damit gewonnen? Wohl hätten Reservarmee und Sozialelend an Quantität, an Umfang abgenommen, jedoch in ihrem Wesen, in ihrer ganzen himmelschreienden Realität beständen sie nach wie vor; denn jedem verminderten Angebot der Arbeitskraft liefe stets eine noch geringere Nachfrage parallel, da jeder Rückgang der Bevölkerung unvermeidlich einen Rückgang der Konsumtion und mithin auch der Produktion im Gefolge haben muß. Wohl kann der Bevölkerungsrückgang, sobald er durch eine mehr und mehr verminderte Gebärtätigkeit akut wird, das Proletariat in seiner Masse dezimieren, aber damit gleichsam auch in seiner organisatorischen Macht und revolutionären Wucht des Klassenkampfes, so daß mit der einseitigen Befolgung des Gebärstreiks schließlich und besterding nichts erreicht wird, nichts für die Klassenlage, nichts für den Klassenkampf, nichts für die Zukunftsaufgabe des Proletariats!

Produktion und Konsumtion bestimmen, vermitteln, ergänzen sich gegenseitig, sie organisieren und reorganisieren den Produktionsprozeß, sie schaffen, formen und steigern, gleichsam sich selbst steigend, die Existenzgrundlagen und Lebensbedingungen der Gesellschaft und bilden, kraft dieser sozialökonomischen Korrelation, den Fundamentalhebel zur Höherentwicklung aller Kultur. Wird dieser Hebel aber in seiner gesellschaftsorganischen Funktion gelähmt, indes beispielsweise infolge einer chronischen Bevölkerungsverminderung die Konsumtion zurückschlägt, dann muß damit notwendig auch aller Antrieb zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte verkümmern: der

\*) Zur Kritik der politischen Oekonomie, Berlin.

Produktionsprozeß muß stagnieren und sich zersetzen, so daß der modernen Kulturgesellschaft letzten Endes das gleiche Schicksal droht wie der Antike.

Was uns heute von der Antike trennt, das ist vor allem eine jahrhundertelange historische Entwicklung, qualvoll zwar für die vergangenen und gegenwärtigen Geschlechter, aber von gewaltigem Fortschritt auf allen Gebieten und verheißungsvoll für die Zukunft. Und es sind zuvörderst zwei revolutionäre, schöpferische Potenzen, die diese Entwicklung geschaffen, die in der Antike historisch unmöglich waren und die heute, je mehr sie sich steigern und wechselseitig durchdringen, den reaktionären, zersetzenden Elementen im modernen Gesellschaftsleben entgegenwirken können als politischer Aktivismus: das ist einmal der um die Erkenntnisse von Jahrhunderten bereicherte Menschheitsgeist oder Sozialintellekt, zum andern ist es das in allen Kulturländern der Erde emporingende, in wachsenden Organisationen zum zweckverbundenen Handeln zusammengeschlossene internationale Proletariat, das in erster Linie berufen ist, den möglichen Untergang zum wirklichen Uebergang zu gestalten.

Untergang oder Uebergang — ein Drittes in diesem Kulturdilemma gibt es für die heutige Gesellschaft nicht: entweder sie beharrt mit ihrer Produktion und Politik in dem entwicklungsgeschichtlich sich vollendenden Epochalzustand der Extension, produziert nach wie vor Güter und Waren bis zum Ueberfluß und läßt dabei durch ein gedrücktes Konsumtionsvermögen die proletarischen Schichten in einem Sozialsumpf progressiver Verelendung vertieren und verkommen, so daß sie damit die Grundlagen ihrer eigenen Existenz unterhöhlt, sich in ihrem organischen Bestand auflöst, zerfällt und schließlich untergeht mit dem Proletariat; oder sie geht über zur planmäßigen Kulturintension, wie sie in der Richtung der historischen Entwicklung liegt, nimmt ihre Zuflucht zum schöpferischen Aktivismus und zur sozialen Melioration, um sich zu reorganisieren durch das Proletariat. Und dazu ist für das Proletariat unerlässlich, daß es in seiner Masse bezwingend, in seiner Qualität reif, in seiner Organisation kompakt genug ist, um kraft eines wirksamen Klassenkampfes den reaktionären Tendenzen entgegenwirken und der Gesellschaft a b r i n g e n zu können, was sie den proletarischen Schichten nie freiwillig darbieten wird.

Je zwingender sich heute die Umwälzung von der extensiven zur intensiven Kulturgestaltung geltend macht, um so stärker widerwirkt dem auch der interessenbeherrschte Reaktionsdrang der kapitalistischen Gesellschaft. Angesichts dessen wird der organisierte Klassenkampf des Proletariats, seine intensive Zweckentfaltung und Zielsteigerung, mehr und mehr zur Kulturnotwendigkeit. Zweck und Ziel seiner Betätigung indessen können auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht nur in der Richtung einer bewußten Kulturintension liegen, nicht aber auf dem Gebiet eines einseitigen Gebärstreiks, der in seiner äußersten Konsequenz für das Proletariat kaum anderes bedeutet als **Klassenselbstmord** und Kulturvernichtung. Denn darin besteht ja eben Sinn und Wesen eines schöpferischen Aktivismus: daß er Richtung und Gesetz des Geschehens zu ergründen sucht und ohne Unterlaß bestrebt ist, gemäß der so gewonnenen Einsicht Wille und Tat zweckfördernd mit der Notwendigkeit in bestmöglichem Gleichklang zu bringen.

Niemals kann es sich darum handeln, durch einen gewollten Rückgang der proletarischen Bevölkerung die Konsumtion und damit die sozialökonomische Lebensfunktion der Gesellschaft zurückzustoppen, sondern immer nur darum, die Konsumtion durch soziale Melioration zu heben, das Proletariat eines gesteigerten Konsums fähig zu machen. Gerade in diesen Tagen des bedrohten Kulturfortschritts begegnen wir stets von neuem der teils vorwurfsvollen, teils zynischen Bemerkung, der proletarische Klassenkampf manifestiere sich in nichts anderem als in ständigen Lohnforderungen. Auf diese Behauptung hier einzugehen, können wir um so eher verzichten, als sich ihre Uebertreibung bereits durch ihre Trivialität widerlegt; aber ihr zum Trotz müssen wir betonen, daß die gesunde Lohngestaltung und Preisbildung in der Tat zwei der wichtigsten Momente darstellen: nicht nur für den proletarischen Klassenkampf, sondern auch für eine wirksame Bevölkerungspolitik wie für die gesamte Kulturintension überhaupt. Wer aus Interessengegensätzlichkeit oder Erkenntnismangel den sozialökonomischen Kausalzusammenhang der Kultur verleugnet, wer nicht zugestehen will oder kann, daß Bevölkerungswesen, Geburtenbewegung, Preisbildung, Lohnregelung, Konsumtion und Produktion wechselwirkende Bestandteile eines organischen Ganzen bilden und mit ihm untrennbar verknüpft sind, der wird freilich auch die Lösung der Bevölkerungsfrage mehr von einem kulturwidrigen, unwirksamen Zwangsgesetz zur Mutterschaft erwarten, anstatt von einer Hebung der proletarischen Klassenlage durch sozialpolitische Melioration.

Einen bündigen Beleg, wie Preisbildung und Lohngestaltung die Geburtenlichkeit beeinflussen, erhalten wir aus einem Vergleich vom achten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts. Damals war in Deutschland die Geburtenzahl auf einen Höchststand von 423 im Jahre 1875 und von 426 im Jahre 1876 angestiegen, um dann im Verlauf der nächsten fünf Jahre wieder auf 385 zurückzusinken. Stellen wir nun dieser Geburtenbewegung die Preis- und Lohnbewegung gegenüber, wie sie nach Jüngst\*) für die gleichen Jahre sich ergibt, so sehen wir, daß die Senkung der Geburtenlichkeit fast genau mit der Senkung des Reallohnes und der Preissteigerung einhergeht:

Jahr	Lebensmittelaufwand	Durchschnittslohn	Geburtenziffer
1875	100	100	423
1876	99	101	426
1877	98	95	416
1878	92	91	405
1879	90	88	405
1880	94	87	391
1881	95	89	385

Ein geradezu furchtbares Bild aber, ein Bild des potenzierten Sozialelendes unserer Zeit, vermittelt die nächste Tabelle, die eine zahlenmäßige Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten auf Grund der reichsamtlichen Indexziffern von Januar bis Juni 1924 und der durchschnittlichen Reallöhne der gleichen Zeit erbringt. Eine durchschnittliche Steigerung der Preise um 22 und 52 vom Hundert, dazu eine durchschnittliche Lohnsenkung um 10 und 22 vom Hundert: das ent-

\*) Beiträge zur Entwicklung des Reallohnes, Reichsarbeitsblatt 1911.

spricht einer Herabdrückung der Existenzbedingungen des schaffenden Volkes bis über die Hälfte des Vorkriegsstandes, von dem Lohnausfall durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ganz zu schweigen.

1924	Lebenshaltungskosten (1913 = 100)		Durchschnittlicher Lohnindex	
	Ernährung	Bekleidung	Gelernter Arbeiter	Ungel. Arbeiter
Januar	127	151	74	88
Februar	117	147	78	92
März	120	149	75	86
April	123	154	75	86
Mai	126	158	80	91
Juni	120	155	85	96
Durchschnitt:	122	152	78	90

Will man noch immer die Ursachen des Geburtenrückganges anderswo suchen als in der wirtschaftlichen und sozialen Existenzbedrückung der arbeitenden Massen? Was aber fruchten alle Paragraphen zur Mutterschaftspflicht, was alle moralischen Ermahnungen und bevölkerungspolitischen Beschwörungen: Das Bevölkerungswesen kann nicht gesunden, ohne daß die sozialökonomische Lebensfunktion sich hebt, und diese kann sich nicht heben, solange die arbeitenden Schichten der Bevölkerung infolge eines berüchtigten Existenzminimums zu jeder menschenwürdigen Konsumtion unvermögend sind...

Andererseits liegt es natürlich keineswegs im Sinne der Kulturintension, wenn das Proletariat in überstürzten und ungepflegten Wochenbetten Kinder um Kinder in die Welt setzt, ohne Rücksicht auf die deprimierenden Folgen für den Gesundheitszustand der Mutter, ohne Rücksicht auch auf die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten und Existenzbedingungen der Kinder — und vor allem auf ihre körperliche und geistige Erbbeschaffenheit. Weniger auf die Zahl, die Quantität, mehr auf die Wahl, die Qualität der Geburten kommt es an! Intension heißt Kraftentfaltung; bewußte Kulturintension ist vernunftbeherrschte Steigerung des Lebens und Vertiefung aller Kulturpotenzen. Und eine der wichtigsten, ja unentbehrlichsten Potenzen im heutigen Kulturprozeß bildet das schaffende Proletariat selbst: es ist Träger und Erhalter der Gesellschaft, deren Daseinsbedingungen und Lebensbedürfnisse, deren Zivilisation seine Arbeitskraft produziert. Allein es produziert heute bereits nicht mehr um dieser Gesellschaft und ihrer Zivilisation willen, nicht, um sie vor dem drohenden Untergang zu bewahren, weil es an ihrem Bestand interessiert ist; es produziert vielmehr um seiner Zukunftsaufgabe willen, um vermöge seiner Produktion und seines Klassenkampfes den Uebergang zu vollziehen zu einer höheren Kulturform der Gesellschaft...

Diese Zukunftsaufgabe aber, was anderes in ihrem tiefsten Sinn kann sie bedeuten als — Kulturschöpfung! Entwicklungsgesetzlich berufen, eine der denkbar gewaltigsten Umwälzungen im Kulturgeschehen aller verflorenen Jahrtausende herbeizuführen, berufen, Träger einer neuen Epoche und Werkmeister eines wirtschaftlichen Umbaues und sozialen Neubaues zu sein: das bedingt ein Proletariat, wuchtig und be-zwingend durch seine synergetische Quantität, seine wohlorganisierte Masse — schöpferisch und gestaltungsfähig durch seine physische und intellektuelle Reife, seine Qualität!

Gesetzlicher Mutterschaftszwang und einseitiger Gebärstreik: beide laufen gleichermaßen verderblich einer bevölkerungspolitischen Intension zuwider und beide sind gleich untaugliche, gleich schädliche, verwerfliche, verhängnisvolle Mittel für den proletarischen Klassenkampf. Führt — in letzter Konsequenz — der Mutterschaftszwang, wie er durch die Abtreibungsparagraphen 218 ff. Ausdruck findet, zur Rassenverderbnis, weil er das Gebären auch dort zur Pflicht macht, wo durch Keimentartung schon von vornherein die Gefahr einer belasteten Nachkommenschaft gegeben ist, so führt der Mutterschaftsstreik, wird er auf die Spitze getrieben, zur Klassendezimierung des Proletariats — und jener wie dieser paralyisiert den proletarischen Klassenkampf in seiner Wucht und Wirksamkeit.

Wer dies indessen dahin auslegen zu müssen glaubt, das Proletariat handle „unrecht“, wenn es nicht mehr Kinder erzeuge, als es zu unterhalten vermag, der ist entweder befangen vom Dogma der absoluten Willensfreiheit, oder er weiß nichts von der potenzierten Wucht des Sozialelends unserer Zeit. In Erkenntnis dessen, daß der Mensch immer bloß tut und will, was er, ihm unbewußt, biologisch und soziologisch determinierend tun und wollen muß, können Ziel und Aufgabe aller zwecksetzenden Kulturintension auch in bevölkerungspolitischer Beziehung nur darin bestehen, dem proletarischen Gesamtwillen Mittel und Wege zu erschließen, die entwicklungsgesetzlich bestimmt sind, das Proletariat und mit ihm die Menschheit überhaupt aus der gegenwärtigen Niederinger sozialer Materiegebundenheit emporzuführen zu einem Höchstgipfel relativer Freiheit. Solche Mittel und Wege aber, die in der Richtung einer intensiven Kulturverinnerlichung sich bewegen, sind weder gegeben im Mutterschaftszwang noch im Mutterschaftsstreik; sie können vielmehr nur heißen soziales Mutterschaftsrecht und soziale Mutterschaftsverantwortung und können lediglich ihren Ausgang nehmen von einer Bevölkerungspolitik, die, von wahrhaft kulturellem Geiste getragen, bei allem Bedacht, den sie auf die gesunde Volksvermehrung legt, sich immer mehr auch jener Forderung nähert, wie sie unter anderen von Friedrich Nietzsche aufgestellt wurde, indem er Zarathustra sagen läßt: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf! Dazu helfe dir der Garten der Ehe! Einen höheren Leib sollst du schaffen, eine erste Bewegung, ein aus sich rollendes Rad — einen Schaffenden sollst du schaffen.“

---

## Französische Bevölkerungsfragen

*Von Albin Michel*

Die geringe Geburtenhäufigkeit ist in Frankreich schon seit Jahrzehnten eine der Haupt Sorgen der französischen Politiker, Militärs und Volkswirtschaftler gewesen. Im Zeitraum von 1870 bis 1914 war die Bevölkerungszahl gestiegen um 66 Prozent in Deutschland, dagegen nur um ungefähr 11 Prozent in Frankreich. Infolge der gewaltigen Verluste im Kriege haben sich die französischen Bevölkerungssorgen noch um vieles vermehrt. Die Verluste an Toten waren in Frankreich prozentual immer noch höher als in Deutschland, dann hat sich bei dem französischen Zweikindersystem der Verlust so vieler kräftiger junger

Männer auch noch viel stärker bemerkbar gemacht als in anderen Ländern mit einem zahlenmäßig größeren Nachwuchs. Aber die Bevölkerungsfrage wurde nach dem Kriege in Frankreich nicht allein wegen des Verlustes von mehr als  $1\frac{1}{3}$  Millionen junger Männer von neuem Gegenstand ernster Sorgen, sie wurde auch noch dadurch kompliziert, daß das französische Wirtschaftsleben vielfach eine ganz andere Struktur erhielt. Die Wandlung vom Rentnerstaat zum Industriestaat machte sich unvermittelt und ziemlich stark bemerkbar. Nicht allein die Uebernahme der Bergwerks- und Hüttenbetriebe in Elsaß-Lothringen trug zu dieser Umwandlung bei, auch die Notwendigkeit, die zerstörten Gebiete in den nördlichen Teilen des Landes wiederherzustellen und weiter die Vergrößerung des militärischen Apparates gaben den Antrieb zur Ausweitung der französischen Industrie.

Eine Folge der Zunahme industrieller Betätigungen war zunächst ein starkes Ansteigen der Bevölkerungszahl in den Großstädten wie in allen Industriebezirken und eine weitere Entvölkerung in den rein bäuerlichen Gegenden. Von den jüngeren Männern, die körperlich einigermaßen gesund aus dem Kriege kamen, kehrten viele nicht in die heimatischen Dörfer und zu ihrer früheren landwirtschaftlichen Tätigkeit zurück, sondern sie blieben in den Städten und verrichten jetzt Arbeiten in der Industrie, in Bergwerken, auf Bauten, in baugewerklichen Nebenberufen usw. Dadurch entstand in der Landwirtschaft ein Arbeitermangel, der um so stärker fühlbar wurde, als viele Zehntausende französischer Bauern alle ihre Söhne verloren hatten. So ist es gekommen, daß heute ungezählte französische Bauerndörfer ohne jüngere Männer sind und, bevölkerungspolitisch betrachtet, zu veröden beginnen. Aber der Mehrbedarf an Bergwerks-, Eisenhütten-, Fabrik-, Bauarbeiten usw. konnte auch von diesen aus der Landwirtschaft zur Industrie strömenden französischen Arbeitskräften nicht gedeckt werden, denn auch in der Industriearbeiterschaft hatte der Tod große Lücken gerissen, und so entstand ein außerordentlich großer Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften.

Zunächst kamen in großer Zahl, zu Hunderttausenden, Belgier ins Land, dann auch Spanier, Schweizer, Italiener und Polen. Später strömten weitere Hunderttausende aus den verschiedensten Ländern zusammen, aus Europa sowohl wie auch aus Afrika und Asien. In Paris' und in den französischen Industriebezirken, teilweise auch schon inmitten der ländlichen Bevölkerung, ist heute ein Völkergewimmel anzutreffen, wie es vielleicht noch selten in einem Lande beobachtet werden konnte. Die chinesischen Kulis, die im Kriege eingeführt wurden, sind in Frankreich geblieben oder durch andere ersetzt worden, zu den Chinesen sind Tongkinesen und Anamiten gekommen, der Senegalneger ist ebenso häufig anzutreffen wie der Nordafrikaner aus Algerien und Marokko. Dazu kommen Arbeiter aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei, aus den Balkanstaaten und noch aus anderen Ländern.

Bringt dieser starke Zustrom von ausländischen Arbeitern, die häufig als Lohndrücker verwendet werden und organisatorisch nur schwer erfaßt werden können, für die französischen Gewerkschaften allerlei Schwierigkeiten mit sich, so muß sich dieser Fremdenzustrom aber schließlich auch rassenbiologisch und ethnologisch auswirken. Je mehr Fremde nach Frankreich kommen und sich dort dauernd niederlassen,



je mehr gehen auch Vermischungen vor sich; denn wie die romanischen Völker im allgemeinen, so gehen auch die Franzosen viel häufiger Verbindungen mit Angehörigen anderer Rassen ein als die germanischen Völker, insbesondere die Engländer und Nordamerikaner. Aber nicht nur als Arbeiter sind in den letzten Jahren viele Hunderttausende aus den verschiedensten Teilen der Welt nach Frankreich gekommen, auch aus anderen Gründen hat sich die Zahl der Zugewanderten stark vermehrt. Alle die Länder, in denen während und nach dem Kriege tiefgehende politische und wirtschaftliche Umwälzungen vor sich gegangen sind, haben große Scharen von Flüchtlingen aus den oberen Kreisen nach Frankreich geführt. Ebenso ist die Zahl der Schwarzen stark gestiegen, die in französischen Garnisonen Militärdienste tun, und nach der geplanten Herabsetzung der Militärdienstzeit ist mit einer weiteren Vermehrung der farbigen Soldaten zu rechnen. Da Frankreich jetzt einen Frauenüberschuß hat, der sicher an zwei Millionen heranreicht, werden voraussichtlich die Verbindungen mit Männern aus anderen Völkern und auch aus anderen Rassen noch stark zunehmen. Die Franzosen werden mit der Zeit in höherem Grade ein Mischvolk werden, als sie es jetzt sind. Viele Franzosen sind der Meinung, daß Frankreich auch diese fremden Bestandteile assimilieren wird, andere befürchten daraus eine ungünstige Beeinflussung der Wesenheit des französischen Volkes und seines geistigen Habitus. Welches Urteil aber auch richtig sein mag, daß in den nächsten Jahrzehnten die französische Bevölkerungszusammensetzung mancherlei Umwandlungen machen wird, erscheint sicher.

---

## Das junge Proletariat

*Von Hans Weißhaar*

Wenn ich beharre, bin ich Knecht.

Als sich vor einem Jahrhundert der Dunst Metternichscher Reaktion über die deutschen Gaue unheilvoll legte, wuchs jene erste deutsche Jugendbewegung, voll edlen Strebens und Wollens, beflügelt von einem hohen Gedanken, aus den breiten Volksmassen heraus. Der Korse lag bezwungen am Boden, der Schwur der Monarchen war verweht, das Volk, „der große Lümmel“, hatte seine Schuldigkeit getan — nun konnte, dank der Heiligen Allianz eidbrecherischer Fürsten, die göttliche Legitimität des Alten restauriert werden. Jahre ungeheuren Geschehens sollten aus dem Zeitenlaufe gestrichen, das Rad der Weltgeschichte rückwärts gedreht werden. Das deutsche Volk konnte seine Hoffnungen begraben. Es schien, als ob der Frühlingssturm der französischen Revolution, der über das alternde Europa dahinbraute, einem üblen Grabeshauche werde weichen müssen. Um Fürstenthüte schachtete man, Land und Leute sanken zu schmähhlicher Handelsware herab. Die Souveränität der Fürsten wurde wieder stabilisiert, „doch von dem Rechte, das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage“. Die Untertanen speiste man mit lumpigen Brosamen ab, die gar oft noch von brutalen Despoten ihnen wieder entrissen wurden. Das war die Zeit, wo manch edles Herz hinter rauhen

Kerkermauern verwelkte; das war die Zeit, wo Deutschlands beste Männer, dem Welteneichhörnchen gleich, von Land zu Land flüchten mußten, um den dienstbeflissenen Schergen zu entgehen. Und damals sang der revolutionäre Dichter:

Von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt,  
von Land zu Land — mich schiebt es wenig;  
kein Zug des Schicksals setzt mich matt: —  
Matt werden kann ja nur der König!

Dieser Glaube an die Sieghaftigkeit des Geistes lebte trotz finstersten Reaktion in den Herzen der Freiheitskämpfer. In hingebender Treue und fester Standhaftigkeit widerstand man dem Staate und seinen Bütteln. Da war es namentlich die akademische Jugend, die in edler Begeisterung sich zu Einheit und Freiheit bekannte. Die alten deutschen Farben zierten das Band, das ihre Brust umschlang.

Rot wie die Liebe sei der Brüder Zeichen,  
rein wie das Gold der Geist, der uns durchglüht,  
und daß wir selbst dem Tode nimmer weichen,  
sei schwarz das Band, das unsere Brust umzieht!

Das Wartburgfest, das Hambacher Fest, der Sturm auf die Frankfurter Hauptwache — und mögen sie noch so sehr alle Zeichen jugendlicher Schwärmerei tragen —, sie sind Marksteine in der Geschichte dieser Jugendbewegung. Die deutsche Jugend vor hundert Jahren war revolutionär, sie rang um die bürgerliche Revolution. Das junge Deutschland war Vorkämpfer der Bourgeoisie, die ihre Zeit gekommen sah, die politische Macht zu gewinnen. Jene Jugend, für die die Heine und Herwegh, die Freiligrath und Hoffmann von Fallersleben ihre Verse schmiedeten, sah ihr Symbol im schwarz-rof-goldenen Banner, das die heutige „bürgerliche“ Jugend nicht genug besudeln kann.

\*

Die jungen Menschenkinder, in deren Adern Proletarierblut kreist, bäumen sich auf gegen die Fesseln, die ihnen eine ungerechte Gesellschaftsordnung aufzwingt. Kennst du, Jüngling, und du, Mädchen, aus dem bürgerlichen Lager, die Schatten, die eine Proletarierkindheit trüben? Du bist stolz auf deine „gute Kinderstube“, hast Sorgen und Kummer nicht kennen gelernt; die Not fürchte nicht die Stirn des Vaters, verhärmte nicht der Mutter Antlitz. Rechtzeitig sorgte man, daß die Kinder „besserer“ Gesellschaftsschichten in anderen Schulen, gesondert von den Töchtern und Söhnen des Volkes, ihr Rüstzeug fürs Leben erhielten. Nur wenig Sonnenstrahlen erhellen die Jugendzeit des Proletariers; nur eins gibt ihm Kraft: das Solidaritätsgefühl. Beim Lärm der Maschinen, beim Sausen der Räder, im dumpfen Büroraum — da wächst das Bewußtsein, dermaleinst Mitstreiter zu sein im gewaltigen Heere der Arbeit. Aus tiefinnerstem Herzen bricht sich mit Macht die Erkenntnis Bahn, daß ungeheures soziales und kulturelles Unrecht auf der arbeitenden Jugend lastet. Der junge Arbeiter, die junge Arbeiterin, überhaupt der Nachwuchs des schaffenden Volkes, füllen die Lücken in den politischen und wirtschaftlichen Organisationen aus. In einer Front stehen die Jungen und die

Alten. Die letzteren ehrt die Menge der Erfahrungen, die oft jahrzehntelange Treue, das ergraute Haupt im Dienste der Bewegung — die Jungen aber gingen durch den Schwung und die Begeisterung, aber auch den Ernst der Jugendbewegung, der proletarischen Jugendbewegung.

Ein halber Mann, des' Tage schwinden  
in selbstischer Befangenheit;  
Du sollst im Busen mitempfinden  
den hohen Wellenschlag der Zeit.  
Und wenn im Kampf die Jahre schwanden,  
sei stolz auf deines Hauptes Schnee;  
du hast in Reih' und Glied gestanden  
mit den Soldaten der Idee!

So lernt heute die Arbeiterjugend frühzeitig, daß auch ihr Leben einen Inhalt hat, daß das Fundament des neuen Staates fest und unerschütterlich dort ruht, wo die Arbeit ihre Stätte hat. In den proletarischen Jugendorganisationen wird ernste Arbeit geleistet. Das Proletariat sammelt sich wieder, arbeitet daran, daß die verhängnisvollen Folgen der Inflationszeit, wie überhaupt des wirtschaftlichen Niederganges, überwunden werden. Als Kerntruppe steht die sozialistische Jugend da, das heutige junge Deutschland verkörpernd. Sie kämpft für die Republik, steht mitten in der proletarischen Revolution, die immer weitertreibt und erst ihr Ende findet, wenn Moloch Kapitalismus auch seine letzten Waffen streckt. An den politischen Tageskämpfen ist die Jugend, die sozialistische Jugend, in hohem Maße interessiert. Ihr kann es nicht gleichgültig sein, wer in den Parlamenten herrscht und damit den Kurs bestimmt.

Im April dieses Jahres feierte die sozialistische Welt den hundertjährigen Lassalle. Dieser Volkstribun ist nun einmal der Liebling der Jungen im Lager des Sozialismus. Und fällt nicht in erster Linie der sozialistischen Jugend das Recht zu, das Gedenken an den Erwecker der deutschen Arbeiterklasse wachzuhalten? Die schärfste Waffe, die das Volk zu schwingen vermag, sah dieser Feuergeist im freien Wahlrecht. Und gerade in der Gegenwart zeigt dieses Schwert seine Schärfe. Erkennt die Jugend ihre Pflicht? Es gilt, den Abseitsstehenden einzuhämmern, um was es geht. Wenn in unseren Jugendorganisationen sich all die Millionen sammeln, die hineingehören, sind wir dem Sozialismus eine gewaltige Wegstrecke näher gekommen. Lernt das deutsche Volk endlich, lernt die deutsche Jugend die ungeheure Macht und die Bedeutung des Stimmzettels kennen, dann erwächst dem, dessen sterbliche Hülle auf dem Judenfriedhof zu Breslau der Erde wiedergegeben wurde, ein Denkmal, das unvergänglich ist. Dann ist diese Zeit der Rechtsregierungen im Reich und in den Ländern nur Episode.

---

# Jugend und Politik

Von Rudolf Strempler

Wenn man auch den rechtspolitischen Kreisen die Berechtigung zur Kritik an der nach ihrer Behauptung „fanatisierenden“ sozialistischen Jugenderziehung absolut absprechen muß, so ist damit allerdings ein Recht zur politischen Erziehung der Jugend überhaupt noch nicht bewiesen. Die Frage bleibt vielmehr nach wie vor offen, ob es nicht tatsächlich eine Versündigung an der Jugend bedeutet, wenn man sie aus dem ihr gemäßen, an Illusionen und harmlosen Freuden außerordentlich reichen natürlichen Zustand der ersten Jugendjahre mehr oder weniger zwangsmäßig in eine Bahn leitet, wo Haß und leidenschaft-entfesseltetes Für und Wider einen jungen, eben erst in Bildung begriffenen Charakter sehr leicht einseitig beeinflussen und schädigen könnten. Ein einigermaßen genaues Hinsehen auf die Methoden sozialistischer Beeinflussung der Jugend genügt indessen, um zu erkennen, daß die sozialistischen Parteien in keiner Weise eine solche Politisierung der Jugend betreiben. Wenn sie einen jungen, unter ihrem Einfluß aufwachsenden Menschen erziehen, so werden sie ihm selbstverständlich die Geschichte unter dem Gesichtswinkel der Marxschen, materialistischen Auffassung erklären, sie werden ihm die Republik als die in Uebergangszeiten wie der unsrigen zweckmäßigste Staatsform schildern und werden auch das „Gottesgnadentum“ eines gänzlich unfähigen Monarchen wie Wilhelm II. als warnendes Beispiel für die Gefahren einer auf erblichem Herrschertum fußenden Monarchie hinstellen — aber ist dies die von den Rechten mit so gut gespielter Entrüstung verschriene Fanatisierung und Politisierung der Jugend? Ist es nicht vielmehr das gute Recht eines jeden von dem Wert seines Ideals erfüllten Menschen, für das zu werben, was er einmal als richtig erkannt hat? Kein Sozialist wird einen Volksgenossen deshalb verleumden, weil ihn Herkunft, Erziehung und persönliche Anlage zu sozialistenfeindlichen Folgerungen geführt haben, wenn er nur die Grenzen des Anstandes innehält und in seinem sozialistischen Gegner einen ebenso ernsten, ringenden Menschen erblickt wie in sich selber. Ein Sozialist wird zweifellos seine Ansichten nie teilen, er wird ihn politisch bekämpfen, aber immer als ehrlichen, seine Ueberzeugung vertretenden Menschen achten. Er verlangt indessen — wie schon gesagt — dieselbe Achtung auch vor seiner Ueberzeugung, und das um so mehr, als ihm die Unmengen von Opfern, die seinem Ideal im Laufe der Entwicklung gebracht worden sind und die er teilweise noch heute bringen muß, sein Ziel nur noch wertvoller, seinen Mut nur noch härter und seine Zuversicht nur noch sicherer gemacht haben. Nur dann wird er „giftig“ und „falsch“ werden, wenn man ihn unlauterer Absichten zeiht oder aus purer Unwissenheit heraus als Dummkopf und Schwärmer, als betrogenen Idealisten verlacht. Er ist sich indessen zu sehr bewußt, daß er als Diener an einer vergleichsweise jungen und unverbrauchten Idee vor allen andersdenkenden Volksgenossen den Vorzug hat, Arbeiter an einem Werk zu sein, welches dereinst die Vollendung und die Krone aller Vergangenheit bilden wird, während alle bürgerlichen Staats- und Gesellschaftstheoretiker, seien sie nun absolutistisch, liberal oder republikanisch gesinnt, in Ermangelung eines solchen Ziels den Versuch machen, längst modernde

Idole mit krampfigen Händen zu heben und ihnen neues Leben einzu-  
blasen. Gerade wegen seiner Ueberzeugung, daß sie allesamt einmal  
Schiffbruch erleiden werden mit diesen unmöglichen Versuchen, ist er  
aber auch wenig geneigt, sich von ihnen die eigenen Ideale beschmutzen  
zu lassen.

Wenn uns also eine ernsthafte Betrachtung lehrt, daß die Hetzereien  
der rechten Parteien vollständig unberechtigt sind und schließlich in sich  
selbst zusammenfallen, so kann man sich doch gerade als überzeugter  
Sozialist der dunklen Empfindung nicht entledigen, daß sie hier unbewußt  
eine Stelle berührt haben, welche nicht unangreifbar und über jeden  
Tadel erhaben ist. Woher stammt nun diese Empfindung und welcher  
Art ist sie? Es steht, wie gesagt, außer allem Zweifel, daß die Natio-  
nisten rein sachlich absolut im Unrecht sind. Eine wie die von ihnen  
bekämpfte politische Erziehung der Jugend besteht überhaupt nicht  
und selbst wenn sie bestände, wären jene Herrschaften mit ihren zwei  
Dutzend Bündeln, Bündchen und Bündelchen zu allerletzt erst berufen,  
darüber zu schimpfen. Der schwache Punkt, welchen ich jetzt meine, liegt  
auch tatsächlich auf einem anderen Gebiet. Schon vorher wurde kurz  
erwähnt, daß der Sozialismus mit dem Begriff „politische Partei“ nicht  
zu erschöpfen, sondern als Weltanschauung zu deuten ist. Er ist nicht  
allein der Vorkämpfer, Verteidiger oder Eroberer der wirtschaftlichen  
Rechte des vierten Standes, wenn sie auch nach Marx das Zentralproblem  
alles gesellschaftlichen Lebens darstellen, sondern kann, darüber hinaus-  
greifend, auch in jeder kulturellen Frage als beratender und weg-  
weisender Führer dienen. Diese Tatsache wird, trotzdem sie so alt  
ist wie der wissenschaftliche Sozialismus selber, von unseren Gegnern  
geflissentlich ignoriert und — wenn man die Frage der Jugenderziehung  
betrachtet — aus sehr durchsichtigen Motiven. Auch ein Herr Westarp  
kann gegen eine Erziehung, sofern sie aus einem weltanschaulichen Fun-  
dament erwächst, schwer etwas anderes einwenden, als daß sie „nach  
seiner Meinung falsch“ sei, also nur ein Werturteil abgeben, welches  
der also Angegriffene entweder annehmen oder ablehnen darf, womit  
dann die Angelegenheit erledigt wäre. Erst im Fall einer rein politischen  
Erziehung fühlt er sich berechtigt, loszuschlagen, weil unter Berück-  
sichtigung der Art der modernen Parteien, welche nicht mehr nach  
weltanschaulichen, sondern nach wirtschaftlichen Prinzipien orientiert und  
mehr Interessenvertretung als eigentlich „politische“ Parteien sind, tat-  
sächlich die Möglichkeit besteht, daß eine solche Erziehung die Bildung  
einer Weltanschauung, welche das vornehmste Ziel jedes geistigen Men-  
schen ist und bleibt, verhindert. Es ist deshalb auch durchaus ein-  
leuchtend, weshalb sich alle Wortführer der rechten Parteien ängstlich  
vor einer Anerkennung des Sozialismus als Weltanschauung hüten: Sie  
würden sich damit vieler und vielleicht der besten Angriffsmöglichkeiten  
auf den Sozialismus begeben.

Unser „schwacher Punkt“ in diesem Falle ist nun, daß die Ent-  
wicklung und Verbreitung des Sozialismus als politische Bewegung be-  
deutend schneller vorgeschritten ist als die ihr parallele in weltanschau-  
licher Hinsicht, und daß dieses Manko zum Teil auf ungenügende Propa-  
ganda, d. h. auf eine gewisse Nachlässigkeit in der Betonung dieses  
Moments gegenüber dem Tagespolitischen zurückzuführen ist. So ver-  
ständlich diese Entwicklung an sich ist, wenn man nämlich die Tat-  
sache in Betracht zieht, daß die sozialistische Bewegung sehr jung und

auch heute noch nicht weit über ihre Anfänge hinaus ist, so bedauerlich ist sie andererseits, weil sie, was sehr ins Gewicht fällt, viele von denen zurückhielt, die „mit der Politik nichts zu tun haben wollen“. Jetzt, da auch sie „regierungsfähig“ geworden, ist es indessen an der Zeit, das auf diesem Gebiete Versäumte nachzuholen. Denn wenn die sozialistische Bewegung weiterhin auch weltanschaulich führend sein will, muß sie dieses Moment, welches allein sie in der politischen Praxis von allen bürgerlichen Parteien unterscheidet, um so stärker betonen, je mehr es bisher im Hintergrunde gestanden hat. Es ist ihre größte Gefahr, daß sich infolge ihrer Eigenschaft als zeitweilige Regierungspartei die scharfen Grenzlinien, welche den Sozialismus auch von den Demokraten trennen, verwischen. Diese Entwicklung muß auf ein Mindestmaß beschränkt werden, weil sie letzten Endes die Tendenz hat, sich mit der augenblicklichen Befriedigung des zum Kleinbürger „avancierten“ Arbeiters zufrieden zu geben, und so zum Verräter an allen Kardinalsätzen der sozialistischen Weltanschauung zu werden. Daß dieser Gedanke wach ist, hat die im August vorigen Jahres veranstaltete sozialistische Kulturwoche gezeigt. Sie beweist, daß man den erwähnten Mangel allenthalben empfindet. Aber sie ist erst der Anfang einer langen, mühevollen Arbeit und muß mehr als jede andere Bestrebung gestützt und gefördert werden.

An diesem Punkt wird auch die sozialistische Jugenderziehung einzusetzen haben, indem sie sich bestrebt zeigt, vor allem den sozialistischen Menschen zu schaffen, der, an der Zahl der zu den sozialistischen Parteien Gehörenden gemessen, heute noch vergleichsweise selten ist. Denn wenn es die Uebergangszeit, in der wir heute leben, weiterhin erforderlich macht, für die Ausbreitung unserer Idee zu agitieren und Proselyten zu machen, wo wir nur können, so werden wir dieses Ziel am besten erreichen, wenn uns Männer vertreten, die durch ihr Wesen allein schon deutlich zu machen vermögen, was sie von aller bürgerlich-kapitalistischen Ideologie trennt. Denn nicht so sehr die Worte und auch nicht einmal die Schriften eines Menschen sind es, welche das Feuer der leidenschaftlichen Hingabe an den Sozialismus im Herzen des zu Bekehrenden entflammen werden, die befreiende, erlösende Tat eines ganzen Menschen, der vor die ungläubig-zweifelnde Masse mit einem aus dem Innersten kommenden „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ hintritt, wird größere Wunder wirken als zehn dicke Bände bedruckten Papiers. Bebel und Liebknecht sind solche Gestalten gewesen. Sie haben durch ihr einfaches Da-sein mehr gewirkt als manche gelehrte Schrift und sind — auch wenn man von ihrer außerordentlichen Begabung absieht, die sich selbstverständlich nicht anziehen läßt —, rein als Menschen betrachtet, die beredtesten, leuchtendsten Beweise für den Wert unserer Idee. Wenn die sozialistische Jugend in diesen Männern ihre Führer sieht, kann sie nichts anderes wünschen, als ihnen nachzueifern, und wenn sie dies tut, dann wird es uns auch in der Zukunft nicht an Männern fehlen, die für ihre Ueberzeugung zu leiden und eventuell zu sterben verstehen. Sie wird aber unbedingt von der gefährlichsten Krankheit unserer Zeit verschont bleiben, der flauen Nachgiebigkeit und marklosen Indifferenz gegenüber dem Gelde, welches als Köder allen denen hingeworfen wird, die durch irgendeine besondere Begabung dem heute allein herrschenden Geldadel gefährlich werden könnten.

# Krise der sozialistischen Erziehung

Von *Walther G. Oschilewski*

Unsere parteigenössische Bildungs- und Erziehungsarbeit ist durch eine falsch verstandene „Sozialisierung des Geistes“ und durch eine gewissenlose (oder unabwendbare?) Zuchtlosigkeit auf das Niveau traurigster Oberflächlichkeit herabgesunken. Dieses Resultat eines jahrelangen Bemühens müßte jedem, dem es ernst ist mit der Schulung und Vervollkommnung der proletarischen Massen, zu denken geben. Wer Gelegenheit hat, fast täglich der Unreife, Ahnungslosigkeit und Kompliziertheit gerade des Teiles der Jugend und Arbeiterschaft, die innerhalb des Bildungsbetriebes steht, zu begegnen, wer ferner Zeit und Ruhe fand, den Ausgang der letzten Präsidentenwahl unter dem Winkel massenpsychologischer Beurteilung zu beobachten, der wird sicher bemüht sein, auch die Ursachen dieser so gut gemeinten wie zweck- und wirkungslosen Pädagogik zu erforschen.

Nun mag es aber überhaupt nicht leicht sein, das Ziel irgendeiner Erziehungsarbeit eindeutig zu bestimmen. Wie es überhaupt nicht leicht ist, d. h. nicht ohne Verantwortung und höheren Auftrag sein kann, pädagogisch beeindruckend zu wirken. Die Zielsetzung jeweilig zu bestimmen, heißt nicht, utopisch sein. Die Zielsetzung ist vielmehr das Aufheben einer unklaren drangvollen Anonymität — sie reguliert die elementarsten Möglichkeiten. Wie sollten irgendwie praktische Voraussetzungen und Mittel der Erziehung erwogen werden können, wenn nicht das Wozu und Wohin sinnfällig wäre? Wohl erfordert die Erziehung von Erwachsenen und Jugendlichen eine andere Auswahl der pädagogischen Mittel und ist unterschiedlich in Ursache und Wirkung begrenzt als bei dem schulpflichtigen Kinde, aber die Grundforderung der Zielrichtung wird kaum ausgeschlossen werden.

Diese Grundforderung zu bestimmen, heißt, daß wir uns dem Wesen der Erziehung nähern wollen. Das heutige staatlich organisierte Unterrichts- und Bildungswesen vergißt noch immer, daß es auf die Einheit der Lebensgestaltung ankomme. Die Volksschule, die als Elementarschule, als erste staatliche Institution die Seele eines eigengesetzlichen Lebensalters in Besitz nimmt, und wohl im Prinzip (wenn man von Pestalozzi ausgehen darf) — auch als utilitaristische „Anstalt“ — für die Vorbereitung zum späteren Daseinskampf genügen könnte, wird durch kirchliche und einseitig-politisch gerichtete Beeinflussung zu einem Instrument einer erziehungsfeindlichen Klasse erniedrigt und mißbraucht. Erschöpft sich diese Elementarschule des „gemeinen“ Volkes in einem mehr oder weniger gesunden Lernbetrieb, so ist die Auswahl der erzieherischen Kräfte, die Psychologie des Pensums in den höheren Lehranstalten noch anorganischer und überspannter. Mit Ausnahme vielleicht des Gymnasiums, das mit seinem neumanistischen Bildungsideal, durch den Gedanken einer Totalerziehung im Sinne Humboldts und Goethes, einer Vollendung hundertprozentigen Menschentums, orientiert am Kulturgut der Antike, dem Wesen wahrer Bildung nahezu kommen versucht. Zu den auch hier klassengemäß bestimmten Beeinflussungen, die durch den Geschichtsunterricht besonders zutage treten, da dieser sich nicht mit der Empfehlung der Persönlichkeit begnügt, son-

dem aus der Geschichte der großen Männer einen verkrampften, dilettantischen Individualismus zu destillieren versteht, kommt noch eine Einschränkung eigener Art hinzu: nämlich die Ausschaltung zweier wichtiger Bildungselemente, des Christentums, das mit seiner Tendenz des Sittlichen dem antik-heidnischen Geist entgegensteht und ihn überragt (es wird nur vom Christentum in seinem Wesensgehalt gesprochen), und des modernen Zeitalters der Technik und Naturwissenschaften mit seinen realistischen Prinzipien. Das Mißverständnis besteht aber im gesamten Unterrichtswesen in der schon oben angeführten Verleugnung des Wesens der Erziehung, an deren Stelle man Abrichtung, überspannten Lernbetrieb, Dogmengläubigkeit und Prügelstrafe setzt. Was Comenius in seiner „*Didactica magna*“ („große Unterrichtslehre“) 1627 der damaligen Magisterwelt ins Stammbuch schrieb: „der Mensch, wenn er zum Menschen werden soll, muß gebildet werden“, kann noch heute als das A-B-C der Erziehung angesehen werden. Daß aber die Vorstellungen „Menschen“ und „gebildet werden“ nicht in Konfessionspflicht, im Konkordat, in „Heil dir im Siegerkranz“ des Gesangsunterrichtes aufgehen wollen, mag die Sorge und der Aerger unserer Schulreaktionäre und mittelalterlichen Philologen sein. Denn es ergibt sich, daß es nicht darauf ankommt, „kirchlich-religiös“ zu erziehen, weil hier die Gefahr besteht, daß die religiöse Absicht zur Theologie und kirchlicher Orthodoxie erstarrt und der Zögling nicht für Gott und das Wohlgefallen auf Erden, sondern eher für den Kirchenrat der St. Markusgemeinde „vorbereitet“ wird, auch nicht utilitaristisch in dem heutigen engherzigen Sinne, weil gerade die Erziehung zum egoistischen Nutzen ein nur bedingt-produktives Nützlichkeitswesen mit engstirniger kapitalistischer Geisteshaltung hervorbringen kann, und es geht auch nicht um politische Erziehung, da der Begriff des Politischen naturgemäß überhaupt Erziehung ausschließt, und was man unter nationaler Erziehung versteht, immer nur an der Hohenzollerngeschichte orientiert wird.

Diese kritische Uebersicht läßt uns die gefährvolle Situation des heutigen Schulbetriebes erkennen. Wenn wir hier in unserem Sinne die Partei als eine pädagogische Provinz verstehen wollen, müssen wir uns an diese Mißverständnisse, Skrupellosigkeiten und Irrtümer erinnern, damit nicht die Gefahren, die nun einmal in der Natur dieser Dinge liegen, auch auf die parteigenössische Bildungsarbeit übertragen werden. Die parteigenössischen Bestrebungen sind ursprünglich als Reaktion auf das Ungenügen der staatlichen Erziehungsmöglichkeiten, als eine Art Nachhilfeunterricht, entstanden. Es ist selbstverständlich, daß der Staat, wie er sich heute konstituiert, sich in seiner Klassenschichtung und Bau-fälligkeit nicht mit Erziehung identifizieren kann. (Und weil die heutige republikanische Form leider nicht überall auch als Nationalverband verstanden wird, so kann sich in ihr auch keine wahre staatsbürgerliche Erziehung kristallisieren.) Darum regte sich in der Arbeiter-schaft nur das Bedürfnis nach einer geeigneten Schulung für den politischen und wirtschaftlichen Kampf, eine Oppositionskraft also, und aus einer Unsicherheit der Imponderabilien. Man empfand instinktiv und bewußt den Mangel der eigenen Vollkommenheit.

Wie bei der Kindererziehung wiederholt sich auch hier die Frage nach dem Ziel der Erziehung. Man sagt Marxismus, Klassenkampf, Internationale, Atheismus — kann es aber für den Sozialisten genügen



Marxist und Klassenkämpfer zu sein? Das hieße, Sozialismus mit Sozialdemokratie gleichsetzen, wo doch diese Formulierungen einerseits ideelle, andererseits rein parlamentarisch-politische Vorstellungen sind. Das hieße ferner, diese wohl unabwendbaren Unterscheidungsprinzipien nicht bloß als Etappen und formale Abstraktionen, sondern als Verwirklichungen und Realisierungen der Idee zu proklamieren. Parteimitglied zu sein, ist aber allein noch keine Anwartschaft für den Sozialismus. Es ist notwendig; wer aber darin schon die Qualifizierung für das Kommende sieht, irrt sich gewaltig. Und wer diese Feststellung zu bestreiten wagt, möge vortreten.

Erschöpft sich die Vokabulatur der Erziehung in mechanistischen, agitativen Vorstellungen, so wird ihr Bild ein tragisches sein. Wenn sich nicht der Sozialismus als eine Macht, die über einen Ueberschuß irrationaler Kräfte verfügt, ausdrücken will, so wird er die Hunderttausende, die sich ihm bis zur Selbstentäußerung schenken wollen, nicht umfassen können. Man sollte doch nicht glauben, daß eine sozialistische Partei, die jedem Kirchendogmatismus die Stirne bietet, sich aber der vornehmsten Duldsamkeit bewußt ist, daß religiöse Entscheidungen nur solche persönlicher Art sind, nun einen Atheismus bedingen muß. Es gibt in unseren Reihen, gerade aus dem Mangel eines mythischen Gehaltes, Katholische und Protestanten, wie es Juden und Baptisten tiefen Glaubens gibt; es gehört Selbstüberschätzung dazu, diese Leute einfach einer Altmodischkeit zu schelten. Wir sollten nicht glauben, daß oberflächliche und gemütvollte Sterilität der Großmütter, die nur die „Gartenlaube“ lesen und Nimbus und Weihrauch zur täglichen Nahrung benötigen, das Wesen religiöser Gläubigkeit ausmacht. Die Religionen in ihrem jahrtausendalten Bestand haben sich zum Urgut der Menschheit kristallisiert; wohl ist ihre Geschichte mit Blut geschrieben worden, aber welche Macht könnte sich eines unbefleckten Entwicklungsganges rühmen? Keine Entschuldigung, aber der Hinweis auf die dämonische Souveränität. Die Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen bedient sich metaphysischer, das will hier heißen: dämonischer, heroischer, rational-unkontrollierbarer Mittel — Atheismus, Freidenkertum, Monismus, sind nur die Klaviatur konstruktiver Rationalismen einer U e b e r g a n g s - e p o c h e. Produkte eines bankrottgemachten Vernunftflertums einer überschraubten Aufklärung — Pendantstück zur Mechanisierung unserer Zeit.

Aber die metaphysische Sehnsucht, die durch die Millionen namenloser Arbeiter geht, eine Sehnsucht, die aus dem Minus an Kulturbeteiligung und nicht aus Verwirrung entstanden ist, wird durch die Schnoddrigkeit gewissenloser Literaten abgedämmt. Den Zustand der heutigen Arbeiterbildung innerhalb der Partei trifft ein gerütteltes Maß von Schuld, da sie auf diesen Irrtümern aufgebaut ist. Denn man will nicht mehr den Menschen, der einst Träger und Gestalter kommender Gemeinschaftlichkeit sein soll, man will nicht mehr den stets Bereiten und Geöffneten, dem noch Marxismus, Staat, Sozialismus, lebendige Auseinandersetzungen sind, — man will den Funktionär, den marxistisch „Gebildeten“, den überzeugten Wahlmann.

Diese Engherzigkeit hat sich bitter gerächt. Das Resultat sind diejenigen, die es nicht mehr vermögen, Umschichtungen, Veränderungen und Neuorientierungen zu begreifen: Mangel an Elastizität! Das Resultat sind auch alle diejenigen, die 1918 der jungen Republik dienen wollten

und heute einem Kult alter Frauen verfallen sind: für die Massenpsychologie ein Beispiel par excellence! So ergibt es sich, daß durch die Vergewaltigungen des nur Agitativen (durch eine Ueberbetonung des Agitativen), das Wertvollste an Jugend abgeschnitten wird. Ein Abstreichen all jener Bindungen, die einmal Religiosität, Geschichte, Kulturgefühl, Landschaft und Nation mit sich bringen, kann nicht durch einen ideenlosen Materialismus gerechtfertigt werden. Wer nie erfahren hat, daß Jesus (um nur ein mythisch-erfülltes Beispiel zu nennen) mehr ist als eine Verlegenheit schamloser Kanzelpaffen oder eines pazifistisch-süßelnden Literaturgeschmeißes, wird auch nie die aus den Dämmerungen der proletarischen Seele aufsteigende Gläubigkeit und Sehnsucht begreifen können.

Nun hielt Kurt Heinig auf einer kürzlich stattgehabten Gesamtveranstaltung Berliner Jungsozialisten einen Vortrag über „Jugend und Sozialismus“, der weniger durch das schon ohnehin undankbare und auch reichlich erschöpfte Thema, als durch eine unbeachtet gebliebene Kritik der heutigen parteigenössischen Führerschicht Bedeutung erhielt. Was Genosse Heinig mit dem „Ausrollen der Ideen“ meinte, ist durch eine Ueberschau der dilettantischsten und überschraubtesten Vorstellungen in den Hirnen der Massen vollauf bestätigt. Der Politiker, sei er Leitartikler oder Versammlungsredner, mag seiner eigenen Auffassung von Ideen unbedingt als einer wesenhaften vertrauen dürfen, gibt er sie aber in die Massen, so verpflichtet dies zur vorsichtigsten Formulierung. Denn wer weiß nicht, zum Beispiel, daß der jenseitige Gott kein Gott ist, aber noch nicht gleich die — Feuerbestattung bedingen muß?! Wer weiß nicht, daß Antialkoholismus, Lebensreform schöne, nützliche und empfehlenswerte Dinge sind, aber nicht zum Prinzip und zur alleinigen Aktivität erhöht werden dürfen? Es gibt aber innerhalb der Parteiorganisation bald mehr Kohlrabiapostel, Pflanzenfresser, Rauchlose und sonstige Sektierer, als es der Zeit und dem Kampf verpflichtete Mitarbeiter gibt. Symptome! Man verstehe mich nicht falsch: ich leugne keineswegs die Notwendigkeiten, ich bezweifle nur, ob diese Akzentverschiebung das Versäumen des Wichtigsten wieder wettmachen kann. Rangordnung... „Wenn jemand ganz frei aus sich heraus ohne Doktrin keinen Wein trinkt, nicht raucht, kein Fleisch ißt und mit Sandalen geht, so ist das gut. Zur Farce wird das alles erst, wenn es aus Ueberzeugung geschieht. Jene Lebensreformer machen es sich bequem mit ihrer ‚Härte‘. Sie verlegen den Punkt an die Peripherie und meinen, jetzt sei’s geschehen. Aber das Himmelreich kommt nicht mit äußeren Gebärden.“ (Hans Blüher, Merkworte für den freideutschen Stand.)

Das sind einige Beispiele, wie das Selbstverständliche und Bedingt-Wichtige von „oben nach unten“ zu einer lächerlichen Extremität „ausrollen“ kann. Jeder Führer ist ein Pädagoge „direct action“ und muß sich dessen bewußt sein. Diese Auswahl zum Führer, die leider nicht immer durch „höheren Auftrag“ geschehen kann, sondern oft durch den Rest Unlogik im demokratischen System, verpflichtet zur Zucht. Denn jeder weiß, wie leicht es ist, Menschen in Massen zu beeindrucken, daß bewußt verwendete wie anonyme Mittel die Dummheiten größtes Ausmaßes herbeiführen können. Die Wahl Hindenburgs ist nicht nur ein Erzeugnis derjenigen „organisierten“ Massen, die schon immer hinter

ihm standen, sondern (nach der Terminologie des bekannten Frankfurter Sozialpsychologen Heinz Marr) auch das Stimmergebnis „psychologischer“ Massen; der durch Weihrauch umnebelten Kollektivseele einer größtenteils heterogen-gemischten Menge. Nach Heinz Marr ist die „psychologische Masse“ die „überpersönliche Potenzierung der Erlebnisse und Eigenschaften“, die immer, „als Ganzes betrachtet, intellektuell weit unter den Durchschnitt ihrer Teilhaber bleibt“. Das beweisen auch die dramatischen Äußerungen der Massenseele, wie Massenpanik, Massenfurcht, Massenwut. Schiller äußerte sich ähnlich: „Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständlich, sind sie in corpore, gleich wird euch ein Dummkopf daraus.“

All diese Erinnerungen mögen genügen, auf das Verantwortungsvolle der pädagogischen Arbeit innerhalb der Partei hinzuweisen. Der Mangel an psychologischer Begabung bei einem großen Teil der heutigen Führer wird nicht durch eine wohlgemeinte Absicht wettgemacht. Wem das schönste und verpflichtendste Gut des menschlichen Geistes und der Seele anvertraut ist, der muß sich auch dessen würdig zeigen.

Die junge Führerschicht ist berufen, die Identität von Idee und Wirklichkeit wieder herzustellen. Die sozialistische Erziehungsarbeit wird verpflichtet, — in Erinnerung, daß parteigenössische Erziehung nicht heißen kann, Erziehung zum Parteigenossen — dort anzuknüpfen, wo in der gläubigen Seele einer jungen Klasse die Keime herrlichen Menschentums verborgen liegen. Seien wir darum die Ersten, die einen neuen oder guten, den ewig-alten Wein in die Gefäße gießen. Denn nichts verleugnet mehr die menschliche Seele, als das Vergessen der sich ewig neugebärenden Formen. Seien wir darum die Ersten, und bestimmen wir die Zielrichtung unserer Erziehung getrost an dem mythischen Gehalt der Nation, der Landschaft, des wahren Urchristentums, als den Urgütern jedes Menschlichen. Damit nicht die Ahnung Jean Jaurès „Wenn die Sozialisten ihr Ziel erreicht haben, dann werden sie finden, daß ihre Seelen leer sind“, in Erfüllung geht.

## Getreidezölle in der Tschechoslowakei

*Von Rudi Hornig (Prag)*

Als die österreichisch-ungarische Monarchie im Oktober und November des Jahres 1918 in Trümmer ging, übernahmen die auf ihrem Gebiete entstandenen Nachfolgestaaten in ihren Haushalt all die Gesetze und Verordnungen, die das Gebäude des Kaiserstaates gestützt hatten. Die Tschechoslowakei machte da keine Ausnahme. Erst im Laufe der nächsten Jahre wurden oft mit wahnwitziger Hast neue Gesetze fabriziert, die jedoch in ihrer Mehrzahl auf den alten österreichischen Gesetzen basieren, ja, diese sogar in vielen Fällen noch verschlechtern und unerträglicher machen. Und was die Tschechoslowakei an eigenem, maßgebendem Gewächs im Treibhaus ihrer, Parlament genannten, Gesetzesfabrik hervorgebracht hat, bewahrheitet stets von neuem die Tatsache, daß die Reaktion in der Tschechoslowakei sich auf dem unge-

hinderten Vormarsch befindet, daß der tschechoslowakische Kapitalismus alles daran setzt, ein würdiges Glied in der Kette des Weltkapitalismus zu werden.

Die Reihe der reaktionären tschechoslowakischen Gesetze, die im sogenannten Schutzgesetz und im Presseknebelungsgesetz Höhepunkte für einen demokratisch fühlenden Menschen unfaßbarer reaktionärer Einstellung erreicht hatte, hat nun einen vorläufigen würdigen Abschluß gefunden in der Getreidezollverordnung, die einen wohl- ausgeklügelten Mobilisierungsplan der Ausbeutung darstellt. Die Zollverordnung, die die neuen Getreide-, Mehl-, Fett- und Lebensmittelzölle enthält, wurde durch Ministerialbeschluß vom 4. Juni der Bevölkerung einfach aufoktroziert. Das Parlament war überhaupt nicht befragt worden, die Regierungsparteien hatten die Sache hinter den Kulissen unter sich ausgemacht.

Die Regierungsparteien wußten ganz gut, warum sie mit diesem Gesetz nicht vor das Forum des Parlaments gingen: denn hier hätten sie eingestehen müssen, daß die Rechtsgrundlagen dieses Gesetzes verfassungswidrig sind. Die Tschechoslowakei übernahm beim Umsturz auch den alten österreichischen Zolltarif vom Jahre 1906 mit allen seinen Zusatzverordnungen und Aenderungen. Die wichtigste dieser Aenderungen war aber die aus der Kriegszeit, die alle Getreidezölle aufhob. Das tschechoslowakische (übernommene) Zolltarifbuch kannte also rechtlich keine Getreidezölle. Die Zollverordnung über die neuen Getreidezölle ignoriert diese Tatsache vollkommen und leitet ihr formelles Recht von den Gesetzen vom 20. Februar 1919 und vom 12. August 1921 her.

Das Gesetz vom 20. Februar 1919 sagt nun über das Zollgebiet und die Zollerhebung, daß der Finanzminister den Zoll für bestimmte Gattungen unumgänglich notwendiger Waren zeitweise herabsetzen oder auch aufheben kann. Von einer Erhöhung des Zolles oder dessen Einführung ist nirgends die Rede. Was nun gar das Gesetz vom 12. August 1921 mit der Einführung von Getreidezöllen an sich zu tun hat, ist wohl nur einem tschechoslowakischen Koalitionspolitiker klar: dieses Gesetz, das sogenannte „Handelspolitische Ermächtigungsgesetz“, gibt nämlich der Regierung bloß das Recht, mit Hilfe des Valutakoeffizienten Zollsätze aufzuwerten, soweit der geltende Zolltarif einen Zollschutz bietet. Auf diese beiden Gesetze stützt sich nun, die Regierung und führt — ganz neue Zölle ein. Die Verfassungswidrigkeit dieser Zölle ist wohl unbestreitbar.

Die tschechischen Agrarier, die in der Koalitionsregierung der Tschechoslowakei heute das große Wort neben der Partei der Großindustrie und der Zionsbank, den tschechischen Nationaldemokraten, führen, brauchen — und das ist wohl die größte Niederträchtigkeit der Zollverordnung — dabei gar nicht das Odium auf sich sitzen lassen, daß die Erfüllung ihrer Forderung sofort preisverteuernd wirkt. Das trifft ja gar nicht zu, die Zollverordnung ist tatsächlich ein Mobilisierungsplan der Ausbeutung. Denn die neuen Getreide-, Mehl- und Schweinefettzölle sind ja gleitende Zölle, die übrigen neuen Zölle wurden zwar festgesetzt, treten aber vorläufig nicht in Kraft. Die Absicht der Gesetzgeber ist klar: der Bevölkerung kann mit ehrlichem Pathos eingeredet werden, „es sei ja gar nichts geschehen, alles bleibe beim alten“, während später, wenn sich alles wieder beruhigt hat, bereits bestehende Zoll-

sätze nur wirksam gemacht werden brauchen. Und regt sich dann jemand auf, so ist er ein Staatsfeind, der bestehende Gesetze ihres Inwirksamkeitstretens berauben will. Gegen Staatsfeinde gibt es ja in der Tschechoslowakei noch ein Schutzgesetz.

Die gleitenden Getreidezölle sind so festgesetzt, daß Weizen erst bei einem Preise von 180 Kč (22,50 Mark), Korn bei 150 Kč (18,75 Mark), Gerste bei 170 Kč und Mehl im gleichen Verhältnis für 100 Kilogramm zollfrei ist. Wenn man nun bedenkt, daß die Mehrzahl der Arbeiter in der Tschechoslowakei kaum 800 bis 1000 Kč (100 bis 125 Mark) im Monat verdient, so muß man feststellen, daß die verelendete Lebenshaltung dieses Proletariats wohl verewigt werden soll: denn in der Tschechoslowakei kann das Brot nicht billiger werden, weil der gleitende, überaus hohe Schutzzoll (bei Weizen bis zu 25,20 Kč) den heimischen Agrariern die Ausbeutung der arbeitenden Massen sichert.

Schweineschmalz ist erst bei einem Preise von 1150 Kč zollfrei, bei 1050 Kč beträgt der Gleitzoll bereits 90 Kč. Die übrigen durch die Zollverordnung eingeführten neuen Zölle betreffen verschiedene Lebensmittel, Lebendvieh, sogar Heringe. Es handelt sich da zum Teil um Einführung, zum Teil um Erhöhung von Zöllen, und das in ausgiebigem Maße. So wird der Zoll für frisches Fleisch verdoppelt, nur der Zoll für Kondensmilch wurde herabgesetzt.

Alle diese neuen Zölle, das sei nochmals festgestellt, treten nicht sofort in Kraft: die Inkraftsetzung bleibt der Regierung vorbehalten, die sicherlich sofort eingreifen wird, wenn für die Agrarier „Gefahr im Verzuge“ ist. Gefahr nämlich für ihren Geldbeutel. Auf Jahre hinaus hat der tschechoslowakische Bauer das eine gesichert: er darf, schrankenloser als im alten Oesterreich, die arbeitenden Massen ausbeuten, der soeben beschlossene „Mobilisierungsplan der Ausbeutung“ sichert ihm dies Recht, solange die Tschechoslowakei nur Tummelplatz nationaler und nicht Schlachtfeld durch nichts verfälschter Klassenkämpfe sein wird.

Nur das Festhalten an der den nationalen Kampf fördernden Koalition hat es mit sich gebracht, daß die tschechischen Sozialdemokraten die verfassungswidrige Zollverordnung Tatsache werden ließen. Ihnen zuliebe haben sich die Bürgerlichen damit abgefunden, daß die neuen Zölle nicht sofort in Wirksamkeit treten. Die sozialdemokratischen Minister haben zwar die Zollverordnung nicht mitunterschrieben, in Wirksamkeit tritt sie jedoch, die Koalition geht nicht auseinander. Und die tschechischen Sozialdemokraten werden an ihr solange festhalten, solange ihnen das allnationale Interesse, verbunden mit der Verdrängung der deutschen Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz, höher geht als das Elend der tschechischen Arbeitermassen. Vielleicht ist es einmal, wenn die tschechischen Arbeiter sehend werden, zu spät. Der Fluch, den „Mobilisierungsplan der Ausbeutung“ mitgeschaffen zu haben, kann der tschechischen Sozialdemokratie dann zum Verhängnis werden.

---

## Der Retter

Die Nation, welche nur durch einen einzigen Mann gerettet werden kann und soll, verdient Peitschenschläge.  
Gottfried Seume.

Als die Entwaffnungsnote einging, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, man hätte sie den Ueberbringern vor die Füße werfen sollen: „Das nationale Deutschland erwartet von einer Regierung, die auf Grund jenes ‚Ruck nach rechts‘ bei den Wahlen des vergangenen Jahres gebildet wurde, instinktiv eine stärkere Wahrung seiner Ehre und Interessen, als das in früheren Zeiten der Fall war.“ Die „Deutsche Zeitung“: „Vertragsbruch und Lüge... Wir können uns nicht vorstellen, daß eine Verhandlung mit der Entente... überhaupt einen Zweck haben könnte... glattweg abzulehnen.“ Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Statt Pakt und Völkerbund präsentieren sie ein neues Diktat.“ Die „Deutsche Zeitung“: „Für den Feldmarschall von Hindenburg ist es unmöglich, seine Unterschrift unter ein Gesetz zu setzen, das unsere Reichswehr verkrüppelt und durch das vaterländische... Organisationen auf Befehl der Entente aufgelöst werden... Die dann einsetzende Parlaments- und Regierungskrise kann sogar in Unruhen und revolutionäre Bewegung ausarten.“ Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „In welche Falle die deutsche Politik von den Alliierten gelockt worden ist.“ Der „Lokal-Anzeiger“: „Daß Deutschland kein souveräner Staat mehr ist... daß uns das wichtigste Kennzeichen der Souveränität eines Staates fehlt, die Schwertgewalt.“ Plötzlich aber die „Deutsche Tageszeitung“: „Die Reichsregierung wird vor jeder neuen Leistung erst unbedingt sichere Garantien dafür zu fordern haben, daß die Gegenseite ihre Verpflichtungen hält.“ Woraus sich ergibt, daß die nationalistischen Blätter den Sturm, mit dem sie die Entwaffnungsnote empfingen, zu dämpfen beginnen; ihr Vertrauen auf den Retter scheint nicht allzu groß zu sein. Damit aber die rettende Energie weiterhin vorgetäuscht werde, erklärt das Organ des Herrn Außenministers zu den unkontrollierbaren Nachrichten, die über die Antwortnote zum Garantiepakt von der französischen Agentur verbreitet werden: „Auf Kosten Deutschlands.“ „Deutschland einfach Operationsbasis für Frankreich... Tummelplatz für die imperialistischen Leidenschaften... Auf den Friedenspakt einen Kriegspakt... Diktieren lassen wir uns einen Pakt für die Sicherheit Frankreichs nicht.“

\*

In den ersten Tagen des Juni wird bekannt, wovon Eingeweihte schon seit langem wußten: Stinnes-Krise. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ schreibt: „Man weiß, daß sich Hugo Stinnes jun. vor nicht gar zu langer Zeit sehr eifrig um die Aufnahme neuer Kredite bemüht hat. Schon damals gelangten Mitteilungen nach Deutschland, daß die Präsidentenwahl auf die Kreditfreudigkeit der amerikanischen Geldgeber sehr hemmend eingewirkt habe. Damals bemühte sich der junge Stinnes durch ein Interview, das viel Aufsehen erregt hat, die Befürchtungen zu zerstreuen... seine beruhigenden Erklärungen hatten aber nicht den gewünschten Erfolg, und die Aufnahme der Kredite scheiterte.“ — Der Stinnes-Konzern ist genötigt, kurzfristige Kredite in Höhe von mehr

als hundert Millionen in langfristige umzuwandeln. Er rückt damit an die Seite von Barmat, teilt aber nicht dessen Schicksal, weil die Großbanken unter der Garantie der Reichsbank ihm beistehen. Die Reinigung, die der Retter bringen sollte, wird so verhindert.

\*

Die Preise steigen: Lebendgewicht bei Rindern um 6 Pf. pro Pfund, bei Kälbern um 15 Pf., bei Schweinen um 11 Pf. Die Preise für inländische Agrarprodukte stehen bis zu 60 Prozent über den Vorkriegspreisen. Marmelade kostet statt 21 Mark für den Zentner im Jahre 1913 heute 40 Mark.

In Nr. 22 des „Brandenburgischen Landbundes“ schreibt ein Landwirt: „Der Wunsch, einen höheren Milchpreis zu erzielen, war bei allen vorhanden, aber: den einen drückte sein Gewissen, die Kinder in der Stadt dürftten doch nicht Milchmangel leiden... der andere hatte so viel Wenn und Aber, daß er damit Pferde scheu machen konnte. Daß sie dadurch den einigenden Landbundgedanken vollkommen desavouieren, ist ihnen Nebensache... leider Gottes ließen sich unsere Butzower Nachbarn herumkriegen, für 16 Pf. zu liefern.“

Die allgemeine Parole der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände heißt: Lohnabbau. Am 11. Juni gibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine Korrespondenznachricht wieder, wonach der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches beschlossen habe. Eine Ausnahme soll nur mit den Arbeitern gemacht werden, die dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören und ihm nicht beitreten und sich verpflichten, keiner anderen Organisation beizutreten. Womit der Retter sich als Gift gegen das Koalitionsrecht bewähren würde.

\*

Um den 10. Juni herum eröffnen die Deutschnationalen einen Sturm- lauf gegen die Reichsverfassung. Die Reichsflagge soll herabgeholt werden. Im Hauptausschuß wird ein Antrag angenommen, der den 18. Januar zum Nationalfeiertag erklärt. Die Rechtspresse bläst diesen Erfolg groß auf. Sofort ergibt sich, daß es sich um einen Scheinerfolg, wenn nicht um einen Irrtum gehandelt hat. Der deutschnationale Schlange-Schöningen beteuert wiederholt, daß es die Deutschnationalen mit Verfassungsänderungen gar nicht so ernst meinten. Am 14. Juni hält der Reichsinnenminister Schiele eine große Rückzugsrede. Am 16. Juni wird mit überwältigender Mehrheit der 18. Januar als Nationalfeiertag abgelehnt. Diese Niederlage des schwarz-weiß-roten Innenministers läßt erkennen, wie eine Abstimmung über die Reichsflagge ausgehen würde. Das schwarz-weiß-rote Spalier, durch das der Retter einzog, bleibt demgemäß leere Demonstration.

\*

Am 5. Juni veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Brief des Grafen Westarp an den Führer einer Sparerorganisation: „Dabei kann ich darauf hinweisen, daß wir Herrn Best an sicherer Stelle der Reichsliste aufgestellt haben, wohl ein sicherer Beweis, daß wir gewillt sind, in gemeinsamer Arbeit mit ihm Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen.“ Der Empfänger des Briefes schreibt nach den Erfahrungen der deutschnationalen Aufwertungspolitik: „Wen kann es nun wundernehmen, daß die Sparer sich doppelt gegen eine Partei zur Wehr setzen,

die derartige Scheinversprechen abgegeben hat.“ — Am 14. Juni schreibt der frühere deutschnationale Abgeordnete Dr. Best an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion: „Es ist mir ein Bedürfnis, der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß sie mir Gelegenheit geboten hat, meinen Standpunkt in der Aufwertungsfrage zu vertreten.“ Die Spärer, die auf den Retter hofften, werden verwundert sein.

\*

Am 16. Juni erfährt man den Bericht des Reichswirtschaftsrats, der nachdrücklich die Einführung von Getreide-Mindestzöllen ablehnt. Grundsätzlich hat die Reichsregierung als Syndikat der deutschnationalen Agrarier im Reichswirtschaftsrat eine Niederlage erlitten. Das Schicksal der Zollvorlage wird damit noch umstrittener.

\*

Der mecklenburgische Landtagspräsident spricht vor den Neustrelitzer Gymnasiasten, daß Deutschland seine alte Stellung im Rat der Völker wieder einnehmen müsse: „Das brauche nicht mit Säbelgerassel, sondern mit der Arbeit des Geistes geschehen.“ Das preussische Kultusministerium schreibt an den Rektor der Hochschule in Hannover, daß dafür Sorge zu tragen sei, den Professor Lessing, dessen Vorlesung die Nationalisten stören wollen, in Ruhe lesen zu lassen. Der Reichspräsident Hindenburg erklärt einer Deputation von Kirchenvertretern, an der sich auch die Repräsentanten der jüdischen Gemeinde beteiligten: „Ich gebe Ihnen bei dieser Gelegenheit erneut die Versicherung, daß ich in meinem hohen Amte mit gleicher Gewissenhaftigkeit alle Bekenntnisse und Weltanschauungen achten und stets den Geist innerer Volksgemeinschaft stützen werde.“ Am 14. Juni findet in Berlin zum ersten Male seit den Zeiten der Reformation eine öffentliche Fronleichnamsprozession statt. — Die Mehrheit der protestantischen Pfarrer, die Antisemiten und die Nationalisten werden von der Wirksamkeit des Retters anderes erhofft haben.

\*

Nachdem der Herr Reichsaußenminister seine Zeitung „Die Zeit“ aufgeben mußte, nachdem die deutschnationale „Nationalpost“ in Konkurs geriet, veröffentlicht am 13. Juni 1925 die deutschnationale „Niederdeutsche Zeitung“, daß auch die „Kreuzzeitung“, das historische Organ der preussischen Konservativen, verkauft worden sei und in jüdische Hände überginge. Die Nachricht wird zwar dementiert, aber zugleich wird bekannt, daß die Kreuzzeitung G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist. Hinlänglich verdächtig.

Nach alledem ist es nicht zu verwundern, daß der Führer der Deutschnationalen, der Reichstagsabgeordnete Hergt, in einer deutschnationalen Versammlung zu Görlitz erklärt: „Fast täglich bekomme ich 40 Briefe mit Drohungen, Beschwerden, Beschimpfungen wie Verräter, Lump, Schweinehund. Das trifft mich sehr schwer, und meine Frau ist der Verzweiflung nahe. Ich wünschte nur, die Sozialdemokratie wäre jetzt in der Regierung.“



## Die Kampfgrille

Aus dem Chinesischen übersetzt und nacherzählt

von W. Carl

Während der Regierung des Kaisers Hsüan-dö ergötzte man sich allgemein an Grillenkämpfen und selbst der kaiserliche Hof machte keine Ausnahme. Die Gouverneure wetteiferten, dem Hofe gute Kampfgrillen zu liefern, und da die Grillen von der Bevölkerung zu liefern waren, wuchs sich dieser Sport zu einer rechten Plage aus.

Da der Kreismandarin von Hua-yin seinem Gouverneur einmal eine ganz vorzügliche Kampfgrille geliefert hatte, glaubte dieser, im Kreise Hua-yin gedeihe eine besonders starke Grillenart und er verlangte nun alljährlich mehrere gute Kampfgrillen vom Mandarin von Hua-yin. Der Mandarin wiederum wandte sich an seine Untergebenen und gab eine Bekanntmachung heraus, nach welcher an einem bestimmten Tag von jedem Haushaltsvorstand eine gute Grille zu liefern sei. Für die Lieferung wurde der Ortspolizist verantwortlich gemacht. Wenn die Büttel des Mandarins erschienen, um die Heimchen einzusammeln, gab es viel Herzeleid, da nicht jeder eine gute Grille aufgetrieben hatte und nun von den Polizisten bedrängt wurde. Gewisse Faulenzer machten sich die Notlage der Bevölkerung zunutze, fingen und züchteten Grillen und verkauften sie um teures Geld an diejenigen, die selbst keine Grillen gefunden hatten. Wegen einer Grille wurden zu dieser Zeit oft zehn Familien zugrunde gerichtet.

In einem Dorfe lebte nun ein Bücherleser mit Namen Tscheng, der sich bereits mehrmals zum Bakkalaureus-Examen gemeldet hatte, bisher aber stets durchgefallen war. Diesen unerfahrenen und weltfremden Literaten empfahlen nichtsnutzige Gerichtsdienere dem Mandarin als den geeigneten Mann für das Amt des Dorfpolizisten, in der Hoffnung, ihm beim Einsammeln der Heimchen gehörig mitspielen zu können. Tscheng weigerte sich vergeblich und mußte das Amt annehmen. Tscheng wagte natürlich nicht, seine Dorfgenosse scharf anzufassen, und so suchte er selbst nach Grillen und gab auch viel Geld aus, um eine gute Kampfgrille zu erstehen. Da er zu unerfahren war, wurde er bei diesen Käufen stets betrogen. Er ruinierte sich umsonst und war zu der Zeit, als die Polizisten des Mandarins erscheinen mußten, so niedergeschlagen, daß er sich das Leben nehmen wollte. Die Polizisten, denen er keine erprobte Grille mitgeben konnte, nahmen ihn mit zum Mandarin und dort erhielt er eine schwere Tracht Prügel und erneut den Auftrag, innerhalb einer kurzen Frist eine gute Grille zu liefern. Doch alles Suchen half nichts und innerhalb zweier Wochen mußte Tscheng mehrmals zum Mandarin und wurde jedesmal arg verhaun. Oberschenkel, Sitzfleisch und Rücken waren ihm so zerschlagen, daß er nicht mehr gehen und stehen konnte und das Bett hüten mußte.

Um diese Zeit besuchte eine verwachsene Wahrsagerin das Dorf und Frau Tscheng beschloß, deren Rat einzuholen. Die Wahrsagerin hatte sich in einem Zimmer niedergelassen, welches durch einen Vorhang in zwei Teile geteilt worden war. Sie stand vor dem Vorhang und hatte ein Tischchen vor sich stehen, auf dem einige Räucherstäbchen und eine Wahrsagerlampe brannten. Sie warf die Wahrsagehölzchen

durcheinander und murmelte dabei unverständliche Worte. Viel Volk stand um sie herum. Von Zeit zu Zeit wurden hinter dem Vorhang hervor Zettel unter die Umstehenden geworfen und auf diesen stand das jeweilige Anliegen der Besucher verzeichnet. Der Frau Tscheng wurde auch ein solcher Zettel zugeworfen, der aber keine Schriftzeichen, sondern eine sehr flüchtig hingeworfene Zeichnung enthielt. Die Zeichnung stellte die Terrasse eines Klosters dar. Dicht dabei lag ein mit Gras überwucherter Steinhaufen und in diesem hielt sich eine Grille verborgen. Nicht weit von der Grille saß eine große Kröte sprungbereit. Frau Tscheng wußte nicht, was sie aus dem Zettel machen sollte, doch da sie die Grille erkannt hatte, war sie überzeugt, die Zeichnung könne doch irgendwelchen Aufschluß geben und brachte den Zettel ihrem Manne. Dieser erkannte aus der Zeichnung die Umriss des hinter dem Dorfe gelegenen Buddhatempels und hielt es nicht für ausgeschlossen, daß es dort Heimchen geben könne. Er nahm einen Stock, Netz, Zange und Bambusröhre und machte sich sofort auf den Weg. Lange suchte er vergeblich, doch schließlich sah er neben einem alten, mit Steinen bedeckten Grabhügel eine Kröte sitzen, die sich anscheinend zum Sprung auf irgendeine Beute anschickte. Tscheng sprang schnell hinzu, doch kam er zu spät — die Kröte hatte ihren Sprung schon ausgeführt. Er glaubte, das langersehnte starke Heimchen sei der Kröte zum Opfer gefallen und wollte schon jedes weitere Suchen aufgeben, als plötzlich dicht vor ihm ein Heimchen durchs hohe Gras lief. Als er es fangen wollte, kroch es in den Steinhaufen. Tscheng versuchte mit einem Strohalm das Heimchen herauszubringen, und als dies nicht gelang, füllte er die mitgebrachte Bambusröhre mit Wasser und spülte das Heimchen heraus. Es war nicht allzu groß, doch war Tscheng überzeugt, daß dieses Heimchen besonders gut sein müsse. Er behandelte es wie ein Kleinod und fütterte es wie ein Waisenkind.

Der 9jährige Sohn des Tscheng hatte keine Ahnung von dem Wert des Tierchens und öffnete in einem unbewachten Augenblick den Deckel der Schüssel ein wenig. Das Tierchen sprang sofort heraus und hüpfte in der Stube umher. Der Junge versuchte es zu fangen und schlug mit der Hand danach. Plötzlich traf er es, aber o je, er hatte dem Heimchen den Hinterleib zerschlagen und ein Bein ausgerissen — konnte es so noch leben?

Tscheng fand, daß das Heimchen noch Lebenszeichen von sich gab und legte es deshalb auf den warmen Ofen; gegen Mitternacht war es wieder lebendig, und als der Tag graute, fing es an zu zirpen; Tscheng lief schnell hinzu und öffnete den Deckel der Schüssel. Im selben Augenblick sprang das Heimchen heraus, und als er es zu fangen versuchte, kletterte es an der Wand hinauf und sprang ihm von hier aus auf den Aermel. Tscheng konnte es nun in Ruhe betrachten und stellte fest, daß es ein sehr starkes Exemplar war. Er beschloß, das Heimchen zunächst mit den Kampfgrillen seines reichen Nachbarn Wang kämpfen zu lassen und es hernach dem Mandarin abzuliefern. Nachbar Wang setzte auf Tschengs Wunsch seine beste Grille in die Kampfschale; diese nahm gleich Kampfstellung an, öffnete die Kiefer, schlug die Flügel auseinander und fing an, herausfordernd zu zirpen. Tschengs Grille stand da wie ein Klotz und rührte sich nicht, als aber Tscheng eine

Schweineborste nahm und sein Heimchen damit ärgerte, sprang dieses mit einem Satz dem andern Heimchen auf den Rücken und biß ihm das Genick durch. Wangs Heimchen fiel um und war tot. Erst jetzt öffnete Tschengs Grille die Flügel und zirpte, und es sah aus, als ob sie ihrem Herrn sagen wollte: Siehe, ich bin der Sieger! Plötzlich kam eine junge Henne vorbei, sah das Heimchen und hackte zu. Tscheng schlug nach der Henne, die glücklicherweise daneben gepickt hatte und das Heimchen rettete sich durch einen weiten Sprung. Die Henne lief hurtig hinterher und Tscheng gab nun sein Heimchen verloren. Plötzlich hielt die Henne im Laufen inne, streckte den Hals vor und schüttelte heftig den Kopf. Als Tscheng herzulief, sah er, daß sein Heimchen der Henne auf den Kopf geflogen war und sich dort festgebissen hatte. Vorsichtig löste Tscheng das Tierchen los und brachte es alsbald zum Mandarin. Dieser hielt das Heimchen für zu klein und bot dem Tscheng eine weitere Tracht Prügel an. Tscheng bat, sein Heimchen mit anderen kämpfen zu lassen, denn es sei sehr stark und sogar imstande, gegen ein Huhn zu kämpfen. Der Mandarin wurde bei dieser Behauptung des Tscheng zornig und rief: „Du willst mich wohl zum Narren halten!

Zunächst ließ der Mandarin das Heimchen des Tscheng gegen eine seiner besten Grillen kämpfen, und als es hier Sieger blieb, ließ er eine alte Henne in das Amtszimmer bringen. Die Henne war recht zahm, kümmerte sich nicht um die vielen Menschen und rannte, als man das Heimchen auf den Boden setzte, sofort hinter diesem her und pickte danach. Doch dieses Heimchen war ein gar seltsames Tierchen, sprang der Henne auf den Kopf und biß sich im Kamm fest. Die Henne blieb sofort stehen, schüttelte sich und versuchte, das Heimchen durch Kratzen mit dem Fuß abzuschütteln. Der Mandarin klatschte in die Hände, freute sich außerordentlich, lobte den Tscheng, versprach ihm eine gute Belohnung und schickte ihn heim. Das Heimchen wanderte alsbald zum Gouverneur in die Provinzialhauptstadt, und der Gouverneur sandte es mit einem ausführlichen Bericht an den Hof. Er hatte für das Heimchen einen goldenen Käfig machen lassen. Am Hofe besiegte das Heimchen des Tscheng alle anderen, und da es noch die Gewohnheit hatte, zu zirpen, wenn die Laute gespielt wurde, fand der Kaiser viel Vergnügen an dem Tierchen und beschenkte den Gouverneur mit zwei Rollen kostbarer Seide und zwei guten Pferden. Der Gouverneur beförderte den Mandarin aus Dankbarkeit zum Präfekten und dieser erbarmte sich des armen Tscheng, entthob ihn von dem lästigen Amt des Dorfpolizisten und gab ihm die Stelle eines Tsin-sche an einer öffentlichen Schule. Tscheng fand mit der Zeit seinen alten Frohsinn wieder, und wena er einmal krank war, pflegte er zu sagen, er müsse jetzt behandelt werden wie ein krankes Heimchen. Später erfuhr der Gouverneur die Geschichte des Tscheng und überwies ihm ein ansehnliches Geldgeschenk. Zehn Jahre später war Tscheng ein gemachter Mann, besaß viele Felder, wohnte in einem neuen Haus, hielt sich eine zahlreiche Dienerschaft und fuhr im Wagen spazieren. Niemand sah ihm mehr an, daß er einst als armer Dorfpolizist von seinem Mandarin schwer beleidigt und oft halb totgeschlagen worden war.

# R A N D B E M E R K U N G E N

## *Kamarilla um Hindenburg*

Wer hat das Wort von der Kamarilla um Hindenburg aufgebracht? Damit keine Zweifel entstehen: Das Bundesblatt des Nationalverbandes Deutscher Offiziere hat dieses Wort, das wohl noch seinen Weg machen wird, erfunden!

Diesem Blatt, das den schönen Titel „Deutsche Treue“ führt, ist der Staatssekretär des Reichspräsidenten ein Dorn im blauen Auge. Es macht deshalb den Versuch, dem Dr. Meißner aus einem angeblichen gemeinsamen Diner mit Barmat, das in Wirklichkeit nie stattgefunden hat, einen schwarz-weiß-roten Strick zu drehen. Und gibt dann, der historischen Treue halber, noch einige wertvolle Enthüllungen dazu, die wir, damit sie nichts von ihrem Werte und ihrem Original-Deutsch verlieren, wörtlich wiedergeben wollen. Es heißt da:

„Leider befindet sich Herr Dr. Meißner immer noch in seiner Stellung, ja, er hat seine Position in den letzten 14 Tagen erheblich gefestigt, indem es ihm gelungen ist, mit Hilfe des Reichskanzlers den Oberstleutnant v. Feldmann, einen hochverdienten Offizier und streng nationalen Mann, unter dem Vorwande, daß für seine Stelle im Etat keine Mittel vorgesehen seien, aus der Umgebung des Feldmarschalls zu beseitigen. Herr v. Feldmann, der seit Jahren im politischen Leben tätig ist und einen scharfen, klaren Blick für Gegenwarts- und Zukunftsfragen hat, hatte dem Feldmarschall während der Wahlperiode zur Seite gestanden und war mit nach Berlin übersiedelt. Er sah sich gezwungen, innerhalb kürzester Zeit seine Stellung aufzugeben und abzureisen.“

Das ist die Heldenklage um einen Hektor, der zwar nicht vor den Mauern von Troja, sondern vor den Mauern der Reichskanzlei fiel. Der hochverdiente Offizier und streng nationale Mann mit dem scharfen Blick war der Anwärter auf den Staatssekretärposten. Er

ist Leiter des Hindenburg-Wahlbüros in Hannover gewesen, er hat den neuen Reichspräsidenten mit Hilfe der vereinigten und der nicht vereinigten vaterländischen Verbände „gemacht“. Durch die Heldenklage klingt leis der Vorwurf an Hindenburg, daß er solche Verdienste mit Undank gelohnt und Herrn v. Feldmann, ohne Ersatz der Reisekosten, aus der von ihm, zwar ohne Recht und Auftrag, aber doch immerhin schon eingenommenen „Stellung“, entlassen habe. Wie kann man einem so hochverdienten, nationalen Mann etatsrechtliche Schwierigkeiten machen? Damit werden doch nur Republikaner gekelt!

Herr v. Feldmann ist also jetzt ohne Stellung und das Büro des Reichspräsidenten ist noch nicht dem Vorstand des Nationalverbandes Deutscher Offiziere unterstellt. Die „Deutsche Treue“ ist darüber schmerzlich bewegt. Mit der Deutlichkeit, die eine ihrer schätzenswertesten Eigenschaften ist, sagt sie auch warum:

„Der N.D.O. hatte gleich nach der erfolgten Wahl des Feldmarschalls die Forderung an die Reichsbehörden und nationalen Parteien erhoben, daß vor allem die Umgebung des Reichspräsidenten einer genauesten Nachprüfung bedürfe.“ Das Blatt äußert weiter die Besorgnis, daß die Parteien und Kräfte der Demokratie, die, nach seiner Ansicht und in seinem Jargon „Deutschland in den Abgrund gestürzt haben“, es verständen, an der Oberfläche zu bleiben. „Es besteht die Gefahr, daß eine Kamarilla schlimmster Art sich bildet. Wenn nicht in kürzester Zeit in der Umgebung des Feldmarschalls Wandel geschaffen wird, so wird der Feldmarschall eines Tages auf Widerstände stoßen, die ihm seine Arbeit nicht nur erschweren, sondern auch seine Absicht (welche? D.Red.) sabotieren und unmöglich machen. Eine solche Entwicklung würde für das deutsche Volk eine

schwere Krise bedeuten, die es sich angesichts der außenpolitischen Lage nicht leisten kann.“

Der gereizte Ton dieser Zeilen läßt die schwere Enttäuschung der völkischen Offiziere erkennen. Ihre Forderungen, die bis jetzt, trotz ihrer „Verdienste“, nicht erfüllt wurden, bleiben angemeldet. Zwischen den Zeilen ist alles zu lesen: der sanfte Druck und die offene Drohung. Das Wort Kamarilla gibt das Stichwort, unter dem auch gegen den Feldmarschall selbst Front gemacht werden wird, wenn er nicht tut, was seine völkischen Herolde als Lohn von ihm verlangen!

Graf Waldersee, der Vorsitzende des N.D.O., hat kurz nach der Wahl Hindenburgs in einer programmatischen Rede den neuen Reichspräsidenten als einen „Repräsentanten des deutschen Schwertadels“ und als „Mundwörtchen des monarchischen Gedankens“ begrüßt. Er meinte: „Für uns ist er nicht der Präsident der schwarz-rot-goldenen Republik, sondern der vom deutschen Volk gewählte Offizier, der so denkt und fühlt wie wir.“ Und, obwohl Waldersee doch von der Treue eines Offiziers zu seinem Worte und von der Heiligkeit des Eides sicher eine sehr hohe Meinung hat, erwartete er sonderbarerweise von der Präsidentschaft Hindenburgs „die bewußte Abkehr von der ganzen Parlamentswirtschaft, radikale Umstellung der inneren wie der äußeren Politik“, und „Schluß mit der Erfüllungspolitik“.

Die Nationalverbändler werden noch lange im dunklen Zuschauer-raum sitzen müssen, bis das Stück gespielt wird, das sie nach diesem Programm erwarten. Selbst wenn sie ihren Herrn Feldmann hinter die Kulisse geschmuggelt hätten, er hätte es auch nicht fertiggebracht. Der Plan der eigenen Kamarilla ist vorläufig gescheitert, also klagt man über die Kamarilla um Hindenburg! Selbst den Höchstkommmandierenden des N.D.O. wäre es wohl unmöglich, anzugeben, welche Personen diese nicht existierende Kamarilla bilden. „Kamarilla

ist, weil unsere Kamarilla nicht ist“, denken Sodenstern und Waldersee und winken von ferne mit „inneren Krisen“, herbeigeführt durch die „in den vaterländischen Verbänden verkörperte nationale Opposition“.

Die Herren vom Nationalverband scheinen nicht zu begreifen, daß der Reichspräsident Hindenburg, solange er lebt und seinen geschworenen Eid hält, ein Stück der Verfassung der schwarz-rot-goldenen Republik ist. Es ist unmöglich, gegen diese Verfassung mit „inneren Krisen“ anzugehen, ohne die Person und die Rechte des Reichspräsidenten oder wenn sie das lieber hören, des Feldmarschalls, anzutasten. Den Dreh aber mit der Kamarilla, die dann an allem schuld sein soll, wenn Hindenburg den nationalverbändlichen Wechsel nicht einlöst, wird man im Lande draußen keine drei Wochen glauben. Das ist genau so, wie wenn die alten Ehrhardt-Leute und Roßbacher sich über die Geheimbündelei der Republikaner beklagten! Quis tulerit Grachos de seditione querentes? Eine völkische Revolutionierungspolitik gegen eine Republik, deren Präsident Hindenburg heißt, kann selbst der Nationalverband Deutscher Offiziere nicht machen. x.

#### „Hermanns-Söhne“

Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich in meinem hohen Amte mit gleicher Gewissenhaftigkeit alle Bekenntnisse und Weltanschauungen achten und stets den Geist innerer Volksgemeinschaft schützen werde.

Hindenburg an die Vertreter der jüdischen Gemeinden

Noch in diesem Jahre wird der Menschheit ein großes Heil widerfahren. Es wird ihr nämlich nichts Geringeres bringen als die „Befreiung“ von der „Judenpest“, die bekanntlich Schuld trägt an allem Schlimmen, was bislang die Völker erleiden mußten. „Um das Ende braucht uns nicht bange zu sein; das Jahr 1925 wird es zeigen.“

Also wird uns verkündet in einer „Botschaft der Hermanns-Söhne“ —, die angeblich in einer Auflage von einer Million gedruckt und verbreitet, ebensoviel Stillblüten enthält wie sie von Ungeist und Gemeinheit

strotzt. Mit unverhohlenem Sadiasmus und einer Unzweideutigkeit sondergleichen wird in dieser „Botschaft“ das Programm entwickelt, nach welchem die „Befreiung von den Niederrasslern“ vor sich gehen soll. Da ist zuvörderst ein „Antrag“, der von den „wahrhaft gesitteten und staaterhaltenden Parteien in allen Nationen an ihre Parlamente und Regierungen“ zu stellen ist: „Die Gleichberechtigung der Juden ist aufzuheben. Bis zu ihrer völligen Ausscheidung aus den Kulturvölkern sind sie unter Fremdenrecht zu stellen. Der jüdische Kultus ist zu verbieten, da er unter dem Deckmantel religiöser Gebräuche in Wahrheit unsittliche und staatsfeindliche Bestrebungen pflegt. Die Synagogen sind zu schließen, die rabbinischen Schriften zu beschlagnahmen und zu vernichten.“ Unterzeichnet ist dieses Schandprodukt mit Namen, die — auch wir finden das — in der Tat einen „guten“ Klang haben. Besonders hervorgehoben seien hier nur unter anderen: Graf Waldерsee, Graf Reventlow, Pastor Dr. Max Maurenbrecher, dann Theodor Fritsch, der Herausgeber des „Hammer“, Sündendinter, der natürlich bei solchen Tintensünden nicht fehlen darf, und Diers Mariechen.

Doch dieser Antrag allein tut's freilich nicht. Die „Judenpest“ hat sich bereits zu tief eingefressen im „germanisch-arischen Volkskörper“, als daß es zu ihrer Ausrottung nicht noch weit radikalere Mittel brauchte. Und wer da meint, die „Hermanns-Söhne“ seien um solche Mittel verlegen, der haut ganz gewaltig daneben. Herr Theodor Fritsch — ein „Schöpfer, ein Riesegeist“, wie uns versichert wird — hat nämlich entdeckt, daß gewisse Talmud-Regeln existieren, nach welchen die Juden auch heute noch handeln — natürlich im geheimen. Sind doch nach diesen geheimen Talmud-Regeln den Juden schlechterdings alle Scheußlichkeiten gegen die „Gojims“, die Nichtjuden, erlaubt; es ist ihnen er-

laubt, gegen die Nichtjuden sich über alle sittlichen Gebote und gesetzlichen Schranken hinwegzusetzen und an ihnen Unzucht, Ehebruch, Betrug, Falscheid, ja selbst Meuchelmord zu begehen.

Die „Hermanns-Söhne“ sind bereit, die Konsequenzen zu ziehen und „dem Judenvolke mit gleicher Münze zurückzuzahlen“, die Menschheit von der „Judenpest“ zu befreien mittels Unzucht, Ehebruch, Betrug, Falscheid und Meuchelmord. „Die Tat ist alles, und nur durch sie wird ein deutscher Mann würdig für die Gemeinschaft der „Hermanns-Söhne“.“ „Tugendhähne im landläufigen Sinne“ kann man „nicht gebrauchen“, dafür aber Männer, an die man „die höchsten Ansprüche hinsichtlich Verschwiegenheit, Mut, Umsicht und Zuverlässigkeit stellen kann“. Erforderlich sind Eigenschaften, wie sie etwa zur „Umlegung“ Rathenaus erforderlich waren.

Freilich, die Geschichte mit der „Befreiung“ hat vorderhand noch ihren Haken: das verfluchte Geld! Darum: „Der deutsche Mensch, der von den herrschenden Niederrasslern noch nicht völlig ausgeplündert ist... , bedenke, daß zum Kriegführen Geld gehört. Er opfere dem Kriegsschatz der Hermanns-Söhne!“ Diese Aufforderung, ja um Gotteswillen den „Kriegsschatz der Hermanns-Söhne“ nicht zu vergessen, wiederholt sich in der 48 Seiten umfassenden Broschüre gerade 17 mal und wird durch großen, fetten Druck noch besonders hervorgehoben. Wer also „befreit“ sein will, noch ehe das Heilsjahr 1925 abgelaufen ist, „denke nicht, auf seine Gabe komme es nicht an“. Herr Robert F. Eskau, Kaufmann in Hamburg, Barkhof 3, 3 Treppen, ist gerne bereit, Geldsendungen entgegenzunehmen; wer Meuchelmord und Rassenaffentheater finanzieren möchte, wer vor allem die Juden noch im Jahre 1925 ausgerottet sehen möchte, wende sich an ihn.

*Ebewe*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

*Zu den Vorgängen im Stinnes-Konzern*

---

---

*PAUL UFERMANN*

**KÖNIGE  
DER  
INFLATION**

Dritte Auflage

Preis 2.50 Mark

---

---

*Verlag für Sozialwissenschaft GmbH, Berlin SW68*

*D e m n ä c h s t e r s c h e i n t :*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt („Kladderadatsch“-Karikatur)*

**FRIEDRICH WENDEL:**

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanter Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**



# Die Glocke

**BEGRÜNDET VON PARVUS**

## Inhalt:

RUD. BREITSCHIED:	
<b>Sicherheit, Entwaffnung, Völkerbund</b> . . . . .	385
PAUL UFERMANN:	
<b>Gewerkschaftliche Großkämpfe</b> . . . . .	389
ADELE SCHREIBER:	
Bob, der Kämpfer . . . . .	391
KURT HEINIG:	
<u>Die AfA</u> . . . . .	394
Dr. HANS ZINT (Danzig):	
<u>Deutschland, Polen und Danzig</u> . . . . .	396
Dr. M. UEBELHÖR (Paris):	
<u>Die Bolschewistin</u> . . . . .	403
GERHART POHL:	
<b>Charlie Chaplin</b> . . . . .	406
ELSE KOLLINER:	
Das Ereignis Stravinsky in der Staatsoper . . . . .	409

Jubelfeiern — Akademische Tragikomödie in Hannover  
Hans Jäger: Ein Dichter der Wahrhaftigkeit — Dichtung und Illustration

**Verlag für Sozialwissenschaft**

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



**Preis 30 Pfennig**

*Demnächst erscheint:*



*Die Aufgabe Mac Mahons ist es, in den sieben nächsten Jahren die Republik durch schlechte Behandlung so herunterzubringen, daß kein Franzose mehr ein Stück Brot nimmt („Kladderadatsch“-Karikatur)*

**FRIEDRICH WENDEL:**

# **MAC MAHON**

**Der französische Hindenburg**

*Mit 21 zeitgenössischen Karikaturen*

*Eine Mehrheit des französischen Volkes, die nicht wußte, was sie wollte, wählte 1872 den Monarchisten Mac Mahon zum Präsidenten der französischen Republik. — Welch groteske Folgen sich ergaben, beplaudert Friedrich Wendel in dieser seiner neuesten Arbeit in amüsanten Weise. Eine Auswahl äußerst interessanter Karikaturen aus der Zeit schmückt das Heft. Jeder, der es liest, wird es erheitert, aber auch nachdenklich (sehr nachdenklich) aus der Hand legen*

---

**Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW**

## Sicherheit, Entwaffnung, Völkerbund

Von Rud. Breitscheid

Die Antwort, die der französische Außenminister vor einigen Tagen auf das Memorandum der deutschen Regierung vom Februar erteilt hat, ist selbstverständlich von denen, die für jede französische Note, meist noch ehe sie bekannt geworden ist, von vornherein das Nein auf der Zunge haben, mit mehr oder weniger großer Entrüstung als indiskutabel bezeichnet worden. Aber auch wir anderen stehen dem Dokument mit einiger Unsicherheit und mit starken Zweifeln gegenüber. Es enthält zunächst eine Reihe von Stellen, deren Bedeutung und Tragweite auf den ersten Blick nicht klar erkennbar ist. Man muß sie wieder und wieder nachlesen und einer genauen Prüfung unterziehen. Doch auch, wenn wir ihren Sinn erfaßt haben, bleibt zum mindesten noch die Frage, welche Vorteile Deutschland aus Verträgen, wie sie sich Herr Briand denkt, erwachsen würden.

Um es kurz zusammenzufassen: die französische Regierung geht im Einverständnis mit ihren Alliierten auf die von dem Kabinett Luther angeregte Idee ein, durch von anderen Mächten — insbesondere von England — garantierte Pakte zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und Belgien die auf Grund des Versailler Vertrages im Rheingebiet festgesetzten Grenzen zu sichern. Sie betont dabei die Notwendigkeit des Verzichts auf eine Aenderung der Friedensverträge und der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen, auch wenn diese die Alliierten nicht unmittelbar angehen. Sie fordert eine zeitlich nicht beschränkte Ablehnung jedes Krieges und eine Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Deutschland in Versailles auferlegten Verpflichtung zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete. Sie bezeichnet des weiteren deutsche Schiedsgerichtsverträge für alle Konflikte mit Frankreich und Belgien als natürliche Ergänzung des Sicherheitspaktes, Schiedsgerichtsverträge, deren Innehaltung durch die gemeinsame und die gesonderte Garantie der am Rheinlandpakt beteiligten Mächte sichergestellt werden müsse. Sie erklärt zur völligen Gewährleistung des europäischen Friedens Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland auf der einen, Polen und der Tschechoslowakei auf der andern Seite für erforderlich, und gibt jeder Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, die Befugnis, als Garant dieser Abkommen aufzutreten, und sie stellt endlich fest, daß der Vertrag über die Westgrenzen nur denkbar sei, wenn Deutschland dem Völkerbund unter den ihm bekannten Bedingungen beiträte.

Was will das alles anders sagen, als daß durch unsere Zustimmung die territorialen Bestimmungen des Versailler Diktats noch einmal festgelegt werden, und daß man uns darüber hinaus zu von Frankreich garantierten Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei nötigt? Wo ist der Fortschritt gegenüber dem gegebenen Zustand?

Wenn wir diese Fragen aufwerfen, so müssen wir freilich im Auge behalten, daß die Briandsche Antwort sich im wesentlichen auf der Linie des Angebots der deutschen Regierung hält, einer Regierung, an der, wie in diesem Zusammenhang nicht nachdrücklich genug betont werden kann, die Deutschnationalen unmittelbar beteiligt sind. Das Memorandum vom 9. Februar enthielt eine Reihe von Vorschlägen, die sozusagen zur Auswahl gestellt wurden, es ließ aber ausdrücklich auch andere Lösungsmöglichkeiten offen und betonte, daß die seinen Beispielen zugrunde liegenden Gedanken auch in der einen oder anderen Weise kombiniert werden könnten. Eine solche Kombination hat Briand nun vorgenommen.

In der Denkschrift war ein Pakt für annehmbar erklärt, der den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein und die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlands garantiert. Mit einem solchen Pakt könnte, wie es hieß, ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, und es wurde außerdem die deutsche Bereitwilligkeit zum Abschluß derartiger Schiedsverträge auch mit allen anderen Staaten ausgesprochen. Was Frankreich jetzt hinzugefügt, ist die Forderung, daß das von Deutschland nicht ausdrücklich genannte Belgien in Pakt und Schiedsvertrag mit eingeschlossen wird, daß Schiedsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei gleichzeitig getroffen werden, daß die Signatarmächte — was bei der Abneigung Englands gegen neue Verpflichtungen für die Aufrechterhaltung der Grenzen im deutschen Osten nichts anderes sagen will als Frankreich — die östlichen Schiedsverträge garantieren, und schließlich, daß der Inhalt der Schiedsverträge etwas deutlicher umschrieben wird. Wer also der Briandschen Note nachsagt, sie bringe keine Vorteile für Deutschland, oder sie enthalte gar unerträgliche Bindungen, der wird nicht um die Feststellung herumkommen, daß sie im Grunde durch das deutsche Memorandum provoziert und in ihren Umrissen geradezu vorgeschrieben war. Die Regierung Luther-Stresemann hatte ihrerseits keine besonderen Zugeständnisse beansprucht, sie hatte, wenn man so will, alle ihre Trümpfe aus der Hand gegeben, und daß die Franzosen nun die Gelegenheit benutzen, den deutschen Vorschlag an verschiedenen Punkten in ihrem Sinne auszubauen, kann ihnen im Ernst nicht verargt werden.

Um nun zu einer objektiven Würdigung der beiden Dokumente zu gelangen, müssen wir uns immer noch einmal ihrer Vorgeschichte erinnern. Der Versuch Frankreichs, seine Ostgrenzen durch militärische Abkommen mit England und Amerika zu sichern, war im Jahre 1919 an dem Widerstand der Regierungen in London und Washington gescheitert. Der Anfang 1922 zwischen Lloyd George und Briand verabredete Entwurf eines französisch-englischen Vertrages zu demselben Zweck, blieb nach dem Sturze Briands ebenfalls auf dem Papier stehen. Das sogenannte Genfer Protokoll vom vorigen Jahre, durch das der Völkerbundspakt in der Weise ausgebaut werden sollte, daß die Sicherheit der beteiligten Staaten gegen Angriffskriege, Grenzverletzungen usw. durch die feste Fundamentierung des Schiedsgerichtswesens und eine präzisere Formulierung der Verpflichtung zur Solidarität gewährleistet werden sollte, wurde von England nicht ratifiziert. Frankreich fühlte sich nach wie vor — ob mit Recht oder Unrecht, kann hier dahingestellt bleiben — im Besitz des zu Versailles Erworbenen bedroht, und

für Deutschland bestand die Gefahr, daß sich sein Gegner die von ihm gewünschte Sicherheit entweder durch eine Verlängerung der Besatzungsfristen oder durch neue Annexionen verschaffen werde, oder daß am Ende doch noch ein Sicherheitspakt der Westmächte ohne und gegen Deutschland zustande kommen könne.

Schon im Dezember 1922 schlug der Reichskanzler Cuno einen Pakt vor, durch den die französischen Befürchtungen zum Schweigen gebracht werden sollten. Er war in mancher Beziehung unvollkommen, und er fand im Poincaristischen Frankreich keine Beachtung. Das Memorandum vom Februar dieses Jahres hat sich auf die Cunosche Anregung bezogen — wahrscheinlich, weil Stresemann eine Rückendeckung gegenüber dem deutschnationalen Verbündeten haben wollte —, aber es hat sie sehr wesentlich ergänzt und vor allem durch die Andeutung der Bereitwilligkeit zu Schiedsverträgen im Osten eine drüben sehr lebhaft empfundene Lücke ausgefüllt. Das deutsche Kabinett ging offenbar von der Erwägung aus, daß Frankreich nicht ruhen werde, bis es irgendeine Sicherheit für seine Ostgrenzen erhalten habe, und daß es daher am besten sei, wenn Deutschland in einen solchen Sicherheitspakt als gleichberechtigter Partner aufgenommen werde, selbst unter ausdrücklichem Verzicht auf Gebiete, die uns doch nach menschlichem Ermessen unwiederbringlich verloren sind.

Zweifellos ist man dabei auch einer englischen Anregung gefolgt. Nachdem die konservative Regierung in der Frage des Genfer Protokolls das Kabinett MacDonald desavouiert hatte, hielt sie sich für verpflichtet, den Franzosen einen gewissen Ersatz zu schaffen, und sie glaubte, dieses Ziel am besten durch einen von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspakt zu erreichen. Aber dieses englische Interesse kann natürlich für uns nicht ausschlaggebend sein, und es handelt sich immer nur darum, wie Deutschland bei den vorgesehenen Verträgen fährt.

Sie fixieren, wie gesagt, die 1919 gezogenen Grenzen, und erheischen ihre freiwillige Anerkennung durch Deutschland. Es ist sicher kein leichter Schritt, den wir hier tun sollen, und es ist Pflicht, sehr ernsthaft zu prüfen, ob er getan werden muß und ob er uns Vorteile bringen kann. Wenn ursprünglich hier und da die Hoffnung auftauchte, daß eine Bindung im Westen Deutschlands unsere Hände im Osten frei machen könne, so ist dem durch den Zwang zu einem polnischen Schiedsvertrag ein Riegel vorgeschoben. Es bleibt die Sicherheit gegen französische Einfälle und Annexionen. Es kommt, was nicht unterschätzt werden darf, die Tatsache hinzu, daß Deutschland zum erstenmal wieder in einen politischen Vertrag mit formal gleichen Rechten aufgenommen wird, und es wird endlich der Gedanke der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, der selbst im Völkerbundspakt doch nur verhältnismäßig roh umschrieben ist, auf eine sicherere Grundlage gestellt.

Das alles kann als Fortschritt angesprochen werden, und die allgemeine Situation Deutschlands würde durch Verträge, die diese Ideen verwirklichen, zum mindesten nicht verschlechtert. Aber andererseits müssen wir uns fragen, ob der Aufwand wirklich lohnen würde, ob der Abschluß dringend wäre, und ob wir durch derartige Abkommen tatsächlich der Befriedung Europas und der deutsch-französischen Verständigung beträchtlich näherkommen können. In dieser Beziehung sind Zweifel sehr wohl am Platz.

Die deutsche Regierung ist bereit, zu verhandeln, und das können wir unter allen Umständen gutheißen. Die Verhandlungen müßten sich zunächst erstrecken auf die Klärung gewisser, in ihrer Auslegung zweifelhaften Punkte der Briandschen Note. Sie müßten ferner darauf ausgehen, die französische Sondergarantie für den polnischen Schiedsvertrag auszuschalten. Vielleicht ist die Garantie materiell nicht so sehr bedenklich, da sie erst bei Ablehnung eines Schiedsspruches oder bei der Zuwiderhandlung gegen einen solchen in Kraft träte. Aber moralisch würde sie in Deutschland deshalb ungünstig wirken, weil Frankreich der Verbündete Polens ist und ihm niemand das Maß von Unparteilichkeit zutrauen kann, das für einen Garanten Vorbedingung sein sollte. Um von anderem zu schweigen, wäre des weiteren zu versuchen, eine Verkürzung der Räumungsfristen für die besetzten Gebiete zu erlangen, und wäre endlich zu fordern, daß die Staaten, mit denen das entwaffnete Deutschland Sicherheits- und Schiedsabkommen eingeht, auch ihrerseits mit der im Einleitungssatz des fünften Teils des Versailler Vertrags angekündigten „allgemeinen Beschränkung der Rüstungen“ begönnen.

Die Verhandlungen werden auf dem üblichen diplomatischen Wege durch Noten- und Denkschriftenaustausch kaum zu einem Ergebnis führen. Notwendig ist die Einberufung einer Konferenz, die das politische Pendant zu den Londoner Besprechungen über das Dawes-Gutachten darstellte. Auf dieser Konferenz wäre dann gleichzeitig die jüngste Entwaffnungsnote der Entente zu behandeln, die neben einer Reihe von berechtigten Forderungen solche enthält, deren Begründung einigermaßen zweifelhaft ist, und deren ganzer Inhalt überdies die Vermutung aufkommen läßt, daß schließlich auch die Alliierten selber nach Gründen — vielleicht sogar nach Vorwänden — gesucht haben, um die Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Sicherheitspakt in Verbindung zu bringen. Kommt eine Konferenz zu Entschlüssen, die diesen Anregungen gerecht werden, dann können Verträge, wie sie das deutsche Memorandum und der französische Vorschlag anregen, in der Tat sehr bedeutungsvoll werden und sehr segensreich wirken. Sie dürften dann in Deutschland höchstens bei den intransigenten Nationalisten und bei den Kommunisten, die, seltsamerweise von einem Teil der englischen Labour Party unterstützt, von einem Plan zur Einkreisung Rußlands fabeln, auf Widerstand stoßen.

Auf der Konferenz ließe sich auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtern, wenn sich die deutsche Regierung wirklich nicht schon vorher entschließen könnte, das Unvermeidliche zu tun. Sie mußte sich von Anfang an darüber klar sein, daß kein irgendwie gearteter Sicherheitspakt möglich ist, solange sie sich gegen den Beitritt zum Völkerbund sträubt oder Bedingungen stellt, die nun einmal nach Lage der Sache unerfüllbar sind. Jetzt ist es ihr noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Sie will den Sicherheitspakt, also muß sie den Völkerbund wollen. Und ein wenig Ueberlegung sollte sie außerdem zu dem Ergebnis führen, daß alle die Probleme, die sie selber in ihrem Februar-Memorandum angeschnitten hat, viel leichter, viel einfacher und viel schmerzloser zu lösen wären, wenn sie heute bereits der Organisation der Nationen, an der nicht nur sie, sondern auch wir mancherlei auszusetzen haben, angehörte.

## Gewerkschaftliche Großkämpfe

Von Paul Ufermann

Es bedurfte nicht erst des Beschlusses des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, sämtliche beschäftigten Holzarbeiter auszusperren, um erkennen zu lassen, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zurzeit ein äußerst gespanntes ist. Auf allen Gebieten rumort und kriselt es. Und wenn die Wünsche der Unternehmer nur unvollkommen in Erfüllung gehen, so ist dies ein Beweis dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft sich ihre Organisationen bereits wieder aufzubauen vermochte. Dennoch entladen sich schwere Kämpfe, drängen Konflikte zur Entscheidung, die sich im weiteren Verlauf zu Großkämpfen ernstester Art auswachsen können.

Die deutschen Unternehmer gehören zu jenen Leuten, die sich von dem erfolgten Regierungswechsel viel versprochen haben. Diese Herren haben es sich etwas kosten lassen, damit die Parlamentswahlen für sie günstig ausfielen. Nunmehr präsentieren sie ihre Rechnung. Und weil es ihnen nicht schnell genug geht, glaubten sie, der Regierung einen Rippenstoß versetzen zu müssen. Dies geschah durch eine am 12. Mai der Regierung überreichte Denkschrift. Hier verlangten sie, von Beiwerk abgesehen, daß die Regierung sich auf die Seite der Unternehmer zu stellen habe. In der Denkschrift wurden fast alle Fragen gestreift, die den Unternehmern am Herzen liegen. Besonders wandte man sich gegen die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die bekanntlich dem Reichsarbeitsminister unterstehen.

Daß man dem gegenwärtigen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nicht günstig gesinnt ist, konnte man auch aus einem Artikel ersehen, den der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Herr von Borsig, in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ vom 1. Juni veröffentlichte. In nicht mißzuverstehender Weise polemisierte dort Herr von Borsig gegen einen Artikel Dr. Brauns, den dieser in der D. A. Z. veröffentlicht hatte. Im Magen liegt den Herren, wie schon bemerkt, vor allem das Schlichtungsverfahren, welches dem Reichsarbeitsminister oder den ihm unterstellten Schlichtern, den Schlichtungsausschüssen usw., die Möglichkeit gibt, bei gewerblichen Streitigkeiten einzugreifen. Obwohl die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen sehr maßvoll zu nennen ist und die Arbeiter viel eher Ursache hätten, sich über die gefällten Schiedssprüche zu beschweren, genügt den Unternehmern allein schon das Vorhandensein solcher Instanzen, um dagegen anzurennen. Deshalb der Vorstoß gegen den Reichsarbeitsminister, der ja bekanntlich den christlichen Gewerkschaften nahesteht.

So nebenbei werden auch in der Denkschrift Forderungen an die Reichsbank gestellt, obwohl die Reichsbank ein selbständiges Institut ist und dem Einfluß der Reichsregierung nur mittelbar unter-

steht. Dies geschieht in folgender scharfer Form: „Wir stellen die Forderung an die Reichsbank, gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, daß auch Handlungen und Maßnahmen vermieden werden, die im Interesse der Währung zu Kreditrestriktion und Einschränkung des Zahlungsmittelumlaufes führen müssen. Zu diesen Maßnahmen gehören auch die fortgesetzten Lohntreibereien.“ Also gemeinsam mit „uns“ soll die Reichsbank darauf hinwirken, daß die Kreditquellen den Unternehmern wieder weitgehend geöffnet werden. Die Unternehmer hatten in ihrer Presse wochenlang das Schauermärchen verkünden lassen, daß Lohnerhöhungen unweigerlich zu einer neuen Inflation führen müßten. Damit suchte man die Öffentlichkeit graulich zu machen. Die Gewerkschaften haben erfreulicherweise früh genug dieses Märchen in ihrer Presse zu enthüllen gewußt. Doch auch die Reichsbank sah sich schließlich gezwungen, gegen diese fortgesetzte Beunruhigung der Öffentlichkeit zu protestieren. In einem Schreiben des Direktoriums der Reichsbank an den Verband sächsischer Industrieller heißt es u. a.: „Wir müssen es aufs schärfste verurteilen, daß durch unverantwortliche Zeitungsartikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird. In einer Zeit, in der eine ruhige Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen zur Wiederbelebung des Spartriebes doppelt wünschenswert erscheint.“ Nun, da diese Preßkampagne nicht den gewünschten Erfolg hatte, stellt man der Regierung „Forderungen“ zur Weitergabe an die Reichsbank.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Bundesausschußsitzung vom 12. Juni zu den Angriffen der Unternehmer Stellung und legte seine Stellungnahme in einer vorzüglich abgefaßten Entschliebung nieder. Nachdem die Forderungen der Unternehmerverbände als falsch und irreführend zurückgewiesen, heißt es in der Entschliebung: „Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Wir werden dies auch weiter tun. Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.“ Ferner heißt es: „Die Behauptung, daß Produktion und Güterabsatz heute nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60—100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegen, ist unsinnig und beweislos.“ Die Bereitschaft, zu kämpfen, kommt in folgendem Satz klar zum Ausdruck: „Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der



Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben.“ Zum Schluß richtet sich die Entschließung an die Adresse der Regierung: „Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsstandards des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren, dem Volksganzen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.“ Es war dies in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht worden.

Der Kampf in der Holzindustrie beweist nun, daß die Unternehmer auch andere Waffen zur Anwendung zu bringen gedenken. Weitere Kämpfe dieser Art werden folgen. Doch was will dies alles besagen? Erkennt die Arbeiterschaft ihre Kraft, dann werden sich die Angriffe der Unternehmer, und seien es Generalaussperrungen, bereits an der Vorpostenlinie entscheiden.

## Bob, der Kämpfer

Zum Tode von Senator La Follette

Von Adele Schreiber

Nordamerika — nein, die Welt ist um eine politische Persönlichkeit ärmer geworden, die einen Seltenheitswert, eine über Nation, Klasse und Partei hinweg überragende Bedeutung hatte.

Robert M. La Follette ist, 70 Jahre alt, nach mehr als vier Jahrzehnten politischen Wirkens dahingegangen. Sein Leben lang heftig bekämpft, angegriffen, als Querkopf und Eigenbrötler gescholten und dennoch, wie allgemein betont wird, als Ehrenmann, dessen öffentliches und privates Leben makellos dasteht. Einige ihm besonders nahestehende Führer in Politik und Geistesleben hielten ihn für den bedeutendsten Staatsmann Amerikas, zögerten nicht, ihn mit Abraham Lincoln zu vergleichen; auch Gegner anerkannten schon zu seinen Lebzeiten seine Intelligenz, seinen Mut, seine Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit, seinen weiten Blick und seine konstruktive Begabung.

Hätte La Follette auf der Seite derer gestanden, die mit ihrem Gelde Wirtschaftsleben, Politik, Presse und Schule beherrschen, er hätte zweifellos längst die Präsidentenwürde, alle Ehren und allen Reichtum erlangen können — aber dann wäre er eben nicht La Follette gewesen, der unbequeme Radikale, stets bereit, Kopf und Kragen zu wagen, im Sturm- lauf gegen Korruption, Schiebertum, Wucher, Ausbeutung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit jeder Art. Kein Revolutionär — aber ein klar blickender, ehrlicher Reformier, kein Sozialist — aber ein Anhänger sozialer Gerechtigkeit, erfüllt von leidenschaftlicher Liebe für die Besitzlosen und hart Ringenden.

Einheitlich steht sein ganzes Lebenswerk da als Kampf um Gerechtigkeit, gleichviel ob in seinem Heimatstaat Wisconsin, im Rahmen des Kongresses oder in der „auserlesenen“ Körperschaft des Senates.

Als Gouverneur von Wisconsin hat er diesen Staat, der übrigens eine starke Beimischung deutscher Einwanderer zählt, mustergültig ausgebaut im Geiste der großen amerikanischen Verfassung, die fast allenthalben verwässert und verschleiert worden ist. Da wurde ihm im Jahre 1905 eine Senatskandidatur angeboten — den Ausschlag für seine Annahme derselben gab ein Gespräch mit Karl Schurz, dem damals 76jährigen revolutionären Emigranten. „Ein einziger Mann,“ so sagte ihm Schurz, „mit dem festen Willen, furchtlos und unbeugsam zu kämpfen, das Land von der Herrschaft der Korruption zu befreien und dem Volke die ihm zugesicherte Staatsgewalt wiederzugeben, wird es vermögen, Anhänger aus beiden Häusern um sich zu sammeln, eine Bewegung im ganzen Lande hervorzurufen und schließlich als der wahre Vertreter des Volkswillens anerkannt zu werden.“ Und er fügte hinzu: „Sie müssen in den Senat, dort ist das Forum, wo Sie die in Wisconsin schon durchgeführten Grundsätze für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten wirksam machen können.“

Als im Herbst vorigen Jahres La Follette von einer großen, sehr heterogenen Gemeinde für die Präsidentschaft aufgestellt ward, da erinnerte er öffentlich an die Bedeutung, die Karl Schurz für sein Leben gewonnen habe. Alles, was er erreicht habe, führte er auf den Grundsatz zurück, „mit festem Willen, furchtlos und unbeugsam zu kämpfen“, auch wenn er allein stand. Und dies war mehr denn einmal der Fall. Für alle unpopulären, stets zurzeit noch radikal scheinenden Forderungen ist La Follette eingetreten, er brachte Gesetzesvorlagen ein für Arbeiterschutz, besonders von Frauen und Kindern, Mutterschutz, Frauenstimmrecht, Achtstundentag, progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, Verbesserung der Lage der Seeleute, soziale Maßnahmen für die Farmer, Wahl der Senatoren durch direkte Volkswahl, Ueberwachung der Privatgewinne aus dem Betrieb von Eisenbahn, Post und Telegraph (dies alles ist in den Vereinigten Staaten in Privathänden), Haftpflicht für Unternehmer usw.

Von Kriegsausbruch an bekämpfte La Follette die Kriegspsychose und den wilden Haß gegen Deutschland, den Eintritt Amerikas in den Krieg. Am 4. April 1917 forderte er in einer großer Senatsrede gerechte Beurteilung Deutschlands und wies an der Hand von 15 000 Briefen und Telegrammen auf die Stimmung weiter, kriegsgegnertischer Kreise hin, sowie auf die großen Verdienste der Deutschen in Amerika während des Krieges zwischen den Nord- und Südstaaten. Kein Wunder, daß der „Pazifist“ und „Prodeutsche“ verdächtigt und verfolgt wurde und aus dem Senat ausgeschlossen werden sollte. Es kam nicht dazu. In zähem Kampf gegen seine Verleumder errang er einen glänzenden Sieg, der Senat gab ihm volle Rechtfertigung und übernahm die Rückerstattung der La Follette durch diesen Kampf erwachsenen Kosten. Hinsichtlich des Versailler Vertrages, den La Follette energisch bekämpfte, empfand er die Deutschland zugefügte Ungerechtigkeit, den Widerspruch zu Wilsons Versprechungen, als einen Verstoß gegen den amerikanischen Ehrenpunkt.

Im Sommer 1923 machte er mit seiner Gattin, seiner treuesten, verständnisvollen und unermüdlichen Mitarbeiterin und mit seinem Sohn Robert, der ihn als parlamentarischer Sekretär unterstützte, eine europäische Studienreise, insbesondere durch Rußland, Polen und Deutsch-

land. Er veröffentlichte nach seiner Rückkehr einen warmen Appell und forderte von Amerika mehr Verständnis für das republikanische Deutschland.

An den damaligen Aufenthalt in Berlin knüpfen sich meine ersten persönlichen Beziehungen zur Familie La Follette, Erinnerungen an Stunden wertvollster Gespräche, an viel Warmherzigkeit und Güte, die mir auch bei meinem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten in La Follettes Hause in Washington in reichem Maße zuteil wurden. Ich verdanke La Follette die Bekanntschaft zahlreicher politisch interessanter Persönlichkeiten, auch der oppositionellen Senatoren, die sich um ihn als Mittelpunkt scharten. Gerade damals war die große Kampagne gegen die Petroleumschiebungen, in die wohlbekannte Politiker beider Parteien verwickelt waren, im Gang. Eine festere Konzentration Unzufriedener, die sich von beiden Parteien abwandten, begann erkennbar zu werden, allenthalben sprach man von den Vorbereitungen für eine dritte Partei, von der Präsidentschaftskandidatur La Follettes.

Im Sommer 1924 fand, wie bekannt, diese Aufstellung statt; der Außenseiter brachte es auf fast 5 Millionen Stimmen, außerordentlich viel, wenn man bedenkt, mit wie ungeheuren Geldmitteln die festen Organisationen der alten Parteien arbeiteten. Die Republikaner konnten nachgewiesenermaßen über 4 Millionen Dollar Beiträge verfügen, vereinzelte Sachkenner behaupten sogar, sie hätten 15 Millionen Dollar verausgabt. Für La Follette standen kaum 200 000 Dollar zur Verfügung!

Das bunte Gemisch von konservativen Deutsch-Amerikanern, Sozialisten, unpolitischen Gewerkschaftlern, Bürgerlich-Fortschrittlichen, bedürftig gewordenen Farmern, freieren Religionsgemeinschaften, Unzufriedenen verschiedenster Art, die durch den Führer La Follette vorübergehend zusammengekommen waren, erwies sich doch als zu ungleichartig, um im Februar 1925 auf einer Tagung in Chicago die erwartete Gründung einer dritten Partei zustande zu bringen. Bedauerlicherweise, denn das Programm würde in seiner Verwirklichung ein tatsächlich freies, fortschrittliches Amerika bedeuten. Es fordert u. a.: Abbau der Privatmonopole an Bodenschätzen und Verkehrsmitteln und Verstaatlichung derselben, progressive Besteuerung, Abschaffung der indirekten Steuern, Staatskredite für Produktiv- und Konsumgenossenschaften, Justizreform, Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutz, sowie Schutz der Neger, Abrüstung, Volksabstimmung über den Krieg, Revision des Versailler Vertrages und des Dawes-Planes.

Geraume Zeit wird vergehen, ehe die jetzt wieder isolierte kleine sozialistische Partei in den Vereinigten Staaten genügend Einfluß bekommt, um diese Forderungen zu verwirklichen.

Bob La Follette ist tot, er hat, wie ich aus persönlichen Gesprächen weiß, gleich anderen ehrlichen Kämpfern für die Menschheit, viel gelitten, zahllose Enttäuschungen durchgemacht. Der untersetzte Mann mit dem mächtigen Kopf und der weißen Löwenmähne wird nie wieder im Senat erscheinen, aber sein Geist wird noch lange und immer wieder dort zu spüren sein, von den Reaktionären gefürchtet, von dem Häuflein der Progressiven als Schutzgeist angerufen. Und in La Follettes Vaterstadt Madison, dieser entzückenden, auf Hügeln, zwischen vier Seen gelegenen Universitätsstadt, wird man einen wahren Kultus mit seinem Andenken treiben. Man wird sicher Plätze und Straßen nach ihm be-

nennen, ein Denkmal für ihn errichten. Man sollte die Worte dort einmeißeln, die dieses Weltwunder, die taubstumblinde Seherin und Sozialistin, Helen Keller, ihm schrieb: „Ich stehe zu Ihnen, weil Sie Mut und Weitblick haben, aus lebendiger Inspiration und nicht aus totem Bücherwissen schaffen, weil Sie wissen, daß gewaltsame Beschneidung der Volksrechte nicht Fortschritt, sondern Entartung bedeutet. Ich stehe zu Ihnen, weil Sie erkannt haben, daß die Begrenzung von Privatbesitz und Vorrechten die unerläßliche Grundlage jeder ehrlichen Regierung ist.“

## Die AfA

*Von Kurt Heinig*

Man spricht in der freigewerkschaftlichen Bewegung häufig von drei Säulen. Sie sind zur Konstruktion der gesamten deutschen Gewerkschaftsorganisation geworden. Sowohl die Hirsch-Dunckerschen (liberaldemokratischen) wie die christlich-nationalistischen Gewerkschaften haben ihren Ueberbau in verwandter Weise nach dem Prinzip der freien Gewerkschaften durchgebildet. Die Hauptsäule ist selbstverständlich überall die organisierte Arbeitermacht. Sie hat schon ein Menschenalter Geschichte hinter sich; ihre Spitze ist bei den freien Gewerkschaften der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, kurz ADGB genannt (Vorsitzender Leipart). Die Angestelltenbewegung hat ihren stärksten freigewerkschaftlichen Impuls durch die Umwälzung empfangen. Es entstand der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AfA), deren Vorsitzender Aufhäuser ist. Daneben und bald danach kam es zur Spitzenbildung der freigewerkschaftlichen Beamtenverbände, zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB). Sein Vorsitzender ist Falkenberg.

Als die AfA im Jahre 1921 zu ihrem ersten Kongreß — in Düsseldorf — zusammentrat, gäerte noch vieles. Auf dem linken Flügel stand der Zentralverband der Angestellten, dem nahezu plötzlich hunderttausende Angestellter zugeströmt waren. Der Kern dieser Bewegung sah schon auf Jahrzehnte freigewerkschaftlicher Kämpfe und Erfahrungen zurück, die Masse schwamm mitten im Strome der Zeit, für jeden Windstoß empfindlich und empfänglich. Auf dem rechten Flügel stand der Deutsche Werkmeisterverband, eine festgefügte, vierzigjährige Organisation, die zwar schon seit einem Jahrzehnt auf dem Wege zur freigewerkschaftlichen Erkenntnis gewesen war, die aber erst mit dem Umsturz den großen Schritt zur freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung tat. Zwischen diesen Flügeln standen, in sich häufig ebenfalls geistig nicht einheitlich geschichtet, eine ganze Reihe anderer Angestelltenverbände, so im besonderen der Bund der technisch-industriellen Beamten (Butab) mit Schweitzer als Vorsitzenden, die Deutsche Bühnengenossenschaft (Vorsitzender Rickelt), und etwa fünfzehn andere Verbände, deren Einzelaufzählung hier zu weit führen würde.

Ueberlegt man nun noch etwas näher, wie verschiedenartig die soziale Stellung, der geistige Horizont und die wirtschaftliche Position der Angehörigen dieser Berufsgruppen ist, wird das Organisationsalter der einzelnen Bewegungen beachtet und nicht vergessen, wie viele neue Probleme, Ideen, Selbsttäuschungen und Hoffnungen damals über ganz

Deutschlands Arbeitnehmerschaft lagen, so wird verständlich werden, daß der erste AfA-Kongreß eine Tat und — ein Kampf war.

Jetzt hat in München der zweite AfA-Kongreß stattgefunden. Wenn auch nicht jeder Verbandstag oder Kongreß einer der berühmten „Marksteine der Entwicklung“ ist, die so gern in Begrüßungsreden herbeizitiert werden, ein Merkzeichen ist gewiß jede große derartige Zusammenkunft. Der aufmerksame Beobachter wird die Tendenz der Entwicklung, Tempo und Gesicht, innere Struktur, die geistige Potenz einer Bewegung an solchem Kongreß gut ablesen können.

Schon die Tagesordnung ist für einen Kongreß symptomatisch, wenn natürlich auch nicht schlechthin entscheidend; es können ja Oppositionen, Minderheiten, neue Strömungen bei den Vorbereitungen solcher Tagungen außer acht gelassen werden. Sie werden dann erst auf der Tagung bemerkbar.

Die Tagesordnung des zweiten AfA-Kongresses (in München) umfaßte neben den üblichen Berichten Referate über Zollpolitik (Dr. Hilferding), wirtschaftliche Rätegesetzgebung (Schweitzer), Achtstundentag (Schröder), Steuern (Heinig) und über die republikanische Idee (Reichsminister a. D. Preuß). Mit Fug und Recht kann gesagt werden, daß diese Tagesordnung innere Geschlossenheit und klare Linienführung zeigt. Die eigentliche Prüfung ist aber die Behandlung und Erörterung. Hier ergab sich etwas nach unserer Auffassung außerordentlich Beachtenswertes: Vom ersten bis zum letzten Tage wurden die Beratungen von einer so auffälligen Einheitlichkeit der Auffassungen und des Willens getragen, diese beachtliche geistige Atmosphäre wurde so sichtbar, daß alte und doch wahrlich nüchterne Gewerkschaftler, aber auch Vertreter verwandter Bewegungen und Gäste von einem erhebenden Kongreß sprachen. Es war auch wirklich erstaunlich, zu erleben, wie vom Techniker zum Schauspieler, vom Werkmeister zum Angestellten und vom Schiffingenieur zum Artisten, über alle Bewahrung der Berufseigenart und Sonderinteressen hinweg, die Brücke der Verständigung zur sozialen Gleichrichtung der Interessen geschlagen war. Es fehlte nicht nur der Tagesordnungspunkt, der zum Streit der Meinungen, zu Auseinandersetzungen über Programm, Statut oder Organisationsform hätte führen können, es war auch niemand auf dem Kongreß, der Bedürfnis nach derlei Auseinandersetzungen gehabt hätte! So fehlten auch der Prinzipienreiter, der Punkte-Mann, und alle diejenigen, die lieber eine Bewegung „theoretisch weitertreiben“, als sich selbst praktisch Zügel anlegen. Hier kommt ein Einwand sehr nahe. Der Bedenkliche wird meinen, daß Einigkeit und Geschlossenheit mitunter nicht weit von Sterilität zu finden ist. Das mag an sich durchaus richtig sein. Praktisch hat der zweite AfA-Kongreß bewiesen, daß in der geistigen Einheit und Geschlossenheit die berufliche und soziale Individualität sehr wohl ein sehr starkes Eigenleben zu führen vermögen. Man braucht nicht Organisationsformen zu konstruieren, wenn die Formen der Organisation sich in lebendigem Wachstum befinden. Und ein Streit um Worte und Begriffe ist dort nicht nötig, wo die Sache verstanden und der Wille solidarisch ist.

So ist der zweite AfA-Kongreß nicht nur eine Manifestation der Selbstbehauptung und eine Bilanz der Sturmjahre von 1921 bis 1924 gewesen, er ist auch eine Front — eine geschlossene Front — für die Zukunft. Und das ist das, was die deutschen Angestellten brauchen.

## Deutschland, Polen und Danzig

Von Landgerichtsdirektor Dr. Hans Zint (Danzig)

Nationalistische Nervosität mag an dem nachstehenden Aufsatz, besonders an einigen, der landläufigen Phraseologie ganz entweichenden Stellen Anstoß nehmen. Diplomaten werden solche Veröffentlichung vielleicht für unopportun halten. Indessen, der Schriftsteller und vor allem der politische, soll aussprechen: was ist. Die Schriftleitung eines ersten politischen Blattes aber soll veröffentlichen: was ausgesprochen worden ist. Dies erst recht dann, wenn hinter freiem Ausspruch Sachkenntnis und ernstes Streben nach Wahrheit und Lösung lebendig zu spüren sind. *Br.*

### I.

Ob das Stresemannsche Garantieangebot hinsichtlich der Westgrenze ehrlich gemeint ist, und ob hinter ihm ein aufrichtiger Wille derjenigen Parteien in Deutschland steht, deren Exponent der Unzuverlässigste aller deutschen Politiker ist, darf bezweifelt werden. Um so gewisser kommt in der Erklärung, eine Aenderung der östlichen Grenzen nicht mit kriegerischen Mitteln erstreben zu wollen, der Wille zum Ausdruck, dies mit allen sich bietenden politischen Mitteln zu tun. Und dieser Wille scheint auch in denjenigen deutschen Kreisen geteilt zu werden, die sich sonst der Erkenntnis geschichtlicher Notwendigkeiten nicht verschließen und eine friedliche Einordnung des Reichs in ein neues Europa aufrichtig wünschen. Hat doch selbst der „Vorwärts“ unlängst erklärt, Deutschland könne die im Osten geschaffenen Verhältnisse „niemals“ anerkennen. Das Echo aus Polen hat nicht auf sich warten lassen: an der durch den Versailler Friedensvertrag und durch die Abstimmungsergebnisse festgesetzten Grenze rühren, bedeute den Krieg — las man in polnischen Zeitungen; und ein nationalistisches Warschauer Organ verstieg sich sogar zu der Gegenforderung einer Einbeziehung Ostpreußens in den polnischen Staat.

Es wird nötig sein, daß man sich in Deutschland zunächst sachlich mit dem Ostproblem beschäftige und vor allem ein wenig Einsicht in die Realitäten gewinne, bevor man Forderungen aufstellt, die bereits als solche eine Gefahr für den Frieden bedeuten. Denn wenn zurzeit auch kein ernsthafter Politiker — in Deutschland so wenig wie in Polen — geneigt sein dürfte, um einer anderweitigen Regelung der östlichen Grenze willen einen neuen Krieg zu entfesseln, so sollten doch die hemmungslosen Ausbrüche nationaler Hysterie, wie sie in gewissen Preßorganen hüben und drüben bei jeder Gelegenheit sich Luft zu machen pflegen, in ihrer Wirkung auf die Volksstimmung und dadurch auf die Politik der Staaten nicht unterschätzt werden. Hat doch selbst das tief beklagenswerte Eisenbahnglück im polnischen Korridor auf beiden Seiten zu Anschuldigungen Anlaß gegeben, die vor jeder Prüfung lediglich von nationalistischen Instinkten diktiert waren.

### II.

Der „polnische Korridor“ ist die üblich gewordene geographische Bezeichnung für das Kernproblem des deutsch-polnischen Verhältnisses. Nicht um irgendwelche geringfügige Aenderungen in der Grenz-

ziehung, um die Zugehörigkeit dieser oder jener Gemeinden oder Kreise handelt es sich letztlich — sondern um die Berechtigung und den Fortbestand jenes sich bis unterhalb von Graudenz beiderseits der Weichsel, dann auf ihrem linken Ufer bis an die Ostsee erstreckenden und sich an seinem Ende stark verjüngenden Gebietsstreifens, der heute zu Polen gehört. Vom deutschen Standpunkt aus darf das Gebiet der Freien Stadt Danzig, das Weichseldelta und den westlich anschließenden Danziger Höhenkreis umfassend, mit dazugerechnet werden; denn es ist vom deutschen Staatskörper abgetrennt und bei weitgehender politischer Selbständigkeit ein Teil des polnischen Wirtschaftskörpers.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte lehrt, daß dieser polnische Korridor einer nur egozentrischen Einstellung unnatürlich erscheinen muß: Ostpreußen ist vom übrigen Reiche abgeschnitten — „abgeschnürt“, wie man gerne sagt — und stellt sich nur noch als ein Außenwerk, als „die einzige Kolonie“ Deutschlands dar. Daß ein von Paß- und Zollschranken freier Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich durch ein nach Art. 98 des Versailler Vertrages geschlossenes Abkommen gesichert ist, scheint gegenüber dieser geographischen Verstümmelung wenig zu besagen. Nicht weniger unnatürlich, aber — dies wird der deutsche Betrachter nicht vergessen dürfen — muß dieser Korridor einem polnischen Staatsegoismus erscheinen; denn offenbar steht die Enge des Zuganges zur See in keinem Verhältnis zu der binnenländischen Ausdehnung Polens, zumal, wenn die Freie Stadt Danzig — vom polnischen Standpunkt aus begreiflich — als Fremdkörper und als Erschwerung dieses Zuganges betrachtet wird.

Mit anderen Worten: hier besteht ein Sachverhalt, der weder den deutschen noch den polnischen Egoismus befriedigt.

Ist dies ein Beweis, daß er verfehlt ist? Die Frage wäre nur dann zu bejahen, wenn eine Lösung denkbar wäre, die beiden Staatsegoismen zugleich befriedigender erscheinen könnte. Eine solche Lösung aber gibt es nicht. Dies gilt es vor allem klar zu erfassen: für eine Politik, die nur nach richtigen Grenzen sucht, ist das Ostproblem unlösbar. Hier ist nicht, wie an der deutschen Westgrenze, ein friedliches Nebeneinander möglich. Hier gibt es nur ein friedliches Miteinander — oder aber die Vergewaltigung des einen oder des anderen Teils.

### III.

Diese Behauptung — deren Begründung und Tragweite im folgenden deutlich gemacht werden soll — kann durch keine historischen Reminiscenzen erschüttert werden. Jedem Argument von dem höheren geschichtlichen Recht Deutschlands oder Polens auf das fragliche Landgebiet kann ein ebenso starkes Gegenargument entgegengehalten werden. Denn ob die kolonisatorische Tätigkeit Preußens seit den Teilungen Polens oder ob das Unrecht dieser Teilungen und der ältere Besitz der polnischen Krone das höhere geschichtliche Anrecht auf den jetzigen Korridor gibt, wird sich mit bloßen Vernunftgründen niemals ausmachen lassen.

Den Realitäten und Notwendigkeiten der Gegenwart als den einzig beweisenden geschichtlichen Argumenten gilt es gerecht zu werden. Und da wird man in Deutschland, um sich mit dem jetzigen Zustande auseinanderzusetzen, folgende Feststellungen anerkennen müssen:

1. Polen ist ein 40-Millionen-Volk von großen physischen und kulturellen Kräften, dem als solchem die staatliche Selbständigkeit nicht vorenthalten werden kann.

2. Ein solches Volk muß einen Zugang zur See haben.

3. Die 150jährige preußische Verwaltung hat es nicht vermocht, aus dem ehemals polnischen Gebiet Preußens einen wirklichen Bestandteil Deutschlands zu machen. Die jetzt den Korridor bildenden Teile der Provinzen Posen und Westpreußen sind immer Kolonialland geblieben, und der Verlust dieser Landesteile bedeutet nicht nur eine Folge der militärischen Niederlage, sondern zutiefst den Bankerott der preußischen Polenpolitik.

Die Gründe dieser letzteren, besonders wesentlichen Tatsache brauchen hier nicht erörtert zu werden. Wer als wirkliches Kind der Ostmark aufgewachsen ist, und nicht bloß — wie die meisten Beamten und Militärs der preußischen Verwaltung — von draußen hinzugekommen war, wußte es freilich lange vor dem Kriege, daß dieser Verwaltung trotz ihrer zweifellos großen zivilisatorischen Leistungen eine moralische Eroberung der polnischen Bevölkerung ebensowenig wie die gewaltsame Assimilation gelungen war. Trotz Schule und Heer, trotz Siedlungspolitik mit Enteignungsrecht, trotz aller, bald milder, bald harter Germanisierungsmittel, hatte sich in Posen und im Süden und Westen von Westpreußen eine Bevölkerung erhalten, die sich als national polnisch fühlte und für die das Polnische die Muttersprache war und blieb. Jede Sprachenkarte aus der Zeit vor dem Kriege kann davon überzeugen; sie sieht freilich bunt genug aus, weil der verschiedenartige Erfolg der Siedlungspolitik ein vielfaches Durcheinander ergab, neben ziemlich geschlossenen Sprachgebieten zahllose Ex- und Enklaven — aber die Tatsache ist unbestreitbar: dies Land ist nie eigentlich deutsch geworden.

#### IV.

Vor dem soeben festgestellten Sachverhalt standen die Verfasser des Friedensvertrages, als es galt, die Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze zu regeln.

Nun boten sich drei Wege: die einfache Gebietsabtrennung auf Grund der Sprachenkarte; die Zulassung von Volksabstimmungen und eine ihren Ergebnissen folgende Grenzziehung; und drittens die Schaffung eines neuen, die beiden Nationalitäten in sich vereinigenden Grenzlandes, das die Kreuzungsfläche der deutschen Kolonisationsstraße von Westen nach Osten und der polnischen Wirtschaftsstraße von Süden nach Norden umfaßt hätte.

Unter dem Gesichtspunkt einer weitschauenden europäischen Politik wäre diese dritte Möglichkeit die kühnste, aber auch die wünschenswerteste und eine durchaus erfolversprechende Lösung gewesen. Hier hätte entstehen können, was die Schweiz seit Jahrhunderten verwirklicht und dem Nationalstaatsgedanken des 19. Jahrhunderts zum Trotz sich bewahrt hat: eine durch geographische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit bedingte Staatsgemeinschaft verschiedener Nationalitäten, die sich gegenseitig dulden und achten.

Der Friedensvertrag hat in der Hauptsache die ersten beiden Wege beschritten: Grenzziehungen nach der Karte und nach vorheriger Volksabstimmung.



Als die am wenigsten glückliche Lösung hat sich die zweite erwiesen: die monate- bis jahrelange Vorbereitung der Abstimmungen unter dem Schutz vielfach parteilicher oder doch der Parteilichkeit verdächtigter alliierter Besatzungen, bei einer empörenden Vergeudung von Geldmitteln, die vielfach in die Taschen von nationalistischen Abenteurern und Schmarotzern flossen, hat eine maßlose nationale Verhetzung erzeugt und hinterlassen; ihre Ergebnisse haben natürlich auf keiner Seite befriedigt. Es kann nur begrüßt werden, daß die Volksabstimmungen auf die östlich der Weichsel liegenden Teile Westpreußens und auf Oberschlesien beschränkt waren. Die von deutscher Seite vielfach aufgestellte Behauptung, daß Volksabstimmungen westlich der Weichsel ein für Deutschland günstigeres Ergebnis gehabt haben würden als die Grenzziehung nach der Sprachenkarte, verdient wenig Glauben. Die Berufung auf den für Deutschland günstigen Ausgang der Abstimmung östlich der Weichsel am 11. Juli 1920 bildet kein Argument; denn jeder Kenner der Verhältnisse weiß, welche Rolle bei diesem Ausgang der damalige russisch-polnische Krieg und die Furcht vor polnischem Militärdienst gespielt hat.

Wer die Grenzen des polnischen Korridors, wie sie heute bestehen, mit einer Sprachenkarte aus der Vorkriegszeit vergleicht, wird anerkennen müssen, daß dieser Korridor sich im großen und ganzen mit dem Gebiet der bereits ehemals überwiegenden polnischen Bevölkerung deckt. Ungerechtigkeiten nach der einen oder der anderen Seite, wie sie bei der bunten Sprengelung der Karte unvermeidbar waren, gleichen sich einigermassen aus.

Weil aber gleichwohl auf deutscher Seite die Behauptung, daß weitere Volksabstimmungen westlich der Weichsel ein anderes Ergebnis gehabt haben würden, nicht verstummen will, und weil vermutlich auch bei den künftigen Erörterungen noch die Forderung auf Nachholung solcher Abstimmungen erhoben werden wird, ist noch eine Tatsache festzustellen, von der man in der deutschen Öffentlichkeit nichts zu wissen scheint: daß nämlich eine Massenabwanderung der deutschen Volksteile aus dem polnisch gewordenen Gebiet stattgefunden hat, die wohl oder übel als eine geschichtliche Sanktion der neu gezogenen Grenzen verstanden werden muß.

Man wende nicht ein, solche Abwanderung sei unter dem Druck polnischer Drangsalierungen entstanden: diese waren und sind keineswegs schlimmer als diejenigen der ehemaligen preußischen Ostmarkenpolitik, ja sie sind eine ziemlich getreue Kopie preußischer Methoden in umgekehrter Richtung. Während aber die polnische Bevölkerung durch 150 Jahre zäh an ihrem Boden und ihrer Sprache festgehalten hat, haben die deutschen Einwanderer von einst durch ihre Massenabwanderung einen Mangel an Zähigkeit und Bodenständigkeit bewiesen, der in einem vielleicht beklagenswerten, jedenfalls aber unleugbaren Gegensatz zu jener Zähigkeit steht und deutlich macht, daß die Deutschen hier zum überwiegenden Teile eben nur Kolonisten geblieben waren.

Eine Volksabstimmung heute würde die neuen Grenzen wohl restlos bestätigen. Dem Verlangen aber, sie unter Mitwirkung der abgewanderten Deutschen nachzuholen, könnte mit Recht entgegengehalten werden, daß der, der seiner Heimat untreu geworden ist, den Anspruch auf die Mitbestimmung ihres Schicksals verwirkt hat.

Ganz anders — das sei den ahnungslosen Ostpolitikern in Deutschland zum Trost und den unersättlichen Nationalisten in Polen zur Warnung gesagt — liegen die Dinge in Ostpreußen und dem östlichen Westpreußen: hier war schon durch die Ordensherrschaft und das vorfriderizianische Preußen wirklich deutsches Land entstanden, mit einer bodenständigen Bevölkerung, die durch keine Einverleibung und keine Drangsalierung sich von ihrer Scholle würde losreißen lassen.

## V.

Als die Rudimente — oder aber als Ansätze zur Verwirklichung — der oben umrissenen dritten Lösungsmöglichkeit dürfen einerseits die in Art. 98 des Versailler Vertrages vorgesehenen und eines weiteren vertraglichen Ausbaus fähigen und bedürftigen Staatsservituten, die den deutschen Weg von Westen nach Osten, den polnischen Weg längs der Weichsel in süd-nördlicher Richtung sichern sollen, und darf andererseits die Freie Stadt Danzig betrachtet werden. Von letzterer soll hier noch die Rede sein; denn sie umschließt wie eine Nuß die Schwierigkeiten und zugleich die Aufgaben des Problems einer deutsch-polnischen Verständigung.

Das Danziger Gebiet ist fast rein deutsch; nur 5 Prozent seiner Staatsbürger sind polnischer Nationalität. Dieser überwiegend deutsche Charakter in Verbindung mit den geschichtlichen Erinnerungen der alten Hansestadt, die auch zu Napoleons Zeit schon Freistaat war, mag zur Schaffung eines eigenen Staatsgebildes unter dem Schutze des Völkerbundes den Anlaß gegeben haben. Aber Danzigs Lage an der Weichselmündung macht es zugleich zum natürlichen und unentbehrlichen Hafen für die polnische Ein- und Ausfuhrwirtschaft, ebenso wie der Bestand des Danziger Handels und der — seit der Abtrennung von Deutschland außerordentlich gewachsenen — Danziger Industrie ausschließlich von dem polnischen Hinterlande abhängig ist. Diesem Sachverhalt entsprechen die Einbeziehung in das polnische Zollgebiet, die polnischen Rechte auf die Eisenbahn und die Mitbenutzung des Hafens und die Gleichberechtigung des polnischen Kaufmanns in Danzig, des Danziger Kaufmanns in Polen, wie sie durch den Friedensvertrag und Danzig-polnische Verträge gewährleistet sind.

Man wird nicht sagen können, daß man sich in Danzig und in Polen der Einsicht in diese notwendige Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft verschlossen hätte. Wenn gleichwohl solche Einsicht in dem politischen Verhältnis zwischen der kleinen Freien Stadt und der großen polnischen Republik noch nicht den wünschenswerten Ausdruck gefunden hat, so liegt dies an dem durch nationalistische Exzesse auf beiden Seiten genährten gegenseitigen Mißtrauen. Danzig fürchtet die in polnischen Blättern oft vertretene Forderung einer Einverleibung in den polnischen Staat und hat auch unzweifelhafte Polonisierungsbestrebungen der polnischen Regierung abzuwehren (der groteske Briefkastenstreit ist ein Symptom). Unvergessen ist in Danzig auch der polnische Gewaltstreich gegen Wilna — vom Völkerbund geduldet und schließlich sanktioniert; die Furcht vor einer Wiederholung solcher Ueberraschungs- und Gewaltmethoden gegenüber Danzig will nicht verstummen, und sie wird durch polnische Presseäußerungen immer wieder genährt.

Polen andererseits sieht in der deutschnational orientierten Danziger Regierung die heimlichen Platzhalter der Wiederkehr preußischen Regiments; die allzu häufigen und lauten Tischreden bei Besuchen deutscher Vereine und Gesellschaften in Danzig, die militärischen Spielereien einer überstarken Polizeitruppe, von Kriegervereinen, Einwohnerwehren, Jugendorganisationen — kurz, die bei jeder Gelegenheit betonte schwarz-weiß-rote Gesinnung weiter, und besonders der politisch führenden Kreise liefert diesem polnischen Mißtrauen reichliche Nahrung. Es gibt in Deutschland keine nationalistische Torheit, die in Danzig nicht in potenziert Form mitgemacht würde. Steht doch das höchste Bildungsinstitut der Freien Stadt, die Technische Hochschule, sozusagen unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Daß über ihrer Pforte das vergoldete Kopfreliet Wilhelms II. prangt, daß freistaatliche Postämter noch immer die Aufschrift als „Kaiserliche“ tragen, sei als charakteristisch nebenbei bemerkt.

Nationalismus hüben und Nationalismus drüben; beide Nationalismen sehen einander verzweifelt ähnlich, und beide leben voneinander, steigern einander — das alte Bild.

Der Völkerbund und seine in Danzig residierenden Oberkommissare haben es bisher nicht ohne Geschick und nicht ohne Gelingen versucht, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. Die ergangenen Entscheidungen in den zahllosen Streitfragen haben naturgemäß nie beide Teile zugleich befriedigt, aber wohl in der Regel die gerechte Mitte getroffen. Die vor jedem Spruch befolgte Methode, die Parteien an einen Verhandlungstisch zu bringen und sie zu einer Verständigung zu veranlassen, darf sogar als besonders glücklich bezeichnet werden und hat in vielen Fällen Erfolg gehabt.

Nur ein schwerer, kaum wieder gutzumachender und in seinen Folgen noch unabsehbarer Mißgriff des Völkerbundsrates muß hier angemerkt werden: die Gestattung eines polnischen Munitionslagers unmittelbar an der Danziger Hafeneinfahrt. Derselbe Völkerbundsrat, der darauf Bedacht nahm, daß durch die Einfügung eines besonderen Artikels in die Danziger Verfassung das Verbot für die Freie Stadt, als Militär- oder Marinebasis zu dienen, Festungswerke zu errichten, Munition und Kriegsmaterial herzustellen, ausgesprochen wurde — derselbe Rat entschied, daß Polen unmittelbar an dem Lebensnerv des Danziger Handels eine Anlage errichten dürfe, die die schwerste Bedrohung für diesen Lebensnerv schon im Frieden, für die ganze Freie Stadt aber in einem etwaigen polnischen Kriege bedeutet und zugleich die Danziger Bevölkerung eines landschaftlich reizvollen Aufenthaltes, des populärsten Seebades beraubt. Und dazu muß Danzig sogar die Hälfte der Kosten — mehrere Millionen — zahlen! Die Erbitterung, die diese Entscheidung ausgelöst hat, ist grenzenlos, und durch den Anblick der begonnenen Arbeiten zur Herstellung eines besonderen Munitionshafen-Beckens, unter Waldabholzung und der Niederlegung freundlicher Landhäuser, wird sie dauernd genährt. Kein Wunder, daß das Vertrauen in den Völkerbund durch diese Entscheidung schwer erschüttert ist. Vom europäischen Standpunkt aus aber wird man sagen, dürfen, daß eine Maßnahme, die Polen gestattet, aus dem wirtschaftlichen einen militärischen Brückenkopf zu machen, gegen den Sinn des Friedensvertrages und den Zweck des Völkerbundes auf das schwerste verstößt.

## VI.

Wenn trotzdem, wenn trotz der auf beiden Seiten genährten nationalen Leidenschaft und trotz der langandauernden Wirtschaftskrise, die die polnische wie die Danziger Industrie lähmt und eine freie Entfaltung der polnischen Ein- und Ausfuhr hindert, das eigenartige neue Staatswesen an der Mündung der Weichsel in seiner Funktion als der Hafen für Polen sich von Jahr zu Jahr mehr konsolidiert hat, so darf heute schon das durch den Friedensvertrag hier gemachte Experiment als im ganzen gelungen bezeichnet werden. Trotz aller schwarz-weiß-roten Schaustellungen ist in Danzig eine eigentliche Irredenta-Stimmung nicht vorhanden; und auch Polen scheint grundsätzlich geneigt, sich mit der Existenz der Freien Stadt und ihrem kulturellen Deutschtum abzufinden, sobald es die Gewähr erhält, daß Danzig nicht eines Tages die Ansatzstelle für deutsche Wiedergewinnungsgelüste auf Kosten Polens werde. In der Tat ist für die dauernde Erhaltung der politischen Freiheit und des kulturellen Deutschtums von Danzig eine aufrichtige deutsch-polnische Verständigung die unentbehrliche Voraussetzung. Dies mag sich jeder deutsche Politiker versagt sein lassen: am Ostproblem im Sinne einer Rückgängigmachung dessen rühren, was nun einmal geschichtliches Ereignis geworden ist, heißt mit dem Feuer spielen und an erster Stelle das deutsche Danzig aufs Spiel setzen.

Andererseits gibt das bisherige Gelingen dieses Experimentes im kleinen Rahmen den Fingerzeig dafür, wie zu einer befriedigenden und dauerhaften Lösung des größeren deutsch-polnischen Fragenkomplexes zu gelangen ist: nur dadurch, daß die unerbittlichen politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten höher gestellt werden als das auf diesem Erdenwinkel besonders aussichtslose Bestreben, die veraltete Idee des selbstgenügsamen Nationalstaates zu verwirklichen.

Schon außenpolitische Erwägungen sollten Deutschland und Polen zu einer baldigen Verständigung und zu einem möglichst engen Zusammenschluß veranlassen. Unterbleibt solche Verständigung, so laufen beide Länder Gefahr, daß der russische Imperialismus im eigenen Machtinteresse ihren Gegensatz ebenso benutzt, um sie gegeneinander auszuspielen, wie dies in Westeuropa England mit Frankreich und Deutschland getan hat — und wohl noch immer tut.

Für die nähere Gestaltung dieser Verständigung ist die Richtung durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse gegeben. Wenn auch der oben erwähnte Gedanke eines national neutralen Ostmarkenstaates heute nicht mehr ausführbar ist — die Gelegenheit ist versäumt —, so kann doch die ihm zugrunde liegende Idee der nationalen Symbiose verwirklicht werden durch eine Weichselföderation zwischen Deutschland, Polen und Danzig, innerhalb deren es keine Verkehrs- und Zollschranken mehr gibt, und die gleichzeitig der Vermittlung zwischen Westen und Osten und zwischen dem Binnenland und der See dient. Eine solche Wirtschaftseinheit würde im Anschluß an die ebenfalls unabweisbar notwendige und bereits ihrer Verwirklichung entgegenreifende Donauföderation die Kette eines osteuropäischen Staatensystems schließen, das im Norden zu den neuen Randstaaten der Ostsee und nach Skandinavien, im Süden zum Balkan die Brücke schlägt, nicht weniger aber auch

dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ausgleich und Austausch zwischen Europa und Asien (Rußland einbegriffen) dient. Der Zufall will, daß gerade dieser Tage wieder der Plan einer Kanalverbindung zwischen Weichsel und Donau (durch die Vermittlung von Dnjestr und Pruth) neu erörtert worden ist — ein bedeutungsvoller Hinweis auf die geographische und wirtschaftliche Richtungsbestimmtheit einer weit-schauenden europäischen Ostpolitik.

Wollen sich Deutschland und Polen der Zusammenarbeit an solchen Aufgaben um beschränkter nationaler Leidenschaften und kleinlicher Grenzfragen willen noch lange versagen? Schließlich werden sie doch tun müssen, was die Geschichte ihnen zugewiesen hat, und es wird eine Zeit kommen, da man für die übertriebene Bewertung von Grenzfragen kein Verständnis mehr haben wird, weil Grenzen nicht mehr hermetische Abschlüsse, sondern nur noch die Ansatzstellen verschiedener Glieder desselben Körpers bedeuten werden.

Wenn Politik früher die Kunst des Möglichen sein mochte — jetzt, da Europa durch den Weltkrieg vor die Frage des Weiterlebens oder der Selbsterfleischung gestellt worden ist, darf es nur noch die Kunst sein, das Notwendige zu sehen und zu wollen.

---

## Die Bolschewistin

*Von Dr. M. Uebelhör (Paris)*

Wie wenig wissen wir vom bolschewistischen Rußland. Ich meine hier nicht das politische oder wirtschaftliche Rußland. Ich meine die Bewohner des russischen Reiches von heute, den Mann, die Frau, das Mädchen. Und wie gut wußten wir um das alte Rußland Bescheid, dank seiner großen heiligen Literatur, wie vertraut war es uns geworden, und vor allem die Frau dieses gewesenen Reiches. Da hatten wir die Petersburgerin vornehmer Familie, sie war die vollendete Dame mit westlichem Einschlag, etwas mitleidig über die Schulter angesehen von ihrer moskowitzischen Schwester; diese war nie international, sie wurde von keiner Irreligiosität in ihrem Glauben geschwächt, in dem eine tiefe mystische Note erklang, sie war im Grunde eine herrliche Barbarin, oft von asketischer Schlichtheit, dann wieder geschmückt mit seltsamer, halb orientalischer Tracht. Da hatten wir die Bäuerin, ein Tier fast, dämonisch triebhaft, oft starrend vor Schmutz und Aberglauben. Dann die matten, perlgrauen und zerfließenden Frauengestalten der russischen Provinz oder die russische Künstlerin, als Schauspielerin unübertroffen (auch heute noch) oder die Studentin mit ihrem Fanatismus und dem absichtlich vernachlässigten Aeußern, mit ihren männlichen Allüren. Und schließlich die russischste aller russischen Frauen, die reiche Kaufmannsfrau, üppig, ein Symbol der Fruchtbarkeit, gastfrei, patriarchalisch und tyrannisch. Sie alle dürften für Rußland zu den Gewesenen gehören. Die Katastrophe wird die einen verschlungen, die anderen gewandelt haben, gleichviel, ob sie als Nastja, als Anna Karenina, Natscha, Irene, Helene, Gruschenka, Bolkamskaja, Ssonja oder sonstwie in unserem Gedächtnis weiterleben. Wir hören von ihnen so gut wie nichts

mehr. Viele werden im Exil sein, hier und da kommt von ihnen eine dunkle, erregende Kunde. Da hat eine frühere Fürstin im Hafenviertel Galata von Konstantinopel eine neue Bar aufgemacht; eine andere ist zum Film gegangen, und ist heute ein Star; wieder eine andere trägt heute die herrlichsten Kostüme als Mannequin in der Pariser rue de la paix. Sie alle scheinen ihr Schicksal mit slawischem Gleichmut hingenommen zu haben. Aber ihre Schwestern, die unendlichen Millionen, die im heutigen Rußland leben, die als unsere Nachbarn leben, die zum großen Teil sicherlich gern in diesem Rußland leben, was ist's mit ihnen?

Hierauf gibt uns ein soeben erschienenes und merkwürdiges Buch zum Teil gute Auskunft. Merkwürdig sowohl infolge des Inhalts als des Autors. Der Titel des Buches, dieser Sammlung von Novellen und Erzählungen, ist „Die Liebe der fleißigen Bienen“, der Autor ist niemand anders als der erste bolschewistische Diplomat weiblichen Geschlechts, nämlich Alexandra Kollontaj, russischer Botschafter in Christiania.

Man wird sich dieses Namens noch gut erinnern. Unsere illustrierten Blätter brachten anlässlich der Berufung Alexandra Kollontajs zu diesem Posten deren Bildnis, es zog die Blicke auf sich. Alexandra Kollontaj ist eine schöne Erscheinung; bekleidet war sie mit einem echt pariserischen und ganz und gar nicht proletarischen Cape und einem Kostüm, das in jeder Linie die grande couture verriet, die große Schneiderkunst Frankreichs. Bis jetzt hat sich diese erste Diplomatin gut bewährt. Ihr hat Sowjetrußland die Lösung des Spitzbergproblems und die Tatsache zu verdanken, daß die norwegischen Banken die russischen Effekten als Zahlungsmittel annehmen.

Das Buch von Alexandra Kollontaj verdient aber noch anderer Gründe wegen unsere Beachtung: es wurde von den staatlichen Druckereien des bolschewistischen Rußland herausgegeben, wir haben es hier also mit einem in doppelter Hinsicht offiziellen Werk der bolschewistischen Literatur zu tun. Und schließlich betreibt Alexandra nicht nur durch die Schrift, sondern in Norwegen ganz offen mit dem Wort, durch den Vortrag eifrige Propaganda für ihre, in diesem Werk niedergelegten Ideen, diese müssen also von den maßgebenden Kreisen Sowjetrußlands geteilt und gebilligt werden. Sie betreibt diese Propaganda übrigens mit jener Unbekümmertheit um Zopf und Perücke, die ein wirklich wohlthuendes Kennzeichen aller bolschewistischen Diplomaten zu sein scheint, und mit einer Ungeniertheit, vor der ihre Zuhörer, die Studenten von Christiania, des öfteren bis über die Ohren erröten sollen.

In formaler Hinsicht wandelt die Schriftstellerin und bolschewistische Diplomatin auf jeden Fall keine neuen Wege. Nein, sie benutzt sogar eine alte, besonders in der russischen Literatur gern befolgte Methode, um ihre Ideen zu propagieren, nämlich die Gegenüberstellung der Generationen, diesmal sind es nicht die Väter und Söhne, sondern die Großmütter, Mütter und Töchter. Die alte Generation noch ganz in ihren sentimental, normalbürgerlichen Anschauungen befangen, die Mutter aus ihrer Sicherheit durch diese, durch solche Zeiten herausgerissen, die Tochter die Vertreterin eines neuen Geschlechts.

Die Mutter heißt Olga. Sie steht mitten in den kämpfenden Strömungen, sie ist Marxistin, aber nicht Bolschewistin, und damit nur eine halbe Marxistin. Von starker Sinnlichkeit, ist ihr Leben eine Folge von

Zerrungen, Wirren und Kompromissen. Sie kann sich nicht von dem Kapitalisten trennen, den sie seiner Ansichten wegen haßt und seiner Schwächen wegen liebt. Sie liebt zugleich einen Sozialdemokraten, sie fällt von den Armen des einen in die des anderen. Erst die gewaltige Katastrophe bringt Klarheit und Reinheit. Olga verliebt sich in den Revolutionär Riabkoff, sie liebt ihn mit der Glut der reifen Frau.

Denn Olga hat schon eine Tochter von siebzehn Jahren, Genia, und diese ist das bolschewistische Mädchen von heute, die Frau des bolschewistischen Rußland von morgen. Riabkoff, ein sinnlicher Windhund, erobert auch die Tochter, der Sturm bricht aus. Gewürzt durch das Problem der Blutschande. Sehr charakteristisch ist hier die Haltung der Verfasserin und die Genias. Alexandra Kollontaj begreift die Empörung und Erregung der Mutter kaum, und deren Tochter hat für die bürgerlichen Emotionen der Mutter nur Mißachtung. Zwischen Genia und Olga wächst im Nu die gleiche, dichte Scheidewand auf, wie zwischen Mutter und Großmutter.

„Ich begreife nicht, Mama, warum du dich so aufregst. Wir beide haben Gefallen aneinander gefunden, all dies ist doch so einfach. Wir haben niemand Unrecht getan; ich weiß vollkommen um die Pflichten gegenüber meiner Partei, aber welche Beziehungen findest du zwischen der Revolution, der Partei und den mit Riabkoff getauschten Küssen? Wo sind überhaupt die Grenzen der Intimität? Und dann nehmen wir dir ja nichts weg. Riabkoff betet dich immer noch an. Willst du es mir wirklich verbieten, ein wenig Vergnügen ohne dich zu haben? . . . Man braucht Zeit, um verliebt zu werden, und ich bin von den Sitzungen des Komitees sehr in Anspruch genommen! In dieser Epoche, in der wir leben, fehlt es immer an Zeit: man muß jede Stunde ausnutzen. Aber ich liebe niemand. Was jedoch meine Zerstreuungen mit Riabkoff angeht, so können diese dich, Mama, in keiner Weise berühren.“

Und dann bricht Genia in Tränen aus, sie weint das echt russische, das unvermeidliche Weinen. Sie weint über ihre Mutter, die eine so gute Kommunistin zu sein schien, die sie höher verehrte als Lenin, und die zu derart gegenrevolutionären, zu so normalbürgerlichen und antiquierten Ideen über die geschlechtlichen Beziehungen herabsinken konnte.

Die Liebe ist es, die Alexandra Kollontaj treffen will. Die Liebe ist dem Bolschewismus ein schlimmer Feind, als es die Wrangel, Denikin, Koltschak und all die anderen abenteuernden Generale gewesen waren. Solange diese Liebe noch im Herzen des Volkes sitzt, steht das Werk Lenins auf tönernen Füßen. Die Liebe ist der Bazillus im Mark des Bolschewismus. Und so zeigt Alexandra Kollontaj, wie schlecht es allen Mädchen und Frauen ergeht, die sich des Verbrechens schuldig machen — zu lieben. Alle müssen es bitter büßen, sich in echter Liebe einem Manne zu ergeben. Sie werden von den Männern einfach verraten, und diese selbst werden infolge dieser Liebe ebenfalls den bolschewistischen Ideen untreu, sie verfallen reaktionären Absichten und bürgerlichen, geschminkten Gretchen und Mamsellen. Kurz, wer wirklich liebt, der wird zum Renegaten an der guten Sache.

Alexandra Kollontaj ist auch, wie man leicht erraten wird, extreme Feministin. Und so ist es nur in der Ordnung, daß die Männer in ihren Werken sehr schlecht wegkommen; sie werden von der Verfasserin

verachtet und nur als Spender einer flüchtigen Lust eingeschätzt. Man wird vergebens nach einer sympathischen, männlichen Figur suchen. Alle ihre Neigungen gelten den „fleißigen Bienen“, sie sind die Märtyrerinnen, die Dulderinnen, die Heroinen. Solch ein Mann kommt betrunken nach Hause, aber nicht allein, sondern er bringt eine Dirne mit ins Heim, eben umarmen sich Frau und Dirne, beide umschlungen von der gleichen Not, und sie weinen wieder das unerläßliche, echt russische Weinen; der total betrunkene Mann schnarcht indessen roh und geräuschvoll seinen Rausch aus . . . Also vor allem nur keine Liebe. Die „fleißigen Bienen“ mögen von Kelch zu Kelch schwärmen, sie mögen überall den Honig aussaugen, nur dürfen sie nicht dem Laster der Liebe verfallen.

Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg dieses Werk haben wird, ob sich Genia in der gleichen Weise den Weg brechen wird, wie vor vielen Jahren ihr älterer Bruder Ssanin, an dessen großen Erfolg man sich vielleicht auch noch erinnert. Wer unsere so seltsame, so hochromantische Zeit versteht, der wird ahnen, daß ein solches Werk tiefgehenden Strömungen entgegenkommt, die heute ganz Europa (La Garçonne) und auch das nördliche Amerika durchfluten, wenn auch zum Teil noch unterirdisch. Doch wie die stillen Wasser tief, so sind die unterirdischen mächtig.

## Charlie Chaplin

### Ein Symptom für die amerikanische Kulturdämmerung

Von Gerhart Pohl

In der englischen Zeitung „The Graphik“ sah ich Abbildungen neuer amerikanischer Skulpturen, die ein buntes Sammelsurium aller Stile aller Völker waren und der Sofakante des „guten Zimmers“ einer ostelbischen Kalkulatorenfamilie gewiß sich würdig eingefügt hätten: Neckische Faune mit Rokokoflügelchen und dem Gesicht eines Amenophis waren um eine Säule gruppiert, „sinnvolle“ Mischung aus Antike und Quattrocento.

Einige Tage später lief „Charlot policeman“ über meinen Weg. Auf einmal war mir aufgegangen, wo die wirklichen Ansätze zu einer national-amerikanischen Kultur liegen. Nicht bei einer Malerei oder einer Skulptur, die einen unverständenen Eklektizismus aus den großen Epochen der alten Kulturwelt treibt, sondern bei Chaplin, will sagen: bei der Ausnützung letzter Raffinesse, die Geist und Technik bieten, zur Darstellung einer menschlichen Sache. Chaplin hat als erster — bewußt oder unbewußt — erfaßt, worauf es für Amerika ankommen muß, um sich ein geistiges Eigenleben zu verschaffen.

Was vor ihm versucht wurde, war, wenn es gelang, Europa: Upton Sinclairs intellektuell-kämpferische Romane. Die Hymnen Walt Whitmans, des Dichters der „amerikanischen“ Prärie, der ebensogut Sibirien hätte besingen können und jedes Gebiet, das seinem Gefühl für Weite und Freiheit Symbol geworden wäre. Mark Twains Humor typisch englischer Prägung.



Charlie Chaplin verleiht erstmalig amerikanischem Volksempfinden Ausdruck. Amerikanisches Volk setzt sich zusammen aus den Ahnen der Ausgewanderten, Verbannten, Deklassierten aller Völker. Seine Blutmischung ist unbeständig, noch dauernden Attacken ausgesetzt durch neue Auswandererströme, die sich in das Land ergießen. Amerika wird nicht eher zu einer eigenen Kultur kommen können, bis nicht dieser Prozeß beendet ist.

Die heute Bibliotheken besitzen und über Bildung verfügen, haben sie hart erwerben müssen, wie das Geld, das die Voraussetzung war. Unten stoßen neue vor, das wirkliche amerikanische Volk, die ungezählten Nummern der Fabriken und Arbeitsstätten, Angehörige aller Rassen und Staaten, erfüllt nur von dem einen, sehr unkomplizierten und ungebrochenen Willen: nicht unterzugehen. Sie sind die Ausgebeuteten mit der Anwartschaft, später selbst auszubeuten, die Getretenen mit der Ueberzeugung, einmal zu den Tretenden zu gehören, die „en bas“, die zäh den Tag des Aufstiegs vorbereiten. Ihr Held wurde Charlot, landfremd wie sie, einst ein armer, kleiner, herumgestoßener Ostjude, heute der Souverän einer Kunst. Und worauf beruht sein Erfolg?

Daß er spaßige Bewegungen macht? Daß seine Beine einem zerschluterten, ausgelerntem Schulbuch gleichen? Daß er komische Situationen wie kein anderer zu erfinden weiß? Daß er die „richtige“ Mischung zwischen Humor und Tragik fand und so in den Menschen das seltene und im Geheimen ersehnte Gefühl des Weinen-Lachens auslösen konnte?

Ich glaube: weil er eine „neue“, d. i. die typisch amerikanische Ausdrucksform gefunden hat. Er hat die letzte Raffinesse aus seinem Geist und der ihm dienenden Technik geholt um einer menschlichen Seele willen. Das sagt: Er ist der Entdecker Amerikas und — des Kinos. Denn was er für die Filmtechnik und ihre darstellerischen Möglichkeiten bedeutet, wird man erst übersehen können, wenn diese neue Kunst ihre erste Konsolidierung gefunden hat. Heute genügt die Feststellung: Der Winkelried für den beispiellosen Siegeszug des amerikanischen Films war Charlie Chaplin, der große Amerikaner, der erste geniale Film-Dichter, -Regisseur und -Darsteller. Das sichert seine Bedeutung bei allen Völkern.

Man wird vielleicht gegen die Zuspitzung meiner Ausführungen auf das National-Amerikanische opponieren, sie übertrieben finden. Seht euch Chaplins Filme unter diesem Winkel an. Sie enthalten nichts mehr von der Mentalität des alten Europa. Wie hätte ein europäischer Film seine Bibelstunde dargestellt? Satirisch oder kitschig verlogen. Chaplin zeigt sie: naiv-erscheinungsgläubig als das, was sie ist, eine unleugbare Tatsache, die sich fast zu jeder Tagesstunde in seiner Heimat verwirklicht. Wozu rebellieren? Die Tatsache triumphiert doch. Also sachlich darstellen.

Und dann wieder: der Gasautomat gibt infolge eines Defekts das Geldstück frei, also herausholen. Betrug? Ich bitte: Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten.

Chaplin betet als Pflegevater mit seinem Schützling ein Tischgebet. Das tut man eben als guter Vater. Noch dazu als amerikanischer. Daß er dabei ein Lächeln gen Himmel nicht verkneifen kann, ist nur Versinnbildlichung eines tatsächlich vorhandenen, latenten Allgemeinvorganges. Welcher Vater lächelt innerlich nicht überlegen, da er seinem Kind das Beten befiehlt?

Dies als Basis, die meinen Standpunkt zu dem amerikanischen Filmgenie geben soll. Nun komme ich zu zwei Büchern, die deutsche Schriftsteller über Chaplin publizierten.

Das eine, von Gerhard Ausleger (Charlie Chaplin, Pfadweiser-Verlag, Hamburg), verliert deshalb an Wert, weil es an Chaplin nicht voraussetzungslos herangeht, sondern ihn in eine Ideologie zwingen möchte. Für Ausleger ist Chaplin so etwas wie ein Liebknecht des Films. Ein Buch, das die Dinge nicht einfach, sondern in der Spiegelung der deutschen Nachkriegspsychose sieht: verzerrt und übersteigert. Das bedeutet keinen Vorwurf für den Autor, sondern ist die erneute Feststellung, wie tief der Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft in das deutsche Geistesleben eingegriffen hat. Darüber hinaus bleibt vieles an Auslegers Buch interessant: die mit Elan heruntergeschriebene Kaskade, die Chaplin-Freunde in allen Ländern aufzählt, in Wortreichtum und Sprachschwung an Walt Whitman erinnernd. Das Erlebnis der Gleichzeitigkeit für den ganzen Erdball ist sicher empfunden und geschickt dargestellt. Ueberhaupt liegt die Stärke des Büchleins in der Skizzierung des Atmosphärischen um Chaplin und seine Freunde, nicht in der Fixierung seiner Gestalt.

Um die bemüht sich der andere Chaplin-Publizist, der Dichter Hans Siemen. Wer seine Geschichtenbücher kennt, muß ihn lieben. (Es werden nicht viele sein im Zeitalter der Reklameerfolge, da Siemen ein schlechter Trommler für die eigene Sache zu sein scheint.) Er besitzt, was neben ihm nur noch einer der Zeitgenossen an sich hat, René Schickele: Die Gabe, Erlebnisse „von ungefähr“ zu gestalten, den Dingen durch Umschreiben, melodisches Herantasten und Wiedergabe ihrer Atmosphäre näher zu kommen, voll Widerwillen vor allem Direkten, Unmittelbaren. In seinem Chaplin-Buche („Charlie Chaplin“, mit 18 Bildern nach Filmausschnitten, Feuer-Verlag, Leipzig) fängt er bei einem Roman von Emmy Hennings an. Er hätte auch bei Oswald Spengler beginnen können oder mit dem japanischen Erdbeben. Dann plaudert er von zwei Postkarten; wir erfahren, wie sie aussehen, woher sie sind, daß Freunde sie sandten, und am Schluss so nebenbei, daß ein „neuer Mann“ darauf abgebildet sei, Charlie Chaplin. Siemen kommt in Großfahrt. Jetzt geht es an: Er erzählt von seinem Freunde, dem Dichter Chaplin, dem Darsteller, dem Regisseur, dem Politiker, und, weil das sein Lieblingsthema, noch einmal von dem Politiker der Menschlichkeit.

Er wendet kein Pathos auf (was an dem Buche Auslegers stellenweise stört), läßt große Worte zu Hause und erzählt mit der warmen Stimme eines schlichten Menschen von seinem berühmten Freund, dem schlichten, kleinen Charlot. Der menschliche Klang bricht Packeis. Man horcht auf, wenn er von dem „Politiker“ Chaplin sagen will, er sei ein großer Revolutionär des Herzens und das so umschreibt:

„Er zerstört Schranken. Er macht aus den Menschen das, was sie eigentlich sein sollten: Menschen. Er zertrümmert alles, was sie daran hindert, Menschen zu sein: die Schranken des Standes, der Bildung, der Erziehung, die Schranken der Würde, der Eitelkeit, der Macht, der Dummheit. Dieser komische kleine Clown ist das größte, was ein Mensch sein kann: Ein Weltverbesserer. Gott segne ihn!“ —

Es sei noch erwähnt, daß beide Bücher das Problem übergehen, von dem ich eingangs sprach: das Problem Amerika.

# Das Ereignis Stravinsky in der Staatsoper

Die Geschichte vom Soldaten — Pulcinella-Suite — Der Fuchs

Von Else Kolliner

Wenn Politik die Einwirkung auf das menschliche Material im Hinblick auf eine bestimmte Idee ist, muß auch die Kunst politisiert werden. Man kann nicht als Hauptfaktor die geistige Trägheit des Publikums in seine Repertoire-Rechnung setzen und als Summe eines solchen Jahresabonnements junge, elastische Voraussetzungslosigkeit erwarten. Stravinskys „Geschichte vom Soldaten“, vor einem Jahr in der Volksbühne jubelnd aufgenommen, muß sich bei jeder Aufführung in der Staatsoper gegen Zischen und Gelächter behaupten. Das Publikum muß unter dem Eindruck der Staatsopernpolitik, die keine ist, zu der Folgerung kommen, Krenek und Stravinsky seien Konzession an eine Tagesrichtung, es habe das Recht, den ererbten musikalischen Besitz zu schützen. Vor wenigen Wochen war Schrekers leerer Schwall Ueberzeugung, heute ist es die gespannte, durchlüftete Sachlichkeit Stravinskys. Kein Weg führt von dem einen zum andern. Als man — es war die „bildungsstolze“ Zeit — Wagner propagierte, stützte man sich auf die nationale, philosophische Dichtung. Heute, da jeder sie am eigenen Leibe erlebt, wäre es leicht, durch den Hinweis auf biologische und soziologische Zusammenhänge die Aufnahmefähigkeit aufzulockern.

Denn die Musik (wie jede Kunst) einer Zeit, deren Sinne von der Heimbringung einer neuen Ernte, mit der Auffüllung der Vorratskammern für seelisch-geistige Verarbeitung beschäftigt sind, muß sich grundlegend von der Musik langer Epochen unterscheiden, die sich ganz der Aufgabe, gleichbleibende Sinneserfahrungen zur Kunst zu sublimieren, überlassen konnten. Alles seelisch-geistige Leben ist Essenz aus der Erfahrung der Sinne. Auch das Genie kann ihnen nur neuen Gehalt, neue Gestalt geben, solange die Auswirkungsmöglichkeiten nicht erschöpft und verbraucht sind. Vom Standpunkt der Fruchtbarkeit des sinnlichen Erlebnisstoffes sind Klassik und Romantik nur die Ausbeute einer zusammenhängenden, zu Ende gegangenen Phase. Es könnte sich herausstellen, daß der Einschnitt zwischen dem Gestern und dem Morgen so umwälzend ist wie der Augenblick, als der Mensch sich zum erstenmal der klingenden Aeußerung, der Möglichkeit, durch den Laut Gemeinschaft herzustellen, bewußt wurde.

Der seelisch empfindsame Mensch leidet unter der Vormachtstellung der zivilisatorischen Tendenzen. Sie nivellieren kulturelle Besonderheiten. Aber immer klarer wird gleichzeitig ihr Dienst an der kulturellen Erneuerung. Sie sorgen für die neuen Erfahrungen der Sinne, sie reizen sie rastlos an, stürzen sie aus einem Erlebnis in das andere. Die Generation, die das Leben ohne Verkürzungen der Sprechmechanik — gegen die Schreibruhe der Väter —, ohne Motorengknatter, ohne die Vielheit der Wohnungs- und Reklamesignale nicht kennt, hört nicht melodisch (Melodie verbraucht Zeit), sondern rhythmisch-tempohaft, sachlich. Sie muß notgedrungen ihr neues Hören in neue Sprache umsetzen. Die Erbmasse kann sich in dieser Atmosphäre nicht lösen.

Die Musik, der es versagt ist, Konkretes darzustellen, es sei denn in der Wiedergabe von Geräuschen und Bewegungen, hat als Ausgleich die sinnlichsten Ausdrucksmittel von allen Künsten. Nichts ist sinnlicher als der Klang, den wir aus unserer eigenen Körperlichkeit, mit den unseren eigenen Atemgesetzen abgelauchten Instrumenten hervorgerufen. Unsere Erlebnisse setzen sich auf dem direktesten Wege in Kunstmaterial um. Eines dieser Erlebnisse ist z. B. der Trieb zur Bewegung, als ein mit stärksten Lustinhalten besetzter Affekt geworden. Wir lassen uns nicht mehr Zeit zum Nacheinander, wir setzen kühn nebeneinander, was früher zeitlich getrennt war. So bekommt die Dissonanz, die immer das Zeichen für Unruhe und Spannung war, eine neue Bedeutung.

Stravinskys Musik zieht die Konsequenzen aus dieser Situation. Seine Rhythmisierung, Instrumentierung, seine Harmonik mit Jazzcharakter ist nicht „Effekt“, bloßer „Witz“, sie sind die schlagendsten Mittel, in dem sich besonders stark geladene Triebe und Energien befreien. In der „Geschichte vom Soldaten“ wird nicht der primitive Mensch in eine allgemein-musikalische Ausdrucksweise „hinaufgehoben“. Sondern eine vollkommene Herrschaft über die Technik versenkt sich in das Wohlgefühl des marschierenden Körpers, in unformulierte Klagen, in die Respektlosigkeit volkstümlichen Ueberschäumens, wie sie zum erstenmal erlebt werden. Die Worte von Ramuz, der dieses Märchen schrieb (der Teufel listet dem Soldaten die Geige — die fruchtbare Gefühlsbeziehung zur Welt — ab; Reue des Soldaten. Ueberlistung des Teufels durch den Soldaten, Heilung und Gewinnung der kranken Königstochter; endlich Sieg des Teufels), haben viel mehr festgelegten poetisierenden Ausdruck als die Musik. Der Text wurde Anhaltspunkt für den Widerstand.

Die Pulcinella-Suite ist eine Folge von Tänzen und Arien des Pergolesa — im Orchester sitzen Sopran, Tenor, Bariton —, die Stravinsky bearbeitet hat. Dieser Revolutionär wendet gegen das Süß-Melodische hier keine Gewalt an, er stört die reizend-kultivierte Sorglosigkeit, das natürliche Gleichgewicht des in einem glücklichen Klima Gewachsenen nicht. Er macht es für die Bedürfnisse unseres Ohres deutlich durch den Zauber der Klangfarben, die Führung der Stimmen, die gelegentliche Drastik der Instrumentierung. Kleiber, der augenblicklich seine subtile Phase hat, Schärfen glättet, amalgamiert italienisches 18. Jahrhundert und Russisches aus dem 20. Jahrhundert zu untrennbarer Einheit.

Terpis hat dazu mit den Figuren der alten eine neue, weniger phantasievolle Handlung geschrieben — aus Zauberei wird Kleidertausch. Pulcinella stört die Eintracht dreier Liebespaare; er soll von drei Eifersüchtigen erschlagen werden, überlistet den betrunkenen Furbo, seine Rolle zu spielen. Furbo werden an seiner Statt die Glieder ausgerenkt, er wird in dem ergötzlichsten Begräbnis zu Grabe getragen. Pulcinella entwendet dem Notar Perücke und Talar, kommt so dazu, die drei reuigen Liebespaare zu trauen, kann sich nun wieder gefahrlos zeigen, vereint sich mit Pimpinella, und der nur scheinotote Furbo verfällt rettungslos der ältlichen Prudenza.

Die Musik zum Fuchs, der den Hahn beschleicht, zum Hahn, der unter dem Trommelwirbel der Schmeicheleien in Trance versetzt wird, so daß er nach wildem Flügelschlagen sich zweimal mit einem Salto mortale in die Gewalt des Feindes begibt, von Katze und Bock heraus-

gehauen wird, worauf Tote und Lebende tanzend vom Publikum ihren Lohn fordern. — Diese Musik ist unwiderstehlich in ihrer Identität mit dem Stoff, den witzigen Rhythmen, dem mokierenden Gedudel und Geplärre, der untraditionellen szenischen Form — zwei Tenöre und zwei Bässe singen im Orchester den Bilderbuchtext zu den mimischen Vorgängen. Ein Stravinsky als zwinkernder Erzähler auf der russischen Ofenbank. Hier ging das Publikum mit, weil „Seelisches“ nicht zur Diskussion stand.

Legal, jetzt Intendant in Darmstadt, inszeniert wie im Vorjahre das erste Stück. Er hat in zwölf Monaten Provinz schon die Drücker gelernt. Die Musik bleibt ihm stumm, sonst könnte er die Prinzessin nicht wie die Puppenfee tanzen lassen. In der Pulcinella zeigt Terpis als Ballettmeister (und Kreutzberg als Tänzer) eine völlige Reorganisation des Balletts — die veraltete Technik wird durch witzige Ausnützung, durch Uebernahme der melodisch-rhythmischen in mimische Bewegung wieder lebendig. Hörth reserviert sich den „Fuchs“, inszeniert nicht aus dem Werke, sondern aus einer von außen herangetragenen Idee: Zirkusszene. Aber er hat das Verdienst, den Artisten Hanau vom Wintergarten für den Hahn zu engagieren, der mit abgründigem Ernst stelzt, kollert, springt und als Ohnmächtiger über einer Stange hängt.

## RANDBEMERKUNGEN

### Jubelfeiern

Es wird nachgerade ein wenig zuviel und ein wenig zu laut jubelt im deutschen Vaterlande. Im Kölner Gürzenich wird der Rheinsalm zentnerweise verzehrt, ganz zu schweigen von der Fülle der Masthühner. Aber auch anderswo vernimmt man Wunderdinge .... Was dem Westen recht ist, ist dem Osten billig. Die Stadt Pillau feiert ihren 200. Geburtstag. Gewiß kein ehrwürdiges Alter, aber Grund anscheinend genug zur „Pillauer Woche“. Auf nach Pillau! Am 21. Juni, 7 Uhr früh — so verheißt das Festprogramm —, ist „Militärisches Wecken“. Hoffentlich naturecht und ganz so, wie es früher war: „Rrrraus, Ihr Schweinekerls; alles gesund?“ Nach einem guten Frühstück dann um 10 Uhr „Feldgottesdienst“, darunter tut man's auch in Pillau nicht. Danach selbstverständlich Festessen usw. usw. Das geht so tagelang. Da fehlt nicht ein „Fußballspiel Armee gegen Marine Ostpreußens“ und als besonderer Clou ist ein

„Hunderennen auf dem Sportplatz“ vorgesehen. Hoffentlich mit Festansprache des Barons v. Gayl und anschließender Resolution: Herr Reichspräsidenten v. Hindenburg, Berlin. Die vielen Tausende beim Hunderennen in Pillau versammelten geloben in treudeutscher vaterländischer Gesinnung... Wiederaufbau der nationalen Hundezucht... Folgen Unterschriften.

Grober Unfug dieser Art verleidet Jahrhundert- und Jahrtausendfeiern. Wie z. B. die Berliner Veranstaltung der Rheinischen Frauenliga bei Kroll. Festvorstellung und Tee-Empfang. Vor dem staatlichen Opernhaus und später im Krollgarten werden schwarz-weißrote Fahnen verkauft. Anderthalb Mark das Stück. Herr Laverrenz, deutschnationaler Häuptling aus der Schellingstraße, hatte die Händler gesandt, zehn Prozent für die deutschnationale Parteikasse. Leider war das finanzielle Ergebnis schlecht, zur Ehre der Festteilnehmer muß es gesagt werden. Die Darbietungen bei tropischer Hitze gut gemeint. Da ist aber Punkt 3 des

Programms: „Kaiser und Kirche“, Lebendes Bild, gestellt von „Damen und Herren der Gesellschaft“. Hört, hört! Ist die Rheinlandteier nun eine Angelegenheit des deutschen Volkes oder eine Angelegenheit von „Damen und Herren der Gesellschaft“? Hier war freilich nur die „Gesellschaft“. Prinz August Wilhelm war da, und der „Tag“ hat ihn ebenso seinen Lesern im Bilde vorgeführt, wie Herrn Hugenberg, der auch seine Jubelfeier, nämlich seinen sechzigsten Geburtstag, hatte. Und dann war noch die Frauenvereinigung der Deutschnationalen Volkspartei da, die neben der Majorin v. Hindenburg ein Dutzend Tische im kühlen Schatten für sich hatte reservieren lassen, während die Aachener Sängler in der Sonne braten mußten. Frau Stresemann — hat es Elsa Herzog im „Lokal-Anzeiger“ nicht erwähnt? — soll im Zeichen der ganz großen Volksgemeinschaft ein sehr apartes schwarz-weiß-rot-goldenes Crêpe Georgettekleid getragen haben.

Am nächsten Tag kam nach der „Gesellschaft“ dann das „Volk“. Rheinische Kundgebung vor dem Reichstag. Da mimte auch der „Verein ehemaliger Baltikumer“, und ein sagenhafter Nationalverein deutscher Frauen sorgte für die schwarz-weiß-rote Couleur. Nichts destotrotz hielt der Zentrumsminister Franken die Festrede.

Wen wundert das eigentlich? Reichskanzler Luther läßt im Giebelfeld der Reichskanzlei im Augenblick gerade die Krone und den kaiserlichen Adler erneuern. Symbol? Jawohl! Man kann aber auch nichts gegen Herrn Luther sagen, denn wenn man ein paar Häuser weitergeht, sieht man wie bei Wertheim in einer Badedekoration neben den Fahnen aller Länder die schwarz-rot-goldene Fahne — nicht, dafür aber die schwarz-weiß-rote Flagge, ebenfalls mit der Krone und dem kaiserlichen Adler. Kann man mit Cadinen schon wieder Geschäfte machen? Wittert Wertheim Morgenluft?

Sebastian

### Akademische Tragikomödie in Hannover

An der Technischen Hochschule Hannover lehrt seit 17 Jahren als Privatdozent, neuerdings auf 4 Jahre mit einem Lehrauftrag bedacht, der mit 50 Prozent der Bezüge eines Regierungsobersekretärs bezahlt wird, der Doktor der Medizin und Philosophie Theodor Lessing, ein guter Schriftsteller, der in der Wissenschaft einen geachteten Namen hat. Er stammt aus einer jüdischen Familie Hannovers und gehört politisch zur Sozialdemokratie. Infolgedessen ist er natürlich bei der in ihrer Mehrheit überwältigend nationalistischen Studentenschaft und dem in der Mehrheit ebenso eingestellten Lehrkörper gründlich unbeliebt. Außerdem: Wozu braucht man eigentlich an einer Technischen Hochschule Philosophie? Damit kann man in der technischen Praxis doch sich höchstens kompromittieren. Infolgedessen ist Lessings Hörerschaft klein, kleiner, am kleinsten.

Aber auch diese bescheidene wissenschaftliche Existenz wird dem verdächtigen Manne nicht gegönnt. Jede Gelegenheit versucht man zu benutzen, um sie zu zerstören. Als Lessing infolge allzu gründlicher Kritik an der seltsamen Art, in der das hannoversche Gericht im Falle Haarmann prozedierte, mit Staatsanwalt und Vorsitzendem des Gerichts, Verteidigern und Sachverständigen in Krach geriet, demonstrierten in der Hochschule ein paar Dutzend Studenten gegen ihn, die sich zu diesem Zweck zum ersten Male in ihrem Leben in einen Raum, während eine philosophische Vorlesung darin stattfand, hineingewagt hatten. Lessing überstand dieses Abenteuer unbeschädigt, ein Disziplinarverfahren gegen ihn, das Justiz- und Hochschulbehörden zu inszenieren versuchten, scheiterte am Widerstand des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, und die Studenten entdeckten zu ihrem Vergnügen, daß ihre körperliche Anwesenheit bei Lessings Vorlesung ihnen weiter keine schädlichen Kenntnisse bei-

gebracht hatte. Sie hatten Lust, das Experiment zu wiederholen und sich dabei, des sichereren Erfolges wegen, der so außerordentlich rationalen Technik der Produktion auf großer Stufenleiter zu bedienen. Gelegenheit dazu bot ein Artikel Lessings im „Prager Tagblatt“ (dem ein Berliner Gericht erst dieser Tage seine gutdeutsche Gesinnung öffentlich attestiert hat). In diesem vor Hindenburgs Wahl erschienenen, sachlich übertrieben maßvollen, formal beneidenswert gut geschriebenen Artikel trat Lessing gegen Hindenburgs Kandidatur auf. Der Artikel wurde einige Zeit nach der Wahl Hindenburgs in den nationalistischen Tageszeitungen Hannovers in entstellenden Auszügen verbreitet. Nun ging ein systematisches Kesseltreiben los, dessen studentische Führer als ihr Ziel aussprachen, Lessing die Lehrtätigkeit an allen deutschen Hochschulen unmöglich zu machen. Rektor und Senat leisteten dabei kräftig Hilfe und sind auch durch deutliche Desavouierung durch den preußischen

Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bisher nicht zu bewegen gewesen, Lessings Lehrtätigkeit wirksam zu schützen, Zucht und Ordnung in der Hochschule wieder herzustellen und die haufenweise begangenen schweren Disziplinbrüche der Studenten nachdrücklich zu bestrafen.

Man braucht zu dem Fall eigentlich keinen langen Kommentar zu schreiben. Die Tatsachen sind so ungeheuerlich, daß sie unmißverständlich zeigen, daß an den Hochschulen einmal gründlich aufgeräumt werden muß. Von der preußischen Staatsregierung muß verlangt werden, daß sie das tut. Schließlich ist ja der Bedarf an Zuchtstätten des Hakenkreuzgeistes durch ein paar Dutzend großindustriell und großagrarisches freigiebig finanzierter nationalistischer Verbände ausreichend gesorgt, so daß eine Verwundung der staatlichen Hochschulen zu diesen pädagogischen Zwecken immerhin doch beinahe entbehrlich erscheinen möchte.

H. K.

## B Ü C H E R S C H A U

### *Hans Jäger: Ein Dichter der Wahrhaftigkeit\**

Wenn ein Mann, der noch nicht am Verhungern ist, am hellen Mittag in einer verkehrsreichen Straße aus einem Bäckerladen ein Stück Brot nimmt und sich lieber totschlagen läßt, als daß er auf das Brot verzichtet; sich also um des Prinzips willen totschlagen läßt, — ist dieses Verhalten Idealismus oder Materialismus? Hinzugefügt werden muß, daß der Mann — der sich lieber totschlagen, als das Brot liegen läßt — natürlich sicherer durch das Totgeschlagenwerden, als am Hunger stirbt.

\*) Es erschien in deutscher Ausgabe, übersetzt von Niels Hoyer: „Kristiania Bohème“, „Olga“ (Adolf Harms Verlag, Hamburg) und „Kranke Liebe“ (Gustav Klepenheuer Verlag, Potsdam).

Solche Stellungnahme ist ein idealistischer Materialismus: denn der eigentliche Materialismus ergreift aus seiner opportunistischen Gesetzlichkeit nur den nächstliegenden, offensichtlichen materiellen Vorteil. Der Anarchismus Hans Jägers aber verlangt, ebenso wie der historische Materialismus, ideale Einsätze.

Hans Jäger, dieser Kämpfer um die Heiligung des menschlichen Trieblebens, der Dichter, der die Selbstherrlichkeit des physischen und psychischen Genußwillens zum Sinn des menschlichen Daseins erhebt, verlangt in „Olga“ und „Kristiania Bohème“ den Einsatz des Lebens für das Leben; läßt Olga Not, Schmach, Schande auf sich nehmen um des Ideals willen, das hier das Recht der Materie ist.

Das Gegenbeispiel ist Artzibaschew. In „Ssanin“ ist Geuß eine feige Flucht vor der Zwiespältigkeit und dem traurigen Reichtum des menschlichen Daseins. Ssanin nimmt schlaue und skrupellos, was er dem Leben an sinnlichen Vergnügen ablistet kann. Jäger aber trägt Leid und Seligkeit, Tod und Geburt des Lebens um des Lebens willen. In „Kranke Liebe“ ist Glück nichts Billiges und Bequemes, wie die Sinnenlust der Helden Artzibaschews. Im Gegenteil: die Seligkeit dieser Liebe ist kaum zu trennen von ihren Qualen. Jäger fordert nur die Befreiung von gesellschaftlichen und sozialen Fälschungen des Lebens, das in seiner Tücke und Gnade göttlichen Rang besitzt. Bei Jäger steht die Idee der unveräußerlichen Freiheit des Individuums hinter der Glorifizierung des Materialismus.

Olga („Olga. Eine intellektuelle Verführung“) ist das Mädchen aus guter bürgerlicher Sphäre (dieser heute fast unbekannt Typus), dessen erotischer Trieb in der Familienmoral verkümmert und verborgen war. Hermann Eek — alias Hans Jäger — will die Frau aus der Enge ihrer bürgerlichen Bindung lösen. Sie soll in freier sexueller Wahl (wenn auch ohne Liebe, denn sie liebt einen anderen) ihm angehören, damit sie durch diesen Schritt ihre Fesseln zerreiße und als Vorkämpferin für das Recht der Jugend auf freien Liebesgenuß auftreten kann. Eek will Olga nicht im Sinne der Ueberrumpelung verführen, sondern das Mädchen soll ihr willenshates Recht auf freie Liebeswahl benutzen, ohne vom Taumel der sexuellen Suggestion bezwungen zu sein. Olga zögert aus Angst vor gesellschaftlicher Aechtung und ihren Eltern zuliebe, den Schritt ins Weglose zu tun, den Eek verlangt. Sie möchte, um in gesicherte Verhältnisse und in die freiere Stellung der verheirateten Frau zu kommen, einen Mann ehelichen, den sie verachtet. Eek

ist entschlossen, die Fahnenflüchtige aufzugeben. Doch da gelangt durch eine Indiskretion ein autobiographischer Roman Eeks (in dem seine Beziehungen zu Olga dargestellt sind) in die Öffentlichkeit. Olga ist kompromittiert, der Bräutigam löst die Verlobung und dieser „Stoß des Schicksals“, der das Mädchen aus der bürgerlichen Gesellschaft ausschleudert, gibt Olga die Kraft zum Entschluß. Von jetzt ab wird sie ihre Pflichten und Rechte mit Eek und dessen Freunden in der anarchistischen Gesellschaft der „Kristiania Bohème“ selbst bestimmen. Sie erklärt dem Vater, daß sie lieber ihren Körper verkaufen werde, als jemals wieder die Heuchelei der bürgerlichen Sitte auf sich zu nehmen.

Olga aus „Olga“ und Lili aus „Kristiania Bohème“ sind die Töchter, die von der eigenen Gesellschaftsklasse dem Götzen der Moral geopfert werden. Gerda, der schöne Backfisch in „Kristiania Bohème“, ist das noch ungebrochene Menschenkind; aus diesem Kind und den anderen jungen Mädchen wollen Hermann Eek und Jarmann die Frauen einer befreiten Menschheit machen. Vera in „Kranke Liebe“ ist diese betretene und herrschende Frau.

Man sieht, in welchem engen Umkreis des Lebens Hans Jägers Freiheitsidee sich bewegt. Wohl sagt Hermann Eek in einer Rede, daß die Schäden der bürgerlichen Gesellschaft (die einen Teil ihrer Glieder abstößt und verleugnet; die die Frauen in die Prostitution treibt, um die unzulänglichen und diskrepanten Verhältnisse der bürgerlichen Welt zu flicken) nicht mit moralischen Reden zu heilen sind; daß die Gesellschaft, die die Prostitution braucht, sie auch anerkennen muß. Aber in den Romanen Jägers wird doch immer wieder versucht, die bürgerliche Welt in ihren Liebesbeziehungen zu reinigen und zu heilen. Denn der bürgerliche Staat, wie er nun einmal existent ist, ist der Freiheit des Individuums,



die Jäger fordert, notgedrungen feindlich.

\*

Diese Darlegungen umreißen die geistige Sphäre, in der Hans Jäger in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts bahnbrechend und auf-rührerisch wirkte.

Jäger war der radikalste Verfechter der naturalistischen Aesthetik, wie er der Vorkämpfer des naturalistischen Ethos war: Streiter gegen die Lüge in jeder, auch der ästhetischsten Gestalt; Verächter der künstlerischen Form, wenn sie der lebendigen Wahrheit den geringsten Zwang antat. Die psychologische und bekenntnismutige Wahrheit war die Göttin der Kunst. Nichts sollte der Kunstgestaltung zu niedrig und nichts zu intim für sie sein. Indem die künstlerische Darstellung den strömenden Fluß des natürlichen Lebens in vibrierender Intensität spiegelte; indem sie kaum bewußte Empfindungen, Wünsche, Gedanken und Erkenntnisse wahrhaftig und unverfälscht aus dem Unterbewußtsein hob und beichtete, — war sie Kunst. Jede äußere Form allein wäre Lüge, Zwang, Fälschung des Kunstausdrucks. „Kristiania Bohème“ und „Kranke Liebe“ sind Bücher ohne Anfang und Ende, ohne Begrenzung und Gestalt, — und sind dennoch echte Kunstwerke.

„Kranke Liebe“ ist der sich hundertfach wiederholende Schrei des kranken, sehnsüchtigen Liebesverlangens: die Darstellung der Liebe eines kraftlosen und luetischen Mannes. In der Gestalt Jägers selbst führt sich das Bekenntnis zum Lebensgenuß auf die tragischste Weise ad absurdum. Was die Göttin des Genusses dem maßlos Gläubigen von aller Lebenskraft übrig ließ, ist die mehr als romantische Tragik der niemals zu sättigenden Sehnsucht. Aber wie das Gefühl, das einziger Inhalt und einziges Thema des Buches ist, auf- und abwallt, emporflattert und zerbricht: das hüllt diesen Roman in ein zwingendes Fluidum, das die äußere Formung ersetzt.

Den Beweis für Jägers Werk hat die Zeit erbracht. Diese Bücher, die einen Kampf umkreisen, der längst ausgefochten ist, sind lebendig geblieben, als ob sie heute geschrieben wären. Das Unsterbliche in ihnen: die blutende Seele, die sich verströmt in der künstlerischen Leistung, bleibt zeitlos und unzerstörbar, wirkend auf den Empfänglichen.

Kurt Offenburg

\*

### *Dichtung und Illustration*

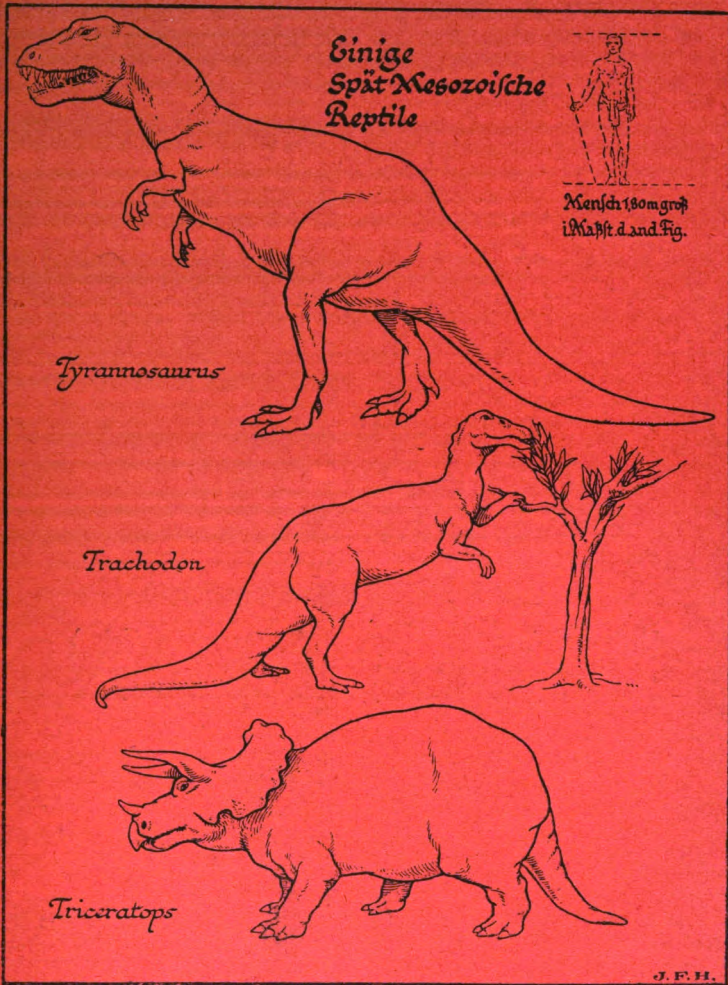
Die besondere Freude am Zusammenspiel künstlerischer Phantasien von verschiedenem Ausdruck bringt immer wieder „Illustrierte Bücher“ hervor, nachdem man längst erkannt hat, daß wahre und bedeutende Dichtung irgendeiner Erklärung durch den Stift des Zeichners widerstrebt, ja, daß die vielfältigen und unbegrenzten Erregungsmöglichkeiten, die sie der Einbildungskraft des Lesers schenkt, durch beigegebenes Bildwerk in eine bestimmte Richtung abgedrängt, eher verkümmern. So ist es nicht die Tatsache der Illustrierung, sondern nur die künstlerische Individualität des Illustrierenden, die von Fall zu Fall den Versuch rechtfertigen kann, den Umkreis dichterischen Ausdrucks gewissermaßen konzentrisch zu erweitern. In diesem Sinne bieten die sparsam ausgewählten „Illustrierten Bücher“ des Verlages S. Fischer Musterbeispiele. Es ist da soeben die früheste Prosadichtung Gerhart Hauptmanns, seine Erzählung „Fasching“ erschienen, auf die ich zuerst im Jahre 1922 die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gelenkt habe, und die seither nur in einem wenigen Lesern zugänglichen Luxusdruck erschienen war. Diese Geschichte vom Segelmacher Kielblock, der, im Sommer ein fleißiger Handwerker, die stille Winterzeit mit seiner Frau auf Tanzböden durchjubelt und in einer dunklen Frostnacht von einer allzu ausgedehnten Faschingsfeier heimkehrend, samt Weib und dem gewissenlos mitgeschleppten Kind einen jähen Tod

unter der einbrechenden Eisdecke findet — mutet in ihrer liebevollen Ausmalung des Milieus, der Sicherheit im Menschenurteil und dem starken Gefühl für die Besonderheiten der Landschaft und Jahreszeit wie das frühe Skizzenblatt eines Bildners an, dessen Figuren bereits die zauberhafte Plastik seiner späteren Meisterwerke erkennen lassen. Alfred Kubin hat hier in den über den Text hin verstreuten Zeichnungen aus der strengen und bildkräftigen Realistik der Darstellung den atmosphärischen Stimmungsgelbst der Novelle herausgehoben. Er deutet den tragischen Ablauf der Handlung, das plötzliche Versinken einer ganzen Familie aus greller Festfreude in Nacht und Todesgrauen, schon voraus, alles etwa idyllische der anfänglichen Zustandsschilderung überschattend, und setzt auf das Titelblatt einen karnevalistisch kostümierten Tod. Man gewahrt hier die Befruchtung zeichnerischer Phantasie durch den Dichter und empfindet die Illustrationen gewissermaßen als Interpunktationen inmitten der Dichtung, die das Crescendo des von Hauptmann allmählich in einen wilden Wirbel hineingesteigerten Totentanzes noch erhöhen... Von ganz anderer Wesenheit sind die feinstrichigen Zeichnungen G. W. Rößners zu Thomas Manns beschaulichem und betrachtsamem Idyll vom „Herrn und Hund“. Hier schmiegt sich die bildnerische Phantasie unmerklich in die sachlich von seinem Alltag berichtende Art des Dichters ein. Die Bilder sind etwa zarte und verhaltene Schatten, die die zu Papier gebrachten, sich behutsam zu Schilderungen und Nachdenklichkeiten zusammenschließenden Worte werfen... Der Zeichner begleitet den Erzähler in stummem Zwiegespräch. Und ebenso sacht und, bei aller Beschreibungstreude,

ein wenig scheu, wie der Bericht Thomas Manns sind die Antworten, die der ihm lauschend hingegebene Rößner bescheiden dazwischen streut..., eine Bejahung des Dargestellten ohne unangemessenen Anspruch, und gerade in ihrer Anspruchslosigkeit auch für sich selber sprechend.

Versagt die zwingende Eindringlichkeit des Dichters, so wird der Illustrator selbständiger. Es entsteht dann die Gefahr der Selbstherrlichkeit und Disharmonie. Sie gleichwohl vermieden zu haben, ist das besondere Verdienst Hans Meids, der die galante Belanglosigkeit Ernst Tollers von der „Rache des verhöhnten Liebhabers“ für den Verlag Paul Cassirer mit Bildwerk geschmückt hat. Dieses Tollersche Reimspielchen nach einem Motiv Bandellos (dessen Mangel an charakteristischem Ausdruck Kurt Offenburger bereits auf Seite 352 der „Glocke“ gewertet hat) vermag dem Künstler nichts zu geben als die nackte Tatsächlichkeit der Fabel. Um so bewunderungswürdiger ist es, wie Meid die Figuren und Situationen ohne Vergewaltigung des Dichters — sie jedoch für ihn noch einmal (und stärker, lebendiger!) schauend — hingesezt hat. Es ist, als würde Schemen der Blutrak gereicht, der ihnen erst Gestalt und phantastische Wirklichkeit verleiht. Mehr als Meid in diesem reizend ausgestatteten Bändchen für Toller getan hat, könnte der beste Regisseur für seine blasse dramatische Skizze nicht leisten. Man wird, ohne den Text jemals wieder lesen zu müssen, die vom Dichter geahnte, aber nicht beschworene Dichtung aus der suggestiven Bilderfolge Meids immer neu empfangen. Hier ist der Illustrator zum Retter geworden.

C. F. W. Behl



Zum Kapitel "Aus dem Zeitalter der Reptile"

Probeabbildung aus

**H. G. WELLS**

# **Die Grundlinien der Weltgeschichte**

Verlangen Sie Prospekte  
mit neuen Presseurteilen

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW68, Lindenstraße 114

*Zu den Vorgängen im Stinnes-Konzern*

---

*PAUL UFERMANN*

**KÖNIGE  
DER  
INFLATION**

Dritte Auflage

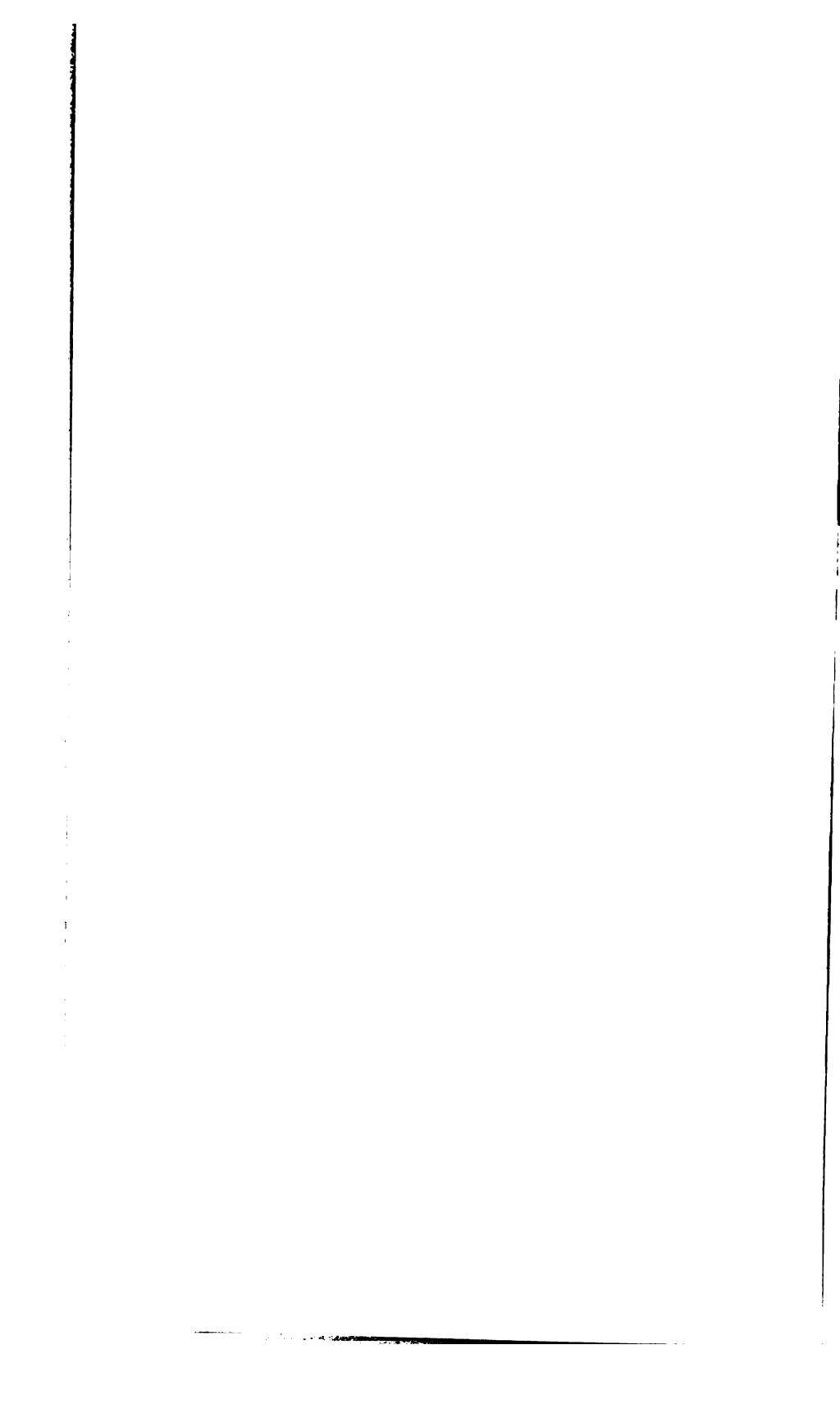
Preis 2.50 Mark

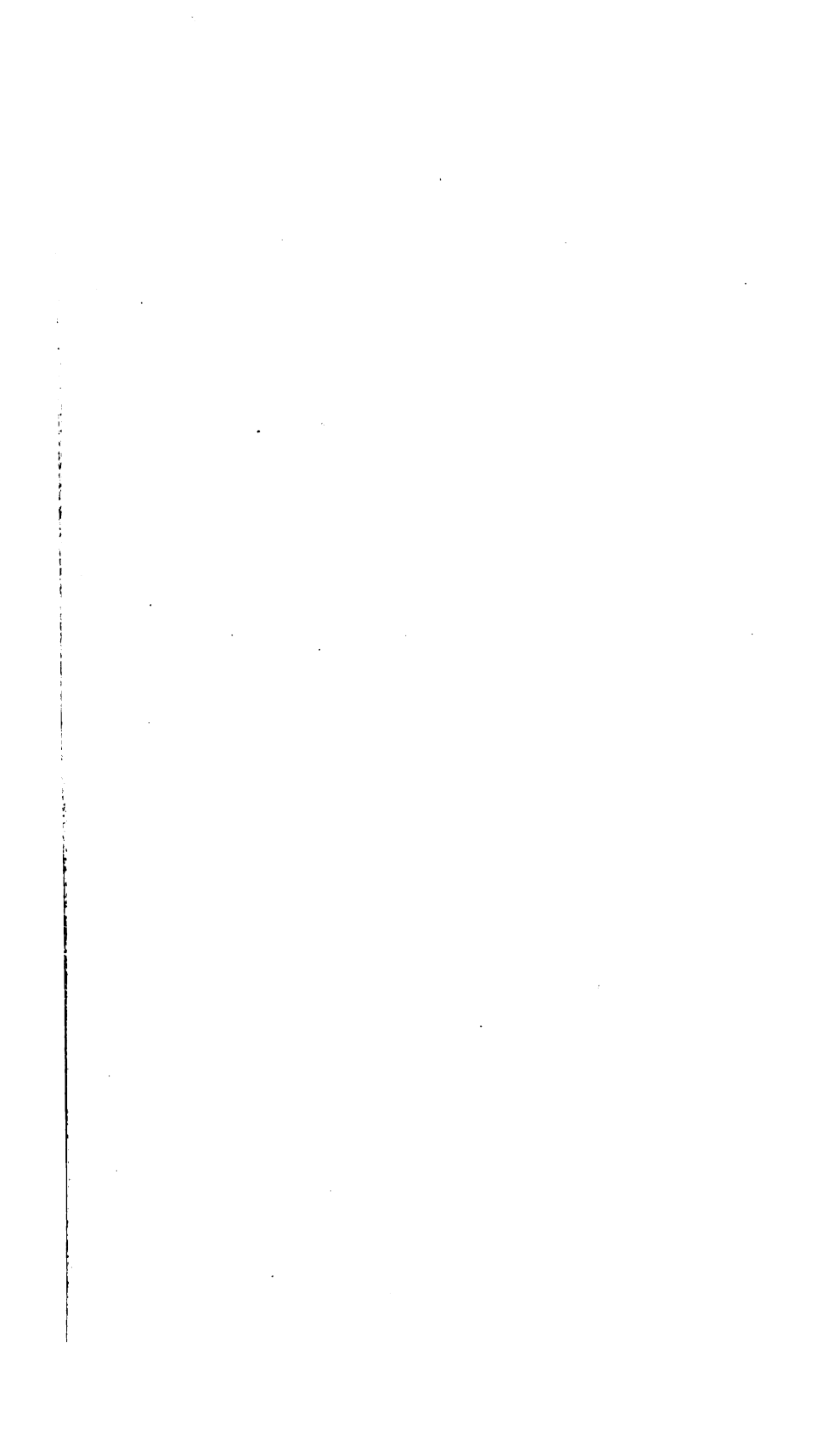
---

*Verlag für Sozialwissenschaft GmbH, Berlin SW 68*

115

100





# **PERIODICALS**



**PERIODICALS**

